



Die Bank der Zukunft gestalten

Jahresbericht 2013

Leistung aus Leidenschaft





Die Bank der Zukunft gestalten

Die Deutsche Bank ist im Jahr 2013 den Zielen der Strategie 2015+ ein gutes Stück näher gekommen. Sie ist effizienter, sicherer und ausgewogener geworden. Die Kosten haben wir erfolgreich gesenkt, Risiken in der Bilanz zügig abgebaut und unser Eigenkapital erhöht.

Die Stärke unseres Kerngeschäfts bildet dafür die Basis: Alle Unternehmensbereiche erzielten in schwierigen Märkten solide Ergebnisse. Ganz oben auf unserer Agenda steht eine größere Ertragskraft der Bank – auch im Interesse unserer Aktionäre.

Unser Vorhaben, die Deutsche Bank zu der führenden kundenorientierten globalen Universalbank zu machen, ist ehrgeizig. Wir haben 2013 in die Umsetzung unserer Strategie investiert, die Vergangenheit aufgearbeitet und die Deutsche Bank für die Zukunft gerüstet. Heute sind wir mehr denn je davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir halten Kurs und konzentrieren uns weiterhin auf die disziplinierte Umsetzung der Strategie 2015+.

Über unser Jahresthema „Die Bank der Zukunft gestalten“ sprachen wir mit unserem Aktionär Justin Bisseker, European Banks Analyst, Schroders, London (Seiten 16/17); unseren Kunden DeeAnna Staats, Kundin von Wealth Management, Malibu (Seiten 34/35); Mohammed Sharaf, Group Chief Executive Officer, DP World, Dubai (Seite 43); William B. Tyree, Partner bei Brown Brothers Harriman & Co., New York (Seite 47); sowie Goedele Matthyssen, Geschäftskundin, Hornow (Seite 57); unserem Mitarbeiter Alex Marzo, Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona (Seiten 68/69); und Teresita Silva, Gründerin und Vorsitzende von ChildHope Philippines und FCED, Manila (Seiten 74/75).

Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2013	2012
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	34,68 €	32,95 €
Aktienkurs höchst	38,73 €	39,51 €
Aktienkurs tiefst	29,41 €	22,11 €
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,67 €	0,28 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,65 €	0,27 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	997	934
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1025	960
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	53,24 €	57,37 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	39,69 €	42,26 €
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	2,6%	1,3%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	2,6%	1,4%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	1,2%	0,5%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	1,2%	0,5%
Aufwand-Ertrag-Relation	89,0%	92,5%
Personalaufwandsquote	38,6%	40,0%
Sachaufwandsquote	50,3%	52,5%

in Mio €	2013	2012
Erträge insgesamt	31 915	33 736
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 065	1 721
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	28 394	31 201
Ergebnis vor Steuern	1 456	814
Jahresüberschuss	681	316

in Mrd €	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	1 611	2 022
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54,7	54,0
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	12,8%	11,4%
Tier-1-Kapitalquote	16,9%	15,1%

Anzahl	31.12.2013	31.12.2012
Niederlassungen	2 907	2 984
davon in Deutschland	1 924	1 944
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98 254	98 219
davon in Deutschland	46 377	46 308

Langfristige Bonitätseinstufung

	31.12.2013	31.12.2012
Moody's Investors Service	A2	A2
Standard & Poor's	A	A+
Fitch Ratings	A+	A+

¹Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich mit anderen Unternehmen sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Position, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2013: 56,1 Mrd €; 2012: 55,6 Mrd €) bereinigen, ist die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird (2013: 646 Mio €; 2012: 670 Mio €).

Die Deutsche Bank-Aktie

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

2013

Gesamterendite (Total Return) ¹ im Jahresverlauf	7,47%
Anteil am Aktienumsatz (Xetra) ¹	5,86%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag ²	6,2 Mio Aktien
Aktienkurs höchst	38,73 €
Aktienkurs tiefst	29,41 €
Dividende je Aktie (für 2013 vorgeschlagen)	0,75 €

Per 31.12.2013

Ausgegebene Aktien	1 019 499 640
Ausstehende Aktien	1 019 327 736
Grundkapital	2 609 919 078,40 €
Marktkapitalisierung	35,37 Mrd €
Aktienkurs ³	34,68 €
Gewicht im DAX	4,36%
Gewicht im Euro STOXX 50	1,84%

Wertpapierkennung

Deutsche Börse		New York Stock Exchange	
Emissionsart	Namensaktie	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-\$
WKN	514000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190898
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

¹Auf der Basis von Xetra

²Orderbuchstatistik (Xetra)

³Xetra-Schlusskurs

- 02 Interview mit den
Vorstandsvorsitzenden
- 08 Group Executive Committee
- 10 Brief des Aufsichtsrats
- 14 Aufsichtsrat

2

Zielgruppen

- 37 Aktionäre
Erfolgreiche Kapitalerhöhung
- 41 Kunden – Corporate Banking & Securities
Ressourcen für nachhaltiges
Wachstum einsetzen
- 46 Kunden – Global Transaction Banking
Stabile Entwicklung in allen Regionen
- 51 Kunden – Deutsche Asset & Wealth Management
Vermögen erhalten und mehren
- 55 Kunden – Private & Business Clients
Starker Partner für Privatkunden
und den Mittelstand
- 60 Non-Core Operations Unit
Beim Risikoabbau zügig vorangekommen
- 62 Mitarbeiter
Vielfältig, talentiert und motiviert
- 65 Gesellschaft
Als Unternehmen in der Verantwortung

4

Weitere Informationen

- 77 Glossar
- 80 Impressum/Publicationen

1

Der Deutsche Bank-Konzern

- 19 Unternehmensprofil und Überblick
Eine führende Universalbank
mit klarer Strategie
- 24 Corporate Governance
Beste Standards als Maxime
der Unternehmensführung
- 27 Kultur
Kulturwandel – den Grundstein
für unseren künftigen Erfolg legen
- 29 Für wen wir Werte schaffen
Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter
und die Gesellschaft

3

Konzernabschluss/Auszüge

- 71 Gewinn-und-Verlust-Rechnung
- 72 Bilanz
- 73 Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Interview mit den Vorstandsvorsitzenden Die Bank der Zukunft gestalten

»2013 erzielte die Deutsche Bank enorme Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie 2015+«





4,8
Mrd €

Vorsteuergewinn
in der Kernbank

Vor welchen Herausforderungen stand die Deutsche Bank 2013?

Jain: — Die Deutsche Bank hatte 2013 eine ganze Reihe von Herausforderungen zu bewältigen. Die Weltwirtschaft erholte sich weiter, jedoch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten – in den USA und der Region Asien-Pazifik deutlich schneller als in Europa. Die Zinssätze blieben auf einem sehr niedrigen Niveau, da viele Regierungen und Zentralbanken die Wirtschaft weiterhin durch Liquiditätsspritzen ankurbelten. Die Volumina in einigen Geschäftsfeldern der Bank waren gering und viele Kunden behielten trotz steigender Kurse an den Aktienmärkten ihre risikoaverse Haltung bei. Die Regulierung der Bankenbranche nahm zu; die Verschuldungsquote stand erneut im Fokus ebenso wie zuletzt strukturelle Reformen. Darüber hinaus hatten die Banken erhebliche Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten aus der Vergangenheit zu schultern.

Welches Ergebnis hat die Deutsche Bank in diesem Umfeld erzielt?

Fitschen: — Der Konzerngewinn vor Steuern für 2013 stieg um 79% auf 1,5 Mrd €. In der Kernbank konnten wir den Vorsteuergewinn um 27% auf 4,8 Mrd € erhöhen. Wengleich wir uns über die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr freuen, sind

wir mit diesem Profitabilitätsniveau nicht zufrieden. Wir haben das Potenzial, mehr für unsere Aktionäre zu erreichen, und die Strategie 2015+ ist darauf ausgerichtet, dieses Potenzial zu heben.

Jain: — Wir müssen die Faktoren berücksichtigen, die dieses Ergebnis beeinflusst haben. Unser Gewinn spiegelt Sonderbelastungen wider, die aus der Umsetzung unserer Strategie resultieren. Diese umfassen die Kosten für den Risikoabbau in unserer Non-Core Operations Unit, der NCOU, Investitionen in unser Operational-Excellence(OpEx)-Programm und Aufwendungen für die Beilegung wesentlicher Rechtsstreitigkeiten. 2013 führten diese Effekte zusammen mit einigen bilanziellen Anpassungen zu einem Rückgang des Vorsteuergewinns um 7 Mrd €.

Wie steht es nach Berücksichtigung dieser Faktoren mit der Profitabilität in den Kerngeschäftsfeldern?

Fitschen: — Sie lag bereinigt mit 8,4 Mrd € nahe an ihrem Rekordwert. Dieses Ergebnis haben wir durch eine Verschlankeung unseres Geschäfts erreicht. Wir haben die Bilanzsumme, die risikogewichteten Aktiva und die Kosten gegenüber ihren Höchstständen wesentlich gesenkt. Zusätzlich haben wir die Relation zwischen den

2,1 Mrd €

kumulierte Kosteneinsparungen durch OpEx

Erträgen aus dem Kapitalmarktgeschäft und den anderen Unternehmensbereichen dank des Wachstums in Private & Business Clients (PBC), Global Transaction Banking (GTB) und Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) verbessert. Diese drei Geschäftsfelder zusammengenommen erwirtschafteten 2013 rund die Hälfte unseres operativen Ergebnisses. Mit anderen Worten: Die Deutsche Bank hat mit einer schlankeren, sichereren und ausgewogeneren Organisation eines ihrer besten operativen Ergebnisse erzielt.

Ist die Deutsche Bank sicherer geworden?

Jain: – Ja! In der Finanzkrise sind die Banken in Schwierigkeiten geraten, weil sie entweder über zu wenig Liquidität oder über zu wenig Kapital verfügten. Wir haben die Deutsche Bank in beiderlei Hinsicht gestärkt. Unsere Common-Equity-Tier-1-Kapitalquote ist nun deutlich höher als noch Anfang 2012. Zudem haben wir die Qualität unserer Refinanzierungsbasis verbessert. Sie stammt heute zum größten Teil aus den stabilsten Quellen.

Wie haben die Unternehmensbereiche der Deutschen Bank 2013 abgeschnitten?

Fitschen: – Alle Unternehmensbereiche haben unter schwierigen Bedingungen ein gutes Ergebnis erzielt. CB&S erreichte eine solide Profitabilität und gute Erträge, und das trotz der anhaltenden Restrukturierung. Während 2013 zahlreiche Herausforderungen im Geschäft mit Anleihen zu bewältigen waren, legten die Erträge im Aktien- und Corporate Finance-Geschäft zu. Unser Ziel ist es, die führende Position im Kapitalmarktgeschäft zu wahren. Der operative Gewinn von PBC stieg ungeachtet des anhaltend niedrigen Zinsniveaus, und wir haben Fortschritte bei der Umsetzung von drei wichtigen Initiativen erzielt – der Integration der Postbank, dem Aufbau der gemeinsamen

operativen IT-Plattform „Magellan“ und der neuen Mittelstandsinitiative. GTB erwirtschaftete mit strenger Kostendisziplin auch bei niedrigen Zinssätzen und unter schwierigen Bedingungen in unserem europäischen Kernmarkt ein herausragendes operatives Ergebnis. DeAWM lieferte dank eines Ertragswachstums und Kosteneinsparungen einen operativen Rekordgewinn. Hier zahlt sich die Integration von fünf Geschäftsbereichen in einen Unternehmensbereich bereits aus.

Wie sieht die Zwischenbilanz bei der Umsetzung der Strategie 2015+ aus?

Jain: – Bei der Erreichung aller Kernziele machen wir gute Fortschritte. Wir haben unsere Common-Equity-Tier-1-Kapitalquote von unter 6% Anfang 2012 auf 9,7% erhöht. Im Jahresverlauf 2013 hat sich unsere Verschuldungsquote von 2,6% auf 3,1% verbessert. Mit unserem OpEx-Programm konnten wir bereits kumulierte Kosteneinsparungen in Höhe von 2,1 Mrd € erzielen, das heißt fast 0,5 Mrd € mehr, als wir uns bis Ende 2013 vorgenommen hatten.

In unseren Kerngeschäftsfeldern haben wir eine solide operative Performance erreicht und die Stärke unseres Kundengeschäfts gewahrt. Gleichzeitig stellen wir uns der Aufgabe einer umfassenden Neuordnung in einem anspruchsvollen operativen Umfeld. Wir haben unsere Geschäftsfelder verstärkt auf die Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtet. So haben wir beispielsweise rund 10000 deutsche Mittelstandskunden in die neue Privat- und Firmenkundenbank (PFB) integriert sowie ein integriertes Angebot im Fondsgeschäft und in der Vermögensverwaltung, dem Asset und Wealth Management, geschaffen.

Fitschen: – Außerdem haben wir ein solides Fundament für den Kulturwandel gelegt. Wir haben neue Werte und Überzeugungen definiert,

Kultur- wandel

verändert schon heute
unser tägliches Handeln



unsere internen Regeln verschärft und einige Rechtsstreitigkeiten entschlossen beigelegt. Wir geben uns keinerlei Illusionen hin: Der Kulturwandel ist ein langfristiger, mehrjähriger Prozess. Aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Verläuft das Operational-Excellence-Programm nach Plan?

Jain: – Wir haben mit dem OpEx-Programm Einsparungen erzielt, indem wir den Einkauf und den Personaleinsatz optimiert und von den Vorteilen einer effizienteren Unternehmensorganisation profitiert haben. So konnten wir bis dato etwa 1 200 IT-Anwendungen abschalten, was 20% der Anwendungen in der Gesamtbank entspricht. Zurzeit überprüfen wir weitere 1 100 IT-Anwendungen. Außerdem haben wir die Anzahl der Lieferantenbeziehungen um rund 18 000 beziehungsweise fast ein Viertel reduziert. Schließlich konnten wir 60 000 Quadratmeter Bürofläche einsparen.

Fitschen: – Bei OpEx geht es auch um die Einführung einer exzellenten Infrastruktur. Wir investieren rund 1,4 Mrd € in die Integration unserer Geschäfts-

felder, rund 700 Mio € in die Konsolidierung und Standardisierung unserer Systeme, rund 600 Mio € in eine effizientere Organisation und rund 200 Mio € in die Automatisierung und Vereinfachung unserer Prozesse.

Wie macht sich der Kulturwandel im Tagesgeschäft bemerkbar?

Jain: – Der Kulturwandel verändert schon jetzt unser tägliches Handeln. Lassen Sie mich einige Punkte nennen: Für unsere obersten Führungskräfte haben wir die Sperrfrist bis zur Auszahlung aufgeschobener Vergütungsbestandteile von drei auf fünf Jahre verlängert und strenge Verfallsregelungen festgelegt. Damit wird die Vergütung am langfristigeren Erfolg statt an kurzfristigen Gewinnen ausgerichtet. Außerdem gelten ab 2014 neue Bonusregeln und Kriterien für Beförderungen, in die unsere neuen Werte und Überzeugungen einfließen.

Fitschen: – Außerdem bauen wir unsere internen Kontrollen aus und verschärfen unser Regelwerk. Wir investieren rund 1 Mrd € bis 2015, um unsere Systeme an neue aufsichtsrechtliche Vorschriften anzupassen, und stellen weitere



Mitarbeiter für unsere Compliance-Funktion ein. Wir haben einige Schlüsselpositionen bereits besetzt, wie die des Chief Control Officers und des Chief Governance Officers. Wir haben außerdem eine spezielle Initiative mit dem Ziel gestartet, unsere Geschäftsbereiche, Kontrollfunktionen und die Revision als unsere „drei Verteidigungslinien“ zu stärken und so Kontrollschwächen zu beheben. Über deren Fortschritt wird direkt an uns berichtet.

Die Deutsche Bank ist mit Rechtsstreitigkeiten konfrontiert, die Probleme aus der Vergangenheit betreffen. Wie ist hier der aktuelle Stand?

Fitschen: – 2013 haben wir zwei signifikante Rechtsstreitigkeiten aus den vergangenen Jahren beigelegt. Dies waren die Untersuchung der Europäischen Kommission zu Interbankenzinssätzen – IBOR – sowie das von der Aufsichtsbehörde FHFA – der Federal Housing Financing Agency – angestrebte Verfahren zu Hypothekengeschäften in den USA. Wir haben außerdem jüngst einen Vergleich mit der Kirch Gruppe erzielt, der alle Auseinandersetzungen in diesem altbekannten und langjährigen Rechtsstreit beigelegt. In anderen Rechtsfällen haben wir uns erfolgreich zur Wehr gesetzt und werden auch 2014 mit Nachdruck auf die Beendigung bestehender Verfahren hinarbeiten.

Werfen Sie einen Blick auf das Jahr 2014.

Jain: – Wir sehen 2014 als ein Jahr voller Herausforderungen, in dem wir unsere Strategie 2015+ weiter diszipliniert umsetzen. Wir werden weitere Fortschritte bei der Neuordnung unserer Unternehmensbereiche erzielen, die Infrastruktur der Bank – das Rückgrat unseres Geschäfts – stärken sowie unsere Systeme und Kontrollen weiter optimieren. Dabei rechnen wir mit Gesamteinsparungen von nahezu 3 Mrd € im Rahmen des OpEx-Programms, in das wir weitere 1,5 Mrd € investieren werden. Die erfolgreiche Reduzierung unseres Leverage Exposures wollen wir fortsetzen.

Fitschen: – 2014 wird auch ein Jahr sein, in dem aufsichtsrechtliche Änderungen zu bewältigen sind. Dazu gehören die Prüfung der Qualität unserer Aktiva, der sogenannte Asset-Quality Review, der Stresstest der European Banking Authority und der Übergang zu einer einheitlichen europäischen Aufsichtsbehörde für den Bankensektor.

Und was kommt 2015 und danach?

Jain: – Wir sind zuversichtlich, dass wir 2015 die Erfolge unserer Strategie sehen und 2014 weitere entscheidende Fortschritte erzielen werden. Wir sind sehr dankbar für die Zielstrebigkeit, die Disziplin und das anhaltende Engagement bei der Umsetzung unserer

2014

Fortschritte bei der Neuordnung
der Unternehmensbereiche



»Wir wollen die weltweit führende kundenorientierte Universalbank werden. Zu diesem Ziel stehen wir.«

Strategie, die wir bei unseren Mitarbeitern beobachten.

Fitschen: – Die Umsetzung der Strategie 2015+ schafft für die Deutsche Bank die Voraussetzungen, um von langfristigen Trends zu profitieren. Für die Weltwirtschaft sehen wir weiterhin ein dynamisches Wachstum in den Schwellenmärkten. Dies wird einigen wenigen Banken mit einem globalen Netzwerk, Geschäft und Know-how zum Vorteil gereichen. Die Deutsche Bank ist eine von ihnen. Die demografische Entwicklung hin zu einer alternden Bevölkerung in vielen Ländern lässt den Bedarf an Spar- und Altersvorsorgeprodukten steigen. Hier genießen wir als globaler Vermögensverwalter mit einem vollständig integrierten Asset- und Wealth-Management-Geschäft einzigartige Vorteile.

Jain: – Technologie verändert die Art und Weise, wie wir mit unseren Kunden in Kontakt treten. Mehr als je zuvor möchten Kunden heute ihre Bankgeschäfte über Smartphones, Laptops und andere mobile Endgeräte erledigen. Diese Chance möchten wir nutzen. Die Konsolidierung in unserer Branche geht sowohl in Europa als auch in den USA weiter und dieser Trend wird anhalten. Die Deutsche Bank ist insbesondere in Europa hervorragend aufgestellt und wird

deshalb nach unserer Überzeugung als eine der führenden Banken aus diesem Konsolidierungsprozess hervorgehen.

Bleibt die strategische Ausrichtung der Deutschen Bank also unverändert?

Fitschen: – In der Tat. Wir haben bei der Umsetzung der Strategie 2015+ bereits enorme Fortschritte erzielt. Wir sind davon überzeugt, diese Dynamik aufrechterhalten und die Deutsche Bank als Gewinnerin in dem Umfeld nach 2015 positionieren zu können. Wir wollen die weltweit führende kundenorientierte Universalbank werden. Zu diesem Ziel stehen wir. Wir halten Kurs.

Frankfurt am Main, im März 2014

Group Executive Committee



1

2

3

4

5

6

7

8

9

1 Jacques Brand, *1960
Chief Executive Officer
für Nordamerika

2 Alan Cloete, *1962
Co-Chief Executive Officer
für Asien/Pazifik

3 Gunit Chadha, *1961
Co-Chief Executive Officer
für Asien/Pazifik

4 Colin Grassie, *1961
Chief Executive Officer
für Großbritannien

5 Stuart Lewis, *1965
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Risk Officer

6 Rainer Neske, *1964
Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Private & Business Clients

7 Robert Rankin, *1963
Co-Head of Corporate Banking &
Securities und Head of Corporate Finance

8 Colin Fan, *1973
Co-Head of Corporate Banking &
Securities und Head of Markets

9 Stefan Krause, *1962
Vorstandsmitglied seit 2008.
Chief Financial Officer



10

11

12

13

14

15

16

17

18

10 Jürgen Fitschen, *1948
Vorstandsmitglied seit 2009.
Co-Vorsitzender des Vorstands
und des Group Executive Committee

11 Anshuman Jain, *1963
Vorstandsmitglied seit 2009.
Co-Vorsitzender des Vorstands
und des Group Executive Committee

12 Michele Faissola, *1968
Head of Deutsche Asset & Wealth
Management

13 Werner Steinmüller, *1954
Head of Global Transaction Banking

14 Christian Ricken, *1966
Chief Operating Officer
of Private & Business Clients

15 Stephan Leithner, *1966
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Executive Officer Europa
(ohne Deutschland und Großbritannien),
Human Resources, Legal, Compliance,
Government & Regulatory Affairs

16 Henry Ritchotte, *1963
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Operating Officer

17 Richard Walker, *1950
General Counsel

18 David Folkerts-Landau, *1949
Chief Economist and
Global Head of Research



Der Aufsichtsrat
von links nach rechts:

Frank Bsirske
Dina Dublon
Stephan Szukalski
Suzanne Labarge
John Cryan
Henriette Mark
Dr. Johannes Teysen
Bernd Rose
Sabine Irrgang
Peter Löscher

Dr. Paul Achleitner
Alfred Herling
Gabriele Platscher
Katherine Garrett-Cox
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
Rudolf Stockem
Prof. Dr. Henning Kagermann
Martina Klee
Timo Heider
Georg F. Thoma

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2013 war für Ihre Deutsche Bank ein wechselvolles und letztlich sehr herausforderndes Jahr. Unabhängig von den in vielen Märkten schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den umfangreichen internen Veränderungen im Zuge der Umsetzung der Strategie 2015+ standen für den Aufsichtsrat regulatorische und rechtliche Themen im Vordergrund, die das Bild des Hauses auch nach außen wesentlich geprägt haben.

Dementsprechend verteilten sich die Schwerpunkte unserer Tätigkeit nahezu gleichmäßig auf die „Aufsichts“- und die „Rats“-Komponente unserer Funktion. Um unserer Verantwortung gerecht zu werden, haben wir 2013 insgesamt 39 Mal formell getagt und uns zugleich effektiver organisiert. Ihr Aufsichtsrat verfügt über ein hohes Maß an Kompetenz. Er besitzt ein erweitertes System von Ausschüssen, in die sich die einzelnen Mitglieder detailliert und engagiert einbringen.

Integritätsausschuss: Hervorzuheben ist zunächst der Integritätsausschuss. Dies ist ein neugeschaffener Ausschuss, der sich vertieft mit Rechts- und Reputationsfragen beschäftigt. Außerdem widmet er sich den generellen Fragen gesellschaftlicher Verantwortung und begleitet den Kulturwandel der Bank. Unter dem Vorsitz von Georg F. Thoma hat dieser Ausschuss 2013 seit seiner Gründung im Mai fünfmal getagt, um insbesondere komplexe Fragen rechtlicher und regulatorischer Natur zu behandeln. Dabei ging es nicht nur um konkrete Einzelfälle, sondern auch darum, welche Konsequenzen für organisatorische Veränderungen sowie zukünftiges Verhalten daraus zu ziehen sind. Wir glauben, mit dem Integritätsausschuss eine Art Standard für die Auseinandersetzung mit ökologischen und sozialen Themen sowie Aspekten einer guten Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance – ESG) geschaffen zu haben.

Prüfungsausschuss: Nach seiner Wahl in den Aufsichtsrat im Mai vergangenen Jahres hat John Cryan den Vorsitz des Prüfungsausschusses von Dr. Karl-Gerhard Eick übernommen, dem an dieser Stelle noch einmal für neun Jahre Einsatz für die Bank gedankt sein soll. Der Prüfungsausschuss hat 2013 insgesamt elfmal getagt und sich intensiv mit dem Zahlenwerk der Bank auseinandergesetzt. Einzelne Bilanzpositionen wurden ebenso hinterfragt wie der Umgang mit spezifischen Anfragen von Regulatoren. Ein weiterer Schwerpunkt war die Aufarbeitung von Beanstandungen der internen Revision. Auch der Prüfungsauftrag an den Wirtschaftsprüfer erhielt vor dem Hintergrund der rechtlichen Anfechtungen besondere Aufmerksamkeit. Darüber hinaus standen die Neuausrichtung der internen Revision und die Angemessenheit der Risikosysteme im Vordergrund der sehr arbeitsintensiven Tätigkeit des Prüfungsausschusses.

Risikoausschuss: Die Arbeitsteilung mit dem Integritätsausschuss erlaubte es dem Risikoausschuss, der 2013 sechsmal zusammentraf, sich weniger mit Rechtsrisiken auseinanderzusetzen und sich stattdessen stärker auf Markt- und Kreditrisiken sowie operationelle Risiken zu konzentrieren.

Angesichts der schwierigen und bisweilen sehr volatilen Märkte war dies im abgelaufenen Jahr von besonderer Bedeutung. Durch überlappende Mitgliedschaften im Risiko-, Integritäts- und Prüfungsausschuss war zudem eine enge Verknüpfung der Gremienarbeit gewährleistet. Die Anforderungen im Rahmen der EU-Sanierungs- und Abwicklungspläne für Kreditinstitute sowie die Vorbereitung auf die kommenden Stresstests der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde und die Bilanzqualitätsanalyse der Europäischen Zentralbank wurden ebenfalls intensiv diskutiert.

Vergütungskontrollausschuss: Im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten (CRD-IV-Umsetzungsgesetz) ist die Deutsche Bank nach § 25d (12) KWG (Kreditwesengesetz) ab 2014 verpflichtet, einen separaten Vergütungskontrollausschuss einzusetzen. Aufgabe dieses Ausschusses ist nicht nur, den Aufsichtsrat im Zusammenhang mit der Vergütung des Vorstands zu beraten, sondern ihn auch hinsichtlich der Überwachung der Angemessenheit der Vergütungsstrukturen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen. In diesem Sinne gehen die Pflichten des Vergütungskontrollausschusses nach KWG über die engeren Grenzen des Aktiengesetzes hinaus. Um einen effizienten Start sicherzustellen, haben wir den Ausschuss bereits im vergangenen Jahr geschaffen. So konnten sich die Mitglieder in zwei Workshops und durch Selbststudium in die Themen einarbeiten und bereits bei der Überprüfung der Vergütung für 2013 mitwirken.

Nominierungsausschuss: Zwar verfügte die Bank, wie vom Deutschen Corporate Governance Kodex gefordert, bereits in der Vergangenheit über einen Nominierungsausschuss. Dessen Aufgabe bestand darin, Kandidaten für die Anteilseignerseite des Aufsichtsrats zu suchen und dem Plenum zur Vorbereitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung vorzustellen. Hier sieht das KWG seit 1. Januar 2014 wesentliche Neuerungen vor. So soll der Nominierungsausschuss eines Kreditinstituts dem Aufsichtsrat künftig nicht nur bei der Besetzung der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat helfen, sondern ebenso bei der Auswahl der Vorstandsmitglieder. Zudem soll er eine jährliche Bewertung der Arbeit von Vorstand und Aufsichtsrat vornehmen, wobei das jeweilige Gremium und seine einzelnen Mitglieder zu evaluieren sind. Analog zum Vergütungskontrollausschuss geht der Gesetzgeber hier ebenfalls einen Schritt weiter und verlangt die Überprüfung der Auswahlkriterien für die zweite Führungsebene. Angesichts dieser erweiterten Aufgaben gehören unserem Nominierungsausschuss nun auch Arbeitnehmervertreter an. Der Aufsichtsrat wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Nominierungsausschuss in Zukunft entsprechend zu vergüten.

Präsidialausschuss: Dieser hat sich im vergangenen Jahr achtmal getroffen. Behandelt wurden generelle Governance-Themen und spezifische Einzelthemen im Hinblick auf Vorstandsangelegenheiten. Die Vorbereitung der Plenarsitzungen sowie des Strategieworkshops des Aufsichtsrats gehörten ebenso zu den Schwerpunkten wie die organisatorischen Neugestaltungen der oben erwähnten Ausschüsse und ihrer Statuten. Auch die Vorbereitung der beiden Hauptversammlungen 2013 und die Begleitung der Kapitalerhöhung

erforderten die Aufmerksamkeit des Präsidialausschusses. Der Ausschuss hat im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung der Arbeit im Plenum vorbereitet und Verbesserungspotenzial identifiziert. Das betrifft beispielsweise das weiterentwickelte Ausbildungsprogramm.

Aufsichtsratsplenum: Neben den sieben regulären Plenumssitzungen führten wir 2013 wiederum einen zweitägigen Strategieworkshop durch. Wir tagten dabei erstmals auch mit den beiden Vorstandsvorsitzenden. Schwerpunkt waren Strategie, regulatorische Themen sowie Nachfolgeplanung. Außerdem gab es im vergangenen Jahr zweitägige Seminare zur Einführung in bankspezifische Themen, insbesondere – aber nicht nur – für die neuen Mitglieder des Aufsichtsrats. Diese Veranstaltungen wurden ebenso wie die auf den Einzelnen zugeschnittenen externen Fortbildungsmaßnahmen breit genutzt.

Neben der Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum finden laufend Gespräche zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter sowie zwischen den drei Ausschussvorsitzenden untereinander und mit dem Vorstand statt.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit dieser Übersicht – ergänzt durch den detaillierten Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 506 ff. des Finanzberichts – zeigen konnten, dass wir unseren Aufgaben sehr gewissenhaft nachkommen. Die im letztjährigen Brief ausführlich besprochenen Themen blieben 2013 die Leitmotive, an denen wir uns in anspruchsvollen Zeiten orientiert haben. Insbesondere empfinden wir Ihr Vertrauen als Verpflichtung und Verantwortung. Wir sind überzeugt, dass es gelingen wird, das Potenzial unserer Deutschen Bank als führender kundenorientierter Universalbank global auszuschöpfen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Qualität unserer Mitarbeiter, denen unser Dank für ihren unermüdlichen Einsatz im herausfordernden abgelaufenen Jahr gilt.

Die verbesserungsbedürftige Reputation und das wenig zufriedenstellende Nachsteuerergebnis der Bank 2013 zeigen, dass noch eine weite Strecke vor uns liegt, bevor Ihre Deutsche Bank die gesellschaftliche und wettbewerbsfähige Stellung erreicht hat, die Sie von ihr erwarten können. Aber, wie ein altes Sprichwort sagt, jede noch so lange Reise beginnt mit einem ersten Schritt. Das vergangene Jahr hat uns bereits einige Schritte vorangebracht – und die Zielvorgabe ist klar. Danke für Ihre Unterstützung!

Im Namen des Aufsichtsrats



Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender



Alfred Herling
Stv. Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
München

Alfred Herling*
Stellvertretender Vorsitzender
seit 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Karin Ruck*
Stellvertretende Vorsitzende
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Frank Bsirske*
seit 23. Mai 2013
Vorsitzender der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

John Cryan
seit 23. Mai 2013
Präsident Europa, Leiter Afrika,
Portfoliostrategie und Kreditportfolio
der Temasek International Pte Ltd.,
Singapur

Dina Dublon
seit 1. November 2013
New York

Dr. Karl-Gerhard Eick
bis 23. Mai 2013
KGE Asset Management Consulting Ltd.,
London

Katherine Garrett-Cox
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Breachin, Angus

Timo Heider*
seit 23. Mai 2013
BHW Bausparkasse Zentrale,
Emmenthal

Sabine Irrgang*
seit 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Oakville

Peter Löscher
Vorsitzender des Vorstands
Siemens AG (bis 31. Juli 2013),
München

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Bernd Rose*
seit 23. Mai 2013
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der Postbank Filialbetrieb AG und
Postbank Filial GmbH,
Menden

Rudolf Stockem*
Gewerkschaftssekretär der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Stephan Szukalski*
seit 23. Mai 2013
Deutsche Postbank AG,
Frankfurt am Main

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Marlehn Thieme*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Georg F. Thoma
seit 23. Mai 2013
Partner Shearman & Sterling LLP,
Neuss

Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013
Persönlich haftender Gesellschafter
Robert Bosch Industrietreuhand KG,
Madrid

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher
Essen

Stefan Viertel*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Renate Voigt*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Stuttgart

Werner Wenning
bis 23. Mai 2013
Vorsitzender des Aufsichtsrats E.ON SE;
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayer AG,
Leverkusen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt;
Renate Voigt gerichtlich als Arbeitnehmervertreterin bestellt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

- Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
- Frank Bsirske*
seit 23. Mai 2013
- Alfred Herling*
- Prof. Dr. Henning Kagermann
seit 1. November 2013
- Karin Ruck*
bis 23. Mai 2013
- Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013

Vermittlungsausschuss

- Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
- Wolfgang Böhr*
bis 23. Mai 2013
- Alfred Herling*
seit 23. Mai 2013
- Prof. Dr. Henning Kagermann
seit 1. November 2013
- Karin Ruck*
bis 23. Mai 2013
- Stephan Szukalski*
seit 23. Mai 2013
- Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013

Prüfungsausschuss

- John Cryan
seit 23. Mai 2013
Vorsitzender
- Dr. Karl-Gerhard Eick
bis 23. Mai 2013
Vorsitzender
- Dr. Paul Achleitner
- Henriette Mark*
- Gabriele Platscher*
seit 23. Mai 2013
- Bernd Rose*
seit 23. Mai 2013
- Karin Ruck*
bis 23. Mai 2013
- Marlehn Thieme*
bis 23. Mai 2013
- Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Risikoausschuss

- Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
- John Cryan
seit 23. Mai 2013
- Dina Dublon
seit 1. November 2013
- Prof. Dr. Henning Kagermann
bis 31. Oktober 2013
- Suzanne Labarge
- Rudolf Stockem*
seit 23. Mai 2013

Nominierungsausschuss

- Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
- Frank Bsirske*
seit 29. Oktober 2013
- Alfred Herling*
seit 29. Oktober 2013
- Prof. Dr. Henning Kagermann
seit 1. November 2013
- Dr. Johannes Teysen
seit 23. Mai 2013
- Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013
- Werner Wenning
bis 23. Mai 2013

Integritätsausschuss

- (seit 23. Mai 2013)
- Georg F. Thoma
Vorsitzender
- Dr. Paul Achleitner
- Timo Heider*
- Sabine Irrgang*
- Martina Klee*
- Peter Löscher

Vergütungskontrollausschuss

- (seit 29. Oktober 2013)
- Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
- Frank Bsirske*
- Alfred Herling*
- Prof. Dr. Henning Kagermann

Die Bank der Zukunft gestalten

Justin Bisseker, London,
European Banks Analyst, Schroders



»Die Deutsche Bank baut nichtstrategische Vermögenswerte ab, steigert ihre Effizienz, stärkt das Kapital – und richtet sich damit neu aus. Sie dürfte daher für künftige makroökonomische und aufsichtsrechtliche Herausforderungen gut aufgestellt sein.«



In London sind wir bereits seit 1873 vertreten. Mit mehr als 7000 Mitarbeitern zählen wir heute zu den größten Arbeitgebern in der City.

1

- 19 Unternehmensprofil und Überblick
Eine führende Universalbank
mit klarer Strategie
- 24 Corporate Governance
Beste Standards als Maxime
der Unternehmensführung
- 27 Kultur
Kulturwandel – den Grundstein
für unseren künftigen Erfolg legen
- 29 Für wen wir Werte schaffen
Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter
und die Gesellschaft

Der Deutsche Bank-Konzern

Unternehmensprofil und Überblick

Eine führende Universalbank mit klarer Strategie

In Kürze

- Marktführer im Heimatmarkt Deutschland, herausragende Stellung in Europa
 - Kerngeschäftsbereiche erwirtschafteten starkes operatives Ergebnis
 - Kapital- und Verschuldungsquoten künftig weiter verbessern
-

Die Deutsche Bank ist eine der führenden globalen Universalbanken. Ihre Geschäfte umfassen eine breite Palette von Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft und im Firmen- und Privatkundengeschäft sowie in der Vermögensverwaltung. Der Konzern ist in allen Regionen der Welt tätig. In unserem Heimatmarkt Deutschland sind wir Marktführer. In Europa, in Nordamerika und in wichtigen Wachstumsmärkten, insbesondere in Asien, verfügen wir über eine starke Wettbewerbsposition.

Managementstruktur

Seit 1. Juni 2012 sind Jürgen Fitschen und Anshu Jain gleichberechtigte Co-Vorsitzende des Vorstands und des Group Executive Committee (GEC).

Die Aufgaben des Vorstands der Deutschen Bank AG umfassen insbesondere die strategische Steuerung, Ressourcenallokation, Rechnungslegung und Finanzberichterstattung sowie das Risikomanagement und die Kontrolle des Konzerns. Der Vorstand nimmt seine Führungs- und Aufsichtsfunktion im Wesentlichen über von ihm geleitete Gremien wahr. Dabei unterstützen ihn zentrale Infrastrukturfunktionen und ihm zugeordnete Stabsabteilungen.

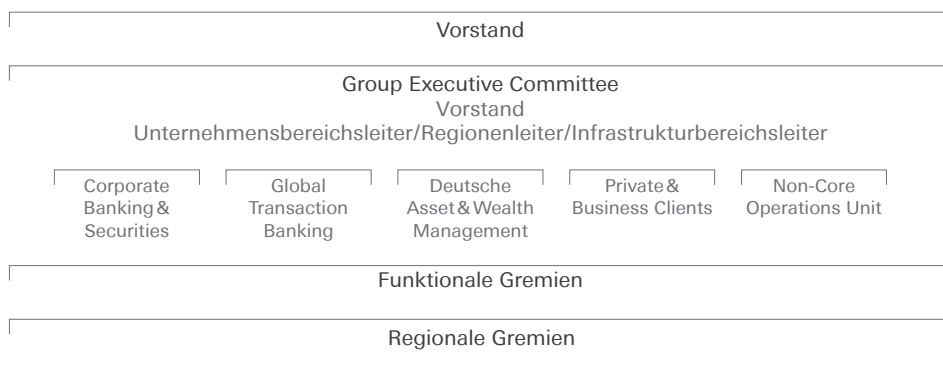
Das GEC besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften unserer Regionen, Unternehmensbereiche und Infrastrukturfunktionen.

Das GEC dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen. Seine Aufgaben und Verantwortlichkeiten umfassen insbesondere die fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über die Geschäftsentwicklung und bedeutende Transaktionen, die regelmäßige Steuerung der Geschäftssegmente der Bank, die Beratung des Vorstands bei strategischen Fragen und die Vorbereitung von Vorstandsentscheidungen.

GEC

Das Group Executive Committee koordiniert das globale Geschäft

Managementstruktur



Unternehmensbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die fünf Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S), Global Transaction Banking (GTB), Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM), Private & Business Clients (PBC) und Non-Core Operations Unit (NCOU).

Corporate Banking & Securities

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Zu Markets gehören die Vertriebs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten in einem breiten Spektrum von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriefte Forderungen sowie Rohstoffe.

Corporate Finance ist für Fusionen und Übernahmen sowie die Emission von Anleihen und Aktien zuständig. Regionale branchenfokussierte Teams sorgen dafür, dass den Kunden alle angebotenen Finanzierungsprodukte und Serviceleistungen aus einer Hand zur Verfügung stehen.

Global Transaction Banking

Der Unternehmensbereich GTB ist weltweit für Unternehmen und Finanzdienstleister tätig. Seine Produkte und Leistungen dienen der Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie der Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte. Außerdem stellt GTB Leistungen im Treuhand- und Vermittlungsgeschäft sowie in der Wertpapierverwahrung und -verwaltung bereit.

Deutsche Asset & Wealth Management

DeAWM unterstützt private und institutionelle Kunden in aller Welt dabei, ihr Vermögen zu sichern und zu mehren. Der Unternehmensbereich bietet traditionelle und alternative Investmentprodukte und -lösungen in allen wichtigen Anlageklassen an. DeAWM steht zudem für maßgeschneidertes Wealth Management und eine ganzheitliche Betreuung wohlhabender Privatanleger und großer Familienvermögen (Family Offices). Kunden von DeAWM haben Zugang zum gesamten Fonds- und Wealth-Management-Angebot der Deutschen Bank sowie von Drittanbietern mit einer umfassenden Auswahl erstklassiger Produkte und Lösungen.

Private & Business Clients

PBC stellt in Deutschland und international Bank- und Finanzdienstleistungen für Privatkunden, Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung. Das Produktangebot von PBC umfasst Kontoführung und Zahlungsverkehr, Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung, Wertpapiere, Einlagen und Kredite.

PBC ist eine führende Privatbank in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem Vertriebsnetz in Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen und Indien. In China kooperiert PBC mit der Hua Xia Bank, an der wir als zweitgrößter Aktionär mit 19,99% beteiligt sind.

Non-Core Operations Unit

Die Ende 2012 aufgebaute NCOU hat die Aufgabe, Risiken im Zusammenhang mit kapitalintensiven Vermögenswerten, die nicht im Einklang mit der neuen strategischen Ausrichtung der Bank stehen, abzubauen und somit auch die Kapitalbindung zu reduzieren. Das ermöglicht es der Führung, sich auf ihr strategisches und operatives Kerngeschäft zu konzentrieren. Zudem erhöht dies die Transparenz der externen Berichterstattung.

Zentrale Infrastruktur

Zum zentralen Bereich Infrastruktur gehören Finance (Finanzen), Legal & Compliance (Recht), Audit (Revision), Tax (Steuern), Risk (Risiko), Investor Relations, Communications, Corporate Social Responsibility & Public Affairs, Human Resources (Personal), Group Technology & Operations, Group Strategy (Abteilung für Konzernentwicklung), Corporate Insurance (Versicherungsabteilung) und DB Research (Volkswirtschaftliche Abteilung).

Die strategischen, risikosteuernden und kontrollierenden Abteilungen unterstützen den Vorstand bei der Führung des Konzerns. Die dazu erforderlichen Prozesse sind größtenteils global in die Geschäftsbereiche integriert. Zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit haben die Bereiche aber eigene funktionale Berichtslinien.

Strategie 2015+

Unsere im September 2012 vorgestellte Strategie 2015+ zielt darauf ab, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und uns in einem veränderten Umfeld erfolgreich zu positionieren. Kennzeichen des veränderten Umfelds sind makroökonomische Unsicherheiten, zunehmende Regulierung, historisch niedrige Zinsen, erhöhter Margendruck und nicht zuletzt eine kritische öffentliche Wahrnehmung der Finanzbranche. Die Umsetzung der Strategie 2015+ ermöglicht es uns, Chancen wahrzunehmen, die aus langfristigen Megatrends resultieren. Hierzu gehören das starke Wachstum und der damit verbundene Bedeutungsgewinn von Schwellenländern, der demografische Wandel und der technologische Fortschritt.

Mit der Strategie 2015+ bekräftigt die Deutsche Bank ihr Bekenntnis zum Universalbankmodell, das den immer komplexeren Bedürfnissen unserer Kunden am besten gerecht wird. Ferner bekräftigt sie das Bekenntnis zum Heimatmarkt Deutschland, in dem die Bank fest verwurzelt und klarer Marktführer ist, sowie zur globalen Präsenz. Diese ermöglicht es uns, unsere globale Produktkompetenz unseren Kunden lokal in 71 Ländern bereitzustellen. Die Strategie 2015+ betont die Notwendigkeit, noch kundenorientierter zu werden, die Effizienz und die operative Leistungsfähigkeit zu steigern, die Kapitalbasis zu stärken, Risiken weiter abzubauen und den kulturellen Wandel voranzutreiben. So wollen wir unsere Vision, die führende kundenorientierte globale Universalbank zu werden, realisieren.

4,5
Mrd €

wollen wir
jährlich an Kosten
einsparen

Weltweite Präsenz



71

in 71 Ländern
weltweit präsent

Regionale Hauptstandorte:

Frankfurt am Main, London, New York, São Paulo, Dubai, Singapur, Hongkong

Unsere Strategie 2015+ verwirklichen wir mithilfe von fünf entscheidenden Hebeln:

Kunden. Die Deutsche Bank betreut klar definierte Kundengruppen mit dem Ziel, für diese Mehrwert zu schaffen. Unser Augenmerk richtet sich besonders auf Wachstum in unserem Heimatmarkt Deutschland, im asiatisch-pazifischen Raum und in Amerika. Seit der Bekanntgabe der Strategie 2015+ haben wir die Deutsche Bank noch stärker auf unsere Kunden ausgerichtet. Dazu gehört der Aufbau einer speziellen Mittelstandsplattform in Deutschland. Zudem haben wir unsere Kundenbetreuung vor Ort intensiviert und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit in der Bank weiter verbessert.

Kompetenzen. Unsere Strategie beruht auch auf der Stärke unseres Kerngeschäfts. Wir sind davon überzeugt, dass unsere vier für das Kerngeschäft verantwortlichen Unternehmensbereiche – Corporate Banking & Securities, Private & Business Clients, Global Transaction Banking und Deutsche Asset & Wealth Management – sehr gut positioniert sind, um den immer anspruchsvolleren globalen Bedürfnissen unserer Kunden gerecht zu werden und unseren Ertragsmix auszubalancieren. Im Berichtsjahr erwirtschafteten unsere Kerngeschäftsbereiche ein starkes operatives Ergebnis. Bereinigt um spezifische Belastungen war es eines der bisher höchsten. Diese gute operative Leistung ermöglicht es der Deutschen Bank, Altlasten zu reduzieren, den Risikoabbau voranzutreiben und Investitionen in die weitere Stärkung unserer operativen Plattform zu sichern.

Kapital. Die Deutsche Bank ist entschlossen, ihre Kapital- und Verschuldungsquoten weiter zu verbessern. Unter voller Umsetzung der Basel-3-Vorschriften haben wir uns das Ziel gesetzt, eine Tier-1-Kernkapitalquote von mehr als 10% bis zum ersten Quartal 2015 zu erreichen. Wir haben sie von unter 6% Anfang 2012 bereits auf 9,7% Ende Dezember 2013 steigern können. Damit liegt sie in Reichweite unserer Zielmarke für 2015. Unser Leverage Exposure haben wir im gleichen Zeitraum signifikant reduziert (basierend auf CRD-IV-Regeln, CRD IV – Capital Requirements Directive IV, EU-Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten). Der Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit, der den Abbau von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten steuert, hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Kosten. Wir streben an, unsere langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, indem wir mithilfe unseres Operational-Excellence(OpEx)-Programm eine moderne und effiziente Infrastruktur aufbauen. Das Programm zielt darauf ab, die Qualität unserer Dienstleistungen zu erhöhen, die Flexibilität der Bank zu steigern, die Kontrolle zu verstärken und eine Kultur der Kosteneffizienz zu etablieren. Durch Investitionen von 4 Mrd € sollen bis 2015 insgesamt jährliche Kosten in Höhe von 4,5 Mrd € eingespart werden. Die Umsetzung des Programms macht gute Fortschritte. Zum Jahresende 2013 addierten sich die kumulierten Einsparungen bereits auf 2,1 Mrd €. Das haben wir erreicht, indem wir effizienter geworden sind, intelligenter eingekauft, unsere Technologie modernisiert und unsere Strukturen verschlankt haben.

Kultur. Die Deutsche Bank sieht einen tiefgreifenden kulturellen Wandel in der Finanzdienstleistungsbranche als unerlässlich an und möchte dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir verpflichten uns zu einer Kultur, die Risiken und Erträge in ein ausgewogenes Verhältnis bringt, talentierte Mitarbeiter gewinnt und fördert, Teamarbeit und Kollegialität belohnt und auf die Belange der Gesellschaft eingeht. Im Jahr 2013 haben wir das Fundament für den Kulturwandel gelegt. Wir haben neue Werte und die zugrunde liegenden Überzeugungen definiert, unsere Kontrollmechanismen gestärkt, unsere Vergütungsmodelle reformiert und ein Programm für den nachhaltigen Wandel etabliert.

Alles in allem wollen wir mit der Strategie 2015+ unsere globale Plattform und die führende Position in unserem Heimatmarkt ausbauen, die integrierte Leistungsfähigkeit unseres Universalbankmodells nutzen, das Kapital stärken, operative und Kosteneffizienz erlangen und eine Vorreiterrolle beim Kulturwandel der Bankenbranche einnehmen. Wir sind überzeugt, dass die Strategie 2015+ der richtige Weg ist, um die Deutsche Bank als eine der wenigen starken globalen Universalbanken zukunftsfest zu machen. Außerdem ermöglicht sie uns, künftige Chancen wahrzunehmen.

Unsere Vision

Wir wollen die führende kundenorientierte globale Universalbank sein.

Wir dienen unseren Aktionären am besten, indem wir unsere Kunden in den Mittelpunkt stellen und ein globales Netzwerk ausgewogener Geschäftsaktivitäten bieten, das auf einer soliden Kapital- und Liquiditätsausstattung beruht.

Wir wertschätzen unsere deutschen Wurzeln und bekennen uns zu unserer weltweiten Aufstellung.

Wir verpflichten uns zu einer Kultur, die Risiken und Anerkennung in ein ausgewogenes Verhältnis stellt, Talente gewinnt und fördert, Teamarbeit und Kollegialität belohnt und auf die Belange der Gesellschaft eingeht.

Corporate Governance

Beste Standards als Maxime der Unternehmensführung

In Kürze

- **Integritätsausschuss zur Kontrolle rechtskonformen Handelns eingerichtet**
 - **Globale Einheit bündelt Initiativen zur Verbesserung der Leitung des Unternehmens**
 - **Vergütung reformiert**
-

Eine wirkungsvolle Corporate Governance, die hohen internationalen Standards entspricht, ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmensführung. Im Bewusstsein der zunehmenden Bedeutung von Corporate Governance hat die Deutsche Bank eine globale Corporate-Governance-Funktion etabliert. Sie soll unsere zahlreichen Initiativen stärken.

Durch unsere Corporate Governance stellen wir eine verantwortungsbewusste, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle der Deutschen Bank sicher. Fünf Elemente sind dafür kennzeichnend: effiziente Entscheidungen auf der Grundlage angemessener Informationen, gute Beziehungen zu den Aktionären, eine effektive Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, ein am langfristigen Erfolg ausgerichtetes Vergütungssystem sowie eine transparente Rechnungslegung in Verbindung mit zeitiger Berichterstattung.

Wichtige Grundlagen der Corporate Governance der Deutschen Bank AG sind vor allem das deutsche Aktiengesetz und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Da unsere Aktie auch an der New Yorker Börse notiert ist, unterliegen wir zudem den betreffenden US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzen und Bestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) sowie der New York Stock Exchange. Darüber hinaus nehmen wir europäische und internationale Entwicklungen und Diskussionen auf, um unsere Corporate Governance noch weiter zu verbessern.

Aktionäre

Unsere Aktionäre gehören zu unseren wichtigsten Zielgruppen. Wir streben eine intensive Beziehung zu unseren Anteilseignern an und wollen eine hohe Beteiligung an den Hauptversammlungen erreichen. Unsere Aktionäre sind per Gesetz an wichtigen Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, der Verwendung des Bilanzgewinns, der Ermächtigung zur Ausgabe neuer Aktien und wesentlichen Strukturveränderungen beteiligt.

Die Deutsche Bank hat nur eine einzige Gattung von Aktien, die jeweils eine Stimme verbriefen.

Um unseren Aktionären die Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, setzen wir bei der Hauptversammlung neben der Briefwahl auch elektronische Medien ein. Insbesondere können Vollmachten und Weisungen an die Stimmrechtsvertreter der Deutschen Bank via Internet erteilt werden.

Hohe Präsenz

auf Hauptversammlungen als Ziel

Leitung und Kontrolle
zielen auf langfristigen

Erfolg

April 2013

Die Bank reformiert die
Vergütung der Vorstände

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und kontrolliert die Konzerngesellschaften. Er sorgt dafür, dass die gesetzlichen Bestimmungen und die unternehmensinternen Richtlinien eingehalten werden. Die Mitglieder des Vorstands bilden gemeinsam mit den Führungskräften unserer Regionen, Unternehmensbereiche und Infrastrukturfunktionen das Group Executive Committee. Dieses Gremium dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen. Das Group Executive Committee übernimmt beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Aufgaben für den Vorstand. Diese umfassen die Vorbereitung der strategischen Beratungen des Vorstands und die Überwachung der Umsetzung bankweiter strategischer Initiativen sowie struktureller Veränderungen in der Bank.

Im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat hat der Vorstand weitere Komitees eingerichtet, die direkt an ihn berichten. Er kann zudem weitere Komitees einsetzen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Grundlegende Entscheidungen, die die Bank betreffen, benötigen seine Zustimmung. Der Aufsichtsrat kann Informations- und Berichtspflichten des Vorstands festlegen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausreichen. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand langfristig deren Nachfolge. Der Aufsichtsrat prüft die Effizienz seiner Arbeit regelmäßig. Im Berichtsjahr hatte der Aufsichtsrat sieben Ausschüsse: Präsidial-, Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs-, Vermittlungs-, Vergütungskontroll- und Integritätsausschuss. Die beiden letztgenannten wurden erst im Laufe des Jahres 2013 geschaffen. Während der Vergütungskontrollausschuss gesetzlich vorgeschrieben ist, wurde der Integritätsausschuss vom Aufsichtsrat auf freiwilliger Basis eingerichtet. Er soll den Vorstand bei Entscheidungen zu einer wirtschaftlich tragfähigen nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens beraten und kontrollieren. Bei allen Entscheidungen sind die Schonung der natürlichen Ressourcen, das Prinzip sozialer Verantwortung sowie die Grundsätze guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung und Unternehmensüberwachung zu berücksichtigen.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben achtet der Aufsichtsrat auf eine ausgewogene Zusammensetzung sowie darauf, dass seine Mitglieder insgesamt die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten haben. Ebenso berücksichtigt er den Aspekt der Vielfalt im Vorstand und bei Wahlvorschlägen für den Aufsichtsrat.

Angesichts unserer globalen Geschäftsaktivitäten gehört dem Aufsichtsrat eine angemessene Anzahl von Mitgliedern mit langjähriger internationaler Erfahrung an. Außerdem ist in unserem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder vertreten.

Vergütung

Die Kriterien für die Bemessung der variablen Vergütung unserer Vorstandsmitglieder wurden im April 2013 – nach Abschluss einer vom Aufsichtsrat beauftragten unabhängigen Prüfung der Vergütungssysteme – angepasst. Bereits im Berichtsjahr haben wir qualitative Aspekte stärker berücksichtigt. Die variable Vergütung wurde nicht ausschließlich anhand finanzieller Ziele, sondern auch anhand des „Wie“ der Leistungserbringung festgelegt. Konzernweite und individuelle Leistungskennzahlen, die die nachhaltige Ergebnisentwicklung abbilden, wirken sich auf die Höhe der jährlichen variablen Vergütung aus. Bei beiden Komponenten der variablen Vorstandsvergütung wird – im Einklang mit der Strategie 2015+ und dem eingeleiteten Kulturwandel in der Deutschen Bank – der Faktor „Unternehmenskultur und Kunden“ berücksichtigt.

Der überwiegende Teil der variablen Vergütung wird aufgeschoben gewährt und unterliegt bestimmten Verfallsbedingungen. Mindestens 50% der gesamten variablen Vergütung sind aktienbasiert und damit von der nachhaltigen Ergebnisentwicklung der Deutschen Bank abhängig.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder beinhaltet gemäß den neuen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex keine variablen Vergütungskomponenten und Sitzungsgelder mehr. Die Basisvergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurde dagegen erhöht. Die jährlich gezahlte feste Zusatzvergütung wurde nach Maßgabe der Ausschussmitgliedschaft und Funktion der Mitglieder angepasst, um die tatsächliche Arbeitsbelastung und Komplexität der Aufgaben besser zu reflektieren. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat sowie die Mitgliedschaft in den Ausschüssen (mit Ausnahme des Nominierungsausschusses und des Vermittlungsausschusses) werden zusätzlich vergütet.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Grundzüge unseres Vergütungssystems werden im Vergütungsbericht veröffentlicht.

► Weitere Informationen
siehe Finanzbericht 2013
Seiten 259 ff.

Rechnungslegung

Anteilseigner und Öffentlichkeit werden regelmäßig durch den jährlichen Geschäftsbericht, der den Konzernabschluss enthält, sowie die Zwischenberichte informiert. Unsere Konzernrechnungslegung entspricht den International Financial Reporting Standards (IFRS). Dies sorgt für eine hohe Transparenz und internationale Vergleichbarkeit.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 29. Oktober 2013 die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz veröffentlicht. Demnach entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 mit zwei Ausnahmen. Die erste Ausnahme bezieht sich auf Ziffer 4.2.3 (3) des Kodex. Danach soll der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen. Für die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG gilt hingegen ein beitragsorientierter Plan, der nicht auf ein bestimmtes Versorgungsniveau zielt. Die zweite Ausnahme betrifft Ziffer 5.3.3 des Kodex. Sie besagt, dass der Nominierungsausschuss ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt sein soll. Das CRD-IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 sieht allerdings vor, dass der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats weitere Aufgaben übernehmen muss, die nicht nur von den Vertretern der Anteilseigner im Aufsichtsrat vorbereitet werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss der Deutschen Bank AG nunmehr auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur von Vertretern der Aktionäre im Ausschuss unterbreitet werden.

Weitere Informationen siehe
► [www.deutsche-bank.de/
corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)

Unser ausführlicher Corporate-Governance-Bericht beziehungsweise die Erklärung zur Unternehmensführung 2013 sowie weitere Dokumente zur Corporate Governance der Deutschen Bank AG wie die Geschäftsordnungen für den Vorstand, den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse sind im Internet abrufbar.

Wir überprüfen unsere Corporate Governance kontinuierlich und passen sie gegebenenfalls an. Dabei berücksichtigen wir neue Erfahrungen und gesetzliche Vorgaben sowie nationale und internationale Standards.

Kultur

Kulturwandel – den Grundstein für unseren künftigen Erfolg legen

In Kürze

- Kulturwandel als Kernelement der Strategie 2015+
- Neue Werte und Überzeugungen als Ergebnis intensiver Diskussionen formuliert
- Einbindung in Geschäftspolitik und tägliches Handeln

Die Unternehmenskultur ist das Herzstück jeder Organisation. Sie spiegelt deren Werte und Überzeugungen wider und beeinflusst das Verhalten der Mitarbeiter, Entscheidungsprozesse und vor allem den Umgang mit den Kunden und der Gesellschaft. Wir sind überzeugt: Die Unternehmenskultur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den langfristigen Erfolg der Deutschen Bank. Deshalb ist der Kulturwandel zentraler Bestandteil der Strategie 2015+.

Unsere Kultur ist das Fundament, auf dem alle unsere Bemühungen aufbauen, die Bank für die Zukunft gut aufzustellen. Der Kulturwandel ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns liegen. Die Bank ist nur dann stark und erfolgreich, wenn unsere gesamten Aktivitäten auf einer absolut soliden Grundlage stehen. Unser Schwerpunkt liegt auf der Erneuerung des impliziten Vertrags mit unseren Zielgruppen: Kunden, Aktionären, Mitarbeitern und der Gesellschaft. Wir möchten zeigen, dass die Bankenbranche einen wertvollen Beitrag für die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes leistet.

Integrität und Verantwortungsbewusstsein sind dabei wichtige Prinzipien. Aus diesem Grund haben wir im Berichtsjahr die Werte und Überzeugungen der Deutschen Bank neu formuliert, Handlungsmaximen aufgestellt, unsere Kontrollmechanismen gestärkt und die Werte und Überzeugungen in unsere Leistungsbeurteilungen eingebettet.

Bankweiter Prozess zur Definition unserer Werte und Überzeugungen

2013 hat die Deutsche Bank im Rahmen des umfassendsten Beratungsprozesses der letzten Jahre 52 000 Mitarbeiter zu ihren Erfahrungen, Vorstellungen und Anregungen befragt. Die Umfrage wurde durch ausführliche Gespräche und Workshops mit den Senior-Führungskräften der Bank ergänzt. Im Ergebnis haben wir sechs zentrale Werte definiert: Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft. Jeder dieser Werte wird durch Überzeugungen konkretisiert, die uns in unserer täglichen Arbeit leiten. Auf der Senior Management Conference am 10. Juli 2013 haben sich alle 250 Top-Führungskräfte persönlich zur Umsetzung der Werte und Überzeugungen verpflichtet und dies mit ihrer Unterschrift bestätigt. Am 24. Juli 2013 hat die Bank die neuen Werte und Überzeugungen allen Mitarbeitern und der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Unsere Werte werden unser künftiges Handeln bestimmen. Sie sollen uns dabei helfen, unsere Geschäftsaktivitäten mit der größtmöglichen Integrität durchzuführen, langfristigen Wert für unsere Aktionäre zu schaffen und Top Talente zu fördern, die die Deutsche Bank in diesem Geist prägen. Wir wollen uns zukünftig noch stärker darauf konzentrieren, unseren Kunden passende Lösungen bereitzustellen, die ihre Anforderungen erfüllen. Gleichzeitig werden wir unsere eigenen Prozesse kontinuierlich verbessern, Verantwortung übernehmen und wie Eigentümer unserer Bank denken.

1–1

Die neuen Werte und Überzeugungen – unsere Prinzipien

Authentizität

Die Werte wurden von den Mitarbeitern formuliert.

Gespräche auf allen Ebenen

Die Werte werden von allen Mitarbeitern getragen.

Langfristige Tragfähigkeit

Die Werte haben langfristig Bestand.

Unsere Werte

Integrität	Nachhaltige Leistung	Kundenorientierung	Innovation	Disziplin	Partnerschaft
------------	----------------------	--------------------	------------	-----------	---------------

Unsere Überzeugungen

Wir richten uns stets nach den höchsten Integritätsstandards – in Worten und in Taten.	Wir schaffen Wert für unsere Aktionäre, indem wir langfristigen Erfolg über kurzfristige Gewinne stellen.	Wir erarbeiten uns das Vertrauen unserer Kunden, indem wir sie in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.	Wir fördern die intellektuelle Neugier unserer Mitarbeiter, weil sie die Grundlage jeglicher Innovation ist.	Wir gehen sorgsam mit unserem Unternehmen und seinen Ressourcen um. Wir denken und handeln wie Eigentümer.	Wir setzen auf gemischte Teams, um bessere Ideen und ausgewogenere Entscheidungen zu erreichen.
Wir tun das, was nicht nur rechtlich erlaubt, sondern auch richtig ist.	Wir unterstützen unternehmerisches Denken und das verantwortungsbewusste Abwägen von Chancen und Risiken.	Wir schaffen Mehrwert für unsere Kunden, weil wir ihre Bedürfnisse verstehen und sie bestmöglich erfüllen.	Wir verhelfen unseren Kunden zum Erfolg, indem wir geeignete Lösungen für ihre Anforderungen suchen und anbieten.	Wir halten uns an Regeln und stehen zu unseren Zusagen – ohne Wenn und Aber.	Wir stellen gemeinsame Ziele über Bereichsgrenzen. Die Grundlage dafür sind Zusammenarbeit, Respekt und Vertrauen über alle Bereiche hinweg.
Wir sprechen offen miteinander. Wir fördern, äußern und respektieren konstruktive Kritik.	Wir streben nachhaltigen Erfolg an, durch gezielte Entwicklung und Förderung unserer Mitarbeiter entsprechend ihrer Leistung und Talente.	Wir wollen der Partner unserer Kunden sein. Die geschaffenen Werte teilen wir fair.	Wir verbessern kontinuierlich unsere Prozesse und Plattformen, indem wir neue und bessere Ideen nutzen.	Wir erreichen operative Exzellenz, indem wir alles, was wir tun, möglichst schon im ersten Anlauf richtig machen.	Wir arbeiten mit allen Stakeholdern und Aufsichtsbehörden partnerschaftlich und verantwortungsbewusst zusammen. Wir nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung ernst.

Bewusstsein für die Werte und Überzeugungen in der Bank schaffen

Nun müssen diese Werte und Überzeugungen gelebt werden. Sie müssen Teil des täglichen Handelns unserer Mitarbeiter werden, um tatsächlich Wirkung zu zeigen. Wir haben daher die Kernelemente dieser Werte über eine Vielzahl von Kanälen, darunter Workshops, Townhall-Veranstaltungen und zahlreiche bilaterale Gespräche, an alle Mitarbeiter kommuniziert. Wir werden sie weiter im Bewusstsein aller Mitarbeiter verankern, indem wir sie in die Zielvereinbarungen und Leistungsbeurteilungen einbinden. Entscheidend ist, dass wir ganz oben ansetzen: Unsere obersten Führungskräfte nehmen eine Vorbildfunktion ein.

Der Kulturwandel wirkt sich in allen Dimensionen auf die Deutsche Bank aus. Die Maßnahmen reichen von einem neuen Ansatz für die Vergütung der Unternehmensleitung und der Mitarbeiter über den Verzicht auf bestimmte Geschäfte bis hin zur Stärkung unserer Governance- und Kontrollmechanismen. Viele dieser Schritte wurden bereits realisiert. Weitere Änderungen unserer Geschäftspolitik werden geprüft und vorbereitet.

Im November 2013 bestätigten in einer Umfrage 94% der Mitarbeiter der Deutschen Bank, die neuen Werte und Überzeugungen zu kennen. Dies ist ein vielversprechendes Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sind uns bewusst, dass ein Kulturwandel durchaus auch skeptisch gesehen wird und dass seine Umsetzung Zeit erfordert. Wir sind jedoch fest entschlossen, den kulturellen Wandel in der Bank zu vollziehen. Er ist ein entscheidendes Vorhaben der Strategie 2015+ und eine der wichtigsten Grundlagen für den langfristigen Erfolg der Deutschen Bank. Letztlich werden wir dann erfolgreich sein, wenn wir unsere Werte leben und gleichzeitig unsere Geschäftsziele erreichen.

Für wen wir Werte schaffen

Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft

1–2

Für wen wir Werte schaffen

Aktionäre
Kunden
Mitarbeiter
Gesellschaft

Die Deutsche Bank will die führende kundenorientierte globale Universalbank werden. Der Fokus unserer Strategie richtet sich auf Höchstleistungen für unsere Kunden, operative Effizienz und Exzellenz, Kostenbewusstsein, Stärkung des Eigenkapitals und nicht zuletzt einen tiefgreifenden kulturellen Wandel. Wir sind im Berichtsjahr den Zielen der Strategie 2015+ ein gutes Stück näher gekommen – mit unseren Mitarbeitern für unsere Aktionäre, Kunden und die Gesellschaft.

Aktionäre

Wir wollen Mehrwert für unsere Eigentümer schaffen. Dafür arbeiten wir – in einem anspruchsvollen und fordernden internationalen Umfeld. Ziel ist eine langfristig gute Rendite und Dividende. Im Berichtsjahr haben wir die Kapitalbasis der Deutschen Bank gestärkt und bedeutende Rechtsstreitigkeiten beigelegt. Wir bauen auf einem erfolgreichen Kerngeschäft auf und haben die Bank operativ sicherer und effizienter gemacht. Im Interesse unserer Eigentümer werden wir die Strategie 2015+ weiterhin diszipliniert umsetzen.

Kunden

Mit bester Beratung und exzellenten Produkten wollen wir unseren Kunden nutzen. Das gilt für Privatpersonen wie Unternehmen gleichermaßen. Aufgabe der Mitarbeiter ist es, bestmögliche Lösungen zu finden und umzusetzen. Dabei bringen wir unsere globale Kompetenz lokal zum Einsatz. Der enormen Vielfalt unterschiedlichster Kundenbedürfnisse in der ganzen Breite des Geschäfts mit geeigneten Instrumenten gerecht zu werden, ist für uns die eigentliche Aufgabe des Bankgeschäfts. Zusammen mit Qualität, Schnelligkeit und enger Kooperation der Unternehmensbereiche spielen Innovationen eine zentrale Rolle. Unser Angebot für mittelständische Unternehmen in Deutschland haben wir 2013 ausgebaut.

Mitarbeiter

Unsere fast 100 000 Mitarbeiter in 71 Ländern sind der Garant für den Unternehmenserfolg. Wir sind überzeugt, dass unsere Teams zu den bestausgebildeten, leistungsfähigsten und einsatzfreudigsten in der Welt gehören. Wir wollen unsere Position als bevorzugter Arbeitgeber festigen. Die Deutsche Bank ist sich bewusst, dass die Vergütungsmodelle der Bankenbranche in der Öffentlichkeit kritisch gesehen werden. Im Zuge des Kulturwandels haben wir die Vergütungsmodelle unseres Hauses überprüft und angepasst. Kulturwandel bedeutet für uns auch, dass jeder einzelne Mitarbeiter bei seiner Arbeit in der Pflicht steht, gegenüber Kunden, Kollegen, Aktionären und der Gesellschaft mit absoluter Integrität zu handeln.

Gesellschaft

Nicht nur die Gesellschaft, sondern alle unsere Zielgruppen erwarten mehr Transparenz bezüglich unseres Handelns. Sie unterstützt die Meinungsbildung und Investitionsentscheidungen unserer Zielgruppen. Wir haben Nachhaltigkeit daher noch stärker in unserem Kerngeschäft verankert. Ökologische und soziale Faktoren sind Teil der Genehmigungsprozesse für alle Transaktionen und Produkte. Zudem leistet die Deutsche Bank als Unternehmensbürger in vielen Ländern und ganz besonders in Deutschland einen Beitrag zur Bewältigung sozialer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeiter auf diesen Feldern fördern wir.

Aktionäre

Wir danken unseren Eigentümern für ihre Treue und Unterstützung.

Strukturdaten

		2013	2012	2011
Anzahl		566979	610964	660389
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals ¹	Institutionelle (einschließlich Banken)	79	75	74
	Private	21	25	26
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals ¹	Deutschland	50	45	52
	Europäische Union (ohne Deutschland)	26	33	26
	Schweiz	6	6	6
	USA	15	13	13
	Andere	4	2	3

Leistungskennzahlen

	2013	2012	2011
Gesamterendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Return) im Verlauf ²	7,5%	15,0%	-23,3%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien) ³	6,2	7,6	8,8
Dividende (in €) je Aktie für Geschäftsjahr	0,75 ⁴	0,75	0,75

Besondere Projekte

Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital Ausgabe von 90 Millionen neuen Aktien zum Preis von 32,90 € je Stück mit einem Bruttoerlös von 2,96 Mrd € unter Ausschluss des Bezugsrechts. Die Aktien wurden in einem beschleunigten Bookbuilding-Verfahren bei institutionellen Investoren platziert.

Informationen für Fremdkapitalgeber Ausgebautes Internetangebot mit Nachrichten zu zusätzlichem Kernkapital (AT1) und Ergänzungskapital (T2) für Kündigungen von Kapitalinstrumenten und Neuemissionen.

¹Angaben gerundet

²Auf der Basis von Xetra

³Orderbuchstatistik (Xetra)

⁴Vorschlag für die Hauptversammlung am 22. Mai 2014

Kunden

Das Vertrauen von Millionen Kunden ist für uns Auszeichnung und Ansporn.

Strukturdaten

		2013	2012	2011
Anzahl der Kunden (gerundet)				
Corporate Banking & Securities		20 200	21 400	18 700
Global Transaction Banking		62 585	67 200	71 700
Deutsche Asset & Wealth Management	Retail Asset Management (Deutschland/Luxemburg)	2 461 000	2 316 000	2 260 000
	davon: in Kooperation	624 000	552 000	465 000
	Institutional Asset Management	2 400	2 400	2 400
	Wealth Management ¹	65 700	71 300	75 800
Private & Business Clients		27 994 000	28 419 000	28 575 000
	davon: Deutsche Postbank AG	13 959 000	14 018 000	14 064 000

Leistungskennzahlen

		2013	2012	2011
Corporate Banking & Securities	Zahl der IFR Awards	7	9	8
	Zahl der Risk Awards	3	3	3
	Zahl der Euromoney Awards for Excellence	19	27	20
	Euromoney FX Poll, Rang	1	1	1
Global Transaction Banking	Verwaltete Vermögenswerte (in Bio €)	1,78	1,55	1,52
	Volumen im dokumentären Außenhandelsgeschäft (in Mrd €)	72,7	61,2	57,3
	Standorte einschließlich Repräsentanzen	47	46	45
	Bestnoten für Sub-Custody-Geschäft ²	17	11	16
Deutsche Asset & Wealth Management	DeAWM Publikumsfonds			
	Zahl der Fondsauszeichnungen (Wertentwicklung) in Europa ³	56	77	69
	Insurance Asset Management Award as Best Global Insurance Asset Manager ⁴	1	1	1
Private & Business Clients	Kundengeschäftsvolumen (Einlagen in Mio €)	220 025	234 680	229 293
	Anzahl Filialen international (ohne Deutschland)	879	886	866
	Transaktionen im Kreditgeschäft für Deutsche Bank und Postbank einschließlich BHW in Deutschland (in Millionen)	11,2	9,7	8,9

Besondere Projekte

Corporate Banking & Securities	„Strategische Agenda“ – ein Paket aus 23 strategischen Initiativen zur weiteren Neuausrichtung von CB&S, das die Themenfelder Kultur, Kunden, Ertragswachstum, Ressourceneffizienz, operative Ausrichtung und bereichsübergreifende Zusammenarbeit umfasst.
Global Transaction Banking	Das „Zahlungen und Lastschriften im Auftrag von“-Programm für Firmenkunden ermöglicht effizienten und zentralisierten Treasury-Abteilungen von Unternehmen, ihre Aktivitäten weiter zu optimieren und zu verschlanken.
Deutsche Asset & Wealth Management	SOP Futur: Integration der aktiv verwalteten Fonds von Sal. Oppenheim in die DWS-Plattform und Gründung der Deutsche Oppenheim Family Office AG in Deutschland durch Zusammenlegung von zwei bisher getrennten Family Offices. Olympus: Vereinbarung mit BlackRock Solutions, dessen integriertes Enterprise-Investment-System Aladdin® für unsere Asset-Management-Investmentplattform zu implementieren. Dies ist eine bedeutende Investition in unser operatives Geschäft und unsere Technologie.
Private & Business Clients	Etablierung der Privat- und Firmenkundenbank – neue Aufstellung in der Firmenkundenbetreuung.

¹Anzahl der Kundenbeziehungen ohne Private Client Services (USA), einschließlich Sal. Oppenheim

²Jährliche Agent-Bank-Umfrage (Industrieländer) des Global Custodian

³Lipper & Feri

⁴Reactions Magazine

Mitarbeiter

Sie sind bestens ausgebildet, leistungsfähig und einsatzfreudig, also kundenorientiert.

Strukturdaten

		2013	2012	2011
Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)¹		98254	98219²	100996
Bereiche	Private & Business Clients	38,6%	38,7%	38,6%
	Corporate Banking & Securities	8,6%	8,8%	10,0%
	Deutsche Asset & Wealth Management	6,3%	6,6%	6,9%
	Global Transaction Banking	4,1%	4,4%	4,2%
	Non-Core Operations Unit	1,5%	1,5%	1,8%
	Infrastructure/Regional Management	40,9%	40,0%	38,5%
Regionen ³	Deutschland	47,2%	47,1%	46,9%
	Europa (ohne Deutschland), Naher Osten und Afrika	23,8%	24,4%	24,0%
	Nord- und Südamerika	10,5%	10,5%	11,0%
	Asien/Pazifik	18,5%	18,0%	18,1%
Qualifikationen ^{4,5}	Hochschulabschluss	64,2%	64,0%	63,7%
	Hochschulreife	17,4%	17,4%	17,3%
	Sonstige Schulabschlüsse	18,4%	18,6%	19,0%
Frauen ⁶	Weibliche Mitarbeiter insgesamt	41,7%	41,7%	41,2%
	Weibliche Managing Directors und Directors	18,7%	18,0%	17,1%
	Weibliche außertarifliche Mitarbeiter	31,1%	30,8%	29,7%
Alter ⁴	bis 29 Jahre	18,9%	19,8%	21,0%
	30 – 39 Jahre	29,2%	29,4%	29,4%
	40 – 49 Jahre	30,6%	30,8%	30,7%
	über 49 Jahre	21,3%	20,0%	18,9%
Betriebszugehörigkeit ⁴	bis 4 Jahre	33,2%	34,9%	37,8%
	5 – 14 Jahre	30,7%	30,0%	28,0%
	über 14 Jahre	36,1%	35,1%	34,2%

Leistungskennzahlen

	2013	2012	2011
Mitarbeiter-Commitment-Index ⁷	–	73%	72%
Fluktuationsquote aufgrund von Arbeitnehmerkündigungen	6,4%	6,2%	7,2%
Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €) ⁸	86	109	122
Berufsausbildung (Aufwendungen in Mio €)	46	54	56

Besondere Projekte

Senior Leader People Committee	Zur konzernweiten Steuerung des Talentmanagements auf Führungsebene haben wir ein Senior Leader People Committee unter Leitung von Anshu Jain und Jürgen Fitschen gegründet. Es kontrolliert alle Maßnahmen zur Weiterentwicklung, Stellenbesetzung und Nachfolgeplanung auf Führungsebene und trägt entscheidend dazu bei, einen Pool künftiger Führungskräfte aufzubauen.
Talentgewinnung für die Bank weltweit	Durch die Entwicklung von gezielt auf die verschiedenen regionalen und fachlichen Bedürfnisse abgestimmten Strategien und Maßnahmen haben wir 1.196 junge Talente weltweit für die Bank gewinnen können. Insbesondere für unsere expandierenden Service- und Technologie-Center, vor allem in Indien, den USA und in Großbritannien sowie in Moskau und Bukarest.

¹Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende und Volontäre/Praktikanten

²Durch einmalige Anpassung der Erhebung in Indien kam es zu einem rechnerischen Rückgang um 300 Mitarbeiter.

³2013 wurden die Mitarbeiter in Pakistan, die bislang unter Asien/Pazifik ausgewiesen wurden, dem Nahen Osten zugeordnet; die Zahlen für 2012 (79 Mitarbeiter) und 2011 (78 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst.

⁴Anzahl Mitarbeiter (Kopfzahlen)

⁵Ohne Postbank AG, Sal. Oppenheim und BHF

⁶Ohne Postbank AG, Sal. Oppenheim, BHF und DB Investment Services; Corporate Titles hier noch nicht eingeführt

⁷2013 nicht durchgeführt, vorgesehen für 2014; ohne Postbank AG

⁸Die Umsetzung unserer Weiterbildungsstrategie 2015+ ermöglichte es uns, unser Angebot zu vereinheitlichen und verstärkt zu einer Kombination aus selbstständigem Lernen und angeleitetem Training – teilweise durch interne Führungskräfte – zu gelangen. Die Anzahl unserer E-Learning-Kurse, die ein gezieltes Lernen in kurzer Zeit ermöglichen, stieg um 10%. Diese Strategie, ergänzt durch Verbesserungen in Steuerung und Organisation, führte zu einer geringfügigen Reduktion der Trainingstage pro Mitarbeiter (FTE).

Gesellschaft

Wir verbinden unsere Leistungskultur mit einer Kultur der Verantwortung.

Strukturdaten

	2013	2012	2011
Anzahl der Länder, in denen die Deutsche Bank vertreten ist (einschließlich Offshore-Standorten)	71	72	72

Leistungskennzahlen

	2013	2012	2011	
Nachhaltigkeitsratings	Carbon-Disclosure-Projekt (Band von A bis E)	91/Band A	90/Band A	82/Band B
	OEKOM Research (Skala von A+ bis D-)	C/Prime	C/Prime	C/Prime
	RobecoSAM	72	78	75
	Sustainalytics	59	65	66
Externe Wahrnehmung der Deutschen Bank als verantwortungsbewusster Unternehmensbürger (B2B-Markt)	global	51%	49%	54%
	Deutschland	76%	82%	76%
Investitionen für gesellschaftliches Engagement (in Mio €)	78,2	82,7	83,1	
Nachhaltiges Bankgeschäft				
Verwaltetes Vermögen in nachhaltigen Investments (in Mrd €)	5,1	3,7	3,0	
Geschätzte aggregierte Kreditausreichungen an Mikrokreditnehmer seit 1997 (in Mrd US-\$)	1,67	1,49	1,26	
Betriebsökologie				
Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (in %)	79%	67%	74%	
Netto-Treibhausgasemissionen ¹ in t CO ₂	348678	385571	396266	
Mitarbeiter und Gesellschaft				
Teilnehmer an Corporate-Volunteering-Programmen der Deutschen Bank	25%	24%	24%	
Teilnehmer an Bildungsprojekten	411 121	1 322 026 ²	296 505	
Begünstigte in sozialen Projekten	439 635	710 898 ³	n/a	

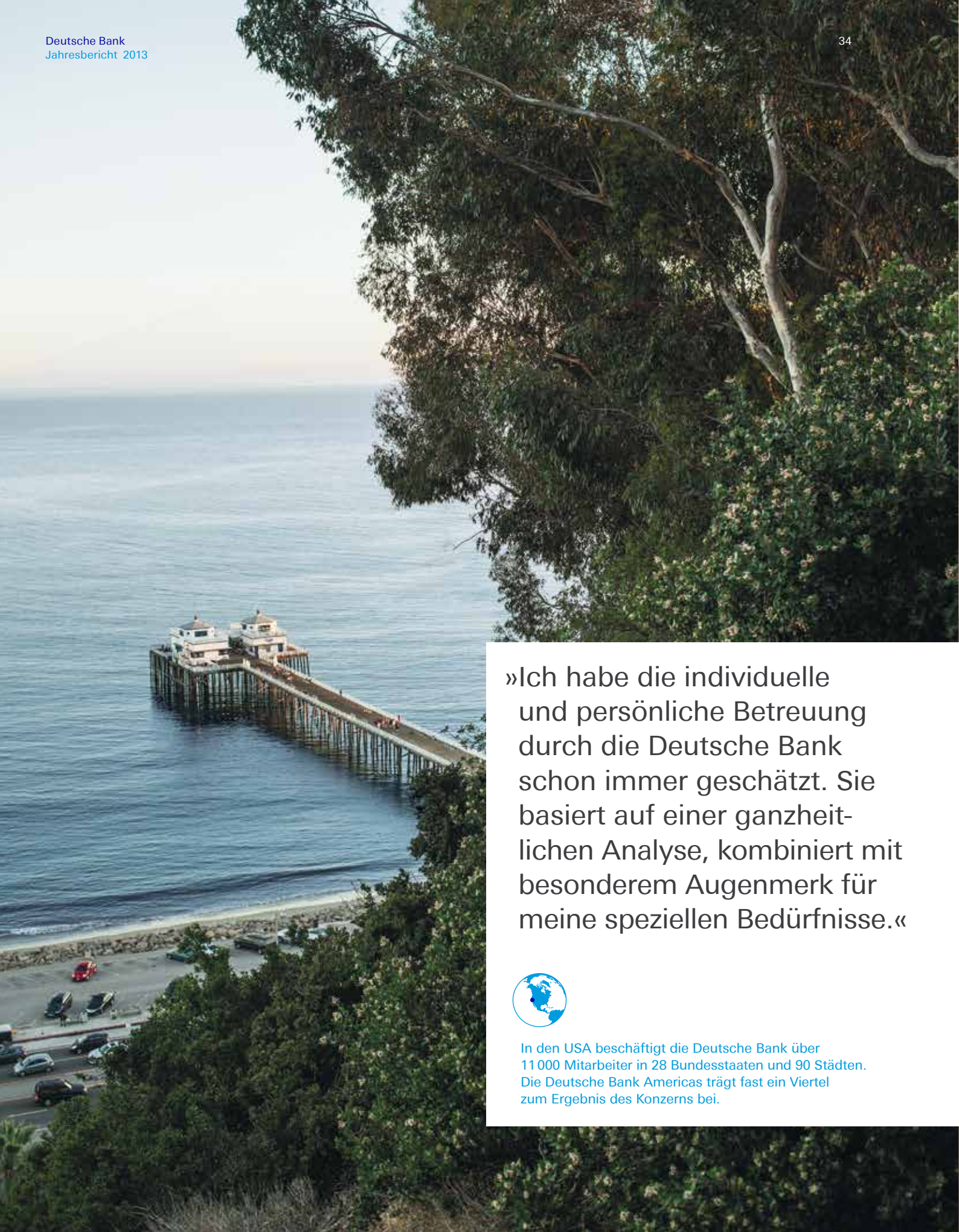
Besondere Projekte

Ökonomie	Etablierung eines ESG Head Office bei Deutsche Asset & Wealth Management Weiterentwicklung unseres Rahmenwerks und Trainingskonzepts zum Umgang mit ökologischen, sozialen und Governance-Risiken
Ökologie	Bestätigung unserer Selbstverpflichtung zur Klimaneutralität unseres Geschäftsbetriebs Erneute Aufnahme in den Climate Performance Leadership Index
Mitarbeiter und Gesellschaft	Entwicklung unserer neuen Werte und Überzeugungen Deutsche Bank-Mitarbeiter leisten Soforthilfe nach Taifun Haiyan und dem Hochwasser in Deutschland Start von „Born to Be“ (Stark machen) als Dach für die Jugendprojekte der Deutschen Bank

¹ Die Nettoemissionen an Treibhausgasen berücksichtigen erneuerbare Energien und RECs (Zertifikate zum Herkunftsnachweis für Strom aus erneuerbaren Energien). Durch stillgelegte CERs (Ausgleichszertifikate zur Neutralisierung der verbliebenen CO₂-Emissionen) werden die Nettoemissionen seit 2012 vollständig neutralisiert.

² Aufgrund online-basierter Bildungsangebote (mit größerer Reichweite)

³ Diese Daten wurden 2012 zum ersten Mal erhoben.



»Ich habe die individuelle und persönliche Betreuung durch die Deutsche Bank schon immer geschätzt. Sie basiert auf einer ganzheitlichen Analyse, kombiniert mit besonderem Augenmerk für meine speziellen Bedürfnisse.«



In den USA beschäftigt die Deutsche Bank über 11 000 Mitarbeiter in 28 Bundesstaaten und 90 Städten. Die Deutsche Bank Americas trägt fast ein Viertel zum Ergebnis des Konzerns bei.

Die Bank der Zukunft gestalten

DeeAnna Staats, Malibu,
Kundin von Wealth Management



2

Zielgruppen

- 37 Aktionäre
Erfolgreiche Kapitalerhöhung
- 41 Kunden – Corporate Banking & Securities
Ressourcen für nachhaltiges
Wachstum einsetzen
- 46 Kunden – Global Transaction Banking
Stabile Entwicklung in allen Regionen
- 51 Kunden – Deutsche Asset
& Wealth Management
Vermögen erhalten und mehren
- 55 Kunden – Private & Business Clients
Starker Partner für Privatkunden
und den Mittelstand
- 60 Non-Core Operations Unit
Beim Risikoabbau zügig vorangekommen
- 62 Mitarbeiter
Vielfältig, talentiert und motiviert
- 65 Gesellschaft
Als Unternehmen in der Verantwortung

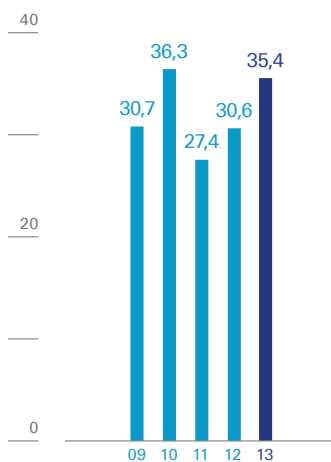
Aktionäre

Erfolgreiche Kapitalerhöhung

In Kürze

- Deutsche Bank-Aktie 2013 um 5% gestiegen
- Außerordentliche Hauptversammlung schafft Rechtssicherheit
- Günstige Refinanzierung durch Fremdkapital

2-1
Marktkapitalisierung
in Mrd € zum Jahresende



Die anhaltend expansive Geldpolitik der global bedeutendsten Zentralbanken war 2013 eine wesentliche Unterstützung für die Aktienmärkte. Mit 38,73€ erreichte die Deutsche Bank-Aktie Anfang Februar ihren Höchststand, was einem Plus von 17,5% im Vergleich zum Vorjahresende entsprach. Enttäuschende Wirtschaftsdaten in Europa und die Unsicherheiten um die Finanzhilfen für Zypern führten im ersten Halbjahr 2013 zu starken Kursschwankungen an den europäischen Aktienmärkten. In diesem Umfeld fiel die Deutsche Bank-Aktie Mitte April auf ihren Jahrestiefststand von 29,41€. Insgesamt entsprach ihre Performance in den ersten sechs Monaten (-2,4%) weitgehend der des STOXX Europe 600 Banks (-1,6%). Im zweiten Halbjahr 2013 führten der weltweite Anstieg der wirtschaftlichen Frühindikatoren sowie die überraschende Festlegung der Europäischen Zentralbank (EZB) auf einen für längere Zeit niedrigen Leitzins zu hohen Kursgewinnen. Bis zum Jahresende entwickelten sich die Märkte sehr positiv (DAX +20,0%). Die Deutsche Bank-Aktie stieg im zweiten Halbjahr um 7,8% und beendete das Jahr mit einem Plus von 5,2% bei 34,68€.

Gestiegene Marktkapitalisierung

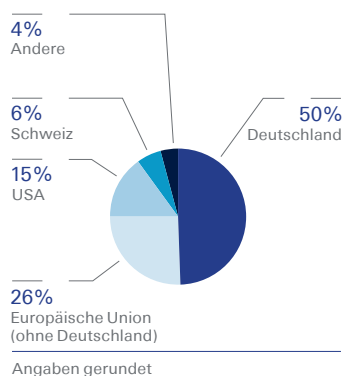
Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank erhöhte sich 2013 um 4,8 Mrd € auf 35,4 Mrd €. **Grafik 2-1** Dieser Zuwachs schließt eine Kapitalerhöhung von 2,96 Mrd € im April 2013 ein. Das durchschnittliche tägliche Handelsvolumen in Xetra ging um 1,4 Millionen auf 6,2 Millionen Aktien zurück. Der Anstieg des Aktienkurses konnte diesen Rückgang nicht kompensieren. Infolgedessen sank das Handelsvolumen von 127 Mrd € 2012 auf 109 Mrd € im Berichtsjahr. Damit belegte die Deutsche Bank-Aktie unter den in Xetra gehandelten DAX-Papieren Rang fünf, nach Platz zwei im Vorjahr. Die Gewichtung der Deutsche Bank-Aktie im DAX betrug 4,4% (2012: 4,6%). An der New Yorker Börse verminderte sich das durchschnittliche Handelsvolumen unserer Aktie 2013 um 35%. Dies lag hauptsächlich am nachlassenden Interesse amerikanischer Investoren an europäischen Bankaktien.

Langfristige Rendite

Wer vor fünf Jahren, zu Beginn des Jahres 2009, für 10000€ Deutsche Bank-Aktien erworben hatte, die Dividendenerträge zum Kauf neuer Aktien einsetzte und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung zusätzlicher Mittel beteiligte, besaß Ende 2013 ein Depot im Wert von 14956€. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Rendite von 8,4%. Der STOXX Europe 600 Banks verzeichnete inklusive Dividende in diesem Zeitraum einen Anstieg um 8,1% per annum.

2-2 Regionale Verteilung des Grundkapitals

In % zum Jahresende 2013



Erfolgreiche Kapitalerhöhung

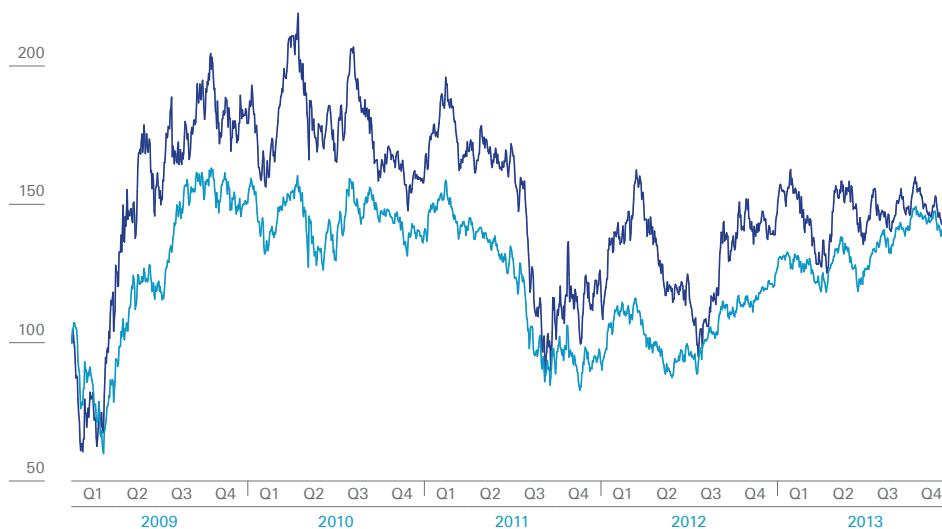
Wie in den Jahren zuvor hatte 2013 die Stärkung unserer Kapitalbasis höchste Priorität. Vor allem aus diesem Grund wurde am 29. April 2013 eine Kapitalerhöhung durchgeführt, bei der wir 90 Millionen neue Aktien aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben haben. Die Aktien wurden in einem beschleunigten Bookbuilding-Verfahren bei institutionellen Investoren platziert. Die Platzierung konnte ohne Abschlag gegenüber dem Xetra-Schlusskurs von 32,90 € je Aktie durchgeführt werden und war zu diesem Preis annähernd fünffach überzeichnet. Der Bruttoemissionserlös belief sich auf 2,96 Mrd €. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote bei vollständiger Umsetzung von Basel 3 verbesserte sich im Jahresverlauf von 7,8% auf 9,7%.

Aktionärsstruktur

Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich weiterhin fast vollständig in Streubesitz. 2013 waren 99% unserer Aktionäre Privatpersonen. BlackRock Inc., New York, war mit einem Aktienanteil von 5,14% der einzige Großaktionär, dessen Position über der gesetzlichen Meldeschwelle von 3% lag. Die Zahl der Aktionäre verringerte sich 2013 auf 566979 (2012: 610964).

Der von Privatanlegern gehaltene Anteil an unserem Grundkapital betrug zum Ende des Berichtsjahres 21% (2012: 25%). Auf institutionelle Investoren entfielen 79% (2012: 75%) unseres Grundkapitals von 2609919078,40€. Der Anteil des in Deutschland gehaltenen Grundkapitals stieg im Jahresverlauf auf 50% (2012: 45%). Hauptgrund dafür ist die aus dem Ausland nach Deutschland verlagerte Verwahrung institutioneller Bestände. **Grafik 2-2**

Langfristige Gesamtrendite



Gesamtrendite (Total Return Index), Jahresanfang 2009 = 100
 — STOXX Europe 600 Banks
 — Deutsche Bank
 Quelle: Datastream

566 979



Die Zahl der Aktionäre verringerte sich 2013 auf 566 979. Der von Privatanlegern gehaltene Anteil an unserem Grundkapital betrug zum Ende des Berichtsjahres 21 %. Auf institutionelle Investoren entfielen 79 %.

Auch 2013 hatte die Stärkung unserer Kapitalbasis höchste Priorität. Unsere Kernkapitalquote verbesserte sich im Jahresverlauf.

7,8%

Kernkapitalquote
Ende Dezember 2012

9,7%

Kernkapitalquote
Ende Dezember 2013

Zwei Hauptversammlungen

Im Dezember 2012 ließ das Landgericht Frankfurt am Main spezifische Klagen zahlreicher Kläger zu, die Beschlüsse der Hauptversammlung 2012 angefochten hatten. Um Rechtssicherheit herzustellen und die ordentliche Hauptversammlung 2013 abhalten zu können, beschloss der Vorstand, eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen. An der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. April 2013 in Frankfurt am Main nahmen 2 500 Aktionäre teil. Die Kapitalpräsenz lag bei 28,4 %. Die Aktionäre bestätigten die drei angefochtenen Beschlüsse mit großer Mehrheit.

An unserer ordentlichen Hauptversammlung am 23. Mai 2013 nahmen 4 900 Aktionäre teil (2012: 7 100). Die Kapitalpräsenz lag bei 23,0 % im Vergleich zu 34,9 % im Vorjahr. Dieser Rückgang entspricht den Erfahrungen, die andere Emittenten von Namensaktien gemacht haben. Er hängt hauptsächlich mit einem Urteil des Oberlandesgerichts Köln zusammen, das im Ergebnis Investoren verpflichtet, ihre Aktien in das Aktienregister eintragen zu lassen, um ihre Stimmrechte ausüben zu können. Viele Investoren hatten den Eindruck, dass die Registrierung zu einer Verfügungsbeschränkung in Bezug auf die Aktien führen würde. Dies hielt insbesondere ausländische Investoren von der Ausübung ihrer Stimmrechte ab.

Dem Bericht der Co-Vorstandsvorsitzenden zum abgelaufenen Geschäftsjahr und zum Ausblick folgte eine lebhafte Diskussion zwischen Aktionären und Geschäftsleitung. Danach stimmte die Hauptversammlung mit großer Mehrheit allen Punkten der Tagesordnung zu. Die Aktionäre konnten zum dritten Mal über das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder abstimmen.

Aktienrückkäufe zur Erfüllung von Vergütungsplänen

Auf der Hauptversammlung haben uns die Aktionäre ermächtigt, bis zum 30. April 2018 eigene Aktien im Umfang von bis zu 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Diese Ermächtigung ersetzt die 2012 erteilte Genehmigung. Im Jahr 2013 haben wir insgesamt 34,2 Millionen Aktien im Wert von 1,12 Mrd € zurückgekauft (2012: 17,4 Millionen). Alle diese Aktien dienten der Erfüllung von Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen. Per 31. Dezember 2013 betrug der Bestand an eigenen Aktien weniger als eine Million. Wir haben 2013 weder Aktien eingezogen noch veräußert. Der Bestand an eigenen Aktien hat die meldepflichtige Quote von 3 % im Jahresverlauf nicht überschritten.

Vom Start unseres ersten Aktienrückkaufprogramms Mitte 2002 bis zum 31. Dezember 2013 haben wir insgesamt 353 Millionen Deutsche Bank-Aktien im Wert von 19,8 Mrd € zurückgekauft, 16,3 Millionen Aktien im Wert von 0,5 Mrd € wieder am Markt verkauft und 118 Millionen Aktien im Wert von rund 7,2 Mrd € eingezogen.

18,6
Mrd €

Wert der 2013
emittierten Schuldtitel

Regulatorische Anforderungen belasten Rating

Im Berichtsjahr haben die Ratingagenturen die Bonitätsbewertungen der Banken weltweit erneut genau geprüft, da sich strengere regulatorische Anforderungen und schwierige Bedingungen an den Finanzmärkten negativ auf die Erträge der Branche auswirkten. Die Agentur Standard & Poor's setzte das Langfrustrating der Deutschen Bank 2013 um eine Stufe, von A+ auf A, herab und verwies dabei auf zunehmende regulatorische Herausforderungen sowie gestiegene Branchenrisiken für Banken mit einem großen Kapitalmarktgeschäft. Fitch und Moody's bestätigten ihre Langfristratings der Deutschen Bank von A+ beziehungsweise A2. Im Dezember 2013 wies Moody's unserem Rating einen negativen Ausblick zu, da die Agentur das Erreichen der Ziele unserer Strategie 2015+ als schwierig erachtete.

Hohe Wertschätzung für unser Fremdkapital

Wir erhielten erneut große Unterstützung von unseren Fremdkapitalgebern, wodurch wir uns sehr günstig refinanzieren konnten. Wir haben 2013 Schuldtitel im Wert von 18,6 Mrd € mit einem durchschnittlichen Spread von 36 Basispunkten über dem relevanten variablen Referenzzins (zum Beispiel LIBOR) und einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,4 Jahren ausgegeben. Davon entfielen 5,6 Mrd € auf Benchmarkemissionen, das heißt Emissionen, die bestimmte Größenanforderungen erfüllen, und 13,1 Mrd € auf Emissionen an Privatkunden sowie Privatplatzierungen. Unsere Emissionen sind sehr diversifiziert und erstrecken sich auf verschiedenste Märkte, Instrumente, Währungen und Anlegergruppen. Zum Ende des Berichtsjahres stammten 66% unserer Refinanzierung aus sehr stabilen Quellen. Dazu zählen Einlagen von Privatkunden und von Kunden aus dem Geschäftsbereich Transaction Banking sowie Emissionen an den Kapitalmärkten und Eigenkapital.

Aktiver Dialog mit Investoren und Analysten

Das Interesse der Investoren und Finanzanalysten an der Aktie der Deutschen Bank blieb 2013 hoch. Ihre Fragen konzentrierten sich 2013 auf unsere Kapitalbasis und die Verschuldungsquote sowie Rechtsstreitigkeiten und unser Programm zur Kostensenkung. Das Management und das Investor-Relations-Team nahmen dazu und zum Ergebnis der Bank in Telefonkonferenzen sowie in Einzel- und Gruppengesprächen Stellung. Im Jahresverlauf führten wir über 450 Veranstaltungen (2012: 460) wie Roadshows und Brokerkonferenzen für Eigen- und Fremdkapitalgeber durch. Daran waren auch Vorstandsmitglieder beteiligt. Wir haben die Kommunikation mit Investoren, die ihre Anlageentscheidungen auf Basis ökologischer und sozialer Aspekte und nach Kriterien einer guten Unternehmensführung treffen, weiter intensiviert.

Umfangreicher Internetservice

Privatanleger kontaktieren uns in aller Regel über unsere gebührenfreie Aktionärs-hotline und das Internet. Auf unserer Investor-Relations-Website finden sie zudem zahlreiche Möglichkeiten, sich schnell und umfassend zu informieren. Wir veröffentlichen im Internet Ankündigungen und Finanzberichte, übertragen alle großen Investor-Relations-Veranstaltungen, sämtliche Telefonkonferenzen und die Reden auf der Hauptversammlung. Aktionäre können sich online zur Teilnahme an der Hauptversammlung anmelden und ihre Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts vorab online bekanntgeben. Zur Hauptversammlung 2013 haben wir rund 55 600 Einladungen per E-Mail verschickt (2012: 51 700). Das ist für die Empfänger bequem, spart Kosten und schont die Umwelt.

Kunden – Corporate Banking & Securities

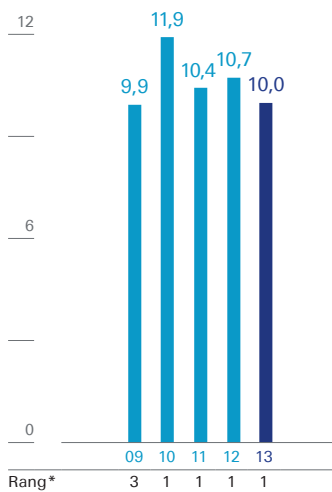
Ressourcen für nachhaltiges Wachstum einsetzen

In Kürze

- Geschäftsprozesse optimiert, Komplexität reduziert
- Aktienhandel im Aufschwung
- Anleihegeschäft verhalten
- Corporate Finance mit stabilem Marktanteil

2–3
Markets: Führungsposition
im internationalen Handel
mit Anleihen

Marktanteile in %



* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Greenwich Associates

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) gliedert sich in die Geschäftsbereiche Markets und Corporate Finance. Der Geschäftsbereich Markets vereint die Vertriebs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten in einem breiten Spektrum von Finanzprodukten. Hierzu gehören Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriefte Forderungen sowie Rohstoffe. Die Institutional Client Group betreut institutionelle Kunden, während Research Analysen zu Märkten, Produkten und Handelsstrategien liefert. Der Geschäftsbereich Corporate Finance betreut Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions – M&A) und ist für das Beratungsgeschäft, die Emission von Anleihen und Aktien sowie das Kapitalmarktgeschäft mit großen und mittelständischen Unternehmen verantwortlich. Regional aufgestellte und branchenorientierte Teams sorgen dafür, dass auch diesen Kunden die gesamte Palette unserer Finanzprodukte und Dienstleistungen aus einer Hand zur Verfügung steht.

Der Unternehmensbereich CB&S agierte 2013 unter teils schwierigen Bedingungen. Während die US-Wirtschaft wuchs, behinderten Herausforderungen wie die Rettung Zyperns sowie die Unsicherheit in Ländern wie Italien und Griechenland vor allem in der ersten Jahreshälfte die Erholung in Europa. Sorgen um den US-amerikanischen Staatshaushalt (Fiskalklippe) und den möglichen Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik der Federal Reserve Bank drückten im zweiten Halbjahr auf die Stimmung der Anleger. Außerdem wurde das Kapitalmarktgeschäft mit neuen regulatorischen Anforderungen konfrontiert.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate Banking & Securities¹)

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities erzielte 2013 ein Ergebnis vor Steuern von 3,1 Mrd € (2012: 2,9 Mrd €). Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultierte zum einen aus dem Wegfall einer 2012 erfassten Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Zum anderen war sie auf den Rückgang des Personal- und Sachaufwands infolge der laufenden Umsetzung von OpEx-Maßnahmen zurückzuführen, der jedoch teilweise durch niedrigere Erträge und höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen wurde.

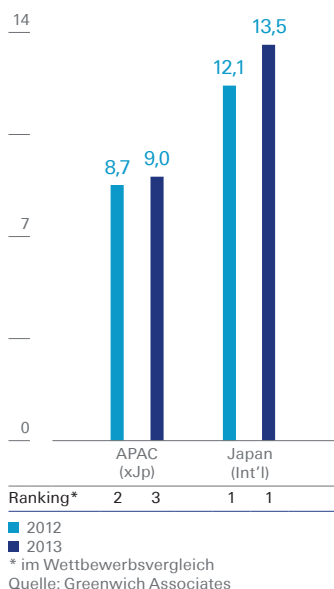
in Mio €	2013	2012
Erträge insgesamt	13623	15448
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	190	81
Zinsunabhängige Aufwendungen	10353	12459
Ergebnis vor Steuern	3063	2891
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	15	14
Risikogewichtete Aktiva	118689	117056
Aktiva	1111592	1464721

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2013 (Lagebericht).

2–4

Markets: Führungsposition im asiatischen Handel mit Anleihen

Marktanteile in %



CB&S gehörte auch 2013 zu den weltweit führenden Investmentbanken und Finanzinstituten im Anleihegeschäft. In einem herausfordernden Umfeld für die Branche sanken die Erträge, die CB&S im Berichtsjahr erwirtschaftete, um 12%. Der Vorsteuerertrag lag 2013 mit 3,1 Mrd € nur wenig über dem Vorjahr (2012: 2,9 Mrd €). In Anerkennung ihrer Marktposition erhielt die Deutsche Bank im Berichtsjahr viele Auszeichnungen. Sie wurde unter anderem von den Zeitschriften Euromoney und Global Finance zur Best Investment Bank in Western Europe gekürt und vom Fachmagazin The Banker zur Most Innovative Bank in Western Europe gewählt.

CB&S hat solide Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie 2015+ erzielt. Unsere Strategie basiert auf einer sorgfältigen Bewertung des gesamten Tätigkeitsspektrums und baut auf der Stärke unseres Geschäfts auf. Dabei berücksichtigen wir die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, das sich verändernde Wettbewerbsumfeld sowie zusätzliche aufsichtsrechtliche Vorgaben. Der Unternehmensbereich hat außerdem verschiedene Geschäftsfelder restrukturiert, um sie in dem veränderten Wettbewerbsumfeld künftig besser zu positionieren. CB&S ist zudem effizienter und schlanker geworden. Das betrifft die Bilanz, die risikogewichteten Aktiva, die Mitarbeiterzahl und die Kosten insgesamt. Wir haben die Kostensteuerung aller Ausgaben für Technologie verbessert und wichtige Handelssysteme neu gestaltet. CB&S verstärkte im Berichtsjahr außerdem die Kontrolle der Geschäftsprozesse. Für die elektronische Kommunikation und die Geschäfte der Mitarbeiter wurden neue Restriktionen eingeführt.

Markets

Markets lieferte im Berichtsjahr bei rückläufigen Umsätzen ein schwächeres Ergebnis als im Vorjahr. Die Erträge sanken um 16%, da das schwierige Marktumfeld im Anleihegeschäft (Debt) nur teilweise durch die besseren Bedingungen im Aktiengeschäft (Equity) ausgeglichen werden konnte.

2013 schloss CB&S die – effizienzsteigernde – Zusammenlegung verschiedener Geschäftsfelder ab. Sie erlaubt es auch, die Infrastruktur von Markets effektiver einzusetzen. Der neue Bereich Fixed Income and Currencies (FIC – Anleihen und Währungen) umfasst nunmehr das Geschäft mit Staatsanleihen und Zinsderivaten (Core Rates), den Handel mit Unternehmensanleihen und einfachen Kreditderivaten (Flow Credit Trading), den Devisenhandel (Foreign Exchange) und das globale Liquiditätsmanagement (Global Liquidity Management). Die Erträge in diesem integrierten Bereich sanken gegenüber dem Vorjahr, was auf schwierige Handelsbedingungen bei den meisten Produkten und in vielen Märkten zurückzuführen war. Obwohl wir die eingesetzten Ressourcen signifikant reduziert und das Geschäft neu ausgerichtet haben – die bereinigten Vermögenswerte von CB&S sanken um 12% –, blieb unsere Position im Markt robust. Das globale Geschäft mit Zinsprodukten belegte laut Greenwich Associates zum vierten Mal in Folge Platz eins beim Marktanteil von Global Fixed Income Grafik 2–3 und US Fixed Income.

15,2%

Marktanteil im globalen Devisenhandel

Im Devisenhandel verzeichneten wir im ersten Halbjahr eine starke Nachfrage der Kunden; die Volumina waren hoch. Die günstige Entwicklung ist auch auf unser verbessertes Angebot und die in diesem Zusammenhang getätigten Investitionen in die Sparte zurückzuführen. So haben wir Apps für einen leichteren Zugang zu unseren Produkten und Dienstleistungen entwickelt. Im zweiten Halbjahr dämpften der Rückgang der Margen und die geringere Marktvolatilität die Ertragsentwicklung. Trotz des schwierigen Umfelds belegte die Deutsche Bank mit einem Marktanteil von 15,2% in der jährlichen Devisenmarktumfrage von Euromoney zum neunten Mal in Folge den ersten Platz.

Die Bank der Zukunft gestalten

Mohammed Sharaf, Dubai,
Group Chief Executive Officer,
DP World



»In einer sich wandelnden Welt bleibt die Deutsche Bank ein verlässlicher Partner. Genau wie wir ist sie entschlossen, durch exzellenten Kundenservice und Innovation nachhaltig und rentabel zu wachsen.«

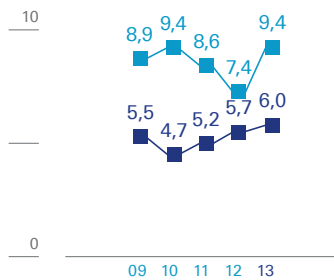


Seit mehr als einem Jahrhundert engagiert sich die Deutsche Bank im Nahen Osten und in Afrika. Am Anfang stand die Finanzierung der Bagdadbahn.

2–5

Markets: Position im US-amerikanischen Aktienhandel ausgebaut

Marktanteile in %



■ Swaps
■ Cash Trading
Die Angaben zum Swap-Handel beziehen sich auf Nord- und Südamerika.
Quelle: Greenwich Associates

+20%

Erträge im Aktiengeschäft

Das globale Liquiditätsmanagement betreibt das Geldmarktgeschäft, auf besicherter und unbesicherter Basis, und ist für das aktive Sicherheitenmanagement verantwortlich. Im globalen Liquiditätsmanagement verminderten sich die Erträge im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gesunkenen Marktliquidität und des niedrigeren Risikoprofils des Geschäfts nach der Restrukturierung des Bereichs.

Der Bereich Core Rates stellt Kunden Zinsprodukte zur Verfügung; diese umfassen Staatsanleihen, Kreditderivate und strukturierte Produkte. Im Handel mit Zinsprodukten sanken die Erträge gegenüber 2012 infolge reduzierter Kundenvolumina, anhaltender Marktunsicherheit und geringerer Liquidität. Die Deutsche Bank wurde bei den Euro-money Awards for Excellence 2013 als Global Flow House (Rates) ausgezeichnet.

Der Bereich Unternehmensanleihen und Kreditderivate (Flow Credit Trading) unterstützt seine Kunden dabei, ihre Anlageziele zu erreichen und Kreditrisiken zu kontrollieren. Dazu stellt er Derivate für verschiedene Anlageklassen zur Verfügung. In diesem Segment blieben die Erträge im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Der Bereich Credit Solutions bietet Lösungen für strukturierte Risiken und Finanzierungen für Kunden aus verschiedenen Branchen und in unterschiedlichen Anlageklassen. Dank seiner globalen Präsenz, seiner umfangreichen Produktpalette und seiner Erfolge bei der Ausführung komplexer Transaktionen gehört Credit Solutions zu den Branchenführern. 2013 blieben die Erträge im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Deutsche Bank wurde vom Fachmagazin The Banker zur Most Innovative Investment Bank for Structured Finance gekürt.

Im Anleihegeschäft mit Schwellenländern (Emerging Markets Trading) waren die Erträge 2013 besser als im Vorjahr. Der Bereich stellt eine global integrierte Plattform für das komplette Produktspektrum von Zins- und Währungsprodukten (Anleihen und Derivate) bereit, die sich hauptsächlich an Kunden in Lateinamerika, Zentral- und Osteuropa, im Nahen Osten und in Afrika richtet.

Die Deutsche Bank hat im Berichtsjahr angekündigt, dass CB&S das Rohstoffgeschäft deutlich verkleinert und sich künftig auf das Geschäft mit Finanzderivaten und Edelmetallen konzentriert. Die Entscheidung dient dem Ziel, Kapital effizienter einzusetzen, die Komplexität des Geschäfts zu reduzieren und die regulatorischen Herausforderungen für die Branche zu bewältigen.

Im Aktiengeschäft (Sales & Trading Equity) nahmen die Erträge um 20% zu. Das Geschäft profitierte von Aktienmärkten, die im Zuge besserer Konjunkturaussichten weltweit zulegten. Zahlreiche strategische Initiativen führten zur Einsparung von Ressourcen, so dass der Bereich insgesamt profitabler geworden ist. Dank der positiven Marktentwicklung stiegen 2013 die Erträge im Handel mit Aktien (Cash

Auszeichnungen 2013

The Banker
Most Innovative Investment Bank in Foreign Exchange
Most Innovative Investment Bank in Structured Finance

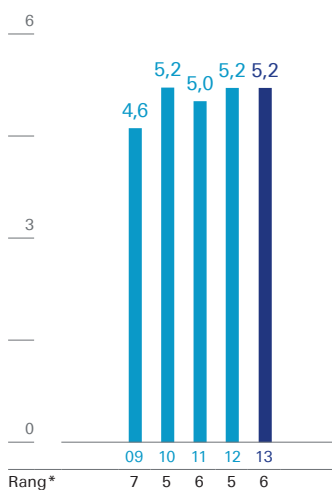
Euromoney
Best Global Flow House
Best Global Commodities House
No. 1 Euromoney FX survey, neun Jahre in Folge

Risk
Bank Risk Manager of the Year

Greenwich Associates
No. 1 in Global Fixed Income
No. 1 in US for Fixed Income

2–6
Corporate Finance:
Stabiler Marktanteil im weltweiten
Corporate-Finance-Geschäft

Marktanteile in %



* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Dealogic

Equities) im Vergleich zum Vorjahr. Im Handel mit Aktienderivaten waren die Erträge im Jahresvergleich deutlich höher. Besonders gut entwickelten sie sich aufgrund gesteigerter Kundenaktivität in Asien und Europa. Die Deutsche Bank wurde von Greenwich Associates in den Kategorien Flow Equity Derivatives und Structured OTC Equity/Securitized Products for European Investors zur Nummer eins gewählt.

Das Geschäft mit Dienstleistungen für Hedgefonds (Prime Brokerage), das unter anderem Multi-Asset-Finanzierungslösungen beinhaltet und den Kunden Zugang zu den weltweiten Finanzmärkten bietet, blieb stabil. Die Erträge erreichten das Vorjahresniveau.

Corporate Finance

Corporate Finance verzeichnete im Berichtszeitraum ein starkes Ergebnis, das auf eine verbesserte Stimmung im Markt und ein attraktives Angebot zurückzuführen war. Die Erträge des Geschäftsbereichs Corporate Finance stiegen 2013 bei deutlich verbesserter Profitabilität insgesamt um 17%. Wir haben drei von acht Preisen der International Financing Review gewonnen und wurden unter anderem zum dritten Mal in Folge zum Best Bond House gekürt.

Das Provisionsaufkommen im globalen Corporate-Finance-Geschäft stieg gegenüber 2012 um 9% und erreichte seinen besten Wert seit 2007. Das Wachstum war Folge der äußerst regen Aktivitäten an den Kapitalmärkten. Das Emissionsgeschäft im Bereich Eigenkapital (Equity Capital Markets – ECM) nahm um 20% zu, in den USA erreichte das Emissionsvolumen das höchste Niveau seit 13 Jahren. Das Geschäft im Bereich für hochverzinsliche Finanzierungsgeschäfte (Leveraged Debt Capital Markets – LDCM) war sehr robust. Das Provisionsaufkommen erreichte hier einen Spitzenwert.

Unser Marktanteil blieb 2013 auf der im Vorjahr erreichten Rekordhöhe. **Grafik 2–6** Gleichzeitig konnten wir die Marktanteile in den Geschäftsfeldern ECM und DCM steigern, ebenso in der Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA), in der wir weiterhin Rang eins einnehmen. 2013 war ein hervorragendes Jahr für den Bereich LDCM, der – gemessen am Provisionsaufkommen – bei der Emission hochverzinslicher Anleihen (High Yield) weltweit einen beeindruckenden zweiten Platz belegte.

Im M&A-Geschäft berieten wir unsere Kunden nicht nur beim Kauf oder Verkauf von Unternehmen, sondern unterstützten sie auch beim Management zahlreicher transaktionsbezogener Risiken (Währungen, Zinsen, Rohstoffe). 2013 verringerte sich die Dynamik des M&A-Geschäfts. Die Zahl der Transaktionen und die Volumina gingen zurück, das Provisionsaufkommen sank.

Ausblick

2014 wird CB&S die Ziele der Strategie 2015+ weiter planmäßig umsetzen. Der Unternehmensbereich wird die Stärken im kundenbezogenen Fixed-Income-Geschäft durch eine anhaltende Plattformintegration und fortlaufende Investitionen weiter ausbauen. Gleichzeitig wird CB&S weiter daran arbeiten, seine Ziele in Bezug auf Kosten, Kapital und Verschuldungsquote zu erreichen. Außerdem wird der Bereich die regionale Aufstellung des Geschäfts weiter straffen.

Auszeichnungen 2013

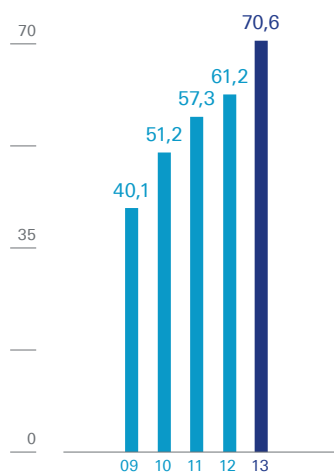
International Financing Review
Bond House of the Year
Loan House of the Year
High-Yield Bond House of the Year

Kunden – Global Transaction Banking Stabile Entwicklung in allen Regionen

In Kürze

- Ergebnis verbessert, mehr Transaktionen
- Position im Heimatmarkt gefestigt
- Geschäft in Wachstumsmärkten expandiert
- Bereichsübergreifende Zusammenarbeit gestärkt

2–7
Wachsendes Volumen
im dokumentären
Außenhandelsgeschäft
In Mrd € im Jahresdurchschnitt



Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) bietet weltweit Produkte und Leistungen für Unternehmen und Finanzinstitute. Dazu gehören die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte. Außerdem stellt der Unternehmensbereich weltweit Leistungen im Treuhand- und Vermittlungsgeschäft sowie in der Wertpapierverwahrung und -verwaltung bereit. GTB gliedert sich in die Sparten Cash Management, Trade Finance und Trust & Securities Services.

Im Berichtsjahr war das ökonomische Umfeld schwierig, gekennzeichnet durch niedrige Zinsen in wichtigen Märkten und Druck auf die Margen. Zudem beeinträchtigten ungünstige Wechselkursentwicklungen die in Euro ausgewiesenen Ergebnisse des Unternehmensbereichs.

Trotz dieser Herausforderungen und besonderer Belastungen durch die Umsetzung der Strategie 2015+ hat GTB 2013 im Vergleich zum Vorjahr bessere Ergebnisse erzielt. Zwar sanken die Erträge des Unternehmensbereichs leicht, weil das Minus in der Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA) durch ein Plus in Asien sowie Nord- und Südamerika nur teilweise ausgeglichen wurde. GTB konnte aber das Verhältnis von Kosten zu Erträgen signifikant verbessern, so dass der Vorsteuergewinn von 0,7 Mrd € im Vorjahr auf 1,1 Mrd € gesteigert werden konnte. Trade Finance konnte höhere Volumina verzeichnen, die den Einfluss der schwächeren Margen ausglich. Trust & Securities Services zeigte solide Ergebnisse und profitierte ebenso wie Cash Management von einem höheren Transaktionsvolumen.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Global Transaction Banking¹)

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking erzielte 2013 ein Ergebnis vor Steuern von 1,1 Mrd € (2012: 0,7 Mrd €). Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr zurück, was zum Teil aus einer 2012 erfassten Ausgleichszahlung im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Neuausrichtung des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden resultierte. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war höher als 2012, in erster Linie aufgrund eines Kreditereignisses im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in Trade Finance. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen unter dem Wert des Vorjahres. Dies war vor allem auf den Wegfall von Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie niedrigere Aufwendungen für die Neuausrichtung des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden zurückzuführen.

in Mio €	2013	2012
Erträge insgesamt	4069	4200
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	315	208
Zinsunabhängige Aufwendungen	2648	3326
Ergebnis vor Steuern	1107	665
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	22	16
Risikogewichtete Aktiva	36811	34976
Aktiva	97240	87997

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2013 (Lagebericht).

Die Bank der Zukunft gestalten

William B. Tyree, New York,
Partner bei Brown Brothers
Harriman & Co. (BBH)

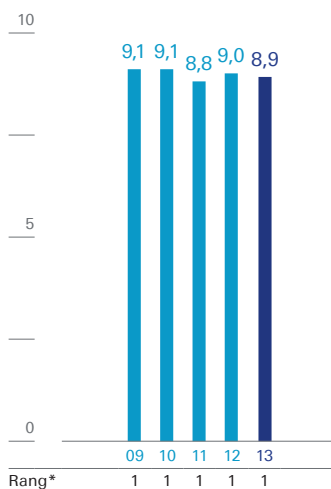
»BBH und die Deutsche Bank pflegen seit vielen Jahren eine vertrauensvolle Geschäftsbeziehung. Die Bank bietet uns erstklassigen Service im Sub-Custody-Geschäft und Cash Management. Wir schätzen ihre Fähigkeiten und innovativen Produktlösungen.«



1979 eröffnete die Deutsche Bank ihre erste Filiale in New York. Im Oktober 2001 wurde sie als erste deutsche Bank an der New York Stock Exchange (NYSE) notiert.

2–8 Führend im Euro-Clearing

Marktanteile in %



* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Europäische Zentralbank,
Dezember 2013, basierend auf
Euro-Zahlungen über „Target2“
und EBA (EURO 1)

Die Strategie des Unternehmensbereichs GTB basiert weiterhin auf klar definierten Kundengruppen, Produkten und Regionen. Insbesondere wird sich GTB darauf konzentrieren, die Geschäftsbeziehung mit Bestandskunden zu vertiefen und Neukunden zu gewinnen, das Angebot und die operative Exzellenz zu verbessern, die Geschäftsaktivitäten und die globale Präsenz zu optimieren, Synergien durch eine engere Zusammenarbeit mit anderen Unternehmensbereichen der Bank zu erzielen und eine striktere Kosten-, Risiko- und Kapitaldisziplin zu verfolgen.

GTB hat im Berichtsjahr sein Geschäftsmodell den schwierigen externen Bedingungen angepasst. So arbeitet der Unternehmensbereich im Interesse seiner Kunden enger mit anderen Unternehmensbereichen zusammen. Beispielsweise hat GTB seine Partnerschaft mit CB&S gestärkt. Damit steht den Unternehmenskunden von GTB das Betreuungsteam von Capital Markets and Treasury Solutions (CMTS) zur Verfügung. In Deutschland ging GTB ein Joint Venture mit dem Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) ein (siehe hierzu S. 56). Dadurch werden die umfassende Produktexpertise und die internationalen Beratungskapazitäten von GTB sowie die Beratungs- und Vertriebspotenziale von PBC zusammengeführt. Das Segment der mittelständischen Firmenkunden wollen wir so besser bedienen und erschließen. In Kooperation mit dem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) hat GTB den Vertrieb neu ausgerichtet.

Gute Geschäftsentwicklung in vielen Regionen der Welt

Der Unternehmensbereich GTB ist in 47 Ländern vertreten und betreut Kunden in 190 Standorten. Wir konzentrieren uns darauf, unser Geschäft in wachstumsstarken Regionen auszubauen und unsere Position im Heimatmarkt zu festigen.

Innerhalb der Region EMEA arbeiten wir daran, das Geschäft in den Niederlanden neu auszurichten. Hier sind wir 2013 gut vorangekommen. In Nord- und Südamerika konnte GTB die Erträge und die Profitabilität steigern. Von Zielkunden aus der Region erhielten wir bedeutende Mandate. Wir sind in den USA gewachsen und haben unsere Präsenz in Lateinamerika spürbar ausgeweitet, insbesondere in Brasilien und Mexiko.

Ungeachtet des verlangsamten Wirtschaftswachstums in einigen Ländern ist es GTB zum Beispiel in China und Indien gelungen, weiter zu expandieren. Das Angebot für Kunden in Renminbi, der an Bedeutung gewinnenden chinesischen Währung, konnte erweitert werden. Ein umfangreicheres Geschäft in den ASEAN-Ländern (Association of Southeast Asian Nations) trug dazu bei, unsere Ertragsströme zu diversifizieren.

GTB als Vordenker und Ideengeber

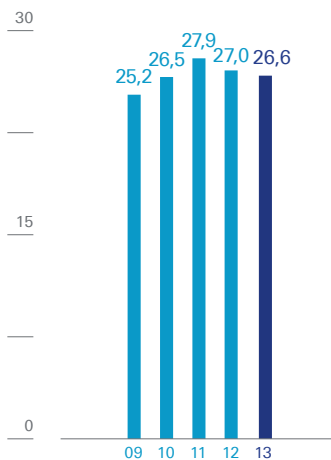
GTB begleitete seine Kunden intensiv bei der Umstellung auf das harmonisierte europäische Zahlungssystem SEPA (Single Euro Payments Area) und der Nutzung des zentralen Abwicklungssystems für Wertpapiergeschäfte in Anlehnung an die zweite Generation des europäischen Zahlungsverkehrssystems „Target“. Darüber hinaus beriet GTB zu regulatorischen Herausforderungen wie Basel 2 und 3 sowie zu Regeln für das Fondsmanagement (AIFMD).

Neue Produkte in Renminbi

2–9

Marktanteile in der Handelsfinanzierung weiterhin auf sehr hohem Niveau

In % im Jahresdurchschnitt



Quelle: SWIFT, Exportakkreditive Deutschland

Cash Management: exzellente Position im Clearing

Die Sparte Cash Management for Financial Institutions (CMFI), die das Cash Management für Finanzinstitute betreibt, ist der weltweit größte Anbieter für Clearing-Dienstleistungen im Euro-Zahlungsverkehr und ein führender Anbieter im US-Dollar-Clearing. CMFI ist einer der wenigen globalen Anbieter von Cash-Management-Leistungen für Finanzinstitute, der währungsübergreifende Produkte wie FX4Cash anbietet.

Im Geschäft mit institutionellen Kunden hat CMFI 2013 seine dominante Position im Euro-Clearing behauptet. Grafik 2–8 In der Region Europa, Naher Osten und Afrika ist die Deutsche Bank eine der bedeutendsten Adressen, in Deutschland sind wir Marktführer. CMFI hat seine Präsenz im US-Dollar-Markt ausgebaut und im US-Dollar-Clearing seine Stellung unter den sechs größten Dienstleistern gewahrt.

Cash Management Corporates (CMC) unterstützt seine Kunden mit einer breiten Produktpalette dabei, ihren Zahlungsverkehr und ihre Finanzströme insgesamt zu optimieren. Cash Management hat im Berichtsjahr neue Unternehmenskunden akquiriert und sich auf Investitionen in Produkte mit höheren Margen konzentriert. CMC erhielt im Berichtsjahr zahlreiche Kundenmandate. Das Volumen der Zahlungen, das über die internationale Clearing-Plattform (Automated Clearing House – ACH) abgewickelt wurde, stieg um gut 37%.

Trade Finance: führend in wichtigen Märkten

Im Berichtsjahr konnte GTB sein Geschäft in der Region EMEA, in Nord- und Südamerika sowie in Asien ausweiten. 2013 gelang es der Sparte Trade Finance, ihre sehr gute Stellung in Schlüsselmärkten wie Brasilien, Russland, Indien und China zu festigen. Wir investierten weiter in Mitarbeiter und Geschäftsplattformen, um unsere Position in wenig erschlossenen Zielmärkten zu stärken.

Die Sparte hat 2013 in allen Produktlinien und Regionen einschließlich der Emerging Markets eine Reihe wegweisender Transaktionen durchgeführt. Im Mittelpunkt standen Lösungen für die Optimierung der Finanzströme entlang der Lieferkette von Unternehmen (Financial Supply Chain Management).

Trust & Securities Services: Ressourceneinsatz optimiert

Die Sparte Trust & Securities Services (TSS) bietet eine Vielzahl von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere. Sie gliedert sich in Direct Securities Services (DSS), Trust & Agency Services (TAS) und Global Equity Services (GES).

Die Sparte Direct Securities Services, die die Wertpapierverwahrung und -verwaltung sowie das Wertpapierleihegeschäft umfasst, erreichte 2013 ein deutliches Plus bei den Transaktionsvolumina und den verwalteten Vermögenswerten. DSS konnte seine Marktposition in den Schwellenländern der Regionen Asien/Pazifik, Zentral- und Osteuropa sowie Lateinamerika verbessern. Auch den Marktanteil in Westeuropa konnten wir steigern. Der Erfolg unseres Geschäfts fand Anerkennung in zahlreichen Auszeichnungen. Im Wertpapierleihegeschäft haben wir Marktanteile gewonnen und in der Securities-Lending-Umfrage von Global Custodian ein sehr gutes Ranking erreicht.

Trust & Agency Services betreibt das Treuhandgeschäft für Unternehmen. Die führende Position als Treuhänderin für US-amerikanische Asset und Mortgage Backed Securities sowie andere Schuldtitel konnte TAS halten.

Die Sparte Global Equity Services, die das Geschäft mit Hinterlegungszertifikaten für Aktien betreibt und Dienstleistungen nach dem Börsengang anbietet, hat weltweit erhebliche Marktanteile gewonnen. Insbesondere konnte GES seine Präsenz in der Region Asien/Pazifik ausweiten.

Ausblick

Global Transaction Banking ist eine stabile Säule des Deutsche Bank-Konzerns mit einer attraktiven Rendite. Sein konsequentes Kosten- und Risikomanagement bei konservativem Kapitaleinsatz wird der Unternehmensbereich fortsetzen. 2014 verfolgt GTB in allen Geschäftsfeldern unveränderte Ziele. Der Unternehmensbereich will nachhaltig wachsen und die erreichte Ertragsdynamik beibehalten. Wir konzentrieren uns darauf, bestehende Kundenbeziehungen zu festigen und in ausgewählten Emerging Markets zu expandieren. Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen des Deutsche Bank-Konzerns werden wir zum Wohle der Kunden weiter verbessern.

GTB
Eine stabile Säule

Auszeichnungen 2013

Treasury Management International
Global Bank of the Year, Cash Management
and Best Bank for Risk Management

The Banker
Most Innovative Transaction Bank from Europe

Euromoney
Cash Management Survey – No.1 Cash Manager in
Germany and Western Europe (Nonfinancial
Institutions) and No.1 Euro and Dollar Institutional
Cash Management Provider in Europe and
North America

Asian Banker
Best Depository Receipt Bank Asia Pacific

Trade Finance Awards for Excellence
Best Trade Bank in Western Europe

Flmetrix
Distinguished Provider in Transaction Banking

Greenwich Associates
European and Asian Quality Leader in Large
Corporate Cash Management as well as for
Germany, Italy, China and Singapore

Kunden – Deutsche Asset & Wealth Management Vermögen erhalten und mehren

In Kürze

- Erfolgreiche Entwicklung bestätigt unsere Strategie
- Effizienz und Innovation für nachhaltiges Wachstum
- Gebündelte Kompetenz über alle Sparten und Produkte

Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) vereint das Fondsgeschäft (Asset Management) und die Vermögensverwaltungs-Einheiten (Wealth Management) der Deutschen Bank. Der Unternehmensbereich umfasst außerdem das passive Anlagegeschäft (Passive Asset Management) und das Geschäft mit alternativen Vermögensanlagen für Dritte. Der Unternehmensbereich wurde 2012 neu strukturiert und firmiert seit 2013 unter neuem Namen.

DeAWM unterstützt private und institutionelle Kunden dabei, ihr Vermögen zu sichern und zu mehren. Der Unternehmensbereich offeriert ihnen dazu traditionelle und alternative Investmentprodukte und -lösungen in allen wichtigen Anlageklassen. Zudem bietet er maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Bankdienstleistungen für vermögende Privatkunden und Familien an.

DeAWM operierte in einem von intensivem Wettbewerb geprägten Umfeld, das von anhaltender Volatilität auf den Finanzmärkten und schwächeren Margen geprägt war. Trotz dieser schwierigen Bedingungen konnte DeAWM den bereinigten Vorsteuergewinn im Berichtsjahr um 0,6 Mrd € auf 1,2 Mrd € verdoppeln. Das Ergebnis vor Steuern stieg noch stärker und betrug 2013 0,8 Mrd €. Die gute Entwicklung ist zum einen auf höhere Erträge zurückzuführen, die insbesondere in den Sparten Alternative und Active Investments erzielt wurden. Zum anderen konnte DeAWM die Kosten mithilfe des OpEx-Programms weiter reduzieren. Dies ist eine solide Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Unternehmensbereichs. Global hatte DeAWM Nettoabflüsse an verwaltetem Vermögen in Höhe von 11,8 Mrd € zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist auch auf das Bestreben zurückzuführen, das Geschäft mit Anlageprodukten mit geringen Margen zu reduzieren. Insgesamt erhöhte sich daher die Bruttomarge des

Operatives
Ergebnis
verdoppelt auf

1,2
Mrd €

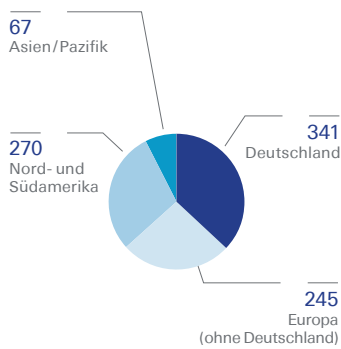
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Deutsche Asset & Wealth Management¹)

Der Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management erzielte 2013 ein Ergebnis vor Steuern von 782 Mio € (2012: 154 Mio €). Die Erträge nahmen dank steigender Kurse an den Aktien- und Anleihemärkten um 6% gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen waren mit 3,9 Mrd € um 368 Mio € niedriger als 2012. Diese Entwicklung resultierte vorwiegend aus einem Stellenbau 2013 im Zusammenhang mit dem OpEx-Programm sowie aus dem Wegfall von Wertminderungen bei Scudder und IT-bezogenen Wertminderungen, die im Vorjahr verzeichnet worden waren. Die Invested Assets zum 31. Dezember 2013 betragen 923 Mrd € und stiegen um 3 Mrd € gegenüber 2012. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf positive Marktwertentwicklungen zurückzuführen, denen Effekte aus Währungsbewegungen, Mittelabflüsse und andere Effekte teilweise gegenüberstanden.

in Mio €	2013	2012
Erträge insgesamt	4 735	4 470
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	18
Zinsunabhängige Aufwendungen	3 929	4 297
Ergebnis vor Steuern	782	154
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	13	3
Risikogewichtete Aktiva	12 553	12 429
Aktiva	72 613	78 103

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2013 (Lagebericht).

2–10
**Regionale Verteilung
des verwalteten Vermögens**
Insgesamt 923 Mrd € zum Jahresende 2013



Bereichs leicht, von 44 auf 45 Basispunkte. Dies hat zu einem Anstieg der Nettoerträge beigetragen. Die Zahl der Wealth-Management-Kunden hat sich 2013 auf 65 700 reduziert (2012: 71 300), da sich DeAWM auf das Segment der vermögenden Kunden konzentriert hat.

Das verwaltete Vermögen in Fonds der Kategorie vier und fünf Sterne (Morningstar) ist im Berichtsjahr um 12% auf 68,4 Mrd € gestiegen. DeAWM erhielt zahlreiche Auszeichnungen. So wurde der Bereich zum dritten Mal in Folge mit einem AAA-Rating als Best Asset Management Company für Immobilienfonds von Euromoney ausgezeichnet. 2013 war die Bank das einzige Unternehmen mit diesem erstklassigen Rating.

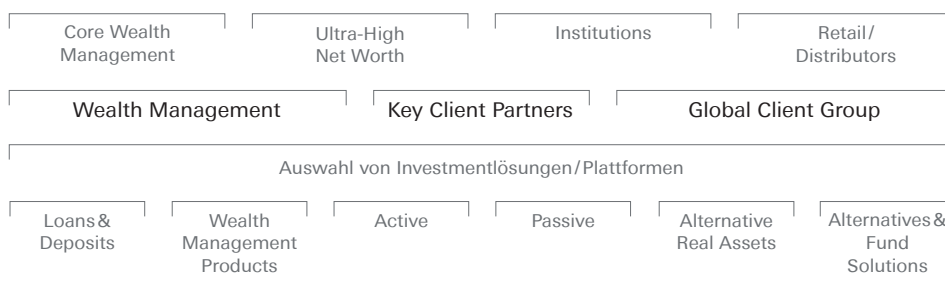
Eine Basis für nachhaltiges Wachstum

Die Strategie von DeAWM ist auf Kundenorientierung, Effizienz, Innovation und Leistung konzentriert. DeAWM nutzt dazu die Stärke seiner integrierten Plattform. Unsere Ziele sind anspruchsvoll: Wir wollen bis zum Jahr 2015 einen Gewinn vor Steuern (IBIT) in Höhe von 1,7 Mrd € erreichen und zugleich die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum schaffen. 2013 machte der Unternehmensbereich gute Fortschritte bei der Umsetzung seiner Strategie.

Um die Dienstleistungen für unsere Kunden zu verbessern, haben wir im Berichtsjahr einen zentralen Zugang zu den globalen DeAWM-Ressourcen und anderen Unternehmensbereichen der Deutschen Bank eingerichtet. Institutionelle Kunden und Vertriebspartner erhalten sämtliche Investmentprodukte und -lösungen der DeAWM von der Global Client Group. Die regionalen Wealth-Management-Teams beraten ihre Kunden individuell und entwickeln für sie maßgeschneiderte Anlagelösungen.

Im Berichtsjahr haben wir unser Investmentgeschäft in sechs Sparten gegliedert: Active Investments, Passive Investments, Loans & Deposits (Kredite und Einlagen), Alternative Real Assets (Sachwerte), Alternatives & Fund Solutions (alternative und Fondslösungen) sowie Wealth Management Products (Produkte für vermögende Kunden). Die Strategen, die im globalen Chief Investment Office tätig sind, entwickeln mit allen Anlageexperten von DeAWM eine Hausmeinung. So kann das gebündelte Wissen des Unternehmensbereichs in allen sechs Sparten zum Nutzen der Kunden eingesetzt werden. Dadurch verbinden wir die globale Kompetenz unserer Experten bei allen Produkten, von Aktien über festverzinsliche Wertpapiere, Multi-Asset- und alternative Anlagen (einschließlich Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und Hedgefonds) bis hin zu verschiedenen Publikums- und Spezialfonds.

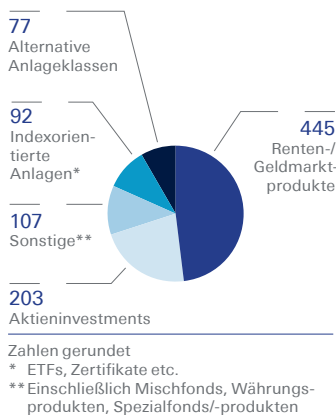
Deutsche Asset & Wealth Management



2–11

Verwaltetes Vermögen nach Produkten

Insgesamt 923 Mrd € zum Jahresende 2013



► Weitere Informationen
siehe Seite 66

Effizient und innovativ

2013 haben wir in erheblichem Umfang in unsere IT-Plattform investiert und eine umfassende technische Lösung für unser Asset Management auf den Weg gebracht. Im Ergebnis erhalten wir eine hochmoderne IT-Infrastruktur für das Investmentgeschäft, vereinfachen Abläufe und reduzieren den Aufwand.

Zu den Innovationen des Berichtsjahres gehörte der erste börsennotierte Fonds, der US-amerikanischen Investoren den direkten Zugang zum A-Share-Markt in China, also zu in Renminbi gehandelten Aktien, ermöglicht. Unser Angebot an physisch replizierenden – einen Index direkt nachbildenden – börsennotierten Fonds (Exchange Traded Funds – ETFs) haben wir ausgeweitet. Im Dezember kündigten wir an, dass wir über 18 ETFs auf physische Replikation umstellen werden. Dadurch wird DeAWM zum zweitgrößten Anbieter solcher ETFs in Europa mit einem verwalteten Vermögen in dieser Anlagekategorie von etwa 9,5 Mrd €.

DeAWM hat eine Gruppe von Mitarbeitern (Solutions and Trading Group) eingesetzt, die die Zusammenarbeit zwischen Produktentwicklern und Vertrieb koordiniert. Sie unterstützt die Entwicklung hochwertiger und auf die Bedürfnisse der Kunden abgestimmter Lösungen. Des Weiteren obliegt ihr die Produktauswahl für das Wealth-Management-Geschäft, die strikten Kriterien folgt.

DeAWM hat außerdem eine zentrale Gruppe aufgebaut, um das Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten zu erweitern. Wir erwarten ein zunehmendes Interesse unserer Kunden für Anlagen, die ökologische und soziale Kriterien sowie Aspekte einer guten Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance – ESG) berücksichtigen. 2013 erweiterte DeAWM die Lösungsangebote zudem durch die Integration des bis dahin in CB&S angesiedelten wertebasierten Investmentansatzes Cash Return on Capital Invested (CROCI).

Kooperation der Unternehmensbereiche

Mitte 2013 führten wir im Rahmen unseres Wealth-Management-Geschäfts zwei bisher separate Family Offices im neu gegründeten Deutsche Oppenheim Family Office zusammen. Durch den Zusammenschluss der beiden zum Deutsche Bank-Konzern gehörenden Gesellschaften, Oppenheim Vermögenstreuhand GmbH und Wilhelm von Finck Deutsche Family Office AG, entstand das größte Family Office in Deutschland und der führende Anbieter im Family-Wealth-Sektor. Das Deutsche Oppenheim Family Office bietet ganzheitliche Dienstleistungen für diversifizierte internationale Portfolios in den Bereichen Vermögensplanung, Vermögensverwaltung, Immobilienberatung sowie Berichterstattung und Controlling.

Für unsere hochvermögende Privatkundschaft haben wir weltweit Beratungszentren (Key Client Partners – KCP) eingerichtet. Sie stellen professionellen Anlegern den direkten Zugriff auf Investments sowie Finanzierungslösungen zur Verfügung, die über verschiedene Anlageklassen und Länder hinweg konzipiert sind. Die Angebote wurden von DeAWM, unseren Unternehmensbereichen CB&S, GTB und PBC sowie Drittanbietern erarbeitet. Bereichsübergreifende Zusammenarbeit hat in unserer Strategie einen hohen Stellenwert; sie soll den bestmöglichen Service für unsere Kunden sicherstellen.

Präsenz und Kompetenz für Kunden

2013 haben wir unsere globale Präsenz mit dem Ziel überprüft, uns auf unsere Kernaktivitäten zu fokussieren, Komplexität zu reduzieren und Kosten zu verringern. Unser Schwerpunkt liegt weiterhin auf unserem Heimatmarkt Deutschland und den europäischen Märkten. Darüber hinaus konzentrieren wir uns auf die hochvermögende Privatkundschaft und institutionelle Kunden in Nordamerika. Des Weiteren sind wir in ausgewählten Schwellenländern in Asien, im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika aktiv. Unsere Asset-Management-Aktivitäten in Russland werden wir nicht fortführen.

Ausblick

DeAWM wird auch künftig seine weltweiten Kompetenzen ausbauen, um den Kunden erstklassige Asset- und Wealth-Management-Produkte und -Dienstleistungen zu liefern. Im Bereich Asset Management wollen wir das Angebot an hochwertigen Anlageprodukten und maßgeschneiderten Lösungen ausweiten. Dies gilt auch für unser Angebot an passiven, ETF-, liquiden alternativen und Sachwertestrategien. Im Markt für Wealth Management planen wir, unsere führende Position in Deutschland zu stärken. Außerdem wollen wir unseren Kunden im asiatisch-pazifischen Raum, in Nord- und Südamerika sowie in den Schwellenländern in der Region EMEA (Europa, Naher Osten und Afrika) weiterhin sowohl differenzierte regionale Angebote machen als auch Zugang zu unserem internationalen Servicespektrum bieten. Über unsere Kooperation mit CB&S werden wir unsere Dienstleistungen für die hochvermögende Privatkundschaft weltweit ausbauen.

923

Mrd €

Vermögen verwaltete
DeAWM 2013

Auszeichnungen 2013

Reactions

Best Insurance Asset Manager globally,
sechs Jahre in Folge

Risk Management

Hedge Fund Derivatives House of the Year,
fünf Jahre in Folge

Risk Management

Best New Emerging Market ETF Provider and
Best ETF Structuring and Distribution House

Euromoney

Best Private Bank in Germany

Scope Analysis

Best Asset Management Company
for real estate funds

Kunden – Private & Business Clients

Starker Partner für Privatkunden und den Mittelstand

In Kürze

- Marktführerschaft im Heimatmarkt, in Europa und Asien profitabel gewachsen
- Start der Privat- und Firmenkundenbank
- Integration der Postbank kommt gut voran

Mehr als
2 700
Filialen
hat PBC in europäischen
Ländern und Indien

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) bietet Privatkunden, Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen im In- und Ausland Bank- und Finanzgeschäfte an. Das Produktangebot von PBC umfasst neben Zahlungsverkehr und Kontoführung die Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung, Wertpapiere, Einlagen und Kredite. Als führende Privatbank in unserem Heimatmarkt betreuen wir in Deutschland mehr als 23 Millionen Kunden. Im Ausland haben wir fünf Millionen Kunden. PBC verfügt über rund 2 700 Filialen in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen und Indien. Ergänzt wird unser Filialgeschäft durch den mobilen Vertrieb über selbstständige Finanzberater und Direktkanäle. Außerdem kooperieren wir mit namhaften Unternehmen. Dazu gehören die Deutsche Post DHL, die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) sowie die spanische und italienische Post. In China hält PBC als zweitgrößter Aktionär 19,99% an der Hua Xia Bank.

Trotz des schwierigen Geschäftsumfelds erzielte PBC 2013 ein stabiles operatives Ergebnis. Das niedrige Zinsniveau und die Zurückhaltung der Kunden im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft in Deutschland stellten besondere Herausforderungen dar. Demgegenüber war der Rahmen für das Kreditgeschäft günstig, so dass hier die Risikovorsorge geringer als in den Vorjahren ausfiel. In den europäischen Märkten außerhalb Deutschlands, in denen PBC präsent ist, waren die Aktivitäten im Kreditgeschäft gering. Allerdings belebte sich dort das Wertpapiergeschäft.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Private & Business Clients¹)

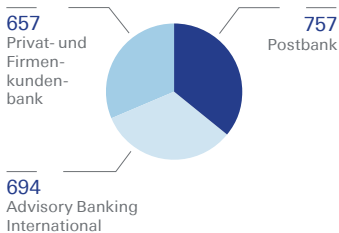
Der Unternehmensbereich Private & Business Clients erzielte 2013 ein Ergebnis vor Steuern von 1,6 Mrd € (2012: 1,5 Mrd €). Die Erträge stiegen leicht um 10 Mio € gegenüber 2012. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank um 8%, was eine verbesserte Portfolioqualität und ein günstigeres Kreditumfeld in Deutschland widerspiegelte. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen 7,3 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 52 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Enthalten waren unter anderem höhere Umsatzkosten im Zusammenhang mit der Integration der Postbank und dem OpEx-Programm sowie Einsparungen aus der Realisierung von Synergien bei der Postbank. Die Invested Assets reduzierten sich um 11 Mrd €. Dies war insbesondere auf Nettomittelabflüsse, vor allem im Einlagengeschäft, zurückzuführen.

in Mio €	2013	2012
Erträge insgesamt	9 550	9 540
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	719	781
Zinsunabhängige Aufwendungen	7 276	7 224
Ergebnis vor Steuern	1 555	1 519
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	11	12
Risikogewichtete Aktiva	73 001	72 695
Aktiva	265 359	282 427

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2013 (Lagebericht).

2–12

**Vorsteuergewinn* gleichmäßig
auf die Geschäftsbereiche verteilt**
Insgesamt 2.107 Mio € zum Jahresende 2013



* Vorsteuergewinn ohne Umsetzungs-
kosten (CtA)
Zahlen gerundet

2013 erreichte PBC einen Vorsteuergewinn von 1,6 Mrd € (2012: 1,5 Mrd €). Bereinigt um Investitionskosten für die Postbank-Integration und das bereichsübergreifende Operational-Excellence(OpEx)-Programm belief sich unser Vorsteuergewinn auf 2,1 Mrd €. **Grafik 2–12** PBC verzeichnete eine leichte Zunahme der Erträge, im Vergleich zu 2012 stiegen sie um 10 Mio €. Höheren Erträgen im Kreditgeschäft, im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft standen geringere Erträge unter anderem im Einlagen-geschäft gegenüber – eine Folge der niedrigen Zinsen an den Märkten. Die Risiko-vorsorge im Kreditgeschäft der Privat- und Firmenkundenbank und der Postbank konnten wir reduzieren, da sich die Qualität des Portfolios und das Kreditumfeld in Deutschland verbessert hatten.

PBC Powerhouse: ein diversifiziertes, zukunftsorientiertes Geschäftsmodell
Strategisch setzt PBC auf den Ausbau der Führungsposition unter den Privatbanken im Heimatmarkt und auf einen fokussierten Marktauftritt in ausgewählten euro-päischen und asiatischen Märkten. Die Geschäftsbereiche nutzen eine gemeinsame Service- und IT-Plattform, wodurch Skaleneffekte erzielt werden. Im Heimatmarkt Deutschland stärkte PBC seine Position durch den Aufbau der Privat- und Firmen-kundenbank sowie Fortschritte bei der Integration der Postbank.

Privat- und Firmenkundenbank

2013 hat PBC das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden des ehemaligen Bereichs Advisory Banking Deutschland in die neue Privat- und Firmenkundenbank (PFB) integriert. PFB umfasst die PBC-Aktivitäten in unserem Heimatmarkt unter der Hauptmarke Deutsche Bank. Zur PFB gehört außerdem das im Berichtsjahr gegründete Joint Venture zwischen Private & Business Clients und dem Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB). Mit dieser Kooperation und durch ein weiterent-wickelteres Betreuungsmodell wollen wir unseren Marktanteil vor allem bei kleineren mittelständischen Firmenkunden erhöhen.

Unseren Privat- und Geschäftskunden aus dem ehemaligen Bereich Advisory Banking bieten wir zusätzliche Dienstleistungen, unter anderem Handelsfinanzierungen und Lösungen für das Cash- und Risikomanagement. Unser Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige Beratung sicherzustellen. Darüber hinaus profitieren Firmenkunden von einem erleichterten Zugang zu den globalen Produkten der Bank. Zudem stehen ihnen Produktexperten aus GTB und CB&S Corporate Treasury Sales (CTS) zur Verfügung. Die Kunden aus dem ehemaligen Geschäftsfeld Mid Cap können nun unser dichtes Filialnetz für ihre speziellen Bedürfnisse noch besser nutzen.

PBC Powerhouse



Die Bank der Zukunft gestalten

Goedele Matthyssen, Hornow,
Geschäftskundin

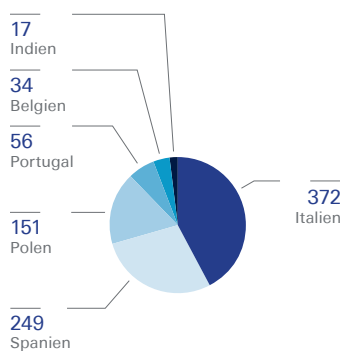


»Meine Bank sieht nicht nur die Zahlen, sondern auch die Menschen, die hinter einem Unternehmen stehen. Das Vertrauen der Bank in uns hat enormen Mut gemacht, unsere Expansionspläne zu realisieren.«



Mit der Privat- und Firmenkundenbank haben wir ein neues Kapitel zur Stärkung der Deutschen Bank im Heimatmarkt aufgeschlagen.

2–13
Filialen im Geschäftsbereich
Advisory Banking International
Insgesamt 879 Filialen zum Jahresende 2013



Die persönliche Beratung bleibt das Kernelement unserer Vertriebsprozesse. Wir haben signifikante Investitionen in die Modernisierung von Filialen und in ein innovatives Filialkonzept getätigt. Von vielen Seiten erhielten wir dafür Anerkennung, so einen Iconic Award 2013 (Rat für Formgebung) und die Auszeichnung Geschäftsstelle des Jahres (geldinstitute). Ferner investierten wir in die Ausweitung der Vertriebswege. Die mobilen Anwendungen und den Online-Broker maxblue hat PBC weiterentwickelt. Unsere Anwendungen können jetzt mit noch mehr mobilen Geräten genutzt werden. Auch dafür wurden wir ausgezeichnet – zum Beispiel vom Handelsblatt als Top Online Broker.

Advisory Banking International

Zu Advisory Banking International gehören die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland) und Asien. 2013 war der Bereich in beiden Regionen erfolgreich. In Italien bauten wir Geschäft und Präsenz durch die Eröffnung von 18 neuen Filialen aus. Grafik 2–13 PBC arbeitete in allen Ländern trotz des schwierigen Marktumfelds gewinnbringend. Der Fokus unserer Strategie liegt auf ausgewählten Standorten, an denen wir vermögende Privat- und Geschäftskunden beraten. Aus einer breiten Palette auch spezieller Finanzlösungen wählt PBC für sie und mit ihnen passende Lösungen aus.

2013 konnten wir im Kreditgeschäft höhere Margen erzielen. Unser Portfolio hatte im Vergleich zum Markt eine überdurchschnittliche Qualität. Die lokale Refinanzierung in Italien, Spanien und Portugal haben wir optimiert sowie unser Geschäft mit Anlage- und Versicherungsprodukten ausgebaut. Durch unsere strategische Kooperation mit und unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank partizipierte PBC an deren Ertragskraft und starkem Wachstum.

Postbank

Der Geschäftsbereich Postbank umfasst die Betreuung von Privat- und Firmenkunden unter der Marke Postbank sowie die DSL Bank, die BHW Bausparkasse und die norisbank GmbH. 2013 hatte die Postbank 14 Millionen Privat- und Firmenkunden Grafik 2–14 und führte 5,2 Millionen Girokonten. Damit zählt der Geschäftsbereich in Deutschland zu den führenden Anbietern im standardisierten Bankgeschäft.

Online-Vertrieb

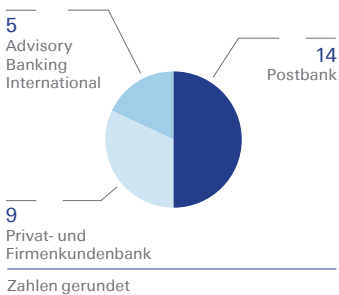
ungefähr 35%
bei Privatkrediten

Die insgesamt positive Geschäftsentwicklung ist nicht zuletzt das Ergebnis der Kooperation mit der Deutschen Post DHL, die wir 2013 verlängert haben. Sie sorgt unter anderem für einen konstant hohen Zulauf von Bestands- und Neukunden in unseren Postbank-Filialen. Durch die intensivere Zusammenarbeit zwischen den Bausparkassen BHW und Deutsche Bank Bauspar hat die Postbank die Marktpräsenz im Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft verstärkt. Alle Vertriebskanäle trugen zur positiven Geschäftsentwicklung der Postbank bei. Seine Online-Banking-Dienstleistungen hat der Geschäftsbereich erheblich weiterentwickelt. Die Postbank erreichte einen Online-Vertriebs-Anteil von ungefähr 35% bei Privatkrediten und knapp 20% bei der Eröffnung von Girokonten. Für ihren Online-Service wurde die Bank mehrfach ausgezeichnet, zum Beispiel als Beste Online-Bank (Computerzeitschrift CHIP) und für Bestes Online-Banking (Focus Money).

2–14

Kunden nach Geschäftsbereichen

Insgesamt 28 Millionen zum Jahresende 2013



Durch die fortschreitende Integration der Postbank in den Unternehmensbereich PBC konnten wir 2013 wiederum Ertrags- und Kostensynergien realisieren. Im Zusammenhang mit der Postbank-Integration baut PBC für den Unternehmensbereich eine neue IT- und Serviceplattform unter dem Namen „Magellan“. Magellan vereint eine effiziente, moderne und tragfähige Architektur für die gesamte IT und alle Abwicklungsprozesse des Kerngeschäfts, ein vereinfachtes und standardisiertes Produkt- und Serviceportfolio, das den Kundenwünschen entspricht, innovative und benutzerfreundliche Anwendungen und Oberflächen sowie Multi-Kanal-Schnittstellen und optimierte und standardisierte End-to-End-Prozesse. 2013 haben wir durch Magellan die Kundenprozesse schneller gemacht und das Online-Banking moderner gestaltet. Unsere mobile Plattform bietet eine innovative digitale Lösung mit zusätzlichen Funktionalitäten. So gibt es die Deutsche Bank-App „Meine Bank“ für weitere Betriebssysteme sowie die elektronische Mailbox und Überweisungen per Foto. Mit Magellan haben wir die Grundlage für die Integration aller Serviceeinheiten unter dem Dach der PBC Banking Services GmbH geschaffen.

Unsere Prioritäten

Mit dem Projekt PBC Powerhouse wollen wir unsere Position als führende Privatbank in Deutschland ausbauen. Wir erfüllen die Bedürfnisse der Kunden im Advisory Banking mit unserer Privat- und Firmenkundenbank unter der Hauptmarke Deutsche Bank sowie im Consumer Banking mit dem Geschäftsbereich Postbank. Zudem stärken wir kontinuierlich unser Advisory Banking International. Hier liegt der Fokus auf profitablen Geschäftsaktivitäten in Europa und Wachstumschancen in Asien. Die integrierte IT- und Serviceplattform sowie einheitliche Abwicklungsprozesse werden zur Kostensenkung beitragen.

Trotz des herausfordernden Umfelds will PBC seine Erträge steigern. Dabei setzt der Unternehmensbereich auf ein risikoarmes Kreditgeschäft in Deutschland, den Ausbau des Anlage- und Versicherungsgeschäfts sowie gezieltes Wachstum in Europa. In der Privat- und Firmenkundenbank planen wir, die Profitabilität zu erhöhen. Dem dient auch eine engere bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Der Geschäftsbereich Postbank plant, sich auf das Kerngeschäft zu fokussieren. Außerdem soll die Optimierung der Organisationsstruktur die verschiedenen Bereiche besser miteinander verzahnen und die Kosten reduzieren. Im europäischen Markt wird PBC 2014 die Entwicklung einer an Magellan Deutschland orientierten gemeinsamen europäischen Plattform vorantreiben und deren Effizienz steigern. Darüber hinaus entwickelt PBC sein Geschäftsmodell weiter: PBC will eine immer bessere Beraterbank mit ausgeprägter Kundenorientierung werden und dabei viele Vertriebskanäle nutzen. Um in Asien noch erfolgreicher zu werden, führt PBC in China die Partnerschaft mit der Hua Xia Bank fort; in Indien setzen wir auf organisches Wachstum.

PBC verfolgt das ambitionierte Ziel, unter Nutzung der Vorteile aus der Integration der Postbank einen Vorsteuergewinn von rund 3 Mrd € zu erreichen.

Auszeichnungen 2013

Handelsblatt
Beste Kundenberatung
Top Online Broker (maxblue)

n-tv
Bestes Darlehen für Modernisierung

Rat für Formgebung
Iconic Award 2013 – Interior Winner
German Design Award – Special Mention
(Architecture & Interior Design)

geldinstitute
Geschäftsstelle des Jahres

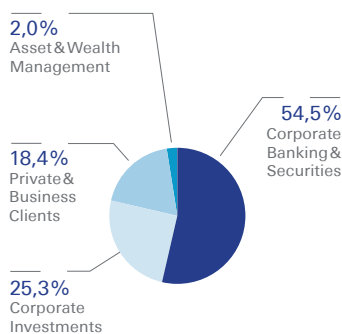
Non-Core Operations Unit

Beim Risikoabbau zügig vorangekommen

In Kürze

- Nichtstrategische Aktiva in großem Umfang abgebaut
- Kapital für das Kerngeschäft freigesetzt
- Wertberichtigungen und Rechtsstreitigkeiten belasten Ergebnis

2 – 15
Bereinigte Vermögenswerte*
Insgesamt 55 Mrd € zum Jahresende 2013



* Vermögenswerte gemäß IFRS bereinigt um Netting für Derivate und bestimmte andere Positionen.
Nach Bereichen, aus denen 2012 die Vermögenswerte übertragen worden waren. Zahlen gerundet.

Der Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU) hat die Aufgabe, Kapital freizusetzen und gleichzeitig Risiken zu reduzieren, die von nichtstrategischen Aktiva und Geschäftsaktivitäten ausgehen. Größere Transparenz und ein striktes Kapital- und Bilanzmanagement sichern in einem sich verändernden regulatorischen Umfeld den Erfolg der Bank ab. Die NCOU trägt hierzu entscheidend bei und ist daher ein wichtiger Bestandteil der Strategie 2015+.

Der Unternehmensbereich wurde im vierten Quartal 2012 gegründet. Ihm wurden risikogewichtete Aktiva (pro forma Basel 3) in Höhe von 141 Mrd € und bereinigte Vermögenswerte in Höhe von 120 Mrd € übertragen. Das Portfolio enthält Aktivitäten, die nicht zum Kerngeschäft der Deutschen Bank gehören. Dazu zählen zum Beispiel Vermögenswerte, die durch geschäftliche, rechtliche oder regulatorische Einflüsse materiell beeinträchtigt worden sind.

Der Fokus der NCOU liegt darauf, den Kapitalbedarf der Bank durch den Abbau nicht-strategischer Vermögenswerte zu vermindern und so die Eigenkapitalquote der Bank zu erhöhen. Ein weiteres Ziel ist, die Bilanzsumme (nach CRD IV) zu reduzieren. Die NCOU will so dazu beitragen, dass die Deutsche Bank die von ihr angestrebte Verschuldungsquote erreicht.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Non-Core Operations Unit¹)

Der Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit erzielte 2013 einen Verlust vor Steuern von 3,3 Mrd € (2012: Verlust 2,9 Mrd €). Die Portfolioerträge gingen 2013 durch den Abbau von Vermögenswerten um 18% im Vergleich zum Vorjahr zurück. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 29%, vor allem infolge spezifischer Kreditereignisse über die Portfolios hinweg, einschließlich des Engagements im europäischen Geschäft mit gewerblichen Immobilien. Die zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zu 2012 um 47 Mio € (1%). Diese Entwicklung beinhaltet höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, die durch den Wegfall der im Vorjahr bilanzierten Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte von 421 Mio € kompensiert wurden.

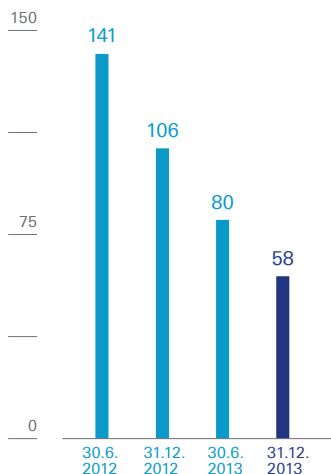
in Mio €	2013	2012
Erträge insgesamt	867	1054
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	818	634
Zinsunabhängige Aufwendungen	3358	3312
Ergebnis vor Steuern	-3306	-2923
Risikogewichtete Aktiva	48483	80317
Aktiva	54224	97451

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2013 (Lagebericht).

2–16

**Zügiger Abbau von
Risikopositionen**

Risikogewichtetes Aktiva-Äquivalent
(RWA-Äquivalent) in Mrd €*



* Risikogewichtete Aktiva zuzüglich
Äquivalent der Kapitalabzugspositionen
gemäß CRD IV

In volatilen Märkten erfolgreich operiert

Die NCOU konnte im Jahr 2013 ihre Risikoabbaustrategie trotz gestiegener Marktvolatilität erfolgreich umsetzen. Im Berichtsjahr baute die NCOU 40 Mrd € (–42% im Vergleich zum Vorjahr) an bereinigten Vermögenswerten und 48 Mrd € (–45%) an risikogewichteten Aktiva nach CRD IV ab **Grafik 2–16** und übertraf damit die gesetzten Ziele deutlich. Diese betragen 80 Mrd € an bereinigten Vermögenswerten und risikogewichteten Aktiva nach CRD IV zum Ende des Berichtsjahres. Auf diese Weise wurde ein Kapitaläquivalent von etwa 3,8 Mrd € geschaffen (Erhöhung der Common-Equity-Tier-1(CET 1)-Quote um 88 Basispunkte) – vor Steuern und ohne Kosten für Rechtsstreitigkeiten. Ende Dezember 2013 beliefen sich die verbliebenen bereinigten Vermögenswerte auf 55 Mrd € **Grafik 2–15** und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva auf 58 Mrd €.

Die NCOU hat Verkäufe solcher Vermögenswerte aus dem Portfolio priorisiert, die im Vergleich zu anderen einen höheren Kapitalverzehr und ein schlechteres Risikoprofil aufwiesen. Im Berichtsjahr gelangen umfangreiche Verkäufe von Vermögenswerten, die von CB&S übertragen worden waren. Außerdem wurden Kreditderivate im Mono-line-Portfolio abgebaut; dies wurde durch den Verkauf entsprechender Anleihen ergänzt. Darüber hinaus wurden Positionen aus dem ehemaligen Portfolio der Postbank reduziert, unter anderen strukturierte Kredite, Staats- und Unternehmensanleihen hochverschuldeter Euro-Länder sowie Aktiva zweier Gewerbeimmobiliengesellschaften mit Kreditportfolios in den USA und Großbritannien.

Die Geschäftsaktivitäten der NCOU, die auf den Abbau der bestehenden Risiken im Portfolio abzielten, führten im Berichtsjahr zu einem positiven Ergebnisbeitrag. Sie haben dazu beigetragen, die Kapitalbasis zu stärken. Allerdings wurde das Ergebnis des Unternehmensbereichs durch signifikante Rückstellungen, Wertberichtigungen und Neubewertungen im gesamten Portfolio stark belastet. Hinzu kamen erhebliche Zahlungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 1,3 Mrd €. Insgesamt führte dies zu einem Verlust von 3,3 Mrd €.

Mit der U.S. Federal Housing Finance Agency (FHFA) in deren Funktion als Treuhänderin für Fannie Mae und Freddie Mac haben wir im Berichtsjahr eine Einigung erzielt. Wir konnten so den größten einzelnen Rechtsstreit der Deutschen Bank im Zusammenhang mit verbrieften Hypotheken beilegen. Die vereinbarte Zahlung wurde im vierten Quartal 2013 im Ergebnis der NCOU verbucht.

Veräußerungsprinzipien

Die NCOU arbeitet auf der Grundlage klar definierter und streng befolgter Verkaufsprinzipien. Sie baut Risiken durch ein breitgefächertes Spektrum an Transaktionen über alle Aktiva hinweg ab, um den Kapitalbedarf der Bank zu vermindern. Der Unternehmensbereich präferiert direkte Verkäufe an Dritte und steht in ständigem Dialog mit verschiedenen Parteien wie Händlern, Investoren und Finanzinstituten, um optimale Lösungen zur Reduzierung von Risiken und komplexen Strukturen zu finden.

Ausblick

Die Non-Core Operations Unit wird auch künftig maßgeblich dazu beitragen, Kapital zu bilden und die Verschuldung der Deutschen Bank abzubauen. Veränderungen des ökonomischen Umfelds und der Marktbedingungen könnten den angestrebten Zeitrahmen für die zu erreichenden Ziele verlängern.

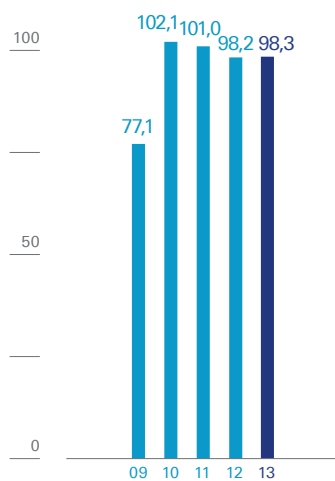
Mitarbeiter

Vielfältig, talentiert und motiviert

In Kürze

- Zahl der Mitarbeiter im Konzern stabil
- Mehr Frauen in Führungspositionen tätig
- Geänderte Vergütungsphilosophie umgesetzt

2–17
Mitarbeiterzahl
In Tausend zum Jahresende*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Für die Deutsche Bank, als eine der führenden globalen Universalbanken, sind die Mitarbeiter das wichtigste Kapital. Wir wollen unsere Position als bevorzugter Arbeitgeber stärken. Wir streben nach einer Unternehmenskultur, die Risiken und Erträge in ein ausgewogenes Verhältnis bringt, talentierte Mitarbeiter gewinnt und weiterentwickelt, Teamarbeit und Kollegialität fördert und auf die Belange der Gesellschaft eingeht. Um dieses Ziel zu erreichen, treibt die Deutsche Bank strategische Personalinitiativen voran, unter anderem zu den Themen Diversity, Führungsverantwortung und Talentförderung, Rekrutierung von Mitarbeitern und Anpassung der Vergütungsstrukturen.

Die Zahl der Mitarbeiter (umgerechnet in Vollzeitkräfte) des Deutsche Bank-Konzerns erhöhte sich im Jahr 2013 geringfügig auf 98 300 (2012: 98 200). Grafik 2–17 Bereinigt um den Saldo aus erworbenen und veräußerten Unternehmensteilen ging der Personalbestand um 877 Vollzeitkräfte zurück. Die regionale Mitarbeiterstruktur der Deutschen Bank hat sich nur leicht verändert. Der Anteil der Mitarbeiter in Deutschland betrug zum Ende des Berichtsjahres 47,2 % (2012: 47,1 %). Grafik 2–19

Vorteil Diversity

Die Vielfalt unserer Belegschaft ist entscheidend für unseren Geschäftserfolg. Sie ermöglicht uns, bessere Teamergebnisse zu erzielen, das Innovationspotenzial der Bank zu entfalten sowie die Zusammenarbeit in unserem Unternehmen und mit unseren Kunden zu stärken. Die Deutsche Bank fördert seit vielen Jahren eine Kultur der Vielfalt (Diversity & Inclusion) im Hinblick auf die Dimensionen Alter, Behinderung, Geschlecht, kulturelle Vielfalt, sexuelle Orientierung und Religion. Um beim Thema Vielfalt nachhaltige Fortschritte zu erreichen, haben wir 2013 eine neue Diversity-Strategie eingeführt, die auf folgenden Kernelementen basiert: Führungsverantwortung erhöhen, Transparenz schaffen, effektive Governance-Strukturen etablieren, globale Mindeststandards für Diversity & Inclusion festlegen und die Kommunikation mit internen und externen Partnern verbessern.

Die Deutsche Bank hat sich verpflichtet, bis Ende 2018 den Anteil von Frauen auf den Leitungsebenen Managing Director und Director auf 25 % zu erhöhen, vorbehaltlich der rechtlichen Bestimmungen weltweit. Wir haben diesen Anteil 2013 auf 18,7 % steigern können. Bei den außertariflich Beschäftigten soll der Anteil der Frauen, vorbehaltlich der rechtlichen Bestimmungen weltweit, bis Ende 2018 auf 35 % steigen. Ende 2013 waren es bereits 31,1 %. Grafik 2–18 Mit unserer Initiative Women on Boards konnten wir den Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten unserer Tochtergesellschaften deutlich und in den Regionalbeiräten leicht erhöhen.

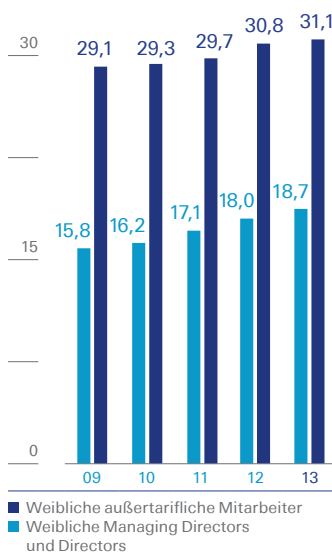
25%

Frauenquote auf der Ebene Managing Director und Director bis 2018 ist unser Ziel

2–18

Anteil von Frauen in Führungspositionen gestiegen

In % zum Jahresende



Um sicherzustellen, dass talentierte Mitarbeiterinnen noch stärker in unserer Nachfolgeplanung berücksichtigt werden, fördern wir sie durch das preisgekrönte Programm ATLAS (Accomplished Top Leaders Advancement Strategy – Aufstiegsstrategie für erfolgreiche Top-Führungskräfte) und das Programm Women Global Leaders an der INSEAD Business School. 2013 hat die dritte Gruppe am Programm ATLAS und die vierte Gruppe am Programm Women Global Leaders teilgenommen. Über die Hälfte der bisherigen Teilnehmerinnen arbeitet heute in Positionen mit einem neuen oder größeren Verantwortungsbereich.

Qualifizierten Nachwuchs gewonnen

Der internationale Wettbewerb um herausragende Talente hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Eine Rekrutierungsstrategie, mit der wir uns gut in diesem Markt positionieren und talentierte Kandidaten ansprechen können, ist daher von größter Bedeutung für uns. Talentierte Nachwuchs ist für die Zukunft der Bank wichtig; dies gilt im Hinblick auf die Optimierung unserer Standorte, den Kulturwandel und damit für den Geschäftserfolg insgesamt.

Im Berichtsjahr haben wir weltweit 1 196 junge hochqualifizierter Kräfte für die Bank gewonnen. 501 Hochschulabsolventen wurden in das globale Graduate Training Program (GTP) aufgenommen. Weitere junge Mitarbeiter engagierten wir für den Aufbau von DB Servicezentren in den USA, Großbritannien und Indien. Auch die Verlagerung von Geschäftsaktivitäten führte zu Neueinstellungen von Absolventen und Berufsanfängern in den jeweiligen Zentren. Beispielsweise haben wir Technologiezentren in Moskau, Bukarest und Cary (North Carolina, USA) sowie integrierte Service-Zentren in Jacksonville (Florida, USA), Birmingham (Großbritannien) und Manila (Philippinen) geschaffen oder ausgebaut.

Unser äußerst erfolgreiches Berufsausbildungsprogramm in Deutschland führten wir fort. 2013 hatten wir insgesamt 1 849 Auszubildende.

Interne Stellenwechsel unterstützen wir, um unseren Mitarbeitern den Wechsel innerhalb ihres Bereichs oder in einen anderen Unternehmensbereich zu ermöglichen. Über 3 000 offene Stellen konnten im Berichtsjahr über unser Mitarbeiterkarriereportal mit internen Kandidaten besetzt werden.

1849

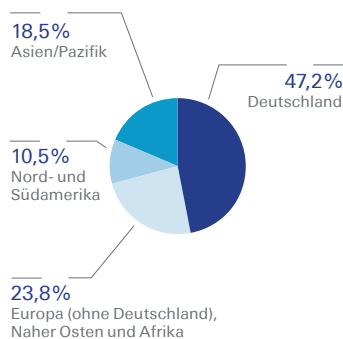
Auszubildende hatte die Deutsche Bank 2013

Pool künftiger Spitzenkräfte

Ein konzernweiter Ansatz für die Förderung von Talenten auf Führungsebene trägt entscheidend dazu bei, einen Pool künftiger Führungskräfte aufzubauen, die Leistung, Wachstum und den Kulturwandel in der Bank langfristig vorantreiben. Zu diesem Zweck wurde im Berichtsjahr mit dem Senior Leader People Committee ein Ausschuss gegründet, der unter Leitung der beiden Co-Vorstandsvorsitzenden Anshu Jain und Jürgen Fitschen das konzernweite strategische Talentmanagement steuert. Die Besetzung von Senior-Führungspositionen wird nun ebenfalls zentral gesteuert und koordiniert. Damit stellen wir sicher, dass die bestqualifizierten Führungskräfte der Bank innerhalb kürzester Zeit für offene Schlüsselpositionen zur Verfügung stehen. Seit dem Start dieses Prozesses im April 2013 sind 21 von 28 offenen Senior-Führungspositionen besetzt worden.

2 – 19 Regionaler Einsatz der Mitarbeiter

In % zum Jahresende 2013*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

► Weitere Informationen
siehe Finanzbericht 2013
Seiten 259 ff.

Neue Vergütungsregeln

Im Zusammenhang mit der Finanzkrise werden die Vergütungsmodelle im Bankensektor in der Öffentlichkeit sehr kritisch diskutiert. Wir arbeiten daran, dieses Bild der Deutschen Bank in der Öffentlichkeit zu verbessern. Die Neuordnung unserer Vergütungssysteme und Zusatzleistungen ist ein wesentlicher Teil der Strategie von Human Resources. Wir passen die Vergütungsstrukturen unter Beachtung der nationalen Personalvorschriften und der Ziele der Strategie 2015+ an.

Die 2012 eingesetzte unabhängige Vergütungskommission schloss ihre Arbeit im Berichtsjahr ab. Die Überprüfung beinhaltete den Vergleich der Vergütungssysteme der Deutschen Bank mit vorbildlichen Verfahren in der Bankenbranche sowie den aktuellen und erwarteten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Für ein nachhaltiges und transparentes Vergütungssystem empfiehlt uns die Kommission die Einführung ausgewählter Kernprinzipien, um die Entscheidungsfindung zu spezifischen Vergütungs-, Governance- und Offenlegungsverfahren zu erleichtern. Wir arbeiteten derzeit an der Umsetzung dieser Empfehlungen.

Die Bank sieht die variable Vergütung als ein wichtiges Instrument an, um Leistung zu belohnen sowie talentierte Mitarbeiter zu motivieren und sie an das Unternehmen zu binden. Die zeitliche Streckung eines signifikanten Anteils der variablen Vergütung für Führungskräfte ist eine angemessene Methode, um die Vergütung mit der nachhaltigen Ertragsentwicklung des Konzerns zu verknüpfen. Zudem ist eine angemessene Struktur für die variable Vergütung wichtig. Daher haben wir für das Geschäftsjahr 2013 bei den Vergütungsprozessen und -richtlinien zahlreiche Verbesserungen vorgenommen. Wir haben die Verfallsregelungen für die variable Vergütung gemäß den allgemeinen Entwicklungen in der Bankenbranche und den zunehmend strengeren Anforderungen der Aufsichtsbehörden angepasst. Dabei haben wir von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die relevanten Zeiträume zu verlängern.

Im Rahmen unserer Vergütungs-Governance haben wir das Mandat des Group Compensation Oversight Committee erweitert; es ist jetzt ein vollwertiges Aufsichts- und Prüfungsorgan. Der Aufsichtsrat bildete im Berichtsjahr den – gesetzlich vorgeschriebenen – Vergütungskontrollausschuss, der sich dem Thema Vergütung intensiv widmen wird. Weitere Details sind im Vergütungsbericht 2013 enthalten.

Nachhaltige Altersvorsorge

Die Deutsche Bank sieht sich in der Verantwortung, ihre Mitarbeiter bei der Altersvorsorge zu unterstützen. Es ist das Ziel der Bank, die weltweit bestehenden Pensionsverpflichtungen mit Vermögenswerten zu unterlegen. Für die Pensionsverpflichtungen der Postbank wurde eine Dotierung von 1,4 Mrd € im Berichtsjahr zur Verfügung gestellt; damit wurde die Unterlegung mit Planvermögen weitgehend erreicht. In Deutschland bieten wir unseren Mitarbeitern ein Paket mit Komponenten zur betrieblichen Altersvorsorge an, das ihre Sozialversicherungsansprüche bei Eintritt ins Rentenalter ergänzt. Es umfasst eine vom Arbeitgeber finanzierte Pension, Leistungen der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. und die Option der Umwandlung eines Teils des Gehalts in Versorgungsansprüche.

Aktienplan mit guter Resonanz

Rund 20000 Mitarbeiter aus 31 Ländern haben 2013 am Mitarbeiter-Aktienplan (Global Share Purchase Plan) der Deutschen Bank teilgenommen. In Deutschland waren das 56% und in den teilnehmenden Ländern insgesamt mehr als 36% der Mitarbeiter der Deutschen Bank. Der Plan bietet ihnen die Möglichkeit, Deutsche Bank-Aktien in monatlichen Raten zu erwerben. Am Ende des Kaufzyklus stockt die Deutsche Bank den so erworbenen Aktienbestand im Verhältnis 1:1 um maximal zehn Gratisaktien auf.

Gesellschaft

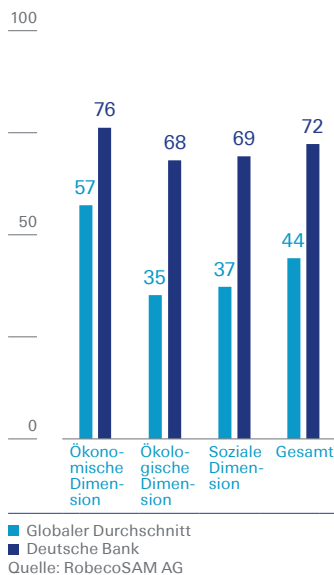
Als Unternehmen in der Verantwortung

In Kürze

- Umwelt- und Sozialstandards gewinnen an Gewicht
- Geschäftsbetrieb der Bank klimaneutral
- Mehr als zwei Millionen Menschen profitierten von unserem unternehmerischen Engagement

2–20 RobecoSAM-Nachhaltigkeits- rating 2013

Finanzdienstleistungsunternehmen
Indexmaximum = 100



Die Folgen der Finanzkrise belasteten auch im Jahr 2013 das Vertrauen in den Bankensektor. Verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, war und ist für die Deutsche Bank von großer Bedeutung. Investoren, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft erwarten mehr Transparenz hinsichtlich ökologischer und sozialer Faktoren sowie Aspekten einer guten Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance – ESG), um daran ihre Entscheidungen auszurichten. Wir haben daher Nachhaltigkeitskriterien noch stärker in unserem Kerngeschäft verankert – im Einklang mit unseren neuen Werten und Überzeugungen und entsprechend den Erwartungen unserer Zielgruppen. Wir analysieren die Auswirkungen unserer Geschäftstätigkeit auf Umwelt und Gesellschaft und stärken das Risikobewusstsein in der Bank.

Über unser Kerngeschäft hinaus leisten wir durch unser Engagement als Unternehmensbürger einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen im globalen Kontext.

Zunehmendes Risikobewusstsein

Unser Rahmenwerk zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken verpflichtet uns, ökologische und soziale Faktoren in die Genehmigungsprozesse aller Transaktionen einzubeziehen, insbesondere bei Geschäften in sensiblen Sektoren. Im Berichtsjahr ist die Zahl der überprüften Transaktionen deutlich gestiegen. Dies spiegelt das geschärfte Bewusstsein unserer Mitarbeiter für diese Risiken. 106 der überprüften Transaktionen wurden an regionale und divisionale Reputationsrisikogremien oder das Group Reputational Risk Committee zur Entscheidung weitergeleitet (2012: 102). Sieben davon bezogen sich auf Umwelt- und Sozialrisiken (2012: 16).

Mehrwert für Kunden und Aktionäre

Mit dem Konzept FairShare™, das wir 2013 in unserem Privat- und Firmenkundengeschäft implementiert haben, will die Deutsche Bank für Kunden und Aktionäre gleichermaßen Mehrwert schaffen. Das Konzept baut auf zahlreichen Initiativen auf, die bereits seit 2008 zu einem kundenzentrierten Ansatz beitragen. Wesentliche Komponenten sind transparente Produktinformationen, eine spezielle Software, die es unseren Kundenbetreuern erleichtert, bei der Beratung hohe Qualitätsstandards einzuhalten, sowie eine Responsible-Banking-Initiative. Ein Wertekodex und Produktrichtlinien ergänzen das Instrumentarium. Das Responsible Banking Committee

aus Führungskräften unserer Privat- und Firmenkundenbank überwacht die Einhaltung der Grundsätze. Geänderte Managementprozesse sowie die Berücksichtigung des FairShare™-Konzepts in der Mitarbeiterbeurteilung, bei der Bewertung von Filialen und bei Anreizsystemen stützen das FairShare™-Prinzip.

Ökologisch und sozialverträglich investieren

Mit der Gründung unserer neuen Asset-und-Wealth-Management-Plattform stärken wir auch unseren ESG-Ansatz im Investmentprozess. Die Umsetzung unserer ESG-Strategie obliegt dem neuen ESG Head Office. Es ist nicht zuletzt für die Koordination und Entwicklung unserer ESG-Ressourcen und unseres Know-hows in diesem Feld verantwortlich.

Die ESG-Wachstumsstrategie im Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) stützt sich auf die folgenden drei Säulen:

Risikomanagement. Dies basiert auf einer umfassenden eigenen ESG-Recherche, um Investitionsentscheidungen zu stützen und Geschäftsrisiken zu verringern.

Governance. Anwendung konsistenter ESG-Richtlinien und -Verfahren für sämtliche Vermögenswerte der DeAWM. Damit stellen wir sicher, dass alle Mitarbeiter die verfügbaren Informationen berücksichtigen und in Übereinstimmung mit den Richtlinien handeln.

Wertschöpfung. Identifizieren von Produktlücken und Entwicklung neuer ESG-Produkte und -Dienstleistungen.

Zum Jahresende 2013 verwaltete DeAWM 5,1 Mrd € an Vermögenswerten, bei deren Anlage ESG-Kriterien berücksichtigt wurden (2012: 3,7 Mrd €).

Erneuerbare Energien finanzieren

Die Deutsche Bank ist einer der führenden privatwirtschaftlichen Projektfinanzierer im Bereich der erneuerbaren Energien in Europa, Nordamerika und im Nahen Osten. 2013 stellten wir Beratungsleistungen und Finanzmittel für Projekte zum Bau von Solarenergie-, Windkraft-, Wasserkraft- und Energierückgewinnungsanlagen mit einer Gesamtleistung von 1 185 Megawatt und einem Gesamtwert von mehr als 3,6 Mrd US-Dollar zur Verfügung.

Klimaneutraler Geschäftsbetrieb

2013 stellten wir unseren Geschäftsbetrieb erneut klimaneutral. Dies haben wir durch Investitionen in Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz, durch den Kauf und die Vor-Ort-Erzeugung von grünem Strom sowie durch den Kauf und die Stilllegung von Emissionszertifikaten erreicht. Die große Bandbreite und die Effektivität unserer Aktivitäten brachten der Deutschen Bank im zweiten Jahr in Folge einen Platz im Climate Performance Leadership Index (CPLI) ein. 2013 erreichten wir 91 Punkte (von 100) und ein A-Ranking.

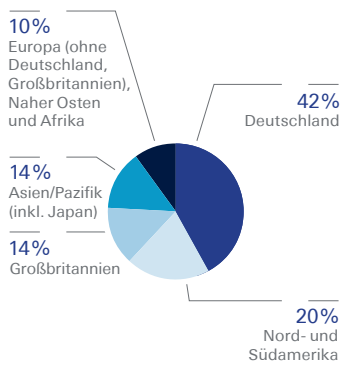
CPLI

ist ein Nachhaltigkeits-
index der internationalen
Organisation CDP (Carbon
Disclosure Project)

2–21

Weltweites Fördervolumen für unternehmerisches Engagement nach Regionen

2013 insgesamt 78,2 Mio €



Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2013
www.deutsche-bank.de/verantwortung

Gesellschaftlich engagiert

Die Deutsche Bank versteht Investitionen in die Gesellschaft auch als Investitionen in die eigene Zukunft. Besonders wichtig ist es uns, junge Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung zu fördern und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Deshalb unterstützen wir Bildungsangebote in Schwellenländern und begleiten junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen auf ihrem Weg an die Universität. 2013 haben weltweit mehr als 400000 Kinder und Jugendliche an unseren Bildungsprojekten teilgenommen.

Wir helfen einzelnen Menschen und Gemeinschaften dabei, Arbeitslosigkeit und soziale Hindernisse zu überwinden. In Großbritannien fördert unser mit 10 Mio Pfund Sterling dotierter Impact Investment Fund Sozialunternehmer und stellt ihnen für ihre Projekte die notwendigen Mittel zur Verfügung. Über unsere Mikrofinanzfonds haben wir seit 1997 etwa 3,8 Millionen Mikrokredite an Kleinunternehmer ermöglicht.

Auf kulturellem Gebiet machen wir herausragende Musikerlebnisse sowie zeitgenössische Kunst so vielen Menschen wie möglich zugänglich und fördern den künstlerischen Nachwuchs.

Mitarbeiter, Kunden und Stiftungen der Deutschen Bank unterstützten im Berichtsjahr die Katastrophenhilfe der Bank beim Hochwasser in Deutschland und beim Taifun Haiyan auf den Philippinen. Insgesamt kamen Spenden von mehr als 2,6 Mio € zusammen.

Mit einer Fördersumme von 78,2 Mio € zählten die Deutsche Bank und ihre Stiftungen 2013 wieder zu den aktivsten Unternehmensbürgern weltweit. **Grafik 2–21** Zudem haben mehr als 19500 Mitarbeiter an mehr als 25000 Tagen gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt. Diesen persönlichen Einsatz, auch außerhalb der Programme der Bank, würdigen wir mit dem Global Volunteer Award (siehe zum Gewinner 2013 die folgenden Seiten 68/69).

Die Bank der Zukunft gestalten

Alex Marzo, Barcelona,
Deutsche Bank,
Sociedad Anónima Española



»Es ist eine tolle Sache, dass die Deutsche Bank das freiwillige Engagement ihrer Mitarbeiter fördert. Das motiviert mich zusätzlich – und nicht nur für die Arbeit in gemeinnützigen Projekten für die VIS de la Sagrada Familia, sondern auch für meine Tätigkeit als Key Account Manager.«



Die Deutsche Bank gehört zu den Spitzeninstituten des spanischen Finanzsektors und ist eine der größten ausländischen Banken des Landes.

3

Konzernabschluss/ Auszüge

71	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
72	Bilanz
73	Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2013	2012	2011
Zinsen und ähnliche Erträge	25 601	31 593	34 366
Zinsaufwendungen	10 768	15 619	16 921
Zinsüberschuss	14 834	15 975	17 445
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 065	1 721	1 839
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	12 769	14 254	15 606
Provisionsüberschuss	12 308	11 809	11 878
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3 817	5 608	2 724
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	394	301	123
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	369	163	- 264
Sonstige Erträge	193	- 120	1 322
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17 082	17 761	15 783
Personalaufwand	12 329	13 490	13 135
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15 126	15 017	12 657
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	460	414	207
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	79	1 886	-
Restrukturierungsaufwand	399	394	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	28 394	31 201	25 999
Ergebnis vor Steuern	1 456	814	5 390
Ertragsteueraufwand	775	498	1 064
Jahresüberschuss	681	316	4 326
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	15	53	194
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	666	263	4 132
Ergebnis je Aktie			
in €	2013	2012	2011
Unverwässert	0,67	0,28	4,45
Verwässert ¹	0,65	0,27	4,30
Anzahl der Aktien in Millionen			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	997,4	934,0	928,0
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	1 025,2	959,8	957,3

¹Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012
in Mio €		
Barreserve	17 155	27 877
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77 984	120 637
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27 363	36 570
Forderungen aus Wertpapierleihen	20 870	24 013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	210 070	254 459
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	504 590	768 353
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	184 597	187 027
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt		
davon zum 31.12.2013 73 Mrd € (2012: 89 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	899 257	1 209 839
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
davon zum 31.12.2013 0 Mrd € (2012: 0 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	48 326	49 400
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3 581	3 577
Forderungen aus dem Kreditgeschäft		
davon zum 31.12.2013 0 Mrd € (2012: 2 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	376 582	397 377
Sachanlagen	4 420	4 963
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	13 932	14 219
Sonstige Aktiva	112 539	123 702
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2 322	2 389
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7 071	7 712
Summe der Aktiva	1 611 400	2 022 275
Passiva		
in Mio €		
Einlagen	527 750	577 210
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	13 381	36 144
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2 304	3 166
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	55 804	54 400
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	483 428	752 652
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	90 104	110 409
Investmentverträge	8 067	7 732
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	637 404	925 193
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59 767	69 661
Sonstige Passiva	163 595	179 099
Rückstellungen	4 524	5 110
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1 600	1 589
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1 101	1 447
Langfristige Verbindlichkeiten	133 082	157 325
Hybride Kapitalinstrumente	11 926	12 091
Summe der Verbindlichkeiten	1 556 434	1 968 035
Eigenkapital		
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	2 610	2 380
Kapitalrücklage	26 204	23 776
Gewinnrücklagen	28 376	29 199
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-13	-60
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	-2 457	-1 294
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54 719	54 001
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	247	239
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	54 966	54 240
Summe der Passiva	1 611 400	2 022 275

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	1611400	2022275	2164103	1905630	1500664
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376582	397377	412514	407729	258105
Summe der Verbindlichkeiten ¹	1566434	1968035	2109443	1855262	1462695
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	54719	54001	53390	48819	36647
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	247	239	1270	1549	1322
Tier-1-Kapital ²	50717	50483	49047	42565	34406
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt ²	55464	57015	55226	48688	37929

Gewinn- und Verlust-Rechnung

in Mio €	2013	2012	2011	2010	2009
Zinsüberschuss	14834	15975	17445	15583	12459
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2065	1721	1839	1274	2630
Provisionsüberschuss ³	12308	11809	11878	10669	8911
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ³	3817	5608	2724	3354	7109
Sonstige zinsunabhängige Erträge	956	344	1181	-1039	-527
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17082	17761	15783	12984	15493
Personalaufwand	12329	13490	13135	12671	11310
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15126	15017	12657	10133	8402
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	460	414	207	485	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	79	1886	-	29	-134
Restrukturierungsaufwand	399	394	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	28394	31201	25999	23318	20120
Ergebnis vor Steuern	1456	814	5390	3975	5202
Ertragsteueraufwand	775	498	1064	1645	244
Jahresüberschuss	681	316	4326	2330	4958
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	15	53	194	20	-15
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	666	263	4132	2310	4973

Kennziffern

	2013	2012	2011	2010	2009
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ⁴	0,67 €	0,28 €	4,45 €	3,07 €	7,21 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ⁴	0,65 €	0,27 €	4,30 €	2,92 €	6,94 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75 €	0,75 €	0,75 €	0,75 €	0,50 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	1,2%	0,5%	8,2%	5,5%	14,6%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	2,6%	1,3%	10,2%	9,5%	15,3%
Aufwand-Ertrag-Relation	89,0%	92,5%	78,2%	81,6%	72,0%
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	12,8%	11,4%	9,5%	8,7%	8,7%
Tier-1-Kapitalquote ²	16,9%	15,1%	12,9%	12,3%	12,6%
Eigenkapitalquote ²	18,5%	17,1%	14,5%	14,1%	13,9%
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) ⁵	98254	98219	100996	102062	77053

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Werte für 2013, 2012 und 2011 basieren auf den Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“), die Eingang in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung gefunden hat. Werte für 2010 und 2009 basieren auf dem vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel 2), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

³ Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ im Finanzbericht 2013.

⁴ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁵ Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Die Bank der Zukunft gestalten

Teresita Silva, Manila,
Gründerin und Vorsitzende von ChildHope
Philippines und FCED





»Seit 2009 ist die Deutsche Bank einer unserer verlässlichsten Partner. Mit ihrer Unterstützung sichern wir die Grund- und Bildungsbedürfnisse von Straßenkindern, um ihnen eine Lebensperspektive zu eröffnen. Es erfüllt uns mit Stolz, dass in diesem Jahr fünf von ihnen das College abschließen werden.«



Auf den Philippinen hat die Deutsche Bank mit ihren rund 2000 Mitarbeitern eine führende Position, wo immer sie im Wettbewerb steht.

4

77
80

Glossar

Impressum/Publikationen

Weitere Informationen

Glossar

A

AIFMD

Alternative Investment Fund Managers Directive. EU-Richtlinie, die die Verwalter alternativer Investmentfonds reguliert.

Alternative Anlagen/Investments

Direkte Investitionen in ▶Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine-Kapital, Immobilienanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie Hedgefonds.

American Depositary Receipts (ADRs)

Von US-Banken ausgestellte handelbare Hinterlegungszertifikate, die nicht US-amerikanische Aktien repräsentieren. ADRs dienen der Erleichterung, Verbilligung und Beschleunigung des Handels an amerikanischen Börsen.

Asset-Backed Securities (ABS)

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
▶Verbriefung

Aufsichtsrechtliches Kapital

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital für Kreditinstitute in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 mit Erweiterungen 2009. Das Eigenkapital gemäß ▶Basel 2.5 setzt sich zusammen aus:

- Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte ▶hybride Kapitalinstrumente
- Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren
- Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, zusätzlich ist die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50% des Tier-1-Kapitals beschränkt. Das aufsichtsrechtliche Kapital wird darüber hinaus noch um regulatorische Filter und dedizierte Kapitalabzugspositionen korrigiert.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

B

Basel 2.5

Vorschläge für Reformen des Baseler Regelwerks, die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht in Reaktion auf die Finanzkrise im Juli 2009 publiziert wurden. Die wichtigsten Änderungen hinsichtlich der Mindestkapitalanforderungen umfassen neue Maße für das Marktrisiko und Normen hinsichtlich Governance, Risikomanagement und -kompensation sowie Offenlegungsvorschriften mit Schwerpunkt auf Verbriefungen. Auf der Ebene der Europäischen Union wurde Basel 2.5 in den Capital Requirements Directives (CRDs) 2 und 3 umgesetzt.

Basel 3

Neufassung der internationalen Standards zur Kapitaladäquanz des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auf die sich die Teilnehmerstaaten beim G20-Gipfel im November 2010 geeinigt haben. Ziel dieser Neufassung ist es, die globalen Kapital- und Liquiditätsvorschriften zu stärken, um die Stabilität des Bankensektors zu erhöhen. Bis 2019 werden durch die überarbeiteten Standards schrittweise die Mindestkapitalanforderungen für Banken erhöht und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie ein bankspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer eingeführt. Darüber hinaus wird Basel 3 erstmals international abgestimmte Anforderungen an die Liquidität mit strengen kurz- und langfristigen Kennzahlen beinhalten. In der Europäischen Union wurde das neue Basel-3-Kapitalrahmenwerk durch die „Richtlinie (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichts-anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation – CRR) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) eingeführt und am 27. Juni 2013 veröffentlicht. Die Umsetzung der ▶CRD IV in deutsches Recht erfolgte über Anpassungen im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie in den begleitenden Verordnungen.

Bookbuilding

Verfahren der Platzierung von Wertpapieren. Investoren können innerhalb einer bestimmten Zeichnungsfrist für den Kauf eines Wertpapiers in einer festgelegten Preisspanne bieten. Am Ende des Zeitraums wird auf der Grundlage der Angebote entschieden, welche Bieter das zu emittierende Wertpapier zu welchem Emissionspreis erhalten.

C

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Climate Performance Leadership Index (CPLI)

In den Climate Performance Leadership Index des gemeinnützigen „Carbon Disclosure Project“ werden die Unternehmen aufgenommen, die gemäß ihrer Berichterstattung führend sind bei der Verringerung von Treibhausgasemissionen, Maßnahmen gegen den Klimawandel und die das Thema Klimawandel in ihre Geschäftsstrategien aufnehmen.

Compliance

Gesamtheit an Maßnahmen, um die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Vorschriften und interner Regelungen sicherzustellen wie auch gerichtliche beziehungsweise aufsichtsrechtliche Sanktionen sowie finanzielle und Reputationsschäden zu verhindern.

CRR/CRD IV

In der Europäischen Union wurden die „Richtlinie (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichts-anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation – CRR) und die Capital Requirements Directive IV (EU-Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten) am 27. Juni 2013 verabschiedet. Sie bilden das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk für die Kapital-, Verschuldungs- sowie Liquiditätsquote und setzen die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagenen Änderungen zur Bankenregulierung (▶Basel 3) um. Während die neuen Kapitalregeln beginnend mit dem 1. Januar 2014 anzuwenden sind,

wird die Anwendung der Liquiditäts- und Verschuldungsquote beginnend mit dem Jahr 2015 beziehungsweise 2018 erwartet. Die Umsetzung der Regelungen werden durch weiterführende technische Standards der EBA (European Banking Authority) ergänzt, die in den nächsten Jahren veröffentlicht werden sollen.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

D

Durchschnittliches Active Equity

Die Deutsche Bank berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit anderen Unternehmen zu vereinfachen. Es fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein – insbesondere bildet es die Basis für den divisionalen Return on Equity. Das Active Equity ist keine Messgröße nach International Financial Reporting Standards. Bei einem Vergleich der Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Position, um die die Bank ihr durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigt, ist die durchschnittliche Dividendenzahlung, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird.

E

Eigenkapitalrendite vor Steuern

(basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity). Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich des den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern, im Verhältnis zum durchschnittlichen Active Equity.

Environmental, Social and Governance (ESG)

ESG steht für „Umwelt, Soziales und Unternehmensführung“. Mit diesem Begriff wird ausgedrückt, ob und wie bei einer Entscheidungsfindung ökologische und soziale Aspekte sowie Standards der Unternehmensführung beachtet beziehungsweise bewertet werden.

Equity Capital Markets (ECM)

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso fallen Privatisierungen von staatseigenen Betrieben darunter.

Ergebnis je Aktie

Nach International Financial Reporting Standards ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandelschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.

ETF

Exchange Traded Fund oder börsennotierter Fonds. Man unterscheidet zwischen sogenannten physisch replizierenden ETFs, die einen Index durch Investition in die Einzelwerte genau nachbilden, und Fonds, die Indizes synthetisch über Swaps konstruieren.

F

Family Office

Für Familien mit sehr großen und komplexen Vermögen konzipierte Finanzdienstleistung, die auf der Grundlage absoluter Unabhängigkeit durch eine optimale Steuerung und umfassende Koordination der einzelnen Vermögensbestandteile die Kundeninteressen wahrnimmt.

H

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und Derivate. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

Hybride Kapitalinstrumente

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulativ) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen

beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrrechtlich zum Tier-1-Kapital. Anderenfalls (kumulativ) sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen. Unter CRR/CRD IV werden hybride Kapitalinstrumente als zusätzliches Tier-1-Kapital nur dann anerkannt, wenn eine laufende Verlustteilnahme in Form von Abschreibung des Nennwerts oder Wandlung in Stammaktien erfolgt, falls eine gewisse Tier-1-Kernkapitalquote unterschritten wird.

I

IBOR

Interbank Offered Rate. Zins, zu dem sich Banken im Interbankenmarkt gegenseitig liquide Mittel leihen.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Rechnungslegungsregeln des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investor Relations

Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein wesentliches Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten ist die angemessene Bewertung der Aktie.

L

Leveraged Debt Capital Markets (LDCM)

Geschäftsaktivitäten mit Kunden, deren Bilanz einen hohen Anteil von Fremdkapital im Verhältnis zum Eigenkapital aufweist.

Leverage Ratio

Verschuldungsgrad. In der aktuellen Diskussion werden verschiedene Varianten der Leverage Ratio verwendet. Sie unterscheiden sich zum einen darin, ob sie die Bilanzsumme durch das Eigenkapital teilen (Bilanz als ein Vielfaches des Eigenkapitals) oder umgekehrt (Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme). Zum anderen werden unterschiedliche Definitionen

für Bilanzsumme und Eigenkapital verwendet, so zum Beispiel Werte aus der veröffentlichten Bilanz (Aktiva versus ausgewiesenes Eigenkapital). Aufgrund der substantiellen Unterschiede von Rechnungslegungsvorschriften in einzelnen Ländern erlaubt diese Definition ausschließlich einen Vergleich von Banken innerhalb eines Rechnungslegungsrahmenwerks. Die Deutsche Bank hat zur besseren Vergleichbarkeit mit anderen Banken, die nach ▶US GAAP bilanzieren, eine eigene „Target Definition“ veröffentlicht (US-Praxis auf pro-forma Basis). Mit der Umsetzung von Basel 3 soll eine neue international einheitliche Definition der Leverage Ratio etabliert werden.

M

Mergers&Acquisitions (M&A)
Fusionen und Übernahmen von Unternehmen.

Mikrofinanzfonds

Sozialinvestitionsfonds, der in Mikrofinanzinstitute in Entwicklungsländern investiert, damit diese in wirtschaftsschwachen Regionen Kleingewerbetreibenden mit niedrigem Einkommen Mikrokredite und Sparprodukte bereitstellen können.

Monoliner

Spezialisierte Versicherungsunternehmen in den USA, die Wertpapiere gegen Ausfallrisiken versichern.

N

Nachhaltigkeit (Sustainability)

Bezeichnet das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

Namensaktien

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

P

Prime Services/Brokerage

Ein spezielles Dienstleistungsangebot vor allem für ▶Hedgefonds, das in erster Linie aus ▶Clearing, Abwicklung von Handels-

geschäften, ▶Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung besteht.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

R

Rating

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. *Intern:* detaillierte Risikoeinschätzung eines Schuldners auf Basis proprietär entwickelter Kriterien/Modelle.

Risikogewichtete Aktiva (RWA)

Mit Kredit-, Markt- und/oder operationellen Risiken behaftete Positionen, die entsprechend aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewichtet sind. RWA werden im Einklang mit der aktuell gültigen europäischen CRD-Richtlinie (▶Basel 2.5) sowie deren Umsetzung in deutsches Recht gemäß Solvabilitätsverordnung ermittelt.

RWA-Äquivalent

Ist definiert als die Summe aus den risikogewichteten Aktiva (RWA) und einem theoretischen Betrag für speziell zugeordnete Kapitalabzugspositionen vom ▶Tier-1-Kernkapital, der diese in RWA konvertiert. Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit der aktuell gültigen europäischen CRD-Richtlinie (▶Basel 2.5) sowie deren Umsetzung in deutsches Recht gemäß Solvabilitätsverordnung ermittelt. Darüber hinaus bestimmt die Deutsche Bank auch RWA-Äquivalente unter Maßgabe der „pro-forma Basel 3“-Anforderungen. ▶Basel 3

S

SEPA

Single Euro Payments Area. Der Einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum dient der Vereinheitlichung bargeldloser Zahlungen in Euro.

Stakeholder

Anspruchs- beziehungsweise Interessengruppen eines Unternehmens, die häufig mit Eigentümern (Aktionären), Kunden, Mitarbeitern und der Gesellschaft gleichgesetzt werden.

Swaps

Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

T

Target2

Target2 ist die zweite Generation des Zahlungsverkehrssystems Target. Es ist das gemeinsame Echtzeit-Brutto-Clearingsystem der Eurozone.

Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital, Tier-3-Kapital
Teile des ▶Aufsichtsrechtlichen Kapitals.

Tier-1-Kernkapital

Enthält im Unterschied zum ▶Tier-1-Kapital keine ▶hybriden Kapitalinstrumente. Besteht nur aus Grundkapital und Rücklagen. Das aufsichtsrechtliche Kapital wird darüber hinaus noch um regulatorische Filter und dedizierte Kapitalabzugspositionen korrigiert.

U

US GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)

Rechnungslegungsregeln der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den ▶International Financial Reporting Standards liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

V

Verbriefung (Securitization)

Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen). Häufig Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedener Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 9 1000
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(0800) 9 1080 00

Hauptversammlungshotline
(0800) 1 0047 98

Investor Relations
(069) 91 0380 80
db.ir@db.com

Fotos

- Andreas Pohlmann, München
Seiten 02/03, 04/05, 06/07,
08/09, 10, U2, U5
- Mathias Ziegler, München
Seiten 16/17, 34/35, 43, 47, 57
68/69, 74/75 und Titel

Publikationen zum Jahresabschluss
Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2013 und dem Finanzbericht 2013, besteht.

- Jahresbericht 2013
(in Deutsch und Englisch)
- Finanzbericht 2013
(in Deutsch und Englisch)
- Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2013
(in Deutsch und Englisch)
- Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2013
(in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten

E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/13

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Telefon
(0 18 05) 80 22 00

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/13

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

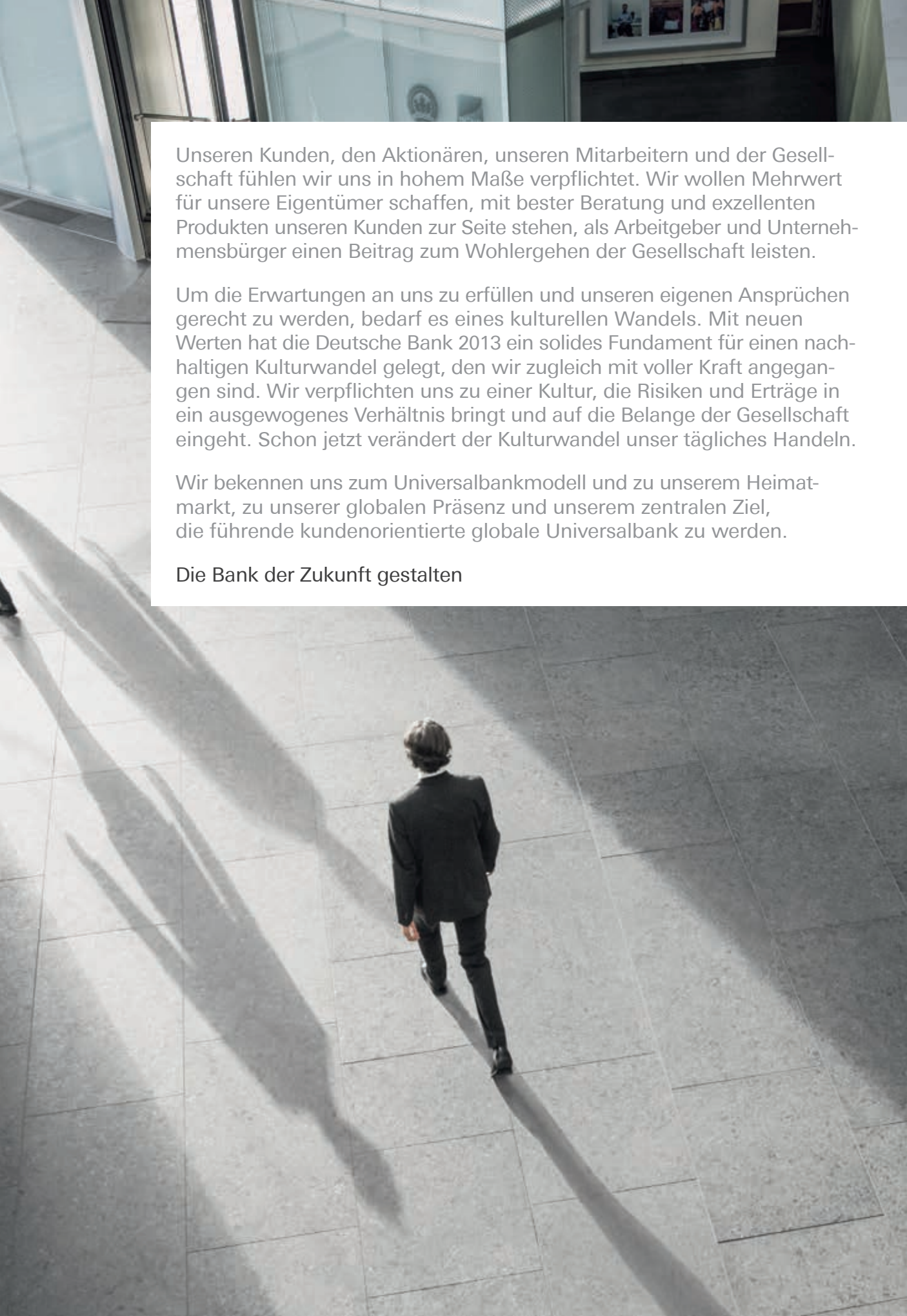
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2014 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Klimaneutrale Herstellung

Dieser Bericht wurde klimaneutral gestellt. Durch Herstellung und Verteilung verursachte Treibhausgasemissionen in Höhe von 27 t Kohlendioxid-äquivalenten wurden durch zusätzliche Investitionen in ein hochwertiges Klimaschutzprojekt kompensiert.





Unseren Kunden, den Aktionären, unseren Mitarbeitern und der Gesellschaft fühlen wir uns in hohem Maße verpflichtet. Wir wollen Mehrwert für unsere Eigentümer schaffen, mit bester Beratung und exzellenten Produkten unseren Kunden zur Seite stehen, als Arbeitgeber und Unternehmensbürger einen Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft leisten.

Um die Erwartungen an uns zu erfüllen und unseren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, bedarf es eines kulturellen Wandels. Mit neuen Werten hat die Deutsche Bank 2013 ein solides Fundament für einen nachhaltigen Kulturwandel gelegt, den wir zugleich mit voller Kraft angegangen sind. Wir verpflichten uns zu einer Kultur, die Risiken und Erträge in ein ausgewogenes Verhältnis bringt und auf die Belange der Gesellschaft eingeht. Schon jetzt verändert der Kulturwandel unser tägliches Handeln.

Wir bekennen uns zum Universalbankmodell und zu unserem Heimatmarkt, zu unserer globalen Präsenz und unserem zentralen Ziel, die führende kundenorientierte globale Universalbank zu werden.

Die Bank der Zukunft gestalten

2014

Wichtige Termine

29. April 2014
Zwischenbericht zum 31. März 2014

22. Mai 2014
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

23. Mai 2014
Dividendenzahlung

29. Juli 2014
Zwischenbericht zum 30. Juni 2014

29. Oktober 2014
Zwischenbericht zum 30. September 2014

2015

Wichtige Termine

5. Februar 2015
Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2014

12. März 2015
Geschäftsbericht 2014 und Form 20-F

29. April 2015
Zwischenbericht zum 31. März 2015

21. Mai 2015
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

22. Mai 2015
Dividendenzahlung

30. Juli 2015
Zwischenbericht zum 30. Juni 2015

29. Oktober 2015
Zwischenbericht zum 30. September 2015

Jahresbericht 2013



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/13

Finanzbericht 2013



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/13

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2013



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download

Deutsche Bank

Die Bank der Zukunft gestalten

Finanzbericht 2013

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2013	2012
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	€ 34,68	€ 32,95
Aktienkurs höchst	€ 38,73	€ 39,51
Aktienkurs tiefst	€ 29,41	€ 22,11
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	€ 0,67	€ 0,28
Ergebnis je Aktie (verwässert)	€ 0,65	€ 0,27
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	997	934
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1.025	960
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€ 53,24	€ 57,37
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€ 39,69	€ 42,26
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	2,6 %	1,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	2,6 %	1,4 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	1,2 %	0,5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	1,2 %	0,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation	89,0 %	92,5 %
Personalaufwandsquote	38,6 %	40,0 %
Sachaufwandsquote	50,3 %	52,5 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	31.915	33.736
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.065	1.721
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	28.394	31.201
Ergebnis vor Steuern	1.456	814
Jahresüberschuss	681	316
	31.12.2013 in Mrd €	31.12.2012 in Mrd €
Bilanzsumme	1.611	2.022
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54,7	54,0
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	12,8 %	11,4 %
Tier-1-Kapitalquote	16,9 %	15,1 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.907	2.984
davon in Deutschland	1.924	1.944
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.254	98.219
davon in Deutschland	46.377	46.308
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A2	A2
Standard & Poor's	A	A+
Fitch Ratings	A+	A+

¹ Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich mit anderen Unternehmen sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Position, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2013: 56,1 Mrd €; 2012: 55,6 Mrd €) bereinigen, ist die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird (2013: 646 Mio €; 2012: 670 Mio €).

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Finanzinformationen für die Vergleichsperiode 2012 wurden im vorliegenden Bericht im Zusammenhang mit der Umsetzung von IFRS 10 und IAS 19R angepasst. Weitere Informationen hierzu befinden sich in der Anhangangabe 2 „Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften“ dieses Finanzberichts.

1

Lagebericht

- 08 Die Geschäftsentwicklung
 - Überblick – 8
 - Der Deutsche Bank-Konzern – 12
 - Geschäftsergebnisse – 21
 - Vermögenslage – 48
 - Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 52
 - Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 53
- 54 Ausblick
- 64 Risikobericht
 - Einführung – 64
- 70 Risikomanagement – Überblick
- 72 Grundsätze des Risikomanagements
 - Rahmenwerk für das Risikomanagement – 72
 - Risikokultur – 76
 - Risikotoleranz und Risikokapazität – 77
 - Strategie und Kapitalplan – 78
- 81 Risikobewertung und Berichterstattung
- 84 Risikoinventur
- 87 Kreditrisiko
 - Kreditengagement – 95
 - Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – 106
 - Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements – 111
 - Firmenkreditengagement – 113
 - Konsumentenkreditengagement – 115
 - Kreditrisikoengagement aus Derivaten – 117
 - Beteiligungen – 120
 - Qualität von Vermögenswerten – 120
 - Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung – 130
 - Verbriefungen – 158
- 179 Marktrisiko aus Handelsaktivitäten
 - Value-at-Risk innerhalb der Deutschen Bank-Gruppe – 182
 - Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko – 185
 - Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs – 192
 - Value-at-Risk der Postbank – 197
 - Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtesting des Trading Market Risk – 198
- 199 Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten
 - Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten – 200
 - Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich – 202
 - Gehaltene Beteiligungen – 204
- 206 Operationelles Risiko

- 213** Liquiditätsrisiko
Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt – 214
Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen – 214
Diversifizierung der Finanzierungsmittel – 215
Liquiditätsreserven – 219
Belastung von Vermögenswerten – 222
Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten – 224
- 228** Kapitalmanagement
- 230** Aufsichtsrechtliches Eigenkapital
Kapitaladäquanz – 230
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen – 244
Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten – 250
- 253** Bilanzmanagement
Verschuldungsquote nach interner Definition (nicht testiert) – 253
- 256** Gesamtrisikoposition
Ökonomisches Kapital – 256
Interne Kapitaladäquanz – 258
- 259** Vergütungsbericht
Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung – 260
Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung – 274
Nach den Vorschriften der InstitutsVergV regulierte Mitarbeiter – 291
Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 294
- 298** Unternehmerische Verantwortung
- 300** Mitarbeiter
- 306** Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung
- 310** Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

2

Konzernabschluss

- 317 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- 318 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
- 319 Konzernbilanz
- 320 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
- 322 Konzern-Kapitalflussrechnung
- 323 Konzernanhang
 - 1 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – 323
 - 2 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 353
 - 3 – Akquisitionen und Veräußerungen – 358
 - 4 – Segmentberichterstattung – 361
 - Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
 - 5 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 366
 - 6 – Provisionsüberschuss – 368
 - 7 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 368
 - 8 – Sonstige Erträge – 369
 - 9 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 369
 - 10 – Restrukturierung – 370
 - 11 – Ergebnis je Aktie – 371

Anhangangaben zur Bilanz

- 12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 372
- 13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 373
- 14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 377
- 15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 393
- 16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 396
- 17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 396
- 18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen – 398
- 19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 402
- 20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 402
- 21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 403
- 22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 406
- 23 – Sachanlagen – 407
- 24 – Leasingverhältnisse – 408
- 25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 409
- 26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 418
- 27 – Sonstige Aktiva und Passiva – 421
- 28 – Einlagen – 421
- 29 – Rückstellungen – 422
- 30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 430
- 31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 431
- 32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 431
- 33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen – 432

Zusätzliche Anhangangaben

- 34 – Stammaktien – 434
- 35 – Leistungen an Arbeitnehmer – 435
- 36 – Ertragsteuern – 448
- 37 – Derivative Finanzinstrumente – 451
- 38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 453
- 39 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 455
- 40 – Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten – 456
- 41 – Versicherungs- und Investmentverträge – 460
- 42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 463
- 43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 465
- 44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 466
- 45 – Anteilsbesitz – 468

3

Bestätigungen

- 503 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 505 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 506 Bericht des Aufsichtsrats

4

Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht

- 514 Vorstand und Aufsichtsrat
- 525 Rechnungslegung und Transparenz
- 526 Geschäfte mit nahestehenden Dritten
- 527 Wirtschaftsprüfung und Controlling
- 529 Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

5

Ergänzende Informationen

- 532 Vorstand
- 533 Aufsichtsrat
- 535 Advisory Boards
- 536 Der Konzern im Fünfjahresvergleich
- 537 Patronatserklärung
- 538 Impressum/Publikationen

1

Lagebericht

- 08 Die Geschäftsentwicklung
 - Überblick – 8
 - Der Deutsche Bank-Konzern – 12
 - Geschäftsergebnisse – 21
 - Vermögenslage – 48
 - Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 52
 - Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 53
- 54 Ausblick
- 64 Risikobericht
 - Einführung – 64
- 70 Risikomanagement – Überblick
- 72 Grundsätze des Risikomanagements
 - Rahmenwerk für das Risikomanagement – 72
 - Risikokultur – 76
 - Risikotoleranz und Risikokapazität – 77
 - Strategie und Kapitalplan – 78
- 81 Risikobewertung und Berichterstattung
- 84 Risikoinventur
- 87 Kreditrisiko
 - Kreditengagement – 95
 - Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – 106
 - Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements – 111
 - Firmenkreditengagement – 113
 - Konsumentencreditengagement – 115
 - Kreditrisikoengagement aus Derivaten – 117
 - Beteiligungen – 120
 - Qualität von Vermögenswerten – 120
 - Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung – 130
 - Verbriefungen – 158
- 179 Marktrisiko aus Handelsaktivitäten
 - Value-at-Risk innerhalb der Deutschen Bank-Gruppe – 182
 - Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko – 185
 - Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs – 192
 - Value-at-Risk der Postbank – 197
 - Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtesting des Trading Market Risk – 198
- 199 Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten
 - Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten – 200
 - Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich – 202
 - Gehaltene Beteiligungen – 204
- 206 Operationelles Risiko

- 213** Liquiditätsrisiko
Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt – 214
Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen – 214
Diversifizierung der Finanzierungsmittel – 215
Liquiditätsreserven – 219
Belastung von Vermögenswerten – 222
Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten – 224
- 228** Kapitalmanagement
- 230** Aufsichtsrechtliches Eigenkapital
Kapitaladäquanz – 230
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen – 244
Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten – 250
- 253** Bilanzmanagement
Verschuldungsquote nach interner Definition (nicht testiert) – 253
- 256** Gesamtrisikoposition
Ökonomisches Kapital – 256
Interne Kapitaladäquanz – 258
- 259** Vergütungsbericht
Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung – 260
Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung – 274
Nach den Vorschriften der InstitutsVergV regulierte Mitarbeiter – 291
Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 294
- 298** Unternehmerische Verantwortung
- 300** Mitarbeiter
- 306** Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung
- 310** Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Anhangangaben gelesen werden.

Der Abschnitt „Geschäftsergebnisse“ enthält qualitative und quantitative Angaben zu den Segmentergebnissen und Angaben auf Unternehmensebene zu den Ertragskomponenten entsprechend dem International Financial Reporting Standard (IFRS) 8, „Segmentberichterstattung“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Bericht durch eine seitliche Klammer markiert. Für weitere Angaben zu den Segmenten gemäß IFRS 8 verweisen wir auf Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses.

Überblick

Die Weltwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft hatte sich im Jahr 2012 nochmals leicht auf 3,0 % abgeschwächt. Im Jahr 2013 dürfte sich das Wachstum im Jahresdurchschnitt weiter auf 2,8 % verlangsamt haben. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 2013 ihren Tiefpunkt (Vorjahresvergleich) erreicht hatte, begann im Verlauf des Jahres allerdings eine Erholung.

Die Abschwächung betraf die Industrie- und die Schwellenländer. Die Wirtschaftsleistung dürfte sich von 1,4 % im Jahr 2012 auf 1,1 % im Jahr 2013 in den Industrieländern und von 4,7 % auf 4,5 % in den Schwellenländern verlangsamt haben. In den Industrieländern standen weiter die strukturellen Probleme im Fokus, die zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen haben. Der Abbau der privaten und öffentlichen Verschuldung dämpfte insbesondere das Wachstum in der Eurozone. Zudem belastete die politische Unsicherheit in der Eurozone und in den USA die Weltkonjunktur. Die Geldpolitik der großen Zentralbanken war weiter äußerst expansiv ausgerichtet und stützte die Weltkonjunktur. Die Leitzinsen lagen auf historisch niedrigen Niveaus und zusätzlich lieferten umfangreiche quantitative Lockerungen unterstützende Impulse. Erste Andeutungen von Ben Bernanke, dem Präsidenten der amerikanischen Zentralbank, vom Mai 2013, dass die Fed ihre Assetkäufe im Jahresverlauf reduzieren könnte, sorgten für eine Trendumkehr beim internationalen Zinszyklus, der auf zahlreiche Schwellenländer durch den Abzug von Kapital negativ wirkte. Die Entscheidung der Fed im Dezember 2013, mit der Reduzierung der Anleihekäufe ab Januar 2014 zu beginnen, war bereits weitgehend eingepreist.

Die Eurozone schwenkte nach sechs aufeinanderfolgenden Quartalen mit sinkender Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2013 auf einen moderaten Wachstumskurs ein. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte die Wirtschaftsaktivität in der Eurozone aufgrund des schwachen Winterhalbjahres 2012/13 um 0,4 % gesunken sein, etwas weniger als im Jahr 2012 (-0,6 %). Unterstützend wirkten eine Erholung der Weltkonjunktur und die im Jahresverlauf abnehmende Verunsicherung über die weitere Entwicklung der Staatsschuldenkrise. Das Vertrauen internationaler Investoren in die Eurozone verbesserte sich im Jahr 2013, was zu Nettokapitalzuflüssen in die Eurozone führte. Entscheidend für die Stabilisierung in der Eurozone war die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, insbesondere die Ankündigung, im Notfall mit ihrem vollen Instrumentenkasten zu handeln, wie zum Beispiel durch Senkung des Zinskorridors, der langfristigen Refinanzierungstätigkeit (vLTRO) oder durch verringerte Anleihenkäufe, sowie die Senkung des Leitzinses im November 2013 auf den historischen Tiefststand von 0,25 % und im Rahmen ihrer erstmalig im Jahr 2013 praktizierten Forward Guidance den Leitzins für einen längeren Zeitraum auf diesem Niveau oder darunter zu halten. Die deutsche Konjunktur begann ihre Erholungsphase nach dem schwachen Winterhalbjahr 2012/13. Getrieben wurde diese durch die solide inländische Nachfrage dank des Höchststands der Beschäftigung, solider realer Einkommenszuwächse und des moderaten Anziehens der Investitionen. Im Jahresdurchschnitt 2013 expandierte die deutsche Wirtschaft um 0,4 %, nach 0,7 % im Jahr 2012.

Das Wachstum der US-Wirtschaft schwächte sich im Jahr 2013 auf voraussichtlich 2,0 % ab. Im Jahr 2012 lag das Wachstum noch bei 2,8 %. Die automatischen Ausgabenkürzungen und die Verunsicherung über den fiskalischen Kurs – die Diskussionen über die Erhöhung der Schuldenobergrenze und die Verlängerung des Übergangshaushalts sowie der temporäre Government Shutdown – bremsten die Konjunktur. Die Erholung auf dem Immobilienmarkt, die kontinuierliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt und die kräftigen Kursanstiege an den Aktienmärkten dürften für eine Belebung in der zweiten Jahreshälfte mit einer Wachstumsrate von etwa 4 % gesorgt haben. Kräftig unterstützt wurde die US-Konjunktur durch die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Fed.

In Japan erhöhte sich das Wachstum im Jahr 2013 leicht auf 1,5 %. Getrieben wurde die Entwicklung durch die äußerst expansiv ausgerichtete Fiskal- und Geldpolitik, die ersten beiden Pfeiler der sogenannten Abenomics. Beim dritten Pfeiler der Abenomics, den tief greifenden Strukturreformen, blieb es im Jahr 2013 allerdings nur bei der Ankündigung.

In den Schwellenländern dürfte sich das Wachstum im Jahr 2013 auf 4,5 % abgekühlt haben. Die Andeutungen von Seiten der Fed im Mai, dass sie ihre Assetkäufe im Jahresverlauf reduzieren könnte, brachte neben kräftigen Kapitalabflüssen strukturelle Schwächen der Schwellenländer wieder ins Blickfeld, die in den Jahren zuvor von Portfolioinvestitionen überdeckt wurden. Dies waren insbesondere Länder mit relativ hohen Budget- und Leistungsbilanzdefiziten wie Südafrika, Indien, Indonesien, Brasilien und die Türkei. Nach Regionen war die Entwicklung in den Schwellenländern unterschiedlich. Das Wirtschaftswachstum in Asien (ohne Japan) dürfte mit 5,9 % geringfügig unter dem des Vorjahres liegen. Chinas Wirtschaftsaktivität stieg – dank der Erholung im zweiten Halbjahr – im Jahr 2013 um 7,7 %, etwas langsamer als im Vorjahr (7,8 %). Während im ersten Halbjahr die relativ schwache Entwicklung des Welthandels das Wachstum dämpfte, beschleunigte sich dies im zweiten Halbjahr wieder etwas infolge der Belebung der Weltkonjunktur. Zudem dämpften Verunsicherungen über die Wirkung der Rebalancierung der Wirtschaftsstruktur, die durch die umfangreichen Beschlüsse des Chinesischen Zentralkomitees im November 2013 künftig energisch vorangetrieben werden dürfte. In Indien dürfte die Wirtschaft mit 4,3 % im Jahr 2013 etwas stärker gewachsen sein, nicht zuletzt wegen der Abwertung der Rupie gegenüber dem US-Dollar um 12 % im Jahresverlauf. Trotz des ungünstigen politischen Umfelds stieß die Regierung umfangreiche Reformen an, die künftig das Wachstum heben dürften. Die wirtschaftliche Aktivität in Lateinamerika dürfte nach 2,8 % im Jahr 2012 nur noch um 2,3 % im Jahr 2013 zugelegt haben. In Brasilien wirken Infrastrukturengpässe, ein Mangel an Reformen und schwache Rohstoffpreise dämpfend, so dass die Wirtschaft im Jahr 2013 um moderate 2,2 % gewachsen sein dürfte.

Die Bankenbranche

Für die Bankenbranche war 2013 ein Jahr des Übergangs. Erstmals seit 2006 durchlebten die Banken in den USA oder Europa keine existenziellen Krisen, da die europäische Schuldenkrise ab Ende 2012 mehr und mehr in den Hintergrund getreten war. Dennoch war 2013 ein Jahr großer operativer Herausforderungen für die Banken in fast allen Ländern: Sie waren mit geringem Wachstum und dem Niedrigzinsumfeld, hohen Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, strengeren regulatorischen Vorschriften sowie, insbesondere in Europa, mit dem anhaltenden Druck seitens der Aufsichtsbehörden und Anleger konfrontiert. Dieser zielte auf eine Erhöhung des Eigenkapitals, den Abbau des Verschuldungsgrades (Leverage) und von Risiken sowie auf eine Reduzierung der Bilanzsumme ab.

Das europäische Firmenkundengeschäft verzeichnete einen deutlichen Rückgang der Kreditvolumina, während die Kreditvergabe an private Haushalte nahezu unverändert blieb. Die Banken verschärften nach wie vor ihre Kreditstandards, jedoch weit weniger als in den beiden Vorjahren. Am meisten dürfte dem Kreditwachstum eine fehlende Nachfrage entgegengestanden haben. Sie war im Jahresverlauf weiter zurückgegangen, wenn auch in verlangsamttem Tempo. Die Kreditausfälle verringerten sich leicht. Mit Blick auf die Refinanzierungslage blieb das Wachstum der Privat- und Firmenkundeneinlagen im gesamten Jahr stabil. Die Emissionstätigkeit der Banken war erneut rückläufig und erreichte das niedrigste Niveau seit über zehn Jahren. Ursache dürfte jedoch eher ein geringer Finanzierungsbedarf als der fehlende Zugang zu den Fremdkapitalmärkten gewesen sein. In der Tat nahm die Bilanzsumme der europäischen Banken gegenüber dem Vorjahr um mehr als 4 % ab.

Überraschenderweise verzeichnete die Kreditvergabe an Privatkunden in den USA 2013 erneut eine negative Entwicklung. Dies war darauf zurückzuführen, dass das Volumen an Wohnungsbaukrediten trotz der anhaltenden Erholung auf dem Immobilienmarkt sank. Unternehmenskredite wuchsen jedoch robust, wobei erstmals seit 2007 in allen wesentlichen Kreditkategorien ein Wachstum verzeichnet wurde. Die Kreditausfälle fielen auf ihren bisher niedrigsten Stand überhaupt (seit Beginn der Statistik) und lagen damit selbst unter dem Niveau auf dem Höhepunkt des Kreditbooms. Das Einlagenwachstum blieb stabil und wurde weder von den niedrigen Zinssätzen noch vom Auslaufen der Garantien seitens der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) für bestimmte große Einlagen von Unternehmen beeinträchtigt. Da das Wachstum im Einlagengeschäft höher war als im Kreditgeschäft, stieg der Anteil der Einlagenrefinanzierung auf den höchsten Wert seit über zwei Jahrzehnten.

Das globale Investmentbanking erzielte 2013 ein gemischtes Ergebnis. Bei der Emission von Anleihen wurde das sehr gute Vorjahresniveau nur leicht unterschritten, bei hochverzinslichen Anleihen sogar ein neuer Rekordwert erreicht. Auch die Emissionstätigkeit bei Aktien war solide. Das M&A-Geschäft erlebte, gemessen an den Transaktionswerten, sein bestes Jahr seit 2008, wenngleich die Erträge rückläufig waren. Dagegen waren die Volumina im Aktienhandel 2013 sogar noch niedriger als 2012, während sich der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren gegenüber dem schwachen Vorjahr kaum veränderte. Die Gesamterträge im Investmentbanking fielen auf das niedrigste Niveau seit 2008. Ursächlich hierfür waren geringere Aktivitäten in profitableren Geschäftssegmenten und eine strengere Regulierung, unter anderem bei Derivatetransaktionen. Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft stiegen im Vergleich zum Vorjahr und auf den höchsten Stand seit 2007. Im Wertpapierhandel und bei den sonstigen Aktivitäten gingen sie jedoch deutlich zurück, was zum Teil auf den anhaltenden Margendruck zurückzuführen war.

Das Vermögensverwaltungsgeschäft profitierte von einem besonders günstigen Jahr an den Kapitalmärkten: Die Marktliquidität blieb hoch, und die Nachfrage nach riskanteren Aktiva nahm weiter zu (auch wenn Kapital aus den Schwellenländern in die Industrieländer abfloss). Ferner blieben die Zinssätze sehr niedrig (trotz eines gewissen Anstiegs nach den Ankündigungen der US-Notenbank Fed, die ultralockere Geldpolitik abzuschwächen) und einige bedeutende Aktienmärkte erreichten neue Rekordhöhen.

Insgesamt verbesserte sich die Profitabilität der europäischen Banken 2013 gegenüber den schlechten Werten der beiden Vorjahre, als die Bankenbranche in der EU aufgrund der Schuldenkrise und der damit verbundenen Rezession in Summe jeweils einen Nettoverlust verkraften musste. Die Eigenkapitalrendite war 2013 jedoch immer noch gering und lag weit unter einem tragfähigen Niveau, das heißt unter den Kapitalkosten der Banken. Die Profitabilität der US-Banken wiederum dürfte – absolut gesehen – neue Rekordwerte erreicht haben, und das trotz der Rückschläge in der zweiten Jahreshälfte infolge hoher Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten (die sich weiterhin auch auf die Ergebnisse der europäischen Banken negativ auswirkten).

Hinsichtlich regulatorischer Entwicklungen wurden 2013 zahlreiche wichtige Projekte vorangetrieben, die den Rahmen für ein sichereres und stabileres Bankensystem bilden sollen. In der EU einigten sich die Entscheidungsträger auf wesentliche Bestandteile einer künftigen Europäischen Bankenunion. So wurde beschlossen, die Aufsicht über die größten Banken des Euroraums auf die EZB zu übertragen, und es wurden im Grundsatz Regeln festgelegt, um gescheiterte Banken ohne Belastung für den Steuerzahler abzuwickeln. Die formelle Umsetzung von Basel 3 hat sowohl in Europa als auch in den USA begonnen. Außerdem wurden die Gespräche zur internationalen Einführung einer verbindlichen Verschuldungsquote (Leverage-Ratio) intensiviert. Die US-Behörden legten sich hier bereits auf bedeutend höhere Anforderungen an große inländische Kreditinstitute fest. Bei der Reform der Derivatemärkte wurden in der EU schließlich die letzten neuen Regelungen im Rahmen der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) beschlossen, während die Umsetzung neuer Vorschriften für den Derivatemarkt in den USA im Rahmen des Dodd-Frank Act bereits begonnen hat.

Deutsche Bank

Die wesentlichen Finanzkennzahlen des Konzerns im Berichtszeitraum können wie folgt zusammengefasst werden:

- Erträge nahmen im Konzern 2013 um 5 % auf 31,9 Mrd € gegenüber dem Vorjahr ab, hauptsächlich zurückzuführen auf rückläufige Erträge in CB&S
- Gewinn vor Steuern (IBIT) gegenüber 2012 um 79 % auf 1,5 Mrd € gestiegen
- Gewinn nach Steuern von 316 Mio € in 2012 auf 681 Mio € in 2013 gestiegen
- Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (volle Umsetzung) lag zum Jahresende 2013 bei 9,7 % (CET 1 gemäß Basel 2.5: 12,8 %) nach 7,8 % (CET 1 gemäß Basel 2.5: 11,4 %) zum Jahresende 2012
- Angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote (volle Umsetzung/bereinigt) von 3,1 % zum Jahresende 2013
- Pro-forma-CRR/CRD 4 risikogewichtete Aktiva („RWA“) Äquivalent von 350 Mrd € (Basel 2.5 RWA 300 Mrd €) zum 31. Dezember 2013 gegenüber Jahresende 2012 um 11 % gesunken (gemäß Basel 2.5 Rückgang um 10 %)

2013 war das zweite Jahr in Folge, in dem wir in das künftige Wachstum der Bank sowie in die weitere Verbesserung unserer Kontrollen investiert und gleichzeitig laufende rechtliche und regulatorische Themen adressiert haben. Umsetzungskosten in Verbindung mit unserem OpEx-Programm sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten haben unsere finanziellen Ergebnisse in 2013 beeinflusst. Wir erwarten auch für 2014 weitere Herausforderungen, die wir diszipliniert angehen werden. Gleichwohl gehen wir weiterhin davon aus, unsere Ziele für 2015 und die strategische Vision der Deutschen Bank zu erreichen.

Die Erträge sanken 2013 gegenüber dem Vorjahr um 5 % auf 31,9 Mrd €. Der Rückgang war hauptsächlich auf CB&S sowie auf leicht niedrigere Erträge in GTB und NCOU zurückzuführen. In PBC hingegen blieben die Erträge nahezu unverändert, und in DeAWM stiegen sie. Die zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr bei 28,4 Mrd € und waren damit um 9 % niedriger als im Vorjahr. Dies reflektiert signifikante Kostenreduktionen sowie einen erheblichen Rückgang der Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte im Vergleich zu 2012. Die Kostenreduktionen beinhalteten einen Rückgang des Personalaufwands in 2013 um 1,2 Mrd € (9 %) gegenüber dem Wert des Vorjahres, was auf einen niedrigeren Personalaufwand aus variabler Vergütung sowie auf die anhaltende Implementierung des OpEx-Programms zurückzuführen ist. In den zinsunabhängigen Aufwendungen waren in 2013 signifikante Kosten für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 3,0 Mrd € (2012: 2,5 Mrd €) enthalten.

Vor diesem Hintergrund haben wir 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 681 Mio € (2012: 316 Mio €) und ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,5 Mrd € (2012: 814 Mio €) erzielt.

Die Konzernfinanzkennzahlen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2013	Status zum Ende 2012
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	1,2 %	0,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation	89,0 %	92,5 %
Kostenersparnis	2,1 Mrd € jährlich	0,4 Mrd € jährlich
Investments (OpEx)	1,8 Mrd €	0,5 Mrd €
Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung)	9,7 %	7,8 %
Angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote ¹	3,1 %	

¹ Die angegebene angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote entspricht unserer Berechnung nach der Veröffentlichung der CRR/CRD am 27. Juni 2013. Angabe zum Ende 2012 nicht verfügbar. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) stieg von 0,5 % in 2012 auf 1,2 % in 2013, blieb jedoch unter dem Ziel von mehr als 12 %.

Trotz der gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Erträge verbesserte sich die Aufwand-Ertrag-Relation von 92,5 % in 2012 auf 89,0 % in 2013. Diese Entwicklung reflektiert die anhaltende Reduzierung von Zinsunabhängigen Aufwendungen als Ergebnis der laufenden Implementierung des OpEx-Programms.

Durch das OpEx-Programm wurden 2013 Einsparungen von jährlich 2,1 Mrd € erzielt, die damit den angestrebten Wert von 1,6 Mrd € übertrafen. Die kumulativen Umsetzungskosten lagen bei 1,8 Mrd € (davon 1,3 Mrd € in 2013 und 0,5 Mrd € in 2012).

Angesichts des höheren Ergebnisses nach Steuern, der Ausgabe neuer Aktien, der beschleunigten Kapitalbildung und der Maßnahmen zum Risikoabbau im Berichtsjahr erreichte unsere Tier-1-Kapitalquote gemäß Basel 2.5 zum 31. Dezember 2013 das Rekordniveau von 12,8 %. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ist von 7,8 % im Vorjahr auf 9,7 % zum Jahresende 2013 ebenfalls erheblich gestiegen, was auf erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Portfoliooptimierung und den Abbau von Risiken aus nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten zurückzuführen ist.

Die angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote betrug 3,1 % zum 31. Dezember 2013, basierend auf einer Verschuldungsposition von 1.445 Mrd € zum Jahresende 2013.

Zum Jahresende 2013 beliefen sich die risikogewichteten Aktiva gemäß Basel 2.5 auf 300 Mrd €, im Vergleich zu 334 Mrd € zum Jahresende 2012. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus Managementmaßnahmen zum Risikoabbau. 2013 erreichten wir eine Reduzierung gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4 risikogewichteten Aktiva („RWA“) Äquivalent auf 350 Mrd €.

Der Deutsche Bank-Konzern

Deutsche Bank: Unsere Organisation

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.611 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2013) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2013 beschäftigte die Bank 98.254 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 71 Ländern und 2.907 Niederlassungen (66 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Nach einer umfassenden Überprüfung unserer Strategie haben wir unsere Organisationsstruktur im vierten Quartal 2012 neu ausgerichtet. Wir haben das Universalbankmodell und unsere vier bestehenden Unternehmensbereiche bestätigt. Wir unterstützen dies mit einem integrierten Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management, der auch ehemalige Corporate Banking & Securities-Geschäfte, wie börsengehandelte Fonds (ETFs), beinhaltet. Darüber hinaus haben wir mit der Non-Core Operations Unit einen neuen Unternehmensbereich geschaffen. Dieser umfasst den früheren Konzernbereich Corporate Investments (CI) sowie nicht zum Kerngeschäft gehörende Tätigkeiten, die der Non-Core Operations Unit aus anderen Unternehmensbereichen zugeordnet wurden.

Zum 31. Dezember 2013 hatte der Deutsche Bank-Konzern die folgenden fünf Unternehmensbereiche:

- Corporate Banking & Securities (CB&S)
- Global Transaction Banking (GTB)
- Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM)
- Private & Business Clients (PBC)
- Non-Core Operations Unit (NCOU)

Die fünf Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und neuen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

- Tochtergesellschaften und Filialen in zahlreichen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.

Führungsstruktur

Wir betreiben fünf Unternehmensbereiche sowie unsere Infrastrukturfunktionen unter dem Schirm einer „virtuellen Holdinggesellschaft“. Diesen Begriff verwenden wir, um zu verdeutlichen, dass wir die Unternehmensbereiche der übergeordneten Aufsicht unseres Vorstands unterstellen, der von Infrastrukturfunktionen unterstützt wird. Die fünf Unternehmensbereiche bilden zwar keine unabhängigen rechtlichen Einheiten, verfügen jedoch über erhebliche Autonomie bei der Geschäftsführung. Zur Unterstützung dieser Struktur haben wir die folgenden wesentlichen Kontrolleinrichtungen geschaffen:

Der Vorstand trägt gemäß dem deutschen Aktiengesetz die Gesamtverantwortung für die operative Leitung der Deutschen Bank. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat, einem selbstständigen Gesellschaftsorgan, ernannt und entlassen. Unser Vorstand befasst sich in erster Linie mit den Themen strategisches Management, Unternehmensführung, Ressourcenallokation sowie Risikomanagement und -kontrolle. Dabei wird er von funktionalen Ausschüssen unterstützt.

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands, Vertretern des Managements der Regionen, der Unternehmensbereiche und bestimmter Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Das Group Executive Committee ist ein Gremium, das nicht vom Aktiengesetz vorgeschrieben ist. Es dient der Koordination unserer Unternehmensbereiche und Regionen, diskutiert strategische Fragen und bereitet Entscheidungen des Vorstands vor. Es hat keine eigene Beschlusszuständigkeit.

In jedem Unternehmensbereich und jeder Region übernehmen Operating Committees und Executive Committees die Koordinations- und Steuerungsfunktionen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Umsetzung der Strategie einzelner Geschäftsbereiche und die Pläne für die Entwicklung von Infrastrukturbereichen an unseren globalen Geschäftszielen ausgerichtet sind.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Überblick über den Unternehmensbereich

CB&S setzt sich aus den Geschäftsbereichen Corporate Finance und Markets zusammen. Diese bieten weltweit Finanzdienstleistungen an, zu denen unter anderem die Emission von Aktien und Anleihen, Handelsdienstleistungen für Investoren und die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen im Bereich Unternehmensfinanzierung gehören.

Die CB&S-Geschäftsbereiche werden von der Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) unterstützt, die für ein breites Spektrum an Kreditportfolios zuständig ist und seit 2013 für die Absicherung bestimmter unbesicherter derivativer Engagements von Geschäftspartnern verantwortlich ist und die damit verbundenen Risiken durch Implementierung eines strukturierten Hedging-Verfahrens steuert.

Nach der umfassenden strategischen Überprüfung der Organisationsstruktur des Konzerns wurde CB&S im November 2012 im Rahmen der Umsetzung des neuen Geschäftsmodells reorganisiert. Diese Reorganisation umfasste drei Kernaspekte: Den Transfer von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten (und

zwar Korrelationshandelspositionen und kapitalintensive Verbriefungspositionen, Risiken gegenüber Monolineversicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte) zu der NCOU, die Übertragung des passiven Fondsgeschäfts und des Geschäfts mit alternativen Anlageformen, wie ETFs, auf den neu integrierten Unternehmensbereich DeAWM sowie eine verbesserte Allokation der Kosten für die Kundenbetreuung zwischen CB&S und GTB.

Seit dem 1. Januar 2011 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Desinvestitionen getätigt:

Im März 2012 haben wir den Verkauf unseres US-amerikanischen Multi-Family-Finanzierungsgeschäfts (Deutsche Bank Berkshire Mortgage) an eine von Lewis Ranieri and Wilbur L. Ross geleitete Unternehmensgruppe abgeschlossen. Diese Transaktion erfolgte im Rahmen unserer auf das Kerngeschäft in den USA fokussierten Strategie.

Im Juni 2012 haben wir den Verkauf der DB Export Leasing GmbH an Interoute Communications Limited abgeschlossen.

Im Januar 2011 haben wir unseren 40 %-Anteil an der Versicherungsgesellschaft Paternoster Limited an Rothesay Life verkauft und damit die Mehrheitsentscheidung der Anteilseigner von Paternoster zum Verkauf ihrer Unternehmensanteile umgesetzt.

Im Juli 2011 haben wir den Verkauf unserer aktienbezogenen Anleihe mit ökonomischem Risiko hinsichtlich Newlands, einem in Bermuda domizilierten Unternehmen für Kreditderivate, an von Oakhill Advisors beratene Fonds abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Im Geschäftsbereich Corporate Finance betreuen wir unsere Kunden bei Fusionen und Übernahmen und bieten ihnen Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie Beratung im Bereich Unternehmensfinanzierung an. Auch für den öffentlichen Sektor stellen wir eine Reihe von Finanzdienstleistungen bereit.

Der Geschäftsbereich Markets ist für den Vertrieb, den Handel und die Strukturierung einer breit gefächerten Palette an festverzinslichen und aktienbezogenen Produkten sowie Aktien, Devisen und Rohstoffen verantwortlich. Ziel des Bereichs ist es, den Kunden Lösungen zu bieten, die ihren Investitions-, Absicherungs- oder anderen Bedürfnissen entsprechen. Zur Steigerung der geschäftlichen Effizienz arbeiten jetzt Rates, Flow Credit und Foreign Exchange als gemeinsamer Bereich mit einem Managementteam zusammen. Zum Bereich Structured Finance gehören spezifische Finanzierungen sowie das Management strukturierter Risiken für Kunden in allen Branchen und Vermögensklassen.

Unsere gesamten Handelsaktivitäten unterliegen unseren Risikomanagementprozessen und -kontrollen, die im Risikobericht ausführlich erläutert sind.

Vertriebskanäle und Marketing

In CB&S liegt der Fokus unserer Mitarbeiter und Vertriebsteams, die für die Betreuung der Geschäfts- und institutionellen Kunden verantwortlich sind, auf den Beziehungen zu unseren Kunden. Wir haben unser Betreuungsmodell so reorganisiert, dass wir den Kunden entsprechend ihren Bedürfnissen und dem jeweiligen Komplexitätsniveau verschiedene standardisierte oder maßgeschneiderte Produkte zur Verfügung stellen können.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich GTB richtet sich an Firmenkunden und Finanzdienstleister. Seine Produkte und Leistungen umfassen unter anderem die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften. Außerdem stellt GTB Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs-/verwaltungsgeschäft bereit. Unsere Geschäftsbereiche sind:

- Trade Finance und Cash Management Corporates
- Trust & Securities Services und Cash Management Financial Institutions

Zum 1. September 2013 haben wir unser Geschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstand) in Deutschland zusammengeführt und integriert, um unsere führende Marktposition zu stärken und im Rahmen der Strategie 2015+ ein nachhaltiges Wachstum in unserem Heimatmarkt zu erreichen. Daher wird zukünftig ein großer Teil der ehemals bei CB&S angesiedelten deutschen Mittelstandskunden von dem neu gegründeten Joint Venture zwischen den Unternehmensbereichen PBC und GTB betreut. Damit bieten wir mittelständischen Unternehmen sowohl größere Kundennähe als auch einen zielgerichteten Zugang zu unserem globalen Netzwerk und unserer Produktexpertise.

Darüber hinaus wurde das Portfolio langfristiger Kredite an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich GTB überführt. Dieser Portfolio-Transfer hat das Ziel, die Gemeinsamkeiten im Geschäft mit diesen Kunden über die Produkte im Cash Management der Handels- und Finanzierungsaktivitäten weiterhin besser zu nutzen.

Seit Januar 2011 haben wir folgende signifikanten Investitionsaufwendungen oder Veräußerungen getätigt:

Am 1. Juni 2013 haben wir den Verkauf der Deutsche Card Services an EVO Payments International abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Trade Finance bietet innerhalb unseres gesamten internationalen Geschäftsnetzes Standortexpertise, ein breites Spektrum an internationalen Handelsprodukten und -leistungen (einschließlich Finanzierungen), individualisierte Lösungen für strukturierte Handelsgeschäfte und modernste Technologie, so dass unsere Kunden die Risiken und sonstigen Anforderungen im grenzüberschreitenden und Inlandshandel besser steuern können.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl von Unternehmen und Finanzinstituten. Mit einer umfassenden Palette innovativer und zuverlässiger Lösungen beherrschen wir das komplexe Umfeld globaler und regionaler Treasury-Funktionen. Dazu gehören auch die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienste sowie elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Trust & Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Verwaltungs- und zugehörigen Diensten bei bestimmten Wertpapier- und Finanztransaktionen und ist in mehr als 30 Ländern als Wertpapierverwahrer auf dem jeweiligen Inlandsmarkt vertreten.

Vertriebskanäle und Marketing

GTB entwickelt und vermarktet seine eigenen Produkte und Dienstleistungen in Europa, dem Nahen Osten, Asien sowie Nord- und Südamerika. Beim Marketing arbeitet GTB mit seinem eigenen und dem Vertrieb der Unternehmensbereiche CB&S und PBC zusammen.

Die Kunden lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: (i) Finanzinstitute wie Banken, Publikumsfonds und Pensionsfonds, Broker-Dealer, Fondsmanager und Versicherungsgesellschaften sowie (ii) multinationale Unternehmen, große lokale Firmen und Mittelstandsbetriebe, vor allem in Deutschland und den Niederlanden.

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management

Überblick über den Unternehmensbereich

Mit einem verwalteten Vermögen von 923 Mrd € zum 31. Dezember 2013 ist DeAWM einer der führenden globalen Vermögensverwalter. DeAWM unterstützt mit traditionellen und alternativen Investmentprodukten und -lösungen private und institutionelle Kunden in allen wichtigen Anlageklassen bei der Erhaltung und Mehrung ihres Vermögens. Darüber hinaus liefert DeAWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Leistungen für vermögende sowie sehr vermögende Privatkunden und Familien.

Zu DeAWM gehören die ehemaligen Bereiche Private Wealth Management (PWM) und Asset Management (AM) sowie das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, die im vierten Quartal 2012 von CB&S übertragen wurde. Der neue Bereich hat einen bedeutenden Geschäftsumfang im Wealth Management und Asset Management für Privatanleger sowie Institutionen und bietet den Kunden sowie dem Deutsche Bank-Konzern wichtige Vorteile. Im vierten Quartal 2012 wurden die nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktiva und Aktivitäten von DeAWM auf NCOU übertragen.

Im Bereich Wealth Management führten wir zwei bisher separate Family Offices im Deutsche Oppenheim Family Office zusammen. Durch den Zusammenschluss der Oppenheim Vermögenstreuhand GmbH und der Wilhelm von Finck Deutsche Family Office AG entstand ein neuer führender Anbieter im Family Wealth-Sektor in Deutschland und einer der führenden Anbieter in Europa.

Produkte und Dienstleistungen

Zur Produkt- und Leistungspalette von DeAWM gehören sowohl aktive als auch passive Anlagestrategien sowie ein breites Spektrum an Vermögensklassen einschließlich Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und Hedgefonds. Darüber hinaus offeriert DeAWM individuelle Vermögensverwaltungslösungen und Private-Banking-Leistungen einschließlich Kreditvergabe und diskretionäres Portfoliomanagement.

2013 wurde ein Solutions and Trading-Team als Bindeglied zwischen den Product Manufacturing- und Distribution-Teams geschaffen. Dieses Team beschäftigt sich mit der Schaffung hochwertiger, auf die Bedürfnisse der Kunden abgestimmter Produkte und Lösungen. Darüber hinaus steuert es einen disziplinierten Produktauswahlprozess für das Wealth Management-Geschäft, das sowohl konzernerneigene als auch Drittprodukte umfasst.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Global Coverage/Advisory-Teams sind für die Pflege von Kundenbeziehungen, Beratungsleistungen und Unterstützung der Kunden beim Zugang zu den Produkten und Leistungen von DeAWM zuständig. Darüber hinaus vermarktet und vertreibt DeAWM seine Produkte über andere Geschäftsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns, insbesondere über PBC für Privatanleger und über CB&S für Institutionen und Unternehmen, sowie über Dritte. Um den Kunden umfassende Service- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen, verfügt DeAWM über eine zentrale Anlaufstelle für Kunden, in der verschiedene Expertenteams spezifische Kundengruppen betreuen.

Ein großer Wettbewerbsvorteil für DeAWM besteht darin, dass der Bereich Teil der Deutschen Bank ist und von deren umfassenden Dienstleistungen in den Bereichen Investment Banking, Corporate Banking und Asset Management profitiert. Zur Optimierung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit hat DeAWM 2013 ein Key Client Partners (KCP)-Team geschaffen, das anspruchsvolle Kunden mit komplexen Bedürfnissen betreut. KCP sorgt für einen störungsfreien Kapitalmarktzugang und die Bereitstellung von Anlagemanagement- und sonstigen Lösungen seitens DeAWM, CB&S sowie ausgewählter Drittanbieter.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Überblick über den Unternehmensbereich

PBC wendet in ganz Europa und ausgewählten asiatischen Märkten ein einheitliches Geschäftsmodell für das Privatkundengeschäft an. PBC betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen.

Der Unternehmensbereich PBC fasst drei Geschäftsbereiche unter einer gemeinsamen strategischen Steuerung zusammen. Diese nutzen eine integrierte Service- und IT-Plattform.

- Privat- und Geschäftskunden umfasst alle Aktivitäten von PBC in Deutschland unter der Marke Deutsche Bank.
- Advisory Banking International beinhaltet die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland) sowie Asien einschließlich unserer Beteiligung an und Partnerschaft mit der Hua Xia Bank in China.
- Postbank setzt sich unter anderem aus Postbank, norisbank und BHW zusammen.

In Deutschland haben wir in 2013 die Privat- und Firmenkundenbank gegründet und bei der Integration der Postbank große Fortschritte erzielt. Durch die Integration der deutschen Mittelstandskunden in PBC können wir neue Chancen bei kleinen und mittleren Firmenkunden nutzen. Dazu setzen wir auf eine größere Kundennähe und stärkere bereichsübergreifende Zusammenarbeit, um von der Expertise des Deutsche Bank-Konzerns zu profitieren. Die Postbank agiert im Markt weiterhin mit ihrer eigenen Marke. Mit der Integration der Postbank in PBC wollen wir unser gemeinsames Geschäftsmodell deutlich stärken und erhebliche Ertrags- und Kostensynergien generieren.

Advisory Banking International: In Kontinentaleuropa sind wir mit Fokus auf attraktive Regionen an fünf großen Bankmärkten aktiv: Italien, Spanien, Polen, Belgien und Portugal. In Asien betreibt PBC ein Filialnetzwerk, das durch ein mobiles Vertriebsteam in Indien unterstützt wird, und hält einen Anteil von 19,99 % an der chinesischen Hua Xia Bank, mit der PBC eine strategische Partnerschaft und Kooperation unterhält. Des Weiteren hat PBC derzeit siebzehn Niederlassungen in Indien. Für PBC sind Indien und China Kernmärkte in Asien.

Seit dem 1. Januar 2011 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Desinvestitionen getätigt:

Im März 2012 haben Postbank und unsere hundertprozentige Tochtergesellschaft DB Finanz-Holding GmbH („DB Finanz-Holding“) beschlossen, einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 Aktiengesetz (AktG) mit der DB Finanz-Holding als herrschendem Unternehmen und der Postbank als beherrschtem Unternehmen zu schließen. Der Vertrag trat im Juni 2012 in Kraft und erlangte am 11. September 2012 finale juristische Gültigkeit. Die Beteiligung an der Postbank zum Jahresende 2013 betrug 94,1 %.

Im Februar 2012 haben wir eine von der Deutschen Post im Februar 2009 begebene Pflichtumtauschleihe in 60 Millionen Postbank-Aktien (und eine Barzahlung) umgetauscht. Einen Tag später hat die Deutsche Post ihre Option ausgeübt und zusätzliche 12,1 % der Aktien der Postbank an uns verkauft. Zusammen mit den bereits gehaltenen Aktien stieg unsere Beteiligung an der Postbank zum damaligen Zeitpunkt damit auf 93,7 %.

Im April 2011 haben wir die Zeichnung der neu emittierten Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. abgeschlossen. Mit Abschluss der Transaktion, die durch die Eintragung der neuen Aktien am 26. April 2011 wirksam geworden war, erhöhte sich unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank von 17,12 % auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals. Dies ist der höchste Anteil, der gemäß den in China geltenden Vorschriften auf einen einzelnen ausländischen Investor entfallen darf.

Produkte und Dienstleistungen

PBC bietet ein vergleichbares Spektrum an Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien an. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern sind auf lokale Markt-, aufsichtsrechtliche und Kundenanforderungen zurückzuführen.

Wir bieten Anlage- und Versicherungsprodukte, Hypotheken- und Konsumentenkredite, Produkte für Firmenkunden, Leistungen im Zahlungsverkehr sowie Karten-, Konten- und Einlagengeschäft an. Darüber hinaus umfasst unser Angebot Produkte für Mid Caps, die im Rahmen unseres Mid Cap-Joint Venture von anderen Bereichen bereitgestellt werden, sowie Postdienstleistungen und bankfremde Produkte in der Postbank. Die Erträge aus diesen Bereichen werden aktuell unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Künftig werden sie separat ausgewiesen, um die Zusammensetzung der Erträge von PBC transparenter darzustellen.

Unsere Anlageprodukte decken die vollständige Palette von Single- beziehungsweise Multi-Asset-Investment- und geschlossenen Fonds sowie strukturierten Produkten ab. Außerdem umfasst unser Angebot diskretionäre Portfoliomanagement- und Wertpapierverwahrleistungen. Darüber hinaus bieten wir unseren Kunden Lebens- und andere Versicherungen sowie Betriebsrentenprogramme an.

Unser Baufinanzierungsangebot reicht von Standard- bis hin zu komplexen Hypothekenslösungen, welche durch staatliche Fördermöglichkeiten, Baufinanzierungsvermittlung und hypothekenbezogene Versicherungen ergänzt werden.

In unserem Produktangebot für Firmenkunden fokussieren wir uns auf die Durchführung von Transaktionen sowie auf das Risiko- und Liquiditätsmanagement. Zudem optimieren wir im Firmenkundengeschäft und bei internationalen Dienstleistungen Zahlungsströme und Marktvolatilität und unterstützen die Expansion von Unternehmen. Des Weiteren umfasst unser Kreditangebot individuelle Ratenkredite, Kreditlinien, Dispositions- und Point-of-Sale (POS)-Kredite.

Unsere Produktlösungen im Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft ermöglichen Inlands-, internationale und SEPA-Zahlungen. Weiterhin bieten wir Debit-, Kredit- und Guthabekarten sowie Girokonten für Privat- und Firmenkunden an. Unser Einlagengeschäft beinhaltet Sicht-, Termin- und Spareinlagen.

Unser Kreditgeschäft unterliegt Kreditrisikomanagementprozessen. Weitere Informationen finden Sie im Risikobericht in den Abschnitten „Überwachung des Kreditrisikos“ und „Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien“.

Vertriebskanäle und Marketing

Mithilfe unseres kundenorientierten Geschäftsansatzes versuchen wir, die Zusammenarbeit mit unseren Kunden sowie den Zugang zu und die Verfügbarkeit von unseren Dienstleistungen zu verbessern. Der Unternehmensbereich PBC nutzt bei der Kundenbetreuung und dem Vertrieb von Finanzlösungen verschiedene Vertriebskanäle; der Vertriebskanalmix variiert je nach Geschäftsmodell und lokaler strategischer Positionierung.

- Filialen: In unseren Filialen bieten wir im Allgemeinen unsere gesamte Produkt- und Beratungspalette an.
- Finanzberater: In den meisten Ländern vermarkten wir unsere Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft zusätzlich über unabhängige Finanzberater.
- Customer Contact Centers: Unsere Customer Contact Centers bieten Kunden Remote Services (zum Beispiel das Abrufen von Kontoinformationen sowie die Durchführung von Wertpapiergeschäften), die durch automatisierte Systeme unterstützt werden.
- Online und Mobile Banking: Auf unserer Website stellen wir unseren Kunden vielfältige Produktinformationen und Dienstleistungen zur Verfügung, unter anderem interaktive Tools, Anleitungen und umfangreiche Medieninhalte. Wir bieten eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Selbstbedienungsleistungen sowie ein viel genutztes Multi-Mobile-Angebot für Smartphones und Tablets.
- Selbstbedienungsterminals: Diese Geräte werden zur Unterstützung unserer Filialmitarbeiter eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzberater zu vereinbaren.

Zusätzlich gehen wir länderspezifische Vertriebs- und Kooperationspartnerschaften ein. So haben wir in Deutschland Kooperationsvereinbarungen mit der DP DHL (Kooperation der Postbank) und der Deutschen

Vermögensberatung AG (DVAG) geschlossen. Wir bieten unsere Publikumsfonds und andere Bankprodukte über das unabhängige Netzwerk der DVAG an. Zur Ergänzung unserer Produktpalette haben wir ferner Vertriebsvereinbarungen unterzeichnet, in deren Rahmen PBC die Produkte angesehener Anbieter vertreibt. Dazu gehören eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services über Versicherungsprodukte und Produktpartnerschaften mit dreizehn Fondsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Investmentprodukte.

Um unsere Marke international zu etablieren, achten wir auf eine einheitliche Vermarktung unserer Dienstleistungen in den europäischen und asiatischen Ländern, auf denen unser strategischer Fokus liegt.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

Im November 2012 haben wir die NCOU gegründet, die als separater Unternehmensbereich neben unseren Kernbereichen geführt wird. Wie in unserer Strategie 2015+ festgelegt, wollen wir mit der Schaffung der NCOU extern die Transparenz unserer nicht strategischen Positionen verbessern, den Managementfokus durch Abtrennung der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten stärker auf das Kerngeschäft richten und eine gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus erreichen.

NCOU verwaltet zum 31. Dezember 2013 Vermögenswerte von rund 55 Mrd € und Pro-forma-CRR/CRD 4 risikogewichtete Aktiva („RWA“) Äquivalent in Höhe von 58 Mrd €.

Neben der Verwaltung der globalen Beteiligungen und dem Halten bestimmter nicht strategischer Vermögenswerte bis zur Endfälligkeit wird NCOU durch gezielte Maßnahmen zum Risikoabbau dazu beitragen, die nicht mit unseren künftigen Kernbereichen verbundenen Risiken weiter zu reduzieren und dadurch den Kapitalbedarf zu senken. Dabei wird NCOU den Abbau von Positionen mit weniger günstigen Kapital- und Risiko-Rendite-Profilen priorisieren, damit die Bank ihre Tier-1-Kapitalquote gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4 stärken kann.

Zum Portfolio der NCOU gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen und Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäfts- und wirtschaftlichen Umfelds sowie des gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt und für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung bei gleichzeitig niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Darüber hinaus wurden bestimmte Passiva auf NCOU übertragen, wobei ähnliche Kriterien wie bei der Auswahl der Aktiva zugrunde gelegt wurden. Zu den übertragenen Passiva zählen unter anderem Verbindlichkeiten von Geschäftsbereichen, die abgewickelt werden oder zum Verkauf stehen, Altbestände aus Anleiheemissionen und verschiedene kurzfristige Verbindlichkeiten, die mit zugeordneten Aktiva zusammenhängen.

Der Großteil der risikogewichteten Aktiva steht nun im Zusammenhang mit aus CB&S übertragenen Altbeständen. Dazu gehören Positionen aus dem Kreditkorrelationshandel, Verbriefungspositionen, Risiken gegenüber Monolineversicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte. Darüber hinaus enthält das Portfolio aus PBC übertragene Vermögenswerte, wie ausgewählte Hypothekenkredite für Wohnimmobilien im Ausland, sowie andere Finanzinvestitionen, die für die Postbank nicht mehr von strategischer Bedeutung sind. Zu den Vermögenswerten, die bisher im ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments verbucht und verwaltet wurden, gehören die globalen Beteiligungen einschließlich unserer Beteiligungen an dem Hafentreiber Maier Terminals, The Cosmopolitan of Las Vegas und der BHF-BANK.

Im Verlauf des Jahres 2013 wurden signifikante Verkäufe aus allen Portfolios getätigt. Diese Verkäufe beinhalten einen Verkauf in Höhe von 3,2 Mrd € von GIIPS Anleihen sowie weitere 2,5 Mrd USD-Anleihen aus dem Altbestand der Postbank. Zusätzlich wurden ungefähr 4 Mrd € Vermögenswerte in CRE inklusive nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte abgebaut, zusammen mit weiteren rund 4 Mrd € aus dem Structured Credit Portfolio in der EU und den USA.

Seit dem 1. Januar 2011 haben wir folgende signifikante Desinvestitionen getätigt:

Im Dezember 2013 hat die Deutsche Postbank AG den Verkauf eines Kreditportfolios für Gewerbeimmobilien in Großbritannien im Wert von rund 1,4 Mrd GBP an GE Capital Real Estate abgeschlossen.

Im Juni 2013 hat PB Capital Corporation die Veräußerung eines gewerblichen Immobilienkreditportfolios im Wert von rund 3,7 Mrd USD an die Union Bank, N.A., ein in San Francisco ansässiges indirektes Tochterunternehmen der Mitsubishi UFJ Financial Group, Inc., abgeschlossen.

Im Mai 2013 hat die Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH („SdB“) die verbleibenden, durch den SOFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, ein im Oktober 2008 im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise gegründeter Sonderfonds) garantierte und EZB-fähige Anleihen zurückgezahlt (davon waren 0,8 Mrd € dem ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet, der nun zur NCOU gehört).

Im Januar 2013 haben wir die Veräußerung unseres 15 %-Anteils an der Dedalus GmbH & Co. KGaA, durch die wir indirekt über rund 1,1 % der Aktien der EADS N.V. hielten, für insgesamt etwa 250 Mio € abgeschlossen.

Im Oktober 2012 veräußerten wir unsere Beteiligung am Generikahersteller Actavis an Watson Pharmaceuticals.

Im September 2012 haben wir einen Vertrag über den Verkauf der BHF-BANK AG an die Kleinwort Benson Group, eine Tochtergesellschaft der Finanzdienstleistergruppe RHJI, unterzeichnet. Nach dem Rücktritt eines Kapitalgebers der Kleinwort Benson Group wurde die Transaktionsstruktur im Oktober 2013 angepasst. Dadurch würde die Deutsche Bank den Gesamtkaufpreis von 354 Mio € vorwiegend in bar (322 Mio €) und den Rest in neu emittierten Aktien der RHJI, der Muttergesellschaft der Kleinwort Benson Group, erhalten. Der endgültige Kaufpreis unterliegt Abschlussanpassungen. Gemäß der Pressemitteilung der RHJI vom 21. Februar 2014 hat die deutsche Finanzregulierungsbehörde BaFin bestätigt, dass sie keine Bedenken bezüglich des angedachten Kaufs der BHF-BANK hat. Der Verkauf der BHF-BANK an RHJI unterliegt deshalb nur noch bestimmten verbliebenen Bedingungen, die vor Abschluss erfüllt sein müssen. Der Abschluss des Verkaufs wird vor Ende März 2014 erwartet.

Im November 2011 unterzeichneten wir eine Vereinbarung zur Veräußerung unserer Geschäftsräume in der Taunusanlage 12 in Frankfurt am Main an einen geschlossenen Immobilienfonds, der von der DWS aufgelegt wurde. Der auf Basis unabhängiger Bewertungen festgelegte Verkaufspreis belief sich auf rund 600 Mio €. Die Geschäftsräume werden von uns als Konzernzentrale langfristig angemietet.

Im Verlauf des Jahres 2011 wurde die Liquiditätsfazilität, an der wir uns im Dezember 2010 beteiligten, für die FMS Wertmanagement Anstalt des öffentlichen Rechts, die Abwicklungsgesellschaft der Hypo Real Estate Group, von 7,5 Mrd € (davon waren 6,4 Mrd € dem ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments und der Rest anderen Unternehmensbereichen zuallokiert) vollständig zurückgezahlt.

Infrastrukturfunktionen und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen umfassen unsere zentralen Supportabteilungen für die Geschäftsbereiche. Diese führen vorwiegend Kontroll- und Serviceaufgaben für unsere fünf Unternehmensbereiche aus.

Die Infrastrukturfunktionen spiegeln die Verantwortungsbereiche der Vorstandsmitglieder wider, die nicht für einen bestimmten Geschäftsbereich zuständig sind. Sie sind in COO-Funktionen (wie Global Technology, Global Business Services, Global Logistics Services und Group Strategy), CFO-Funktionen (wie Finance, Tax, Insurance und Treasury), CRO-Funktionen (wie Credit Risk Management und Market Risk Management), CEO-Funktionen (wie Communications, Corporate Social Responsibility und Deutsche Bank Research) sowie in die Bereiche HR, Legal und Compliance unterteilt.

Das Regional Management ist weltweit für die Steuerung der Regionen verantwortlich. Es legt den Fokus auf Governance, Geschäfts- sowie Leistungsentwicklung. In den Regionen werden Regional und Country Heads

sowie Management-Komitees eingesetzt, um die kundenorientierte Produktkoordination zwischen den Geschäftsbereichen auszubauen und die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen und Kontrollanforderungen auf lokaler und Konzernebene sicherzustellen. Zusätzlich vertritt Regional Management regionale Interessen auf Konzernebene und verbessert die regionenübergreifende Zusammenarbeit.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktionen und des Regional Managements werden in vollem Umfang unseren fünf Unternehmensbereichen zugeordnet.

Signifikante Investitionsausgaben und Desinvestitionen

Signifikante Investitionsausgaben und Desinvestitionen sind in den vorangehenden Erläuterungen zu den Unternehmensbereichen berücksichtigt.

Seit dem 1. Januar 2013 haben wir kein öffentliches Übernahmeangebot für unsere Aktien durch Dritte erhalten und keine öffentlichen Übernahmeangebote für Aktien anderer Gesellschaften unterbreitet.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	14.834	15.975	17.445	- 1.141	- 7	- 1.470	- 8
Risikoversorge im Kreditgeschäft	2.065	1.721	1.839	344	20	- 118	- 6
Zinsüberschuss nach Risikoversorge im Kreditgeschäft	12.769	14.254	15.606	- 1.485	- 10	- 1.352	- 9
Provisionsüberschuss ¹	12.308	11.809	11.878	500	4	- 69	- 1
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen ¹	3.817	5.608	2.724	- 1.791	- 32	2.884	106
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	394	301	123	93	31	178	145
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	369	163	- 264	206	127	427	N/A
Sonstige Erträge	193	- 120	1.322	313	N/A	- 1.442	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17.082	17.761	15.783	- 679	- 4	1.978	13
Summe Erträge insgesamt²	29.850	32.015	31.389	- 2.164	- 7	626	2
Personalaufwand	12.329	13.490	13.135	- 1.160	- 9	355	3
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15.126	15.017	12.657	110	1	2.360	19
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	460	414	207	46	11	207	100
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	79	1.886	0	- 1.808	- 96	1.886	N/A
Restrukturierungsaufwand	399	394	0	5	1	394	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	28.394	31.201	25.999	- 2.807	- 9	5.202	20
Ergebnis vor Steuern	1.456	814	5.390	642	79	- 4.576	- 85
Ertragsteueraufwand	775	498	1.064	277	56	- 566	- 53
Jahresüberschuss	681	316	4.326	365	116	- 4.010	- 93
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	15	53	194	- 37	- 71	- 141	- 73
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	666	263	4.132	403	154	- 3.869	- 94

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

² Nach Risikoversorge im Kreditgeschäft.

Zinsüberschuss

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	25.601	31.593	34.366	- 5.992	- 19	- 2.773	- 8
Summe der Zinsaufwendungen	10.768	15.619	16.921	- 4.851	- 31	- 1.302	- 8
Zinsüberschuss	14.834	15.975	17.445	- 1.141	- 7	- 1.470	- 8
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.136.662	1.250.002	1.174.201	- 113.340	- 9	75.801	6
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	979.245	1.119.374	1.078.721	- 140.129	- 13	40.653	4
Zinsertragssatz ²	2,25 %	2,53 %	2,93 %	-0,28 Ppkt	- 11	-0,40 Ppkt	- 14
Zinsaufwandssatz ³	1,10 %	1,40 %	1,57 %	-0,30 Ppkt	- 21	-0,17 Ppkt	- 11
Zinsspanne ⁴	1,15 %	1,13 %	1,36 %	0,02 Ppkt	2	-0,23 Ppkt	- 17
Zinsmarge ⁵	1,31 %	1,28 %	1,49 %	0,03 Ppkt	2	-0,21 Ppkt	- 14

Ppkt – Prozentpunkte

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

2013

Der Rückgang des Zinsüberschusses von 16,0 Mrd € in 2012 um 1,1 Mrd € (7 %) auf 14,8 Mrd € in 2013 resultierte hauptsächlich aus einem niedrigeren Zinsüberschuss aus Handelsaktivitäten in CB&S, der auf gesunkene Kundenaktivität infolge einer geringeren Liquidität und anhaltender Unsicherheit an den Märkten zurückzuführen war. Eine weitere wichtige Ursache für den Rückgang des Zinsüberschusses war der beschleunigte Risikoabbau in NCOU. In PBC beeinflussten leicht reduzierte Margen und eine strategische Reduzierung der Einlagenvolumina bei der Postbank ebenfalls den Zinsüberschuss in 2013. Insgesamt erhöhte sich die Zinsspanne infolge eines nahezu gleichlaufenden Rückgangs des Zinsertragssatzes und des Zinsaufwandssatzes um 2 Basispunkte. Die Zinsmarge stieg um 3 Basispunkte, hauptsächlich aufgrund von Margenverbesserungen in Deutschland.

Die Entwicklung des Zinsüberschusses wird zudem von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die keinen Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivategeschäfte erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft. In diesem Fall werden erhaltene oder gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen beziehungsweise -aufwendungen ausgewiesen, wo sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten ausgleichen („Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Sicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsströme aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet. Diese Rechnungslegungsgrundsätze wurden für die zum 31. Dezember 2013, 2012 und 2011 endenden Perioden einheitlich angewandt.

2012

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 1,5 Mrd € (8 %) von 17,4 Mrd € in 2011 auf 16,0 Mrd € in 2012 resultierte hauptsächlich aus geringeren Zinserträgen aus Handelsaktivitäten in CB&S, die auf ein niedrigeres Zinsumfeld und gesunkene Volumina zurückzuführen sind. Außerdem führten gesunkene Bestände infolge des Risikoabbaus in NCOU zu geringeren Zinserträgen. Der Rückgang wurde zudem durch niedrigere Zinserträge in PBC verursacht, die auf einer Minderung der Effekte aus der Kaufpreisallokation (Purchase Price Allocation, PPA) infolge der Postbankübernahme basierten. Diese Veränderungen trugen zu einer Verringerung der Zinsspanne um 23 Basispunkte sowie der Zinsmarge um 21 Basispunkte bei.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
CB&S – Sales & Trading (Equity)	1.125	991	312	133	13	679	N/A
CB&S – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.544	4.508	4.348	- 1.964	- 44	160	4
Non-Core Operations Unit	- 535	- 1.257	- 1.564	722	- 57	307	- 20
Sonstige	684	1.367	- 372	- 682	- 50	1.739	N/A
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	3.817	5.608	2.724	- 1.791	- 32	2.884	106

N/A – nicht aussagekräftig

2013

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd € auf 3,8 Mrd €. Dies war vor allem auf einen Rückgang um 2,0 Mrd € in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) infolge einer verhaltenen Kundenaktivität verbunden mit ungünstigem Handelsumfeld und Marktunsicherheit, die Rates and Commodities beeinflussten, sowie geringerer Erträge in Foreign Exchange wegen geringerer Volatilität und Margenkompression zurückzuführen. Außerdem gingen die Erträge in der Kategorie Sonstige um 682 Mio € zurück, hauptsächlich durch Auswirkungen einer im Vorjahr erfolgten Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA) auf bestimmte Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften, durch die Entkonsolidierung von Fonds in DeAWM, teilweise kompensiert durch Anstiege in anderen Ertragskomponenten, und in C&A. Ein Anstieg von 722 Mio € in NCOU in 2013 erfolgte durch einen Rückgang der Verluste bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, die auf gesunkene Aktiva infolge des beschleunigten Risikoabbaus sowie Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts bei nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten zurückzuführen waren. Der Anstieg des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen um 133 Mio € in Sales & Trading (Equity) ist auf gestiegene Kundenaktivität und ein verbessertes Marktumfeld infolge höherer Erträge im Aktienhandel zurückzuführen.

2012

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mrd € auf 5,6 Mrd €. Dieser Anstieg wurde vor allem außerhalb unseres Sales & Trading-Geschäfts erzielt. Ein spezifischer Treiber waren Gewinne aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten sonstigen Produkten in CB&S im Zusammenhang mit methodischen Änderungen bei der Berechnung des Debt Valuation Adjustment (DVA) für derivative Verbindlichkeiten. Auch ein Rückgang der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verluste bei Abbey Life in DeAWM und höhere positive Effekte in Consolidation & Adjustments (C&A) im Zusammenhang mit US-Dollar-Euro-Basiswaps zur Absicherung von Nettoinvestitionen in US-Gesellschaften trugen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Das um 679 Mio € bessere Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Sales & Trading (Equity) war auf das volatile Marktumfeld zurückzuführen. Dieses führte zu erhöhten Kundenhandelsaktivitäten und damit höheren Erträgen aus Aktienderivategeschäften sowie gestiegenen Gewinnen aus der Klassifizierung zum beizulegenden Zeitwert in Prime Finance. Der Anstieg des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) um 160 Mio € resultierte vorwiegend aus höheren Erträgen im kundenbezogenen Kreditgeschäft nach einer Erholung der Kreditmärkte sowie einer durch höhere Kundenaktivitäten bedingten Ertragsverbesserung im Zinsgeschäft. Dieser Effekt wurde durch niedrigere Erträge im Geldmarktgeschäft aufgrund sinkender Volatilität teilweise aufgehoben. Die NCOU wies einen Rückgang der Verluste auf. Ursächlich hierfür waren eine geringere Summe der Aktiva infolge des Risikoabbaus sowie Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts bei nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten, insbesondere in den Kreditzinsspannen.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Geschäfte in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Finanzinstrumenten (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten werden in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, entweder im Zinsüberschuss oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Unternehmensbereichen beziehungsweise innerhalb des Unternehmensbereichs CB&S nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	14.834	15.975	17.445	- 1.141	- 7	- 1.470	- 8
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.817	5.608	2.724	- 1.791	- 32	2.884	106
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizu- legenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.651	21.583	20.169	- 2.932	- 14	1.414	7
Aufgliederung nach Konzernbereich/ Produkt:¹							
Sales & Trading (Equity)	2.129	1.732	1.504	397	23	228	15
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.230	8.226	8.121	- 1.996	- 24	105	1
Sales & Trading insgesamt	8.359	9.958	9.625	- 1.599	- 16	333	3
Kreditgeschäft ²	599	182	185	418	N/A	- 3	- 2
Übrige Produkte ³	72	589	199	- 517	- 88	390	196
Corporate Banking & Securities	9.030	10.729	10.010	- 1.699	- 16	719	7
Global Transaction Banking	1.984	2.016	1.996	- 32	- 2	20	1
Deutsche Asset & Wealth Management	1.568	1.974	991	- 406	- 21	983	99
Private & Business Clients	5.966	6.220	6.625	- 254	- 4	- 405	- 6
Non-Core Operations Unit	83	275	588	- 191	- 70	- 313	- 53
Consolidation & Adjustments	19	369	- 42	- 350	- 95	411	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizu- legenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.651	21.583	20.169	- 2.932	- 14	1.414	7

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im beizulegenden Zeitwert von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate Banking & Securities (CB&S)

2013

In 2013 betrug die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen 9,0 Mrd €, ein Rückgang um 1,7 Mrd € (16 %) im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Rückgang entstand teilweise bei Produkten außerhalb von Sales & Trading. Bei „Übrige Produkte“ war der Rückgang im Wesentlichen verbunden mit einem nicht erneut angefallenen negativen Effekt aus einer Bewertungsanpassung in 2012 bei Schuldtiteln (Debt Valuation Adjustment – DVA) im Zusammenhang mit derivativen Verbindlichkeiten. In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren die Haupttreiber für den Rückgang niedrigere Erträge in RMBS infolge der Aktivitäten zur Risikominimierung während des Jahres, geringere Liquidität und Marktunsicherheit, gesunkene Erträge in Foreign Exchange wegen geringerer Volatilität und Margenkompression sowie schwächere Handelsergebnisse im Rohstoffgeschäft und Rates. Dies wurde teilweise kompensiert durch einen Anstieg bei Kreditprodukten aufgrund günstiger Entwicklungen der Risikoaufschläge, durch einen geringeren Anteil des Kreditgeschäfts, das zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurde, und durch insgesamt niedrigere Absicherungskosten. Der Anstieg in Sales & Trading (Equity) war hauptsächlich auf höhere Dividendenzahlungen im Aktienderivategeschäft in 2012, höhere Kundenaktivität und ein verbessertes Marktumfeld im Aktienhandel zurückzuführen.

2012

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2012 10,7 Mrd €, ein Anstieg um 719 Mio € (7 %) im Vergleich zum Vorjahr. Der Anstieg in Sales & Trading (Equity) in 2012 ist hauptsächlich auf das Aktienderivategeschäft zurückzuführen, das durch das volatile Marktumfeld beeinflusst wurde. Einen weiteren Beitrag hat der Aktienhandel geleistet. Hier wurde durch Marktanteilsgewinne und damit einhergehende Volumenzuwächse trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds ein höherer Zinsüberschuss erzielt. In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren die Haupttreiber für den gestiegenen Zinsüberschuss und das stärkere Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen höhere Erträge im kundenbezogenen Kreditgeschäft nach einer Erholung der Kreditmärkte sowie eine durch starke Kundenaktivitäten getriebene Ertragsverbesserung im Zinsgeschäft. Diese Entwicklung wurde teilweise durch niedrigere Erträge im Geldmarktgeschäft aufgrund sinkender Volatilität ausgeglichen. Die Verbesserung des Ergebnisses aus den sonstigen zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Produkten in CB&S ist auf methodische Änderungen bei der Berechnung der DVA für derivative Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Global Transaction Banking (GTB)

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 2,0 Mrd €, was einem Rückgang um 32 Mio € (2 %) im Vergleich zu 2012 entspricht. Der Zinsüberschuss sank im Vergleich zum Vorjahr infolge des niedrigen Zinsniveaus in Kernmärkten und des Wettbewerbsdrucks auf Margen. Außerdem wurde das in Euro berichtete Ergebnis durch Wechselkursschwankungen im Vergleich zu 2012 negativ beeinflusst.

2012

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2011 um 20 Mio € (1 %) auf 2,0 Mrd € in 2012. Der Zinsüberschuss erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr dank einer starken Performance, die auf hohe Volumina, über alle Produkte und Regionen in GTB hinweg, zurückzuführen war. Die Zunahme wurde durch einen Rückgang des Zinsüberschusses im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden aufgehoben, der hauptsächlich dem niedrigen Zinsumfeld geschuldet war.

Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM)

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 1,6 Mrd €, was einem Rückgang um 406 Mio € (21 %) im

Vergleich zu 2012 entspricht. Dieser Rückgang war insbesondere auf die Entkonsolidierung von Fonds in 2013 zurückzuführen und wurde durch damit verbundene Anstiege in anderen Ertragskomponenten kompensiert.

2012

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2011 um 983 Mio € (99 %) auf 2,0 Mrd € in 2012. Der Anstieg ist insbesondere auf das positive Ergebnis bei Abbey Life zurückzuführen. Dieser Effekt wurde durch gegenläufige Beträge in den Zinsunabhängigen Aufwendungen teilweise ausgehoben.

Private & Business Clients (PBC)

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 6,0 Mrd €, was einem Rückgang um 254 Mio € (4 %) im Vergleich zu 2012 entspricht. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf das anhaltend niedrige Zinsumfeld, das die Erträge aus Kundeneinlagen beeinflusst, und höhere negative Effekte aus der Kaufpreisallokation der Postbank zurückzuführen.

2012

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank 2012 um 405 Mio € (6 %) auf 6,2 Mrd €. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus niedrigeren Effekten aus der Kaufpreisallokation sowie gesunkenen Zinserträgen der Postbank.

Non-Core Operations Unit (NCOU)

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 83 Mio €, was einem Rückgang um 191 Mio € (70 %) im Vergleich zu 2012 entspricht. Der Haupttreiber für diesen Rückgang waren niedrigere Portfolioerträge infolge des beschleunigten Risikoabbaus über alle Produkte in der NCOU hinweg, der insgesamt zu geringeren Verlusten aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert führte.

2012

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen reduzierte sich 2012 um 313 Mio € (53 %) auf 275 Mio €. Diese Entwicklung war vor allem auf eine nach dem Risikoabbau niedrigere Summe der Aktiva über alle Produkte in der NCOU hinweg sowie geringere negative Effekte aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert zurückzuführen, die vorwiegend durch Schwankungen der Risikoaufschläge verursacht wurden.

Consolidation & Adjustments (C&A)

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 19 Mio € im Vergleich zu 369 Mio € in 2012. Dieser Rückgang war überwiegend durch sich im Zeitablauf ausgleichende unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS bedingt. Der übrige Rückgang war auf nicht den Segmenten zugeordneten Zinsüberschuss und auf Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zurückzuführen.

2012

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug 369 Mio € in 2012, nach einem Verlust von 42 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg der Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen war im Wesentlichen auf sich im Zeitablauf ausgleichende unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS zurückzuführen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2013

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in 2013 betrug 2,1 Mrd € und war damit gegenüber dem Vorjahr um 344 Mio € oder 20 % angestiegen. Die Riskovorsorge in NCOU stieg unter anderem im Zusammenhang mit Krediten an Unternehmen im europäischen gewerblichen Immobiliensektor. Weitere Anstiege verzeichneten GTB aufgrund eines Einzelkundenkreditereignisses sowie CB&S wegen gestiegener Risikovorsorge für Kredite an Schiffsgesellschaften. Diese Erhöhungen wurden teilweise durch einen Rückgang in PBC aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr günstigeren Kreditumfelds in Deutschland kompensiert.

2012

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging 2012 um 118 Mio € auf 1,7 Mrd € zurück. Dieser Rückgang resultierte insbesondere aus PBC und spiegelt die verbesserte Portfolioqualität in Deutschland wider. Dem standen höhere Rückstellungen für nach IAS 39 reklassifizierte Aktiva gegenüber, die in der NCOU verbucht wurden.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	12.308	11.809	11.878	500	4	-69	-1
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	394	301	123	93	31	178	145
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	369	163	-264	206	127	427	N/A
Sonstige Erträge	193	-120	1.322	313	N/A	-1.442	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	13.264	12.153	13.059	1.111	9	-906	-7

N/A – nicht aussagekräftig

1 beinhaltet:

	2013	2012	2011	in € m.	in %	in € m.	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:							
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	435	449	491	-13	-3	-42	-9
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.963	2.609	2.760	354	14	-151	-5
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	247	239	207	8	3	32	15
Insgesamt	3.646	3.297	3.458	349	11	-161	-5
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts:							
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	2.378	2.318	2.118	60	3	200	9
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.542	1.526	1.882	15	1	-356	-19
Insgesamt	3.920	3.844	4.000	76	2	-156	-4
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	4.742	4.667	4.421	76	2	246	6
Provisionsüberschuss insgesamt	12.308	11.809	11.878	500	4	-69	-1

Provisionsüberschuss

2013

Der Provisionsüberschuss stieg von 11,8 Mrd € in 2012 um 500 Mio € auf 12,3 Mrd € in 2013. Die Provisionen aus verwaltetem Vermögen stiegen im Umfeld der günstigen Entwicklung an den globalen Leveraged Debt-Märkten, die von den niedrigen Zinsen profitierten. Die Provisionen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie dem Brokeragegeschäft und aus sonstigen Dienstleistungen verbesserten sich infolge der gestiegenen Kundenaktivität und verbesserter Marktbedingungen im globalen Aktienhandel.

2012

Im Geschäftsjahr 2012 lag der Provisionsüberschuss bei insgesamt 11,8 Mrd € und damit 69 Mio € unter dem Wert des Vorjahres. Die Zunahme des Provisionsüberschusses aus dem Beratungsgeschäft ging auf Global Finance sowie DeAWM Alternatives zurück und spiegelte erhöhte Geschäftsaktivitäten wider. Im Emissionsgeschäft lag der Provisionsüberschuss auf einem vergleichbaren Niveau wie 2011 mit einem Anstieg im Zinsgeschäft und Handel mit Kreditprodukten. Ursächlich hierfür waren höhere Emissionsvolumina bei Unternehmensanleihen, denen ein geringerer Provisionsüberschuss im Aktienhandel gegenüberstand. Der Provisionsüberschuss aus sonstigen Dienstleistungen stieg leicht an. Dies war insbesondere auf die Bereiche Trade Finance und Cash Management Corporates in GTB sowie das Zinsgeschäft und den Handel mit Kreditprodukten in CB&S zurückzuführen. Der Provisionsüberschuss im Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Dienstleistungen wurde jedoch durch einen Rückgang des Provisionsüberschusses im Brokeragegeschäft aufgrund der gedämpften Investmentaktivitäten der Kunden, vor allem bei Produkten von PBC, sowie in Global Equities aufgehoben.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

2013

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich in 2013 auf 394 Mio €, nach 301 Mio € im Vorjahr. Das Ergebnis 2013 ergab sich in erster Linie aus dem Risikoabbau im NCOU-Portfolio.

2012

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich in 2012 auf 301 Mio €, nach 123 Mio € im Vorjahr. Die Zunahme war vor allem auf einen Gewinn in Höhe von 152 Mio € aus dem Verkauf von EADS-Aktien sowie auf einen Gewinn aus der Veräußerung des strukturierten Kreditportfolios in der NCOU zurückzuführen. Dieses Ergebnis wurde durch Effekte aus bestimmten Abschreibungen und Verlusten aus Verkäufen im Rahmen des Risikoabbaus in der NCOU belastet. In 2011 waren Gewinne aus Verkäufen in Höhe von 485 Mio € sowie ein einmaliger positiver Effekt von 263 Mio € aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank entstanden. Diese positiven Faktoren waren durch Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen von insgesamt 527 Mio € teilweise aufgehoben worden.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

2013

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen stieg im Geschäftsjahr von 163 Mio € in 2012 auf 369 Mio €. Darin waren anteilige Gewinne von 374 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank enthalten.

2012

In 2012 betrug das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen 163 Mio €, nach einem Verlust von 264 Mio € in 2011. Das Ergebnis in 2012 beinhaltet anteilige Gewinne von 311 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank, die teilweise durch eine Abschreibung von 257 Mio € in Bezug auf die Actavis Group aufgehoben wurden. Der Verlust in 2011 war auf anteilige Gewinne von 154 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank sowie eine Abschreibung von 457 Mio € in Bezug auf die Actavis Group zurückgegangen.

Sonstige Erträge

2013

Die Sonstigen Erträge verbesserten sich von negativen 120 Mio € im Jahr 2012 auf positive 193 Mio € in 2013. Die Verbesserung in 2013 wurde hauptsächlich im Rahmen der Aktivitäten zum Risikoabbau von Portfolios in der NCOU erzielt. Eine Wertminderung in Bezug auf den erwarteten Verkauf der BHF-Bank wurde durch die anhaltend positive Entwicklung des operativen Gewinns in Maher Terminals teilweise kompensiert. Die Verluste aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten waren deutlich niedriger als im Vorjahr.

2012

Die Sonstigen Erträge beliefen sich in 2012 auf negative 120 Mio €, nach positiven 1,3 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang ging hauptsächlich auf signifikante Verluste aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten zurück. Sie wurden durch Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas und Maher Terminals sowie aus der Abwicklung einer vom Verkäufer des erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden erhaltenen Kreditabsicherung ausgeglichen. In 2011 hatten die Sonstigen Erträge in erster Linie deutliche Gewinne aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivategeschäften sowie gestiegene Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas umfasst.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Personalaufwand	12.329	13.490	13.135	- 1.160	- 9	355	3
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	15.126	15.017	12.657	110	1	2.360	19
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	460	414	207	46	11	207	100
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	79	1.886	0	- 1.808	- 96	1.886	N/A
Restrukturierungsaufwand	399	394	0	5	1	394	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	28.394	31.201	25.999	- 2.807	- 9	5.202	20

N/A - nicht aussagekräftig

¹ beinhaltet:

	2013	2012	2011	in € m.	in %	in € m.	in %
EDV-Aufwendungen	3.074	2.547	2.194	527	21	353	16
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.073	2.115	2.072	- 42	- 2	43	2
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.804	1.852	1.621	- 48	- 3	231	14
Kommunikation und Datenadministration	865	907	849	- 42	- 5	58	7
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	441	518	539	- 77	- 15	- 21	- 4
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	569	609	504	- 40	- 7	105	21
Marketingaufwendungen	314	362	410	- 48	- 13	- 48	- 12
Konsolidierte Beteiligungen	797	760	652	37	5	108	17
Sonstige Aufwendungen ²	5.189	5.347	3.815	- 158	- 3	1.532	40
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	15.126	15.017	12.657	110	1	2.360	19

² Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 3,0 Mrd € in 2013 und von 2,6 Mrd € in 2012. Im Jahr 2011 waren Sonderbelastungen in CB&S (655 Mio € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland) und die erstmalige Erfassung der Bankenabgabe in Deutschland und Großbritannien in Höhe von 247 Mio € enthalten.

Personalaufwand

2013

Der Personalaufwand ging in 2013 um 1,2 Mrd € (9 %) auf 12,3 Mrd € gegenüber 13,5 Mrd € in 2012 zurück. Im Rückgang des Personalaufwands spiegeln sich geringere Amortisierungskosten für aufgeschobene Vergütung infolge reduzierter aufgeschobener Awards und positive Effekte aus der fortlaufenden Umsetzung des OpEx-Programms wider.

2012

Der Personalaufwand nahm im Gesamtjahr 2012 um 355 Mio € (3 %) gegenüber 2011 zu. Die Hälfte des Anstiegs war auf die variable Vergütung zurückzuführen. Diese hatte sich hauptsächlich durch eine Reduktion der Deferral Rate von 61 % auf 47 % erhöht, was zu einer höheren Barkomponente bei der variablen Vergütung führte. Niedrigere Amortisierungskosten für aufgeschobene Awards durch niedrigere aufgeschobene Vergütungen an Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren, hatten diesen Effekt teilweise aufgehoben. Der andere wesentliche Treiber war die negative Auswirkung von Wechselkursänderungen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

2013

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stieg um 110 Mio € (1 %) von 15,0 Mrd € in 2012 auf 15,1 Mrd € in 2013. Der Anstieg ist hauptsächlich auf höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und höhere EDV-Aufwendungen durch höhere Umsetzungskosten für das OpEx-Programm und die Anlaufkosten von Projekten in 2013 zurückzuführen. Teilweise gegenläufig war der Wegfall der in 2012 gebuchten Restrukturierungsmaßnahmen in den Niederlanden. Außerdem gingen die Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen, Kommunikation, Reisen und Repräsentation sowie die Marketingaufwendungen zurück.

2012

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand erhöhte sich um 2,4 Mrd € (19 %) von 12,7 Mrd € in 2011 auf 15,0 Mrd € in 2012. Wesentliche Gründe für den Anstieg waren neue Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie Sonderposten im Zusammenhang mit der Restrukturierung unseres niederländischen Firmenkundengeschäfts. Beide Positionen wurden unter den Sonstigen Aufwendungen ausgewiesen. Weitere Treiber waren höhere EDV-Aufwendungen einschließlich der Wertminderungen auf die Technikplattform NPP, höhere EDV-Wertminderungen und die neue Magellan-Plattform in PBC. Die Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen erhöhten sich im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten sowie einer Sonderbelastung durch die strategische Überprüfung von DeAWM. Ferner ergaben sich höhere Kosten aus den konsolidierten Beteiligungen The Cosmopolitan of Las Vegas und Maher Terminals.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft

2013

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stiegen von 414 Mio € in 2012 um 46 Mio € auf 460 Mio € in 2013, ausschließlich aufgrund versicherungsbezogener Aufwendungen in Bezug auf Abbey Life. Diese Aufwendungen werden durch Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen bei den Aufwendungen im Versicherungsgeschäft kompensiert.

2012

In 2012 beliefen sich die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft auf 414 Mio €. Der Anstieg um 207 Mio € gegenüber dem Vorjahr stand ausschließlich im Zusammenhang mit versicherungsbezogenen Aufwendungen in unserem Abbey Life-Geschäft.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte

2013

In 2013 waren die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte von 79 Mio € vor allem auf das Firmenkundengeschäft in den Niederlanden (GTB) zurückzuführen. Wie bereits in 2012 waren diese im Zuge der weiteren Umsetzung von Restrukturierungsmaßnahmen als Teil der Strategie 2015+ angefallen.

2012

In 2012 beliefen sich die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte auf 1,9 Mrd €. Diese beinhalteten Wertminderungen von 1,2 Mrd € in CB&S vor der Neusegmentierung. Prüfungen nach der Neusegmentierung ergaben für die neu gegründete NCOU weitere Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 421 Mio €. Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhalteten 202 Mio € in DeAWM und 73 Mio € in GTB im Zusammenhang mit unserem Firmenkundengeschäft in den Niederlanden. In 2011 waren keine Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte angefallen.

Restrukturierungsaufwand

2013

In 2013 ergab sich Restrukturierungsaufwand in Höhe von 399 Mio € im Rahmen unseres OpEx-Programms. Dieser lag auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vorjahr.

2012

In 2012 hatten die Restrukturierungsaufwendungen 394 Mio € betragen und zu reduzierten Aufwendungen für Gehälter und Zusatzleistungen im vierten Quartal geführt. In 2011 waren keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen.

Ertragsteueraufwand

2013

In 2013 lag der Ertragsteueraufwand bei 775 Mio €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 53 % ergab. In 2012 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 498 Mio €, der zu einer effektiven Steuerquote von 61 % führte. Die effektive Steuerquote für 2013 wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen beeinflusst.

2012

In 2012 lag der Ertragsteueraufwand bei 498 Mio €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 61 % ergab. In 2011 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 1,1 Mrd €, der zu einer effektiven Steuerquote von 20 % führte. Die effektive Steuerquote für 2012 wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen, darunter erfasste Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts, beeinflusst. Die effektive Steuerquote für 2011 hatte im Wesentlichen aus Änderungen bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern, einer vorteilhaften geografischen Verteilung des Konzernergebnisses und der teilweisen Steuerbefreiung des Gewinns im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank resultiert.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu den folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme und
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten Finanzzahlen.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2013 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2013	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	13.623	4.069	4.735⁴	9.550	867	32.844	- 929	31.915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	190	315	23	719	818	2.064	0	2.065
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.353	2.648	3.929	7.276	3.358	27.564	830	28.394
davon:								
Abschreibungen und Amortisation	2	0	0	0	2	5	18	23
Abfindungszahlungen	27	8	5	225	13	278	25	303
Aufwendungen im								
Versicherungsgeschäft	0	0	460	0	0	460	0	460
Restrukturierungsaufwand	147	54	170	22	7	399	0	399
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	57	14	7	0	79	0	79
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	0	1	0	-3	15	- 15	0
Ergebnis vor Steuern	3.063	1.107	782	1.555	- 3.306	3.200	- 1.744	1.456
Aufwand-Ertrag-Relation	76 %	65 %	83 %	76 %	N/A	84 %	N/A	89 %
Aktiva^{2,3}	1.111.592	97.240	72.613	265.359	54.224	1.601.029	10.372	1.611.400
Investitionen in langlebige Aktiva	12	9	7	176	0	203	539	742
Risikogewichtete Aktiva	118.689	36.811	12.553	73.001	48.483	289.537	10.832	300.369
Durchschnittliches Active Equity ⁵	20.687	5.082	5.855	13.976	9.833	55.434	0	55.434
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15 %	22 %	13 %	11 %	- 34 %	6 %	N/A	3 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁶	9 %	13 %	8 %	6 %	- 20 %	3 %	N/A	1 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.409	1.930	988	5.963	619	14.909	- 76	14.834
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	77	3	18	375	- 105	368	1	369
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	628	48	143	2.563	171	3.554	28	3.581

N/A – nicht aussagekräftig

³ Seit 2012 sind die Aktiva der Segmente konsolidiert, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Beinhaltet Erträge aus Abbey Life in Höhe von 494 Mio €, die im Zusammenhang mit Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stehen und von diesen aufgehoben werden.

⁵ Seit dem 1. Juli 2013 wird die im CRR/CRD 4-Rahmenwerk enthaltene Definition von Active Equity verwendet. Demzufolge wird das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital nur noch um die Dividendenabgrenzung angepasst. Die Zahlen für 2013 und 2012 wurden angepasst, um diesen Effekt abzubilden.

⁶ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die zum 31. Dezember 2013 53 % betrug. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind, eliminiert. Zum 31. Dezember 2013 wurde demnach für die Segmente eine Steuerquote von 42 % angewandt.

2012	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Total Management Reporting	Consoli- dation & Adjustments	Total Consolidated
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	15.448	4.200	4.470⁴	9.540	1.054	34.711	-975	33.736
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	81	208	18	781	634	1.721	0	1.721
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.459	3.326	4.297	7.224	3.312	30.618	582	31.201
davon:								
Abschreibungen und Amortisation	5	0	0	0	2	8	17	25
Abfindungszahlungen	167	24	42	249	3	486	58	543
Aufwendungen im								
Versicherungsgeschäft	0	0	414	0	0	414	0	414
Restrukturierungsaufwand	244	40	104	0	4	392	0	394
Wertminderung auf immaterielle								
Vermögenswerte	1.174	73	202	15	421	1.886	0	1.886
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	17	0	1	16	31	65	-65	0
Ergebnis vor Steuern	2.891	665	154	1.519	-2.923	2.307	-1.493	814
Aufwand-Ertrag-Relation	81 %	79 %	96 %	76 %	N/A	88 %	N/A	92 %
Aktiva ^{2,3}	1.464.721	87.997	78.103	282.427	97.451	2.010.699	11.577	2.022.275
Investitionen in langlebige Aktiva	15	1	1	140	0	157	477	634
Risikogewichtete Aktiva	117.056	34.976	12.429	72.695	80.317	317.472	16.133	333.605
Durchschnittliches Active Equity ⁵	20.790	4.133	5.907	12.177	11.920	54.927	0	54.927
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	14 %	16 %	3 %	12 %	-25 %	4 %	N/A	1 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁶	9 %	10 %	2 %	8 %	-16 %	3 %	N/A	1 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.208	1.964	1.033	6.115	1.531	15.851	123	15.975
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	131	5	6	312	-295	159	4	163
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	751	46	131	2.303	307	3.538	39	3.577

N/A – nicht aussagekräftig

³ Seit 2012 sind die Aktiva der Segmente konsolidiert, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Beinhaltet Erträge aus Abbey Life in Höhe von 420 Mio €, die im Zusammenhang mit Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stehen und von diesen aufgehoben werden.

⁵ Seit dem 1. Juli 2013 wird die im CRR/CRD 4-Rahmenwerk enthaltene Definition von Active Equity verwendet. Demzufolge wird das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital nur noch um die Dividendenabgrenzung angepasst. Die Zahlen für 2013 und 2012 wurden angepasst, um diesen Effekt abzubilden.

⁶ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die zum 31. Dezember 2012 61 % betrug. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind, eliminiert. Zum 31. Dezember 2012 wurde demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 % angewandt.

2011	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Total Management Reporting	Consoli- dation & Adjustments	Total Consolidated
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	13.899	3.816	4.278⁴	10.397	877	33.267	- 39	33.228
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	50	198	16	1.185	391	1.840	- 1	1.839
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.144	2.588	3.321	7.132	2.561	25.747	252	25.999
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	35	6	24	129	272	466	442	908
Abfindungszahlungen	79	14	29	218	60	401	102	503
Aufwendungen im								
Versicherungsgeschäft	0	0	207	0	0	207	0	207
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	0	0	178	14	213	- 213	0
Ergebnis vor Steuern	3.684	1.029	941	1.902³	- 2.089	5.467	- 77	5.390
Aufwand-Ertrag-Relation	73 %	68 %	78 %	69 %	N/A	77 %	N/A	78 %
Aktiva ^{2,5}	1.580.190	97.423	68.848	269.986	134.812	2.151.260	12.843	2.164.103
Investitionen in langlebige Aktiva	43	7	37	181	98	366	487	853
Risikogewichtete Aktiva	147.161	35.127	14.625	78.637	103.812	379.361	1.884	381.246
Durchschnittliches Active Equity	13.604	3.811	5.656	12.081	11.447	46.599	3.850	50.449
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	27 %	27 %	17 %	16 %	- 18 %	12 %	- 2 %	10 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁶	19 %	19 %	12 %	11 %	- 13 %	8 %	N/A	8 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.787	1.906	805	6.594	2.152	17.244	201	17.445
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	23	2	41	140	- 472	- 266	2	- 264
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	731	43	154	2.043	751	3.722	38	3.759

N/A – nicht aussagekräftig

³ Beinhaltet einen positiven Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank (PBC).

⁴ Beinhaltet Erträge aus Abbey Life in Höhe von 178 Mio €, die im Zusammenhang mit Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stehen und von diesen aufgehoben werden.

⁵ Seit 2012 sind die Aktiva der Segmente konsolidiert, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Vorherige Perioden wurden entsprechend angepasst.

⁶ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die zum 31. Dezember 2011 20 % betrug. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind, eliminiert. Zum 31. Dezember 2011 wurde demnach für die Segmente eine Steuerquote von 30 % angewandt.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.903	9.190	8.539	- 2.288	- 25	651	8
Sales & Trading (Equity)	2.737	2.288	2.235	449	20	53	2
Emissionsgeschäft (Debt)	1.557	1.417	1.055	140	10	362	34
Emissionsgeschäft (Equity)	732	518	559	214	41	- 41	- 7
Beratung	480	590	621	- 110	- 19	- 31	- 5
Kreditgeschäft	1.234	899	930	336	37	- 31	- 3
Sonstige Produkte	- 21	547	- 39	- 567	N/A	586	N/A
Summe Erträge insgesamt	13.623	15.448	13.899	- 1.826	- 12	1.549	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	190	81	50	109	134	31	62
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.353	12.459	10.144	- 2.106	- 17	2.315	23
davon:							
Restrukturierungsaufwand	147	244	0	- 96	- 40	244	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	1.174	0	- 1.174	N/A	1.174	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	17	22	- 1	- 6	- 5	- 23
Ergebnis vor Steuern	3.063	2.891	3.684	172	6	- 793	- 22
Aufwand-Ertrag-Relation	76 %	81 %	73 %	N/A	- 5 Ppkt	N/A	8 Ppkt
Aktiva ¹	1.111.592	1.464.721	1.580.190	- 353.128	- 24	- 115.469	- 7
Risikogewichtete Aktiva	118.689	117.056	147.161	1.633	1	- 30.105	- 20
Durchschnittliches Active Equity ²	20.687	20.790	13.604	- 103	0	7.186	53
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15 %	14 %	27 %	N/A	1 Ppkt	N/A	- 13 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

2013

Das Ergebnis im Berichtsjahr wurde erheblich beeinträchtigt durch die anhaltende Marktunsicherheit, insbesondere in Bezug auf die Entscheidung der US-amerikanischen Notenbank, die quantitativen Lockerungsmaßnahmen schrittweise zu reduzieren („Tapering“), verbunden mit einer Senkung der Liquidität und einer Verlangsamung der Kundenaktivität.

Im Gesamtjahr 2013 beliefen sich die Erträge auf 13,6 Mrd €, was einem Rückgang von 1,8 Mrd € oder 12 % gegenüber 15,4 Mrd € im Vorjahr entspricht. Die Erträge wurden beeinflusst durch drei Positionen an Bewertungsanpassungen: Erstens einen Marktwertverlust von 265 Mio € aus Absicherungsgeschäften zur Reduzierung von Pro-forma risikogewichteten Aktiva bei kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustment, CVA) gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)/Capital Requirements Directive 4 (CRD 4); zweitens, einen Verlust in Höhe von 21 Mio € im Zusammenhang mit dem Effekt einer Anpassung der Bewertung von Forderungen (Debt Valuation Adjustment, DVA) für bestimmte derivative Verbindlichkeiten. Diese Verluste wurden durch einen Gewinn von 83 Mio € aus einer Bewertungsanpassung in Bezug auf die Refinanzierungskosten (Funding Valuation Adjustment, FVA) bei bestimmten derivativen Engagements teilweise ausgeglichen. Bereinigt man die Jahre 2013 und 2012 um diese Effekte, waren die Erträge um 1,3 Mrd € (8 %) niedriger als im Gesamtjahr 2012.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im Berichtsjahr mit 6,9 Mrd € um 2,3 Mrd € (25 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Erträge in Rates waren erheblich niedriger als in 2012. Ursächlich hierfür ist die gesunkene Kundenaktivität, die auf eine schwächere Liquidität und anhaltende Marktunsicherheit zurückzuführen ist. Das RMBS-Geschäft wurde durch die im Berichtsjahr durchgeführten Maßnahmen zum Risikoabbau beeinträchtigt. Diese Entwicklung wurde durch eine schwächere Liquidität und anhaltende Unsicherheit an den Märkten verschärft und führte zu signifikant geringeren Erträgen gegenüber dem Vorjahr. Im Rohstoffhandel waren die Erträge bedingt durch eine gesunkene Kundenaktivität und ein

schwieriges Handelsumfeld erheblich geringer als in 2012. Trotz gestiegener Volumina sanken die Erträge im Devisengeschäft aufgrund geringerer Volatilität und höheren Margendrucks im Vergleich zum Vorjahr. Die Deutsche Bank belegte in der jährlichen Devisenmarktumfrage von Euromoney zum neunten Mal in Folge den ersten Platz. In den Bereichen Emerging Markets, Flow Credit und Credit Solutions waren die Erträge im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) stiegen gegenüber 2012 um 449 Mio € (20 %) auf 2,7 Mrd €. Dabei verzeichneten die Bereiche Equity Trading und Equity Derivatives – dort sogar erheblich – höhere Erträge als im Vorjahr, was auf eine höhere Kundenaktivität und ein verbessertes Marktumfeld zurückzuführen ist. Im Bereich Prime Finance blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich auf 2,8 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber 2012 um 244 Mio € (10 %). Die Erträge im Emissionsgeschäft (Debt) waren im Berichtsjahr höher als im Vorjahr und im Emissionsgeschäft (Equity) sogar erheblich höher. Dies spiegelt eine starke Emissionsaktivität in den Debt- und Equity-Märkten weltweit wider. Im Beratungsgeschäft waren die Erträge infolge eines verminderten Provisionsaufkommens und geringerer Transaktionsvolumina niedriger als im Vorjahr. Bezogen auf den Anteil am Provisionsaufkommen in Corporate Finance belegte die Deutsche Bank in Europa Platz eins und konnte sich auch im europäischen Emissionsgeschäft (Equity) diese Führungsposition sichern (alle Ranglistenpositionen gemäß Dealogic, sofern nicht anders angegeben).

Die Erträge im Kreditgeschäft lagen 2013 mit 1,2 Mrd € um 336 Mio € (37 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Dieser Anstieg ist auf niedrigere Absicherungskosten, einen niedrigeren Anteil an Krediten, die nach dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten sind, die günstige Entwicklung der Risikoaufschläge sowie eine weitere Stärkung unseres gewerblichen Immobiliengeschäfts zurückzuführen.

Im Gesamtjahr 2013 sanken die Erträge aus Sonstigen Produkten auf negative 21 Mio von positiven 547 Mio € in 2012. Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen infolge eines positiven Effekts im Vorjahr aus der in 2012 verfeinerten Berechnungsmethodik der Debt Valuation Adjustment (DVA) im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften, der sich nicht wiederholte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CB&S belief sich im Gesamtjahr 2013 auf 190 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg um 109 Mio € (134 %) gegenüber dem Vorjahr und ist auf gestiegene Vorsorgen auf Schiffsfinanzierungen zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen 10,4 Mrd € und waren gegenüber dem Vorjahreswert von 12,5 Mrd €, der eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte beinhaltete, um 2,1 Mrd € geringer. Ohne Berücksichtigung dieser Belastungen resultierte der Rückgang aus einem geringeren Personal- und Sachaufwand infolge der laufenden Umsetzung von OpEx-Maßnahmen verbunden mit günstigen Wechselkursänderungen. Dieser Rückgang wurde durch steigende Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten teilweise aufgehoben.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 3,1 Mrd € nach 2,9 Mrd € im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren der Wegfall der Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte sowie ein geringerer Personal- und Sachaufwand, die durch niedrigere Erträge und höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten teilweise aufgehoben wurden.

2012

Im Jahr 2012 betragen die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) 9,2 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 651 Mio € (8 %) trotz eines negativen Effekts von 166 Mio € im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments (CVA)) im vierten Quartal 2012, der einer Verfeinerung der Berechnungsmethodik und Reduzierung der Risikoaktiva geschuldet war. Die Erträge im Zinsgeschäft (Rates) und im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten (Credit Flow Trading) waren deutlich höher als im Vorjahr. Dies ist zum einen auf wesentlich verbesserte Erträge im kundenbezogenen Geschäft zurückzuführen, die aus günstigeren Kreditmarktbedingungen resultierten, sowie zum anderen auf

gestiegene Erträge im Zinsgeschäft infolge einer starken Kundenaktivität, insbesondere in Europa. Die Erträge in Structured Finance lagen über dem Vergleichswert des Vorjahres und spiegelten eine starke Kundennachfrage vorwiegend nach verbrieften gewerblichen Immobilienkredit-Produkten (CMBS) wider. Im Gegensatz hierzu waren die Erträge im Devisengeschäft infolge geschrumpfter Margen niedriger, und das trotz gesteigener Volumina. Im Geldmarktgeschäft lagen die Erträge aufgrund geringerer Volatilität unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Erträge aus dem Handel mit Rohstoffen und verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) waren im Vergleich zum Jahr 2011 auch geringer. Im Anleihegeschäft in Schwellenländern blieben die Erträge gegenüber dem Vorjahr konstant.

Sales & Trading (Equity) erzielte im Jahr 2012 Erträge von 2,3 Mrd €. Das entspricht einer leichten Erhöhung zum Vorjahr. Im Aktienderivategeschäft war ein deutliches Ertragswachstum gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, in dem sich die starke Marktvolatilität negativ ausgewirkt hatte. Die Erträge im Aktienhandel blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Rückgänge infolge schwierigerer Marktbedingungen wurden durch höhere Marktanteile kompensiert. In Prime Finance lagen die Erträge aufgrund geringerer Margen unter dem Vorjahreswert.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich auf 2,5 Mrd € und waren damit um 290 Mio € höher als im Vorjahr. Bezogen auf das Provisionsaufkommen in Corporate Finance belegte die Deutsche Bank weltweit Platz fünf und in Europa Platz eins. Die Erträge im Beratungsgeschäft waren niedriger als im Vorjahr. Hier belegte die Deutsche Bank weltweit Platz sechs und in Europa Platz zwei. Im Emissionsgeschäft (Debt) stiegen die Erträge dank einer Zunahme der Emission von Unternehmensanleihen, während die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) sanken, was auf einen branchenweiten Rückgang der Börsengänge im ersten Halbjahr 2012 zurückzuführen war. Die Deutsche Bank belegte im Emissionsgeschäft (Equity) weltweit Platz fünf und in Europa Platz zwei. (Alle Ranglistenpositionen gemäß Dealogic, sofern nicht anders angegeben.)

Im Jahr 2012 betragen die Erträge aus Sonstigen Produkten 547 Mio € im Vergleich zu negativen 39 Mio € im Jahr 2011. Dies resultierte hauptsächlich aus einem Effekt in Höhe von 516 Mio € infolge einer verfeinerten Berechnungsmethodik der vorgenannten Debt Value Adjustments (DVA) im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen 12,5 Mrd €, was im Vergleich zum Vorjahreswert von 10,1 Mrd € einen wesentlichen Anstieg von 2,3 Mrd € gegenüber 2011 bedeutet. Rund die Hälfte des Anstiegs entfällt auf Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte. Zudem beinhaltet der Anstieg 315 Mio € Umsetzungskosten im Zusammenhang mit unserem OpEx-Programm sowie nachteilige Wechselkursänderungen und höhere Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten. Diese Erhöhungen wurden durch den Wegfall einer Sonderbelastung von 310 Mio €, die im Vorjahr im Zusammenhang mit Umsatzsteueransprüchen in Deutschland erfasst worden war, und geringere Aufwendungen für leistungsunabhängige Vergütungen durch die Umsetzung des vorgenannten OpEx-Programms teilweise ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 2,9 Mrd € nach 3,7 Mrd € im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte, höhere Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten sowie Umsetzungskosten im Zusammenhang mit unserem OpEx-Programm. Dies wurde durch höhere Erträge, den Wegfall des zuvor genannten Umsatzsteueranspruchs in Deutschland aus dem Vorjahr und Kosteneinsparungen im Rahmen des OpEx-Programms teilweise ausgeglichen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Transaction Services	4.069	4.200	3.816	- 130	- 3	384	10
Sonstige Produkte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Summe Erträge insgesamt	4.069	4.200	3.816	- 130	- 3	384	10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	315	208	198	107	52	10	5
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.648	3.326	2.588	- 679	- 20	738	29
davon:							
Restrukturierungsaufwand	54	40	0	13	33	40	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	57	73	0	- 16	- 22	73	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	1.107	665	1.029	441	66	- 364	- 35
Aufwand-Ertrag-Relation	65 %	79 %	68 %	N/A	- 14 Ppkt	N/A	11 Ppkt
Aktiva ¹	97.240	87.997	97.423	9.243	11	- 9.426	- 10
Risikogewichtete Aktiva	36.811	34.976	35.127	1.835	5	- 151	0
Durchschnittliches Active Equity ²	5.082	4.133	3.811	949	23	322	8
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	22 %	16 %	27 %	N/A	6 Ppkt	N/A	- 11 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

2013

GTB verzeichnete 2013 trotz schwieriger Marktbedingungen eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Profitabilität. Die Ergebnisse beinhalteten in 2013 und 2012 Einmaleffekte im Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategie 2015+. In beiden Berichtszeiträumen waren Umsetzungskosten für das OpEx-Programm sowie eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte enthalten. Zudem enthielt das Berichtsjahr 2012 Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie eine Ausgleichszahlung für eine vom Verkäufer erhaltene Kreditabschirmung im Rahmen der Neuausrichtung im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden.

Die Erträge sanken im Vergleich zu 2012 um 130 Mio € (3 %). Das Berichtsjahr 2012 enthielt eine Ausgleichszahlung im Zusammenhang mit der oben genannten Neuausrichtung in den Niederlanden. 2013 beinhaltete einen Gewinn aus dem Verkauf der Deutsche Card Services. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld in 2013 erwies sich aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsumfelds in den Kernmärkten und eines steten Margendrucks als schwierig. Darüber hinaus wirkten sich die Wechselkursänderungen auf das in Euro ausgewiesene Ergebnis in GTB im Vergleich zu 2012 negativ aus. Trotz der vorgenannten Herausforderungen und Einmaleffekte verbesserten sich die Erträge gegenüber 2012 mit Wachstum in den Regionen APAC sowie Nord- und Südamerika. Die Erträge in Trade Finance waren stabil und profitierten von starken Volumina, wodurch der Effekt aus einem wettbewerbsintensiven Margenumfeld kompensiert wurde. Trust & Securities Services verzeichnete in diesem Marktumfeld infolge höherer Volumina ein robustes Ergebnis. Die starken Transaktionsvolumina und Kundenvermögen wirkten sich positiv auf die Erträge in Cash Management aus.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg gegenüber dem Vorjahr um 107 Mio € (52 %) an. Der Anstieg war insbesondere auf ein Kreditereignis im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in Trade Finance zurückzuführen und wurde durch niedrigere Rückstellungen im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden teilweise ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen um 679 Mio € (20 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Dies war vor allem auf den Wegfall der vorgenannten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie niedrigere Aufwendungen für die Neuausrichtung in den Niederlanden zurückzuführen. Die Umsetzungskosten im Zusammenhang mit dem OpEx-Programm in Höhe von 109 Mio € stiegen gegenüber dem Vorjahr um 68 Mio €. Ohne Berücksichtigung dieser Belastungen lagen die Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund des Wegfalls von Integrationskosten des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden sowie des fortgesetzten Fokus auf das Kostenmanagement unter dem Vergleichswert von 2012. Dies wurde durch einen Anstieg der Aufwendungen im Zusammenhang mit einer stärkeren Geschäftsaktivität sowie der Umsetzung der Strategie 2015+ teilweise ausgeglichen.

Der Gewinn vor Steuern (IBIT) lag um 441 Mio € (66 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres aufgrund der Einmaleffekte in 2012.

2012

Das Ergebnis von GTB in 2012 beinhaltete die zuvor genannten Einmaleffekte.

Die Erträge stiegen in 2012 deutlich um 384 Mio € (10 %) gegenüber dem Vorjahr. 2012 enthielt eine Ausgleichszahlung im Zusammenhang mit der zuvor genannten Neuausrichtung in den Niederlanden. Ohne Berücksichtigung dieses Einmaleffektes stiegen die Erträge aufgrund einer starken Ertragslage über alle Produkte und Regionen hinweg an, was auf starken Geschäftsvolumina in einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld basierte. In Trade Finance wirkte sich eine starke Nachfrage nach internationalen Handels- und Finanzierungsprodukten positiv aus. Trust & Securities Services verzeichnete dank eines Anstiegs der Provisionserträge, vor allem im Corporate Trust-Geschäft in den USA, Wachstum. Cash Management profitierte vom anhaltenden „Flight to Quality“-Trend, der zu starken Transaktions- und höheren Einlagenvolumina führte, sowie vom Liquiditätsmanagement.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahm im Vergleich zu 2011 um 10 Mio € (5 %) zu, was auf das Firmenkundengeschäft in den Niederlanden zurückzuführen war. Dieser Anstieg wurde zum Teil durch niedrigere Aufwendungen in Trade Finance ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2012 vor allem aufgrund der vorgenannten Neuausrichtung in den Niederlanden und der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten um 738 Mio € (29 %) über dem Vorjahr. Auch ohne Berücksichtigung dieser Sondereffekte lagen die Zinsunabhängigen Aufwendungen über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dies spiegelte einen gestiegenen Personalaufwand und die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten wider. Teilweise wurde dies durch den Wegfall höherer Kosten im Zusammenhang mit der Amortisierung einer vorab gezahlten Prämie für eine Kreditabsicherung, die im Vorjahr erhalten worden war, ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern lag um 364 Mio € (35 %) unter dem des Vorjahreszeitraumes. Dieser Rückgang war auf die vorgenannte Neuausrichtung in den Niederlanden sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Managementgebühren und sonstige laufende Erträge	2.453	2.301	2.315	151	7	-14	-1
Transaktionsbezogene Erträge	917	884	927	34	4	-43	-5
Zinsüberschuss	545	496	348	48	10	148	43
Sonstige Erträge	327	369	510	-42	-11	-141	-28
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	494	420	178	74	18	242	136
Summe Erträge insgesamt	4.735	4.470	4.278	266	6	192	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	18	16	5	29	2	13
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.929	4.297	3.321	-368	-9	976	29
davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	460	414	207	46	11	207	100
Restrukturierungsaufwand	170	104	0	66	63	104	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	14	202	0	-188	-93	202	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	1	0	0	60	1	N/A
Ergebnis vor Steuern	782	154	941	628	N/A	-787	-84
Aufwand-Ertrag-Relation	83 %	96 %	78 %	N/A	-13 Ppkt	N/A	19 Ppkt
Aktiva ¹	72.613	78.103	68.848	-5.490	-7	9.255	13
Risikogewichtete Aktiva	12.553	12.429	14.625	124	1	-2.196	-15
Durchschnittliches Active Equity ²	5.855	5.907	5.656	-52	-1	251	4
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	13 %	3 %	17 %	N/A	11 Ppkt	N/A	-14 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Sonstige Informationen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mrd €	in %	in Mrd €	in %
Invested Assets ¹	923	920	897	3	0	23	3
Nettomittelzuflüsse	-13	-25	-20	12	-48	-5	25

¹ Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreiben, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

2013

DeAWM profitierte 2013 von den positiven Entwicklungen an den Aktien- und Anleihemärkten. Darüber hinaus führte die Initiative des Bereichs, die auf die Verbesserung der Betriebs- und Technologieplattform abzielte, zu Kostensenkungen.

Die Erträge von DeAWM lagen im Gesamtjahr 2013 bei 4,7 Mrd € und damit um 266 Mio € (6 %) über dem Wert des Vorjahres.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge haben sich um 151 Mio € (7 %) erhöht. Ursächlich dafür waren ein Anstieg des verwalteten Vermögens infolge der positiven Marktbedingungen und Margenverbesserungen nach einer günstigen Verschiebung im Produktmix hin zu alternativen Anlageformen und im Privatkundengeschäft. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Bezug auf Abbey Life erhöhten sich um 74 Mio € (18 %) gegenüber dem Vorjahr und wurden zum überwiegenden Teil durch die Zinsunabhängigen Aufwendungen kompensiert. Der Zinsüberschuss stieg dank der starken Zunahme der Erträge im Lombardkreditgeschäft sowie bei hypothekarisch besicherten Gewerbeimmobilien um 48 Mio € (10 %). Die Transaktionsbezogenen Erträge stiegen um 34 Mio € (4 %) infolge der höheren leistungsabhängigen Gebühren im Geschäft mit alternativen Anlageformen und aktiv verwalteten Fonds. Die Erträge aus Sonstigen Produkten sanken gegenüber 2012 um 42 Mio € (11 %) hauptsächlich infolge des Gewinns aus dem Verkauf von Value Retail im Vorjahr.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber 2012 um 5,0 Mio € (29 %) vor allem im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft in der Schweiz.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen waren um 368 Mio € (9 %) niedriger als im Vorjahr vor allem aufgrund niedrigerer Mitarbeiterzahlen in 2013 im Zusammenhang mit unserem OpEx Programm sowie Abschreibungen im Zusammenhang mit Scudder sowie im IT-Bereich. Diese wurden jedoch teilweise durch den vorgenannten Effekt im Zusammenhang mit Abbey Life kompensiert.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Gewinn vor Steuern von 782 Mio € erzielt. Dies entspricht einem Anstieg von 628 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich hierfür waren solide Erträge, 2012 durchgeführte Abschreibungen sowie unsere Fortschritte beim OpEx-Programm in 2013.

Die Invested Assets in DeAWM beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 923 Mrd € und lagen damit um 3 Mrd € über dem Wert zum Jahresende 2012. Einem positiven Effekt aus der Marktpreisentwicklung von 40 Mrd € standen Mittelabflüsse, Währungseffekte und sonstige Bewegungen entgegen. Die Nettomittelabflüsse entstanden vorwiegend im niedrigmargigen Geschäft mit institutionellen Kunden, die teilweise durch Mittelzuflüsse aus dem Privatkundengeschäft in Höhe von 11 Mrd € ausgeglichen wurden.

2012

Im Vergleich zu 4,3 Mrd € in 2011 verbesserten sich die Erträge in 2012 leicht um 192 Mio € (4 %). Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft erhöhten sich in Bezug auf Abbey Life um 242 Mio € (136 %) und wurden durch die Zinsunabhängigen Aufwendungen kompensiert.

Der Zinsüberschuss stieg in 2012 um 148 Mio € (43 %). Diese Zunahme resultierte aus zahlreichen gezielten Initiativen für Produkte der längerfristigen Refinanzierung. Sonstige Erträge sanken in 2012 um 141 Mio € (28 %), was auf den in 2011 verbuchten Veräußerungsgewinn aus Investments in RREEF sowie die geringere Nachfrage nach Hedgefondsprodukten zurückzuführen war. Transaktionsbezogene Erträge sind um 43 Mio € (5 %) infolge geringerer Kundenaktivitäten gesunken. Erträge im Bereich Managementgebühren und sonstiger laufender Erträge verzeichneten einen geringen Rückgang in Höhe von 14 Mio € (1 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 2 Mio € (13 %) verglichen mit 2011, ursächlich dafür war das US-Kreditgeschäft.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen nahmen im Vergleich zu 2011 um 976 Mio € (29 %) zu. Hauptursachen waren der oben genannte Effekt im Zusammenhang mit Abbey Life, Wertminderungen von 202 Mio € bei Scudder, IT-bezogene Wertminderungen von 90 Mio €, Umsetzungskosten von 104 Mio € im Zusammenhang mit dem OpEx Programm, Kosten der strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

In 2012 wurde ein Gewinn vor Steuern von 154 Mio € erzielt. Dies entspricht einem Rückgang von 787 Mio € gegenüber 2011. Höhere Erträge wurden durch gestiegene zinsunabhängige Aufwendungen infolge der vorgenannten Restrukturierungsaktivitäten und Wertminderungen überkompensiert.

Die Invested Assets in DeAWM beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 920 Mrd € und lagen damit um 23 Mrd € über dem Wert zum Jahresende 2011. Grund hierfür waren hauptsächlich positive Marktwertentwicklungen von 55 Mrd €. Dem standen Mittelabflüsse von 25 Mrd € und Währungseffekte von 7 Mrd € entgegen. Die Privatbank konnte Mittelzuflüsse von 15 Mrd € verzeichnen, denen Mittelabflüsse in der Vermögensverwaltung gegenüberstanden. Diese waren insbesondere auf das institutionelle Geschäft zurückzuführen, das von der strategischen Überprüfung beeinflusst wurde.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Kreditgeschäft	3.183	3.102	3.022	81	3	80	3
Einlagengeschäft	2.977	3.131	3.166	-155	-5	-35	-1
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	1.022	1.023	991	-2	0	32	3
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	1.212	1.146	1.257	66	6	-111	-9
Sonstige Produkte	1.156	1.136	1.961	20	2	-825	-42
Summe Erträge insgesamt	9.550	9.540	10.397	10	0	-857	-8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	719	781	1.185	-62	-8	-404	-34
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.276	7.224	7.132	52	1	92	1
davon:							
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	7	15	0	-8	-54	15	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	16	178	-15	-97	-162	-91
Ergebnis vor Steuern	1.555	1.519	1.902	35	2	-383	-20
Aufwand-Ertrag-Relation	76 %	76 %	69 %	N/A	0 Ppkt	N/A	7 Ppkt
Aktiva ¹	265.359	282.427	269.986	-17.068	-6	12.441	5
Risikogewichtete Aktiva	73.001	72.695	78.637	306	0	-5.942	-8
Durchschnittliches Active Equity ²	13.976	12.177	12.081	1.799	15	96	1
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	11 %	12 %	16 %	N/A	-1 Ppkt	N/A	-3 Ppkt
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich							
Privat- und Geschäftskundenbank:							
Erträge insgesamt	3.704	3.741	3.716	-37	-1	25	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	128	174	252	-46	-26	-78	-31
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.237	3.098	2.942	139	4	156	5
Ergebnis vor Steuern	339	468	522	-129	-28	-54	-10
Advisory Banking International:							
Erträge insgesamt	2.052	1.971	1.996	81	4	-25	-1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	248	211	176	37	17	35	20
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.139	1.217	1.195	-78	-6	22	2
Ergebnis vor Steuern	666	543	626	122	22	-83	-13
Postbank:³							
Erträge insgesamt	3.794	3.828	4.685	-34	-1	-857	-18
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	343	395	758	-52	-13	-363	-48
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.900	2.910	2.995	-10	0	-85	-3
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	15	178	-15	-97	-163	-92
Ergebnis vor Steuern	550	508	754	42	8	-246	-33

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzernintere Aktiva sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

³ Enthält wesentliche Geschäftsaktivitäten der Postbank AG sowie BHW und norisbank.

Sonstige Informationen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mrd €	in %	in Mrd €	in %
Invested Assets ¹	282	293	296	-11	-4	-3	-1
Nettomittelzu-/abflüsse	-15	-10	8	-6	58	-18	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreiben, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

2013

Trotz des schwierigen Geschäftsumfelds erzielte PBC ein stabiles operatives Ergebnis. Das Niedrigzinsumfeld und die gedämpfte Kundenaktivität in Deutschland stellten auch weiterhin Herausforderungen dar, während das Kreditumfeld günstig war und die Risikovorsorge im Kreditgeschäft unter dem Niveau der Vorjahre lag. Die europäischen Märkte außerhalb Deutschlands, in denen PBC präsent ist, waren gekennzeichnet von geringeren Aktivitäten im Kreditgeschäft, die durch eine Belebung des Wertpapiergeschäfts kompensiert werden konnten. Die Unruhen der letzten Monate in 2013 auf den chinesischen und indischen Kapitalmärkten haben unsere Geschäfte in diesen Ländern nicht merklich beeinflusst.

2013 wurde gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme der Erträge um 10 Mio € verzeichnet. Höhere Erträge im Kreditgeschäft, im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft sowie im Geschäft mit Sonstigen Produkten wurden durch niedrigere Erträge im Einlagengeschäft, die auf das weiterhin bestehende Niedrigzinsumfeld und höhere negative Effekte der Kaufpreisallokation auf die Postbank zurückzuführen waren, ausgeglichen. Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 81 Mio € (3 %) und reflektieren vor allem das Volumenwachstum im Hypothekengeschäft in der Privat- und Geschäftskundenbank sowie höhere Margen im Konsumentenfinanzierungsgeschäft in Advisory Banking International. Die Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft stiegen um 66 Mio € (6 %) dank höherer Transaktionsvolumina in Advisory Banking International und gestiegener Erträge aus dem diskretionären Portfoliomanagement in der Privat- und Geschäftskundenbank. Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich um 20 Mio € (2 %) dank des verbesserten Geschäftsergebnisses der Hua Xia Bank, wurden aber durch verschiedene Einmaleffekte, vor allem im Zusammenhang mit der Postbank, teilweise kompensiert. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontogeschäft blieben stabil.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf 719 Mio € nach 781 Mio € (8 %) in 2012. Haupttreiber war die Geschäftsentwicklung in der Privat- und Geschäftskundenbank und bei der Postbank, die eine verbesserte Portfolioqualität und ein günstigeres Kreditumfeld in Deutschland widerspiegelt. Darüber hinaus wurde ein Betrag in Höhe von 86 Mio € (2012: 94 Mio €) im Sonstigen Zinsüberschuss ausgewiesen, der eine Verbesserung der Kreditqualität der Postbank-Kredite widerspiegelt. Letztere waren anlässlich der Postbankkonsolidierung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert worden. Die höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Advisory Banking International war im Wesentlichen auf das schwierige Kreditumfeld in Italien zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber 2012 um 52 Mio € (1 %), vornehmlich aufgrund höherer Umsetzungskosten in Höhe von 108 Mio € im Zusammenhang mit der Postbank-Integration und dem OpEx-Programm sowie höherer Kostenallokationen seitens der Infrastrukturfunktionen. Diese wurden größtenteils durch Einsparungen aus der Realisation von Synergien aus der Postbank-Integration ausgeglichen.

Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 35 Mio € (2 %) trotz des Anstiegs der Umsetzungskosten um 108 Mio €.

Die Invested Assets sanken um 11 Mrd €, vor allem aufgrund von 15 Mrd € Nettomittelabflüssen, insbesondere im Einlagengeschäft. Dem stand ein Anstieg von 4 Mrd € infolge positiver Marktwertentwicklungen gegenüber.

2012

Die Erträge gingen gegenüber 2011 um 857 Mio € (8 %) zurück. Dies war im Wesentlichen auf den Wegfall eines positiven Einmaleffekts von 263 Mio € aus der Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank in 2011 und einen negativen Effekt aus der Kaufpreisallokation in Bezug auf die Postbank zurückzuführen. Der verbleibende Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten resultierte aus einem niedrigen Zinsniveau sowie geringeren Erträgen aus dem Investmentportfolio infolge des geplanten und beschleunigten Abbaus von Risikopositionen. Die Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft gingen um 111 Mio € (9 %) zurück, und zwar in erster Linie in der Privat- und Geschäftskundenbank. Dies war durch eine geringere Kundenaktivität bedingt. Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 80 Mio € (3 %), hauptsächlich in Advisory Banking International, bedingt durch höhere Margen und Volumina. Im Einlagengeschäft sanken die Erträge aufgrund niedrigerer Margen leicht um 35 Mio € (1 %). Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontogeschäft nahmen um 32 Mio € (3 %) zu.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich auf 781 Mio € gegenüber 1.185 Mio € im Vorjahr, was in erster Linie auf die Postbank zurückzuführen war. Zusätzlich wurde ein Betrag in Höhe von 94 Mio € (2011: 402 Mio €) in sonstigen Zinserträgen verbucht, was eine verbesserte Kreditqualität der Postbank-Kredite zu ihrem beizulegenden Zeitwert bei erstmaliger Konsolidierung durch die Gruppe widerspiegelt. Diese Auflösungen werden als Zinserträge ausgewiesen. Ohne Berücksichtigung der Postbank sank die Risikovorsorge weiter. Hauptursache waren geringere Zuführungen im Bereich Privat- und Geschäftskundenbank infolge einer verbesserten Portfolioqualität.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber 2011 um 92 Mio € (1 %), vornehmlich aufgrund höherer Umsetzungskosten in Höhe von 134 Mio € im Zusammenhang mit der Postbank-Integration und dem OpEx-Programm.

Der Gewinn vor Steuern verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 383 Mio € (20 %). Dies beinhaltet einen Anstieg der Umsetzungskosten von 134 Mio €.

Die Invested Assets sanken vor allem aufgrund von Nettomittelabflüssen von 10 Mrd €, insbesondere im Einlagengeschäft. Dem stand ein Anstieg von 7 Mrd € infolge positiver Marktwertentwicklungen gegenüber.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt	867	1.054	877	- 187	- 18	177	20
davon:							
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	83	275	588	- 191	- 70	- 313	- 53
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	818	634	391	184	29	243	62
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.358	3.312	2.561	47	1	751	29
davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	7	4	0	3	61	4	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte ¹	0	421	0	- 421	N/A	421	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 3	31	14	- 34	N/A	17	121
Ergebnis vor Steuern²	- 3.306	- 2.923	- 2.089	- 383	13	- 834	40
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Aktiva	54.224	97.451	134.812	- 43.227	- 44	- 37.361	- 28
Risikogewichtete Aktiva	48.483	80.317	103.812	- 31.834	- 40	- 23.495	- 23
Durchschnittliches Active Equity	9.833	11.920	11.447	- 2.087	- 18	473	4
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 34 %	- 25 %	- 18 %	N/A	- 9 Ppkt	N/A	- 6 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche repräsentieren den jeweiligen Beitrag zum konsolidierten Konzern, das heißt, konzerninterne Beträge sind nicht enthalten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

2013

2013 hat die NCOU ihren Risikoabbau erfolgreich beschleunigt und zur Kapitalstärkung beigetragen. Zu den Vermögensverkäufen zählten die Veräußerung kapitalintensiver Wholesale Assets einschließlich zum Altbestand der Postbank AG gehörender Beteiligungen wie zum Beispiel zwei voneinander unabhängige Commercial Real Estate-Portfolios. Beim Abbau der Risikoaktiva wurden 2013 positive Erträge in Höhe von 454 Mio € erzielt. Dies reflektiert unsere Fokussierung auf die Identifizierung kapitalbildender Transaktionen bei günstigen Marktbedingungen.

Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr um 187 Mio € (18 %) zurück, geprägt von der zeitlichen Verteilung und der Art von Einmaleffekten. Diese Einmaleffekte in dem Zeitraum beinhalten einen Aufwand in Höhe von 197 Mio € im Zusammenhang mit dem erwarteten Verkauf der BHF-BANK, einen negativen Effekt von 171 Mio € aus der Erstanwendung der Bewertungsanpassung in Bezug auf die Refinanzierungskosten (Funding Valuation Adjustment, (FVA)), Kosten für Hypothekenrückkäufe von 122 Mio € sowie Effekte aus Wertminderungen. Die Gewinne aus Veräußerungen im Berichtsjahr wurden durch infolge des Vermögensabbaus niedrigere Portfolioerträge kompensiert. In 2012 beinhalten die Erträge negative Effekte aus einer Abschreibung in Höhe von 257 Mio € für unser früheres Engagement bei der Actavis Group, Anpassungen der CVA-Methodik in Höhe von 203 Mio € und Kosten für Hypothekenrückkäufe in Höhe von 233 Mio €.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 184 Mio € (29 %), vor allem infolge spezifischer Kreditereignisse in den Portfolios einschließlich eines Engagements gegenüber European Commercial Real Estate.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zu 2012 um 47 Mio €. Diese Entwicklung beinhaltet höhere Kosten für die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, die durch den Wegfall der im Vorjahr bilanzierten Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte von 421 Mio € kompensiert wurden.

Der Verlust vor Steuern betrug 3,3 Mrd €, ein Anstieg von 383 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Niedrigere Erträge und eine höhere Risikovorsorge waren die Haupttreiber, jedoch wird jede Periode durch die Art und die zeitliche Verteilung der Einmaleffekte geprägt.

Die Pro-forma-RWA-Äquivalente nach CRD 4 wurden 2013 um 48 Mrd € reduziert. Damit haben wir unser Bekenntnis zur Abwicklung des nicht zum Kerngeschäft gehörenden Segments unterstrichen.

2012

Die Erträge erhöhten sich im Vergleich zu 2011 um 177 Mio € (20 %). In 2012 beinhalten sie Einmaleffekte in Höhe von 203 Mio € aus der Überarbeitung der CVA-Methodik, Kosten für Hypothekenrückkäufe in Höhe von 233 Mio €, Verluste aus der Veräußerung kapitalintensiver Verbriefungspositionen und verschiedene Wertminderungen. Die Erträge in 2011 wurden durch Abschreibungen auf die Actavis Group in Höhe von 457 Mio € sowie Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen beeinträchtigt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahm im Vergleich zu 2011 um 243 Mio € (62 %) zu. Verantwortlich waren dafür im Wesentlichen höhere Rückstellungen für das gemäß IAS 39 umgewidmete Portfolio.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zu 2011 um 751 Mio € (29 %). Diese Erhöhung war hauptsächlich auf Einmaleffekte wie Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Abwicklungen sowie Wertminderungen zurückzuführen. Während die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2012 eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 421 Mio € beinhalten, waren sie in 2011 durch eine Wertminderung auf Immobilien von 135 Mio €, 97 Mio € im Zusammenhang mit der BHF-BANK sowie zusätzliche Abwicklungskosten beeinflusst worden.

Der Verlust vor Steuern betrug 2,9 Mrd €, ein Anstieg von 834 Mio € gegenüber 2011. Diese Erhöhung war hauptsächlich auf Einmaleffekte zurückzuführen, die zu höheren zinsunabhängigen Aufwendungen in dem Zeitraum führten.

Consolidation & Adjustments

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2013	2012	2011	Veränderung 2013 gegenüber 2012		Veränderung 2012 gegenüber 2011	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt ¹	-929	-975	-39	46	-5	-936	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	-1	0	N/A	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	830	582	252	247	42	330	131
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-15	-65	-213	49	-76	148	-69
Ergebnis vor Steuern	-1.744	-1.493	-77	-251	17	-1.416	N/A
Aktiva ²	10.372	11.577	12.843	-1.205	-10	-1.266	-10
Risikogewichtete Aktiva ³	10.832	16.133	1.884	-5.300	-33	14.249	N/A
Durchschnittliches Active Equity ⁴	0	0	3.850	0	18	-3.850	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskosten.

³ Risikogewichtete Aktiva in C&A enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen. Dies sind in erster Linie solche Konzernaktiva, die im Zusammenhang mit den Pensionsplänen des Konzerns stehen. Hauptgrund für den Rückgang der risikogewichteten Aktiva in 2013 war im Wesentlichen der Abbau von Risiken in unseren Aktiva von Pensionsfonds. Hauptgrund für den Anstieg der risikogewichteten Aktiva in 2012 gegenüber 2011 in C&A waren reklassifizierte risikogewichtete Aktiva im Zusammenhang mit den Aktiva von Pensionsfonds (brutto).

⁴ Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2013

Die Erträge in C&A beliefen sich 2013 auf negative 929 Mio € und beinhalteten negative 330 Mio € im Zusammenhang mit Spreads für Kapitalinstrumente und einen Verlust von 276 Mio € infolge der erstmaligen Anwendung einer FVA auf interne unbesicherte Derivate zwischen Treasury und CB&S. In den Erträgen waren auch zeitliche Differenzen in Höhe von negativen 249 Mio € für Positionen, die bei der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ermittelt wurden, enthalten. Diese Effekte gleichen sich über die Laufzeit der Positionen aus. Gegenüber 2012 waren diese Effekte deutlich weniger negativ und reflektierten vor allem verringerte Basisrisikobewegungen in der EUR/US-Dollar-Relation und die Amortisierung von negativen Effekten aus Vorjahren.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 830 Mio € waren um 42 % höher als im Vorjahr. Ursächlich dafür sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten, unter anderem für den Vergleich mit der Kirch Gruppe, in Höhe von 528 Mio €. Dem stand teilweise ein positiver Effekt aufgrund der Korrektur einer internen Kostenverrechnung in 2013 gegenüber. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2013 beinhalteten ferner Rückstellungen für die Bankenabgabe von 197 Mio €.

Der Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die vom Ergebnis vor Steuern in den Segmenten abgezogen und in C&A wieder umgekehrt werden, war hauptsächlich auf die Postbank zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Verlust vor Steuern von 1,7 Mrd € nach 1,5 Mrd € im Vorjahr ausgewiesen. Diese Verschlechterung war hauptsächlich auf den Vergleich mit der Kirch Gruppe und den vorgenannten Verlust infolge der erstmaligen Anwendung einer FVA zurückzuführen, die teilweise durch niedrigere negative Effekte aus Bewertungs- und Terminierungsabweichungen und niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen kompensiert wurden.

2012

In 2012 und in 2011 beinhalteten die Erträge von C&A sich im Zeitablauf ausgleichende unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS und beliefen sich auf negative 715 Mio € beziehungsweise positive 25 Mio € in 2012 und 2011. In 2012 beinhaltete der negative Effekt 305 Mio € aus ökonomisch abgesicherten Positionen, die aus der Umkehrung von Bewertungseffekten aus Vorperioden sowie aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen resultierten. Rund 290 Mio € der negativen Effekte resultierten aus dem Einfluss engerer mittel- und langfristiger Spreads auf zum Marktwert bilanzierte US-Dollar-Euro Basis Swaps, die im Rahmen der Refinanzierung des Konzerns genutzt werden. Außerdem ergaben sich aufgrund geringerer Risikoaufschläge bei eigenen Verbindlichkeiten Marktwertverluste von rund 115 Mio € in C&A. In 2011 beeinflussten zwei sich teilweise kompensierende Effekte das Ergebnis: Gewinnen aus der Erhöhung von Risikoaufschlägen für eigene Verbindlichkeiten standen Verluste (per Saldo) aus ökonomisch abgesicherten kurzfristigen Positionen sowie ökonomisch abgesicherten Anleiheemissionen gegenüber. Diese Verluste resultierten im Wesentlichen aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen.

Die übrigen Erträge reflektierten negative 291 Mio €, die auf Spreads für Kapitalinstrumente zurückzuführen sind, Zinserträge, die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinserträge (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2012 enthielten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 360 Mio € sowie Bankenabgaben in Höhe von 213 Mio €, hauptsächlich in Deutschland. Diese wurden durch eine Erstattung aus der Bankenabgabe in Großbritannien aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens teilweise kompensiert. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2011 beinhalteten hauptsächlich Bankenabgaben in Deutschland und Großbritannien in Höhe von 247 Mio €.

Der Rückgang von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss in 2012 verglichen mit 2011 war im Wesentlichen auf die Postbank zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Verlust vor Steuern von 1,5 Mrd € nach 77 Mio € im Vorjahr ausgewiesen, hauptsächlich durch sich im Zeitablauf ausgleichende unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS und Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Vermögenslage

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung 2013 gegenüber 2012	
			in Mio €	in %
Barreserve	17.155	27.877	- 10.722	- 38
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	120.637	- 42.653	- 35
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	48.232	60.583	- 12.351	- 20
Handelsaktiva	210.070	254.459	- 44.389	- 17
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	504.590	768.353	- 263.763	- 34
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte davon:	184.597	187.027	- 2.430	- 1
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	116.764	124.987	- 8.223	- 7
Forderungen aus Wertpapierleihen	32.485	28.304	4.182	15
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	397.377	- 20.795	- 5
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	83.185	97.312	- 14.128	- 15
Übrige Aktiva	109.006	108.649	357	0
Summe der Aktiva	1.611.400	2.022.275	- 410.875	- 20
Einlagen	527.750	577.210	- 49.460	- 9
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	15.686	39.310	- 23.624	- 60
Handelsspassiva	55.804	54.400	1.404	3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	483.428	752.652	- 269.223	- 36
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen davon:	90.104	110.409	- 20.304	- 18
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	73.642	82.267	- 8.625	- 10
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.249	8.443	- 7.194	- 85
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59.767	69.661	- 9.894	- 14
Langfristige Verbindlichkeiten	133.082	157.325	- 24.243	- 15
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	118.992	127.456	- 8.464	- 7
Übrige Passiva	71.821	79.612	- 7.792	- 10
Summe der Verbindlichkeiten	1.556.434	1.968.035	- 411.601	- 21
Eigenkapital einschließlich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	54.966	54.240	727	1

Entwicklung der Aktiva

Der Rückgang von 411 Mrd € (oder 20 %) per 31. Dezember 2013 gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2012 war überwiegend auf eine Verringerung der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 264 Mrd € zurückzuführen. Diese war im Wesentlichen bei Zinsderivaten und durch Veränderungen der US-Dollar-, Euro- und Pfund Sterling-Zinsstrukturkurven im Laufe des Jahres, Wechselkursbewegungen sowie Kontraktanpassungen zur Reduzierung der Marktwerte, verbesserte Aufrechnungsvereinbarungen und vermehrte Abwicklung über zentrale Gegenparteien zu verzeichnen.

Die Barreserve sowie verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten verringerten sich im gleichen Zeitraum um 11 Mrd € beziehungsweise 43 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch eine gesteuerte Reduktion unserer Wholesale-Refinanzierungsaktivitäten, sonstiger Einlagen und langfristiger Verbindlichkeiten sowie die Optimierung unserer Liquiditätsreserve.

Der Rückgang der Handelsaktiva um 44 Mrd € im Jahresverlauf 2013, hauptsächlich bei Schuldverschreibungen, war getrieben durch Wechselkursbewegungen, eine aktive Bestandsreduktion als Teil unserer Initiative zur Reduzierung der Verschuldungsquote sowie Verringerungen unserer Positionen in durch Hypotheken auf Wohnimmobilien besicherten Schuldverschreibungen („RMBS“) sowie im Rohstoffgeschäft.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft verringerten sich während des Jahres 2013 um 21 Mrd €, hauptsächlich durch den gesteuerten Abbau von Positionen in unserer NCOU.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert

bewertet, sind insgesamt um 16 Mrd € im Vergleich zum vorherigen Jahresende zurückgegangen, hauptsächlich infolge von Maßnahmen zur Sicherheitenoptimierung.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung sanken gegenüber dem Vorjahresende um 14 Mrd € aufgrund niedrigerer Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen im Einklang mit der signifikanten Verringerung negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Wechselkursveränderungen (bereits in den oben erwähnten Zahlen enthalten), insbesondere die deutliche Abschwächung des US-Dollar im dritten Quartal sowie des japanischen Yen im Jahresverlauf gegenüber dem Euro, trugen 56 Mrd € zum Rückgang unserer Bilanzsumme im Jahresverlauf 2013 bei.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten verringerte sich zum 31. Dezember 2013 um 412 Mrd € (oder 21 %) gegenüber dem Jahresende 2012.

Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten fielen um 269 Mrd € aufgrund der gleichen Faktoren, die auch zum Rückgang der positiven Marktwerte derivativer Finanzinstrumente geführt haben.

Einlagen verringerten sich um 49 Mrd €, bedingt durch die bereits erwähnte Reduktion unserer Wholesale-Refinanzierungsaktivitäten sowie durch Rückgänge in unseren Privatkunden- und Transaktionsbank-Geschäftsfeldern von ihren Höchstständen zum Jahresende 2012.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 39 Mrd € zurückgegangen, hauptsächlich bedingt durch eine aktive Internalisierung der Finanzierung von hochliquiden Bestandspositionen sowie den gezielten Abbau von Handelsbeständen, die üblicherweise besichert finanziert sind.

Der Rückgang von 24 Mrd € unserer langfristigen Verbindlichkeiten spiegelt Fälligkeiten in 2013, Rückzahlungen sowie sonstige Maßnahmen im Rahmen unseres Schuldenmanagements wider, die sowohl in unseren Kerngeschäftsfeldern als auch in der NCOU zu verzeichnen waren.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 196 Mrd € (im Vergleich zu 232 Mrd € zum 31. Dezember 2012) und unterstützten eine positive Liquiditätsposition unter Stress zum 31. Dezember 2013 (in einem kombinierten Szenario). Der Rückgang der Liquiditätsreserven war hauptsächlich durch die Reduzierung unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierung sowie weiterer Finanzierungsquellen bedingt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist zwischen dem 31. Dezember 2012 und dem 31. Dezember 2013 insgesamt um 726 Mio € angestiegen. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus der Ausgabe von 90 Mio Stammaktien am 30. April 2013, was zu Gesamterlösen von 3,0 Mrd € führte, sowie dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 666 Mio €. Diese positive Entwicklung wurde durch vor allem auf den US-Dollar entfallende negative Effekte aus Wechselkursveränderungen von 1,1 Mrd €, die Dividendenzahlung an Aktionäre der Deutschen Bank in Höhe von 764 Mio € und die Neubewertungsverluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen von 659 Mio €, die in der Gewinnrücklage verbucht werden, sowie durch die negative Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung von 385 Mio € in der Kapitalrücklage teilweise aufgehoben.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals per 31. Dezember 2013 wird nach den Regeln des „Basel 2.5“-Rahmenwerks ermittelt. Unser unter Basel 2.5 ausgewiesenes gesamtes aufsichtsrechtliches Eigenkapital (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug 55,5 Mrd € zum Jahresende 2013 gegenüber 57,0 Mrd € am Jahresende 2012. Das Tier-1-Kapital stieg auf 50,7 Mrd € zum Jahresende 2013 im Vergleich zu 50,5 Mrd € zum Jahresende 2012 an. Das Tier-1-Kernkapital (vormals als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente bezeichnet) stieg per 31. Dezember 2013 auf 38,5 Mrd € von 38,0 Mrd € per Jahresende 2012 an. Der Anstieg des Tier-1-Kernkapitals resultierte in erster Linie aus dem Bruttoemissionserlös unserer Kapitalerhöhung am 30. April 2013, teilweise kompensiert durch kumulative Anpassungen aus der Währungsumrechnung und Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsorientierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Am 31. Dezember 2013 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 8,6 Mrd € (31. Dezember 2012: 17,0 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 8,2 Mrd € per 31. Dezember 2013 (31. Dezember 2012: 15,4 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen zu diesen Vermögenswerten und den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den forderungsbesicherte Schuldverschreibungen oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob manche Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, hybride Kapitalinstrumente, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen oder kommunalen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, CDS) werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mithilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline-Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft. Im zweiten Quartal 2011 wurde die Nutzung von Marktspannen zur Ermittlung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen intensiviert.

Die Zuordnung zu den unten genannten Bonitätseinstufungen basiert jeweils auf der niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufung von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Einstufung.

Risikoposition gegenüber
Monolineversicherern,
bezogen auf US-
amerikanische
Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
Sonstige Subprime	94	29	- 5	23	112	47	- 11	36
Alt-A	2.256	768	- 105	663	3.011	1.181	- 191	990
AA Monolines insgesamt	2.350	797	- 110	686	3.123	1.228	- 202	1.026

Sonstige Risikoposition
gegenüber
Monolineversicherern

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
TPS-CLO	1.512	298	- 41	257	2.441	575	- 101	474
CMBS	1.030	- 3	- 0	- 3	1.092	2	0	2
Corporate Single Name/Corporate CDO	0	0	0	0	0	0	0	0
Studentenkredite	285	0	0	0	297	29	- 3	26
Sonstige	511	69	- 7	62	882	274	- 127	147
AA Monolines insgesamt	3.338	364	- 48	316	4.712	880	- 231	649
Nicht-Investment- Grade Monolines:								
TPS-CLO	353	67	- 8	58	455	147	- 40	107
CMBS	1.444	7	- 0	6	3.377	92	- 28	64
Corporate Single Name/Corporate CDO	0	0	0	0	12	0	0	0
Studentenkredite	604	116	- 11	105	1.284	534	- 170	364
Sonstige	827	90	- 31	60	1.084	185	- 66	119
Nicht-Investment- Grade Monolines insgesamt	3.228	280	- 50	229	6.212	958	- 304	654
Insgesamt	6.566	644	- 98	545	10.924	1.838	- 535	1.303

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus so genannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf Null € (2012: 11 Mio €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betragen 15 Mio € (2012: 40 Mio €). In jedem Fall stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern insgesamt 209 Mio € (2012: 737 Mio €).

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht enthalten.

Langfristige Bonitätseinstufung

Die Deutsche Bank misst der Bonitätseinstufung von Ratingagenturen große Bedeutung bei, da unsere Bonität ein wesentlicher Teil des Mehrwerts ist, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären bieten. Im Jahr 2013 haben die Ratingagenturen die Bonitätseinstufungen von Banken weltweit wieder genau geprüft, da sich strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen und schwierige Bedingungen an den Kapitalmärkten auf die Performance der Branche auswirkten.

Am 2. Juli 2013 setzte Standard & Poor's das Langfrustrating der Deutschen Bank um eine Stufe von A+ auf A herab und verwies dabei auf zunehmende aufsichtsrechtliche Herausforderungen sowie gestiegene Branchenrisiken für Banken mit einem großen Kapitalmarktgeschäft in Europa. Diese Ratingaktion hob den negativen „Rating Watch“ (Ratingüberprüfung auf Herabsetzung) vom 26. März 2013 auf. Der Ausblick ist nun stabil.

Am 19. Dezember 2013 bestätigte Moody's das A2 Langfrustrating der Deutschen Bank, änderte aber gleichzeitig den Ausblick von stabil auf negativ. Die Agentur erachtet das rechtzeitige Erreichen der Ziele unserer Strategie 2015+ im aktuellen aufsichtsrechtlichen und makroökonomischen Umfeld als schwierig. Sollte die Deutsche Bank ihre Ziele in größerem Umfang verfehlen, könnte Moody's beschließen, das Rating herabzustufen.

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Moody's Investors Service, New York ¹	A2	A2	Aa3
Standard & Poor's, New York ²	A	A+	A+
Fitch Ratings, New York ³	A+	A+	A+

¹ Die „A“-Bonitätseinstufung von Moody's kennzeichnet Verbindlichkeiten, die der oberen Mittelklasse zugeordnet werden und ein geringes Kreditrisiko bergen. Die Zahl 2 zeigt die Einstufung in der Mitte der „A“-Kategorie an.

² Standard & Poors beschreibt Anleihen der Bonitätseinstufung der Kategorie „A“ als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Bonitätseinstufungen. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut.

³ Eine „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings belegt eine hohe Bonität. Die „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings kennzeichnet eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „A“-Bonitätseinstufungen auf eine hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Ungünstige geschäftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen machen sich in dieser Kategorie etwas stärker bemerkbar als in den höheren Kategorien. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jede Bonitätseinstufung getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Bonitätseinstufungen die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vertragliche Verpflichtungen

Noch nicht fällige Barleistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2013

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten ¹	150.688	33.734	34.972	31.590	50.391
Hybride Kapitalinstrumente ¹	13.868	5.771	2.858	5.002	237
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen ²	9.533	2.054	2.713	2.049	2.717
Finanzleasingverpflichtungen	47	26	6	5	10
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.013	824	1.304	1.021	1.865
Kaufverpflichtungen	1.363	483	744	97	39
Langfristige Einlagen ¹	26.470	0	8.665	5.536	12.269
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	2.411	55	104	134	2.118
Insgesamt	209.393	42.948	51.365	45.434	69.645

¹ Beinhaltet Zinszahlungen.

² Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 161 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Informationstechnologie, Gebäudemanagement und Wertpapierabwicklungsdienstleistungen. Einige der unter „Kaufverpflichtungen“ ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar, tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 5 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“, Anhangangabe 24 „Leasingverhältnisse“, Anhangangabe 28 „Einlagen“ und Anhangangabe 32 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente“.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen, berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in unserer Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage enthalten.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich im Jahr 2014 im Jahresdurchschnitt auf 3,8 % beschleunigen. Dies entspricht in etwa der Trendwachstumsrate. Wir erwarten eine Wachstumsbeschleunigung in allen Hauptregionen. Hauptwachstumstreiber dürften die USA und China sein. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone dürfte wieder moderat steigen. Die globale Inflationsrate sollte ebenfalls zulegen und im Jahresdurchschnitt 2014 bei 3,4 % liegen.

Wir erwarten eine Verdoppelung des Wachstums in den Industrieländern auf 2,2 % und einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,0 % im Jahr 2014. Für die Schwellenländer erwarten wir eine Wachstumsbeschleunigung auf 5,3 % im Jahr 2014. Die Inflation dürfte bei 5,0 % liegen. Der Wachstumsbeitrag der Industrieländer dürfte in 2014 bei etwa 30 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte sich nach zwei Jahren zurückgehender Wirtschaftsaktivität im Jahr 2014 wieder moderat um 1,0 % erhöhen. Die noch negative Output-Lücke und eine schwache Rohstoffpreisentwicklung dürften dafür sorgen, dass die Inflation mit 1,0 % im Jahr 2014 relativ moderat ausfallen dürfte. Die Staatsschuldenkrise dürfte weiter an Schärfe verlieren, die Unsicherheit abnehmen und die negativen Effekte der Sparprogramme vor allem in den Peripherieländern kleiner ausfallen. Zudem liefert die Belebung der Weltkonjunktur positive externe Impulse. Erheblich unterstützt wird die Konjunkturerholung durch die weiter expansiv ausgerichtete Geldpolitik der EZB. Wir erwarten, dass die EZB ihren Leitzins im Jahr 2014 auf dem aktuellen historischen Tief von 0,25 % halten wird. Zudem steht die EZB bereit, im Notfall mit ihrem vollen Instrumentenkasten zu handeln. Innerhalb der Eurozone bleibt vor allem für die Peripherieländer die Rückführung der privaten und öffentlichen Verschuldung eine große Herausforderung und dürfte weiter das Wachstum dämpfen. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2014 mit 1,5 % erneut kräftiger als die Eurozone wachsen. Mit ihrem relativ hohen Offenheitsgrad profitiert die deutsche Volkswirtschaft wahrscheinlich deutlich stärker als andere Eurozonenländer von der Konjunkturerholung der Weltwirtschaft. Zudem ist die öffentliche und private Verschuldung auf einem tragfähigen Niveau.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2014 ein kräftiges Wachstum von 3,5 %. Die USA dürften damit der Hauptwachstumstreiber der Industrieländer sein. Die Verbraucherpreise dürften 2014 um 2,5 % steigen. Zurückzuführen ist das kräftige Wachstum auf die Aufhellung auf dem Arbeitsmarkt, die Erholung des Immobilienmarktes und einen abnehmenden fiskalischen Entzugseffekt. Zudem wurde die Rückführung der privaten Verschuldung in den USA – im Gegensatz zur Eurozone – relativ früh begonnen und ist daher weit fortgeschritten. Die Fed dürfte zwar bis Ende 2014 die Assetkäufe nach und nach einstellen, die Geldpolitik der Fed aber mit einem Leitzins von 0 bis 0,25 % weiter akkommodierend bleiben.

Die japanische Wirtschaft sollte im Jahr 2014 durch den negativen Effekt der Erhöhung der Verbrauchssteuern mit 0,7 % langsamer als im Vorjahr wachsen. Konjunkturpakete und die äußerst expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürften weiter Wachstumsimpulse liefern. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2014 vor allem durch die Anhebung der Verbrauchssteuern auf 2,8 % steigen.

Das Wachstum der Schwellenländer dürfte sich im Jahr 2014 beschleunigen. Zwischen den einzelnen Regionen gibt es deutliche Wachstumsunterschiede. Die Wirtschaftsaktivität in Asien (ohne Japan) dürfte relativ kräftig mit 6,9 % im Jahr 2014 zunehmen. Der Wachstumsmotor dürfte China sein. Die Belebung der inländischen Nachfrage in den Industrieländern dürfte externe Impulse liefern und die im November 2013 verabschiedeten tiefgreifenden Reformen den Einfluss des Staates auf die Unternehmen und das Finanzsystem reduzieren und damit die Effizienz des Staates erhöhen. Das BIP Chinas dürfte im Jahr 2014 um 8,6 % steigen. Wir erwarten eine Inflationsrate von 3,5 % im Jahr 2014. In Indien sollte sich das Wachstum im Jahr 2014 auf 5,5 % erhöhen, aber noch unter dem Potenzialwachstum bleiben. Dies dürfte auf eine Erholung der Investitio-

nen und der Exporte sowie die Umsetzung umfangreicher Reformen zurückgehen. Wir erwarten einen Anstieg der Verbraucherpreise um 4,3 %.

In Lateinamerika dürfte sich das Wachstum weniger dynamisch entwickeln. Das Wachstum dürfte sich moderat auf 2,7 % im Jahr 2014 beschleunigen. Das Wachstum der brasilianischen Volkswirtschaft dürfte mit 1,9 % im Jahr 2014 enttäuschend ausfallen. Dämpfend wirken Infrastrukturengpässe und ein Mangel an grundlegenden Reformen. Für die Inflation in Brasilien rechnen wir mit 6,0 % im Jahr 2014.

Unsicherheiten für den Konjunkturausblick könnten hauptsächlich in den USA und Europa liegen. Der durch den Kurswechsel der US-Geldpolitik ausgelöste Zinsanstieg am Rentenmarkt könnte deutlich stärker ausfallen als von uns unterstellt. Dies dürfte insbesondere für die Schwellenländer zu Problemen führen, deren strukturelle Schwächen in den vergangenen Jahren durch den Zufluss von Portfolioinvestitionen überdeckt wurden. Dies dürften vor allem Schwellenländer mit relativ hohen Budget- und Leistungsbilanzdefiziten wie Südafrika, Indien, Indonesien, Brasilien und die Türkei sein. In Europa könnte neben den Unwägbarkeiten der umfassenden Überprüfung des europäischen Bankensystems durch die EZB und die EBA die politische Entwicklung in vielen Mitgliedsländern erhebliches Störpotenzial entfalten. Außerdem bestehen geopolitische Risiken. Der Konflikt im Nahen Osten könnte sich verschärfen und die Ölpreise signifikant ansteigen lassen. Zudem könnte eine Eskalation der Streitigkeiten über Inseln im süd- und ostasiatischen Meer, auf die China Ansprüche erhebt, die denen Vietnams, der Philippinen, Malaysias, Japans und der Republik Korea widersprechen, erhebliche negative Effekte für die Weltkonjunktur haben.

Die Bankenbranche

Die Bankenbranche dürfte in den meisten Industrieländern im nächsten Jahr im Einklang mit einer anhaltenden Konjunkturerholung zu einem moderaten Ertragswachstum zurückkehren. Eine Reihe von Banken – darunter klassische Investmentbanken, Banken in Ländern, die einen Kreditboom erlebt hatten, oder Banken, die während der Finanzkrise Staatshilfen erhielten – sind derzeit noch damit befasst, ihr Geschäftsmodell anzupassen. Dieser Prozess sollte jedoch 2015 größtenteils abgeschlossen sein.

Das Privat- und Firmenkundengeschäft in Europa wird voraussichtlich zu moderatem Kreditwachstum zurückkehren und eine Normalisierung der Kreditausfälle verzeichnen, was sich günstig auf die Profitabilität der Banken auswirken dürfte. Der Anstieg der Kapitalquoten sollte sich verlangsamen, sobald das neue Gleichgewicht erreicht ist, basierend auf dem Basel 3-Regelwerk (einschließlich einer Reihe spezifischer Zuschlüsse). Andererseits ist von einem weiterhin extrem niedrigen Zinsniveau auszugehen, welches dauerhaften Druck sowohl auf den Zinsüberschuss der Banken als auch auf das Einlagenwachstum ausüben dürfte. Darüber hinaus wird der Wettbewerb durch Marktteilnehmer von außerhalb des Bankensektors, beispielsweise im Zahlungsverkehr, und durch ausländische Banken, die ihr Europageschäft ausbauen, vermutlich zunehmen. Insgesamt dürften die Gewinne steigen, obgleich es vielen Banken immer noch schwerfallen dürfte, bald wieder einträgliche, nachhaltige Renditen zu erzielen.

In den USA sollte das Kreditwachstum im Laufe der nächsten zwei Jahre schließlich anziehen. Die Kreditrisikovorsorge könnte jedoch von ihrem gegenwärtig außerordentlich niedrigen Niveau ebenfalls wieder anzusteigen beginnen. Auch werden die US-Banken noch mehr Kapital aufbauen müssen, um die neuen, strengeren Regeln einzuhalten. Das Einlagengeschäft dürfte weiter auf Wachstumskurs bleiben, vorausgesetzt, das Zinsniveau normalisiert sich weiter. Insgesamt wird die Profitabilität wahrscheinlich auf einem hohen Niveau bleiben, wobei weiteres Gewinnwachstum mittlerweile wesentlich schwieriger zu generieren sein dürfte als in den vergangenen Jahren.

Teile des Kapitalmarktgeschäfts dürften auch 2014 im Zeichen einer fortschreitenden Standardisierung stehen. Zudem könnten die Margen weiter zurückgehen und sich der Wettbewerb durch Banken aus den Schwellenländern intensivieren, und das nicht mehr nur in deren Heimatmärkten. Andererseits werden voraussichtlich die

Transaktionsvolumina insgesamt angesichts des globalen Konjunkturaufschwungs in nahezu allen Bereichen zunehmen. Da einige Marktsegmente im Zuge der Umsetzung der neuen regulatorischen Anforderungen erheblich an Attraktivität für Investmentbanken verlieren, könnte es zu einer neuen Welle der Marktkonsolidierung und -konzentration kommen. Unter dem Strich dürften die Erträge im Investmentbanking dieses Jahr moderat wachsen. Im festverzinslichen Segment (einschließlich Handel) sind weiterhin leicht rückläufige Erträge zu erwarten; das Aktiengeschäft (einschließlich Handel) sollte erneut zulegen; und auch bei der Beratung bei Fusionen und Übernahmen wird sich die Lage gegenüber dem eher schwierigen Jahr 2013 vermutlich verbessern.

Im Asset und Wealth Management bleibt der Ausblick für die wichtigsten Aktienmärkte dank der anhaltenden Belebung der Weltwirtschaft vorsichtig optimistisch, mögliche vorübergehende Rückschläge unbenommen. Gleichzeitig ist angesichts des von der US-Notenbank Fed eingeleiteten Ausstiegs aus ihren Wertpapier-Ankaufprogrammen mit einem weiteren Anstieg der Renditen an den Anleihemärkten zu rechnen.

Hinsichtlich neuer Entwicklungen auf dem Gebiet von Aufsicht und Regulierung dürften die wichtigsten Änderungen für die europäische Bankenbranche 2014 durch die Europäische Bankenunion kommen. Dazu gehören die gemeinsame Aufsicht, der einheitliche Abwicklungsmechanismus und der stufenweise Aufbau eines gemeinsamen Abwicklungsfonds und gegebenenfalls eine weitere Integration nationaler Einlagensicherungssysteme. Im Vorfeld werden vermutlich die umfassende Überprüfung und der Stresstest der Bilanzen der Großbanken im Mittelpunkt des Interesses stehen. Daneben wird der Fokus in Europa wahrscheinlich auf den folgenden drei Punkten liegen: der Diskussion über die Einführung einer verbindlichen Verschuldungsquote (Leverage-Ratio), der Debatte über eventuelle strukturelle Verpflichtungen zur Abtrennung bestimmter Aktivitäten im Zusammenhang mit den „Liikanen-Vorschlägen“ und der in einer Reihe von Ländern beabsichtigten Einführung einer Finanztransaktionssteuer. In den USA wiederum werden die weitere Umsetzung des Dodd-Frank Acts sowie der Basel 3-Kapital-(und Liquiditäts-)Vorgaben von entscheidender Bedeutung sein.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im September 2012 haben wir die Strategie 2015+ angekündigt. Fünf Hebel spielen bei der Umsetzung dieser Vision eine wichtige Rolle: Kunden, Kompetenzen, Kapital, Kosten und Kultur.

Bei den Kunden liegt unser Fokus auf einem dedizierten Portfolio von Kunden und Regionen. Ein strategischer Schwerpunkt ist das Wachstum in unserem Heimatmarkt Deutschland, den USA und der Region Asien/Pazifik.

In Bezug auf Kompetenzen sind wir überzeugt, dass wir mit den vier wesentlichen Säulen unseres Geschäfts gut aufgestellt sind, um einen ausgewogenen Ertragsmix zu erreichen und die zunehmend komplexen Anforderungen unserer globalen Kunden zu erfüllen. Die engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Unternehmensbereichen und Infrastrukturfunktionen dürfte erhebliche Synergien schaffen.

Im Hinblick auf das Kapital will die Deutsche Bank ihre Kapitalquoten weiter stärken. Wir haben zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des organischen Wachstums und weiteren Reduzierung der risikogewichteten Aktiva (RWA) identifiziert. Dazu zählt die Schaffung einer dedizierten Non-Core Operations Unit (NCOU), die für die effiziente Steuerung und Veräußerung von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktiva verantwortlich ist.

In Bezug auf die Kosten werden wir in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Kosten, Redundanzen und Komplexität verringern, um unsere operative Leistungsfähigkeit zu steigern und auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu bleiben.

Darüber hinaus ist sich die Deutsche Bank bewusst, dass in der Bankenbranche ein Kulturwandel erforderlich ist, und will dabei eine Vorreiterrolle übernehmen. Unsere Vergütungspraktiken werden überprüft. Außerdem

legen wir den Fokus auf Kundenorientierung und Teamgeist, um unsere Leistungskultur, unseren Unternehmensegeist und unsere kulturelle Vielfalt zu stärken.

Finanzkennzahlen

Unsere Strategie 2015+ umfasst mehrere Finanzziele. Diese stellen die finanziellen Leistungskennzahlen (KPIs) des Konzerns dar und werden in der folgenden Tabelle aufgeführt.

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2013	Ziel für 2015
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	1,2 %	Höher als 12 % ¹
Aufwand-Ertrag-Relation	89,0 %	Kleiner als 65 %
Kostensparnis	2,1 Mrd € jährlich	4,5 Mrd € jährlich
Investments (OpEx)	1,8 Mrd €	4 Mrd €
Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung)	9,7 %	Höher als 10 % ²
Angepasste Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote ³	3,1 %	Höher als 3 %

¹ Auf Grundlage einer Steuerquote zwischen 30 % und 35 % für den Konzern.

² Stand zum Ende des ersten Quartals 2015.

³ Die Berechnung der angepassten Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote erfolgt gemäß der Veröffentlichung der CRR/CRD 4 vom 27. Juni 2013. Weitere Details der Berechnung können im Risikobericht eingesehen werden.

Die Ziele unserer Strategie 2015+ basieren auf einer Reihe von Grundannahmen. Dazu gehören eine Normalisierung beziehungsweise Stabilisierung der Bewertung von Vermögenswerten, ein der Marktentwicklung entsprechendes Ertragswachstum, das Ausbleiben fundamentaler Änderungen der aktuellen regulatorischen Regelwerke zu Kapital und Trennung von Geschäftsaktivitäten, ein Wachstum der Weltwirtschaft zwischen 2 % und 4 % p. a. in diesem Zeitraum, ein Euro/US-Dollar-Wechselkurs von rund 1,30 sowie selektive Marktanteilsgewinne infolge der Bankenkonsolidierung.

Kosten sind einer der wichtigsten Hebel unserer Strategie und einer der am besten kontrollierbaren Aspekte unserer Performance. Im Rahmen des Operational Excellence (OpEx)-Programms ist geplant, mit Investitionen von rund 4 Mrd € in den kommenden drei Jahren die vollen jährlichen Kosteneinsparungen von 4,5 Mrd € im Jahr 2015 zu erzielen. Bisher haben wir 1,8 Mrd € investiert, um unsere Geschäftsplattformen zu integrieren, Silos abzubauen und Redundanzen zu reduzieren. Wir werden weitere 2,2 Mrd € investieren, um unsere Systeme weiter zu konsolidieren und zu standardisieren, eine effizientere Organisation zu schaffen sowie unsere Prozesse zu automatisieren und zu vereinfachen.

in Mrd €	Geplante Investitionen	Geplante zusätzliche Kosteneinsparung
2012	0,6	0,4
2013	1,7	1,2
2014	1,5	1,3
2015	0,2	1,6
Summe	4,0	4,5

Auch 2014 wird ein herausforderndes Jahr werden. Unser Fokus wird weiterhin auf der disziplinierten Implementierung und Umgestaltung unserer Plattformen liegen. Wir werden von der Neuausrichtung unserer Kernbereiche profitieren, weiterhin eine erstklassige Infrastruktur aufbauen und unsere Kontrollen verbessern, um auch in dieser Hinsicht zu den führenden Banken zu zählen. Wir sind optimistisch, dass wir die angestrebten jährlichen Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms erreichen werden.

Zusätzlich zu den jährlichen Einsparzielen im Rahmen des OpEx-Programms hat sich der Konzern ein Ziel für die Aufwand-Ertrag-Relation von unter 65 % gegeben. Wir planen dieses Ziel durch Kosteneinsparungen und verschiedene Initiativen zur Verbesserung unserer Ertragsbasis über alle Geschäftsbereiche hinweg zu erreichen. In 2014 erwarten wir eine leicht verbesserte Aufwand-Ertrag-Relation im Vergleich zum Vorjahr und wir sind weiter optimistisch, unser Ziel in 2015 zu erreichen.

Unser Ziel ist es, bis Ende 2015 eine Eigenkapitalrendite nach Steuern von mehr als 12 % für die Gesamtbank und 15 % für die Kernbereiche zu erreichen. Während sich in 2013 zahlreiche Sondereffekte auf die Eigenkapitalrendite nach Steuern von 1,2 % auswirkten, dürften wir in 2014 bei der Erreichung des in der Strategie 2015+ festgelegten Zielwerts signifikante Fortschritte erzielen.

Wir bekräftigen zudem unsere Absicht, unser Kapital so zu steuern, dass alle regulatorischen Kennzahlen auch in Stressszenarien erfüllt werden. Die Tier-1-Kapitalquote wird weiterhin eine Priorität unseres Managements bleiben. Dank unserer Fortschritte beim Risikoabbau haben wir unsere risikogewichteten Aktiva bei vollständiger Umsetzung der CRR/CRD 4 bereits signifikant reduziert. Für 2014 planen wir eine weitere Reduzierung im Geschäftsbereich NCOU, die sich jedoch mit zunehmendem Rückgang des Portfoliovolumens verlangsamen dürfte. Unsere Tier-1-Kapitalquote stieg in 2013 auf 9,7 % und liegt damit in Reichweite unserer Zielgröße von mehr als 10 % am Ende des ersten Quartals 2015. Diese Quote könnte in 2014 durch Veränderungen auf der regulatorischen Seite schwanken. Dennoch sind wir zuversichtlich, dass wir unser Ziel im Jahr 2015 erreichen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir unser Ziel von 500 Mrd € bis 2015 erreichen können. Angesichts unserer bisherigen Fortschritte dürften wir in 2014 eine weitere Reduzierung in vergleichbarer Höhe erzielen. Wir müssen jedoch sich verändernde regulatorische Anforderungen in diesem Bereich berücksichtigen. Für 2014 erwarten wir einen moderaten Anstieg unserer Verschuldungsquote (Leverage Ratio) in Richtung unseres Ziels von höher als 3 % in 2015.

Die Vorschriften zu Kapital und Verschuldung dürften klarer werden. Die Einrichtung einer zentralen europäischen Aufsichtsbehörde ist möglicherweise ein wichtiger Schritt für die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen. Die Überprüfung der Aktivaqualität (Asset Quality Review) sowie die Stresstests der EZB sind wesentliche Schritte in diese Richtung und sollten die überaus wichtige Transparenz in Bezug auf die Qualität von Bankbilanzen gewährleisten. Wir sind zuversichtlich, dass diese Tests die Qualität unserer Aktiva bestätigen werden.

Mit der Einführung unserer neuen Werte und Überzeugungen sowie der signifikanten Stärkung unserer Kontrollumgebung haben wir ein solides Fundament für einen langfristigen Kulturwandel geschaffen. Unsere Vergütungspraktiken wurden umfassend überarbeitet. In 2014 berücksichtigen wir bei unseren Entscheidungen zur variablen Vergütung und zu Beförderungen die Einhaltung unserer Werte und Überzeugungen mit 50 %. Unser Kontrollmodell in den Unternehmensbereichen, unsere Kontrollfunktionen und unser Audit werden wir weiter verbessern. Darüber hinaus wollen wir unsere Kontrollinfrastruktur und -organisation weiter stärken sowie unsere Geschäftsprozesse im Hinblick auf zusätzliche Risiken überprüfen.

Chancen

Die strategische Neupositionierung, die 2012 gestartet wurde, hat in beträchtlichem Maße bereits zu einer verbesserten Ertragsbasis in 2013 beigetragen. Ein verstärkter Fokus auf unsere Kerngeschäftsfelder wird voraussichtlich helfen, weitere Geschäftsmöglichkeiten für eine nachhaltige erfolgreiche Entwicklung zu eröffnen, und könnte somit zu einer Stärkung von Ertragswachstum und Profitabilität beitragen. Eine strikte Kostendisziplin hat in 2013 bereits zu einem signifikanten Rückgang von Kosten im Konzern geführt. Andauernde Prozessanalysen und weitere Investitionen in unsere IT-Plattformen könnten uns helfen, noch effizienter zu werden. Wettbewerber, die sich von einzelnen Märkten zurückziehen, und weiterer Risikoabbau in Nicht-Kerngeschäftsfeldern sowie ein sich aufklarendes regulatorisches Umfeld werden möglicherweise einen positiven Einfluss auf unser Neugeschäft haben und somit zu einer Stärkung unsere finanziellen Situation in 2014 beitragen.

Unser Ausblick basiert auf den verschiedenen beschriebenen ökonomischen Annahmen. Diese Annahmen mögen besser sein als zum ursprünglichen Zeitpunkt erwartet und könnten somit zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden würden. Dies könnte deshalb zu einer Verbesse

zung des Ergebnisses vor Steuern und der Aufwand-Ertrag-Relation sowie auch der regulatorischen Kennziffern wie Tier-1-Kapitalquote und Leverage Ratio führen.

Risiken

Die Umsetzung unserer Initiativen und die Realisierung ihres erwarteten Nutzens könnten durch einige Faktoren beeinträchtigt werden. Dazu zählen wirtschaftliche Faktoren wie ein Wiederaufleben der europäischen Staatsschuldenkrise, das erneute Auftreten von extremen Turbulenzen an den für uns relevanten Märkten, schlechte globale, regionale und nationale Wirtschaftsbedingungen sowie ein verstärkter Wettbewerb. Regulatorische Anforderungen könnten unsere Kosten erhöhen oder unsere Aktivitäten einschränken, da Kapitalanforderungen im Fokus stehen und unterschiedliche Aufsichtsbehörden auf strukturelle Veränderungen drängen. Da diese Regierungsinitiativen noch diskutiert werden, können wir ihre künftigen Auswirkungen derzeit noch nicht abschätzen. Wir haben zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erreicht. Uns ist bewusst, dass das Umfeld in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten auch künftig herausfordernd sein wird.

Corporate Banking & Securities

Wir gehen davon aus, dass das Investment Banking trotz verbesserter makroökonomischer Bedingungen auch in 2014 vor Herausforderungen stehen wird. Zu den branchenspezifischen Herausforderungen und Chancen, die das Ergebnis beeinflussen dürften, gehören das sich verändernde aufsichtsrechtliche Umfeld, die anhaltenden Verschiebungen in der Wettbewerbslandschaft und der allmähliche Rückzug der Banken aus ihrer Rolle als Unterstützer der Weltwirtschaft.

Wir rechnen damit, dass das globale Wachstum in 2014 zu einer Verringerung der Zentralbankinterventionen führen wird, die in den vergangenen Jahren vergleichsweise umfangreich gewesen waren. In 2014 sollten Anleiherenditen in den Kernmärkten schrittweise ansteigen. Dies dürfte in einem geordneten Prozess stattfinden, der die wirtschaftliche Erholung und die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds reflektiert. Trotz der Markterholung im Jahr 2013 erwarten wir ein weiterhin starkes Aktiengeschäft. Gründe hierfür sind verbesserte Erträge, das gestiegene Vertrauen der Unternehmen aufgrund geringerer wirtschaftlicher Unsicherheiten sowie die vergleichsweise niedrigen globalen Geldmarkt- und Anleiherenditen.

Wir werden unsere Stärken im kundenbezogenen Fixed Income-Geschäft durch eine anhaltende Plattformintegration und fortlaufende Investitionen weiter konsolidieren. Gleichzeitig wird der Unternehmensbereich seine Ziele in Bezug auf Kosten, Kapital und Verschuldungsquote umsetzen. Aus geografischer Sicht werden wir mit der Straffung des Geschäfts fortfahren. Ferner werden wir sicherstellen, dass Ressourcen den Marktchancen entsprechend eingesetzt werden, um die Profitabilität und die Erträge zu maximieren.

Corporate Banking & Securities	KPI	Ziel 2015
	Eigenkapitalrendite nach Steuern	Wachstum auf 15 %
	Aufwand-Ertrag-Relation	Kleiner als 65 %
	RWA gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4-Vollumsetzung	Weniger als 200 Mrd €

In 2014 werden wir die Ziele unserer Strategie 2015+ weiter planmäßig umsetzen. Unsere Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) wird moderat ansteigen. Die Aufwand-Ertrag-Relation wird sich in 2014 leicht verbessern, so dass wir unsere Zielgröße im Jahr 2015 erreichen dürften. Der Unternehmensbereich erfüllt bereits jetzt unser Ziel von RWA gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4-Vollumsetzung von 200 Mrd €. Dies wird auch in 2014 so bleiben. Durch die kontinuierliche Umsetzung der Maßnahmen werden wir die Ziele unserer Strategie 2015+ voraussichtlich wie geplant erreichen.

Es bleiben jedoch Risiken und Unsicherheiten. Diese beinhalten die Anfälligkeit des fragilen Weltwirtschaftswachstums für Ereignisrisiken, die möglicherweise signifikanten Auswirkungen aufsichtsrechtlicher Änderungen, die Effekte aus einer Reduzierung des bilanziellen Verschuldungsgrades und der Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Ferner besteht das Risiko, dass die Vorteile aus dem OpEx-Programm nicht vollständig realisiert werden oder die Maßnahmen sich auf unsere Wettbewerbsposition auswirken.

Im Bereich Sales & Trading rechnen wir für 2014 mit einem leichten Rückgang der Erträge im weltweiten Fixed Income-Geschäft gegenüber dem Vorjahr. Die Erträge im kundenbezogenen Aktienkassageschäft könnten im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung mittelfristig höher ausfallen. Margen und Volumina werden nach wie vor darauf reagieren, inwieweit eine Nivellierung der aktuellen staatlichen Wirtschaftsinterventionen erfolgt.

In Corporate Finance rechnen wir für 2014 mit einem Provisionsaufkommen auf dem Niveau des Vorjahres. Die Provisionseinnahmen in den Bereichen ECM und M&A werden sich voraussichtlich aufgrund des wachsenden Vertrauens von Unternehmen in die Nachhaltigkeit der weltwirtschaftlichen Erholung und eines stärkeren Aktienhandels erhöhen. Der Anstieg bei ECM und M&A könnte jedoch durch das gesunkene Provisionsaufkommen aus Anleiheemissionen, insbesondere seitens Emittenten ohne Investment-Grade Einstufung, aufgehoben werden. Bei diesen Emittenten waren im Vorjahr noch Rekordaktivitäten verzeichnet worden.

Trotz des schwierigen Marktumfelds in den letzten Jahren und des anhaltend unsicheren Ausblicks sehen wir CB&S, basierend auf seinem geschäftlichen Fokus, seiner Größe und Effizienz sowie dem bisherigen Erfolg, gut aufgestellt, um möglichen Herausforderungen zu begegnen und zukünftige Chancen zu nutzen.

Global Transaction Banking

Die Entwicklung im Transaction Banking dürfte im nächsten Jahr durch eine Reihe kritischer Faktoren beeinflusst werden. Das relativ niedrige Zinsniveau, das die Kernmärkte in den letzten Jahren geprägt hat, sollte 2014 anhalten. Das globale Wachstum könnte sich in 2014 beschleunigen, und die Eurozone dürfte ihr erstes Wachstumsjahr seit 2011 erleben. Auch die US-Wirtschaft und wesentliche Schwellenländer sollten schneller wachsen als in 2013. Für die Ertragspools im Transaction Banking prognostizieren wir weiterhin eine positive Entwicklung, die jedoch innerhalb der verschiedenen Produkte unterschiedlich verlaufen dürfte. Der Druck auf Margen und Kosten wird auch künftig für Herausforderungen sorgen. Die deutlich ausgeweitete und verschärfte Regulierung, mit der potenzielle Strukturveränderungen einhergehen, wird die Bankenbranche insgesamt beeinträchtigen.

Global Transaction Banking (GTB) dürfte weiterhin von den vorher beschriebenen Trends beeinflusst werden. Durch das anhaltend dynamische profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis im operativen Geschäft in den vergangenen Jahren sowie dank qualitativ hochwertiger und innovativer Produkte sollten wir gut aufgestellt sein, diese Herausforderungen zu bewältigen und unsere Kundenbasis noch weiter auszubauen. Trade Finance dürfte vom Wachstum der Weltwirtschaft, von der daraus resultierenden höheren Außenhandelsnachfrage sowie der erwarteten Stabilisierung des Kreditgeschäfts profitieren. In Trust and Securities Services sollten die Aussicht auf einen Anstieg der Ertragspools in 2014 sowie der Trend zu einer Konzentration der Investment Banking-Dienstleistungen Wachstumsmöglichkeiten bieten. Im Cash Management ist das gestiegene Niveau der globalen Aktivitäten ein möglicher positiver Faktor. Der Bereich legt seinen Schwerpunkt auch künftig auf die Vertiefung seiner bestehenden Geschäftsbeziehungen zu anspruchsvollen Unternehmen und institutionellen Kunden in Kernregionen. Zudem wird er den Ausbau des Geschäfts in einigen Schwellenländern fortsetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank (unter anderem die enge Geschäftsbeziehung zu dem Vertrieb in CB&S) wird kontinuierlich ausgebaut. So soll sichergestellt werden, dass ein breiterer Kundenstamm Zugang zu unseren Produkten und Dienstleistungen erhält. Zu den Maßnahmen gehört auch die Zusammenführung und Integration des Geschäfts mit kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland, die im September 2013 erfolgte, um unsere Führungsposition im Heimatmarkt zu festigen.

Global Transaction Banking	KPI	Ziel 2015
	Ergebnis vor Steuern	Wachstum auf 2,4 Mrd €

Bei Auflegung unserer Strategie 2015+ hatten wir geplant, unser Ergebnis vor Steuern bis 2015 auf 2,4 Mrd € zu erhöhen. Seitdem haben sich die Marktbedingungen infolge niedrigerer Zinsniveaus und eines gestiegenen Wettbewerbs in den Kernmärkten verschlechtert. Ferner wird das Geschäft durch aufsichtsrechtliche Änderungen wie die CRR/CRD 4 beeinflusst. Wir rechnen damit, dass die Strategie und die damit zusammenhängenden Wachstumsinitiativen weiterhin nach Plan verlaufen. Der erfolgreiche Abschluss der Neuausrichtung im

Firmenkundengeschäft in den Niederlanden sollte ebenfalls zur Erreichung der strategischen Ziele von GTB beitragen.

Für 2014 erwarten wir einen beträchtlichen Anstieg der Profitabilität gegenüber 2013, da sich die Wachstumsinitiativen allmählich auszahlen sollten. Gleichzeitig werden wir auch künftig in Lösungen, Plattformen und die operative Exzellenz investieren.

Deutsche Asset & Wealth Management

Die Vermögensverwaltungsbranche wird auch in 2014 von einer stärkeren Weltwirtschaft profitieren. Dennoch bestehen weiterhin Risiken für die Branche. Dazu gehören die Inflationsgefahr, das anhaltende Niedrigzinsumfeld in den Industrieländern, noch nicht bewältigte Probleme im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise, die Volatilität in den Schwellenländern und das sich verändernde aufsichtsrechtliche Umfeld. Unserer Ansicht nach werden diese Faktoren große Vermögensverwalter begünstigen, die Skaleneffekte und Effizienzen nutzen können, um Kunden anspruchsvolle Anlagelösungen zu bieten.

Dank seiner Strategie ist der Bereich DeAWM gut aufgestellt, um von den Branchen- und Wettbewerbstrends zu profitieren. In 2014 dürften Ertragssteigerungen und Effizienzgewinne, vor allem im Rahmen laufender Projekte zur Transformation der Infrastruktur, zu weiteren Verbesserungen führen. Infolgedessen dürfte sich das Ergebnis vor Steuern im Vergleich zu 2013 signifikant erhöhen. Der Bereich wird die Qualität seiner Dienstleistungen weiter verbessern und wesentliche Plattformeffizienzen erzielen und damit Fortschritte in Richtung unseres angestrebten Ergebnisses vor Steuern von 1,7 Mrd € bis 2015 machen.

Deutsche Asset & Wealth Management	KPI	Ziel 2015
	Ergebnis vor Steuern	Wachstum auf 1,7 Mrd €

Wir werden unsere Präsenz an ausgewählten Märkten ausbauen und dabei insbesondere von dem globalen Netzwerk des Deutsche Bank-Konzerns profitieren. Wir sind in Schwellenländern aktiv, in denen ein schnelles Wachstum die Schaffung von Wohlstand und damit die Nachfrage nach Vermögensverwaltungsleistungen begünstigt. Unsere fokussierte Strategie beinhaltet ebenfalls die Optimierung ausgewählter Geschäftsportfolios. Dazu gehört die Ausrichtung unseres Vermögensverwaltungsgeschäfts in Großbritannien an unserem globalen Fokus auf vermögendere Kundensegmente.

In 2014 werden wir unser Geschäft mit sehr vermögenden Kunden (Ultra High Net Worth – UHNW) weltweit ausbauen und unserem Ziel näherkommen, die Anzahl der Geschäftsbeziehungen zu sehr vermögenden Kunden von 2012 bis 2015 um rund 50 % zu erhöhen. Diese anspruchsvollen Kunden profitieren von unserem globalen Betreuungsmodell und unseren integrierten Kundenbetreuungsteams. Die anspruchsvollsten UHNW-Kunden können zudem die kürzlich geschaffenen Key Client Partners (KCP) Desks nutzen. Diese wurden gegründet, damit wir unseren Kunden einen reibungslosen Zugang sowohl zu unseren eigenen als auch zu externen anlageklassenübergreifenden sowie grenzüberschreitenden Anlagemöglichkeiten und Finanzierungs-lösungen bieten können.

Die Polarisierung der Anlagepräferenzen wird sich in 2014 fortsetzen, und die Investitionen in alternative und passive Produkte werden zunehmen. Ein weiterer wichtiger Trend, der vor allem in Industrieländern anhalten dürfte, ist die steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die durch demografische Trends getrieben wird, und nach ergebnisorientierten Lösungen. Wir erwarten, dass die Invested Assets bei alternativen und passiven Produkten im nächsten Jahr steigen.

Das Geschäft mit passiven Produkten wird von der Ende 2013 initiierten Verlagerung des Schwerpunkts hin zu physisch replizierenden börsennotierten Fonds (ETFs) profitieren, die Anfang 2014 fortgesetzt wird. Damit werden wir zu einem der größten Anbieter direkt replizierender ETFs in Europa. Der Erfolg der Palette an neuen physisch replizierenden ETFs wird teilweise von der anhaltenden Kundennachfrage nach passiven Investments mit physischer Replikation abhängen.

Darüber hinaus werden wir weiterhin auf den Stärken unserer aktiven Investmentplattform (zum Beispiel im Fixed Income-Bereich und bei Dividendenfonds) aufbauen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Deutschen Bank intensivieren (einschließlich PBC als Vertriebspartner für DWS-Fonds in Deutschland und CB&S zur Umsetzung der Anforderungen vermögender Kunden im Bereich Corporate Financing).

Auch in 2014 werden wir signifikante Investitionen in unser operatives Geschäft und die EDV tätigen. Beispielsweise implementieren wir für unsere Asset Management-Anlageplattform eine umfassende IT-Lösung, die zu signifikanten Verbesserungen in Bezug auf Effizienz und Funktionalitäten führen wird. Diese Initiativen sind Teil zahlreicher Projekte zur Optimierung unserer geografischen und operativen Präsenz. Die finanzielle Performance des Bereichs basiert teilweise auf der erfolgreichen Umsetzung dieser Projekte. Sie ist darüber hinaus von der Zunahme des verwalteten Vermögens und einer höheren Rendite neuer Vermögenswerte abhängig. Um dies zu erreichen, bauen wir weiterhin auf unserem integrierten Betreuungsmodell auf und erweitern unser Produktangebot.

Private & Business Clients

Die BIP-Prognose für alle europäischen Länder, in denen PBC vertreten ist (einschließlich unseres Heimatmarkts), hat sich signifikant verbessert. Alle Länder dürften ein positives BIP-Wachstum verzeichnen. In Asien sollte die Wirtschaft im Vergleich zu 2013 ein stärkeres Wachstum aufweisen.

Private & Business Clients	KPI	Ziel 2015
	Erträge	Wachstum auf 10 Mrd €
	Aufwand-Ertrag-Relation	Ca. 60 %
	Ergebnis vor Steuern	Wachstum auf 3 Mrd €

Wir werden unseren Wachstumskurs fortsetzen, um unser Ertragsziel von rund 10 Mrd €, unser angestrebtes Ergebnis vor Steuern von rund 3 Mrd € und eine Aufwand-Ertrag-Relation von weniger als 60 % zu erreichen, sobald wir die Vorteile der Postbank-Integration vollständig nutzen können. Unsere KPIs dürften sich in 2014 weiter unseren Zielen für 2015 annähern. Für das Ergebnis vor Steuern erwarten wir, auch aufgrund eines Einmaleffektes, einen beträchtlichen Anstieg in 2014, während sich unsere Erträge und die Aufwand-Ertrag-Relation leicht verbessern sollten. Unsere Strategie basiert auf der anhaltenden Stärkung unseres Geschäfts im Heimatmarkt und dem Ausbau unseres gut aufgestellten Beratungsgeschäfts in ausgewählten internationalen Märkten. Mit Magellan entwickeln wir eine neue einheitliche Service- und IT-Plattform für PBC, die Leistungen im Advisory und Consumer Banking bietet. Darüber hinaus planen wir, unsere relative Stärke zu nutzen, um unser Kreditgeschäft zu erweitern und attraktive Margen zu erwirtschaften.

In der Privat- und Firmenkundenbank wollen wir von unserem neuen Geschäftsmodell profitieren und unsere Marktposition stärken sowie die Vorteile aus der Betreuung unserer Firmen- und Mittelstandskunden nutzen. Wir werden unseren Schwerpunkt weiterhin auf das risikoarme Hypothekengeschäft legen, unser Geschäft mit Anlage- und Versicherungsprodukten entwickeln und unsere strikte Kostendisziplin beibehalten.

In Advisory Banking International wollen wir auf unserer Stärke im Beratungsgeschäft in Europa aufbauen und planen, unsere profitable Marktposition bei anspruchsvollen Privat- und Firmenkunden mit Schwerpunkt auf wohlhabende Regionen weiter auszubauen, um zu den führenden Privatkundenbanken in Europa zu zählen. PBC wird weiterhin von seiner Beteiligung von 19,99 % an und der stärkeren Kooperation mit der Hua Xia Bank in China profitieren. PBC wird sich bemühen, seine Ziele in Indien zu erreichen, um den weiteren Geschäftserfolg in Asien zu unterstützen.

Die Postbank wird ihren Wachstumspfad in Deutschland weiterverfolgen und gleichzeitig ihr Geschäft neu ausrichten sowie durch die Umsetzung organisatorischer Maßnahmen Kosten reduzieren. Die fortschreitende Integration der Postbank sollte PBC ermöglichen, die angestrebten Synergien zu erzielen.

Die Umsetzungskosten dürften in 2014 auf einem mit dem Vorjahr vergleichbaren Niveau bleiben, da die Integration der Postbank und das OpEx-Programm weiterhin im Fokus stehen. Wir erwarten, dass wir unsere Kos-

ten 2014 weiter reduzieren können. Viele Effekte des Programms werden ihr volles Potenzial jedoch erst in 2015 und darüber hinaus entfalten. Es verbleibt jedoch ein Restrisiko, dass sich Synergien erst später als erwartet einstellen.

PBC muss weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen. Dazu gehört das Risiko eines wesentlichen Rückgangs des Wirtschaftswachstums. Dieser würde zu einer höheren Arbeitslosenquote führen, die wiederum eine steigende Risikovorsorge im Kreditgeschäft und ein geringeres Geschäftswachstum, hauptsächlich außerhalb Deutschlands, zur Folge haben könnte. Die Entwicklung bei Anlageprodukten und die daraus resultierenden Erträge sind vor allem von der weiteren Entwicklung des makroökonomischen Umfelds in Europa sowie der Nachfrage nach Anlageprodukten und der Risikobereitschaft der Kunden abhängig. Darüber hinaus erwarten wir keine kurzfristige Erholung des nahe Null liegenden Zinsniveaus, was unsere Erträge im Einlagengeschäft weiter belasten wird. PBC strebt in den nächsten Jahren eine Stärkung seines deutschen Kreditgeschäfts und eine Ausweitung der Margen, besonders außerhalb Deutschlands, an. Dabei wird der Bereich eine strenge Risikodisziplin einhalten und den Kapitalbedarf weiter sorgfältig optimieren. Im Rahmen der konzernweiten Deleveraging-Maßnahmen besteht das Risiko, dass PBC die negativen Auswirkungen auf die Erträge nicht vollständig kompensieren kann. Strengere aufsichtsrechtliche Vorschriften könnten für PBC weitere Risiken darstellen.

Non-Core Operations Unit

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) dürfte weiterhin einen Beitrag zu der Erreichung der Kapitalziele und dem Bilanzabbau-Programm des Konzerns leisten.

Während der Schwerpunkt unseres Mandats auf dem Risikoabbau liegt, ist der strategische Fokus an den strategischen Zielen des Konzerns ausgerichtet. Anfangs lag der Schwerpunkt auf einer Reduzierung des Kapitalbedarfs, um die Kapitalquote des Konzerns deutlich zu verbessern, ohne dass es für die Aktionäre zu einem Verwässerungseffekt kommt.

Künftig wird der Fokus ebenfalls auf der Verkürzung der Bilanz in Übereinstimmung mit der CRR/CRD 4 liegen, um die Bank in Bezug auf die Erreichung der Zielverschuldungsquote zu unterstützen. Weitere Schwerpunkte sind die Reduzierung latenter Risiken und bankfremder Vermögenswerte sowie die Anpassung der Kostenbasis des Konzernbereichs NCOU an den Risikoabbaufortschritt.

Bei der erfolgreichen Umsetzung unserer Strategie zum Risikoabbau gibt es weiterhin Herausforderungen. Die NCOU umfasst signifikante Investitionen in einzelne Unternehmen und hält Vermögenswerte, die nicht zum Kerngeschäft gehören. Diese Investitionen und Vermögenswerte sind mit Chancen und Risiken verbunden, wie zum Beispiel dem Risiko von Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds und der Marktbedingungen, die den Zeitplan für die Risikoreduzierung beeinflussen können und möglicherweise auch Einfluss auf die Höhe der zukünftigen Erträge haben könnten.

Die Geschwindigkeit des Risikoabbaus dürfte sich künftig mit zunehmendem Rückgang des Portfoliovolumens verlangsamen. Dies wird auch zu niedrigeren Portfolioerträgen führen. Wir werden kontinuierlich die Vorteile eines Verkaufs gegenüber einem Halten der Vermögenswerte abwägen, um positive Marktbedingungen nutzen zu können. Der Fokus unserer Strategie für den Risikoabbau wird stets auf mehreren Faktoren liegen. Dazu zählen vor allem Kapital, Verschuldung, Risikoreduzierung und das Ergebnis vor Steuern.

Wir haben in 2013 einen Vergleich mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) geschlossen, um unseren größten Rechtsstreit zu Hypothekenkrediten beizulegen. Dennoch erwarten wir weiterhin Herausforderungen in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten.

Risikobericht

Einführung

Veröffentlichungen gemäß IFRS 7 und IAS 1

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) Financial Instruments: Disclosures“ sowie Veröffentlichungen zum Kapital entsprechend dem „International Accounting Standard 1 (IAS 1) Presentation of Financial Statements“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Risikobericht durch eine seitliche Klammer markiert.

Veröffentlichungen gemäß Säule 3 des Kapitalstandards nach Basel 2.5

Der nachfolgende Risikobericht enthält auch die Veröffentlichungen zur Säule 3 entsprechend dem internationalen Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch bezeichnet als Basel 2 und Basel 2.5. Die Europäische Union hat die Eigenkapitalrichtlinie 2 und 3 umgesetzt, die das Baseler Kapitalrahmenwerk in Europa ergänzt, welches ursprünglich durch die Bankenrichtlinie und die Kapitaladäquanzrichtlinie eingeführt wurde. In Deutschland wurden die Eigenkapitalrichtlinien in nationales Recht umgesetzt und die Veröffentlichungsanforderungen nach Säule 3 in § 26a des Kreditwesengesetzes („KWG“) und im Teil 5 der Solvabilitätsverordnung („SolvV“) festgeschrieben. Aus Konsistenzgründen wenden wir im folgenden Risikobericht den Begriff „Basel 2.5“ an, wenn wir auf diese Regelungen Bezug nehmen, so wie sie in deutsches Recht umgesetzt sind und bis zum 31. Dezember 2013 Gültigkeit haben. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend sind die Säule-3-Offenlegungen als nicht testiert gekennzeichnet.

Wir haben das überarbeitete Kapitalregelwerk für die Mehrheit unserer Engagements auf Basis eigener interner Modelle zur Messung des Kreditrisikos, des Marktrisikos und des operationellen Risikos umgesetzt, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigt wurden. Alle Säule-3-relevanten Veröffentlichungen basieren auf intern definierten Prinzipien und darauf bezogenen Prozessen, welche in unserer entsprechenden Risiko-Veröffentlichungsrichtlinie festgeschrieben sind.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Säule-3-bezogenen Offenlegungsthemen und ihre Lokalisierung im Risikobericht.

Säule-3-Offenlegung in unserem Finanzbericht

Säule-3-Offenlegungsthemen	Im Finanzbericht zu finden unter
Einleitung und Anwendungsbereich der Säule 3	„Einleitung“
Kapitaladäquanz	„Regulatorisches Kapital“
Risiko- und Kapitalmanagement des Konzerns	„Risikomanagement: Überblick“, „Grundsätze des Risikomanagements“, „Risikobewertung und Berichterstattung“, „Risikoinventur“, „Kapitalmanagement“, „Bilanzmanagement“ und „Gesamtrisikoposition“
Adressenausfallrisiko: Strategien und Prozesse Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung	„Kreditrisiko“, „Qualität von Vermögenswerten“, „Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung“ und Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“
Verbriefung	„Verbriefung“ und Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“
Handelsbezogenes Marktrisiko Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten	„Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“, „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten“, „Rechnungslegung und Bewertung von Beteiligungspositionen“ und Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“
Operationelles Risiko	„Operationelles Risiko“
Liquiditätsrisiko	„Liquiditätsrisiko“

Ausblick zu Basel 3 und CRR/CRD 4

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die „Richtlinie (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt und am 27. Juni 2013 veröffentlicht. Die Umsetzung der CRD 4 in deutsches Recht erfolgte über Anpassungen im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie in den begleitenden Verordnungen. Zusammen stellen diese Regulierungen das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk dar, welches in Deutschland unter anderem in Bezug auf das Kapital, die Verschuldung, die Liquidität und auch für Pillar-3-Veröffentlichungen anwendbar ist. Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung verschiedener Übergangsregeln in Kraft. Da dieser Bericht das Finanzjahr bis zum 31. Dezember 2013 umfasst, beziehen sich die Veröffentlichungen in den folgenden Kapiteln auf die gesetzlichen Vorgaben (insbesondere das KWG und die SolvV), wie sie vor dem 1. Januar 2014 galten, sofern nicht anderweitig angegeben.

Für einige der neuen regulatorischen Anforderungen gelten Übergangsbestimmungen. Die Mindestkapitalquoten werden schrittweise bis 2015 eingeführt. Der überwiegende Teil der aufsichtsrechtlichen Anpassungen (das heißt Kapitalabzüge und aufsichtsrechtliche Filter) tritt phasenweise bis 2018 in Kraft. Kapitalinstrumente, die nach den neuen Regelungen nicht qualifiziert sind, sind bis 2021 nicht phasenweise mehr zu berücksichtigen. Neue Anforderungen zu Kapitalpuffern werden phasenweise bis 2019 eingeführt. Obwohl die aufsichtsrechtliche Berichterstattung bereits in 2014 beginnt, werden bindende Mindestanforderungen für die kurzfristige Liquidität in 2015 wirksam und ein Standard für die langfristige Liquidität wird in 2018 erwartet. Die Einführung eines verpflichtenden Verschuldungsgrades wird ebenfalls für 2018 erwartet, nachdem die Veröffentlichung der Kennziffer bereits in 2015 beginnen wird. Das CRR/CRD 4-Rahmenwerk veränderte teilweise auch die Nomenklatur in Bezug auf Kapitaladäquanz und aufsichtsrechtliches Kapital, indem zum Beispiel der Begriff Common Equity Tier-1-Kapital den Begriff Kernkapital ersetzt.

Zum besseren Verständnis verwenden wir in unseren Veröffentlichungen die Nomenklatur des CRR/CRD 4-Rahmenwerks in den folgenden Abschnitten und Tabellen zu Kapitaladäquanz, aufsichtsrechtlichem Kapital und zur Verschuldung. Gleichwohl basieren die Zahlenangaben für die dargestellten Zeiträume des Berichts auf dem Basel 2.5-Rahmenwerk wie es in deutsches Recht umgesetzt wurde und für diese Zeiträume noch Gültigkeit hatte, sofern nicht anderweitig angegeben.

Da hinsichtlich der CRR/CRD 4-Regelungen immer noch Interpretationsunsicherheiten bestehen und einige der darauf bezogenen verpflichtenden technischen Standards auch noch nicht final vorliegen, werden wir unsere Annahmen und Modelle kontinuierlich verfeinern in dem Maße, wie unser sowie das Verständnis der Industrie und die Interpretation der Regeln sich entwickeln. Vor diesem Hintergrund, können unsere Pro-forma-CRR/CRD 4-Meßgrößen von unseren früheren Erwartungen abweichen. Auch die Annahmen und Einschätzungen unserer Wettbewerber über die Einführung mögen sich verändern, so dass unsere Pro-forma-CRR/CRD 4-Kennzahlen, die nicht auf Rechnungslegungsvorschriften basieren, nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unsere Wettbewerber vergleichbar sind.

Weitere Details zu unseren entsprechenden Pro-forma CRR/CRD 4-Kapitalquoten stellen wir im Abschnitt „Risikobericht – Aufsichtsrechtliches Kapital“ und zu unserem Verschuldungsgrad im Abschnitt „Risikobericht – Bilanzmanagement“ zur Verfügung.

Offenlegung gemäß den Prinzipien und Empfehlungen der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF)

In 2012 wurde die „Enhanced Disclosure Task Force“ („EDTF“) als eine privatwirtschaftliche Initiative unter der Schirmherrschaft des Financial Stability Board mit dem primären Ziel gegründet, die grundlegenden Prinzipien für verbesserte Offenlegung von Risiken sowie Empfehlungen für die Verbesserung bereits existierender Offenlegungen von Risiken zu entwickeln. Als ein Mitglied der EDTF haben wir die Offenlegungsvorschläge in diesem Risikobericht berücksichtigt.

Konsolidierungsansatz

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten quantitativen Informationen beziehen sich auf den Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“. Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind insbesondere im Rahmen von Säule 3 die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Dies ist im Folgenden genauer beschrieben. In den Fällen, in denen die aufsichtsrechtliche Abgrenzung für den Konzern angewandt wird, ist dies explizit genannt.

Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank AG“) mit Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland, ist das übergeordnete Unternehmen der Deutsche Bank Institutsgruppe („Institutsgruppe“), die den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des KWG und der SolvV unterliegt. Gemäß § 10a KWG umfasste eine aufsichtsrechtliche Institutsgruppe ein Kreditinstitut (nachfolgend auch „Bank“) oder ein Finanzdienstleistungsinstitut als übergeordnetes Unternehmen und alle anderen Banken, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Zahlungsinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die dessen Tochterunternehmen im Sinne von § 1 (7) KWG waren. Diese Gesellschaften werden für aufsichtsrechtliche Meldezwecke unserer Institutsgruppe vollständig konsolidiert. Ergänzend konnten bestimmte Gesellschaften, die keine Tochterunternehmen sind, auf quotaler Basis einbezogen werden. Versicherungen und Gesellschaften außerhalb des Finanzsektors wurden in der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe nicht konsolidiert.

Für Finanzkonglomerate galt auch das deutsche Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz, demzufolge Versicherungen in eine ergänzende Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“ genannt) einbezogen werden. Wir waren im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft worden.

Die aufsichtsrechtlichen Konsolidierungsgrundsätze weichen von denen unseres handelsrechtlichen Konzernabschlusses ab. Gleichwohl wird die Mehrzahl der Tochterunternehmen nach KWG auch in unserem Konzernabschluss gemäß IFRS voll konsolidiert.

Die Hauptunterschiede zwischen der aufsichtsrechtlichen und der IFRS-Konsolidierung sind:

- Gesellschaften, die von uns kontrolliert werden, jedoch nicht der Bankenbranche angehören, sind nicht Teil der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, werden aber in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogen.
- Die meisten unserer Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, auch „SPEs“), die nach IFRS konsolidiert wurden, erfüllten nicht die speziellen Konsolidierungsanforderungen nach § 10a KWG und waren daher im aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nicht enthalten. Die Risiken, die aus unserem Engagement gegenüber diesen Zweckgesellschaften resultieren, finden sich jedoch in unseren aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.
- Einige aufsichtsrechtlich konsolidierte Gesellschaften erfüllen wiederum nicht die Konsolidierungskriterien der Rechnungslegung, sondern werden anders behandelt und insbesondere nach der Equitymethode bilanziert. Es gibt zwei Gesellschaften in unserer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, die gemeinsam von ihren Anteilseignern kontrolliert und aufsichtsrechtlich quotale konsolidiert werden. Weitere vier Gesellschaften werden freiwillig quotale konsolidiert. Für Zwecke der Konzernberichterstattung gemäß IFRS werden vier Unternehmen nach der Equitymethode bilanziert, ein Unternehmen wird als Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte und ein Unternehmen als Sonstiger Vermögenswert behandelt.

Zum Jahresende 2013 umfasste unsere aufsichtsrechtliche Institutsgruppe 844 Tochterunternehmen, von denen sieben quotale konsolidiert wurden. Die aufsichtsrechtliche Institutsgruppe bestand aus 127 Banken, einem Zahlungsinstitut, 67 Finanzdienstleistungsinstituten, 449 Finanzunternehmen, 12 Kapitalanlagegesellschaften und 188 Anbietern von Nebendienstleistungen.

Zum Jahresende 2012 umfasste unsere aufsichtsrechtliche Institutgruppe 913 Tochterunternehmen, von denen drei quotal konsolidiert wurden. Unsere Institutgruppe bestand aus 137 Banken, drei Zahlungsinstituten, 80 Finanzdienstleistungsinstituten, 514 Finanzunternehmen, 14 Kapitalanlagegesellschaften und 165 Anbietern von Nebendienstleistungen.

120 Unternehmen wurden von der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung gemäß § 31 (3) KWG per Jahresende 2013 ausgenommen (Jahresende 2012: 131 Unternehmen). § 31 (3) KWG erlaubt im aufsichtsrechtlichen Anwendungsbereich den Ausschluss kleiner Gesellschaften vom konsolidierten aufsichtsrechtlichen Meldewesen, sofern entweder deren Bilanzsumme kleiner als 10 Mio € oder kleiner als 1 % der Bilanzsumme des Konzerns ist. In Übereinstimmung mit IFRS muss keines dieser Unternehmen im Konzernabschluss konsolidiert werden. Die Buchwerte unserer Beteiligungen am Kapital dieser Unternehmen wurden von unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen, zum Jahresende 2013 insgesamt 20 Mio € (Jahresende 2012: 31 Mio €).

Die gleiche Abzugsbehandlung wurde zum Jahresende 2013 auf weitere 260 aufsichtsrechtlich nicht konsolidierte Gesellschaften sowie weitere drei immaterielle Versicherungsgesellschaften angewandt (267 zum Jahresende 2012), die nicht in die Solvabilitätsspanne einbezogen werden. Deren Beteiligungsbuchwerte haben wir gemäß dem noch gültigen § 10 (6) KWG von unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen. § 10 (6) Nr. 1, 2, 3 und 5 KWG verlangten den Abzug der Beteiligungen an nicht konsolidierten Instituten, Finanzunternehmen und Versicherungsunternehmen vom aufsichtsrechtlichen Eigenkapital, wenn ein Kapitalanteil von mehr als 10 % gehalten wurde (bei Versicherungsunternehmen mindestens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte, sofern diese nicht in die Berechnung der Solvabilitätsspanne auf Konglomeratsebene einbezogen sind). Seitdem wir als Finanzkonglomerat eingestuft sind, werden materielle Beteiligungen in Höhe von mindestens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte von Versicherungsunternehmen nicht von unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen, da diese in die Solvabilitätsberechnung auf Konglomeratsebene einbezogen werden.

Ab dem 1. Januar 2014 wird unsere aufsichtsrechtliche Konsolidierung durch das CRR/CRD 4-Rahmenwerk (wie gegebenenfalls in deutsches Recht umgesetzt) und das Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz geregelt.

Zusammenfassende Risikobewertung

Zu den für uns wichtigen Risikokategorien gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko, das Geschäftsrisiko (einschließlich steuerlichem und strategischem Risiko), das Reputationsrisiko und das Liquiditätsrisiko. Wir steuern die Identifikation, Bewertung und die Maßnahmen zur Reduzierung der wichtigen und möglichen zukünftigen Risiken durch einen internen Governance-Prozess und die Anwendung von Risikomanagementtools und -prozessen. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung zielt darauf ab, Auswirkungen dieser Risiken auf unser finanzielles Ergebnis, unsere langfristigen strategischen Ziele und unsere Reputation zu reduzieren.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung und eine deduktive makroökonomische und politische Szenarioanalyse überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Aktuelle portfolioweite Risiken, auf die wir uns weiterhin fokussieren, sind: die mögliche erneute Eskalation der europäischen Staatsschuldenkrise, ein möglicher Rückgang des asiatischen Wirtschaftswachstums, Turbulenzen durch monetäre Straffung in den USA und die damit verbundenen Auswirkungen auf Emerging Markets und das potenzielle Risiko eines geopolitischen Schocks. Diese Risiken standen in den letzten Quartalen durchgehend im Fokus. Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgt durch Integration in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihrer Realisierung bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Parametern der Tests eintreten.

Im Jahr 2013 hielt der globale Trend zu mehr Regulierungen in der Finanzdienstleistungsbranche an, der sich in den nächsten Jahren wahrscheinlich fortsetzen wird. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im gesamten Jahr 2013 darauf, unser Risiko- und Kapitalprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur. Dieser Ansatz spiegelt sich in den nachfolgenden Risikobewertungen wider.

Für die Zwecke von Artikel 431 CRR haben wir eine offizielle Risiko-Offenlegungsrichtlinie etabliert. Diese hat zum Ziel, dass unsere Risiko-Veröffentlichungen in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und rechnungslegungsbezogenen Risiko-Offenlegungsstandards sind. Ein Risk Reporting Committee, bestehend aus hochrangigen Vertretern und Fachexperten aus Finance und Risk, überwacht unsere jeweiligen Prozesse der Risiko-Veröffentlichungen. Auf Grundlage unserer Beurteilung und Prüfung sind wir der Überzeugung, dass unsere Risiko-Veröffentlichungen in diesem Risikobericht unser Gesamtrisiko- und Kapitalprofil angemessen und umfassend vermitteln.

Risikoprofil

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor übergreifenden Effekten auf Konzernebene wider. Die Änderungen des Risikoprofils, verglichen mit dem Jahresende 2012, reflektieren hauptsächlich sich gegenseitig kompensierende Effekte aus unserer Risikoabbaustrategie und Methoden Anpassungen zwischen den Risikoklassen.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

31.12.2013

in % (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt in Mio €	Insgesamt
Kreditrisiko	17	7	1	14	5	0	12.013	44
Marktrisiko	18	1	6	11	5	7	12.738	47
Operationelles Risiko	9	0	2	3	5	0	5.253	19
Diversifikationseffekte	-7	-1	-2	-3	-3	0	-4.515	-17
Geschäftsrisiko	5	0	0	0	1	0	1.682	6
Ökonomischer Kapitalbedarf								
insgesamt in Mio €	11.398	2.033	2.010	6.671	3.349	1.710	27.171	100
in %	42	7	7	25	12	6	100	0

31.12.2012

in % (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt in Mio €	Insgesamt
Kreditrisiko	16	6	1	13	8	0	12.574	44
Marktrisiko	14	1	5	11	10	5	13.185	46
Operationelles Risiko	7	0	2	1	7	0	5.018	17
Diversifikations-effekte	-5	0	-2	-2	-6	0	-4.435	-15
Geschäftsrisiko	7	0	0	0	1	0	2.399	8
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	11.118	1.781	2.009	6.720	5.782	1.331	28.741	100
in %	39	6	7	23	20	5	100	0

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Begebung von Positionen, Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Im aktuellen Geschäftsmodell von Corporate Banking & Securities stammen die verbleibenden Risiken aus operationellen Risiken und Geschäftsrisiken, hauptsächlich aufgrund möglicher Rechts- und Ertragsschwankungsrisiken.

Die Ausrichtung von Global Transaction Banking auf Handelsfinanzierungen bedeutet, dass der Großteil der Risiken aus Kreditrisiken besteht, ergänzt um einen geringen Anteil von Marktrisiken aus Derivaten.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche Asset & Wealth Management entsprechende operationelle Risiken mit sich.

Im Gegensatz hierzu spiegelt das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus dem Investmentportfolio der Postbank wider.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäftsumfelds und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie des gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt sind, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält Kreditrisiken sowie auch Marktrisiken und operationelle Risiken (inklusive Rechtsrisiken), für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist.

Die Umsetzung unserer Strategie zur Veräußerung von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU, in der wir bereits unsere Bilanz reduziert haben, hat zur Überprüfung der Allokation unserer operationellen Risiken geführt. Im Einklang mit dem weiteren Abbau von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU haben wir im dritten Quartal 2013 Ökonomisches Kapital in Höhe von 892 Mio € von der NCOU auf unsere Kerngeschäftsbereiche übertragen.

Risikomanagement – Überblick

Kreditrisikoüberblick

- Das Maximale Kreditrisiko reduzierte sich um 420 Mrd € oder 20 % auf 1,6 Bil € im Vergleich zum 31. Dezember 2012 weitgehend aufgrund eines Rückgangs der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten und Reduzierungen bei mehreren anderen Produktkategorien aus verschiedenen risikoreduzierenden und Bilanzoptimierungsinitiativen. Die Kreditqualität des maximalen Kreditrisikos beinhaltete 78 % Kredite mit hoher Anlagequalität zum 31. Dezember 2013, was einen leichten Rückgang im Vergleich mit 80 % zum 31. Dezember 2012 darstellt.
- Das Kreditrisiko blieb diversifiziert nach Regionen, Branchen und Geschäftspartnern. Regional ist es gleichmäßig über unsere Schlüsselmärkte verteilt (Nordamerika 29 %, Deutschland 28 % und restliches Westeuropa 28 %) und blieb in der regionalen Gliederung gegenüber dem Vorjahr weitestgehend stabil. Unser größtes Branchenengagement besteht gegenüber Banken und Versicherungen mit 33 % des Bruttoengagements (vor Berücksichtigung von Sicherheiten) und blieb stabil gegenüber dem 31. Dezember 2012. Diese Engagements sind überwiegend mit Kunden guter Bonität und in der Regel besichert. Auf Kreditnehmerebene blieben wir gut diversifiziert, wobei unsere zehn größten Engagements auf Bruttobasis 10 % unserer gesamten Kreditrisiken umfassten, verglichen mit 11 % zum 31. Dezember 2012, und mit Geschäftspartnern guter Bonitätseinstufung (Investment-Grade) waren.
- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich im Geschäftsjahr 2013 um 344 Mio € oder 20 % auf 2,1 Mrd € sowohl getrieben durch NCOU als auch durch die Kernbank. Der Anstieg in NCOU war unter anderem auf eine erhöhte Risikovorsorge für Kredite an Unternehmen im europäischen gewerblichen Immobiliensektor zurückzuführen. Die Erhöhung der Risikovorsorge in der Kernbank resultierte im Wesentlichen aus einem Einzelkundenkreditereignis in GTB sowie aus einer erhöhten Risikovorsorge für Kredite an Schiffsgesellschaften in CB&S und wurde teilweise kompensiert durch einen Rückgang in PBC aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr günstigeren Kreditumfelds in Deutschland.
- Unser Kreditportfolio reduzierte sich um 20 Mrd € oder 5 % von 402 Mrd € zum 31. Dezember 2012 auf 382 Mrd € zum 31. Dezember 2013. Der Rückgang war hauptsächlich auf Risikoreduzierungen in der NCOU zurückzuführen. Die größte Branche in unserem Kreditportfolio, Immobilienfinanzierungen für private Haushalte, belief sich auf 148 Mrd € zum 31. Dezember 2013, davon 116 Mrd € im stabilen deutschen Markt. Der Anteil an Krediten mit Investment-Grade Bonitätseinstufung in unserem Firmenkreditportfolio, welches 52 % des gesamten Kreditbuches umfasste, reduzierte sich zum 31. Dezember 2013 leicht auf 64 % gegenüber 66 % am Vorjahresstichtag.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich zum 31. Dezember 2013 auf 12,0 Mrd € gegenüber 12,6 Mrd € zum Jahresende 2012. Die Reduzierungen spiegelten Prozessverbesserungen und niedrigere Kreditrisiken, vor allem in NCOU, wider, wurden aber teilweise durch Erhöhungen aufgrund von Rekalibrierungen der internen Modelle kompensiert.

Marktrisikoüberblick

- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten erhöhte sich um 46 Mio € oder 1 % auf 8,5 Mrd € zum Jahresende 2013. Dieser Anstieg spiegelte hauptsächlich die Methodenänderungen für das strukturelle Währungsrisiko und das Langlebighkeitsrisiko bei leistungsorientierten Pensionsplänen wider, die durch den Risikoabbau in NCOU teilweise kompensiert wurden.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich auf 4,2 Mrd € zum Jahresende 2013 im Vergleich zu 4,7 Mrd € zum Vorjahresende. Dieser Rückgang war im Wesentlichen zurückzuführen auf Risikoreduzierungen innerhalb NCOU.
- Der durchschnittliche Value-at-Risk der Handelsbereiche belief sich in 2013 auf 53,6 Mio € im Vergleich zu 57,1 Mio € in 2012. Der Rückgang war im Wesentlichen auf eine Risikoreduktion im Zinsrisiko und Credit-Spread-Risiko zurückzuführen.

Operationelles Risiko – Überblick

- Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2013 auf 5,3 Mrd € im Vergleich zu 5,0 Mrd € zum Jahresende 2012. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Weiterentwicklung des AMA Modells, die die Modellierung der Verlustfrequenz für interne Deutsche Bank Verluste aus operationellen Risiken anpasst und zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs von 191 Mio € führt. Zusätzlich ist der Anstieg durch größere Deutsche Bank interne sowie externe Verluste begründet. Diese aus operationellen Risiken entstandenen Verluste, die zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten, beruhen weitgehend auf der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält weiterhin die in unserem AMA-Modell eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung von unvorhergesehenen Haftungsrisiken aus der letzten Finanzkrise implementiert wurde.
- Die Umsetzung unserer Strategie zur Veräußerung von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU, in der wir bereits unsere Bilanz reduziert haben, hat zur Überprüfung der Allokation unserer operationellen Risiken geführt. Im Einklang mit dem weiteren Abbau von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU haben wir im dritten Quartal 2013 Ökonomisches Kapital in Höhe von 892 Mio € von der NCOU auf unsere Kerngeschäftsbereiche übertragen.

Liquiditätsrisikouberblick

- Die Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2013 beliefen sich auf 196 Mrd € (zum Vergleich 232 Mrd € zum 31. Dezember 2012) und unterstützten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 31. Dezember 2013 (in einem kombinierten Szenario). Der Rückgang der Liquiditätsreserven erfolgte im Rahmen der Reduzierung in unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierung sowie weiterer Finanzierungsquellen.
- Wir haben unseren Emissionsplan von 18 Mrd € für das Jahr 2013 vollständig erfüllt.
- Unsere Refinanzierung stammte zu 66 % aus Refinanzierungsquellen, die wir als die stabilsten einstufen. Dazu gehören Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital sowie Einlagen von Privatkunden und Transaktionsbankkunden.

Kapitalmanagementüberblick

- Die Tier-1-Kernkapitalquote berechnet gemäß Basel 2.5 betrug 12,8 % zum 31. Dezember 2013, verglichen mit 11,4 % zum Jahresende 2012.
- Die risikogewichteten Aktiva sind im Jahresvergleich um 34 Mrd € von 334 Mrd € per Dezember 2012 auf 300 Mrd € per Dezember 2013 gesunken. Der Rückgang wird mit 27 Mrd € hauptsächlich durch das Adressenausfallrisiko getrieben, im Wesentlichen zurückzuführen auf Migrationen im Verlustmaß bei Ausfall von Geschäftspartnern sowie bei Bonitätseinstufungen, eine höhere Abdeckung durch Sicherheiten und Aufrechnungsvereinbarungen sowie auf Verkäufe von Vermögenswerten.
- Die Interne Kapitaladäquanzquote erhöhte sich auf 167 % zum 31. Dezember 2013, verglichen mit 158 % zum 31. Dezember 2012.
- Die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) verbesserte sich im Jahr 2013 deutlich von 7,8 % zum 31. Dezember 2012 auf 9,7 % zum 31. Dezember 2013. Der Anstieg von 190 Basispunkten war bestimmt durch unsere Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluss im zweiten Quartal 2013, welche ungefähr 80 Basispunkte beisteuerte. Der restliche Anstieg war auf den Abbau risikogewichteter Aktiva zurückzuführen.

Bilanzmanagementüberblick

- Zum 31. Dezember 2013 belief sich unsere bereinigte Verschuldungsquote auf 19 und verringerte sich damit im Vergleich zu 22 zum Jahresende 2012. Unsere Verschuldungsquote, berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital, betrug 29 zum 31. Dezember 2013 und wies damit ebenfalls einen deutlichen Rückgang im Vergleich zu 37 zum Jahresende 2012 auf.
- Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks am 27. Juni 2013 haben wir eine neue Berechnung unserer Verschuldungsquote, basierend auf dem zukünftig rechtsverbindlichen Rahmenwerk, eingeführt. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug unsere angepasste Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungs-

quote 3,1 % unter Berücksichtigung von 45,2 Mrd € angepasstem Pro-forma-Tier-1-Kapital im Verhältnis zu einem anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.445 Mrd €. Das angepasste Pro-forma-Tier-1-Kapital besteht aus unserem Pro-forma-Tier-1-Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung zuzüglich der Zusätzlichen Tier-1-Instrumente, die während der Implementierungsphase von CRR/CRD 4 gemäß der Phase-out-Methodik noch anrechenbar waren. Zum 31. Dezember 2012 beliefen sich unsere Zusätzlichen Tier-1-Instrumente im Rahmen von anrechenbaren Emissionen unter Basel 2.5 auf 12,5 Mrd €. Während der Implementierungsphase wird sich die maximal mögliche Anrechenbarkeit unserer Zusätzlichen Tier-1-Kapitalinstrumente zum Beginn jedes Jahres im Zeitraum bis einschließlich 2022 um 10 % beziehungsweise 1,3 Mrd € verringern. Zum 31. Dezember 2013 ergab sich somit ein anrechenbares Zusätzliches Tier-1-Kapital aus CRR/CRD 4-konformen Emissionen in Höhe von 11,2 Mrd €, das in der Berechnung unserer angepassten Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote berücksichtigt wurde. Wir beabsichtigen, neue CRR/CRD 4-anrechenbare Zusätzliche Tier-1-Kapitalinstrumente im Zeitablauf zu begeben, um die Effekte aus der auslaufenden Anrechenbarkeit dieser Instrumente unter CRR/CRD 4 zu kompensieren.

Grundsätze des Risikomanagements

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Unternehmens- und Geschäftsbereiche sowie Infrastrukturfunktionen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

- Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand, der deren Ausführung und Kontrolle an Senior-Risk-Management-Komitees delegiert. Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig die Risiko- und Kapitalprofile.
- Wir wirken Risiken auf drei Ebenen entgegen, wobei die Funktionen mit Kundenkontakt, Risikomanagement und Revision unabhängig voneinander agieren.
- Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt und ist definiert auf Basis unseres konzernweiten Strategie- und Kapitalplans sowie der Risikotoleranz, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
- Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass robuste Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken etabliert sind.
- Wir steuern Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken durch Risikomanagementprozesse. Modellierungs- und Messansätze zur Quantifizierung von Risiko und Kapitalnachfrage sind über alle bedeutenden Risikoklassen hinweg implementiert.
- Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätskennziffern sind eine angemessene Überwachung, Stress-tests sowie Eskalationsprozesse etabliert.
- Systeme, Prozesse und Richtlinien sind essenzielle Komponenten unseres Risikomanagements.
- Der Sanierungsplan legt die Eskalationsabläufe zur Krisenmanagementsteuerung fest und liefert dem Management eine Liste von Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapital- und Liquiditätssituation im Krisenfall zu verbessern.
- Der Abwicklungsplan wird von der BaFin festgelegt und beschreibt eine Strategie, um die Deutsche Bank in einem etwaigen Insolvenzfall abzuwickeln. Dieser Abwicklungsplan soll verhindern, dass Steuerzahler für einen Bail-out aufkommen müssen, und soll die Finanzstabilität durch Erhaltung von kritischen Dienstleistungen, die für die Volkswirtschaft von Bedeutung sind, stärken.

Risikosteuerung

Aus aufsichtsrechtlicher Sicht werden unsere Aktivitäten in der ganzen Welt von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die BaFin und die Deutsche Bundesbank als unsere primären Aufsichtsbehörden handeln in Kooperation, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sowie, ab dem 1. Januar 2014, gegebenenfalls das CRR/CRD 4-Regelwerk entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht, sicherzustellen.

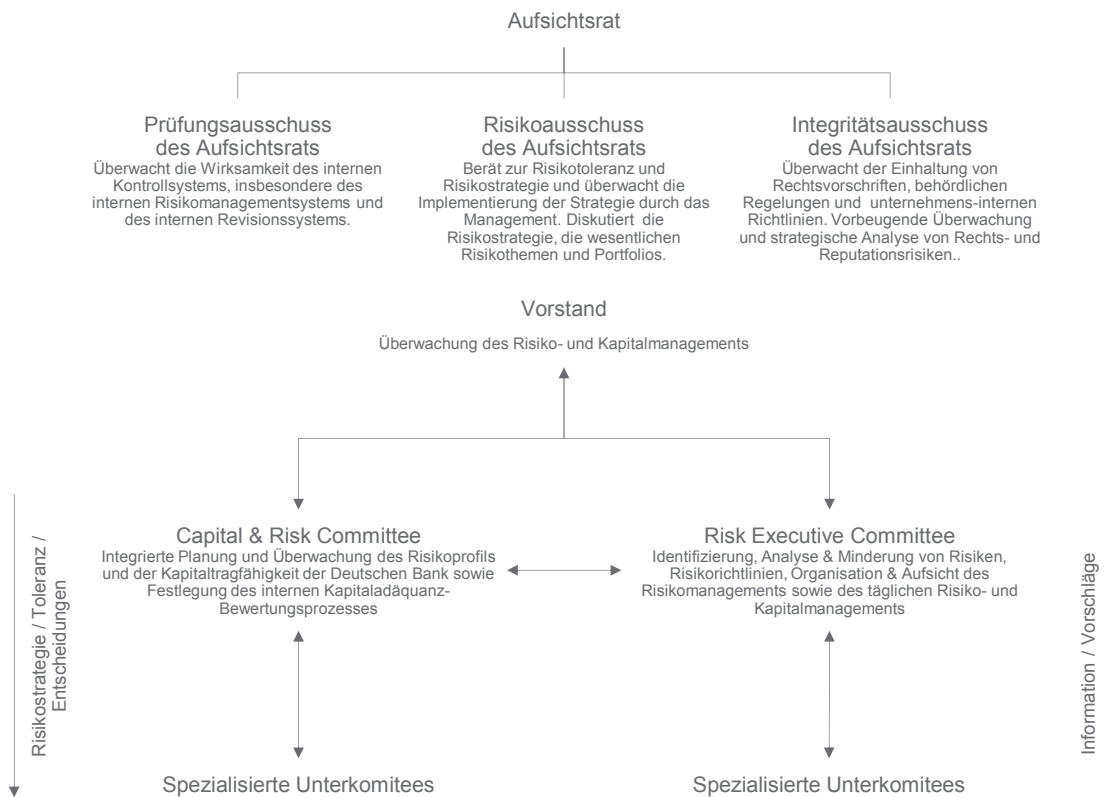
Die deutsche Bankaufsicht bewertet unsere Risikotragfähigkeit auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ beschrieben werden.

Aus Sicht der internen Steuerung haben wir mehrere Managementebenen zur Sicherstellung einer geschlossenen Risikosteuerung:

- Der Aufsichtsrat ist regelmäßig und – soweit erforderlich – aus besonderem Anlass über die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling, die Reputation und wesentliche Rechtsfälle zu unterrichten. Er hat verschiedene Komitees gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen.
- In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Länder-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, operationelle, strategische, regulatorische sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die aufgrund der damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand Fragen der Gesamtrisiko-bereitschaft und der Risikostrategie.
- Der Integritätsausschuss überwacht Maßnahmen des Vorstands, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften, behördlichen Regelungen und der unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen zu fördern. Er überprüft auch die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank und nimmt präventive Beobachtungen und strategische Analysen von Rechts- und Reputationsrisiken der Bank vor.
- Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der internen Revision.
- Unser Vorstand erfüllt die umfassende Aufsicht über das Risiko- und Kapitalmanagement für den konsolidierten Konzern und ist alleinig für das unabhängige tägliche Management des Unternehmens mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Interesse unserer Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter verantwortlich. Der Vorstand ist verantwortlich für die Definition und Umsetzung von Geschäfts- und Risikostrategien sowie für die Ausrichtung unserer Gesamtleistung an unserer Geschäfts- und Risikostrategie. Der Vorstand hat bestimmte Funktionen und Zuständigkeiten an hochrangige Überwachungskomitees übertragen, um die Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen, insbesondere an das Capital and Risk Committee („CaR“) und das Risk Executive Committee („Risk ExCo“), deren Aufgaben nachfolgend detaillierter beschrieben sind.

Weitere Informationen darüber, wie wir sicherstellen, dass unser Handeln mit unserer Risikostrategie im Einklang steht, sind in den Kapiteln „Risikotoleranz und Risikokapazität“ und „Strategie- und Kapitalplan“ zu finden.

Abbildung: Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für das Management der Risiken in der Deutschen Bank:

- Das CaR überwacht die integrierte Planung sowie Steuerung von Risikoprofil und Kapitaladäquanz. Dabei stellt es sicher, dass Risikotoleranz, Kapitalanforderungen sowie Refinanzierungs- und Liquiditätsbedarf mit der Strategie des Konzerns sowie der Unternehmens- und Geschäftsbereiche im Einklang sind. Es bietet eine Plattform zur Diskussion und Vereinbarung strategischer Fragen zwischen Risikomanagement, Finance und den Geschäftsbereichen, die Auswirkungen auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität haben. Das CaR initiiert entsprechende Maßnahmen und/oder gibt Empfehlungen an den Vorstand. Es ist auch verantwortlich für die regelmäßige Überwachung unseres Risikoprofils im Verhältnis zu unserer Risikotoleranz und dafür, dass angemessene Eskalationen erfolgen oder andere Maßnahmen eingeleitet werden. Das CaR überwacht unser Risikoprofil im Hinblick auf Frühwarnindikatoren und Sanierungsauslöser (Recovery triggers) und schlägt dem Vorstand – sofern erforderlich – Prozesse und Maßnahmen vor, die in unserem Sanierungsplan definiert sind.
- Das Risk ExCo als höchstes funktionales Komitee unseres Risikomanagements identifiziert, überwacht und steuert alle Risiken einschließlich Risikokonzentration auf Gruppenebene und ist das Kompetenzzentrum bezüglich aller risikobezogenen Themen der Geschäftsbereiche. Es ist verantwortlich für Risikogrundsätze, die Organisation und Steuerung des Risikomanagements und gewährleistet und überwacht die Ausführung des Risiko- und Kapitalmanagements einschließlich der Identifizierung, Analyse und Risikobegrenzung im Rahmen der vom Vorstand genehmigten Risiko- und Kapitalstrategie (Planung der Risiko- und Kapitalnachfrage). Das Risk ExCo wird unterstützt von Unterausschüssen, die für spezielle Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind, darunter mehrere Grundsatzausschüsse, das Cross Risk Review Committee („CRRC“) und das Group Reputational Risk Committee („GRRC“).

- Das Cross Risk Review Committee („CRRC“) unterstützt das Risk ExCo und das CaR insbesondere bei der Steuerung bereichsübergreifender Risiken. Das CaR hat dem CRRC die Aufgabe der laufenden Überwachung und Steuerung des Prozesses zur internen Bewertung der Kapitaladäquanz („ICAAP“) übertragen. Das CRRC überwacht auch das Inventar der Stresstests, die für die Steuerung unserer Risikotoleranz verwendet werden, bewertet die Ergebnisse und schlägt, falls erforderlich, Maßnahmen vor. Es überwacht die Wirksamkeit des Stresstestprozesses und fördert die kontinuierliche Verbesserung des Rahmenwerks unserer Stresstests. Es wird unterstützt durch ein dezidiertes Stress Testing Oversight Committee, das die Verantwortung für die Definition der konzernweiten Stresstestszenarien der risikoartenübergreifenden Gewährleistung gemeinsamer Normen und konsistenter Szenarien sowie die Überprüfung der konzernweiten Stresstestergebnisse hat.
- Das Living Wills Committee („LWC“) ist das dezidierte Sub-Committee des CaR mit Fokus auf Sanierungs- und Abwicklungsplanung. Es überwacht die Implementierung des Sanierungs- und Abwicklungsplans und Verbesserungen der konzernweiten operativen Bereitschaft, auf schwere Stresssituationen oder die Gefahr einer schweren Stresssituation zu reagieren.

Mehrere Mitglieder des CaR gehören auch dem Risk ExCo an, was einen konstanten und umfangreichen Informationsfluss zwischen beiden Gremien sicherstellt.

Unser Chief Risk Officer („CRO“), der Mitglied unseres Vorstands ist, trägt die Verantwortung für die Identifizierung, die Bewertung und die Berichterstattung für alle Risikoarten, die durch unsere Geschäftsaktivitäten über alle Geschäftsbereiche und Risiken entstehen, sowie für das direkte Management der folgenden Risikobereiche: Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Management der operationellen Risiken und Liquiditätsrisikokontrolle.

Diese sind mit folgenden Aufgaben betraut:

- Sicherstellung, dass die Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz übereinstimmen, die das CaR gemäß den Vorstandsvorgaben festgelegt hat;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
- Genehmigung von Limiten für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken;
- Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen; sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Darüber hinaus wurden regional verantwortliche Chief Risk Officer für Deutschland, Amerika und Asien-Pazifik sowie divisional verantwortliche Chief Risk Officer für DeAWM und NCOU ernannt, um ein ganzheitliches Risikomanagement sicherzustellen.

Die Leiter der oben erwähnten Bereiche sowie die regional und divisional verantwortlichen Chief Risk Officer berichten direkt an den Chief Risk Officer.

Verschiedene Teams innerhalb der Risikomanagementbereiche decken übergreifende Risikoaspekte ab. Ihre Aufgabe ist es, eine stärkere Konzentration auf ein ganzheitliches Risikomanagement und eine umfassende, risikoübergreifende Übersicht zur weiteren Verbesserung unserer Risikoportfoliosteuerung zu ermöglichen. Wesentliche Ziele sind:

- Steuerung von risikoübergreifenden strategischen Initiativen und stärkere Verknüpfung zwischen der Portfoliostrategie und der leitenden Umsetzung, einschließlich der Einhaltung regulatorischer Anforderungen;
- Strategische und zukunftsbezogene Managementberichterstattung zu wichtigen Risikothemen, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;

- Stärkung unserer Risikokultur; und
- Förderung der Umsetzung konsistenter Risikomanagementstandards.

Unsere Bereiche Finance und Group Audit arbeiten unabhängig von unseren Unternehmensbereichen und unserer Risiko-Funktion. Finance unterstützt die Quantifizierung sowie Verifizierung eingegangener Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität sowie Integrität risikorelevanter Daten zuständig. Group Audit führt risikoorientierte Prüfungen des Aufbaus und der operativen Effektivität unseres internen Kontrollsystems durch.

Die Postbank ist in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden. Hierzu werden Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken sowie Strategien und Prozesse zur Bestimmung der Risikotragfähigkeit und der entsprechenden internen Kontrollsysteme harmonisiert. Die wichtigsten Elemente der gemeinsamen Risikosteuerung sind:

- Funktionale Berichtslinien aus dem Risikomanagement der Postbank an das Risikomanagement der Deutschen Bank;
- Erweiterung des zentralen Risikokomitees der Postbank um stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Bank aus den jeweiligen Risikofunktionen und umgekehrt; und
- Umsetzung wichtiger Konzern-Risikorichtlinien bei der Postbank.

Die wesentlichen Risikomanagementausschüsse der Postbank, in denen der Chief Risk Officer der Postbank sowie ranghohe Risikomanager der Deutschen Bank stimmberechtigte Mitglieder sind, umfassen:

- Das Bankrisikokomitee, das den Vorstand der Postbank mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risikoallokation berät;
- Das Kreditrisikokomitee, das für die Limitallokation und Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist;
- Das Marktrisikokomitee, das über die Limitallokation, die strategische Positionierung des Anlage- und Handelsbuchs der Postbank, sowie Steuerung des Liquiditätsrisikos entscheidet;
- Das Managementkomitee für Operationelle Risiken, das ein angemessenes Risikorahmenwerk und die Kapitalzuordnung für operationelle Risiken für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert; und
- Das Modell- und Validierungskomitee, das für die Überwachung und Validierung aller Ratingsysteme und Risikomanagementmodelle verantwortlich ist.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit, unter Berücksichtigung des rechtlichen Rahmenwerks, ist es, den vereinbarten aufsichtsrechtlichen Fahrplan einzuhalten und unsere gemeinsame Risikomanagementinfrastruktur weiterzuentwickeln. Im Jahr 2013 erhielt das konzernweite AMA-Modell für operationelle Risiken die aufsichtsrechtliche Zulassung zur Anwendung für die Postbank. Des Weiteren werden große Klienten nunmehr zentral über unsere Kreditplattform gesteuert.

Risikokultur

Wir fördern aktiv eine starke Risikokultur auf allen Ebenen unserer Organisation. Eine starke Risikokultur unterstützt die Ausfallsicherheit der Deutschen Bank. Hierfür wenden wir einen ganzheitlichen Ansatz für die Steuerung von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie das effektive Management unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils an. Bei unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bewusst Risiken ein. Die folgenden Prinzipien stützen daher die Risikokultur unseres Konzerns:

- Risiken werden im Rahmen einer definierten Risikotoleranz eingegangen;
- Jedes Risiko muss gemäß dem Rahmenwerk für das Risikomanagement genehmigt werden;
- Risiken müssen angemessenen Ertrag bringen;
- Risiken sollten fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Mitarbeiter auf allen Ebenen sind für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich. Wir erwarten von unseren Mitarbeitern, dass sie durch ihr Verhalten eine starke Risikokultur gewährleisten. Um dies aktiv zu

fördern, sorgen wir dafür, dass unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Verhaltensbewertung beinhalten. Verhaltensweisen einer starken Risikokultur wurden auf allen Ebenen der Organisation konsistent kommuniziert und umfassen:

- Verantwortung für unsere Risiken übernehmen;
- Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend bewerten;
- kritisches Hinterfragen fördern, betreiben und respektieren;
- Probleme gemeinsam lösen;
- Die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen.

Zur Stärkung dieser erwarteten Verhaltensweisen unterhalten wir eine Reihe von konzernweiten Aktivitäten. Die Mitglieder unseres Vorstands und das Senior Management kommunizieren regelmäßig die Bedeutung einer starken Risikokultur, um eine einheitliche Botschaft seitens der Leitung zu vermitteln. Um dieser Botschaft ein stärkeres Gewicht zu geben, haben wir unser Angebot an gezielten Schulungen vergrößert. In 2013 belegten unsere Mitarbeiter konzernweit mehr als 114.000 Pflicht-Schulungsmodulen. Hierzu gehörten Veranstaltungen zum Verhaltens- und Ethikkodex, zum Betrugsbewusstsein und eine Einführung in die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Wir überprüfen regelmäßig unser Schulungsangebot und verbessern beziehungsweise entwickeln weitere Module im Rahmen unserer anhaltenden Maßnahmen zur Stärkung der Risikokultur.

Darüber hinaus und zusammen mit anderen Maßnahmen zur Stärkung unserer Performance-Management-Prozesse haben wir einen Prozess entworfen und implementiert, um die direkte formelle Bewertung von risikobewusstem Verhalten mit der Leistungsbeurteilung und Vergütung unserer Mitarbeiter zu verknüpfen. Dieser Prozess war seit 2010 in unseren Unternehmensbereichen CB&S und GTB eingeführt und wurde anschließend in AWM, der NCOU sowie in den Bereichen von Risk eingeführt. Wir planen, die bankweite Implementierung 2014 abzuschließen. Durch diesen Prozess wird die Eigenverantwortung der Mitarbeiter weiter gestärkt. Weitere Maßnahmen werden bereits geprüft und dem Programm 2014 hinzugefügt.

Risikotoleranz und Risikokapazität

Unsere Risikotoleranz ist ein Ausdruck des Risikos, welches wir bereit sind einzugehen, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Risikokapazität ist als jenes Risikoniveau definiert, das wir unter normalen und gestressten Bedingungen eingehen können, bevor wir regulatorische Schwellenwerte oder Verpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten nicht mehr erfüllen können.

Die Risikotoleranz ist ein integraler Bestandteil unserer Prozesse zur Entwicklung unseres Kapitalnachfrageplans mit dem Ziel eine ganzheitliche Sicht auf Kapital, Finanzierung unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu schaffen. Die Risikotoleranz ergibt sich aus unserer Risikotragfähigkeit, bei der wir unser Kapital, unsere Vermögenswerte und unsere Finanzierungskapazitäten prüfen. Unterstützend verwenden wir unsere Stresstestprozesse, um auch gestresste Marktbedingungen zu berücksichtigen. Die anhand eines Top-down-Ansatzes ermittelte Risikotoleranz dient als Zielwert für die Risikonahe in der Bottom-up-Planung der Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich die Risikotoleranz, um sicherzustellen, dass sie unserer Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, dem aufsichtsrechtlichen Umfeld sowie den Anforderungen der Anspruchsberechtigten entspricht.

Um unsere Risikotoleranz und Risikokapazität näher zu bestimmen, haben wir auf Konzernebene unterschiedliche zukunftsgerichtete Indikatoren und Schwellenwerte festgelegt und Eskalationsmechanismen zur Ergreifung erforderlicher Maßnahmen definiert. Wir wählen Risikokennzahlen, die die wesentlichen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, und die Finanzlage insgesamt reflektieren. Zudem verbinden wir unser Governance-Rahmenwerk für das Risiko- und Sanierungsmanagement mit dem Rahmenwerk für die Risikotoleranz. Im Einzelnen bewerten wir im Rahmen von regelmäßig durchgeführten konzernweiten Benchmark- sowie strengeren Stresstests eine Reihe von Kennzahlen unter Stress, wie die Tier-1-Kernkapitalquote, die

interne Kapitaladäquanzquote sowie die Nettoliquiditätsposition unter Stress und vergleichen deren gestresste Werte mit dem Ampelstatus (rot – gelb – grün) („RAG“), den wir wie in der unteren Tabelle angegeben definiert haben.

RAG-Niveaus	Tier-1-Kernkapitalquote	Interne Kapitaladäquanzquote	Nettoliquiditätsposition
Normal	> 8,0 %	> 135 %	> 5 Mrd €
Kritisch	8,0 % – 5,5 %	135 % – 120 %	5 Mrd € – 0 Mrd €
Krise	< 5,5 %	< 120 %	< 0 Mrd €

Treten Ereignisse ein, bei denen in Normal- oder Stresssituationen unsere festgelegte Risikotoleranzschwelle überschritten wird, wenden wir eine vorab definierte Governance-Matrix für deren Eskalation an. Damit stellen wir sicher, dass diese Überschreitungen dem zuständigen Risikoausschuss, dem Chief Risk Officer und schließlich dem Vorstand gemeldet werden. Änderungen des Risikoappetits und der Risikokapazität müssen je nach Relevanz vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand genehmigt werden.

Strategie und Kapitalplan

Wir führen alljährlich einen strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung der Gruppe und unserer Geschäftsbereiche und -einheiten widerspiegelt. Der strategische Plan zielt darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Finanzierung und Risiko unter Risiko- und Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt unsere langfristigen strategischen Ziele in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Management. Dabei zielen wir darauf ab, optimale Wachstumsmöglichkeiten zu identifizieren, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoart sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine deduktive Zielfestsetzung sowie eine induktive Substantiierung.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – diskutiert das Group Executive Committee die Kernziele für Gewinne und Verluste (insbesondere Umsatz und Kosten), Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Bilanzentwicklung (Bilanzsumme, Refinanzierung und Liquidität) für die Gruppe wie auch die Hauptgeschäftsbereiche. Die Ziele für die nächsten drei Jahre basieren auf unserem makroökonomischen Ausblick und den Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks. In der Folge beschließt der Vorstand die Ziele.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, die Jahre zwei und drei als Jahrespläne ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der Strategie- und Kapitalplan wird dem Group Executive Committee und dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Nach der Genehmigung durch den Vorstand wird der Plan dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet, unsere Vision einer führenden, auf Kunden ausgerichteten globalen Universalbank zu unterstützen. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

- ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
- die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
- aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen einhalten;
- eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen; und
- mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb des Liquiditätsrisikoappetits sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht uns damit die

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
- Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (zum Beispiel in Bezug auf das ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital); und
- Durchführung von Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite, wie zum Beispiel aufsichtsrechtliche Kapitalnachfrage und ökonomisches Kapital, werden aus dem Strategie- und Kapitalplan abgeleitet und sollen unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen relevanten Unternehmensebenen angleichen.

Die Ziele werden laufend in Managementkomitees auf angemessener Ebene kontrolliert. Eine projektierte Zielverfehlung wird zusammen mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Änderungen des strategischen Plans müssen vom Vorstand genehmigt werden.

Im September 2012 haben wir eine neue strategische Zielausrichtung „Strategy 2015+“ kommuniziert. Mit unserem gestärkten Geschäftsmodell streben wir eine Kapitalposition von mehr als 10 % Kernkapital bis zum ersten Quartal 2015 an, unter vollständiger Anwendung der CRR/CRD 4-Regeln. Dieses Ziel basiert auf der Annahme einer Bildung von Gewinnrücklagen, welche nicht nur eine starke Ertragskraft in ausgewählten Wachstumsbereichen widerspiegelt, sondern auch die Umsetzung unseres angekündigten Operational Excellence (OpEx) Programms, welches bis 2015 eine jährliche Kosteneinsparung von 4,5 Mrd € zum Ziel hat. Dadurch möchten wir ein Aufwand-Ertrag-Verhältnis von unter 65 % für unsere Kerngeschäftsbereiche erreichen. Unsere Kapitalzielgröße wird durch Risikoabbaumaßnahmen insbesondere im Bereich NCOU unterstützt.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Die Finanzkrise 2007/2008 hat Banken und weite Teile der globalen Finanzmärkte einer beispiellosen Belastungsprobe ausgesetzt. Diese Belastungen mündeten in massiven staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Banken sowie umfangreichen Interventionen durch Zentralbanken. Die Krisenereignisse zwangen zahlreiche Finanzinstitute zudem, ihre Geschäftsaktivitäten in bedeutendem Umfang zu restrukturieren und ihre Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis zu stärken. Darüber hinaus machte diese Krise deutlich, dass viele Finanzinstitute auf eine rasch fortschreitende, systemische Krise nur unzureichend vorbereitet waren und daher nicht auf eine Weise agieren und reagieren konnten, dass ihr potenzielles Scheitern ohne wesentliche negative Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem und damit letztlich auf Wirtschaft und Gesellschaft bleiben würde.

Als Reaktion auf diese Krise hat das Financial Stability Board (FSB) eine Liste von global systemrelevanten Banken (G-SIBs) veröffentlicht und seinen Mitgliedern empfohlen, für diese G-SIBs die Erstellung eines Sanierungs- und Abwicklungsplans anzuordnen und die betroffenen Institute bei dessen Entwicklung zu unterstützen. Entsprechende Gesetzgebung wurde in verschiedenen Jurisdiktionen einschließlich Deutschland und der USA erlassen. Da auch wir als eines dieser G-SIBs eingestuft wurden, haben wir einen Konzern-Sanierungsplan (Sanierungsplan) entwickelt und bei den relevanten Aufsichtsbehörden eingereicht. Dieser Sanierungsplan

wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank als auch aktuelle aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Dieser Sanierungsplan versetzt uns in die Lage, unsere finanzielle Stärke und Überlebensfähigkeit auch während einer extremen Stresssituation wiederherzustellen. Der Sanierungsplan stellt insbesondere dar, wie wir auf eine finanzielle Stresssituation, die einen signifikanten Einfluss auf unsere Kapital- beziehungsweise Liquiditätsposition hätte, reagieren können. Dazu beinhaltet er eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, mit dem Ziel, uns, unsere Kunden und die Märkte zu schützen und eine potenziell kostspieligere Abwicklung zu verhindern. Übereinstimmend mit aufsichtsrechtlichen Leitlinien haben wir eine umfangreiche Anzahl von möglichen Sanierungsmaßnahmen identifiziert, die eine Vielzahl von Stressszenarien mit erheblichen Auswirkungen auf unsere Kapital- und Liquiditätsausstattung abschwächen würden. Diese Szenarien berücksichtigen sowohl idiosynkratische als auch marktweite Ereignisse. Governance-Strukturen und vordefinierte Prozesse werden im Eintritt eines Krisenfalls unsere Überwachung, Eskalation, Entscheidungsfindung und Implementierung von Sanierungsoptionen unterstützen.

Das wesentliche Ziel dieses Sanierungsplans ist es, uns zu ermöglichen, uns von einer außergewöhnlichen Stresssituation zu erholen. Dies wird unter anderem durch eine Auswahl von Maßnahmen erreicht, die erforderlich sind, um weiterhin ausreichend mit Kapital und Finanzmitteln ausgestattet zu sein. Dieser Plan erweitert unser Risikomanagement-Rahmenwerk und kann in extremen Krisensituationen (zum Beispiel bei substantiellen Kapitalverlusten oder in Ermangelung eines Zugangs zu erforderlicher Marktliquidität), in denen der Fortbestand unseres Unternehmens gefährdet sein könnte, umgesetzt werden. Der Vorstand entscheidet, wann der Sanierungsplan umgesetzt werden muss und welche Maßnahmen in der jeweiligen Situation als angemessen angesehen werden.

Der Sanierungsplan ist derart ausgestaltet, dass er eine Vielzahl von Richtlinien unter anderem von FSB, EU, Deutschland und anderer relevanter Jurisdiktionen abdeckt. Ferner berücksichtigt der Sanierungsplan zahlreiche Anmerkungen aus den intensiv geführten Diskussionen mit unserer Krisenmanagementgruppe (Crisis Management Group, „CMG“). Die CMG wurde von den wesentlichen Aufsichtsbehörden des Heimatlandes sowie anderer wichtiger Märkte gegründet und wird von der für uns zuständigen BaFin und der Bundesbank geleitet. Wir berichten an die CMG in der Absicht, unsere Vorbereitungen auf eine Abwicklung zu verbessern sowie uns beeinflussende künftige grenzüberschreitende Finanzkrisen besser bewältigen zu können. Die CMG ist gehalten, eng mit den Behörden in anderen Jurisdiktionen zusammenzuarbeiten, in denen Finanzinstitute eine systemrelevante Funktion innehaben.

Wir arbeiten eng mit der BaFin zusammen und unterstützen diese in ihrem Auftrag, einen Abwicklungsplan für den Konzern gemäß § 47g KWG zu erstellen. Darüber hinaus kooperieren wir eng mit den US-amerikanischen Aufsichtsbehörden bei der Erstellung eines detaillierten Plans für die Abwicklung von US-Geschäftsaktivitäten und berücksichtigen dabei in besonderer Weise die potenziellen Herausforderungen an die Praktikabilität einer etwaigen Abwicklung.

Dieser Abwicklungsplan für US-Geschäftsaktivitäten wurde entwickelt, um eine geordnete Abwicklung unserer Geschäftsaktivitäten in den USA in einer schwerwiegenden Notlage beziehungsweise im eintretenden Insolvenzfall vorzubereiten. Er erfüllt damit die in Sec. 165(d) des Dodd-Frank Act spezifizierten Anforderungen, nach denen alle „Bank Holding Companies“, Auslandsbanken mit Filialen in den USA und designierte SIFs, die Vermögenswerte von mehr als 50 Mrd USD halten, alljährlich Pläne vorzulegen haben, in denen eine „rasche und geordnete Abwicklung“ in einer erheblichen finanziellen Notlage oder im Insolvenzfall ohne wesentlichen Unterstützung durch die öffentliche Hand dargelegt werden soll.

Schwerpunkt des Abwicklungsplans für US-Geschäftsaktivitäten sind wesentliche operative Geschäftseinheiten (Critical Operations, „COs“), Kerngeschäftsfelder (Core Business Lines, „CBLs“) und signifikante Rechtseinheiten (Material Legal Entities, „MLEs“). Der Abwicklungsplan für US-Geschäftsaktivitäten legt dar, wie von der US-Notenbank (Federal Reserve Bank) und der Federal Deposit Insurance Corporation („FDIC“) identifizierte wesentliche operative Geschäftseinheiten ihre Geschäftstätigkeit in einer Notsituation aufrechterhalten

und eine Abwicklung durchführen können, um jegliche potenzielle systemische Auswirkungen auf die Finanzstabilität in den USA zu verringern. Dieser Plan prognostiziert zudem, ob die nach unserer Definition identifizierten Kerngeschäftsfelder im Abwicklungsfall verkauft oder abgewickelt werden sollen. Schließlich legt der Abwicklungsplan für US-Geschäftsaktivitäten die Abwicklungsstrategie für jede signifikante Rechtseinheit dar. Darunter sind solche Einheiten definiert worden, die von signifikanter Bedeutung für die Aktivitäten von wesentlichen operativen Geschäftseinheiten oder Kerngeschäftsfeldern sind. Die im Abwicklungsplan für US-Geschäftsaktivitäten adressierten wesentlichen Faktoren beinhalten unter anderem Maßnahmen zur Sicherstellung:

- einer fortlaufenden Unterstützung der operativen Geschäftsaktivitäten durch andere US-amerikanische und nicht-US-amerikanische Rechtseinheiten sowie externe Dienstleister, wie Anbieter von Zahlungsdiensten, Börsen und wesentlichen Dienstleistungen;
- der Verfügbarkeit sowohl externer wie auch interner Finanzierungsquellen;
- der Weiterbeschäftigung wichtiger Mitarbeiter während der Abwicklungsphase; und
- des effizienten und koordinierten Ausgleichs grenzüberschreitender Verträge.

Der Abwicklungsplan für US-Geschäftsaktivitäten wird in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen in den USA erarbeitet, um sicherzustellen, dass er das Geschäft, kritische Infrastrukturen sowie wesentliche Abhängigkeiten korrekt darstellt.

Risikobewertung und Berichterstattung

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir zahlreiche quantitative und qualitative Methoden. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der verwendeten Messinstrumente und Kenngrößen mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig prüfen. Manche dieser Instrumente können für mehrere Risikoarten genutzt werden, andere sind auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten internen Instrumente und Kenngrößen aufgeführt, die wir derzeit für die Messung und Steuerung der Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung verwenden:

- **RWA-Äquivalent** – Ist definiert als die Summe aus den risikogewichteten Aktiva („RWA“) und einem theoretischen Betrag für speziell zugeordnete Kapitalabzugspositionen vom Tier-1-Kernkapital, der diese in RWA konvertiert. RWA sind die Kerngröße für die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz, dargestellt durch die Tier-1-Kernkapitalquote. RWA-Äquivalente werden bei der Zielsetzung für das Wachstum unserer Geschäftsbereiche verwendet und im Rahmen unseres Managementreportings überwacht. Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit der aktuell gültigen „Basel 2.5“ europäischen (CRD) Richtlinie sowie deren Umsetzung in deutsches Recht gemäß Solvabilitätsverordnung („SolvV“), wie anwendbar bis zum 31. Dezember 2013, errechnet. Darüber hinaus bestimmen wir jedoch auch RWA-Äquivalente unter Maßgabe der Pro-forma-CRR/CRD 4-Anforderungen, die wir für die in die Zukunft gerichtete Risiko- und Kapitalplanung verwenden.
- **Erwarteter Verlust** – Wir nutzen den erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der erwartete Verlust misst den Verlust, der innerhalb eines Jahres ab dem jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Er wird auf der Grundlage historischer Verlustdaten ermittelt. Für die Berechnung des erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoeinstufungen, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Verfahren für einen Zeitraum von bis zu neun Jahren. Diese wurden auf Basis unserer historischen Ausfall- und Verlustdaten sowie externer Orientierungsgrößen berechnet. Wir setzen den erwarteten Verlust als Instrument in unserem Risikomanagementprozess ein. Außerdem ist er ein Bestandteil unseres Systems für die Managementberichterstattung. Die relevanten Ergebnisse

der Berechnung des erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der aggregierten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko berechnen wir den erwarteten Verlust anhand statistischer Durchschnittswerte, die auf internen Verlustdaten, aktuellen Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen basieren.

- **Return on Risk-Weighted Assets („RoRWA“)** – In Zeiten knappen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals ist der Ertrag auf die risikogewichteten Aktiva („RoRWA“) ein wichtiges Maß, um die Wirtschaftlichkeit unserer Kundenbeziehungen einzuschätzen, insbesondere in Bezug auf das Kreditrisiko. RoRWA ist zurzeit die vorrangige Leistungskennzahl und hat daher einen höheren Stellenwert als der zuvor verwendete, auf dem Ökonomischen Eigenkapital basierende „Risk Adjusted Return on Capital“ („RARoC“).
- **Value-at-Risk** – Wir verwenden das Value-at-Risk-Verfahren, um quantitative Kenngrößen für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen sowie das Stress-Value-at-Risk-Verfahren für Marktrisiken unter gestressten Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil der internen und externen (aufsichtsrechtlichen) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der mit einem vorher definierten Konfidenzniveau unter normalen/gestressten Marktbedingungen in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) unter normalen/gestressten Marktbedingungen für dieses Portfolio.
- **Ökonomisches Kapital** – Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die in einem Jahr anfallenden aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos, für das Marktrisiko einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko.

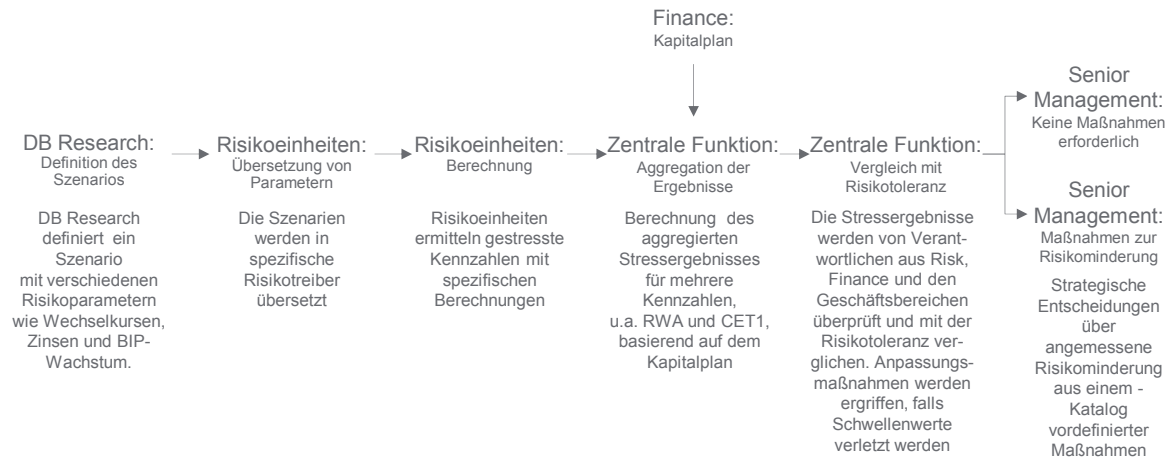
Stresstests

Wir führen regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen eines erheblichen Konjunkturabschwungs auf unser Risikoprofil und unsere Finanzlage zu bewerten. Diese Stresstests ergänzen klassische Risikomaße und sind integraler Bestandteil unserer Strategie- und Kapitalplanung. Unser Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, die auf intern definierten Benchmark-Szenarien und starken globalen Rezessionsszenarien basieren. In unseren Stresstests erfassen wir alle wesentlichen Risikoarten, wie das Kredit-, Markt-, operationelle, Geschäfts- sowie Liquiditätsrisiko. Der Zeithorizont für alle internen Stresstests beträgt ein Jahr. Unsere Methoden werden von internen Experten sowie Aufsichtsbehörden regelmäßig geprüft, um zu überprüfen, dass die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Die Analysen werden um Portfolio- und länderspezifische Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie jährliche Reverse-Stresstests, ergänzt. Ferner wird pro Jahr ein für die Kapitalplanung relevanter Stresstest durchgeführt, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans der Deutschen Bank bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Eine integrierte Infrastruktur ermöglicht es uns, Ad-hoc-Szenarien zu berücksichtigen, die potenzielle unmittelbar bevorstehende finanzielle oder geopolitische Schocks simulieren.

In der Anfangsphase unserer internen Stresstests definiert DB Research in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Risiko- sowie dem Marktbereich ein makroökonomisches Krisenszenario. DB Research beobachtet die politische und wirtschaftliche Entwicklung rund um den Globus und bildet diese in einer makroökonomischen „Heatmap“ ab. In dieser Heatmap werden potenzielle negative Szenarien identifiziert. Anhand von quantitativen Modellen und Expertenschätzungen werden ökonomische Parameter, wie Wechselkurse, Zinsen, BIP-Wachstum oder Arbeitslosenquoten, entsprechend festgelegt, um die Auswirkungen auf unser Geschäft darzustellen. Die Beschreibung des Szenarios wird von Experten in den jeweiligen Risikoeinheiten in spezifische Risikoparameter übersetzt. Anhand interner Modelle ermittelt jede Risikoeinheit Messgrößen wie risikogewichtete Aktiva, Verluste und Ökonomisches Kapital unter Stress. Diese Ergebnisse werden auf Konzernebene aggregiert und wesentliche Größen wie die Nettoliquiditätsposition unter Stress, die Tier-1-Kernkapitalquote

und die interne Kapitaladäquanzquote unter Stress hergeleitet. Die Stresstestergebnisse und die zugrunde liegenden Szenarien werden für alle Risikoarten auf verschiedenen Ebenen von Senior Managern innerhalb der Bereiche Risikomanagement, Finance und den Geschäftsbereichen geprüft. Nach dem Vergleich mit unserer festgelegten Risikotoleranz entscheidet das Senior Management über spezifische Risikominderungsmaßnahmen, um die Stressauswirkungen gemäß dem übergreifenden Strategie- und Kapitalplan zu mindern, sofern bestimmte Grenzwerte überschritten werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse in der jährlichen Sanierungsplanung berücksichtigt. Dies ist in einer existenziellen Krisensituation für die Abwicklungsfähigkeit der Bank unerlässlich. Das Ergebnis wird dem Senior Management und schließlich dem Vorstand vorgestellt, um Bewusstsein auf höchster Ebene zu schaffen. Es gibt einen wesentlichen Einblick in spezifische geschäftliche Schwachstellen und trägt zur Gesamtbewertung des Risikoprofils der Bank bei. Im Jahr 2013 blieb die Bank in allen internen Stresstests unter Annahme verschiedener schwerer Stressszenarios ausreichend kapitalisiert und verfügte unter jedem dieser Szenarien über potenziell umsetzbare Sanierungsmaßnahmen, um eine im Rahmen des Stresstestingprogramms erkannte Kapitalunterdeckung zu verhindern.

Diagramm: Stresstest-Rahmenwerk des Deutsche Bank-Konzerns



Risikoberichterstattung und -messsysteme

Wir verfügen über zentralisierte Risikodatenbanken und Systeme, die das aufsichtsrechtliche Meldewesen, externe Veröffentlichungen, aber auch die interne Managementberichterstattung zu Kredit-, Markt-, Geschäfts-, Liquiditäts-, Reputations-, Rechts- und operationellen Risiken unterstützen. Unsere Risiko-Infrastruktur integriert die relevanten Konzerngesellschaften sowie Geschäftsbereiche. Sie bildet die Grundlage für die maßgeschneiderte regelmäßige sowie Ad-hoc-Berichterstattung zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limitanspruchnahme an die zuständigen Funktionen. Spezielle Einheiten in Finance und Risk übernehmen die Verantwortung für die Messung und die Analyse von Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung. Dabei stellen sie die erforderliche Qualität und die Integrität der risikorelevanten Daten sicher. Unsere Risikomanagementsysteme werden unter Risikogesichtspunkten durch Group Audit überprüft. Wir glauben, dass gemäß CRR 435 unsere Risikomanagementsysteme unserem Risikoprofil und unserer Risikostrategie angemessen sind.

Die Hauptberichte zum Risiko- und Kapitalmanagement, in denen die zentralen Governance-Gremien über konzernweite Risiken informiert werden, sind:

- Das Risiko- und Kapitalprofil wird dem CaR und dem Vorstand monatlich vorgestellt und anschließend dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats zur Information zugeleitet. Es umfasst einen Überblick über unsere aktuelle Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation sowie auch Informationen zur Adäquanz unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und Ökonomischen Kapitals.

- Der Konzern Treasurer und das Group Capital Management stellen dem CaR monatlich einen Überblick über den Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbedarf vor. Dieser umfasst wesentliche Entwicklungen und Kenngrößen einschließlich des Tier-1-Kapitals ohne Hybridinstrumente (unter CRR/CRD 4 das Tier-1-Kernkapital) sowie der Verschuldungsquote nach CRR/CRD 4 und eine Übersicht über den aktuellen Status unserer Finanzierung und Liquidität, die Liquiditätsstresstests und Notfallmaßnahmen.
- Zweimal im Quartal werden konzernweite makroökonomische Stresstests durchgeführt, deren Ergebnisse dem CRRC zur Verfügung gestellt werden. Sie werden bei Bedarf um Ad-hoc-Stresstests auf Konzernebene ergänzt.
- Ein Reverse-Stresstest wird jährlich durchgeführt, um das Geschäftsmodell zu überprüfen, in dem Szenarien erstellt werden, bei denen das Geschäftsmodell unrentabel wird. Der Stresstest basiert auf hypothetischen makroökonomischen Szenarien, die ernsthafte Auswirkungen auf unsere Ergebnisse haben. Vergleicht man die hypothetischen makroökonomischen Szenarien, die dazu führen, dass das Geschäftsmodell nicht mehr tragbar ist, mit dem derzeitigen makroökonomischen Umfeld, glauben wir, dass das Eintreten des Szenarios sehr unwahrscheinlich ist. Unter Berücksichtigung der sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eines Reverse-Stresstest-Szenarios, glauben wir nicht, dass unsere Geschäftskontinuität gefährdet ist.

Diese Berichte werden durch eine Auswahl weiterer Standard- und Ad-hoc-Berichte von Risk und Finance vervollständigt und unterschiedlichen übergeordneten Ausschüssen präsentiert, die für das Risiko- und Kapitalmanagement auf Konzernebene verantwortlich sind.

Risikoinventur

Durch unsere Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, von denen die wesentlichen im Folgenden näher beschrieben werden. Kredit-, Markt- und operationelles Risiko erfordern aufsichtsrechtliches Eigenkapital. Im Rahmen unseres Prozesses zur Bewertung der internen Kapitaladäquanz berechnen wir das Ökonomische Kapital von Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationellen Risiken, das benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken, wobei Diversifikationsvorteile zwischen diesen Risikotypen berücksichtigt werden. Darüber hinaus berücksichtigt unser Ökonomisches Kapitalrahmenwerk implizit weitere Risiken, wie zum Beispiel Reputationsrisiken und Refinanzierungsrisiken, für die keine eigenständigen Modelle zur Ermittlung eines Ökonomischen Kapitals aufgebaut wurden. Das Liquiditätsrisiko wird bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitals nicht berücksichtigt, da es separat abgedeckt wird.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind (siehe weiter unten im detaillierteren Abschnitt zum Kreditrisiko). Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Bilanzwerte unserer Beteiligungspositionen werden ebenfalls in den Kapiteln über das Kreditrisiko dargestellt. Wir steuern die jeweiligen Positionen innerhalb unserer Marktrisiko- und Kreditrisikorahmenwerke.

Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:

- Das Ausfallrisiko, das wichtigste Element des Kreditrisikos, ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- Das Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden, was uns einem potenziellen Verlust aussetzt, falls der Kontrahent ausfallen sollte.

— Das Länderrisiko ist das Risiko, dass uns ein unerwartetes Ausfall- oder Abwicklungsrisiko mit entsprechendem Verlust in einem Land entsteht, auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen, die in erster Linie die Kontrahenten in dieser Gerichtsbarkeit beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet auch das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Interventionen nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko entsteht durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen und Kursen (einschließlich Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen), der Korrelationen zwischen ihnen und ihrer unterschiedlichen Volatilität. Wir unterscheiden zwischen drei verschiedenen Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko entsteht infolge von Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen bezogen auf gehandelte Produkte.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund möglicher Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Stellen wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen. Zum Ende 2012 führten wir ein erweitertes Ökonomisches Kapitalmodell zur Verbesserung der Berichterstattung über das strategische Risiko als Unterkategorie des allgemeinen Geschäftsrisikos ein. Dieses Modell wird jetzt für die monatliche EC-Berechnung verwendet und verknüpft nun besser das Ökonomische Kapital und den Kapitalplanungsprozess.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als die Gefahr, dass die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst.

Das Reputationsrisiko unterliegt bei uns dem Reputationsrisiko-Management-Programm (RRM-Programm). Dieses Programm wurde aufgebaut, um einheitliche Normen für die Identifikation, Eskalation und Auflösung

der Reputationsrisiken aus Geschäften mit Kunden oder durch verschiedene Geschäftsaktivitäten zu bieten. Die Hauptverantwortung für die Identifikation, Eskalation und Lösung von Reputationsrisiken liegt bei den Geschäftsbereichen. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner Tätigkeit jede unmittelbare oder beabsichtigte Transaktion in Bezug auf mögliche Risikofaktoren zu analysieren und zu bewerten, um Reputationsrisiken zu minimieren. Wenn ein mögliches Reputationsrisiko identifiziert wird, muss es zur weiteren Prüfung auf eine ausreichend hohe Ebene innerhalb des entsprechenden Geschäftsbereichs weitergeleitet werden. Wenn Fragen offenbleiben, sollten sie zur Diskussion unter entsprechend hochrangigen Mitgliedern der relevanten Geschäfts- und Kontrollgruppen eskaliert werden. Reputationsrisiken, die durch solche informellen Gespräche nicht zu einem zufriedenstellenden Abschluss geführt werden, müssen zur weiteren Prüfung und endgültigen Klärung über den etablierten Reputationsrisiko-Eskalationsprozess weitergeleitet werden.

Das Group Reputational Risk Committee („GRRC“) als Unterausschuss des Risk Executive Committee prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko sowie Neukunden betreffenden Fragen, deren Eskalation vom Senior Management und Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko entsteht durch die Abbey Life Assurance Company Limited sowie unseren Verpflichtungen aus der leistungsorientierten Versorgungszusage. Es gibt auch ein versicherungsbezogenes Risiko innerhalb des Pensions & Insurance Risk Markets-Geschäfts. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir versicherungsbezogene Risiken in erster Linie als Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten. Wir überwachen die Annahmen, die der Berechnung dieses Risikos zugrunde liegen, regelmäßig und treffen gegebenenfalls risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- Langlebigerisiko – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Rentenzahlungen auswirkt.
- Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche infolge von Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
- Kostenrisiko – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten verursacht als erwartet.
- Bestandsrisiko – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Sofern die Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zur Erhöhung des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Modellrisiko

Modellrisiko ist das Risiko möglicher nachteiliger Folgen von Entscheidungen, die auf der Grundlage von unangemessenen, falschen oder falsch verwendeten Modellen getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System, oder ein Ansatz, wofür statistische, wirtschaftliche, finanzielle oder mathematische Theorien, Techniken und Annahmen verwendet werden, um Eingabedaten in quantitative oder qualitative Schätzungen zu verarbeiten.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen beschreiben eine Häufung gleicher oder ähnlicher Risikotreiber innerhalb von spezifischen Risikoarten (das heißt Intra-Risikokonzentrationen in Kredit-, Markt- und operationellen Risiken) sowie über unterschiedliche Risikoarten hinweg (Inter-Risikokonzentrationen). Diese können innerhalb von Kontrahenten, Geschäftsbereichen, Regionen/Ländern, Branchen und Produkten sowie über diese hinweg auftreten. Das Management von Risikokonzentrationen ist in die Steuerung der einzelnen Risikoarten integriert und wird

regelmäßig überwacht. Das Hauptziel des Managements von Risikokonzentrationen ist, übermäßige Konzentrationen in unserem Portfolio zu vermeiden, was durch einen quantitativen und qualitativen Ansatz erreicht wird, wie im Folgenden dargestellt:

- Intra-Risikokonzentrationen werden durch die jeweiligen Risiko-Disziplinen (Kredit-, Markt-, operationelles Risikomanagement und andere) beurteilt und überwacht. Dies wird durch Einstellung von Limiten auf verschiedenen Ebenen nach Risikotyp unterstützt.
- Inter-Risikokonzentrationen werden über quantitative deduktive Belastungstests und qualitative induktive Bewertungen gesteuert, mit denen Risikothemen unabhängig von jeglichem Risiko ermittelt und bewertet werden, und ermöglichen damit eine ganzheitliche Sicht auf die Bank.

Das Cross Risk Review Committee, ein Unterausschuss des Capital and Risk Committee (CaR) und des Risk Executive Committee (Risiko ExCo), war während 2013 das höchste für die Überwachung der Konzentrationsrisiken zuständige Gremium.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

- Unsere Kreditrisikomanagementfunktion ist unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. In jedem unserer Geschäftsbereiche werden Kreditentscheidungsstandards, Prozesse und Grundsätze einheitlich angewandt.
- Das Grundprinzip für das Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse. Unsere Kundenselektion erreichen wir in Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen, welche die erste Verteidigungslinie bilden.
- Wir beabsichtigen, hohe Konzentrationsrisiken und Tail-Risks (große unerwartete Verluste) zu vermeiden, indem wir ein diversifiziertes Kreditportfolio halten. Kunden-, branchen-, länder- und produktspezifische Konzentrationen werden anhand unserer Risikotoleranz bewertet und gesteuert.
- Wir wenden Genehmigungsstandards an, um große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene zu vermeiden. Diesbezüglich haben wir einen Ansatz hinsichtlich nicht besicherter Barkredite und nutzen Marktabsicherungen zur Risikoreduzierung. Zusätzlich streben wir für unser Derivateportfolio nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen in einzelnen Fällen auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab, um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
- Jede Gewährung einer neuen Kreditfazilität und jegliche materielle Veränderung einer bereits existierenden Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unser gesamtes Kreditengagement gegenüber einem Kreditnehmer und fassen es konzernweit in Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf konsolidierter Basis zusammen.
- Wir steuern unsere Kreditengagements auf Basis von Kreditnehmereinheiten, bei denen alle Kreditfazilitäten von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (beispielsweise dadurch, dass ein Kontroll- und Beherrschungsverhältnis besteht), konsolidiert in einer Gruppe zusammen.
- Innerhalb des Kreditrisikomanagements haben wir – wo sinnvoll – spezialisierte Teams etabliert, die für die Analyse des Kundenrisikos, die Analyse und Genehmigung der Transaktionen, die Überwachung von Portfolios oder die Betreuung von Spezialkreditmanagement-Kunden verantwortlich sind. Die Kreditbearbeitung für die NCOU nutzt das vorhandene Know-how unserer Kernkreditorganisation.
- Unser Kreditgeschäft wird durch unsere „Grundsätze für das Management von Kreditrisiken“ geregelt. Diese Grundsätze bestimmen unsere allgemeine Risikophilosophie für das Kreditrisiko sowie die Metho-

den, dieses Risiko zu steuern. Die Grundsätze definieren wichtige organisatorische Anforderungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Prozesse für das Kreditrisikomanagement und gelten für alle Kreditgeschäfte, die im Konzern vorgenommen werden.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und unsere 26-stufige Bewertungsskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Der Großteil unserer Methoden zur Risikobeurteilung ist für die Nutzung im Rahmen des fortgeschrittenen internen bonitätsbasierten Ansatzes gemäß geltenden Basel-Regeln zugelassen. Mithilfe unserer Bonitätsskala können wir unsere internen Bonitätsbeurteilungen mit der Marktpraxis und unsere verschiedenen Teilportfolios untereinander vergleichen. Mehrere Einstufungen des Ausfallrisikos ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen unbesicherten Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden. Bonitätseinstufungen müssen immer aktuell gehalten werden und dokumentiert sein.

In unserem Privatkundengeschäft werden die Kreditrisikoprüfungen und Kreditnehmereinstufungen in den homogenen Portfolios über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt. Die Entscheidungslogik berücksichtigt quantitative Aspekte (wie Finanzdaten), Verhaltensinformationen, Kreditauskünfte (wie SCHUFA in Deutschland) und allgemeine Kundendaten. Diese Eingangsfaktoren werden von unserer Entscheidungslogik zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers verwendet. Nach Bewertung der Sicherheiten wird der eventuell zu erwartende Verlust berechnet sowie die weiteren erforderlichen Schritte zur Bearbeitung der abschließenden Kreditentscheidung bestimmt. Die etablierten Bonitätsbeurteilungsverfahren, die wir in unserem Privatkundengeschäft einsetzen, basieren auf multivarianten statistischen Methoden und werden zur Unterstützung unserer individuellen Kreditentscheidungen für dieses Portfolio und auch zur Steuerung des Privatkundenportfolios insgesamt eingesetzt.

Die Algorithmen der Bonitätsbeurteilungsverfahren werden immer wieder auf Basis der Ausfallhistorie sowie weiterer externer und interner Faktoren und Schätzungen neu justiert.

Die Postbank verwendet ebenfalls interne Bonitätsbeurteilungssysteme, die für die Verwendung im auf internen Bonitätseinstufungen basierenden Basisansatz gemäß Basel 2.5 zugelassen sind. Die internen Bonitätsbeurteilungen und -einstufungen basieren auf einer einheitlichen Masterskala, die jeder Bonitätsbeurteilung oder jedem Einstufungsergebnis die für die jeweilige Stufe festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Eine konzernweit einheitliche Risikosteuerung ist durch die Zusammensetzung der Risikokomitees mit Mitgliedern der Postbank und der Deutschen Bank gewährleistet.

Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren

Alle Bonitätseinstufungsmethoden des Konzerns ohne Postbank müssen vor ihrer erstmaligen Verwendung bei Kreditentscheidungen und Kapitalberechnungen beziehungsweise im Fall wesentlicher Änderungen zunächst von dem Group Credit Policy Committee („GCPC“), einem Unterausschuss des Risk Executive Committee, genehmigt werden. Eine aufsichtsrechtliche Genehmigung kann möglicherweise ebenfalls erforderlich sein. Die Ergebnisse der regelmäßigen Validierungsprozesse nach Maßgabe unternehmensinterner Richtlinien sind dem GCPC auch dann zu melden, wenn die Validierungsergebnisse keine Änderung bewirken. Zu Beginn jedes Kalenderjahres wird dem GCPC der Validierungsplan und in jedem Quartal ein Statusbericht vorgestellt.

Bei der Postbank obliegt die Verantwortung für die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Bonitätseinstufungssysteme der Postbankabteilung „Risikoanalytik“ und einem Postbank-Validierungsgremium unter Vorsitz des Chief Credit Risk Officer der Postbank. Alle Bonitätseinstufungssysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Postbank-Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Bonitätseinstufungssysteme sowie über die Bonitätseinstufungsergebnisse informiert. Postbank und

Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder des Senior Managements in die Committees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Messung des Kreditrisikos

Der Hauptmaßstab im Kreditrisikomanagement, den wir anwenden, um unser Kreditportfolio zu steuern, einschließlich Transaktionsgenehmigungen und Festlegung der Risikobereitschaft, sind interne Limite und Kreditinanspruchnahmen innerhalb dieser Limite. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Bonität unter Zugrundelegung der internen Einstufung der Kreditqualität. Kreditengagements werden sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis gemessen. Hierbei wird der Nettowert durch Abzug von Kreditsicherungsinstrumenten und bestimmten Sicherheiten von den jeweiligen Bruttozahlen ermittelt. Bei Derivaten werden die aktuellen Marktwerte und potenzielle künftige Entwicklungen über die Laufzeit einer Transaktion zugrunde gelegt. Grundsätzlich berücksichtigen wir auch das Risiko-Rendite-Verhältnis der einzelnen Transaktion und des Portfolios.

Kreditgenehmigung und Kompetenz

Kreditlimite werden vom Kreditrisikomanagement im Rahmen der erteilten Kompetenzen genehmigt. Kreditgenehmigungen werden durch Unterzeichnung des Kreditberichts vom jeweiligen Kreditgenehmigungskompetenzträger dokumentiert und für die Zukunft aufbewahrt.

Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit zu genehmigen, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz oder, falls notwendig, an ein zuständiges Kreditkomitee, wie das Underwriting Committee, weitergeleitet. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreichen, um entsprechende Limite zu genehmigen, wird der Fall dem Vorstand vorgelegt.

Kreditrisikominderung

Wir legen nicht nur die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und die eigene Risikotoleranz fest, sondern verwenden darüber hinaus verschiedene Risikominderungstechniken, um das Kreditengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Die Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos werden wie folgt eingesetzt:

- Umfassende und rechtlich durchsetzbare Kreditdokumentation mit angemessenen Bedingungen,
- Sicherheiten, um durch zusätzliche mögliche Rückflüsse Verluste zu reduzieren,
- Risikotransfers, mit denen die Wahrscheinlichkeit des Ausfallrisikos eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird, einschließlich Absicherungen durch unsere Credit Portfolio Strategies Group,
- Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Wertpapierpensionsgeschäften reduzieren.
- Für weitere Informationen zur Bilanzierung von Sicherungsgeschäften („Hedge Accounting“) siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ und Anhangangabe 37 „Derivative Finanzinstrumente“.

Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem das Ausfallrisiko des Kreditnehmers durch das des Sicherungsgebers ersetzt oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöht werden. Während

Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Risikoübernahmestandards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, Kreditderivate, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Mit unseren Prozessen streben wir an, sicherzustellen, dass die von uns akzeptierten Sicherheiten zum Zwecke der Risikominderung von hoher Qualität sind. Dieses Streben umfasst unser Bemühen, rechtswirksame und rechtlich durchsetzbare Dokumentationen für verwert- und bewertbare Sicherheiten zu erstellen, die regelmäßig von Expertenteams bewertet werden. Die Beurteilung der Eignung von Sicherheiten einschließlich des zu verwendenden Sicherheitenabschlags für eine bestimmte Transaktion ist Teil der Kreditentscheidung und muss in konservativer Weise durchgeführt werden. Wir nutzen Sicherheitenabschläge, die regelmäßig überprüft und genehmigt werden. In diesem Zusammenhang streben wir an, Korrelationsrisiken zu vermeiden, bei denen das Kontrahentenrisiko des Kreditnehmers mit einem erhöhten Risiko für eine Verschlechterung des Sicherheitenwerts einhergeht. Für erhaltene Garantien unterliegt der Prozess für die Analyse des Garantiegebers vergleichbaren Bonitätsprüfungen und Entscheidungsprozessen wie bei einem Kreditnehmer.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikomanagementprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Kompletterkäufe, Absicherung von Einzeladressen und Portfolios sowie Verbriefungen. Sie werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

CPSG ist für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade Kreditportfolios, des Portfolios strukturierter Finanzierungen sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstandes innerhalb unserer Konzernbereiche CB&S und GTB verantwortlich.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt CPSG den jeweiligen Geschäftsfeldern der Unternehmensbereiche CB&S und GTB die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich CPSG auf zwei wesentliche Ziele, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditestärkung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb eines Kreditportfolios sowie
- Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von besicherten Kreditforderungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio-CDS.

Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate

Die Aufrechnung wird vornehmlich bei außerbörslich abgeschlossenen Derivaten wie nachstehend beschrieben angewandt. Darüber hinaus wird die Aufrechnung auch bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften angewandt, sofern die vertragliche Vereinbarung, Struktur und Natur der Risikominderung eine Aufrechnung mit dem zugrunde liegenden Kreditrisiko erlauben.

Um das Kreditrisiko aus außerbörslich abgeschlossenen Derivategeschäften zu reduzieren, sind wir, wenn keine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei erfolgen kann, grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht es, dann, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfasster Derivategeschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Liquidationsnetting“). Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, unter denen wir am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge verrechnen („Payment Netting“), was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Bei unseren Risikomess- und Risikobeurteilungsprozessen wenden wir die Aufrechnung nur so weit an, wie wir uns von der rechtlichen Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus schließen wir Besicherungsvereinbarungen („Credit Support Annexes“, „CSA“) zu Rahmenverträgen ab, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die Besicherungsvereinbarungen erlauben darüber hinaus die Kündigung der zugrunde liegenden Derivategeschäfte, falls der Vertragspartner einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch bei der Aufrechnung, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

In einigen Besicherungsanhängen zu Rahmenverträgen haben wir ratingbezogene Klauseln vereinbart, die vorsehen, dass eine Partei zusätzliche Sicherheiten stellen muss, wenn ihre Bonitätsbewertung herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die im Falle der Verschlechterung der Bonitätseinstufung eines Partners das Recht zur Kündigung durch die andere Partei vorsehen. Diese Herabstufungsklauseln in den Besicherungsanhängen und Rahmenverträgen finden üblicherweise auf beide Parteien Anwendung, können aber auch nur gegen uns wirken. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend unsere möglichen Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren. Für eine Darstellung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung unserer Bonitätsbewertung siehe Tabelle „Stresstestergebnisse“ im Kapitel „Liquiditätsrisiko“.

Konzentration bei der Kreditrisikominderung

Bei der Kreditrisikominderung kann es zu Konzentrationen kommen, wenn mehrere Garantiegeber und Anbieter von Kreditderivaten mit ähnlichen ökonomischen Merkmalen an vergleichbaren Aktivitäten beteiligt sind und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch Änderungen im Wirtschafts- oder Branchenumfeld beeinträchtigt wird. Für die Überwachung der Aktivitäten zur Kreditrisikominderung verwenden wir eine Palette von quantitativen Instrumenten und Messgrößen. Dies beinhaltet auch das Überwachen von potenziellen Risikokonzentrationen innerhalb der gestellten Sicherheiten, welche durch spezifische Stresstests unterstützt wird.

Für weitere qualitative und quantitative Details in Bezug auf die Anwendung von Kreditrisikominderungen und potenziellen Konzentrationen verweisen wir auf den Abschnitt „Maximales Kreditrisiko“.

Kreditrisikoüberwachung

Eine anhaltende aktive Überwachung und Steuerung unserer Kreditrisikopositionen ist integraler Bestandteil unserer Kreditrisikomanagement-Aktivitäten. Ein wesentlicher Fokus unserer Überwachung liegt auf Qualitätsveränderungen im Portfolio sowie auf möglichen Konzentrationen hinsichtlich Einzelrisiken, Branchen, Ländern oder Produkten mit dem Ziel, zu hohe Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Auf Portfolioebene können Kreditrisikokonzentrationen dann entstehen, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Kunden mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten und diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern.

Unser Portfoliomanagement hält geeignete Analysen zur Bestimmung von Konzentrationen bereit, um diese auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Steuerung von Einzelrisiken

Unsere Kunden im Kreditgeschäft werden grundsätzlich Kreditanalysten nach Kreditbereichen entsprechend der Kundenart (wie Kreditinstitute, Firmenkunden oder Privatpersonen) oder Wirtschaftsregion (zum Beispiel Schwellenländer) sowie speziellen Teams für interne Bonitätseinstufungsanalysen zugeordnet. Die entsprechenden Kreditanalysten verfügen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung der Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Kunden und ihren kreditbezogenen Transaktionen. In unserem Privatkundenbereich sind Kreditentscheidung und -überwachung aus Effizienzgründen in erheblichem Maße automatisiert. Das Kreditrisikomanagement überwacht die entsprechenden Prozesse und Systeme, die im Privatkundenkreditbereich hierbei verwendet werden. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. In diesem Zusammenhang stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind.

Sobald wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Bedenken bestehen, dass sich die Kreditqualität verschlechtert hat, oder es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass sich die Kreditqualität bis zu dem Punkt verschlechtern könnte, so dass eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit gegeben ist, werden die betreffenden Engagements generell auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Wir wollen diese Kunden anhand unserer Risikosteuerungsinstrumente frühzeitig identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse daraus zu maximieren. Die Zielsetzung dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größtmögliche Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Steuerung von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere institutionellen Kunden in verschiedene Branchenteilportfolios klassifiziert. Für jedes dieser Teilportfolios wird in der Regel jährlich ein Branchenportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen und Risiken für unser Kreditportfolio, überprüft Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Zudem enthält er Stresstests hinsichtlich der Reaktion des jeweiligen Teilportfolios bei einem wirtschaftlichen Abschwung. Schlussendlich wird diese Analyse genutzt, um Kreditstrategien bezüglich des jeweiligen Portfolios zu definieren.

Die Branchenportfolioberichte werden dem Group Credit Policy Committee, einem dem Risk Executive Committee untergeordneten Komitee, präsentiert und danach an den Vorstand geleitet. Nach einem vereinbarten Zeitplan werden dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats ausgewählte Branchenportfolioberichte vorgelegt. In Ergänzung zu diesen Berichten wird die Entwicklung der Branchenteilportfolios während des Jahres regelmäßig überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Teilportfolios verglichen. Für das Group Credit Policy Committee werden regelmäßig Übersichten erstellt, um die jüngsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies erforderlich ist.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von hohen Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Um dies zu erreichen, werden Länderrisikolimits für Schwellenländer sowie ausgewählte Industrieländer (basierend auf internen Bonitätseinstufungen von Länderrisiken) gesetzt. Schwellenländer sind unterteilt in Regionen. Für jede Region sowie die risikoreicheren Industrieländer wird in der Regel jährlich ein Länderportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt wesentliche makroökonomische Entwicklungen und Aussichten, überprüft die Zusammensetzung des Portfolios und Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Auf dieser Grundlage werden Limite und Strategien für die Länder und – wenn notwendig – für die Region als Ganzes festgelegt. Länderrisikolimits werden entweder vom Vorstand oder durch unser Cross Risk Review Committee, ein dem Risk Executive Committee und Capital and Risk Committee untergeordnetes Komitee, im Rahmen delegierter Kompetenzen genehmigt.

Das Rahmenwerk für Länderlimits umfasst alle wesentlichen Risikokategorien, die durch die jeweiligen Risikobereiche gesteuert werden:

- **Kreditrisiko:** Limite für Kreditrisiken auf Kundenebene in einem bestimmten Land, um das zusammengefasste Kreditrisiko, welches länderspezifischen, wirtschaftlichen und politischen Ereignissen unterliegt, zu steuern. Diese Limite beinhalten Kreditengagements an Gesellschaften, sowohl lokal als auch Tochtergesellschaften von ausländischen multinationalen Konzernen. Separate Transferrisikolimits sind als Unterlimits gegenüber diesen Kunden etabliert und betreffen unsere länderübergreifenden Kredite.
- **Marktrisiko:** Limite zur Steuerung von Risiken aus Handelspositionen in Schwellenländern, die gesetzt werden, basierend auf möglichen gestressten Marktereignissen und deren Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung.
- **Treasury Risiko:** Engagements einer Deutsche Bank-Einheit zu einer anderen (Finanzierung, Kapital oder gestellte Sicherheiten) unterliegen Limiten aufgrund des inhärenten Risikos bei der grenzüberschreitenden Übertragung dieser Positionen.
- **Gap Risiko:** Limite, um das Risiko von Verlusten aufgrund von Korrelationsrisiken innerhalb eines Landes zu steuern.

Unsere Einstufungen des Länderrisikos sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Analyseteam für Länderrisiko innerhalb der Deutschen Bank (DB Research) ermittelt und beinhalten:

- **Bonitätseinstufung von Staaten.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Bonitätseinstufung des Transferrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Transferrisikoereignis eintritt, das heißt das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte nicht an Nichtgebietsansässige übertragen kann.
- **Bonitätseinstufung des Ereignisrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren (Zinsen, Bonitätsaufschlag usw.) eines Landes kommt. Ereignisrisiken werden als Teil unserer Ereignisrisikoszenarien gemessen; für weitere Details siehe Abschnitt „Messung des Marktrisikos“ in diesem Bericht.

Sämtliche Bonitätseinstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal im Jahr vom Cross Risk Review Committee, einem dem Risk Executive Committee und Capital and Risk Committee untergeordneten Komitee, geprüft. Wenn als notwendig erachtet, können häufigere Bewertungen vorgenommen werden.

Die Bonitätseinstufungen der Postbank werden durch ein Bonitätseinstufungs-Tool auf monatlicher Basis überprüft und angepasst, wenn erforderlich. Länderrisikolimits und Staatsrisikolimits für alle relevanten Länder werden vom Vorstand der Postbank jährlich genehmigt.

Produktspezifisches Risikomanagement

Ergänzend zu unserem Kunden-, Branchen- und Länderrisikoansatz fokussieren wir produktspezifische Risikokonzentrationen und setzen gezielt entsprechende Limits um, sofern diese für das Risikomanagement benötigt werden. Produktspezifische Limits werden festgesetzt, wenn eine Konzentration gleichartiger Transaktionen in einem spezifischen Produkt in bestimmten Fällen zu signifikanten Verlusten führen könnte. So könnten korrelierte Verluste aus Verwerfungen an den Finanzmärkten, signifikante Veränderungen spezifischer produktbeeinflussender Marktparameter, makroökonomische Ausfallszenarien oder andere Faktoren mit Implikationen für bestimmte Kreditprodukte resultieren. Darüber hinaus gelten produktspezifische Strategien zur Festlegung unserer Risikobereitschaft für ausreichend homogene Portfolios, für die eine detaillierte Einzelkundenanalyse nicht zentral zur Steuerung notwendig ist, wie das Privatkundenportfolio mit Hypothekendarlehen sowie für Produkte für Geschäftskunden und Konsumentenfinanzierungen.

Ein Schwerpunkt wird auf Underwriting Caps gelegt. Diese Höchstgrenzen limitieren das aggregierte Risiko aus Transaktionen, bei denen wir Kreditzusagen machen mit der Intention, das Risiko zu verkaufen oder Teile des Risikos an dritte Parteien weiterzugeben. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Das Risiko besteht darin, dass wir die Anlagen nicht erfolgreich platzieren können, das heißt, wir müssen das zugrunde liegende Risiko länger als geplant behalten. Diese Übernahmeverpflichtungen sind zusätzlich dem Marktrisiko von wachsenden Risikoaufschlägen ausgesetzt. Wir sichern diese Risikoaufschläge im Rahmen von genehmigten Marktrisikolimits aktiv ab.

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Diese Abwicklungsrisiken entstehen beim Austausch von liquiden Mitteln oder anderen Werten mit einem Geschäftspartner. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet dabei das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen (zur Lieferung von liquiden Mitteln oder anderen Werten) nicht nachkommt, während wir unseren eigenen Verpflichtungen (zur Lieferung von liquiden Mitteln oder anderen Werten) bereits nachgekommen sind.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, ist unter Kunden eine Zug-um-Zug-Abwicklung der Transaktion üblich (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements. Wir berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Entscheidung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Kreditrisikoinstrumente – Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit unserem Rahmenwerk für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken.

Unser Ökonomisches Kapital für Kreditrisiken wird bestimmt aus der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte-Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong Way“) Derivatrisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch die Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors bei der Ermittlung des „Exposure-at-Default“ für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte bei der Verwendung der Interne-Modelle-Methode gemäß Basel 2.5. Der Alpha-Faktor ist identisch mit dem zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendeten Faktor. Der Mindestwert liegt jedoch bei 1,0. Zum 31. Dezember 2013 wurde der Alpha-Faktor auf 1,22 kalibriert. Für die interne Berechnung des Ökonomischen Kapitals beträgt der Mindestwert 1,0. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Kreditengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten ebenso zählen wie direkte Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten einschließlich außerbörslich gehandelter Derivate, wie Devisentermingeschäfte und außerbörsliche Zinstermingeschäfte. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in Beteiligungen und in gehandelten Kreditprodukten, wie Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Stichtage unser maximales Kreditrisiko vor Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Kreditverbesserungen (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in unserer Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsvereinbarungen sowie den Ausgleich negativer Marktwerte aus Derivaten durch Barsicherheiten. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in Form von liquiden Geldbeständen sowie als Sicherheit erhaltene Wertpapiere. Wir berücksichtigen für Absicherungen intern ermittelte Sicherheitsabschlüsse und begrenzen die Sicherheitenwerte zusätzlich auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements.

Maximales Kreditrisiko

31.12.2013

in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	17.155	0	0	13	13
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	0	2	31	34
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.363	0	25.100	0	25.100
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.870	0	20.055	0	20.055
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	824.458	434.328	206.002	3.851	644.181
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	46.413	0	760	110	870
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	382.171	0	198.668	29.971	228.640
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	59.030	43.574	1.150	385	45.109
Finanzgarantien und andere kreditrisiko-bezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	65.630	0	7.209	11.513	18.722
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	126.660	0	4.538	9.182	13.720
Maximales Kreditrisiko	1.647.733	477.902	463.484	55.056	996.442

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (1.035.946 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.

³ Kreditderivate reflektieren die Nominalbeträge der zugrunde liegenden Positionen.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Zahlen sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

31.12.2012

in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	27.877	0	0	1	1
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	120.636	0	2	35	37
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	36.570	0	36.349	0	36.349
Forderungen aus Wertpapierleihen	24.013	0	23.308	0	23.308
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	1.125.019	657.826	211.397	3.968	873.191
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	47.110	0	1.287	703	1.990
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	402.069	0	208.681	37.841	246.522
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	86.643	69.546	6.653	12	76.211
Finanzgarantien und andere kreditrisiko-bezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	68.358	0	7.810	8.444	16.254
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	129.657	0	4.771	10.558	15.329
Maximales Kreditrisiko	2.067.952	727.372	500.258	61.562	1.289.192

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (1.274.960 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.

³ Kreditderivate reflektieren die Nominalbeträge der zugrunde liegenden Positionen.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Zahlen sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

In der Kategorie der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2013 waren Wertpapiere in Höhe von 117 Mrd € (zum 31. Dezember 2012: 125 Mrd €) enthalten, für die Rückkaufsvereinbarungen bestanden, sowie für 32 Mrd € (zum 31. Dezember 2012: 28 Mrd €) geliehene Wertpapiere. Beide unterlagen aufgrund sehr hoher Sicherheiten einem eingeschränkten Nettokreditrisiko. Daneben waren in dieser Position gehandelte festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 126 Mrd € (zum 31. Dezember 2012: 159 Mrd €) enthalten, die zu mehr als 86 % (zum 31. Dezember 2012 über 85 %) als „Investment-Grade“ eingestuft waren. Die oben genannte Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren

finanziellen Vermögenswerte reflektierte überwiegend Schuldtitel, von denen mehr als 97 % (zum 31. Dezember 2012: mehr als 95 %) als „Investment-Grade“ klassifiziert waren.

Der signifikante Rückgang des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2013 war vornehmlich getrieben durch positive Marktwerte von Derivaten (in zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten), die sich um 264 Mrd € auf 505 Mrd € zum 31. Dezember 2013 reduzierten, sowie verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, die um 43 Mrd € zurückgingen und zum 31. Dezember 2013 einen Betrag von 78 Mrd € ausmachten.

Zur Kreditrisikominimierung eingesetzte Instrumente werden in drei Kategorien eingeteilt: Aufrechnungen, Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivate. Durch eine konservative Festlegung von Sicherheitenabschlägen und Nachbesicherungsverpflichtungen (Margin Calls) sowie eine vorsichtige Einschätzung der eingesetzten Sicherungsinstrumente durch Experten wird verhindert, dass Marktentwicklungen zu einem Anstieg unbesicherter Engagements führen. Alle Kategorien werden regelmäßig überwacht und überprüft. Grundsätzlich sind die eingesetzten Instrumente zur Kreditrisikominimierung diversifiziert und von angemessener Qualität. Sie bestehen weitestgehend aus Barmitteln, von Staaten mit hoher Bonitätseinstufung begebenen Staatsanleihen und Garantien von bonitätsmäßig gut eingestufteten Banken und Versicherungen. Diese Finanzinstitute sind im Wesentlichen in Westeuropa und den USA angesiedelt. Des Weiteren haben wir Sicherheitenpools aus sehr liquiden Vermögenswerten und grundpfandrechtlichen Sicherheiten, die generell für Wohnimmobilien und hauptsächlich in Deutschland bestehen, für das homogene Konsumentenkreditgeschäft.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir leiten unsere Kreditqualität aus internen Bonitätseinstufungen ab und gruppieren die Engagements wie nachstehend gezeigt. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf die Abschnitte „Kreditrisikoeinstufung“ und „Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren“.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

	31.12.2013						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	13.804	1.971	998	311	17	55	17.155
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	71.053	5.078	1.145	391	282	35	77.984
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	3.774	19.949	1.904	1.516	201	19	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	12.783	6.381	1.057	382	267	0	20.870
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	282.000	368.969	69.497	84.517	14.009	5.466	824.458
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	35.708	5.366	1.662	1.171	586	307	44.799
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	34.708	53.624	99.941	127.613	40.869	9.884	366.639
Davon: nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	999	2.894	2.088	962	817	286	8.046
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	7.923	37.446	2.821	9.416	1.140	284	59.030
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	8.318	19.285	20.234	11.604	4.382	1.807	65.630
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	19.791	31.009	37.326	25.363	11.927	1.245	126.660
Insgesamt	489.860	549.078	236.584	262.284	73.680	19.102	1.630.588

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Zahlen sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

							31.12.2012	
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt	
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	24.950	1.528	988	193	171	47	27.877	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	110.051	7.238	1.369	746	79	65	119.548	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.605	32.560	1.332	877	140	56	36.570	
Forderungen aus Wertpapierleihen	14.708	7.342	1.216	439	306	0	24.011	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	349.773	553.851	99.414	91.766	23.044	7.065	1.124.913	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	30.077	8.303	4.076	1.913	515	1.964	46.848	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	52.248	52.133	99.418	129.814	39.193	12.955	385.761	
Davon: nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	3.285	4.444	2.333	4.292	861	726	15.941	
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	6.472	40.131	2.688	35.145	1.300	110	85.846	
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	9.064	19.192	21.304	11.460	4.886	2.455	68.361	
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	20.233	37.456	37.754	22.631	10.068	1.515	129.657	
Insgesamt	619.181	759.734	269.559	294.984	79.702	26.232	2.049.392	

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Zahlen sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögensgegenstände sind auf Bruttobasis (das heißt vor Berücksichtigung von Sicherheiten) wesentlich gesunken, dominiert durch den Rückgang der positiven Marktwerte aus Derivatepositionen. Auf Nettobasis, das heißt nach Berücksichtigung von Sicherheiten, blieb die Portfolioqualität weitgehend stabil und stark konzentriert auf im Investment-Grade Bereich bewertete Geschäftspartner.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Sonstiges (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen).
- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und

durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.

— „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihengeschäfte von Wertpapieren oder Rohwaren nach Anwendung der bilanziellen Aufrechnung und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisikoüberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, Barreserve, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und Forderungen aus Zinsabgrenzungen. Nicht aufgeführt sind darüber hinaus bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen. Diese werden in den Kapiteln „Verbriefungen“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Investitionsrisiken“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Gehaltene Beteiligungen“ näher erläutert.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

31.12.2013

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	40.515	92.234	6.716	40.709	14.921	109.871	19.947	176.720	501.633
Global Transaction Banking	72.868	15.931	52.049	500	958	65	171	5.630	148.171
Deutsche Asset & Wealth Management	32.214	3.070	2.795	791	16	9.023	2.946	15	50.869
Private & Business Clients	213.252	13.685	1.595	498	0	1	16.240	15.090	260.362
Non-Core Operations Unit	23.215	1.450	2.416	2.211	1.891	7.196	4.841	15	43.236
Consolidation & Adjustments	106	289	58	7	1	5	97	12	575
Insgesamt	382.171	126.660	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.004.848

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	43.103	95.703	8.031	53.427	14.052	134.026	10.457	189.681	548.480
Global Transaction Banking	69.963	13.552	52.297	721	827	52	193	2.965	140.570
Deutsche Asset & Wealth Management	29.522	3.401	2.824	768	21	12.803	3.044	142	52.525
Private & Business Clients	209.029	14.196	1.764	1.150	0	80	17.931	20.936	265.086
Non-Core Operations Unit	50.162	1.480	3.353	6.373	2.736	12.324	12.485	150	89.063
Consolidation & Adjustments	290	1.325	89	5	2	64	45	0	1.820
Insgesamt	402.069	129.657	68.358	62.444	17.638	159.349	44.155	213.874	1.097.544

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Unsere wichtigsten Kreditrisikokategorien waren um 92,7 Mrd € rückläufig.

- Aus Sicht der Unternehmensbereiche wurde eine Reduktion von 46,8 Mrd € in CB&S und von 45,8 Mrd € in NCOU erzielt. Die Reduktion in diesen Bereichen erfolgte überwiegend durch die Veränderung von Marktwerten bei Derivaten, nicht-derivativen Handelsaktiva und Krediten.
- Aus Produktsicht sind Reduzierungen in verschiedenen Kategorien zu beobachten außer für die Kategorien Gehandelte Kredite und Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere wo ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Branchen

31.12.2013

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Banken und Versicherungen	25.100	21.070	15.289	22.243	5.389	34.427	14.212	195.273	333.002
Fondsmanagement	10.029	4.756	1.255	3.326	421	4.771	235	20	24.814
Verarbeitendes Gewerbe	21.406	28.844	18.767	1.077	1.301	2.999	314	0	74.708
Handel	13.965	10.208	5.610	904	936	811	128	0	32.562
Private Haushalte	193.515	10.839	2.645	665	611	1	0	59	208.336
Gewerbliche Immobilien	34.259	2.525	831	661	2.047	1.140	88	136	41.686
Öffentliche Haushalte	16.228	1.928	135	4.299	592	64.286	26.101	681	114.250
Sonstige	67.668 ⁵	46.491	21.099	11.541	6.488	17.726	3.166	1.313	175.490
Insgesamt	382.171	126.660	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.004.848

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

⁵ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Banken und Versicherungen	27.849	22.083	16.020	32.673	2.643	39.508	15.280	207.539	363.595
Fondsmanagement	16.777	6.248	2.063	4.583	520	7.568	1.092	18	38.869
Verarbeitendes Gewerbe	23.203	30.347	18.899	1.626	2.327	3.554	482	0	80.438
Handel	17.026	8.799	6.080	757	531	1.124	149	0	34.466
Private Haushalte	180.974	12.273	2.593	730	1.342	7	0	45	197.964
Gewerbliche Immobilien	45.306	2.677	690	1.567	2.288	1.367	68	0	53.963
Öffentliche Haushalte	15.378	1.370	107	6.319	309	88.215	25.095	1.028	137.821
Sonstige	75.556 ⁵	45.860	21.906	14.189	7.678	18.006	1.989	5.244	190.428
Insgesamt	402.069	129.657	68.358	62.444	17.638	159.349	44.155	213.874	1.097.544

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

⁵ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

Aus Branchensicht ist unser Kreditengagement im Vergleich zum Vorjahr geringer gegenüber Banken und Versicherungen (30,6 Mrd €), Öffentliche Haushalte (23,6 Mrd €), Fondsmanagementaktivitäten (14,1 Mrd €), gewerbliche Immobilien (12,3 Mrd €) und dem verarbeitenden Gewerbe (5,7 Mrd €) mit einem gegenläufigen Anstieg bei privaten Haushalten (10,4 Mrd €), in diesem Bereich vor allem bei Krediten aufgrund des allgemeinen Wachstums unseres Engagements im Privatkundenbereich.

Unser Kreditengagement in den Branchen Banken und Versicherungen, verarbeitendes Gewerbe sowie im öffentlichen Sektor umfasst vorwiegend variabel verzinsliche Kredite mit Bonitätseinstufungen im Investment-Grade Bereich, die bis zur Fälligkeit gehalten werden. Das Portfolio unterliegt den Kreditvergabestandards, die in unseren „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie produktbezogenen Konzentrationen.

Wesentliche Transaktionen, wie Kreditvergaben mit dem Zweck der Syndizierung, werden von Entscheidungsträgern mit hoher Kreditkompetenz und (je nach Transaktionsvolumen) einem Kreditausschuss und/oder dem Vorstand überprüft. Auf die Strukturierung solcher Transaktionen wird ein großes Augenmerk gelegt, um sicherzustellen, dass Risikorückführungen zeitnah und kosteneffizient erreicht werden. Kreditengagements in diesen Kategorien bestehen zumeist gegenüber Kreditnehmern guter Qualität und unterliegen ebenfalls Maßnahmen zur Risikominderung gemäß der Beschreibung der Aktivitäten unserer Credit Portfolio Strategies Group.

In der Kategorie Private Haushalte beträgt unser Kreditengagement 194 Mrd € zum 31. Dezember 2013 (zum 31. Dezember 2012: 181 Mrd €) und ist prinzipiell dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. 148 Mrd € (76 %) des Portfolios beinhalten Hypothekenkredite, davon 116 Mrd € in Deutschland. Der übrige Teil des Portfolios (46 Mrd €, 24 %) bezog sich in erster Linie auf das Konsumentenkreditgeschäft. Angesichts der Homogenität dieses Portfolios werden die Kreditwürdigkeit unserer Geschäftspartner sowie die Bonitätseinstufung über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt.

Hauptzweck des Hypothekengeschäfts ist die Finanzierung eigengenutzter Immobilien, die über verschiedene Kanäle in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien, Italien und Polen, verkauft werden. Dabei übersteigt das Engagement in der Regel nicht den Immobilienwert. Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“. Es gelten verschiedene Anforderungen an die Kreditvergabe, wie zum Beispiel maximale Kreditbeträge und Laufzeiten, die je nach den regionalen Bedingungen und privaten Umständen des Kreditnehmers variieren (so wird beispielsweise der Maximalbetrag für einen Konsumentenkredit an das Nettohaushaltseinkommen angepasst). Die Zinssätze werden vor allem in Deutschland meistens für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Durch ein zweitrangiges Pfandrecht besicherte Kredite werden nicht aktiv vertrieben.

Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungsportfolios wird im Wesentlichen durch die Bewertung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheit bestimmt. Die Kreditbeträge sind im Allgemeinen höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Das Risiko des Konsumentenkreditgeschäfts hängt von der Qualität des Kreditnehmers ab. Da diese Kredite nicht besichert sind, sind im Vergleich zu Hypothekenkrediten die Kreditbeträge geringer und die Laufzeiten kürzer. Auf der Grundlage unserer Kriterien und Prozesse für die Kreditvergabe, diversifizierter Portfolios (Kunden/Immobilien) und geringer Beleihungsausläufe wird das Risiko im Hypothekengeschäft als niedrig und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als mittel eingestuft.

Unsere gewerblichen Immobilienkredite werden grundsätzlich durch erstrangige Hypotheken auf die zugrunde liegende Immobilie besichert. Dabei werden die Kreditvergabestandards eingehalten, die in den vorgenannten „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ definiert wurden (das heißt, die Bonitätseinstufung geht der Kreditgenehmigung auf der Grundlage einer zugewiesenen Kreditgenehmigungskompetenz voraus). Ferner gelten für Kredite zusätzliche Richtlinien für die Risikoübernahme und Vorgaben, wie beispielsweise Beleihungsquoten von in der Regel unter 75 %. Zusätzlich holt unser Bewertungsteam, welches Teil unseres unabhängigen Kreditrisikomanagements ist, aufgrund der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheit externe Gutachten für alle besicherten Kredite ein. Dieses Bewertungsteam überprüft und hinterfragt die gemeldeten Immobilienwerte.

Mit Ausnahme von in den Bereich NCOU transferierten Altbeständen stellt die Commercial Real Estate Group nur in Ausnahmefällen Mezzanin- oder anderes nachrangiges Kapital bereit, allerdings enthält das Portfolio der Postbank ein nicht-signifikantes Teilportfolio an Nachrangfinanzierungen. Bei zum Zweck der Verbriefung gegebenen Krediten wird sorgfältig überwacht, dass eine Gesamtsumme ein definiertes Pipeline-Limit nicht überschreitet. Verbriefte Kredite werden vollständig verkauft (sofern nicht die aufsichtsrechtliche Anforderung besteht, das ökonomische Risiko bei der Bank zu belassen), während wir häufig einen Teil der syndizierten Bankenkredite behalten. Das bei der Deutschen Bank verbleibende Portfolio, welches zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, unterliegt ebenfalls den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken. Wir stellen auch auf der Grundlage konservativer Vergabestandards unbesicherte Kreditlinien für Immobilienfonds und sonstige Publikumsgesellschaften mit guter Kapitalausstattung (in der Regel mit Investment-Grade Einstufung) zur Verfügung. Wir stellen sowohl festverzinsliche (im Allgemeinen verbrieft Produkte) als auch variabel verzinsliche Kredite bereit. Darüber hinaus werden problembehaftete und leistungsgestörte Kredite und Kreditportfolios grundsätzlich mit einem erheblichen Abschlag auf die Nominalbeträge und die aktuellen Sicherheitenwerte von anderen Finanzinstituten erworben. Es existiert ein stringenter Genehmigungsprozess, und das Risiko wird über ein getrenntes Portfoliolimit gesteuert. Die Bewertung gewerblicher Immobilien und Mieteinnahmen können stark von makroökonomischen Bedingungen und idiosynkratischen Risiken beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt der vorgenannten engen Begrenzung bezüglich Konzentrationsbildung.

Die Kategorie Sonstige Kredite beinhaltet 68 Mrd € zum 31. Dezember 2013 (76 Mrd € zum 31. Dezember 2012) und umfasst zahlreiche kleinere Sektoren, wobei auf keinen einzelnen Sektor mehr als 5 % der Kredite insgesamt entfallen.

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 10 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 11 % zum 31. Dezember 2012. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach vertraglicher Restlaufzeit (nicht testiert)

31.12.2013

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
< 1 Jahr	124.456	31.482	36.141	10.746	3.752	27.530	4.328	194.046	432.481
1 Jahr–5 Jahre	92.255	79.312	21.398	13.442	6.792	38.719	24.783	3.016	279.717
> 5 Jahre	165.460	15.866	8.091	20.528	7.243	59.911	15.131	419	292.650
Insgesamt	382.171	126.660	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.004.848

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
< 1 Jahr	126.008	30.601	35.776	12.561	3.416	37.744	5.702	211.933	463.741
1 Jahr–5 Jahre	96.802	82.179	23.995	17.821	8.272	46.487	21.110	1.818	298.484
> 5 Jahre	179.259	16.877	8.587	32.062	5.950	75.118	17.343	123	335.319
Insgesamt	402.069	129.657	68.358	62.444	17.638	159.349	44.155	213.874	1.097.544

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Durchschnittliches Kreditrisiko über die jeweiligen vier Berichts quartale (nicht testiert)

2013

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Durchschnittliches Kreditrisiko insgesamt	390.469	130.981	68.198	52.999	16.930	144.386	46.509	212.145	1.062.618
Kreditrisiko zum Jahresende insgesamt	382.171	126.660	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.004.848

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Durchschnittliches Kreditrisiko insgesamt	409.131	131.289	68.683	68.334	16.638	169.110	42.527	229.623	1.135.335
Kreditrisiko zum Jahresende insgesamt	402.069	129.657	68.358	62.444	17.638	159.349	44.155	213.874	1.097.544

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Kreditrisiko nach Region

31.12.2013

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	200.106	24.042	14.572	2.413	1.451	12.608	10.961	16.444	282.598
Westeuropa (ohne Deutschland)	86.846	36.302	19.991	17.056	5.179	31.296	26.309	58.843	281.823
davon:									
Frankreich	2.675	7.807	2.014	1.273	672	6.585	3.691	11.811	36.528
Luxemburg	5.566	1.775	622	1.735	1.362	3.892	3.976	572	19.502
Niederlande	12.163	6.058	3.179	3.099	863	4.111	6.382	429	36.285
Großbritannien	8.719	8.113	1.817	3.834	942	6.421	5.018	31.403	66.266
Osteuropa	9.773	1.573	2.173	844	2.177	2.532	390	529	19.991
davon:									
Polen	6.862	761	215	59	38	867	259	0	9.061
Russland	1.752	463	753	74	1.822	600	0	357	5.822
Nordamerika	42.748	58.532	17.212	14.404	6.111	52.298	4.041	92.099	287.444
davon:									
Kanada	572	1.760	1.571	648	499	2.132	165	798	8.146
Cayman Islands	2.294	1.725	486	1.118	313	1.909	154	25.633	33.632
USA	35.019	54.432	14.680	12.308	5.113	47.710	3.716	64.532	237.511
Mittel- und Südamerika	4.539	745	1.338	701	364	3.016	129	1.310	12.143
davon:									
Brasilien	1.413	249	712	120	162	1.638	17	349	4.660
Mexiko	271	122	34	218	163	279	74	321	1.483
Asien/Pazifik	36.151	4.752	9.392	9.081	2.341	23.740	2.286	28.043	115.787
davon:									
China	8.894	432	788	623	69	1.183	0	2.123	14.113
Japan	848	408	396	3.920	405	5.112	884	16.065	28.038
Südkorea	2.150	7	930	515	22	977	65	337	5.004
Afrika	1.879	668	932	191	111	552	0	214	4.546
Sonstige	130	44	19	25	52	118	126	0	515
Insgesamt	382.171	126.660	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.004.848

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedgeaccounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	199.190	24.301	14.863	3.159	300	19.963	12.794	24.528	299.098
Westeuropa (ohne Deutschland)	104.528	33.922	19.279	29.478	5.589	33.556	25.802	50.362	302.516
davon:									
Frankreich	3.072	6.611	1.878	1.826	602	3.862	4.095	5.858	27.804
Luxemburg	10.759	1.599	779	1.664	433	1.848	2.176	444	19.701
Niederlande	15.364	4.756	3.309	2.536	888	3.116	5.962	1.951	37.883
Großbritannien	13.398	7.868	1.998	12.764	2.137	4.716	2.842	30.557	76.281
Osteuropa	10.178	1.479	1.926	1.075	2.249	4.242	303	380	21.832
davon:									
Polen	6.335	744	221	88	38	1.310	120	0	8.857
Russland	2.398	374	818	68	1.971	1.944	1	340	7.912
Nordamerika	52.472	63.302	19.883	18.423	7.177	64.081	2.500	100.813	328.651
davon:									
Kanada	927	2.399	2.820	1.109	1.152	4.995	146	2.926	16.474
Cayman Islands	2.108	1.856	478	1.583	286	2.680	203	25.684	34.878
USA	47.451	57.748	15.477	15.387	5.692	55.857	2.114	70.288	270.015
Mittel- und Südamerika	4.743	756	1.342	1.053	503	4.808	57	2.695	15.957
davon:									
Brasilien	2.034	290	935	161	157	3.321	27	2.187	9.113
Mexiko	329	96	25	283	234	274	5	93	1.338
Asien/Pazifik	29.220	5.253	10.060	9.165	1.711	31.791	2.699	34.634	124.533
davon:									
China	4.723	307	1.131	468	36	1.799	0	1.619	10.083
Japan	1.198	1.232	176	5.022	4	7.461	1.095	18.493	34.683
Südkorea	1.739	4	501	428	2	2.479	0	1.683	6.836
Afrika	1.634	587	1.005	17	86	766	0	462	4.557
Sonstige	104	57	0	74	23	142	0	0	400
Insgesamt	402.069	129.657	68.358	62.444	17.638	159.349	44.155	213.874	1.097.544

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedgeaccounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus. Bei außerbörslichen Derivaten bestanden die größten Konzentrationen in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika mit einem hohen Anteil bei Banken und Versicherungen mit guter Bonitätseinstufung, bei denen wir von einem begrenzten Kreditrisiko ausgehen.

Die größte regionale Konzentration von Kreditrisiken aus handelbaren Vermögenswerten bestand in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland), mit einem hohen Anteil des öffentlichen Sektors sowie von Banken und Versicherungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften bestanden die größten Konzentrationen in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland) mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen mit guter Bonitätseinstufung.

Unser Gesamtbestand an Krediten zum 31. Dezember 2013 war rückläufig auf 382 Mrd € gegenüber 402 Mrd € zum 31. Dezember 2012, hauptsächlich in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika gegenüber Banken und Versicherungen, Fondsmanagementaktivitäten und gewerblichen Immobilienkrediten. Der Rückgang in außerbörslichen Derivaten um 17,7 Mrd € entfiel weitestgehend auf Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland). Der Rückgang bei Wertpapierpensionsgeschäften um 16,4 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Banken und Versicherungen in Nordamerika und Deutschland, teilweise kompensiert durch einen Anstieg in der Region Westeuropa (ohne Deutschland).

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit). Einige dieser Länder haben Rettungspakete angenommen. Die wirtschaftliche Situation hat sich zu einem gewissen Grade verbessert, mit Wachstumsaussichten und stabilisierten Verhältnissen in diesen Volkswirtschaften, der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und der Reduzierung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts (zum Beispiel Defizite in der Leistungsbilanz). Dieser Anpassungsprozess wurde durch die OMT (Outright Monetary Transactions) der EZB und des ESM (European Stability Mechanism) unterstützt, indem eine glaubwürdige, aber nicht getestete Rückfalllinie zur Verfügung gestellt wurde und damit die Finanzierungskosten niedrig gehalten werden konnten. Nichtsdestotrotz bleibt das Risiko erhöht, was sich in höheren CDS-Spreads zeigt, insbesondere für risikoreiche Länder. Darüber hinaus hat am 7. Februar 2014 der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Auffassung vertreten, es sprächen gewichtige Gründe dafür, dass das OMT-Programm über das Mandat der Europäischen Zentralbank für die Währungspolitik hinausgehe und damit in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten übergreife und gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung verstoße. Er hat deshalb dem Gerichtshof der Europäischen Union mehrere Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs und seine Auswirkungen auf das OMT-Programm lassen sich derzeit nicht beurteilen.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben stringenten Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Ähnliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.
- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012 ¹
Griechenland	466	646
Irland	455	1.443
Italien	15.419	17.553
Portugal	708	1.187
Spanien	9.886	11.737
Insgesamt	26.935	32.566

¹ Zahlen aufgrund einer Methodenänderung in PBC adjustiert, die PBC-Garantien in Höhe von ungefähr 2 Mrd € reflektieren.

Das Nettoengagement reduzierte sich gegenüber dem Jahresende 2012 um 5,6 Mrd € überwiegend durch Rückgänge in Spanien, Italien und Irland, verursacht durch Reduzierungen in unserem NCOU-Portfolio. Das Kreditengagement in Zypern beträgt aus Risikomanagement-Perspektive 16 Mio € und wird weiterhin eng überwacht.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, typischerweise mit Sicherheitenvereinbarungen, wobei der überwiegende Teil unseres Engagements mit spanischen Finanzinstituten aus Pfandbriefen besteht. Das Engagement gegenüber Staaten ist moderat und besteht überwiegend gegenüber Spanien und Italien.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoexposition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttoexposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltenen Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in der Kategorie Retail gehalten, aber auch in der Kategorie Finanzinstitute – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – und in der Kategorie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, jedoch ohne die nominale Nettoexposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte europäische Länder beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt ²	
	31.12. 2013	31.12. 2012 ¹	31.12. 2013	31.12. 2012	31.12. 2013	31.12. 2012	31.12. 2013	31.12. 2012	31.12. 2013	31.12. 2012	31.12. 2013	31.12. 2012
Griechenland												
Brutto	52	40	605	715	1.338	1.501	9	9	0	0	2.004	2.265
nicht gezogen	0	0	18	8	101	160	3	2	0	0	122	170
Netto	52	39	23	67	214	356	3	3	0	0	291	465
Irland												
Brutto	765	932	721	1.438	6.177	6.612	48	56	1.958 ³	4.300 ³	9.669	13.338
nicht gezogen	0	0	6	14	1.680	1.581	1	2	358 ³	366 ³	2.045	1.963
Netto	175	400	438	1.016	4.537	4.768	9	7	1.951 ³	2.922 ³	7.110	9.113
Italien												
Brutto	1.900	3.059	5.232	7.154	8.400	8.740	19.650	20.291	648	149	35.830	39.393
nicht gezogen	0	1	955	809	3.407	3.162	190	261	2	0	4.554	4.233
Netto	1.374	2.969	2.500	3.263	6.529	6.653	6.994	7.749	572	-51	17.969	20.583
Portugal												
Brutto	38	258	257	456	1.392	1.548	2.163	2.375	78	33	3.928	4.670
nicht gezogen	0	0	36	52	172	188	28	5	0	0	237	245
Netto	25	153	221	322	849	769	282	501	78	32	1.456	1.777
Spanien												
Brutto	1.473	1.659	3.349	5.605	9.288	10.296	10.721	11.106	637	221	25.468	28.887
nicht gezogen	4	0	662	563	3.321	2.684	521	547	3	0	4.510	3.794
Netto	1.452	1.659	2.389	3.683	6.436	7.683	2.060	1.789	502	149	12.839	14.963
Brutto insgesamt	4.228	5.948	10.164	15.368	26.595	28.697	32.591	33.837	3.321	4.703	76.899	88.553
nicht gezogen	4	1	1.677	1.446	8.680	7.775	743	817	364	366	11.468	10.405
Netto insgesamt⁴	3.078	5.220	5.572	8.351	18.566	20.229	9.347	10.049	3.103	3.052	39.666	46.901

¹ Beinhaltet wertgeminderte Wertpapierpositionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern in Griechenland zum 31. Dezember 2012, die als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte klassifiziert sind. Weitere wertgeminderte Positionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern sind nicht enthalten.

² Ungefähr 63 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

³ Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

⁴ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 136 Mio € zum 31. Dezember 2013 und 231 Mio € zum 31. Dezember 2012.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten europäischen Ländern reduzierte sich im Jahr 2013 um 7,2 Mrd € hauptsächlich durch Rückgänge im Engagement gegenüber Italien, im Wesentlichen in der Kategorie Staat, aber auch in Finanzinstituten und Retail sowie auch durch Engagementrückgänge gegenüber Finanzinstituten und Unternehmen in Spanien sowie Sonstige in Irland.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten europäischen Staaten

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2013
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹		Derivate	Sonstige	
Griechenland	240	207	15	5	7	69	302
Irland	1.342	1.332	2.840	502	800	1.518	6.993
Italien	10.678	9.735	4.143	875	3.559	-176	18.136
Portugal	686	640	400	34	94	538	1.706
Spanien	6.214	5.460	3.386	1.015	510	1.483	11.853
Insgesamt	19.159	17.373	10.784	2.431	4.970	3.432	38.990

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizu- legenden Zeit- wert bewertete Vermögens- werte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2012
	Kredite vor Wert- berichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wert- berichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögens- werte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	324	296	23	5	58	73	455
Irland	2.188	2.181	2.982	978	1.387	3.048	10.576
Italien	11.345	10.615	3.817	1.585	4.132	- 2.145	18.004
Portugal	939	901	379	202	323	437	2.242
Spanien	5.986	5.481	3.263	3.254	591	1.970	14.559
Insgesamt	20.782	19.474	10.464	6.024	6.491	3.383	45.836

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nett nominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	Nominalbeträge			31.12.2013
	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/ gekaufter Absicherungen	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.260	- 1.271	- 11	- 1
Irland	7.438	- 7.321	117	0
Italien	60.203	- 60.370	- 167	100
Portugal	10.183	- 10.432	- 250	7
Spanien	28.452	- 27.466	986	- 4
Insgesamt	107.536	- 106.860	675	101

in Mio €	Nominalbeträge			31.12.2012
	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/ gekaufter Absicherungen	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.396	- 1.386	10	- 8
Irland	8.280	- 9.743	- 1.463	55
Italien	60.638	- 58.059	2.579	145
Portugal	10.744	- 11.209	- 465	- 5
Spanien	30.408	- 30.004	404	- 8
Insgesamt	111.466	- 110.401	1.065	179

In Einklang mit allgemeinen Marktansichten nutzen wir Kreditausfallversicherungen (CDS) als ein wichtiges Instrument zum Management von Kreditrisiken, um ungewünschte Konzentrationen im Kreditportfolio zu vermeiden. CDS-Verträge unterliegen der Standard ISDA-Dokumentation, welche Auslöseereignisse für den Versicherungsfall definiert, die dann Ausgleichszahlungen auslösen. Beispiele für diese Auslöseereignisse sind die Insolvenz des Referenzschuldners, die Unfähigkeit des Referenzschuldners, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (zum Beispiel Zins- oder Tilgungsleistungen), sowie Umschuldungen des Referenzschuldners. Für verkaufte Kreditausfallversicherungen kommen ebenfalls die vorgenannten Auslöseereignisse zur Anwendung. Unsere gekauften Kreditausfallversicherungen, die der Risikoabsicherung dienen, sind überwiegend von Kreditinstituten mit sehr guter Bonitätseinstufung ausgegeben und unterliegen entsprechenden Sicherheitsvereinbarungen. Während wir eindeutig auf die Nettorisikoposition nach Berücksichtigung von Absicherungen/Sicherheiten fokussieren, untersuchen wir gleichzeitig unsere Bruttositionen vor Absicherungen durch CDS in dem Bewusstsein der potenziellen Gefahr, dass ein CDS nicht so ausgelöst wird wie erwartet.

Die Engagements, die sich auf die oben genannten Länder beziehen, werden auf Basis des im Abschnitt „Kreditrisiko“ unseres Risikoberichts zum Kreditrisiko beschriebenen Prozesses gesteuert und überwacht. Dies schließt detaillierte Bonitätsbeurteilungen und eine fortlaufende Beobachtung der Kunden ein. Es ist ein Rahmenwerk für die Steuerung von Konzentrationsrisiken, wie in den Abschnitten zu Länder- und Branchenrisiken beschrieben, etabliert. Dieses Rahmenwerk wird ergänzt durch regelmäßige Managementberichte einschließlich gezielter Portfolioprüfungen für diese Länder und Initiativen zur Risikoreduzierung der Portfolios.

Für Kreditabsicherungszwecke bemühen wir uns, Laufzeitinkongruenzen zu vermeiden. Dies hängt jedoch von der Verfügbarkeit der erforderlichen Sicherungsinstrumente im Markt ab. Wenn Laufzeitinkongruenzen nicht vermieden werden können, werden diese Positionen eng überwacht. Wir berücksichtigen die Sensitivitäten des Sicherungsinstruments und des Basiswerts, um Laufzeitinkongruenzen zu neutralisieren.

Unser Regelwerk hat die Zielsetzung, dass wir auf ein Eurokrisenszenario eine angemessene Vorbereitung mit risikoreduzierenden Maßnahmen und adäquaten Notfallplänen haben. Wir denken, dass es seine Effektivität bewiesen hat, als der Druck auf Zypern stärker wurde. Dabei hat eine enge Koordination zwischen den Bereichen Risiko, Recht, den Geschäftsbereichen und anderen Infrastrukturfunktionen sichergestellt, dass konsistente operationelle und strategische Reaktionen konzernweit gewährleistet sind.

Insgesamt haben wir das Kreditvolumen in den GIIPS-Ländern seit Beginn der Schuldenkrise gesteuert und glauben, dass wir gut aufgestellt sind angesichts ausgewählter und früh ausgeübter Maßnahmen zur Risikoreduzierung bei diesen Staaten und schwächeren Kunden.

Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

Die in der Tabelle dargestellten Beträge reflektieren die „Sitzland-Perspektive“ unserer Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	52	0	52	2	39	0	39	0
Irland	61	114	175	0	355	45	400	- 4
Italien	1.861	- 487	1.374	116	847	2.122	2.969	159
Portugal	38	- 12	25	4	258	- 105	153	- 4
Spanien	1.193	259	1.452	- 4	1.544	115	1.659	- 4
Insgesamt	3.205	- 126	3.078	118	3.043	2.177	5.220	147

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen und als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Rückgang im Vergleich zum Jahresende 2012 gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder reflektiert hauptsächlich Marktpflegeaktivitäten und Änderungen beim beizulegenden Zeitwert, verursacht durch Marktpreisänderungen in 2013.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 31. Dezember 2013 für Italien auf 726 Mio € und für Spanien auf 649 Mio € beliefen (zum 31. Dezember 2012: für Italien 797 Mio € und für Spanien 591 Mio €).

In zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthaltene direkte Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt
Griechenland	52	0	52	24	15	39
Irland	67	1	69	28	27	55
Italien	- 1.959 ²	2.997	1.038	- 3.974 ²	3.279	- 695
Portugal	- 35	70	34	150	59	209
Spanien	543	22	565	734	29	763
Insgesamt	- 1.332	3.090	1.757	- 3.038	3.409	371

¹ Beinhaltet die Effekte von Aufrechnungsrahmen- und Sicherheitenvereinbarungen.

² Die Verkaufspositionen im Engagement gegenüber Italien bezogen sich hauptsächlich auf strukturierte Handelsgeschäfte mit zugehörigen Kreditderivaten.

In zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthaltene Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste (nach Steuern)	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste (nach Steuern)
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	300	213	0
Italien	97	101	0	741	720	0
Portugal	3	3	0	48	46	0
Spanien	0	0	0	201	194	0
Insgesamt	101	105	0	1.290	1.173	0

Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements

Unser Kreditgeschäft unterliegt Kreditrisikomanagementprozessen, sowohl bezogen auf die Kreditvergabe als auch auf die laufende Kreditüberwachung. Ein Überblick über diese Prozesse wird im vorhergehenden Abschnitt „Kreditrisiko“ gegeben.

Kategorien unseres Kreditbuchs mit Unterscheidung in Segmente mit niedrigem, mittlerem und höherem Risiko

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012 ¹	
	Insgesamt	davon: Non-Core	Insgesamt	davon: Non-Core
Segment niedrige Risiken:				
PBC-Immobilienfinanzierungen	154.444	7.372	151.078	8.579
Investment-Grade/Postbank Non-Retail	30.751	1.077	31.855	3.356
GTB	72.868	0	69.963	0
DeAWM	33.147	934	30.661	1.140
PBC-Kleinbetrieb	16.601	280	18.779	1.953
Staatsbesicherte Transaktionen/strukturierte Transaktionen ²	33	0	1.149	0
Corporate Investments	28	28	2.464	2.464
Zwischensumme Segment niedrigere Risiken	307.871	9.690	305.950	17.493
Segment moderate Risiken:				
PBC-Konsumentenfinanzierungen	20.204	796	20.242	1.343
Asset Finance (Deutsche Bank-gesponserte Conduits)	12.728	2.832	14.786	6.395
Besicherte gehedgte strukturierte Transaktionen	11.470	3.328	12.756	3.992
Finanzierung von Pipeline Assets ³	375	22	4.312	1.316
Zwischensumme Segment moderate Risiken	44.778	6.977	52.096	13.047
Segment höhere Risiken:				
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen ⁴	15.832	3.410	27.285	14.784
Leveraged Finance ⁵	4.707	633	5.095	744
Sonstige ⁶	8.983	2.504	11.642	4.095
Zwischensumme Segment höhere Risiken	29.522	6.548	44.022	19.623
Kreditbuch insgesamt	382.171	23.215	402.069	50.162

¹ Beträge zum 31. Dezember 2012 reflektieren die neue Struktur unserer Unternehmensbereiche, die im Jahr 2013 etabliert wurde, und wurde abgeändert aufgrund von Anpassungen wegen IFRS 10.

² Kredite überwiegend abgebaut im März 2013.

³ Davon Finanzierung für verkaufte Kredite in Leveraged Finance in Höhe von 353 Mio € und in Commercial Real Estate in Höhe von 22 Mio € zum 31. Dezember 2013 (3,0 Mrd € und 1,3 Mrd € zum 31. Dezember 2012).

⁴ Beinhaltet Kredite von CMBS-Verbriefungen.

⁵ Beinhaltet Kredite, die von CPSG überwacht werden.

⁶ Beinhaltet andere kleinere Kredite vorwiegend in unserem Unternehmensbereich CB&S.

Der Hauptteil unseres Kreditvolumens mit niedrigem Kreditrisiko steht im Zusammenhang mit unserem PBC-Geschäft. Zum 31. Dezember 2013 waren 81 % unserer Kredite im Segment mit niedrigerem Kreditrisiko, was eine leichte Verbesserung im Vergleich zum vorhergehenden Jahresende bedeutet.

Unser Segment mit höherem Risiko wird dominiert durch gewerbliche Immobilienfinanzierungen, die zum 31. Dezember 2013 einen Rückgang in Höhe von 11,5 Mrd € im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen. Unser Kreditrisikomanagement-Ansatz legt großes Augenmerk besonders auf die Portfolios, die aus unserer Sicht höhere Risiken beinhalten. Wir haben für diese Portfolios spezielle Portfoliostrategien und eine sorgfältige Kreditüberwachung etabliert.

Wertgeminderte Kredite und die entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer höheren Kreditrisikokategorie

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Insgesamt		davon: Non-Core		Insgesamt		davon: Non-Core	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	1.592	698	1.109	443	2.065	554	1.318	353
Leveraged Finance	119	116	0	1	64	81	4	3
Sonstige	403	136	372	127	576	160	539	134
Insgesamt	2.114	951	1.481	570	2.705	795	1.861	490

Während das Volumen der wertgeminderten Kredite in unserer Kategorie Kredite mit höherem Risiko deutlich um 591 Mio € oder 22 % im Jahr 2013 zurückging, haben sich die Wertberichtigungen für Kreditausfälle in dieser Kategorie um 156 Mio € oder 20 % erhöht. Diese entgegengesetzte Entwicklung führte zu einer Erhöhung der Deckungsquote in unserer Kategorie Kredite mit höherem Risiko von 29 % auf 45 %. Diese Entwicklung wurde unter anderem durch eine kleine Anzahl großer gewerblicher Immobilienkredite mit

überproportional niedriger Deckungsquote verursacht, die im zweiten und dritten Quartal 2013 teilweise abgeschrieben und anschließend konsolidiert wurden, nachdem der Konzern die Beherrschung über die kreditnehmenden strukturierten Einheiten erlangt hat.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatkredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Produktarten und unseren internen Bonitätsklassen. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf die Abschnitte „Kreditrisikoeinstufung“ und „Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren“.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – brutto

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben) 31.12.2013

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ¹	Kredite ²	Unwiderrufliche Kreditzusagen ³	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	33.213	19.791	8.318	19.222	35.699	116.243
iA	0,04–0,11	43.193	31.009	19.285	11.934	5.332	110.753
iBBB	0,11–0,5	50.441	37.326	20.234	6.700	1.764	116.465
iBB	0,5–2,27	43.529	25.363	11.604	4.775	920	86.191
iB	2,27–10,22	16.173	11.927	4.382	1.711	443	34.635
iCCC und schlechter	10,22–100	11.076	1.245	1.807	374	85	14.587
Insgesamt		197.625	126.660	65.630	44.716	44.242	478.874

¹ Ausfallwahrscheinlichkeit auf 12 Monatsbasis.

² Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 5,9 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

³ Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben) 31.12.2012

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ¹	Kredite ²	Unwiderrufliche Kreditzusagen ³	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	49.386	20.233	9.064	23.043	30.054	131.780
iA	0,04–0,11	42.612	37.456	19.192	22.308	8.186	129.754
iBBB	0,11–0,5	53.539	37.754	21.304	7.713	3.788	124.098
iBB	0,5–2,27	45.624	22.631	11.460	5.778	1.749	87.242
iB	2,27–10,22	17.997	10.068	4.886	2.415	227	35.593
iCCC und schlechter	10,22–100	12.907	1.515	2.455	1.187	151	18.215
Insgesamt		222.065	129.657	68.361	62.444	44.155	526.682

¹ Ausfallwahrscheinlichkeit auf 12 Monatsbasis.

² Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 6,1 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

³ Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 31. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Unser Brutto-Firmenkreditengagement hat sich um 9 % seit Dezember 2012 auf 478,9 Mrd € reduziert. Die Reduzierungen kommen vorrangig aus Krediten (24,4 Mrd €), im Wesentlichen zurückzuführen auf Reduzierungen in NCOU, und außerbörslichen Derivaten (17,7 Mrd €). Insgesamt blieb die Qualität unseres Firmenkreditengagements nahezu unverändert mit 72 % Investment-Grade beurteilter Kunden im Vergleich zu 73 % zum 31. Dezember 2012.

Wir nutzen wie oben beschrieben Kreditrisikominderungstechniken, um unser Firmenkreditengagement zu optimieren und um unsere potenziellen Kreditverluste zu reduzieren. Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – netto

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2013¹

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ²	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	21.474	16.602	5.589	15.901	35.669	95.234
iA	0,04–0,11	28.001	26.503	15.893	8.183	5.332	83.912
iBBB	0,11–0,5	24.302	31.268	15.410	5.878	1.744	78.602
iBB	0,5–2,27	20.835	21.170	6.814	3.694	912	53.424
iB	2,27–10,22	6.257	10.382	2.535	1.536	443	21.153
iCCC und schlechter	10,22–100	4.947	1.045	781	362	25	7.159
Insgesamt		105.815	106.969	47.022	35.554	44.125	339.485

¹ Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften nach IFRS-Anforderungen.

² Ausfallwahrscheinlichkeit auf 12 Monatsbasis.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2012¹

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ²	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	35.633	18.810	6.521	20.188	29.907	111.059
iA	0,04–0,11	25.304	32.035	17.154	17.323	7.894	99.710
iBBB	0,11–0,5	25.633	31.626	17.290	6.513	3.554	84.617
iBB	0,5–2,27	13.354	20.924	7.624	4.168	1.718	47.788
iB	2,27–10,22	5.538	9.391	2.412	2.328	217	19.887
iCCC und schlechter	10,22–100	6.194	1.332	1.106	1.117	148	9.897
Insgesamt		111.657	114.118	52.107	51.638	43.438	372.958

¹ Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften nach IFRS-Anforderungen.

² Ausfallwahrscheinlichkeit auf 12 Monatsbasis.

Das Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten betrug 339,5 Mrd € zum 31. Dezember 2013, was einer Risikominderung von 29 % oder 139,4 Mrd € im Vergleich zum Brutto-Firmenkreditengagement entspricht. Dies beinhaltet eine noch signifikantere Reduzierung von 46 % der Kreditengagements, die wiederum eine Reduzierung um 55 % für die niedriger bewerteten Sub-Investment-Grade bewerteten Kredite und 42 % für die höher bewerteten Investment-Grade Kredite beinhalten. Die Risikominderung in der schwächsten Bonitätsklasse war 55 % und somit signifikant höher als in der stärksten Bonitätsklasse mit 35 %.

Die Risikominderung von 139,4 Mrd € setzt sich zu 36 % aus Garantien und Sicherungsgeschäften und zu 64 % aus materiellen Sicherheiten zusammen, die weiter aufgebrochen aus Hypotheken (37 %), Finanzinstrumenten (34 %), Barmitteln (16 %) und sonstigen Sicherheiten einschließlich Schiffshypotheken (13 %) bestehen.

Risikomindernde Maßnahmen für das Firmenkreditengagement durch die CPSG Group

Unsere Credit Portfolio Strategies Group („CPSG“) hilft, unser Risiko aus Firmenkrediten zu verringern. Der Nominalbetrag der Aktivitäten der CPSG zur Risikoreduzierung hat sich um 26 % von 45,7 Mrd € am 31. Dezember 2012 auf 33,8 Mrd € am 31. Dezember 2013 reduziert. Dies ist primär ein Resultat des Rückgangs der Nominalbeträge der zu besichernden Kredite sowie eines Rückgangs der risikoreduzierenden Maßnahmen zum Steuern der Marktrisiken.

Zum Jahresende 2013 hatte die CPSG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalbetrag von 10,4 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2012 betrug diese Position 27,9 Mrd €. Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Zudem hat die CPSG zum 31. Dezember 2013 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 23,4 Mrd € durch synthetisch besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, die vorwiegend mit Finanzgarantien und in geringem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegt sind, bei denen die Erstverlustpositionen verkauft wurden. Zum 31. Dezember 2012 betrug diese Position 17,8 Mrd €.

Unter Ausübung des bestehenden Wahlrechts nutzt die CPSG die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der CPSG reduzierte sich im Jahresverlauf auf 25,5 Mrd € zum 31. Dezember 2013 (31. Dezember 2012: 40,0 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert hat die CPSG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz beim Bewertungsansatz erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Sicherungsgeschäfte bereits zum beizulegenden Zeitwert, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Konsumentenkreditengagement

Mit unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement, Überfälligkeitsquoten und Nettokreditkosten

	Gesamtengagement in Mio € ²		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Konsumentenkreditengagement Deutschland	145.929	141.167	0,80	0,86	0,23	0,29
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.778	20.311	0,89	1,19	1,04	1,19
Immobilienfinanzierungen	125.151	120.856	0,79	0,80	0,10	0,14
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.616	38.837	5,38	4,64	0,76	0,68
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	12.307	13.274	11,34	9,13	1,75	1,54
Immobilienfinanzierungen	26.309	25.563	2,60	2,31	0,29	0,24
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	184.545	180.004	1,76	1,67	0,34	0,38

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 4,2 Mrd € zum 31. Dezember 2013 und 4,2 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

² Rückwirkend zum 31. Dezember 2012 wurde die Zuordnung des Postbank-Geschäfts von außerhalb Deutschlands nach Deutschland bereinigt.

Zum 31. Dezember 2013 ist das Konsumentenkreditvolumen gegenüber dem Jahresende 2012 um 4,5 Mrd € (2,5 %) angestiegen, was im Wesentlichen auf den Anstieg der Immobilienfinanzierungen in der Privat- und Firmenkundenbank um 4,4 Mrd €, der Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen im Postbank-Bereich in Deutschland um 665 Mio € sowie der Immobilienfinanzierungen in Polen um 466 Mio € zurückzuführen ist. Im Zusammenhang mit unserer De-Risking-Strategie hat sich das Kreditvolumen in Spanien um 430 Mio €, in Italien um 236 Mio € und in Portugal um 139 Mio € reduziert.

Der Rückgang der Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite in der Privat- und Firmenkundenbank in 2013 beruht auf einem Verkauf von leistungsgestörten Krediten, ist aber auch durch das wirtschaftliche Umfeld begünstigt. Der Anstieg der Quote außerhalb Deutschlands ist, abgesehen von der wirtschaftlichen Entwicklung im übrigen Europa, hauptsächlich auf eine Änderung der Abschreibungskriterien für einige Portfolios in 2009 zurückzuführen. Kredite, die bisher direkt abgeschrieben wurden, werden nun nach dem Erreichen von 270 Tagen Überfälligkeit (beziehungsweise 180 Tage bei Kreditkarten) auf dem Niveau historischer Ausfallraten, unter Berücksichtigung von beobachteten Eingängen auf abgeschriebene Forderungen bei gleichartigen Krediten, wertberichtigt. Dadurch erhöht sich das Volumen, das 90 Tage und mehr überfällig ist, und der Zeitraum bis zur vollständigen Abschreibung wird verlängert. Unter der Annahme einer unveränderten Kreditperformance wird dieser Effekt weiterhin zu einer Steigerung der Quote führen, bis das Portfolio circa fünf Jahre nach Änderung der Abschreibungskriterien wieder einen neuen stabilen Zustand erreicht haben wird.

Die Reduzierung der Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements ist hauptsächlich auf die vorteilhafte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zurückzuführen.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.12.2013	31.12.2012
≤ 50 %	69 %	71 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	8 %
> 90 ≤ 100 %	2 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	1 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	1 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Immobilienwerte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den jeweiligen Sicherheitenwert dieser liquiden Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten von Sicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. Dezember 2013 verzeichneten wir für 69 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über eine zentrale Gegenpartei abgewickelt, deren Richtlinien und Vorschriften tägliche Sicherheitennachschüsse für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen einer zentralen Gegenpartei (außerbörsliche Abwicklung) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei erzielten Kreditrisikominderung.

Seit 2013 muss nach Maßgabe des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („DFA“) ein OTC-Clearing für bestimmte standardisierte OTC-Derivatetransaktionen durchgeführt werden. Die Erwartung hinsichtlich der Einführung des OTC-Clearings für Einschussanforderungen bei OTC-Derivatetransaktionen, die keinem zentralen Clearing unterzogen wurden, liegt bei Ende 2014 oder Anfang 2015. Der EU-Verordnung Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR“) zufolge wird das zentrale Clearing für bestimmte standardisierte OTC-Derivatetransaktionen vermutlich mit dem Beginn der zweiten Jahreshälfte 2014 bindend sein. Darüber hinaus werden stufenweise ab Dezember 2015 Einschussanforderungen für OTC-Derivategeschäfte, die keinem zentralen Clearing unterzogen wurden, verpflichtend.

Der Nominalbetrag der außerbörslich gehandelten Derivate, welche durch zentrale Gegenparteien abgewickelt wurden, betrug 12,5 Billionen € zum 31. Dezember 2013 und 10,0 Billionen € zum 31. Dezember 2012.

Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von Derivatekontrakten

31.12.2013

in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Nettomarktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	13.773.939	16.401.710	10.438.348	40.613.997	333.660	311.538	22.122
Börsengehandelt	2.770.393	1.568.462	8.838	4.347.694	387	383	4
Zinsbezogen insgesamt	16.544.331	17.970.173	10.447.186	44.961.690	334.047	311.921	22.126
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.000.994	1.433.173	628.773	6.062.940	96.805	95.553	1.252
Börsengehandelt	27.390	350	0	27.739	42	61	- 18
Währungsbezogen insgesamt	4.028.383	1.433.523	628.773	6.090.679	96.848	95.614	1.234
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	300.884	237.554	69.688	608.126	26.462	31.007	- 4.545
Börsengehandelt	443.280	69.573	3.009	515.862	8.435	5.880	2.555
Aktien-/indexbezogen insgesamt	744.164	307.127	72.697	1.123.988	34.897	36.887	- 1.990
Kreditderivate	363.890	1.599.773	148.388	2.112.051	33.461	32.453	1.009
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	39.179	48.227	5.016	92.422	5.615	6.189	- 575
Börsengehandelt	149.053	73.469	1.067	223.589	1.993	1.732	261
Rohwarenbezogen insgesamt	188.233	121.696	6.083	316.012	7.607	7.921	- 314
Sonstige:							
Außerbörslich	24.935	12.571	35	37.541	1.727	2.208	- 481
Börsengehandelt	8.896	1.226	0	10.122	14	43	- 29
Sonstige insgesamt	33.831	13.797	35	47.663	1.741	2.251	- 509
Außerbörslich insgesamt	18.503.821	19.733.008	11.290.248	49.527.077	497.730	478.948	18.782
Börsengehandelt insgesamt	3.399.012	1.713.080	12.914	5.125.006	10.871	8.099	2.773
Insgesamt	21.902.833	21.446.088	11.303.162	54.652.083	508.602	487.047	21.555
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					50.504		

31.12.2012 in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	15.419.788	15.366.636	10.478.308	41.264.732	584.620	554.944	29.676
Börsengehandelt	2.899.159	1.169.563	4.114	4.072.836	153	144	9
Zinsbezogen insgesamt	18.318.947	16.536.199	10.482.422	45.337.568	584.773	555.088	29.685
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.290.214	1.188.952	428.949	5.908.115	94.639	101.738	- 7.099
Börsengehandelt	19.381	470	0	19.851	8	7	1
Währungsbezogen insgesamt	4.309.595	1.189.422	428.949	5.927.966	94.647	101.745	- 7.098
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	329.531	261.697	79.088	670.316	22.415	29.027	- 6.612
Börsengehandelt	417.334	114.654	3.653	535.641	7.476	6.201	1.275
Aktien-/indexbezogen insgesamt	746.865	376.351	82.741	1.205.957	29.891	35.228	- 5.337
Kreditderivate	499.717	1.914.989	207.623	2.622.329	49.733	46.648	3.085
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	45.284	56.194	5.417	106.895	10.121	10.644	- 523
Börsengehandelt	194.470	107.099	1.659	303.228	4.617	4.173	444
Rohwarenbezogen insgesamt	239.754	163.293	7.076	410.123	14.738	14.817	- 79
Sonstige:							
Außerbörslich	62.890	23.991	399	87.280	2.887	2.818	69
Börsengehandelt	12.533	1.278	5	13.816	18	36	- 18
Sonstige insgesamt	75.423	25.269	404	101.096	2.905	2.854	51
Außerbörslich insgesamt	20.647.424	18.812.459	11.199.784	50.659.667	764.415	745.819	18.596
Börsengehandelt insgesamt	3.542.877	1.393.064	9.431	4.945.372	12.272	10.561	1.711
Insgesamt	24.190.301	20.205.523	11.209.215	55.605.039	776.687	756.380	20.307
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					70.054		

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung.

Positive Marktwerte der Derivate oder Wiederbeschaffungskosten von derivativen Transaktionen (nicht testiert)

in Mio € ¹	31.12.2013				31.12.2012			
	Positive Marktwerte vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Nettingvereinbarungen	Anrechnungsfähige Sicherheiten ²	Positive Marktwerte nach Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Positive Marktwerte vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Nettingvereinbarungen	Anrechnungsfähige Sicherheiten ²	Positive Marktwerte nach Netting und Sicherheitenvereinbarungen
Zinsbezogen	327.761	269.903	41.253	16.604	578.128	490.905	61.838	25.384
Währungsbezogen	99.782	79.101	11.203	9.478	93.797	71.525	8.091	14.181
Aktien-/Indexbezogen	34.566	23.542	2.590	8.434	29.621	19.209	2.061	8.352
Kreditderivate	33.216	27.712	1.896	3.609	49.285	39.677	2.459	7.149
Rohwarenbezogen	7.536	4.954	657	1.925	14.701	8.231	649	5.821
Sonstige	1.728	1.402	168	158	2.783	2.244	392	147
Insgesamt	504.590	406.616	57.767	40.207	768.315	631.791	75.490	61.034

¹ Enthielt zum 31. Dezember 2013 beziehungsweise 31. Dezember 2012 nicht den positiven Marktwert von 4,0 Mrd € (8,4 Mrd €) vor Netting und Sicherheiten beziehungsweise den positiven Marktwert von 493 Mio € (791 Mio €) nach Netting und Sicherheiten für als sonstige Aktiva klassifizierte Derivate.

² Enthielt Barsicherheiten in Höhe von 47,5 Mrd € und andere Sicherheiten in Höhe von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2013 sowie zum 31. Dezember 2012 Barsicherheiten in Höhe von 66,5 Mrd € und andere Sicherheiten in Höhe von 9,0 Mrd €.

Die obige Tabelle zeigt die positiven Marktwerte der Derivate nach Netting und nach Berücksichtigung von Sicherheiten; sie machen lediglich 7,8 % der positiven IFRS-Marktwerte aus. Zusätzlich zu Nettingvereinbarungen schließen wir verschiedene Arten von Besicherungsanhängen (zum Beispiel „Credit Support Annexes“, „CSA“) ab, wobei die überwiegende Anzahl zweiseitig ausgestaltet ist.

Nominalbetrag der Kreditderivate (nicht testiert)

in Mio €	Für das eigene Kreditportfolio		Aus Vermittlertätigkeit		Gesamt ¹
	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	
Einzeladressen CDS	17.102	2.033	592.523	584.072	1.195.730
Portfolio CDS	25.086	15.715	435.078	429.333	905.213
Total Return Swaps	34	843	6.282	3.950	11.108
Nominalbetrag der Kreditderivate insgesamt	42.222	18.590	1.033.883	1.017.356	2.112.051

¹ Enthält CDS auf Indizes und nth-to-Default CDS.

in Mio €	Für das eigene Kreditportfolio		Aus Vermittlertätigkeit		Gesamt ¹
	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	
Einzeladressen CDS	38.885	650	779.669	758.427	1.577.631
Portfolio CDS	9.209	168	512.299	509.832	1.031.508
Total Return Swaps	919	1.759	6.388	4.124	13.190
Nominalbetrag der Kreditderivate insgesamt	49.013	2.577	1.298.356	1.272.383	2.622.329

¹ Enthält CDS auf Indizes und nth-to-Default CDS.

In den Tabellen sind die Risikopositionen des aufsichtsrechtlichen Anlagebuchs unter der Überschrift „Für das eigene Kreditportfolio“ und die des aufsichtsrechtlichen Handelsbuchs unter der Überschrift „Aus Vermittlertätigkeit“ ausgewiesen. Der Rückgang der Nominalbeträge der Kreditderivate ist hauptsächlich auf eine Reduzierung der Anzahl ausstehender Verträge zurückzuführen, ohne dabei bestehende Nettopositionen aufzugeben („trade compression“), auf unsere De-Risking-Aktivitäten sowie auf einen allgemeinen Rückgang der Volumina im Kreditderivatemarkt.

Da die Wiederbeschaffungswerte der Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Unser potenzielles künftiges Engagement messen wir anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf unser Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Ereignisrisiken im Portfolio gegenüber Schwellenländern).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wenden wir in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wenden wir ein Konfidenzniveau von 95% dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als potenzielles zukünftiges Risiko (Potential Future Exposure, „PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten durchschnittlich erwarteten Risikos (Average Expected Exposure, „AEE“) verwendet. Dieses nutzen wir, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in unserem ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das erwartete positive Risiko (Expected Positive Exposure, „EPE“) als wesentlicher Treiber unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE für unbesicherte Portfolios über die Gesamtlaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen, während bei besicherten Portfolios ein angemessener kürzerer Zeithorizont zugrunde gelegt wird. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden setzen wir auch ein, um damit gestresste Risikopositionen für unsere Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Das PFE-Profil jedes Kontrahenten wird täglich mit einem vom verantwortlichen Kreditmanager gesetzten PFE-Limit verglichen. PFE-Limite sind, zusammen mit anderen Limitarten, ein fester Bestandteil des Managements der Adressenausfallrisiken. Verstöße gegen das PFE-Limit zu irgendeinem Profilzeitpunkt lösen eine Meldung für Aktionen im Kreditrisikomanagementprozess aus. Das EPE geht direkt mittels der sogenannten

Interne-Modelle-Methode („IMM“) in die Berechnung des IRBA regulatorischen Kapitals auf Kundenebene ein, während das AEE als ein Kreditäquivalent in das Kreditportfoliomodell eingeht, wo es in den jeweiligen Simulations- und Zuordnungsprozessen mit allen weiteren Engagements eines Kontrahenten kombiniert wird (siehe Kapitel „Überwachung des Ausfallrisikos“).

Beteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte unserer Beteiligungen nach IFRS-Definition, gegliedert nach Handels- und Nichthandelspositionen für den jeweiligen Berichtstermin. Wir steuern unsere Positionen innerhalb unseres Marktrisikos und anderer angemessener Risikorahmenwerke.

Zusammensetzung unserer Beteiligungen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Gehandelte Beteiligungen	61.393	68.496
Nichtgehandelte Beteiligungen ¹	5.614	5.973
Beteiligungen insgesamt	67.008	74.470

¹ Enthält Beteiligungen in Investmentfonds in Höhe von 695 Mio € zum 31. Dezember 2013 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

Zum 31. Dezember 2013 umfassen unsere Gehandelten Beteiligungen vor allem CB&S-Aktivitäten in Höhe von 57,7 Mrd €, im DeAWM Geschäft 3,6 Mrd € und 22 Mio € im NCOU Bereich. Insgesamt reduzierten sich die gehandelten Beteiligungen um 7,1 Mrd € im Jahresvergleich durch Rückgänge im DeAWM Geschäft (3,7 Mrd €), Reduzierungen in CB&S um 3,1 Mrd € und dem Abbau von Kreditengagements im Bereich NCOU von 0,3 Mrd €.

Nähere Einzelheiten zu unseren Beteiligungen an Nichthandelsgeschäften enthält der Abschnitt „Gehaltene Kapitalbeteiligungen“ im Abschnitt „Marktrisiken aus Nichthandelsgeschäften“.

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	190.059	175.860	365.920	213.686	171.232	384.918
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.271	4.165	5.436	1.562	4.366	5.928
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	373	299	672	688	200	888
Wertgeminderte Kredite	5.922	4.221	10.143	6.129	4.206	10.335
Insgesamt	197.625	184.545	382.171	222.065	180.004	402.069

Überfällige Kredite

Kredite gelten als überfällig, wenn vertraglich vereinbarte Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers ausstehend sind, es sei denn, diese Kredite sind durch Konsolidierung erworben worden. Im Rahmen einer Konsolidierung angekaufte Kredite betrachten wir als überfällig, sobald Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers, die zum Zeitpunkt der ersten Konsolidierung der Kredite erwartet wurden, ausstehend sind.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Anzahl der überfälligen Tage

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Kredite weniger als 30 Tage überfällig	3.216	3.898
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	856	967
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	362	394
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	1.077	716
Insgesamt	5.510	5.975

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Branche

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Banken und Versicherungen	32	3
Fondsmanagement	4	3
Verarbeitendes Gewerbe	129	473
Handel	196	187
Private Haushalte	3.624	3.781
Gewerbliche Immobilien	892	888
Öffentliche Haushalte	6	19
Sonstige	629	621
Insgesamt	5.510	5.975

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Region

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Deutschland	2.901	3.238
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.074	2.141
Osteuropa	110	148
Nordamerika	345	397
Mittel- und Südamerika	0	4
Asien/Pazifik	74	45
Afrika	7	2
Sonstige	0	0
Insgesamt	5.510	5.975

Die überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite reduzierten sich um 465 Mio € auf 5,5 Mrd € zum 31. Dezember 2013, vor allem bei individuell ermittelten Krediten in dem Sektor verarbeitendes Gewerbe in Deutschland. 58 % unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite waren weniger als 30 Tage überfällig und 53 % waren Geschäftspartner mit Sitz in Deutschland, während der Branchenfokus auf privaten Haushalten lag (66 %). Der Anstieg der nicht wertgeminderten Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bezog sich im Wesentlichen auf Kredite der Postbank mit Haushalten sowie gewerblichen Immobiliengeschäften in Deutschland und Westeuropa (ohne Deutschland).

Aggregierter Wert der Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.260	3.248
Erhaltene Garantien	161	167
Insgesamt	3.421	3.415

Der leichte Anstieg der Sicherheiten für unsere überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite in Höhe von 6 Mio € zeigt eine gegenläufige Erhöhung zu dem allgemeinen Rückgang der überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite.

Neuverhandelte Kredite und Stundungen

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen können wir mit einem Kreditnehmer, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Stundung vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Für unsere Firmenkunden wird ein individueller Ansatz unter Berücksichtigung der einzelnen Transaktion sowie kundenspezifischer Fakten und Umstände angewandt. Für Konsumentenkredite vereinbaren wir Stundungen für einen begrenzten Zeitraum, indem die vollständige oder teilweise Rückzahlung oder zukünftige Ratenzahlungen auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden. Allerdings muss der in diesem Zeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späte-

ren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. Rückzahlungsoptionen umfassen eine Verteilung auf die Restlaufzeit, eine einmalige Zahlung oder eine Laufzeitverlängerung. Die Möglichkeiten einer Stundung sind begrenzt und abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Kunden, unseren Risikomanagementstrategien und den örtlichen Gesetzen. Im Falle einer Stundungsvereinbarung führen wir, wie unten beschrieben, eine Verlusteinschätzung durch, bilden, soweit notwendig, eine Wertberichtigung und berichten den Kredit anschließend als wertgemindert. Diese Stundungen werden als Neuverhandlungen angesehen und entsprechend ausgewiesen.

Kredite, die in der Art und Weise neuverhandelt wurden, dass wir aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Problemen des Kunden dem Kunden Zugeständnisse gemacht haben, die wir unter anderen Umständen nicht zu gewähren bereit gewesen wären, sind als neuverhandelte Kredite ausgewiesen.

Neuverhandelte Kredite

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012			Veränderung 2013 gegenüber 2012		
	Neu- verhandelte Kredite nicht wertgemindert	Neu- verhandelte Kredite wertgemindert	Insgesamt neu- verhandelte Kredite	Neu- verhandelte Kredite nicht wertgemindert	Neu- verhandelte Kredite wertgemindert	Insgesamt neu- verhandelte Kredite	Neu- verhandelte Kredite nicht wertgemindert	Neu- verhandelte Kredite wertgemindert	Insgesamt neu- verhandelte Kredite
Deutschland	275	564	839	210	309	519	65	255	320
Nicht-Deutschland	397	1.127	1.524	678	1.317	1.995	-281	-190	-471
Neuverhandelte Kredite insgesamt	672	1.691	2.363	888	1.626	2.514	-216	65	-151

Der Rückgang der nicht wertgeminderten neuverhandelten Kredite im Jahr 2013 war in erster Linie auf einen gewerblichen Immobilienkredit in Westeuropa (ohne Deutschland) zurückzuführen, der im zweiten Quartal konsolidiert wurde, nachdem der Konzern die Beherrschung über die kreditnehmende strukturierte Einheit erlangt hat. Die neuverhandelten wertgeminderten Kredite stiegen aufgrund einer kleineren Anzahl an einzeln ermittelten deutschen Krediten in unserem Kerngeschäft an, für die neue Risikovorsorge erforderlich war. Im Jahr 2012 stiegen die neuverhandelten Kredite um 96 Mio € oder 4 % an.

Im Jahr 2013 enthielten unsere neuverhandelten Kredite 114 Mio € an gemäß IAS 39 reklassifizierten Krediten und Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Diese Position verringerte sich um 143 Mio € gegenüber dem Vorjahr, was im Wesentlichen auf eine Position bei den Krediten in gewerblichen Immobilien in Westeuropa (ohne Deutschland) zurückzuführen ist, die teilweise abgeschrieben und anschließend konsolidiert wurde, nachdem der Konzern die Beherrschung über die kreditnehmende strukturierte Einheit erlangt hat.

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Group Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus Mitgliedern der höheren Führungsebene von Group Finance und Risk Senior Management zusammen.

Für weitere Details bezüglich unserer wertgeminderten Kredite verweisen wir auf unsere Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten eine kollektive Beurteilung der Wertminderung vor.

Unsere Risikovorsorge für kollektiv bewertete Kredite, die nicht als wertgemindert gelten, dient zur Abdeckung von entstandenen Verlusten, die weder einzeln ermittelt noch im Rahmen der Verlusteinschätzung für kleinere homogene Kredite zu einer Wertberichtigung führten.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und den Wertberichtigungen für Kreditausfälle finden Sie in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012 ¹			Veränderung 2013 gegenüber 2012	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Corporate Banking & Securities	818	344	42	495	277	56	323	- 14
Global Transaction Banking	1.662	1.078	65	1.524	904	59	138	6
Deutsche Asset & Wealth Management	69	39	56	138	33	24	- 69	32
Private & Business Clients	4.121	2.519	61	4.188	2.071	49	- 67	12
Non-Core Operations Unit	3.473	1.609	46	3.990	1.407	35	- 517	11
davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	1.007	479	48	1.499	488	33	- 492	15
Insgesamt	10.143	5.589	55	10.335	4.692	45	- 192	10

¹ Zahlen für 2012 in Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking aufgrund struktureller Veränderungen im Jahr 2013 angepasst.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Branchenzugehörigkeit

31.12.2013

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wert- geminderte Kredite	Insgesamt	
Banken und Versicherungen	45	0	45	3	2	15	20	45
Fondsmanagement	92	1	93	1	0	3	5	5
Verarbeitendes Gewerbe	589	222	811	519	111	54	683	84
Handel	441	220	661	225	107	36	369	56
Private Haushalte	477	3.194	3.671	298	1.889	113	2.301	63
Gewerbliche Immobilien	2.388	295	2.683	931	26	38	995	37
Öffentliche Haushalte	39	0	39	18	0	1	20	51
Sonstige	1.849	289	2.139	861	188	147	1.196	56
Insgesamt	5.922	4.221	10.143	2.857	2.324	407	5.589	55

31.12.2012

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wert- geminderte Kredite	Insgesamt	
Banken und Versicherungen	53	0	53	20	0	15	35	67
Fondsmanagement	127	1	128	1	0	44	45	35
Verarbeitendes Gewerbe	720	206	926	455	87	63	605	65
Handel	355	199	554	207	95	34	336	61
Private Haushalte	562	3.145	3.707	216	1.623	124	1.963	53
Gewerbliche Immobilien	3.087	271	3.358	665	23	19	707	21
Öffentliche Haushalte	0	0	0	0	0	2	2	0
Sonstige	1.225	384	1.609	702	157	140	999	62
Insgesamt	6.129	4.206	10.335	2.266	1.985	441	4.692	45

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Regionen

31.12.2013

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wert- geminderte Kredite	Insgesamt	
Deutschland	1.586	1.675	3.261	864	964	149	1.977	61
Westeuropa (ohne Deutschland)	3.469	2.363	5.832	1.624	1.232	158	3.015	51
Osteuropa	77	175	252	35	128	9	171	68
Nordamerika	588	1	590	253	0	41	294	50
Mittel- und Südamerika	32	0	32	27	0	4	32	99
Asien/Pazifik	170	4	175	54	1	38	92	53
Afrika	0	1	1	0	0	3	3	337
Sonstige	0	0	0	0	0	4	4	0
Insgesamt	5.922	4.221	10.143	2.857	2.324	407	5.589	55

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				31.12.2012
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wert- geminderte Kredite	Insgesamt	Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
Deutschland	1.822	1.793	3.615	783	817	126	1.725	48
Westeuropa (ohne Deutschland)	3.276	2.200	5.476	1.116	1.012	180	2.308	42
Osteuropa	137	207	344	53	156	11	220	64
Nordamerika	624	2	626	232	0	84	316	50
Mittel- und Südamerika	41	0	41	31	0	5	36	89
Asien/Pazifik	229	4	233	51	0	28	79	34
Afrika	0	0	0	0	0	3	3	0
Sonstige	0	0	0	0	0	5	5	0
Insgesamt	6.129	4.206	10.335	2.266	1.985	441	4.692	45

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	6.129	4.206	10.335	6.262	3.808	10.070
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert ¹	4.553	2.939	7.492	2.860	1.912	4.772
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	-2.618	-2.134	-4.752	-1.932	-930	-2.862
Abschreibungen	-730	-485	-1.215	-798	-483	-1.281
Verkäufe wertgeminderter Kredite	-744	-293	-1.037	-249	-122	-371
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-669	-12	-680 ²	-14	21	7
Bestand am Jahresende	5.922	4.221	10.143	6.129	4.206	10.335

¹ Enthalten Rückzahlungen.

² Enthält Konsolidierungsposten, weil der Konzern die Beherrschung über kreditnehmende strukturierte Einheiten erlangt hat, in Höhe von 598 Mio €.

Im Jahr 2013 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 192 Mio € (1,9 %) auf 10,1 Mrd € aufgrund von Abschreibungen in Höhe von 1,2 Mrd € sowie durch Währungseffekte von 82 Mio €, die durch einen Nettoanstieg bei wertgeminderten Krediten von 1,1 Mrd € größtenteils kompensiert wurden. Diese rückläufige Entwicklung ist hauptsächlich auf einen Rückgang von 207 Mio € bei unseren einzeln ermittelten wertgeminderten Krediten zurückzuführen, der teilweise durch einen Anstieg von 15 Mio € bei kollektiv ermittelten wertgeminderten Krediten aufgehoben wurde. Der Rückgang bei einzeln ermittelten wertgeminderten Krediten beinhaltete mehrere größere, in der NCOU erfasste gewerbliche Immobilienkredite in Westeuropa (ohne Deutschland), die teilweise abgeschrieben und anschließend konsolidiert wurden, weil der Konzern die Beherrschung über die kreditnehmenden strukturierten Einheiten erlangt hat. Neue Wertminderungen in der Handelsbranche sowie eines einzelnen Kundenkredites in gewerblichen Immobilien in Westeuropa (ohne Deutschland) glichen den vorgenannten Rückgang teilweise aus. Der Anstieg der kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite wurde durch private Haushalte in Westeuropa (ohne Deutschland), vor allem in Italien und Spanien, verursacht und durch private Haushalte in Deutschland dank des dortigen günstigen Kreditumfelds teilweise kompensiert.

Die Deckungsquote (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln oder kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite im Verhältnis zu den nach IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) stieg von 45 % zum Jahresende 2012 auf 55 % an. Dies war hauptsächlich auf die Postbank sowie die zuvor genannten und in der NCOU erfassten gewerblichen Immobilienfälle mit niedriger Deckungsquote zurückzuführen. Zum Zeitpunkt der Übernahme in 2010 wurden alle wertgeminderten Kredite der Postbank als nicht wertgemindert zu ihren beizulegenden Zeitwerten in unsere Bilanz übernommen. Nachfolgende Erhöhungen der Risikovorsorge bei der Postbank resultierten in einer Wertminderung des gesamten Kredits aus Sicht des Deutsche Bank-Konzerns, wobei die Risikovorsorge nur für den zusätzlich erwarteten Zahlungsausfall gebildet wurde, was zu einer niedrigeren Deckungsquote führte. Spätere Verbesserungen der Kreditqualität dieser Vermögenswerte haben diesen Effekt teilweise rückgängig gemacht.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 1,0 Mrd € an Krediten, die gemäß IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden. Diese Position verringerte sich um 492 Mio €, was im Wesentlichen auf mehrere Positionen bei gewerblichen Immobilienkrediten in Westeuropa (ohne Deutschland) sowie ein Geschäft in Asien/Pazifik zurückzuführen ist, das teilweise abgeschrieben und verkauft wurde.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungen und Eingänge aus abgeschriebenem Krediten nach Branche

in Mio €	31.12.2013	2013		31.12.2012	2012	
	Wertgeminderte Kredite insgesamt	Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenem Krediten	Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	Wertgeminderte Kredite insgesamt	Wertberichtigungen für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenem Krediten	Eingänge aus abgeschriebenem Krediten
Banken und Versicherungen	45	40	0	53	17	1
Fondsmanagement	93	-41	0	128	-20	1
Verarbeitendes Gewerbe	811	40	15	926	110	18
Handel	661	105	4	554	81	7
Private Haushalte	3.671	822	120	3.707	742	138
Gewerbliche Immobilien	2.683	732	2	3.358	357	3
Öffentliche Haushalte	39	19	0	0	1	0
Sonstige	2.139	505	21	1.609	633	27
Insgesamt	10.143	2.222	162	10.335	1.922	195

Unsere bestehenden Zusagen, neue Gelder an Schuldner mit notleidenden Krediten zu verleihen, beliefen sich auf 168 Mio € zum 31. Dezember 2013 und 145 Mio € zum 31. Dezember 2012.

Sicherheiten gehalten zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.411	4.253
Erhaltene Garantien	763	401
Sicherheiten für wertgeminderte Kredite insgesamt	4.174	4.654

Unsere gesamten Sicherheiten für wertgeminderte Kredite zum 31. Dezember 2013 reduzierten sich um 480 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang der Sicherheiten ist überwiegend auf die Postbank zurückzuführen. Die Deckungsquote einschließlich der Sicherheiten (definiert als Summe des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln oder kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite zuzüglich Sicherheiten für unsere wertgeminderten Kredite, mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwertes beim besicherten Kreditvolumen, im Verhältnis zu dem nach IFRS wertgeminderten Krediten) erhöhte sich auf 96 % zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zu 90 % zum 31. Dezember 2012 und ist auf den gleichen Effekt aus der Postbank zurückzuführen wie bei der Deckungsquote für die wertgeminderten Kredite.

Übernommene Sicherheiten

Wir nehmen Sicherheiten in die Bilanz auf, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten oder andere Kreditverbesserungen in unser Eigentum nehmen. Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

Übernommene Sicherheiten während der Berichtsperiode

in Mio €	2013	2012
Gewerbliche Immobilien	10	30
Private Immobilien	48	62
Sonstige	0	0
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	58	92

Die in 2013 übernommenen Sicherheiten in gewerblichen und privaten Immobilien bezogen sich in erster Linie auf unsere Portfolios in den USA und Spanien.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen Sicherheiten gewerblicher Immobilien beinhalten keine Sicherheiten von SPVs, die in Gewerbeimmobilien investieren und konsolidiert wurden, da der Konzern die Beherrschung über die kreditnehmenden strukturierten Einheiten erlangt hat. Die Jahresendwerte, bezogen auf die übernommenen Sicherheiten dieser Fonds, beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 1,4 Mrd € gegenüber 0 € zum 31. Dezember 2012.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß IFRS 10 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf die übernommenen Sicherheiten dieser Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 4 Mio € nach 10 Mio € zum 31. Dezember 2012.

Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio €	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischensumme	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischensumme	
Bestand am Jahresanfang	2.266	2.426	4.692	118	97	215	4.907
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.377	683	2.060	- 15	21	5	2.065
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 19	- 2	- 20	0	0	0	- 20
Nettoabschreibungen:	- 701	- 352	- 1.053	0	0	0	- 1.053
Abschreibungen	- 730	- 485	- 1.215	0	0	0	- 1.215
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	30	132	162	0	0	0	162
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 85	- 25	- 110	0	- 3	- 4	- 114
Bestand am Jahresende	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
absolut	262	70	332	- 8	20	12	344
relativ	24 %	11 %	19 %	119 %	N/A	- 177 %	20 %
Nettoabschreibungen:							
absolut	61	- 28	33	0	0	0	33
relativ	- 8 %	9 %	- 3 %	0 %	0 %	0 %	- 3 %
Bestand am Jahresende							
absolut	591	306	897	- 16	17	1	898
relativ	26 %	13 %	19 %	- 13 %	18 %	1 %	18 %

N/A – nicht aussagekräftig

Unsere Wertberichtigungen für Ausfälle im Kreditgeschäft betragen am 31. Dezember 2013 5,8 Mrd €. Davon entfielen 5,6 Mrd € (96 %) auf unser Kreditportfolio und 216 Mio € (4 %) auf außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (überwiegend Kreditzusagen und Garantien). Der Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle besteht zu 51 % aus individuell und zu 49 % aus kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Der Nettoanstieg des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle von 897 Mio € gegenüber dem Vorjahresende ergibt sich aus einer zusätzlichen Risikovorsorge von 2,1 Mrd €, die teilweise durch Nettoabschreibungen in Höhe von 1,1 Mrd € und sonstige Veränderungen wie Zinsabgrenzungen für wertgeminderte Kredite und Wechselkursveränderungen in Höhe von 110 Mio € kompensiert wurde. Der Wertberichtigungsbestand für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft erhöhte sich um 1 Mio € gegenüber dem Vorjahresende aufgrund zusätzlicher Risikovorsorge in Höhe von 5 Mio €, verursacht durch unser kollektiv bewertetes Portfolio. Dieser Anstieg wurde durch sonstige Veränderungen in Höhe von 4 Mio € teilweise kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 344 Mio € oder 20 % auf 2,1 Mrd €. Die Risikovorsorge für Kreditausfälle erhöhte sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um 332 Mio € (19 %). Diese Erhöhung wurde durch unser einzeln bewertetes Kreditportfolio verursacht, in dem wir einen Anstieg der Risikovorsorge um 262 Mio € verzeichneten, sowie durch eine Erhöhung um 70 Mio € in unserem

kollektiv bewerteten Kreditportfolio. Der Anstieg der Risikovorsorge in unserem einzeln ermittelten Kreditportfolio resultiert aus einem einzelnen Kundenkreditereignis in GTB, einer erhöhten Risikovorsorge für Schiffsfinanzierungen in CB&S sowie in NCOU unter anderem aufgrund einzelner Kundenengagements im europäischen gewerblichen Immobiliensektor. Der Anstieg unseres kollektiv bewerteten Kreditportfolios resultierte aus der NCOU. Dieser Anstieg wurde teilweise kompensiert durch Verringerungen in unserem Kerngeschäft, hauptsächlich dank einer positiven Entwicklung im deutschen Retailmarkt aufgrund eines günstigeren Kreditumfeldes im Vergleich zum Vorjahr. Unsere Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft erhöhte sich um 12 Mio € im Vergleich zum Vorjahr im Geschäftsbereich GTB infolge einer gestiegenen Vorsorge für kollektiv bewertete außerbilanzielle Verpflichtungen in unserem Kerngeschäft mitunter aufgrund von Volumenanstiegen.

Unsere Nettoabschreibungen verringerten sich geringfügig im Berichtsjahr um 33 Mio € oder 3 %, hauptsächlich aufgrund einer Reduzierung um 61 Mio € in unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio, die teilweise durch eine Erhöhung um 28 Mio € in unserem kollektiv bewerteten Kreditportfolio kompensiert wurde.

Unsere Wertberichtigung für Ausfälle von Krediten, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, betrug 479 Mio € per 31. Dezember 2013 und damit 9 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, eine leichte Verringerung gegenüber dem Vorjahr mit 489 Mio € (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle) zum 31. Dezember 2012. Die leichte Verringerung im Jahr 2013 resultiert aus 349 Mio € Abschreibungen und 35 Mio € anderen Veränderungen, die den Anstieg durch eine zusätzliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 373 Mio € überkompensieren. Die Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte ist 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 43 Mio € (von 415 Mio € auf 373 Mio €) gesunken aufgrund von Reduktionen in allen Portfolios außer dem für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Die Nettoabschreibungen bezogen auf nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte erhöhten sich leicht um 18 Mio € von 331 Mio € im Jahr 2012 auf 349 Mio € im Jahr 2013, bedingt durch eine kleine Anzahl von Abschreibungen im Gewerbeimmobiliensektor (im Anschluss an die Teilabschreibungen wurden die jeweiligen kreditnehmenden strukturierten Einheiten konsolidiert, weil der Konzern die Beherrschung erlangt hat).

in Mio €	2012						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.011	2.147	4.158	127	98	225	4.383
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.115	613	1.728	-7	0	-7	1.721
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	79	-55	24	0	0	0	24
Nettoabschreibungen:	-762	-324	-1.086	0	0	0	-1.086
Abschreibungen	-798	-483	-1.281	0	0	0	-1.281
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	36	158	195	0	0	0	195
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-98	-9	-107	-2	-1	-3	-111
Bestand am Jahresende	2.266	2.426	4.692	118	97	215	4.907
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
absolut	208	-312	-104	-26	12	-14	-118
relativ	23 %	-34 %	-6 %	-137 %	-103 %	-191 %	-6 %
Nettoabschreibungen:							
absolut	-249	61	-189	0	0	0	-189
relativ	49 %	-16 %	21 %	0 %	0 %	0 %	21 %
Bestand am Jahresende							
absolut	255	275	531	-9	-1	-10	520
relativ	13 %	13 %	13 %	-7 %	-1 %	-4 %	12 %

Unser Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,9 Mrd € am 31. Dezember 2012, davon entfielen 96 % oder 4,7 Mrd € auf unser Kreditportfolio und 4 % oder 215 Mio € auf außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (überwiegend Kreditzusagen und Garantien). Unser Wertberichtigungsbestand

für Kreditausfälle zum 31. Dezember 2012 betrug 4,7 Mrd €, wovon sich 52 % auf kollektiv ermittelte und 48 % auf individuell ermittelte Wertberichtigungen für Kreditausfälle bezogen. Der Anstieg des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle von 531 Mio € war mit 1,7 Mrd € im Wesentlichen auf zusätzliche Risikovorsorge zurückzuführen, teilweise kompensiert durch 1,1 Mrd € Abschreibungen. Unser Wertberichtigungsbestand für außerbilanzielle Verpflichtungen des Kreditgeschäfts reduzierte sich um 10 Mio € oder 4 % gegenüber dem Vorjahr, weil Auflösungen bestehender Wertberichtigungen die neu gebildeten Wertberichtigungen in unserem Portfolio für individuell ermittelte außerbilanzielle Positionen überkompensierten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 um 118 Mio € auf 1,7 Mrd €. Die Wertberichtigungen auf Kreditausfälle (ohne außerbilanzielle Verpflichtungen) reduzierten sich um 104 Mio € oder 6 % in 2012 im Vergleich zu 2011. Dieser Rückgang wurde durch unser kollektiv bewertetes Kreditportfolio verursacht, wo wir einen Rückgang von 312 Mio € oder 34 % verzeichneten. Dieser Rückgang wurde in erster Linie durch eine niedrigere Risikovorsorge für nicht wertgeminderte Kredite in unserer NCOU verursacht. Ferner trug die gesunkene Risikovorsorge im homogenen Portfolio der Postbank zu diesem Rückgang bei. Erträge aus der Verbesserung der Qualität von Krediten der Postbank, die bei Erstkonsolidierung durch den Konzern zum fairen Wert bewertet wurden, berichten wir im sonstigen Zinsergebnis.

Der Anstieg der Risikovorsorge für unsere individuell bewerteten Kredite von 208 Mio € oder 23 % ist auf gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in Nordamerika und Großbritannien zurückzuführen, die nun in der NCOU gehalten werden. Unsere Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen des Kreditgeschäfts ging um 14 Mio € beziehungsweise 191 % zurück, verursacht durch unser Portfolio für individuell ermittelte außerbilanzielle Positionen, wo Auflösungen von zuvor gebildeten Wertberichtigungsbeständen die neu gebildeten Risikovorsorgen im Jahr 2012 überkompensierten.

Unsere Nettoabschreibungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 189 Mio € oder 21 % gegenüber dem Vorjahr. Die Nettoabschreibungen für unsere einzeln bewerteten Kredite stiegen um 249 Mio €, hauptsächlich getrieben durch Vermögenswerte, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden.

Unser Wertberichtigungsbestand für unsere Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte betrug zum Jahresende 2012 489 Mio €, was 10 % unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle entsprach, verglichen mit 444 Mio € zum Vorjahresende (11 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Der Anstieg im Jahr 2012 resultiert aus einer Risikovorsorge für Kreditausfälle in Höhe von 415 Mio €, teilweise ausgeglichen durch Abschreibungen in Höhe von 331 Mio € und 38 Mio € andere Veränderungen. Die Risikovorsorge für Kreditausfälle von nach IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerten erhöhte sich im Berichtsjahr signifikant um 227 Mio € verglichen mit dem Vorjahr (von 188 Mio € auf 415 Mio €), unter anderem bedingt durch höhere Risikovorsorge im gewerblichen Immobiliensektor sowie durch zusätzliche Risikovorsorge in Bezug auf unsere De-Risking-Aktivitäten. Die Nettoabschreibungen auf nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte stiegen aufgrund von Abschreibungen im Zusammenhang mit unseren De-Risking-Maßnahmen um 107 Mio €, von 224 Mio € in 2012 auf 331 Mio € in 2013.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads.

Zum 31. Dezember 2013 haben wir Bewertungsanpassungen in Höhe von 209 Mio € auf unser Engagement gegenüber Monolineversicherern verzeichnet, was einen Rückgang im Vergleich gegenüber 737 Mio € zum 31. Dezember 2012 darstellt. Für weitere Details bezüglich Bewertungsanpassungen gegenüber Monolineversicherern verweisen wir auf das Kapitel „Vermögenslage – Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern“.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren außerbörslich gehandelten Derivaten (OTC) zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Derivatetransaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir bei den üblichen Verträgen häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung kurzfristig zu kündigen.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, so dass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Führt unsere Entscheidung, Derivatetransaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen, dazu, dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Das Korrelationsrisiko („Wrong Way Risk“) entsteht, wenn das Engagement gegenüber einem Geschäftspartner negativ mit dessen Bonität korreliert ist. Gemäß § 224 (8) und (9) SolvV hatten wir, ohne Postbank, einen monatlichen Korrelationsrisiko-Überwachungsprozess etabliert, wobei Transaktionen, die ein Korrelationsrisiko aufweisen, automatisch selektiert und dem verantwortlichen Kreditbetreuer vorgelegt werden. Ergänzend verwendeten wir, ohne Postbank, einen neu etablierten Prozess zur Kalibrierung eines eigenen Alpha-Faktors (wie in § 223 (7) SolvV definiert), um das gesamte Korrelationsrisiko in seinen Derivaten und Wertpapierpensionsgeschäften abzuschätzen. Das Kontrahentenrisiko aus Derivatepositionen der Postbank ist für den Konzern immateriell und Sicherheiten werden in der Regel in Form von Barsicherheiten gehalten.

Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung

Der folgende Abschnitt zum Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung, der auf Seite 158 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule-3-Offenlegung nicht testiert. Dargestellte quantitative Angaben folgen dem regulatorischen Konzept zur Konsolidierung.

Allgemeine Darstellungen zur aufsichtsrechtlichen Bewertung des Adressenausfallrisikos

Grundsätzlich wenden wir den fortgeschrittenen IRBA für den Großteil unseres dafür infrage kommenden Kreditportfolios zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Maßgabe der Solvabilitätsverordnung („SolvV“) und gemäß den von der BaFin erhaltenen Genehmigungen an.

Die von der BaFin erteilten Genehmigungen im Rahmen der Überprüfungsprozesse für unsere Adressenausfallrisikopositionen ohne Postbank im fortgeschrittenen IRBA ermöglichen die Anwendung von 68 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Von diesen wurden 37 Bonitätseinstufungssysteme im Dezember 2007 genehmigt, während die Zulassung für 31 weitere Bonitätseinstufungssysteme bis einschließlich Ende 2013 folgte. Die von der BaFin in 2013 eingeholten Genehmigungen betreffen fünf zusätzliche Ratingsysteme in der Forderungsklasse „Mengengeschäft“. Insgesamt sind damit alle wesentlichen Risikopositionen des Konzerns ohne Postbank in den Forderungsklassen „Zentralregierungen“, „Institute“, „Unternehmen“ und „Mengengeschäft“ des fortgeschrittenen IRBA erfasst.

Das Mengengeschäft der Postbank wird ebenfalls dem fortgeschrittenen IRBA zugeordnet, basierend auf entsprechenden Genehmigungen, die der Postbank durch die BaFin erteilt wurden, sowie unserem fortgeschrittenen IRBA-Status. Darüber hinaus hat die Postbank innerhalb von 2013 im Nachgang zu entsprechenden Überprüfungsprozessen Genehmigungen der BaFin für drei Bonitätseinstufungssysteme erhalten, erstmalig den

fortgeschrittenen IRBA innerhalb der Forderungsklassen „Institute“ und „Unternehmen“ anzuwenden. In diesem Zusammenhang hat die BaFin auch Genehmigungen für zwei Ratingsysteme innerhalb des fortgeschrittenen IRBA und für ein Ratingsystem innerhalb des Basis-IRBA gegenüber der PB Capital Corporation – jetzt eine direkte Tochter der Deutschen Bank AG – erteilt, den fortgeschrittenen IRBA innerhalb der Forderungsklassen „Unternehmen“ und den Basis-IRBA innerhalb der Forderungsklasse „Zentralregierungen“ anzuwenden. Für den überwiegenden Anteil der verbleibenden, für den IRBA infrage kommenden Kreditportfolios der Postbank wenden wir den IRB-Basis-Ansatz an, für den die Postbank die Genehmigung der BaFin in früheren Jahren erhalten hatte.

Insgesamt ermöglichen die der Postbank (ohne Berücksichtigung der PB Capital Corporation) seitens der BaFin erteilten Genehmigungen im Rahmen der Überprüfungsprozesse für die Adressenausfallrisikopositionen die Anwendung von 13 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Postbank im IRBA-Ansatz. Von diesen wurden 8 Bonitätseinstufungssysteme im Dezember 2006 genehmigt, während die Zulassung für fünf weitere bis Ende 2013 erfolgte. Insgesamt sind damit alle wesentlichen Risikopositionen der Postbank in der Forderungsklasse „Mengengeschäft“ im fortgeschrittenen IRBA und die Forderungsklassen „Zentralregierungen“, „Institute“ und „Unternehmen“ im fortgeschrittenen und IRBA-Basis-Ansatz erfasst. Zusätzlich ist der wesentliche Teil des Engagements der PB Capital Corporation durch drei intern entwickelte Ratingsysteme für regulatorische Kapitalberechnungen im IRBA abgedeckt, die im Jahr 2013 genehmigt wurden.

Details zum fortgeschrittenen IRBA und zu den Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA werden in den Kapiteln „Fortgeschrittener auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz“ und „Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA“ gegeben. Der IRB-Basis-Ansatz und die Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz werden in den Kapiteln „IRB-Basis-Ansatz“ und „Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz“ erläutert.

Auf Konzernebene ohne Berücksichtigung der Postbank ordnen wir einige wenige verbleibende, für den fortgeschrittenen IRBA infrage kommende Portfolios mit geringer Größe vorübergehend dem Standardansatz zu. Bezüglich dieser Portfolios wurde ein Implementierungs- und Genehmigungsplan in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, der BaFin und der Bundesbank, erstellt. Auch aufseiten der Postbank wird ein Anteil des für den IRBA infrage kommenden Portfolios vorübergehend noch dem Standardansatz zugeordnet. Im Laufe des Jahres 2013 wurden die Umsetzungspläne für den Konzern ohne die Postbank und die Postbank zu einem übergreifenden konzernweiten Umsetzungsplan mit einem ebenfalls kombinierten Genehmigungsplan in Abstimmung mit der BaFin und der Bundesbank zusammengeführt.

Risikopositionen, die wir weder im fortgeschrittenen IRBA noch im IRB-Basis-Ansatz behandeln, werden in den Kapiteln „Sonstige Risikopositionen im IRBA“ und „Standardansatz“ erläutert.

Unser Abdeckungsgrad im fortgeschrittenen IRBA ohne Postbank hat mit 97 % gemessen an Risikopositionswerten (EAD) und mit 93 % in Bezug auf RWAs die deutsche aufsichtsrechtliche Anforderung entsprechend den Vorgaben nach § 67 SolvV zum 31. Dezember 2013 überschritten. Die Abdeckungsgrade sind unverändert zum Vorjahresniveau am 31. Dezember 2012. Diese Werte beinhalten nicht die Risikopositionen, die nach § 70 SolvV dauerhaft dem Standardansatz zugeordnet sind, sonstige IRBA-Risikopositionen sowie Verbriefungen. Die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsgrade wurden zu jeder Zeit eingehalten. Im Nachgang zu der Zusammenführung der Umsetzungspläne für den Konzern ohne die Postbank und die Postbank im Laufe des Jahres 2013 wurden auch übergreifende konzernweite Abdeckungsgrade für den fortgeschrittenen IRBA etabliert, die entsprechend den Vorgaben nach § 67 SolvV gemessen werden. Im Laufe des Jahres 2013 lagen die Abdeckungsgrade deutlich über den regulatorisch geforderten initialen Schwellenwerten.

Risikopositionswert und RWA nach Modellansätzen für unsere Kreditrisikoportfolios

31.12.2013

in Mio €	Fortgeschrittener IRBA		IRB-Basis-Ansatz		Sonstige Risikopositionen im IRBA		Standardansatz		Insgesamt		
	Risikopositionswert	RWA	Risikopositionswert	RWA	Risikopositionswert	RWA	Risikopositionswert	RWA	Risikopositionswert	RWA	Kapitalanforderungen
Zentralregierungen	92.354	4.353	8	2	0	0	75.706	213	168.068	4.569	366
Institute	60.912	9.175	5.592	1.320	0	0	4.976	198	71.481	10.693	855
Unternehmen	264.751	81.397	7.396	4.880	10.169	6.067	23.248	15.235	305.564	107.578	8.606
Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts	153.271	22.523	0	0	0	0	5.173	2.275	158.443	24.799	1.984
Qualifizierte revol- vierende Positionen des Mengengeschäfts	4.537	621	0	0	0	0	0	0	4.537	621	50
Sonstiges Mengen- geschäft	33.082	13.990	0	0	0	0	8.593	5.982	41.675	19.972	1.598
Sonstige Positionen	0	0	0	0	7.958	10.424	25.287	14.507	33.245	24.931	1.994
Verbriefungen	49.368	7.834	0	0	0	0	2.175	1.222	51.543	9.057	725
Insgesamt	658.273	139.894	12.997	6.202	18.127	16.490	145.159	39.633	834.557	202.219	16.178
Davon kontrahentenbe- zogenes Kreditrisiko aus	122.455	28.265	317	193	414	394	9.571	1.833	132.757	30.684	2.455
Derivate	75.738	25.900	317	193	414	394	8.630	1.806	85.099	28.292	2.263
Wertpapierfinanzie- rungsgeschäfte	46.716	2.365	0	0	0	0	941	27	47.657	2.392	191

Die vorstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Modellansätze, die auf unser Kreditrisikoportfolio einschließlich Verbriefungspositionen angewandt werden. Hierbei ist zu beachten, dass in den nachfolgenden Abschnitten unsere Risikopositionen im IRBA- und im Standardansatz ohne Verbriefungspositionen dargestellt werden, da diese separat mit mehr Details im Abschnitt „Verbriefung“ enthalten sind. Die Zeile „Sonstige Positionen“ beinhaltet vornehmlich Investmentanteile, Beteiligungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva, die als sonstige Positionen im IRBA behandelt werden, sowie die verbleibenden Forderungsklassen im Standardansatz, soweit sie nicht unter die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen oder das Mengengeschäft fallen.

Fortgeschrittener, auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz

Der fortgeschrittene IRBA stellt den differenziertesten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Diese Methoden und Parameter sind bereits seit Langem bewährte Schlüsselkomponenten im internen Risikomess- und Risikosteuerungsprozess zur Unterstützung des Kreditgenehmigungsprozesses, zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals und des erwarteten Verlusts und zur internen Überwachung und Berichterstattung von Kreditrisiken. Zu den relevanten Parametern zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), die das aufsichtsrechtliche Risikogewicht bestimmen, und der Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, auch „CCF“), der in die Schätzung des Risikopositionswerts (Exposure at Default, auch „EAD“) eingeht. Für die meisten unserer internen Bonitätseinstufungsverfahren steht uns für die Einschätzung dieser Parameter eine Datenhistorie von mehr als sieben Jahren zur Verfügung. Unsere internen Bonitätseinstufungsverfahren stellen eher zeitpunktbezogene („point-in-time“) als zyklusbezogene („through-the-cycle“) Bonitätseinstufungen bereit.

Die Ausfallwahrscheinlichkeit für Kunden leitet sich von unseren internen Bonitätseinstufungsverfahren ab. Wir weisen jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis einer transparenten und konsistenten 26-stufigen Master-Skala der Bonitätseinstufungen für Engagements mit Ausnahme der Postbank zu. Die zugeordneten Kundenbonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Mithilfe solcher Bonitätseinstufungsmodelle wird auf Basis der spezifischen Ausprägung dieser Kriterien jedem individuellen Kunden eine Bonitätsstufe zugewiesen. Die Kriterien werden aus Informationsmengen abgeleitet,

die für das jeweilige Kundensegment relevant sind, wie zum Beispiel das allgemeine Kundenverhalten, Finanz- und externe Daten. Die verwendeten Bonitätseinstufungsmodelle reichen von statistischen Scoringmodellen bis hin zu expertenbasierten Modellen, welche die relevanten und verfügbaren quantitativen wie auch qualitativen Informationen berücksichtigen. Expertenbasierte Modelle werden üblicherweise für Kunden in den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen angewandt, mit Ausnahme der kleinen oder mittleren Unternehmen. Für die Letztgenannten und auch für das Mengengeschäft werden häufig statistische Bewertungen oder hybride Modelle mit Kombinationen der beiden Ansätze verwendet. Quantitative Bonitätseinstufungsmethoden werden auf der Grundlage anwendbarer statistischer Modellierungstechniken, wie zum Beispiel der logistischen Regression, entwickelt. In Übereinstimmung mit § 118 SolvV werden diese Modelle im Ermessen und unter Aufsicht der Mitarbeiter ergänzt, um die modellgestützten Bonitätseinstufungszuordnungen zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Modelle richtig zur Anwendung kommen. Bei der Ermittlung unserer internen Risikoeinstufungen können wir unsere Einschätzungen auf der Grundlage von intern festgelegten Zuordnungstabellen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Kontrahenten vergebenen externen Risikoratings vergleichen, da unsere interne Bonitätseinstufungsskala so konzipiert wurde, dass sie prinzipiell mit externen Bonitätseinstufungsskalen von Ratingagenturen übereinstimmt. Für quantitative Angaben zu unserem Engagement im fortgeschrittenen IRBA und im IRB-Basis-Ansatz auf Basis einer Rating-Granularität, die vergleichbar ist mit den externen Standard & Poor's Ratingäquivalenten, verweisen wir auf die Abschnitte „Fortgeschrittener IRBA“ und „IRB-Basis-Ansatz“.

Obgleich unterschiedliche Bonitätseinstufungsverfahren für die verschiedenen Kundensegmente eingesetzt werden, um kundenspezifische Merkmale angemessen zu berücksichtigen, entsprechen sie alle denselben Risikomanagementgrundsätzen. Die Richtlinien der einzelnen Kreditprozesse enthalten Vorgaben bezüglich der Einstufung von Kunden in die verschiedenen Bonitätseinstufungssysteme. Weitere Informationen zu den Kreditprozessen und den in diesen Prozessen angewandten Bonitätseinstufungsverfahren finden sich im Kapitel „Kreditrisikoeinstufung und Rating Governance“.

Auch die Postbank ordnet jedem relevanten Kreditengagement eines Kontrahenten eine Ausfallwahrscheinlichkeit als Funktion einer einheitlichen internen Bonitätseinstufungs-Masterskala zu. Die zugeordneten Bonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Diese Bonitätseinstufungsmodelle sind intern entwickelte statistische Scoring- oder Ratingmodelle, die interne wie auch externe Informationen über den Kunden berücksichtigen und statistische Verfahren verwenden, um eine Ausfallwahrscheinlichkeit zu ermitteln. Die ermittelten Scores oder Ausfallwahrscheinlichkeiten werden dann auf die interne Bonitätseinstufungs-Masterskala der Postbank übergeleitet.

Wir wenden für die Berechnung der Kapitalanforderungen im fortgeschrittenen IRBA intern geschätzte Faktoren für die LGD an, deren Nutzung durch die BaFin genehmigt wurde. Die LGD ist als das wahrscheinliche Verlustausmaß bei einem Ausfall des Geschäftspartners definiert. Sie steht für eine Schätzung des Risikopositionsteils, der bei einem Ausfallereignis uneinbringlich ist, und stellt daher die Schwere eines Verlusts dar. Konzeptionell sind Schätzungen der LGD unabhängig von der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kunden. Das Konzept der LGD-Modelle stellt sicher, dass die wesentlichen Ursachen für die Verluste in spezifischen LGD-Faktoren reflektiert werden, wie beispielsweise unterschiedliche Stufen und die Qualität der Besicherung, der Kunden- oder Produkttypen oder der Vorrang einer Fazilität. In unseren LGD-Modellen mit Ausnahme der Postbank verwenden wir sicherheitenartenspezifische LGD-Parameter für die besicherten Engagements (Sicherheitenwerte nach Anwendung von Abschlägen). Darüber hinaus können die LGDs für die unbesicherten Engagements nicht unter die LGD-Werte für besicherte Engagements fallen. Außerdem werden regulatorische Untergrenzen (10 % für wohnwirtschaftliche Kredite) genutzt.

Im Rahmen des fortgeschrittenen IRBA setzen wir für die Berechnung des IRBA-Risikopositionswerts (EAD) spezifische CCFs (Credit Conversion Factor) ein. Konzeptionell wird der EAD als die erwartete Höhe des Kreditengagements gegenüber einem Kontrahenten zum Zeitpunkt seines Ausfalls definiert. Zum Zweck der Berechnungen im fortgeschrittenen IRBA wenden wir für die Bestimmung des EAD einer Transaktion die in § 100 SolvV definierten allgemeinen Grundsätze an. Besteht im Rahmen einer Transaktion außerhalb der Post-

bank ein nicht in Anspruch genommener Verfügungsrahmen, wird ein prozentualer Anteil dieses nicht in Anspruch genommenen Verfügungsrahmens dem ausstehenden Betrag hinzugefügt, um im Fall eines Schuldnerausfalls den erwarteten ausstehenden Betrag angemessen widerzuspiegeln. Dies reflektiert die Annahme, dass für Kreditzusagen der in Anspruch genommene Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls höher sein kann als der momentan in Anspruch genommene Betrag. Enthält eine Transaktion ferner eine zusätzliche Eventualkomponente, beispielsweise eine Garantie, wird ein weiterer Prozentsatz (Nutzungsfaktor), der Bestandteil des CCF-Modells ist, angewandt, um das Volumen der bei Ausfall tatsächlich in Anspruch genommenen Garantien zu schätzen. Sofern im Rahmen des fortgeschrittenen IRBA erlaubt, werden die CCFs intern geschätzt. Die Kalibrierungen solcher Parameter basieren auf statistischen Erfahrungswerten sowie internen historischen Daten und berücksichtigen Kunden- wie auch Produktspezifika. Im Rahmen des Genehmigungsprozesses überprüfte die BaFin unsere Modelle zur Schätzung der CCFs und bestätigte deren Angemessenheit für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Insgesamt hat die Postbank vergleichbare Standards im Einsatz für die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA auf ihr Mengengeschäftsportfolio sowie auf ihre Instituts- und Unternehmensportfolios, die mit dem fortgeschrittenen IRBA abgedeckt werden, unter Verwendung intern geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustraten und Konversionsfaktoren als Basis für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen.

Für Risikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften wenden wir mit Ausnahme der Postbank die Internal Model Method („IMM“) nach §§ 222 ff. SolV an. In diesem Zusammenhang umfassen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte Pensionsgeschäfte, Ausleihung und Beleihung von Wertpapieren oder Rohwaren sowie vergleichbare Wertpapierdarlehen (einschließlich Prime-Brokerage-Geschäften). Die IMM ist ein differenzierterer Ansatz zur Berechnung der Risikopositionswerte für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und erfordert die Genehmigung durch die BaFin vor dessen Erstanwendung. Im Rahmen dieses Ansatzes basiert die Berechnung des Risikopositionswerts auf einer Monte Carlo-Simulation zukünftiger Marktwerte der jeweiligen Risikopositionen. Innerhalb solch einer Simulation werden zunächst mithilfe stochastischer Prozesse Zins- und Wechselkursätze, Bonitätsaufschläge sowie Aktien- und Rohstoffpreise modelliert, um anschließend jedes Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäft zu jedem Zeitpunkt einer vordefinierten Zeitskala durch die intern genehmigten Bewertungsverfahren neu zu bewerten. Als Ergebnis dieses Prozesses entsteht eine Verteilung zukünftiger Marktwerte für jede Transaktion zu jedem Punkt der Zeitskala. Von diesen Verteilungen werden unter Berücksichtigung geeigneter Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen die Positionswertmessgrößen potenzielle zukünftige Risikoposition (Potential Future Exposure, „PFE“), durchschnittlich erwartete Risikoposition (Average Expected Exposure, „AEE“) und erwartete positive Risikoposition (Expected Positive Exposure, „EPE“), wie im Kapitel „Kreditrisikoengagement aus Derivaten“ erwähnt, abgeleitet. Die Messgröße EPE bestimmt unter Anwendung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen den IRBA-Risikopositionswert für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte innerhalb der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen für den Großteil dieser Geschäfte. Dabei wird ein selbstkalibrierter Alpha-Faktor in der Berechnung verwendet, der einem Minimumwert von 1,2 unterliegt. Für die Berechnung am 31. Dezember 2013 wurde ein Alpha-Faktor von 1,22, leicht über dem Minimumfaktor, verwendet. Für die kleine Anzahl an Transaktionen, bei der eine Simulation nicht durchgeführt werden kann, wird der Risikopositionswert von der Marktbewertungsmethode („Current Exposure Methode“) abgeleitet.

Für die Adressenausfallrisikoposition der Derivate der Postbank verwenden wir die Marktbewertungsmethode, das heißt, wir berechnen das EAD als die Summe der positiven beizulegenden Netto-Zeitwerte der Derivatetransaktionen und des aufsichtsrechtlichen Zuschlags. Da das EAD aus Derivaten der Postbank weniger als 1 % unserer gesamten Adressenausfallrisikoposition in Bezug auf derivative Kontrakte ausmacht, betrachten wir die Derivateposition der Postbank als immateriell.

Definition des Ausfalls und Modellvalidierung

Voraussetzungen für die Entwicklung von Bonitätseinstufungsverfahren und die Bestimmung von Risikoparametern sind eine angemessene Definition, Identifikation und Speicherung der Ausfallereignisse von Kunden. Die von uns verwendete Definition des Ausfalls stimmt mit den Anforderungen nach § 125 SolV überein und wurde von der BaFin im Rahmen des Genehmigungsprozesses bestätigt.

Als ein wichtiger Bestandteil unseres Risikomanagement-Rahmenwerks validieren wir regelmäßig die Bonitätseinstufungsverfahren und Kreditrisikoparameter. Während sich die Validierung der Bonitätseinstufungsverfahren auf die Trennschärfe der Modelle konzentriert, analysiert die Risikoparametervalidierung von PD, LGD und EAD die Vorhersagekraft dieser Parameter auf Basis des Vergleichs mit historischen Ausfall- und Verlusterfahrungen.

In Übereinstimmung mit unseren internen Richtlinien sowie den Mindestanforderungen der SolvV werden unsere verwendeten Risikoparameter PD, LGD und EAD einmal im Jahr überprüft. Der Validierungsprozess für Parameter, wie sie von uns ohne Postbank verwendet werden, wird von einer Validierungs-Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern der Finanzgruppe, von Risk Analytics & Living Wills und Kreditrisikomanagement zusammensetzt, koordiniert und überwacht. Risikoparametervalidierungen bestehen aus quantitativen Analysen historischer Daten und werden durch qualitative Bewertungen ergänzt, falls die Daten für die Validierungen nicht statistisch ausreichend sind, um zuverlässige Validierungsergebnisse abzuleiten. Eine Rekalibrierung einer spezifischen Ausprägung wird, sofern notwendig, auf Basis der Validierungsergebnisse ausgelöst. Zusätzlich zu der jährlichen Validierung finden bei Bedarf Ad-hoc-Überprüfungen statt, um auf Qualitätsveränderungen aufgrund systematischer Änderungen der Eingangsparameter (zum Beispiel Änderungen im Zahlungsverhalten) oder Änderungen in der Portfoliostruktur frühzeitig reagieren zu können. Die in 2013 durchgeführten Überprüfungen der fortgeschrittenen IRBA-Bonitätseinstufungssysteme führten zu Rekalibrierungen wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. 66 neue Risikoparameter kamen aufgrund neu genehmigter Bonitätseinstufungssysteme oder durch erhöhte Granularität von existierenden Parameterausprägungen zur Anwendung (einschließlich Postbank). Die Rekalibrierungen hatten weder auf Einzel- noch auf aggregierter Ebene materiellen Einfluss auf unsere aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.

Analog werden bei der Postbank die Ergebnisse der Abschätzungen der Eingangsparameter PD, CCF und LGD jährlich überprüft. Das Modellvalidierungskomitee der Postbank ist für die Überwachung des jährlichen Validierungsprozesses aller Modelle verantwortlich. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder in die Komitees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Validierungsergebnisse für in unserem fortgeschrittenen IRBA verwendete Risikoparameter

	2013					
	PD		LGD		EAD	
	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Angemessen	136	80,8	150	87,3	50	52,2
Übermäßig konservativ	8	7,9	6	7,5	21	43,6
Progressiv	10	11,3	6	5,1	8	4,2
Insgesamt	154	100,0	162	100,0	79	100,0

Davon bereits rekalibriert und in 2013 eingeführt

	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Übermäßig konservativ	3	5,2	2	1,0	7	38,6
Progressiv	6	6,9	4	5,1	4	3,5
Insgesamt	9	12,1	6	6,0	11	42,1

	2012					
	PD		LGD		EAD	
	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Angemessen	104	91,4	100	89,8	40	79,5
Übermäßig konservativ	6	1,8	18	4,1	29	15,9
Progressiv	16	6,8	11	6,1	5	4,6
Insgesamt	126	100,0	129	100,0	74	100,0

Davon bereits rekalibriert und in 2012 eingeführt

	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Übermäßig konservativ	1	0,1	17	3,5	24	15,3
Progressiv	1	0,1	7	2,0	5	4,6
Insgesamt	2	0,2	24	5,5	29	19,9

Die vorstehende Tabelle fasst die Resultate der Modellvalidierung für die Risikoparameter PD, LGD und EAD, wie sie in unserem fortgeschrittenen IRBA inklusive Postbank verwendet werden, zusammen. Individuelle Ausprägungen der Risikoparameter werden als angemessen klassifiziert, wenn die Validierung keine Rekalibrierung auslöst und daher die Anwendung der aktuellen Ausprägung weitergeführt wird, da sie weiterhin ausreichend konservativ ist. Ein Parameter wird als übermäßig konservativ oder progressiv klassifiziert, wenn die Validierung eine Rekalibrierungsanalyse auslöst, die möglicherweise zu einer Anpassung der aktuellen Ausprägung nach unten beziehungsweise oben führt. Der Aufriss für PD, LGD und EAD zeigt sowohl die Anzahl als auch den relativen EAD, der dem jeweiligen Parameter per 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012 zugeordnet wird.

Die Validierungen während des Jahres 2013 bestätigen im Wesentlichen unsere Ausprägungen des PD-Parameters. Negativ validierte PD- und LGD-Parameter mit hoher Materialität werden durch drei Bonitätseinstufungssysteme verursacht. Für ein Bonitätseinstufungssystem der Postbank, das etwa 6 % des EAD beiträgt (sowohl für PD als auch für LGD), erwies sich der PD-Parameter als zu progressiv und der LGD-Parameter als übermäßig konservativ. Während die Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeiten bereits eingeführt wurde, wurde beschlossen, die Ausprägung der LGDs bis zur nächsten Validierung beizubehalten. Für ein anderes Bonitätseinstufungssystem der Postbank, das etwa 5 % des EAD beiträgt (sowohl für PD als auch für LGD) und bei dem die PDs übermäßig konservativ und die LGD progressiv waren, wurden beide Parameter bereits angepasst. Bei einem dritten Bonitätseinstufungssystem, das etwa 3,5 % des EAD beiträgt, werden die progressiven PD-Setzungen durch eine Neurasterung behoben, mit der bereits in 2013 begonnen wurde. Ein EAD-Parameter, der in der Deutschen Bank angewandt wird und etwa 35 % des freien Limits beiträgt, war übermäßig konservativ und wurde um 3 %-Punkte reduziert, wobei weiterhin ein hoher Grad an Konservativität beibehalten wurde. Alle anderen negativ validierten Parameter werden auf kleinere Portfolios angewandt.

Von den 59 Risikoparametern, für die eine Veränderung auf Basis der in 2013 durchgeführten Validierung vorgeschlagen worden war, wurden 26 bereits in 2013 eingeführt. Von den verbleibenden 33 Parameteränderungen sind 18 für eine Implementierung im ersten Quartal 2014 eingeplant. Weitere Analysen zeigten, dass eine Parametersetzung wegen einer geänderten Portfoliozusammensetzung beibehalten werden kann. Die verbleibenden 14 Parameter sollen im Laufe des Jahres 2014 angepasst werden. Einige dieser Parameter erfordern vor der Einführung eine Genehmigung der BaFin, die noch aussteht. Von den 85 Risikoparametern, für die in 2012 eine Veränderung auf Basis der durchgeführten Validierung vorgeschlagen wurde, wurden 55 bereits in 2012 eingeführt. Die verbleibenden 30 Parameteränderungen wurden in 2013 durchgeführt.

Zusätzlich zu dem oben Dargestellten ermöglicht der Vergleich der Abschätzung des aufsichtsrechtlichen erwarteten Verlusts (Expected Loss, auch „EL“) mit den tatsächlich verbuchten Verlusten für Kreditausfälle einen Einblick in die Vorhersagekraft der von uns geschätzten Parameter und hiermit der Berechnung des EL.

Der in diesem Vergleich verwendete EL entspricht den prognostizierten Verlusten von Kreditausfällen unserer Risikopositionen für den Zeitraum von einem Jahr und wird als das Produkt aus PD, LGD und EAD für die zum 31. Dezember des vorhergehenden Jahres nicht ausgefallenen Risikopositionen berechnet. Den tatsächlichen Verlust definieren wir als in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses verbuchte Neubildungen an Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Obwohl nach unserer Ansicht dieser Ansatz durchaus Erkenntnisse liefern kann, ist dieser Vergleich mit Einschränkungen zu sehen, da die zwei Risikomaße nicht direkt vergleichbar sind. Insbesondere repräsentiert der der Berechnung des erwarteten Verlusts zugrunde liegende Parameter LGD eine Abschätzung der Verlusterwartung bis zur Beendigung der Workout-Periode, während der tatsächliche Verlust, wie zuvor definiert, die in einer bestimmten Rechnungslegungsperiode verbuchten Beträge darstellt. Darüber hinaus ist der erwartete Verlust eine Messgröße für die erwarteten Kreditverluste für einen Teil unseres Kreditengagements an einem bestimmten Bilanzstichtag, bezogen auf den Bestand unserer Kreditrisikopositionen. Im Gegensatz dazu wird der tatsächliche Verlust für ein sich veränderndes Kreditportfolio über den Zeitraum eines Berichtsjahres erfasst und enthält dabei auch solche Verluste, die für während dieses Jahres neu vergebene Kredite eingetreten sind.

In Übereinstimmung mit der zuvor beschriebenen Methode zeigt die nachfolgende Tabelle einen Vergleich der Abschätzung des erwarteten Verlusts für Kredite, Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten zum Jahresende 2012 bis 2008 mit den tatsächlichen Verlusten für Kreditausfälle der Jahre 2013 bis 2009 nach aufsichtsrechtlicher Forderungskategorie für unsere fortgeschrittenen IRBA-Kreditrisikopositionen. Die Postbank ist erstmalig im Vergleich der Abschätzung des erwarteten Verlusts zum Jahresende 2010 mit den tatsächlichen Verlusten im Berichtszeitraum 2011 berücksichtigt.

Vergleich der erwarteten Verluste für Kredite, Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten mit den tatsächlichen Verlusten für Kreditausfälle nach aufsichtsrechtlicher Forderungskategorie für den fortgeschrittenen IRBA-Ansatz

in Mio €	31.12. 2012	2013	31.12. 2011	2012	31.12. 2010	2011	31.12. 2009	2010	31.12. 2008	2009
	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust ¹	Erwarteter Verlust ²	Tatsächlicher Verlust ²	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust
Zentralregierungen	3	18	1	0	2	0	2	0	2	0
Institute	10	1	7	14	22	2	16	1	21	16
Unternehmen	351	717	445	393	449	363	471	358	591	1.665
Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts	284	223	294	224	222	359	118	101	120	140
Qualifizierte revolvingende Positionen des Mengengeschäfts	23	7	23	12	2	30	2	5	2	7
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	404	370	418	385	390	301	301	282	311	315
Erwarteter Verlust und Kreditausfälle insgesamt	1.075	1.336	1.188	1.028	1.088	1.055	910	747	1.047	2.143

¹ Der tatsächliche Verlust des Jahres 2012 wurde aufgrund der Anpassung der Ermittlungsmethode der Postbank an die des Konzerns geändert.

² Der erwartete Verlust 2010 und der tatsächliche Verlust 2011 wurden korrigiert, um den Ausweis auf die Kreditrisikopositionen der Postbank im fortgeschrittenen IRBA zu limitieren.

Der tatsächliche Verlust hat den erwarteten Verlust in 2013 um 261 Mio € oder 24 % überstiegen. Dies resultierte hauptsächlich aufgrund höherer als erwarteter Verluste in unserer Forderungskategorie Unternehmen, in erster Linie aufgrund eines großen Einzelkundenkreditereignisses in unserem normalerweise wenig riskanten Geschäftsbereich GTB sowie eines großen Verlusts in NCOU. Darüber hinaus wies die Forderungskategorie Institute eine schlechtere als erwartete Performance aufgrund eines einzelnen Kunden aus. Die höheren als erwarteten tatsächlichen Verluste in den beiden genannten Forderungsklassen wurden teilweise kompensiert durch niedrigere als erwartete Verluste in allen Kategorien des Mengengeschäfts sowie der Institute.

Der tatsächliche Verlust fiel 2012 um 13 % niedriger aus als der erwartete Verlust aufgrund einer besseren als erwarteten Performance in allen Kategorien außer Institute aufgrund eines einzelnen Kunden.

Der Rückgang des erwarteten Verlusts zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 resultiert hauptsächlich aus der Reduktion der Risikopositionswerte sowie teilweise niedrigeren Verlustquoten bei Ausfall.

Die Konsolidierung der Postbank führte zu einer Erhöhung des erwarteten Verlusts ab 31. Dezember 2010 sowie des tatsächlichen Verlusts in 2011.

In 2010 fiel der tatsächliche Verlust um 18 % niedriger aus als der erwartete Verlust. Dies war auf den positiven Effekt geringerer Wertberichtigungen für gemäß IAS 39 umklassifizierte Aktiva auf den tatsächlichen Verlust zurückzuführen.

Der im Vergleich zum Jahr 2009 für das Jahr 2010 reduzierte erwartete Verlust spiegelte die leicht verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach der Finanzkrise wider.

Die tatsächlichen Verluste überstiegen in 2009 den erwarteten Verlust um 104 %. Diese Entwicklung war im Wesentlichen zurückzuführen auf materielle Wertminderungen bei einer geringen Zahl von Engagements, die vorwiegend in Leveraged Finance konzentriert waren, sowie die sich weiter verschlechternden Kreditbedingungen, die nicht in den am Anfang des Jahres ermittelten erwarteten Verlust für unsere Engagements gegenüber Unternehmen reflektiert waren.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Jahresvergleich des tatsächlichen Verlusts für Kreditausfälle nach aufsichtsrechtlicher Forderungsklasse. Die Postbank ist erstmalig für den Berichtszeitraum 2011 berücksichtigt.

Jahresvergleich des tatsächlichen Verlusts nach IRBA-Forderungsklassen

in Mio €	2013	2012 ¹	2011	2010	2009
Zentralregierungen	18	0	0	0	0
Institute	1	14	2	1	16
Unternehmen	717	393	363	358	1.665
Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts	223	224	359	101	140
Qualifizierte revolving Positionen des Mengengeschäfts	7	12	30	5	7
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	370	385	301	282	315
Kreditausfälle insgesamt	1.336	1.028	1.055	747	2.143

¹ Der tatsächliche Verlust des Jahres 2012 wurde aufgrund der Anpassung der Ermittlungsmethode der Postbank an die des Konzerns geändert.

Unser tatsächlicher Verlust ist in 2013 um 308 Mio € oder 30 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen, verursacht durch die Forderungsklassen Unternehmen und, in geringerem Maße, Zentralregierungen. Der Anstieg bei den Unternehmen wurde durch ein Einzelkreditereignis in GTB zusammen mit höheren tatsächlichen Verlusten für Kredite an Schiffahrtsgesellschaften im Bereich CB&S sowie einem großen Verlust für einen Kunden im europäischen gewerblichen Immobiliensektor in NCOU verursacht, während der Anstieg in der Kategorie Zentralregierungen auf einer Wertberichtigung für einen einzelnen Kunden basiert. Die genannten Anstiege wurden teilweise kompensiert durch leichte Reduzierungen in allen Kategorien des Mengengeschäfts sowie bei den Instituten.

Die leichte Reduktion des tatsächlichen Verlusts um 27 Mio € oder 3 % im Jahr 2012 verglichen mit dem Vorjahr resultiert aus der Forderungsklasse Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts und ist auf die Anpassung der Ermittlungsmethode der Postbank an die des Konzern zurückzuführen.

Im Jahr 2011 neu gebildete Wertberichtigungen waren im Vergleich zu 2010 um 308 Mio € höher, was im Wesentlichen die Konsolidierung der Postbank für das Gesamtjahr widerspiegelt.

Im Jahr 2010 neu gebildete Wertberichtigungen waren um 1,4 Mrd € niedriger als in 2009, was im Wesentlichen auf deutlich niedrigere Risikovorsorgen für Forderungen zurückzuführen ist, die in Übereinstimmung mit IAS 39 umklassifiziert worden waren. Auf Portfolio- und Länderebene getroffene Maßnahmen führten zu einer Reduzierung des tatsächlichen Verlusts für unser Mengengeschäft in Spanien und Indien, der teilweise durch Erhöhungen im Konsumentenkreditgeschäft in Polen kompensiert wurde. Diese Rückgänge des tatsächlichen Verlusts wurden teilweise durch Risikovorsorgen, die für die angekauften Teile des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO und der Postbank gebildet wurden, ausgeglichen.

Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA

Der fortgeschrittene IRBA erfordert die Untergliederung der Risikopositionen einer Bank in die aufsichtsrechtlich definierten Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen und Mengengeschäft. Wir weisen jede unserer Risikopositionen einer aufsichtsrechtlichen Forderungsklasse unter Berücksichtigung von Kriterien wie beispielsweise kundenspezifischen Eigenschaften, das verwendete Bonitätseinstufungssystem sowie gewisse Materialitätsschwellen, die aufsichtsrechtlich definiert sind, zu.

Nachfolgende Tabellen zeigen unsere fortgeschrittenen IRBA-Risikopositionen, welche auf einer Skala der Bonitätseinstufungen für jede aufsichtsrechtliche IRBA-Forderungsklasse getrennt dargestellt werden. Die Darstellung enthält auch das Privatkundenportfolio der Postbank, soweit dieses dem fortgeschrittenen IRBA zugewiesen wird, sowie die dem fortgeschrittenen IRBA neu zugewiesenen Risikopositionen innerhalb der Forderungsklassen Institute und Unternehmen. Die aufsichtsrechtlichen Nettorisikopositionswerte („EAD“) werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall, den risikogewichteten Aktiva („RWA“) sowie Durchschnittswerten für Risikogewichte („RW“), berechnet aus RWA im Verhältnis zu EAD, dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen des Double-Default-Effekts, sofern relevant außerhalb der Retailpositionen der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Brutto-EAD für die durch Garantien oder Kreditderivate besicherten Risikopositionen der Forderungsklasse des ursprünglichen Geschäftspartners, der Netto-EAD jedoch dem Gewährleistungsgeber zugewiesen wird; infolgedessen kann der Netto-EAD größer als der Brutto-EAD ausfallen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Adressenausfallrisikoposition aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften, soweit sie dem fortgeschrittenen IRBA zugewiesen werden. Für die große Mehrheit dieser Engagements wenden wir die IMM an, um den EAD zu bestimmen. Die zugelassenen Netting- und Sicherheitenvereinbarungen sind dann bereits berücksichtigt, so dass sich ein EAD als Nettogröße in Bezug auf die Sicherheiten ergibt. Die Tabellen zeigen auch das Verhältnis der erwarteten Verluste zu den Risikopositionswerten für das nicht ausgefallene Engagement. Für ausgefallene Kredite verwenden wir ein LGD-Konzept, das bereits eine erhöhte Verlustrate aufgrund von möglichen unerwarteten Verlusten nach SolV §132 (9) berücksichtigt.

Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit (einschließlich Postbank)

	iAAA – iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC	Ausfall ¹	Insgesamt	31.12.2013 Veränderung insgesamt zum Vorjahr
	0,00 – 0,04 %	0,04 – 0,11 %	0,11 – 0,5 %	0,5 – 2,27 %	2,27 – 10,22 %	10,22 – 99,99 %			
Zentralregierungen									
Brutto-EAD in Mio €	74.299	5.162	3.676	1.893	606	126	55	85.815	- 9.847
Netto-EAD in Mio €	81.527	6.462	3.504	603	113	90	55	92.354	- 10.845
Durchschnittliche PD in %	0,00	0,08	0,30	1,40	5,31	13,04	100,00	0,11	0,07 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	48,67	40,71	43,23	13,80	43,35	38,31	34,93	47,65	- 0,61 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	0,83	22,37	48,90	32,84	136,69	170,16	25,65	4,71	1,07 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,03	0,13	0,13	2,19	4,98	N/A	0,02	0,00 Ppkt
Institute									
Brutto-EAD in Mio €	16.869	27.549	12.297	2.098	1.070	196	294	60.373	- 5.995
Netto-EAD in Mio €	17.872	28.258	11.499	1.776	1.019	195	294	60.913	- 4.944
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,32	1,10	4,64	21,66	100,00	0,77	0,13 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	38,53	26,98	23,23	21,71	12,42	6,27	4,40	29,09	3,39 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	8,46	11,72	25,15	42,61	47,81	34,73	50,16	15,06	1,48 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,07	0,23	0,56	1,66	N/A	0,05	0,00 Ppkt
Unternehmen									
Brutto-EAD in Mio €	63.599	57.266	65.756	50.198	22.020	4.520	10.596	273.955	- 20.508
Netto-EAD in Mio €	66.663	57.687	62.670	44.726	18.912	3.859	10.235	264.751	- 16.439
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,25	1,11	4,70	21,56	100,00	4,79	1,18 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	27,06	34,75	32,13	26,18	20,41	19,12	25,27	29,13	- 1,31 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	8,64	18,26	33,75	53,42	70,92	107,07	24,59	30,74	1,71 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,08	0,30	1,02	4,26	N/A	0,22	0,01 Ppkt
Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto-EAD in Mio €	1.357	10.556	47.510	65.038	20.654	5.892	2.550	153.558	59.756
Netto-EAD in Mio €	1.357	10.556	47.485	64.936	20.576	5.844	2.518	153.271	59.201
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,28	1,12	4,10	20,19	100,00	3,53	- 1,84 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	12,93	13,13	11,07	10,67	9,47	9,97	17,27	10,90	- 9,72 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,63	3,08	6,04	14,97	29,33	56,69	9,44	14,69	- 7,92 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,01	0,03	0,12	0,39	1,98	N/A	0,19	- 0,26 Ppkt
Qualifizierte revolving Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto-EAD in Mio €	175	998	1.890	1.075	288	83	28	4.537	- 72.898
Netto-EAD in Mio €	175	998	1.890	1.075	288	83	28	4.537	- 72.784
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,24	1,04	4,54	19,65	100,00	1,64	- 2,21 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	47,43	46,95	46,81	45,40	48,01	49,99	51,09	46,69	37,22 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,34	2,54	6,19	18,73	57,26	130,55	8,55	13,69	0,65 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,02	0,04	0,11	0,48	2,22	9,51	N/A	0,49	0,29 Ppkt
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto-EAD in Mio €	197	1.336	6.877	12.920	6.687	1.934	2.542	32.493	20.790
Netto-EAD in Mio €	411	1.537	7.101	13.041	6.666	1.917	2.409	33.081	21.378
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,29	1,16	4,65	19,68	100,00	9,88	1,93 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	40,35	43,53	41,09	42,25	42,29	40,13	52,36	42,66	- 8,76 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,54	9,42	22,11	46,39	65,31	90,86	4,68	42,29	2,17 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,03	0,12	0,49	1,95	7,84	N/A	1,15	- 0,17 Ppkt
IRBA-Risikopositionen – Insgesamt									
Brutto-EAD in Mio €	156.496	102.867	138.005	133.222	51.325	12.751	16.065	610.731	- 28.702
Netto-EAD in Mio €	168.004	105.497	134.148	126.157	47.573	11.987	15.540	608.906	- 24.432
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	0,27	1,12	4,43	20,52	100,00	3,61	0,52 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	38,71	31,11	24,88	19,90	18,79	18,17	27,86	28,21	- 1,01 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,76	14,97	22,60	32,36	51,72	79,38	19,50	21,69	1,10 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,06	0,22	0,88	3,72	N/A	0,21	0,00 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Das relativ niedrige Risikogewicht in der Kategorie „Ausfall“ spiegelt die Tatsache wider, dass die Kapitalanforderungen für ausgefallene Positionen prinzipiell als Abzugsposition vom haftenden Eigenkapital in Höhe der Differenz zwischen dem erwarteten Verlust und der Risikovorsorge berücksichtigt sind.

	iAAA – iAA 0,00 – 0,04 %	iA 0,04 – 0,11 %	iBBB 0,11 – 0,5 %	iBB 0,5 – 2,27 %	iB 2,27 – 10,22 %	iCCC 10,22 – 99,99 %	Ausfall ¹	Insgesamt	31.12.2012 Veränderung insgesamt zum Vorjahr
Zentralregierungen									
Brutto-EAD in Mio €	85.351	4.948	2.804	1.404	732	423	0	95.662	- 14.939
Netto-EAD in Mio €	93.599	6.227	2.533	583	207	50	0	103.199	- 15.925
Durchschnittliche PD in %	0,00	0,08	0,30	1,40	5,67	13,05	100,00	0,04	- 0,13 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	49,24	39,44	42,77	11,04	42,70	48,91	5,00	48,26	0,75 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	0,49	23,16	49,88	25,96	165,01	215,08	62,50	3,65	1,47 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,03	0,13	0,10	2,46	6,37	N/A	0,01	0,01 Ppkt
Institute									
Brutto-EAD in Mio €	15.719	31.913	13.132	2.706	2.251	481	166	66.368	- 17.969
Netto-EAD in Mio €	16.636	32.136	11.890	2.356	2.191	481	166	65.856	- 24.116
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,07	0,25	1,08	3,00	21,77	100,00	0,64	0,31 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	31,64	27,03	19,44	21,83	4,59	5,51	13,43	25,70	- 0,32 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	5,54	11,10	22,18	53,91	16,29	30,79	25,55	13,58	- 0,56 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,06	0,26	0,14	1,23	N/A	0,05	3,48 Ppkt
Unternehmen									
Brutto-EAD in Mio €	76.225	65.701	66.759	50.632	21.795	5.753	7.598	294.463	- 41.477
Netto-EAD in Mio €	78.535	64.830	62.096	45.023	18.351	4.993	7.361	281.190	- 40.521
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,24	1,17	4,70	23,56	100,00	3,61	0,12 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	32,63	34,72	30,90	24,84	22,79	16,78	28,19	30,44	1,09 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	9,50	17,86	31,06	49,72	79,28	92,15	24,14	29,04	- 2,24 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,07	0,28	1,08	3,74	N/A	0,21	- 0,05 Ppkt
Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto-EAD in Mio €	2.766	9.976	45.086	67.241	12.762	5.432	2.680	145.943	10.613
Netto-EAD in Mio €	2.766	9.976	45.078	67.203	12.730	5.410	2.665	145.828	10.615
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,29	1,05	4,70	21,24	100,00	3,58	- 0,11 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	12,13	15,18	10,40	12,21	9,69	8,85	17,99	11,04	0,14 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,36	4,88	5,72	16,50	31,73	53,92	14,53	13,89	0,00 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,01	0,05	0,22	1,60	5,38	N/A	0,45	- 1,11 Ppkt
Qualifizierte revolving Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto-EAD in Mio €	176	1.012	1.863	1.080	292	91	35	4.550	- 580
Netto-EAD in Mio €	176	1.012	1.863	1.080	292	91	35	4.550	- 580
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,24	1,04	4,77	19,86	100,00	1,98	0,10 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	44,30	45,49	45,67	44,63	47,92	48,20	48,33	47,12	- 13,81 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,26	2,46	6,03	18,44	59,70	140,05	7,33	16,22	- 12,45 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,01	0,03	0,10	0,35	1,94	N/A	0,20	0,18 Ppkt
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts									
Brutto-EAD in Mio €	257	1.436	6.920	12.256	6.477	2.310	2.792	32.448	1.546
Netto-EAD in Mio €	294	1.625	7.053	12.272	6.497	2.278	2.697	32.716	1.612
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,30	1,15	4,83	19,96	100,00	11,13	3,91 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	41,61	46,82	43,50	44,91	49,81	46,43	48,51	45,81	0,05 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,77	9,99	23,91	49,52	77,41	114,21	6,60	47,22	2,38 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,02	0,04	0,11	0,62	3,32	9,99	N/A	1,32	0,68 Ppkt
IRBA-Risikopositionen – Insgesamt									
Brutto-EAD in Mio €	180.494	114.986	136.564	135.320	44.308	14.490	13.271	639.433	- 62.805
Netto-EAD in Mio €	192.006	115.806	130.514	128.517	40.267	13.304	12.924	633.338	- 68.915
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	0,26	1,14	4,58	21,96	100,00	3,08	0,41 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	40,46	31,75	25,83	19,89	22,03	18,25	30,12	29,36	- 0,51 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,64	15,22	23,61	32,41	59,49	78,67	17,38	20,61	- 0,85 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,06	0,22	1,01	3,91	N/A	0,21	0,40 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Das relativ niedrige Risikogewicht in der Kategorie „Ausfall“ spiegelt die Tatsache wider, dass die Kapitalanforderungen für ausgefallene Positionen prinzipiell als Abzugsposition vom haftenden Eigenkapital in Höhe der Differenz zwischen dem erwarteten Verlust und der Risikovorsorge berücksichtigt sind.

Der Rückgang im EAD ergibt sich insbesondere in der Forderungsklasse Unternehmen, resultierend aus dem anhaltenden Risikoabbau im Bereich NCOU im Jahr 2013, in der Forderungsklasse Zentralregierungen, hauptsächlich durch niedrig verzinsliche Einlagen bei Zentralbanken, sowie in der Forderungsklasse Institute, überwiegend aus rückläufigen Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften in CB&S. Dieser Rückgang wurde teilweise kompensiert durch Wachstum des Hypothekengeschäfts in der Forderungsklasse grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts in PBC.

Nachfolgende Tabellen zeigen unsere fortgeschrittenen IRBA-Risikopositionen ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte für Zentralregierungen, Institute und Unternehmen, welche auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt sind, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe. Die internen Bonitätseinstufungen entsprechen den jeweiligen externen Standard & Poor's Ratingäquivalenten. Die aufsichtsrechtlichen IRBA-Risikopositionswerte werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall, RWA sowie durchschnittlichen RW dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen des Double-Default-Effekts, sofern relevant außerhalb der Retailpositionen der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Zentralregierungen
(ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2013

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	75.749	0,00	49,69	264	0,35	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	589	0,02	29,73	28	4,81	0,01
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	189	0,03	29,68	18	9,49	0,01
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	148	0,04	27,84	26	17,24	0,01
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	965	0,05	49,95	134	13,94	0,02
iA	> 0,05 ≤ 0,07	1.304	0,07	49,45	469	35,93	0,03
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	1.659	0,09	48,59	563	33,93	0,04
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	339	0,14	42,56	71	20,97	0,06
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	848	0,23	41,15	313	36,83	0,09
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	1.509	0,39	49,05	820	54,33	0,19
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	87	0,64	26,15	50	57,98	0,17
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	22	1,07	47,69	23	103,98	0,51
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	377	1,76	2,79	32	8,55	0,05
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	44	2,92	47,63	60	136,12	1,39
iB	> 3,75 ≤ 6,19	22	4,82	49,88	31	138,78	2,40
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	45	7,95	36,40	62	138,37	2,89
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	88	13,00	38,22	150	169,45	4,97
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	0	22,00	0,10	0	0,58	0,02
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	31,00	8,06	0	50,39	2,50
Ausfall	100,00	55	100,00	34,93	14	25,65	N/A
Insgesamt		84.040	0,11	49,05	3.127	3,72	0,02

N/A – nicht aussagekräftig

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2012

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	88.889	0,00	49,65	181	0,20	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	627	0,02	30,00	28	4,53	0,01
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	221	0,03	30,47	14	6,49	0,01
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	81	0,04	30,20	11	13,36	0,01
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	345	0,05	49,51	49	14,32	0,02
iA	> 0,05 ≤ 0,07	1.413	0,07	49,53	448	31,71	0,03
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	1.783	0,09	48,79	582	32,65	0,04
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	308	0,14	47,94	61	19,66	0,07
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	616	0,23	37,91	241	39,16	0,09
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	1.048	0,39	48,72	589	56,23	0,19
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	24	0,64	44,10	24	100,70	0,28
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	100	1,07	11,89	26	25,93	0,13
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	343	1,76	1,48	15	4,40	0,03
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	42	2,92	45,08	57	133,24	1,32
iB	> 3,75 ≤ 6,19	78	4,82	39,01	127	163,31	1,88
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	42	7,95	41,84	67	159,36	3,33
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	48	13,00	49,08	103	214,37	6,38
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	0	22,00	11,38	0	70,77	2,50
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	31,00	3,30	0	503,75	18,96
Ausfall	100,00	0	100,00	5,00	0	62,50	N/A
Insgesamt		96.008	0,03	49,13	2.624	2,73	0,01

N/A – nicht aussagekräftig

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Institute (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2013

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	2.036	0,02	41,53	311	15,27	0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	108	0,03	41,53	15	13,59	0,01
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	3.483	0,03	43,72	195	5,59	0,01
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	4.313	0,04	40,19	317	7,34	0,02
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	2.774	0,05	34,39	284	10,24	0,02
iA	> 0,05 ≤ 0,07	7.220	0,07	25,66	585	8,10	0,02
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	4.713	0,09	28,23	655	13,89	0,03
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	865	0,14	34,93	259	29,91	0,05
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	1.097	0,23	25,26	310	28,25	0,06
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	3.319	0,39	31,43	1.222	36,81	0,12
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	307	0,64	30,66	131	42,65	0,20
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	299	1,07	37,81	220	73,64	0,40
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	222	1,76	18,63	104	46,80	0,33
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	114	2,92	23,75	83	72,51	0,69
iB	> 3,75 ≤ 6,19	784	4,82	10,69	349	44,57	0,52
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	17	7,95	22,98	16	91,92	1,83
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	7	13,00	38,50	13	186,27	5,01
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	141	22,00	3,36	25	18,12	0,74
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	31,00	20,03	0	111,29	6,21
Ausfall	100,00	272	100,00	4,56	143	52,33	N/A
Insgesamt		32.092	1,20	32,06	5.235	16,31	0,06

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklassen Institute und Unternehmen.

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2012

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	806	0,02	45,55	62	7,74	0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	187	0,03	36,23	21	10,99	0,01
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	2.836	0,03	41,91	131	4,62	0,01
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	3.961	0,04	38,79	278	7,03	0,02
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	3.277	0,05	41,19	420	12,81	0,02
iA	> 0,05 ≤ 0,07	5.013	0,07	36,60	635	12,67	0,03
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	3.486	0,09	33,68	534	15,32	0,03
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	750	0,14	29,67	178	23,76	0,04
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	645	0,23	25,74	195	30,24	0,06
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	3.052	0,39	27,33	1.060	34,72	0,11
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	505	0,64	17,29	138	27,22	0,11
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	1.115	1,07	13,89	382	34,26	0,15
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	113	1,76	19,78	46	40,89	0,35
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	2.071	2,92	4,31	319	15,40	0,13
iB	> 3,75 ≤ 6,19	29	4,80	7,02	7	22,54	0,34
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	17	7,95	5,61	4	24,13	0,45
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	11	13,00	14,84	8	67,92	1,93
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	217	22,00	5,72	65	30,02	1,26
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	31,00	20,44	0	121,97	6,28
Ausfall	100,00	148	100,00	14,98	42	28,45	N/A
Insgesamt		28.241	1,07	32,34	4.525	16,02	0,06

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklassen Institute und Unternehmen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2013

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	3.084	0,03	24,81	196	6,35	0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	5.448	0,03	19,67	286	5,25	0,01
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	7.555	0,03	18,29	420	5,56	0,01
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	11.213	0,04	31,29	922	8,22	0,01
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	11.167	0,05	28,56	1.293	11,58	0,01
iA	> 0,05 ≤ 0,07	14.927	0,07	31,28	2.349	15,73	0,02
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	17.690	0,09	35,62	3.705	20,95	0,03
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	18.121	0,14	31,90	4.512	24,90	0,04
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	18.145	0,23	32,54	5.984	32,98	0,07
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	16.884	0,39	31,05	6.885	40,78	0,11
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	9.958	0,64	32,21	5.436	54,60	0,20
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	11.819	1,07	28,10	6.835	57,83	0,30
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	9.062	1,76	24,59	5.625	62,07	0,43
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	6.452	2,92	19,94	3.969	61,51	0,84
iB	> 3,75 ≤ 6,19	5.167	4,79	21,45	3.948	76,42	1,02
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	3.935	7,94	15,90	2.664	67,71	1,26
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	1.140	13,00	14,58	809	70,94	1,89
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	738	21,95	23,77	1.035	140,38	5,19
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	802	31,00	12,15	569	70,92	3,77
Ausfall	100	9.975	100,00	25,77	2.405	24,11	N/A
Insgesamt		183.284	6,44	28,70	59.847	32,65	0,23

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklassen Institute und Unternehmen.

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2012

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	6.209	0,03	21,99	332	5,35	0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	4.018	0,03	31,40	290	7,23	0,01
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	6.406	0,03	19,20	333	5,19	0,01
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	12.073	0,04	27,36	939	7,78	0,01
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	12.553	0,05	30,89	1.543	12,29	0,01
iA	> 0,05 ≤ 0,07	14.201	0,07	30,99	2.152	15,16	0,02
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	20.571	0,09	37,20	4.503	21,89	0,03
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	18.108	0,14	32,92	4.676	25,82	0,04
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	19.811	0,23	27,15	5.121	25,85	0,06
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	13.699	0,39	29,28	4.939	36,06	0,10
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	10.284	0,64	28,43	4.966	48,29	0,18
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	10.388	1,07	24,13	5.331	51,32	0,26
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	13.386	1,76	23,01	6.191	46,25	0,36
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	6.154	2,92	20,14	3.743	60,83	0,58
iB	> 3,75 ≤ 6,19	5.305	4,82	19,46	3.673	69,23	0,94
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	3.362	7,95	19,71	2.731	81,26	1,56
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	1.485	13,00	16,16	1.210	81,47	2,10
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	682	22,00	24,09	972	142,56	5,29
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	1.612	31,00	6,88	637	39,53	2,13
Ausfall	100	7.141	100,00	28,73	1.664	23,30	N/A
Insgesamt		187.450	4,94	27,98	55.958	29,85	0,21

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklassen Institute und Unternehmen.

Die Mehrheit dieser Engagements in allen Forderungsklassen besteht gegenüber Kunden im Investment-Grade Bereich. Die Engagements in niedrigeren Bonitätseinstufungen sind überwiegend besichert.

Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen unserer nicht gezogenen Kreditzusagen einschließlich der entsprechenden Portfolios der Postbank. Die Angaben werden um einen EAD-gewichteten Konversionsfaktor und den sich daraus ergebenden aufsichtsrechtlichen EAD-Wert ergänzt.

Risikopositionswerte nicht gezogener Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA nach Forderungskategorie (einschließlich Postbank)

	31.12. 2013			31.12. 2012		
	Nicht gezogene Kreditzusagen in Mio €	Gewichteter Konversions- faktor (CCF) in %	Risikopositions- wert für nicht gezogene Kredit- zusagen (EAD) in Mio €	Nicht gezogene Kreditzusagen in Mio €	Gewichteter Konversions- faktor (CCF) in %	Risikopositions- wert für nicht gezogene Kredit- zusagen (EAD) in Mio €
Zentralregierungen	782	79	614	847	84	712
Institute	1.673	37	621	1.885	51	955
Unternehmen	138.047	33	46.058	135.850	40	53.868
Grundpfandrechtl. besicherte Positionen des Mengengeschäfts	6.827	74	5.085	6.755	77	5.210
Qualifizierte revolving Positionen des Mengengeschäfts	5.779	65	3.780	5.726	66	3.799
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	7.799	51	3.980	7.357	52	3.830
Risikopositionen nicht gezogener Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA insgesamt	160.906	37	60.137	158.420	43	68.375

Ein Jahresvergleich der Werte der Engagements zeigt einen Anstieg der nicht gezogenen Kreditzusagen insbesondere aufgrund des Transfers bestimmter Portfolios der Forderungskategorie Unternehmen bei der Postbank vom IRB-Basis-Ansatz zum fortgeschrittenen IRBA. Der zeitgleiche Rückgang der EAD für nicht gezogene Kreditzusagen ist auf Rekalibrierungen der Konversionsfaktoren in allen Segmenten im Jahr 2013 zurückzuführen.

IRB-Basis-Ansatz

Wir wenden den IRB-Basis-Ansatz für die Mehrheit unserer für den IRB-Basis-Ansatz geeigneten übrigen Kreditportfolios bei der Postbank an, die im Jahr 2013 nicht dem fortgeschrittenen IRBA neu zugewiesen wurden. Der IRB-Basis-Ansatz steht im aufsichtsrechtlichen Regelwerk für Kreditrisiken zur Verfügung und erlaubt den Instituten die Verwendung ihrer internen Bonitätseinstufungsverfahren bei Berücksichtigung vordefinierter aufsichtsrechtlicher Werte für alle weiteren Risikoparameter. Die auf internen Abschätzungen basierenden Parameter umfassten die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), während die Verlustquote bei Ausfall (LGD) und der Konversionsfaktor (CCF) im aufsichtsrechtlichen Regelwerk definiert sind.

Für diese Risikopositionen in den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen sind entsprechende Bonitätseinstufungssysteme im IRB-Basis-Ansatz entwickelt worden. Jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden wird eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis einer transparenten und konsistenten Skala der Bonitätseinstufungen zugeordnet. Die zugeordneten Kundenbonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Mithilfe solcher Bonitätseinstufungsmodelle wird auf Basis der spezifischen Ausprägung dieser Kriterien jedem Kunden eine Bonitätseinstufung zugewiesen. Die Kriterien werden aus Informationen abgeleitet, die für das jeweilige Kundensegment relevant sind, wie zum Beispiel das allgemeine Kundenverhalten, Finanz- und externe Daten. Die verwendeten Bonitätseinstufungsmodelle basieren auf statistischen Verfahren, die für bestimmte Portfoliosegmente um expertenbasierte Einschätzungen erweitert werden, welche die relevanten und verfügbaren quantitativen wie auch qualitativen Informationen berücksichtigen. Die Bonitätseinstufungssysteme berücksichtigen externe langfristige Bonitätseinstufungen der bedeutenden Ratingagenturen (das heißt Standards & Poor's, Moody's und Fitch Ratings).

Für den IRB-Basis-Ansatz wird eine Ausfalldefinition in Übereinstimmung mit den Anforderungen von § 125 SolVv verwendet, die von der BaFin als Teil des IRBA-Genehmigungsverfahrens bestätigt wurde.

Modellvalidierung

Wir überprüfen regelmäßig die Bonitätseinstufungsverfahren und Kreditrisikoparameter, die bei der Postbank zur Anwendung kommen. Während sich die Validierung der Bonitätseinstufungsverfahren auf die Trennschärfe der Modelle konzentriert, analysiert die Validierung des Risikoparameters PD die Vorhersagekraft dieses Parameters auf Basis des Vergleichs mit historischen Ausfallerfahrungen.

Validierungsergebnisse für in unserem Basis-IRBA verwendete Risikoparameter bei der Postbank

	2013	
	PD	
	Anzahl	EAD in %
Angemessen	2	99,6
Übermäßig konservativ	1	0,4
Progressiv	0	0,0
Insgesamt	3	100,0

Davon bereits rekali­briert und in 2013 eingeführt

Übermäßig konservativ	0	0,0
Progressiv	0	0,0
Insgesamt	0	0,0

Die vorstehende Tabelle fasst die Resultate der Modellvalidierungen für den Risikoparameter PD zusammen, der in unserem Basis-IRBA für die Postbank verwendet wird. Individuelle Ausprägungen der Risikoparameter werden als angemessen klassifiziert, wenn die Validierung keine Rekalibrierung auslöst und die aktuelle Ausprägung weiterhin angewandt wird, da sie weiterhin ausreichend konservativ ist. Ein Parameter wird als übermäßig konservativ oder progressiv klassifiziert, wenn die Validierung eine Rekalibrierungsanalyse auslöst, die möglicherweise zu einer Anpassung der aktuellen Ausprägung nach unten beziehungsweise oben führt. Die Aufstellung zeigt sowohl die Anzahl als auch den relativen Risikopositionswert (EAD), der dem jeweiligen Parameter per 31. Dezember 2013 zugeordnet wird.

Die Validierungen bestätigen im Wesentlichen unsere Ausprägungen des PD-Parameters für die Postbank. Für die drei im Basis-IRBA relevanten Bonitätseinstufungssysteme der Postbank wurden zwei als angemessen und eins als übermäßig konservativ validiert. Der relative Risikopositionswert des zu konservativen Bonitätseinstufungssystems ist unwesentlich. Im Jahr 2013 erhielten vier ehemalige Basis-IRBA-Bonitätseinstufungssysteme die Zulassung zum fortgeschrittenen IRBA von der BaFin.

Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz

In den Portfolios der Postbank werden die Risikopositionswerte der aufsichtsrechtlichen Forderungsklassen unter Berücksichtigung von Kriterien wie beispielsweise kundenspezifischen Eigenschaften und das verwendete Bonitätseinstufungssystem ausgewiesen. Die folgenden Tabellen berücksichtigen auch Kreditrisikopositionen von Postbank-Kunden, die aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften resultieren, sofern diese dem IRB-Basis-Ansatz zugewiesen sind.

In der Tabelle werden die aufsichtsrechtlichen Positionswerte (EAD) zusammen mit risikopositionsgewichteten, durchschnittlichen Risikogewichten (Risk Weight, auch „RW“) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Der Brutto-EAD für die durch Garantien oder Kreditderivate besicherten Risikopositionen wird der Forderungsklasse des ursprünglichen Geschäftspartners zugewiesen, der Netto-EAD jedoch dem Gewährleistungsgeber.

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für jede IRBA-Forderungsklasse

31.12.2013

	iAAA bis iAA 0,000–0,045 %	iA 0,045–0,125 %	iBBB 0,125–0,475 %	iBB bis iCCC > 0,475 %	Ausfall	Insgesamt
Zentralregierungen						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	0	8	0	0	0	8
Netto-Risikopositionswert in Mio €	0	8	0	0	0	8
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	0	0	0	0
Durchschnittliches RW in %	0,00	27,57	0,00	0,00	0,00	27,57
Institute						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	259	3.413	1.790	130	0	5.592
Netto-Risikopositionswert in Mio €	259	3.413	1.790	130	0	5.592
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	6	0	0	6
Durchschnittliches RW in %	17,11	16,09	30,22	141,57	0,00	23,58
Unternehmen						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	35	557	4.449	2.399	81	7.521
Netto-Risikopositionswert in Mio €	35	928	4.224	2.128	81	7.396
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	2	606	154	5	767
Durchschnittliches RW in %	15,31	26,16	53,72	110,99	0,00	65,97
Insgesamt						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	294	3.978	6.239	2.529	81	13.121
Netto-Risikopositionswert in Mio €	294	4.349	6.014	2.258	81	12.996
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	2	612	154	5	773
Durchschnittliches RW in %	16,90	18,25	46,72	112,75	0,00	47,70

31.12.2012

	iAAA bis iAA 0,000–0,045 %	iA 0,045–0,125 %	iBBB 0,125–0,475 %	iBB bis iCCC > 0,475 %	Ausfall	Insgesamt
Zentralregierungen						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	0	78	23	0	0	101
Netto-Risikopositionswert in Mio €	0	89	23	0	0	112
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	0	0	0	0
Durchschnittliches RW in %	0,00	22,06	64,85	0,00	0,00	30,80
Institute						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	1.611	14.701	6.000	226	56	22.594
Netto-Risikopositionswert in Mio €	1.611	14.777	6.000	214	56	22.658
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	5	0	0	5
Durchschnittliches RW in %	14,37	10,94	20,50	35,43	0,00	13,92
Unternehmen						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	50	1.589	6.817	3.234	552	12.242
Netto-Risikopositionswert in Mio €	50	1.646	6.614	3.074	552	11.936
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	233	1.336	375	10	1.954
Durchschnittliches RW in %	16,10	30,58	53,43	107,43	0,00	61,56
Insgesamt						
Brutto-Risikopositionswert in Mio €	1.661	16.368	12.840	3.460	608	34.937
Netto-Risikopositionswert in Mio €	1.661	16.512	12.637	3.288	608	34.706
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	233	1.341	375	10	1.959
Durchschnittliches RW in %	14,42	12,96	37,81	102,75	0,00	30,36

Die nachfolgenden Tabellen zeigen unsere Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz ohne Adressenausfallrisikopositionen aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften gegenüber Zentralregierungen, Instituten und Unternehmen, verteilt auf unserer internen Skala der Bonitätseinstufungen, inklusive Informationen zur zugehörigen PD-Bandbreite pro Rasterstufe. Die interne Bonitätseinstufung korrespondiert mit den vergleichbaren externen Standard & Poor's Bonitätseinstufungen. Der Netto-EAD wird zusammen mit kalkulierten Risikopositionsgewichteten und dem durchschnittlichen Risikogewicht (RW) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt.

Der Rückgang der Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz für Unternehmen resultiert hauptsächlich aus der Zulassung von Ratingsystemen zum fortgeschrittenen IRBA. Für die Forderungskategorie Institute ergibt sich die Reduzierung hauptsächlich aus unserem fortlaufenden Risikoabbau für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und festverzinsliche Wertpapiere wie auch zu einem geringeren Anteil aus der oben genannten zusätzlichen Zulassung zum fortgeschrittenen IRBA seitens der BaFin.

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Zentralregierungen

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2013

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahr- scheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	0	0,00	0	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	0	0,00	0	0,00
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	0	0,00	0	0,00
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	0	0,00	0	0,00
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	0	0,00	0	0,00
iA	> 0,05 ≤ 0,07	0	0,00	0	0,00
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	8	0,08	2	27,57
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	0	0,00	0	0,00
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	0	0,00	0	0,00
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	0	0,00	0	0,00
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	0	0,00	0	0,00
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	0	0,00	0	0,00
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	0	0,00	0	0,00
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	0	0,00	0	0,00
iB	> 3,75 ≤ 6,19	0	0,00	0	0,00
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	0	0,00	0	0,00
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	0	0,00	0	0,00
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	0	0,00	0	0,00
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	0,00	0	0,00
Ausfall	100,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt		8	0,08	2	27,57

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2012

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahr- scheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	0	0,00	0	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	0	0,00	0	0,00
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	0	0,00	0	0,00
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	0	0,00	0	0,00
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	0	0,00	0	0,00
iA	> 0,05 ≤ 0,07	89	0,06	20	22,06
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	0	0,00	0	0,00
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	0	0,00	0	0,00
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	0	0,00	0	0,00
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	23	0,38	15	64,85
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	0	0,00	0	0,00
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	0	0,00	0	0,00
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	0	0,00	0	0,00
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	0	0,00	0	0,00
iB	> 3,75 ≤ 6,19	0	0,00	0	0,00
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	0	0,00	0	0,00
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	0	0,00	0	0,00
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	0	0,00	0	0,00
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	0,00	0	0,00
Ausfall	100,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt		112	0,13	35	30,80

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Institute
(ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2013

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	0	0,00	0	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	0	0,00	0	0,00
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	98	0,03	15	15,31
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	155	0,04	28	18,21
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	0	0,00	0	0,00
iA	> 0,05 ≤ 0,07	405	0,06	27	6,77
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	2.934	0,09	499	17,00
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	411	0,15	141	34,24
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	994	0,23	260	26,18
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	369	0,38	133	36,14
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	64	0,69	54	84,83
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	15	1,23	16	105,09
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	9	2,06	11	122,67
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	0	0,00	0	0,00
iB	> 3,75 ≤ 6,19	0	0,00	0	0,00
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	0	0,00	0	0,00
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	0	0,00	0	0,00
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	41	18,00	102	246,68
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	0,00	0	0,00
Ausfall	100,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt		5.495	0,29	1.286	23,43

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2012

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	0	0,00	0	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	0	0,00	0	0,00
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	917	0,03	140	15,31
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	447	0,04	81	18,21
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	0	0,00	0	0,00
iA	> 0,05 ≤ 0,07	895	0,06	169	18,95
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	6.489	0,09	1.044	16,09
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	2.452	0,15	529	21,57
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	3.029	0,23	609	20,09
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	186	0,38	52	27,98
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	200	0,69	60	30,10
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	0	0,00	0	0,00
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	9	2,06	11	122,67
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	0	0,00	0	0,00
iB	> 3,75 ≤ 6,19	0	0,00	0	0,00
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	0	0,00	0	0,00
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	0	0,00	0	0,00
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	6	18,00	5	82,11
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	0,00	0	0,00
Ausfall	100,00	56	100,00	0	0,00
Insgesamt		14.686	0,52	2.700	18,38

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Unternehmen
(ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2013

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	0	0,00	0	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	0	0,00	0	0,00
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	35	0,03	5	15,31
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	0	0,00	0	0,00
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	0	0,00	0	0,00
iA	> 0,05 ≤ 0,07	518	0,06	115	22,13
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	405	0,10	127	31,30
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	912	0,15	362	39,65
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	1.510	0,23	754	49,93
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	1.666	0,38	1.076	64,60
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	1.121	0,69	951	84,81
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	272	1,23	284	104,62
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	287	2,06	347	120,99
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	0	0,00	0	0,00
iB	> 3,75 ≤ 6,19	170	3,78	246	144,76
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	37	7,26	66	177,02
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	1	12,76	3	223,09
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	163	18,00	382	234,34
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	0,00	0	0,00
Ausfall	100,00	80	100,00	0	0,00
Insgesamt		7.177	2,05	4.718	65,73

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

31.12.2012

Interne Bonitäts- einstufung	Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01	0	0,00	0	0,00
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02	0	0,00	0	0,00
iAA	> 0,02 ≤ 0,03	37	0,03	6	15,31
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04	13	0,04	2	18,44
iA+	> 0,04 ≤ 0,05	0	0,00	0	0,00
iA	> 0,05 ≤ 0,07	225	0,06	50	22,12
iA-	> 0,07 ≤ 0,11	1.341	0,10	427	31,86
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18	1.194	0,15	469	39,30
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30	2.938	0,23	1.481	50,41
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50	2.226	0,38	1.447	64,99
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83	1.796	0,69	1.536	85,53
iBB	> 0,83 ≤ 1,37	634	1,23	663	104,64
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27	291	2,06	357	122,63
iB+	> 2,27 ≤ 3,75	0	0,00	0	0,00
iB	> 3,75 ≤ 6,19	77	3,78	115	149,52
iB-	> 6,19 ≤ 10,22	45	7,26	78	174,28
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87	10	12,76	19	198,09
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84	160	18,00	452	282,66
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99	0	0,00	0	0,00
Ausfall	100,00	551	100,00	0	0,00
Insgesamt		11.538	5,48	7.102	61,55

Sonstige Risikopositionen im IRBA

Als IRBA-Institut sind wir verpflichtet, sonstige Risikopositionen wie Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva generell im IRBA zu erfassen. Für diese Risikopositionen werden typischerweise aufsichtsrechtlich definierte IRBA-Risikogewichte angewandt.

Wir berücksichtigen für Beteiligungspositionen, die seit dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, die einfache IRBA-Risikogewichtung im Sinne des § 98 SolvV. Bei unseren Risikopositionen wird zwischen nicht börsengehandelten, aber ausreichend diversifizierten, börsengehandelten und sonstigen nicht börsengehandelten Beteiligungen unterschieden, und es werden die aufsichtsrechtlich definierten Risikogewichte von 190 %, 290 % beziehungsweise 370 % angewandt.

Bei bestimmten Risikopositionen für Investmentanteile wenden wir die „Durchschaulösung“ an, wonach Investmentanteile in ihre zugrunde liegenden Risikopositionen zerlegt werden. Wird eine solche Unterteilung vorgenommen, werden die zugrunde liegenden Risikopositionen ihren entsprechenden Forderungsklassen – entweder im IRBA oder Standardansatz – so zugeordnet, als ob sie direkt gehalten würden. Ein Teil unserer Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank wird über den Standardansatz abgedeckt, in dem die Risikogewichte Dritter in Übereinstimmung mit § 83 (5) SolvV angewandt werden. Mehr Details über die Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank im Standardansatz werden im Kapitel „Standardansatz“ gegeben. Die verbleibenden Investmentanteile erhalten das einfache Risikogewicht von 370 % und werden der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet.

Risikopositionen, die der Forderungsklasse „Sonstige kreditunabhängige Aktiva“ zugeordnet werden, erhalten ein IRBA-Risikogewicht von 0 % im Fall von Barkrediten oder 100 %.

In der folgenden Tabelle ist unsere IRBA-Risikoposition für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva, für die aufsichtsrechtlich definierte Risikogewichte angesetzt werden, zusammengefasst. Kreditrisikominderungstechniken sind für diese Transaktionen nicht relevant. Der Rückgang der Risikopositionswerte resultiert primär aus der niedrigeren Bargeldposition sowie aus dem Verkauf von Vermögenswerten.

Risikopositionswerte für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
0 %	883	2.182
100 %	5.739	6.180
190 %	62	109
290 %	184	218
370 %	1.089	1.248
Risikopositionswerte für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige kreditunabhängige Aktiva insgesamt	7.957	9.936

Die nachstehende Tabelle fasst die IRBA-Risikopositionen basierend auf EAD für Spezialfinanzierungen zusammen. Die Risikopositionen bestehen aus gewerblichen Krediten für Wohnungsbau, Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilien- und Mobilienleasing, Auslandsimmobilien sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten sowie Projektfinanzierungen. Für die Ermittlung der Mindestkapitalanforderungen wurden regulatorische Risikogewichte angewandt, sofern bei der Zuordnung eines Risikogewichts eventuelle risikomindernde Faktoren aufgrund der speziellen Risikostruktur berücksichtigt wurden. Weitere Kreditrisikominderungstechniken wurden nicht berücksichtigt.

Der Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus Positionen bei der Postbank, die im Rahmen der andauernden Aktivitäten zum Risikoabbau zurückgeführt wurden.

Kreditrisikopositionen für Spezialfinanzierungen nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Risikogewichtsklasse 1 (stark)	8.223	14.008
Risikogewichtsklasse 2 (gut)	680	1.443
Risikogewichtsklasse 3 (befriedigend)	139	477
Risikogewichtsklasse 4 (schwach)	65	177
Risikogewichtsklasse 5 (ausgefallen)	1.061	1.568
Risikopositionswert für Spezialfinanzierungen insgesamt	10.169	17.673

Standardansatz

Wir wenden für eine Teilmenge unserer Kreditrisikopositionen den Standardansatz an. Der Standardansatz misst das Kreditrisiko entweder gemäß festgelegten Risikogewichten, die aufsichtsrechtlich definiert sind, oder durch die Anwendung externer Bonitätseinstufungen.

In Übereinstimmung mit § 70 SolV ordnen wir bestimmte Risikopositionen dauerhaft dem Standardansatz zu. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Risikopositionen, deren Erfüllung von der Bundesrepublik Deutschland oder anderen öffentlichen Stellen in Deutschland sowie Zentralregierungen anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, soweit sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, geschuldet werden. Diese Risikopositionen machen mehr als die Hälfte der Risikopositionen im Standardansatz aus und erhalten überwiegend ein Risikogewicht von 0 %. Für interne Zwecke werden sie jedoch im Rahmen einer internen Kreditbewertung angemessen erfasst und in die Prozesse für die Risikosteuerung und das Ökonomische Kapital integriert.

In Übereinstimmung mit § 66 SolV ordnen wir weitere, grundsätzlich dem IRBA zuordenbare Engagements dauerhaft dem Standardansatz zu. Diese Teilmenge umfasst einige kleinere Portfolios, die im Rahmen einer Einzelbetrachtung als immateriell für die Einbeziehung in den IRBA erachtet werden.

Andere Positionen von geringer Größe sind vorübergehend dem Standardansatz zugeordnet, und wir planen, diese stufenweise in den IRBA zu überführen. Die Priorisierung und der dazugehörige Umsetzungsplan wurden für diese Positionen mit der BaFin und der Deutschen Bundesbank diskutiert und vereinbart.

Bei Beteiligungspositionen, die bereits vor dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, machen wir von der Übergangsregelung Gebrauch, diese Positionen von der Anwendung des IRBA auszunehmen, und legen in Einklang mit dem Standardansatz ein Risikogewicht von 100 % zugrunde.

Um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach dem Standardansatz zu berechnen, verwenden wir entsprechende externe Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings und in einigen Fällen auch von DBRS. DBRS-Bonitätseinstufungen wurden in 2009 neu in den Standardansatz für eine kleine Anzahl an Engagements eingebracht. Bonitätseinstufungen werden für alle relevanten Forderungsklassen im Standardansatz angewandt. Steht für eine spezifische Risikoposition mehr als eine Bonitätseinstufung zur Verfügung, erfolgt die Risikogewichtung im Rahmen der Kapitalberechnung unter Berücksichtigung der in § 44 SolV aufgeführten Auswahlkriterien. Darüber hinaus leiten wir vor dem Hintergrund der geringen durch den Standardansatz abgedeckten Volumina und des hohen Anteils von darin durch externe Bonitätseinstufungen abgedeckten Engagements gegenüber Zentralregierungen keine Bonitätseinstufungen von Kreditnehmern von Emittenten-Bonitätseinstufungen ab.

Wir zeigen unsere Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikogewichtung. Die Informationen werden vor und nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie anrechenbaren finanziellen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Tabelle enthält nicht die Risikopositionen der Postbank für Investmentanteile, die dem Standardansatz zugeordnet werden und in der Tabelle „EAD für Investmentanteile der Postbank nach Risikogewichtung“ nachfolgend gezeigt werden. Weiterhin enthält die Tabelle keine Risikopositionen aus Abwicklungsrisiken.

Der Rückgang in den Risikopositionswerten resultiert im Wesentlichen aus geringeren Beständen an Geldmarktkrediten und auf Verrechnungskonten sowie Aktivitäten zum Risikoabbau in unseren Pensionsverpflichtungen.

Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Vor Kreditrisikominderung	Nach Kreditrisikominderung	Vor Kreditrisikominderung	Nach Kreditrisikominderung
0 %	78.483	80.150	100.714	103.605
5 %	0	0	0	0
10 %	34	34	46	46
20 %	1.661	1.656	2.002	2.278
22 %	0	0	0	0
35 %	11.606	11.601	2.616	2.608
50 %	5.914	5.960	4.219	4.308
55 %	0	0	1.018	1.018
75 %	15.043	12.300	30.450	25.125
100 %	27.050	17.861	31.187	21.419
110 %	0	0	0	0
150 %	889	880	1.055	999
Risikopositionswerte im Standardansatz insgesamt	140.680	130.441	173.307	161.406

Risikopositionswerte für Investmentanteile der Postbank nach Risikogewichtung

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Anleihen innerhalb von Investmentanteilen		
0 %	1.058	0
11 %	0	0
22 %	26	312
55 %	274	432
110 %	327	596
200 %	45	65
300 %	0	393
Risikopositionswert für Anleihen von Investmentanteilen	1.730	1.798
Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung		
< 22 %	0	594
> 22 % < 110 %	182	189
> 110 %	8	18
Risikopositionswert für Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung	190	801
Risikopositionswert für Investmentanteile im Standardansatz insgesamt	1.920	2.599

Die obenstehende Tabelle zeigt die Risikopositionen für Investmentanteile im Standardansatz nach Risikogewichtung. Sie enthält Wertpapiere in Form von Investmentanteilen, die auf der Durchschaulösung basierend dem Standardansatz zugeordnet wurden, sowie die Risikopositionswerte für Investmentanteile, deren Risikogewicht von Dritten berechnet und im Standardansatz nach Risikogewichtung gezeigt werden. Kreditrisikominderungstechniken wurden nicht angewandt.

Aufsichtsrechtliche Anwendung der Kreditrisikominderungstechniken

Risikoaktiva und aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen können mithilfe von Kreditrisikominderungstechniken aktiv gesteuert werden. Als Voraussetzung für deren Anerkennung im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Berechnung müssen nach Maßgabe der SolvV bestimmte Mindestanforderungen hinsichtlich des Sicherheitenmanagements, der Überwachungsprozesse und der rechtlichen Durchsetzbarkeit eingehalten werden.

Der Umfang der aufsichtsrechtlichen Anerkennung anrechenbarer Sicherheiten ist in erster Linie von der für eine spezifische Risikoposition angewandten Methode zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals abhängig. Im Prinzip erlaubt ein höherer Grad an Differenzierung der zugrunde liegenden Methodik eine weitere Spanne berücksichtigungsfähiger Sicherheiten sowie zusätzliche Optionen bei der Berücksichtigung von Garantien und Kreditderivaten. Dennoch sind auch die Einhaltung der Mindestanforderungen sowie die Mechanismen zur Berücksichtigung des Effekts aus Risikominderungstechniken vorwiegend durch die gewählte aufsichtsrechtliche Kapitalberechnungsmethode bestimmt.

Der fortgeschrittene IRBA akzeptiert prinzipiell alle Arten von finanziellen Sicherheiten ebenso wie Immobilien, Sicherungsabtretungen oder sonstige physische Sicherheiten. Bei der Anwendung des fortgeschrittenen IRBA gibt es grundsätzlich keine Beschränkung für die Bandbreite akzeptierter Sicherheiten, sofern den Aufsichtsbehörden nachgewiesen werden kann, dass zuverlässige Schätzungen von Sicherheitswerten erstellt und grundlegende Anforderungen erfüllt werden.

Derselbe Grundsatz gilt für die erlangten Vorteile aus der Anrechnung von Garantien und Kreditderivaten. Innerhalb des fortgeschrittenen IRBA existieren grundsätzlich ebenfalls keine Beschränkungen bezüglich der Auswahl der zulässigen Anbieter von Sicherheiten, solange einige grundsätzliche Mindestanforderungen eingehalten werden. Dennoch werden die Kreditwürdigkeit der Gewährleistungsgeber und andere relevante Faktoren durch die von uns angewandten internen Modelle berücksichtigt.

In unseren Berechnungen zum fortgeschrittenen IRBA werden finanzielle und andere Sicherheiten generell durch die Anpassung der zu verwendenden LGD, die als Eingangsparameter zur Bestimmung der Risikogewichtung dient, berücksichtigt. Im Rahmen der Anerkennung von Garantien und Kreditderivaten wird prinzipiell der Substitutionsansatz für die PD angewandt. Das bedeutet, dass innerhalb der Risikogewichtsberechnung im fortgeschrittenen IRBA die PD des Schuldners gegen die PD des Sicherheiten- oder Gewährleistungsgebers ausgetauscht wird. Für bestimmte garantierte Risikopositionen und bestimmte Sicherheitengeber ist jedoch der sogenannte Double-Default-Effekt anwendbar. Dieser unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Der Rückgang der Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA ist hauptsächlich auf Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte in den Forderungsklassen Unternehmen und Institute sowie Positionen mit Zentralbanken zurückzuführen. Er wird teilweise durch den Transfer bestimmter Portfolios der Postbank in den Forderungsklassen Unternehmen und Institute vom Basis-IRB-Ansatz zum fortgeschrittenen IRBA sowie Wachstum in den Segmenten Unternehmen und Mengengeschäft kompensiert.

Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA vor und nach Kreditrisikominderungstechniken

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Gesamter Risikopositionswert	Berücksichtigungsfähige Sicherheiten nach dem fortgeschrittenen IRBA	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert ¹	Gesamter Risikopositionswert	Berücksichtigungsfähige Sicherheiten nach dem fortgeschrittenen IRBA	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert ¹
Zentralregierungen	85.815	2.716	2.042	4.758	95.662	1.742	2.037	3.779
Institute	60.373	13.751	2.255	16.005	66.368	21.677	3.639	25.316
Unternehmen	273.955 ²	66.369	21.540	87.908	294.463 ²	79.870	31.045	110.915
Mengengeschäft	190.588	133.104 ³	1.009	134.113	182.940	128.839 ³	709	129.548
Insgesamt	610.731	215.940	26.845	242.785	639.433	232.128	37.431	269.558

¹ Enthält keine Besicherungen, da diese bereits in der Messgröße EPE berücksichtigt sind.

² Beinhaltet Veritätsrisikopositionen in Höhe von 1,16 Mrd € zum Jahresende 2013 und von 793 Mio € zum Jahresende 2012.

Im Vergleich zum fortgeschrittenen IRBA setzt der IRB-Basis-Ansatz strengere Anforderungen für die Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken an, gestattet dafür jedoch die Berücksichtigung von finanziellen Sicherheiten, Garantien und Kreditderivaten sowie anderen im Rahmen des IRB-Basis-Ansatzes anrechenbaren Sicherheiten wie Hypotheken und Sicherungsabtretungen.

Bei im Rahmen des IRB-Basis-Ansatzes verwendeten finanziellen Sicherheiten handelt es sich um Barsicherheiten, Schuldverschreibungen und sonstige Wertpapiersicherheiten im Zusammenhang mit Repo-Leihe-Geschäften.

Besicherte Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Forderungsklasse

					31.12.2013
in Mio €	Gesamter Risiko- positionswert	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko- positionswert
Zentralregierungen	8	0	0	0	0
Institute	5.592	0	0	0	0
Unternehmen	7.521	0	0	643	643
Insgesamt	13.121	0	0	643	643

					31.12.2012
in Mio €	Gesamter Risiko- positionswert	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko- positionswert
Zentralregierungen	101	0	0	0	0
Institute	22.594	6.919	0	62	6.981
Unternehmen	12.242	0	0	511	511
Insgesamt	34.937	6.919	0	573	7.492

Die Anerkennung von Sicherheiten im Standardansatz ist limitiert auf anrechenbare finanzielle Sicherheiten wie Bargeld und Goldbarren sowie bestimmte Schuldverschreibungen, Beteiligungen und Investmentanteile, die in vielen Fällen nur mit ihrem schwankungsbereinigten Wert berücksichtigt werden können. In seiner grundsätzlichen Struktur bietet der Standardansatz eine bevorzugte (niedrigere) Risikogewichtung für durch Immobilien besicherte Positionen. Wendet man diese bevorzugte Risikogewichtung an, werden Immobilien im Standardansatz nicht als Sicherheiten berücksichtigt. Weitere Beschränkungen sind bezüglich anrechenbarer Gewährleistungsgeber und Kreditderivateanbieter zu beachten.

Zur Berücksichtigung der Risikominderungstechniken in der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nutzen wir für finanzielle Sicherheiten die umfassende Methode, die aufgrund eines höheren Differenzierungsgrades eine breitere Auswahl an anrechenbaren Sicherheiten zulässt. Innerhalb dieses Ansatzes mindern die finanziellen Sicherheiten den Risikopositionswert der jeweiligen Risikoposition, während dem in Form von Garantien und Kreditderivaten erhaltenen Schutz durch Substitution Rechnung getragen wird. Bei der Substitution wird das Risikogewicht des Schuldners durch das Risikogewicht des Gewährleistungsgebers ersetzt.

Risikopositionswerte im Standardansatz nach Forderungsklasse

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Gesamter Risikopositionswert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert	Gesamter Risikopositionswert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert
Zentralregierungen	49.961	2	891	893	75.051	55	1.811	1.866
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	19.744	3	1	3	19.253	0	122	122
Sonstige öffentliche Stellen	4.180	1	587	588	3.219	4	565	569
Multilaterale Entwicklungsbanken	921	0	2	2	578	0	0	0
Internationale Organisationen	550	0	0	0	411	0	0	0
Institute	4.796	339	97	435	4.480	123	104	227
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	34	0	0	0	52	0	0	0
Unternehmen	23.763	7.985	115	8.100	27.454	7.770	134	7.904
Mengengeschäft	9.656	618	0	618	12.341	1.852	0	1.852
Durch Immobilien besicherte Positionen	5.173	11	0	11	6.253	15	0	15
Investmentanteile ¹	1.920	0	0	0	2.599	0	0	0
Beteiligungen	3.023	0	0	0	3.517	0	0	0
Sonstige Positionen	17.575	0	0	0	19.390	0	0	0
Überfällige Positionen	1.304	16	0	16	1.325	15	0	15
Insgesamt	142.600	8.975	1.693	10.667	175.923	9.834	2.736	12.570

¹ Beinhaltet Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank, die dem Standardansatz zugeordnet sind.

Der Rückgang der gesamten Risikopositionswerte resultiert hauptsächlich aus der Verringerung von Geldmarktkrediten in der Forderungsklasse Zentralregierungen sowie aus der Verringerung von Krediten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften innerhalb der Forderungsklassen Unternehmen und Mengengeschäft.

Verbriefungen

Der folgende Abschnitt zu Verbriefungen, der auf Seite 179 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule-3-Offenlegung nicht testiert. Dargestellte quantitative Angaben folgen dem regulatorischen Konzept zur Konsolidierung.

Überblick über unsere Verbriefungsaktivitäten

Wir engagieren uns in verschiedenen Geschäftsaktivitäten, die Verbriefungsstrukturen verwenden. Die wesentlichen Ziele sind, Anlagekunden den Zugang zu Risiko- und Ertragsprofilen bestimmter Portfolios von Vermögensgegenständen zu ermöglichen, ausleihenden Kunden Zugang zu Refinanzierungen zu gewähren sowie die Steuerung unserer eigenen Kreditrisiken.

Ein Marktteilnehmer im Verbriefungsmarkt kann typischerweise drei verschiedene Rollen übernehmen: Originator, Sponsor oder Investor wie in § 1b KWG definiert. Originator ist ein Institut, welches entweder selbst oder über verbundene Unternehmen direkt oder indirekt an der Begründung oder dem Erwerb von verbrieften Forderungen beteiligt ist. Als Sponsor agiert ein Institut, wenn es ein Asset Backed Commercial Paper-Programm („ABCP“) oder anderes Verbriefungsprogramm auflegt und verwaltet, aber die Aktiva weder begründet noch auf seine Bilanz gekauft hat. Alle anderen von uns eingegangenen Verbriefungspositionen werden in der Rolle des Investors übernommen. Um unsere Geschäftsziele zu erreichen, sind wir in allen drei Rollen auf dem Verbriefungsmarkt aktiv.

Verbriefungen im Anlagebuch

Als Originator verwenden wir Verbriefungen vor allem mit dem Ziel der Reduzierung des Kreditrisikos, im Wesentlichen durch die Credit Portfolio Strategies Group („CPSG“). Sie nutzt unter anderem synthetische Verbriefungen zur Steuerung des Kreditrisikos von Krediten und Kreditzusagen aus dem internationalen Investment-Grade Kreditportfolio, des Leveraged Portfolios sowie des Portfolios von Krediten an Unternehmen des deut-

schen Mittelstands innerhalb der Konzernbereiche CB&S und GTB. Das Kreditrisiko wird vor allem durch synthetisch besicherte Kreditverpflichtungen in Form von Finanzgarantien und, weniger häufig, durch Kreditderivate, welche Schutz gegen das erste Verlustrisiko bieten, auf die Kontrahenten übertragen.

Das Gesamtvolumen des Kreditrisikotransfers als Originator zeigt für 2013 einen mäßigen Rückgang für CB&S und GTB. Dieser resultierte im Wesentlichen aus der Beendigung und regulatorischen Aberkennung von europäischen Forderungen, gemindert durch neue Originationen in 2013. Diese Transaktionen beziehen sich auf europäische kleinere und mittlere Unternehmen („KMU“) sowie europäische und amerikanische Forderungen an Konzerne und Finanzinstitute. Das Volumen des Kreditrisikotransfers sank stärker für PBC aufgrund der Fälligkeit einer großen Transaktion sowie von Rückzahlungen in den zugrunde liegenden Forderungen bei Postbank-Transaktionen.

In beschränktem Umfang haben wir in 2008 und 2009 Verbriefungstransaktionen im Rahmen einer Strategie zur aktiven Steuerung des Liquiditätsrisikos abgeschlossen. Diese Transaktionen übertragen keine Kreditrisiken und werden daher nicht im quantitativen Teil dieses Kapitels gezeigt.

Wir legen eine Vielzahl von ABCP-Programmen auf, durch die wir von Dritten originierte Vermögenswerte verbriefen, unterstützen und verwalten. Diese Programme gewähren Kunden Zugang zur Refinanzierung im Commercial Paper („CP“)-Markt und schaffen damit Investmentprodukte für Investoren. Jedes Programm besteht aus einer das CP herauslegenden Zweckgesellschaft (dem sogenannten „Conduit“) sowie einer oder mehreren unterstützenden Zweckgesellschaften, durch welche die Vermögenswerte angekauft werden. Das Conduit und die Zweckgesellschaften sind als Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder entsprechender rechtlicher Form organisiert. Die durch diese ABCP-Programme verbrieften Vermögenswerte umfassen Autokredite, Auto Leasing-Verbindlichkeiten, Kredite an Autohändler, Studentendarlehen, Kreditkartenverbindlichkeiten, Handelsfinanzierungen, Vorfinanzierung von Nachschussverpflichtungen („capital call receivables“), private und gewerbliche Immobilienfinanzierungen, zukünftige Zahlungsströme und sonstige Vermögenswerte. Als Verwalter von CP-Programmen unterstützen wir den Erwerb von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein CP Conduit, das anschließend zur Finanzierung dieses Erwerbs kurzfristige CP hoher Bonität am Markt verkauft, die durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert sind. Um eine Investment-Grade Bonitätseinstufung für die CP aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsunterstützung. Wir stellen diesen Conduits Liquidität und Kreditverbesserung zur Verfügung. Die entsprechenden Fazilitäten sind Teil des aufsichtsrechtlichen Anlagebuchs. Darüber hinaus schließen wir in Einzelfällen auch Währungs- und Zinsswaps mit den Conduits ab, die im Handelsbuch erfasst werden. Weitere Details zu unserem Engagement gegenüber Conduits innerhalb von ABCP-Programmen finden sich im Abschnitt „Arten von Zweckgesellschaften, die von der Gruppe als Sponsor verwendet werden“.

Ferner handeln wir als Investor in von Dritten herausgegebenen Verbriefungen, indem wir von Dritten emittierte Verbriefungstranchen kaufen oder indem wir Liquidität, Kreditverbesserungen oder eine andere Art der Finanzierung zur Verfügung stellen. Ergänzend unterstützen wir Verbriefungen Dritter, indem wir Derivate in Bezug auf die Verbriefungsstrukturen zur Verfügung stellen. Diese beinhalten Währungs-, Zins-, Aktien- und Kreditderivate.

Etwa 45 % unserer Verbriefungsaktivitäten in 2013 bezogen sich auf Aktivitäten als Originator, überwiegend für Transaktionen von CPSG, das heißt für Risikotransfers aus unserem bestehenden Kreditbuch. Bei den übrigen Verbriefungsaktivitäten übernahmen wir für etwa ein Drittel die Investorenrolle, für den Rest waren wir als Sponsor tätig.

Im Laufe des Jahres 2013 hat sich das gesamte Verbriefungsbuch um 13,7 Mrd € auf 51,5 Mrd € reduziert. Hauptgründe waren die zuvor erwähnte Beendigung/Aberkennung der Kreditrisikoabsicherung sowie die andauernde Strategie der Risikoreduzierung, die während des Jahres verfolgt wurde. Etwa 55 % dieser Reduktion beziehen sich auf Kredite an Industrieunternehmen und KMU.

Generell sind die Verbriefungspositionen der Leistungsfähigkeit verschiedener Arten von Vermögenswerten ausgesetzt, im Wesentlichen besicherte oder unbesicherte Industriekredite, Verbraucherkredite wie Auto- oder Studentenkredite sowie erst- oder zweitrangige Sicherungsrechte auf Wohn- oder Gewerbeimmobilien. Grundsätzlich sind wir in allen Risikoklassen der Verbriefungen aktiv, mit einem Schwerpunkt in den vorrangigen Tranchen. Die Untergruppe der Wiederverbriefungen ist im Wesentlichen gesichert durch nachrangige US-Wertpapiere, welche durch Immobilien von Privathaushalten besichert sind.

Der primäre Rückgriff für Verbriefungspositionen liegt in den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Das damit zusammenhängende Risiko wird verringert durch Kreditverbesserung, üblicherweise in Form von Überbesicherung, Nachrangigkeit, Reservekonten, Zinsüberschuss oder anderen Unterstützungsmechanismen. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen bestehen unter anderem aus in der Kreditdokumentation enthaltenen Klauseln („performance triggers“), finanziellen Verpflichtungen („financial covenants“) und Verzugs Klauseln, welche bei Eintritt Rechte auf beschleunigte Rückzahlung, Zwangsvollstreckung und/oder andere Abhilfen auslösen.

Die erste Due Diligence-Prüfung (Ordnungsmäßigkeitsprüfung) neuer Engagements im Anlagebuch beinhaltet, abhängig von der jeweiligen Transaktion, in der Regel alle oder einen Teil der folgenden Maßnahmen: (a) Überprüfung der betreffenden Dokumente einschließlich Term Sheets, Servicer-Berichten oder sonstiger historischer Performancedaten, Gutachten Dritter, wie Analysen von Ratingagenturen (bei externen Ratings) etc., (b) die Modellierung von Basis- und Downside-Szenarien durch Cashflow-Modelle für die verschiedenen Vermögensklassen, (c) Überprüfung der Servicer zur Einschätzung der Widerstandsfähigkeit ihrer Prozesse und ihrer Finanzstärke. Das Ergebnis dieser Due Diligence-Prüfung ist in einem Kredit- und Ratingbericht zusammengefasst, welcher abhängig von Kredithöhe und zugeordnetem internem Rating mit entsprechender Kreditkompetenz genehmigt werden muss.

Die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an den Risikselbstbehalt, die Due Diligence und die Überwachung gehören zu unserem Credit Review-Prozess. Die für die Berichterstattung benötigten Daten werden über die IT-Systeme gesammelt, die für den Credit Review-Prozess und das finanzielle Reporting genutzt werden.

Die fortlaufende, regelmäßige Überwachung der Leistungsfähigkeit schließt einen Vergleich der regelmäßigen Berichte der Dienstleister („Servicer“) zu in der Kreditdokumentation enthaltenen Leistungsauslösern oder -verpflichtungen sowie der allgemeinen Trends bezüglich der Entwicklung der Wirtschaft, der geografischen Region, der Branche oder des Servicers mit ein. Die Überwachung der Teilmenge der Wiederverbriefungen bezieht, soweit verfügbar, die Performance der den einzelnen Verbriefungstranchen zugrunde liegenden Vermögenswerte ein.

Für längerfristige Kreditzusagen ist eine mindestens jährliche Überprüfung der internen Bonitätseinstufung erforderlich. Wesentliche negative (oder positive) Veränderungen in der Leistungsfähigkeit der zugrunde liegenden Vermögenswerte können eine frühere Überprüfung auslösen. Vollständige Kreditüberprüfungen sind ebenfalls jährlich erforderlich oder, bei Krediten mit guter Bonitätseinstufung, alle zwei Jahre. Darüber hinaus gibt es einen getrennten, üblicherweise quartalsweisen „watch list“-Prozess für Kredite, bei denen ein erhöhtes Verlustrisiko festgestellt wurde. Er erfordert eine getrennte Einschätzung der Performance der Vermögenswerte und des Servicers, schließt eine Überprüfung der Kreditstrategie ein und identifiziert Maßnahmen zur Verringerung des Verlustpotenzials. Das Vorgehen für Wiederverbriefungen unterscheidet sich hiervon nicht.

Die Einschätzung der strukturellen Integrität ist eine weitere wichtige Komponente des Risikomanagements für Verbriefungen, mit einem Fokus auf der strukturellen Absicherung einer Verbriefung, wie in der Kreditdokumentation definiert (zum Beispiel Bestehen der Sicherheitsposition, Separierung der Zahlungsströme und Buchprüfungsrechte). Diese Einschätzung wird für jede Verbriefung von einem zweckbestimmten Team durchgeführt, welches außenstehende Buchprüfer engagiert, Prüfungsumfänge definiert und die Ergebnisse solcher externer Prüfungen bewertet. Das Ergebnis dieser Risikoprüfungen und -einschätzungen ergänzt die Kredit- und Bonitätsbewertung durch das Kreditrisikomanagement.

Verbriefungsaktivitäten haben einen Einfluss auf unsere Liquiditätsaktivitäten. Einerseits haben wir, wie zuvor erwähnt, in 2008 und 2009 Verbriefungstransaktionen als Teil einer aktiven Liquiditätsmanagementstrategie abgeschlossen. Andererseits sind wir in Bezug auf mögliche Ziehungen der Liquiditätsunterstützung für konzernunterstütztes ABCP oder andere revolvingende Kreditzusagen exponiert. Dieses gesamte Liquiditätsrisiko wird durch unsere Treasury-Abteilung überwacht, ist Teil der konzernweiten Liquiditätsplanung und unterliegt regelmäßigen Stresstests.

Wir haben einen Teil des bestehenden Bestands an Verbriefungstransaktionen als „Altbestand“ identifiziert, gekennzeichnet für Risikoreduzierungen, der jetzt Teil unserer NCOU ist. Risikoreduzierung bedeutet üblicherweise, dass bestehende Posten in unseren Büchern teilweise oder vollständig im Markt veräußert werden – sofern angemessene Verkaufspreise erzielt werden können. Diese Posten profitieren auch, soweit anwendbar, von Reduzierungen durch Amortisation. Im Laufe des Jahres 2013 zeigte der „Altbestand“ eine Nettoreduktion um 11,0 Mrd € auf 7,6 Mrd €.

Kreditabsicherungsgeschäfte für Verbriefungsstrukturen werden im Zusammenhang mit jeder individuellen Kreditgenehmigung angeordnet und bei jeder internen Kredit- oder Bonitätsüberprüfung erneut betrachtet. Allerdings erfolgt das Management der Kreditrisiken weitgehend durch Vermeidung unangemessener Risikokonzentrationen auf Ebene von Kreditnehmer, Servicer und Klasse der Vermögenswerte. Eine höhere anfängliche Risikoübernahme wird auf einen in der Kreditgenehmigung angeordneten Endstand reduziert, im Wesentlichen durch Syndizierung oder Verkäufe im Sekundärmarkt. Der Erfolg dieser Risikoreduzierung wird überwacht und regelmäßig an das Management berichtet. Im Anlagebuch gibt es Kreditabsicherungsgeschäfte nur in sehr geringem Umfang.

Darüber hinaus finden Absicherungsgeschäfte im Zusammenhang mit der Strukturierung von Verbriefungstransaktionen üblicherweise statt, um die Zweckgesellschaft von Zins- und Währungsrisiken freizustellen – soweit aufgrund der Art der verbrieften Vermögenswerte erforderlich. Wenn wir diese Absicherung zur Verfügung stellen, wird das damit zusammenhängende Kreditrisiko gegenüber der Verbriefungsstruktur in die Bewertung des Kreditrisikomanagements eingeschlossen und im Folgenden als Teil des Anlagebuchs berichtet, obwohl es tatsächlich Teil des Handelsbuchs ist. Falls die Absicherung nicht durch uns erfolgt, wird sie weitgehend mit großen, solventen internationalen Finanzinstitutionen abgeschlossen. Dieses indirekte Kontrahentenrisiko wird an den Kreditanalysten des Sicherungsgebers gemeldet und wird Teil seiner/ihrer Krediteinschätzung.

Verbriefungen im Handelsbuch

Im Handelsbuch agieren wir als Originator, Sponsor und Investor. In der Investorenrolle ist unser Hauptziel die Funktion als Market Maker im Sekundärmarkt. Diese Funktion als Market Maker beinhaltet die Bereitstellung eines liquiden Markts für unsere Kunden sowie eines Zwei-Wege-Markts (Kauf /Verkauf), um hieraus Handelserträge zu generieren. Als Originator sind wir im Wesentlichen in kurzfristigen synthetischen eintranchigen Schuldverschreibungen (SST-CDOs) tätig, welche durch Kredite an Konzerne oder SMEs gestützt sind. Ebenfalls in einer Originatorrolle finanzieren wir Kredite zur späteren Verbriefung, im Wesentlichen beschränkt sich dies auf den Bereich gewerbliche Immobilienfinanzierung. Handelsbuchaktivitäten, in denen wir die Rolle eines Sponsors haben (ohne Aktivitäten aus „Multi-Seller“-Transaktionen), sind minimal.

Wir halten ein Portfolio von ABS-Korrelationsgeschäften in der NCOU, welches derzeit abgewickelt wird. Außer Geschäften zur Risikoreduzierung dieses Portfolios unternehmen wir in diesem Bereich keine neuen Aktivitäten mehr. Das Risiko aus diesen Positionen wird im Rahmen des Market Risk Management Governance Framework (im Folgenden erläutert) aktiv gesteuert.

Unsere Handelsbereiche handeln Verbriefungspositionen entlang der gesamten Kapitalstruktur, von erstrangigen Bonds mit großem Nachrang zu nachrangigen First-loss-Tranchen, sowohl Verbriefungen als auch Wiederverbriefungen. Unser Exposure auf Wiederverbriefungen im Handelsbuch betrug zum 31. Dezember 2013 1.025 Mio € im Vergleich zu 858 Mio € im Vorjahr und besteht im Wesentlichen aus forderungsbesicherten Wertpapieren älterer Jahrgänge (einschließlich eines Anteils an Verbriefungen) und einer mittleren Bonitätseinstufung

von A–. Der unterschiedliche Grad des Risikos entlang der Kapitalstruktur spiegelt sich im Preis wider, zu dem eine Verbriefungsposition gehandelt wird, da der Markt einen Mindestertrag unter Berücksichtigung des Verlustrisikos aus seinem Investment erwartet. Verbriefungspositionen bestehen größtenteils aus Wertpapieren, gestützt auf erst- oder zweitrangige Sicherungsrechte auf Wohn- oder Gewerbeimmobilien („RMBS“ oder „CMBS“), forderungsbesicherten Wertpapieren („CLOs“), unterlegt durch erstrangige Unternehmenskredite oder unbesicherte Kredite, sowie ABS, unterlegt durch besicherte oder unbesicherte Konsumentenkredite.

Ähnlich wie bei anderen Vermögenswerten im Anleihe- und Kreditgeschäft steht der Handel mit Verbriefungen in engem Zusammenhang mit globalem Wachstum und geopolitischen Ereignissen, die die Liquidität beeinflussen und, wie in der Krise beobachtet, zu niedrigeren Handelsvolumina führen können. Die Investorennachfrage nach verbrieften Produkten hat sich seit 2012 mit der Stabilisierung der globalen Wirtschaft und der Rückkehr zur Marktliquidität erhöht. 2013 gab es größere Unsicherheit hinsichtlich des Zeitpunkts des schrittweisen Ausstiegs der US-Zentralbank aus ihrer Politik der quantitativen Lockerung und der Gesetzgebungsdebatte über die Schuldenobergrenze in den USA. Dies führte bei allen festverzinslichen Produkten zu einer Zunahme der Volatilität und einem Rückgang der Liquiditäts-/Handelsvolumina. Andere potenzielle Risiken bei Verbriefungswerten sind eine vorzeitige Rückzahlung, die Verlustschwere bei Zahlungsausfällen sowie die Performance der Servicer. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Vermögenspositionen im Handelsbuch zu Marktwerten bewertet und die zuvor genannten Risiken im Preis berücksichtigt werden.

Unser Governance-Rahmenwerk für das Marktrisikomanagement („Market Risk Management Governance Framework“) wird für alle Verbriefungspositionen im Handelsbuch eingesetzt. Zu dem auf Verbriefungen angewandten Rahmenwerk für die Risikosteuerung (Risk Government Framework) gehören auch Richtlinien und Verfahren bezüglich der Genehmigung neuer Produkte und Transaktionstypen, von Risikomodellen und -messungen sowie Bestandsverwaltungssystemen und der Buchung von Handelsgeschäften. Alle Verbriefungspositionen werden erfasst und bei der Berechnung des Value-at-Risk, des gestressten Value-at-Risk und Ökonomischem Kapitals berücksichtigt. Die Bewertungen sind abhängig von internen sowie externen Modellen und Prozessen. Sie schließen die Nutzung von Bewertungen Dritter bezüglich der Risiken aus den zugrunde liegenden Sicherheiten ein. Alle Verbriefungspositionen im Handelsbuch werden auf globaler, regionaler und Produktebene innerhalb des Risk Governance-Rahmenwerks erfasst, bilanziert und limitiert. Änderungen des Kredit- oder Marktrisikos werden ebenfalls ausgewiesen.

Die Limitstruktur schließt Value-at-Risk und produktspezifische Limite ein. Marktwertlimite für Vermögensklassen hängen von der Rangstufe/dem Rating und der Liquidität ab. Schlechter bewertete Positionen oder Positionen in weniger liquiden Vermögensklassen sind durch ein niedrigeres Handelslimit gekennzeichnet. Das Limitüberwachungssystem erfasst die Risiken und markiert jegliche Überschreitung von Schwellenwerten. Für alle Transaktionen oberhalb des Limits ist eine Genehmigung durch Market Risk Management erforderlich. Die Prozesse für Verbriefungen und Wiederverbriefungen sind gleichartig.

Unser Prozess zur Erfassung der gehandelten Kreditpositionen („Traded Credit Positions“, „TCP“) berücksichtigt das Emittentenrisiko für Verbriefungspositionen im Handelsbuch. In den Fällen, in denen das Risikomanagement auf Portfolio- und Vermögensklassenebene über das Steuerungsrahmenwerk für das Marktrisikomanagement (Market Risk Management Governance Framework) erfolgt, steuert TCP-Securitization das Konzentrationsrisiko und legt die Limite auf Positionsniveau fest. Die Limitstruktur basiert auf Vermögensklassen und dem Rating. Für Positionen mit verminderter Liquidität und Positionen mit niedrigem Rating werden niedrigere Handelslimite festgesetzt. Wir erstellen Berichte zum Limitmanagement, um die Einhaltung der Limite auf Positionsebene sicherzustellen und alle potenziellen Limitüberschreitungen festzustellen. Wenn Positionen die relevanten Marktwertlimite auf globaler Ebene überschreiten, ist eine Genehmigung durch TCP erforderlich. Weitere Due Diligence-Prüfungen erfolgen bei Positionen, für die eine Handelsgenehmigung seitens TCP erforderlich ist. Sie beinhalten die Analyse der Kreditperformance des Wertpapiers und die Beurteilung der Risiken des betreffenden Handelsgeschäfts. Außerdem beinhaltet der Risikomanagementprozess Stresstests zur Werthaltigkeit der Sicherheiten und eine Überwachung der Performance. Der TCP-Prozess erfasst sowohl Verbriefungen als auch Wiederverbriefungen.

Die Verbriefungshändler beziehen Absicherungsgeschäfte sowohl auf Makro- wie auch auf Positionsebene ein, um Kredit-, Zins- sowie gewisse Ablaufrisiken („tail risk“) des gesamten Verbriefungsbuchs zu verringern. Duration und Kreditsensitivitäten (DV01s und CS01) sind die primären Maßstäbe für die Risikosensitivität zur Ermittlung angemessener Absicherung. Einige der genutzten Absicherungsprodukte schließen Zinsswaps, US Treasuries und produktspezifische Indizes ein. Das Marktrisiko der Absicherungsgeschäfte (sowohl gedeckt als auch ungedeckt) ist im zuvor beschriebenen Marktrisikomanagement-Steuerungsrahmenwerk eingeschlossen und wird darin verwaltet. Das Kontrahentenrisiko aus Absicherungsgeschäften (sowohl gedeckt als auch ungedeckt), welches überwiegend gegenüber großen, globalen Finanzinstitutionen besteht, wird in einem formalisierten Risikomanagementprozess durch das Kreditrisikomanagement verwaltet und genehmigt.

Nach Maßgabe von Basel 2.5 und den CRR/CRD 4-Kapitalanforderungen muss vor dem Abschluss einer Transaktion für alle relevanten Positionen eine Due Diligence-Prüfung durchgeführt werden. Der betreffende Trading Desk ist für die Durchführung der Pre-Trade-Due Diligence und die anschließende Erfassung der entsprechenden Daten bei Handlungsausführung verantwortlich. Unsere Verbriefungshändler müssen die erforderlichen Daten bei Ausführung der Transaktion dokumentieren, um anzuzeigen, ob die relevanten Due Diligence-Maßnahmen durchgeführt wurden. Zu den Aufgaben im Rahmen der Pre-Trade-Due Diligence gehören Bestätigungen von Merkmalen der Dealstrukturen, die Überwachung der Performance des zugrunde liegenden Portfolios und die Offenlegung der damit verbundenen Haltepflichten. Das TCP Securitization-Team im Bereich Credit Risk Management unterzieht einzelne Basel 2.5- oder CRR/CRD 4-relevante Positionen, die die vorab definierten Limite (siehe oben beschriebenes Verfahren) überschreiten, einer weiteren Pre-Trade-Due Diligence-Prüfung.

Rechnungslegungs- und Bewertungsansätze für Verbriefungen

Unsere Rechnungslegungsgrundsätze sind in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ aufgeführt. Die wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze für durch uns originierte Verbriefungstransaktionen sowie für von uns gehaltene Aktiva, die mit der Intention erworben wurden, diese zu verbiefen, sind die „Grundsätze der Konsolidierung“, „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ und „Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ (siehe auch Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“).

Arten von Zweckgesellschaften, die von der Gruppe als Sponsor verwendet werden

Wir etablieren und verwalten als Sponsor Programme für die Ausgabe forderungsgedeckter Geldmarktpapiere („Asset Backed Commercial Paper Programs“ oder „ABCP-Programme“), mit deren Hilfe von Dritten erworbene Vermögenswerte verbrieft werden. Jedes Programm besteht aus einer Zweckgesellschaft, die die Geldmarktpapiere begibt (das „Conduit“), und einer oder mehreren unterstützenden Zweckgesellschaften, über welche die Vermögenswerte erworben werden. Die durch die ABCP-Programme verbrieften Vermögenswerte beinhalten Forderungen aus Autofinanzierungen oder Autoleasingverträgen, Ansprüche aus Vorfinanzierungen von Warenbeständen von Autohändlern („auto dealer floor plan receivables“), Studentendarlehen, Kreditkartenforderungen, Forderungen aus Handelsgeschäften, Forderungen aus Zahlungsverpflichtungen, Forderungen aus Wohn- und Gewerbeimmobilienfinanzierungen, zukünftigen Zahlungen und anderen Vermögenswerten.

Die Conduits, die zur Ausgabe der forderungsgedeckten Geldmarktpapiere („Commercial Paper“) genutzt werden, sind: Gemini Securitization Corp., Aspen Funding Corp., Newport Funding Corp., Rhein-Main Securitization Ltd., Sword Securitization Ltd., Scimitar Securitization Ltd. Die forderungsankaufenden SPEs finanzieren sich über Conduits, die Wertpapiere ausgeben (einschließlich variabler Finanzierungspapiere) oder in Kreditfazilitäten eintreten. Ausnahmen sind die SPEs, die Conduit Gemini unterstützen (Montage Funding LLC, Saratoga Funding Corp., LLC, Sedona Capital Funding Corp., LLC), die Geldmarktpapiere an Gemini ausgeben. Die folgende Tabelle stellt die ABCP-bezogenen Positionen bezogen auf die wichtigsten Conduits dar. Die dargestellten Positionen entsprechen den für regulatorische Kapitalberechnungszwecke verwendeten Werten, wie sie im Verbriefungsrahmenwerk genutzt werden.

Risikopositionswerte gegenüber ABCP-Programmen nach wesentlichen Zweckgesellschaften

	31.12.2013
in Mio €	Positionen
Aspen Funding Corp.	959
Newport Funding Corp.	582
Gemini Securitization Corp. LLC ¹	6.176
Sedona Capital Funding Corp. LLC	1.659
Montage Funding LLC	894
Saratoga Funding Corp. LLC	1.047
Rhein-Main Securitization Ltd.	3.195
RM Multi-Asset Ltd.	215
RM Fife Ltd.	922
RM AYR Ltd.	551
RM Sussex Ltd.	963
RM Chestnut Ltd.	543
Sword Securitization Ltd.; Scimitar Securitization Ltd.	338
SPAN NO 9 PT LIMITED	338
Insgesamt	11.250

¹ Positionswerte setzen sich aus 2,6 Mrd € direkt gegenüber Gemini Securitization Corp. LLC und 3,6 Mrd € zusätzlich gegenüber Sedona Funding Corp. LLC, Montage Funding LLC und Saratoga Funding Corp. LLC eingegangener Exposure zusammen.

Wir übernehmen sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Adressenausfallrisiken. Diese stammen aus den unterstützenden Zweckgesellschaften oder aus den dem entsprechenden Conduit zur Verfügung gestellten Liquiditätsfazilitäten, Garantien, Kreditderivaten (in Form von Total Return Swaps) oder vergleichbaren Kreditverbesserungen, aus Derivaten, die der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken dienen, sowie aus Geldmarktpapieren.

Gelegentlich unterstützen wir auf Einzeltransaktionsbasis auch Zweckgesellschaften beim Erwerb von durch Dritte begründeten Vermögenswerten, bei denen unser Beitrag, insbesondere unser Einfluss auf die Auswahl der erworbenen Vermögenswerte und die Strukturierung der Verbriefung, so wesentlich ist, dass wir uns als Sponsor qualifizieren. Diese Arten von Verbriefungstransaktionen schließen auch solche mit ein, bei denen ein geringer Teil der verbrieften Forderungen von uns selbst begründet wurde; Beispiele sind ausgefallene oder nicht ausgefallene Forderungen aus Wohnungsbaukrediten oder gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Wir übernehmen sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Adressenausfallrisiken inklusive Erstverlusttranchen oder Derivate zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken.

Als Originator oder Sponsor von Verbriefungstransaktionen verkaufen wir die durch solche Verbriefungstransaktionen begründeten Geldmarktpapiere oder Tranchen (oder veranlassen entsprechende Verkäufe durch beauftragte Wertpapierdienstleister beziehungsweise „Market Maker“) ausschließlich auf der Basis reiner Ausführungsgeschäfte und nur an erfahrene Unternehmen, die auf ihre eigene Risikoeinschätzung vertrauen. Im Rahmen unseres gewöhnlichen Geschäftsverkehrs bieten wir Unternehmen, für die wir gleichzeitig auch Anlageberatungsdienstleistungen erbringen, keine Geldmarktpapiere oder andere Tranchen aus Verbriefungstransaktionen an, für die wir als Originator oder Sponsor gelten.

Unser Geschäftsbereich Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) stellt Asset Management-Service für Investmentvermögen einschließlich Anlagefonds und alternative Investmentfonds sowie für Privatplatzierungen mit Zugriff auf traditionelle und alternative Investments über alle wichtigen Forderungsklassen einschließlich Verbriefungspositionen zur Verfügung. Ein kleiner Anteil von weniger als 1,6 % beinhaltet Tranchen in Verbriefungstransaktionen, in denen die Deutsche Bank als Originator oder Sponsor agiert.

Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Verbriefungen

Das Kreditwesengesetz (KWG) definierte in § 1b, welche Arten von Transaktionen und Positionen als Verbriefungstransaktionen und -positionen für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung dargestellt werden.

Generell sind Verbriefungstransaktionen definiert als Transaktionen, bei denen das Kreditrisiko eines verbrieften Portfolios in mindestens zwei Tranchen aufgeteilt wird und bei denen die Zahlungen an die Inhaber der Tran-

chen von der Performance des verbrieften Portfolios abhängen. Die einzelnen Tranchen stehen in einem Rangfolgeverhältnis. Dieses bestimmt die Reihenfolge und Höhe der Zahlungen oder Verluste, die den Inhabern der Tranchen zugewiesen werden (Wasserfall). So führt die Zuweisung von Verlusten zu einer Junior-Tranche nicht bereits zur Beendigung der gesamten Verbriefungstransaktion, das heißt, die Senior-Tranchen bestehen weiter nach Verlustzuweisungen an nachgeordnete Tranchen.

Verbriefungspositionen können in verschiedenen Formen eingegangen werden, wie beispielsweise als Investitionen in Verbriefungstranchen, im Wasserfall stehende Derivatetransaktionen zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken, Liquiditätsfazilitäten, Kreditverbesserungen, Gewährleistungen oder Sicherheiten für Verbriefungstranchen.

Vermögenswerte, die selbst begeben oder angekauft wurden und bei denen eine Absicht besteht, diese zu verbriefen, folgen den allgemeinen Regeln für die Zuordnung zum Bank- oder Handelsbuch. Weitere Details sind im Abschnitt „Zuordnung von Positionen zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch“ beschrieben.

Der Ansatz für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungspositionen des Bank- und des Handelsbuchs wurde von der Solvabilitätsverordnung (SolvV) vorgegeben.

Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen des Bankbuchs

Das aufsichtsrechtliche Kapital für das Kreditrisiko von Verbriefungspositionen im Bankbuch wurde auf Grundlage der Regelungen für Verbriefungen in den §§ 225 bis 268 SolvV bestimmt. Dabei wird zwischen dem Kreditrisiko-Standardansatz („KSA“) und dem Internal Ratings Based Approach („IRBA“) für Verbriefungen unterschieden. Die Klassifizierung von Verbriefungspositionen als KSA- oder IRBA-Verbriefungspositionen hängt von der Art des verbrieften Portfolios ab. Der KSA ist anzuwenden, wenn das verbriefte Portfolio überwiegend Kreditrisikopositionen enthält, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen gemäß dem Kreditrisikorahmenwerk eingestuft würden. Sofern hingegen die Mehrheit des verbrieften Portfolios aus IRBA-Positionen besteht, ist die Verbriefungsposition als IRBA-Verbriefungsposition einzuordnen.

Die Risikogewichte von KSA-Verbriefungspositionen werden aus ihren jeweiligen externen Bonitätseinstufungen abgeleitet, sofern diese berücksichtigungsfähig sind. Externe Bonitätseinstufungen müssen bestimmte Eignungskriterien erfüllen, um zur Berechnung des Risikogewichts herangezogen werden zu können. Berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufungen stammen von Standard & Poor's, Moody's, Fitch Ratings und DBRS. Sofern mehr als eine berücksichtigungsfähige Bonitätseinstufung für eine bestimmte Verbriefungsposition verfügbar ist, wurde gemäß der §§ 236 bis 237 SolvV die zweitbeste externe Bonitätseinstufung als relevante Bonitätseinstufung für die Position verwendet. KSA-Verbriefungspositionen ohne berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufung wurden vom aufsichtsrechtlichen Kapital abgezogen, sofern für sie nicht der alternative Risikokonzentrationsansatz gemäß § 243 (2) SolvV angewandt wurde, der zu einem Risikogewicht von unter 1.250 % führen könnte.

Das Risikogewicht der IRBA-Verbriefungspositionen wird entsprechend der folgenden Hierarchie ermittelt:

- Wenn ein oder mehrere anerkannte externe Bonitätseinstufungen für die IRBA-Verbriefungsposition existieren oder wenn eine externe Bonitätseinstufung aus einer berücksichtigungsfähigen externen Bonitätseinstufung einer Benchmark-Verbriefungsposition abgeleitet werden kann, wird das Risikogewicht auf Basis der relevanten externen Bonitätseinstufung abgeleitet (ratingbasierter Ansatz).
- Wenn dagegen keine berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufung existiert oder abgeleitet werden kann, wird das Risikogewicht der IRBA-Verbriefungsposition im Allgemeinen auf Grundlage des aufsichtsrechtlichen Formelansatzes nach § 258 SolvV oder des internen Einstufungsverfahrens (Internal Assessment Approach, auch „IAA“) gemäß § 259 SolvV ermittelt.
- Falls keiner der genannten Ansätze angewandt werden kann, wurde die Position vom aufsichtsrechtlichen Kapital abgezogen.

Der ratingbasierte Ansatz gilt für den größten Teil unserer IRBA- und KSA-Verbriefungspositionen, vor allem in den unteren (besseren) Risikogewichtsbändern. Wir nutzen vorwiegend die externen Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings sowie in einzelnen Fällen von DBRS. Die Mehrheit der Verbriefungspositionen mit einer berücksichtigungsfähigen externen oder abgeleiteten externen Bonitätseinstufung umfasst zurückbehaltene Positionen aus unseren synthetischen Verbriefungen oder von uns als Investor gehaltene Verbriefungspositionen. Die Risikogewichtsberechnung nach dem Risikokonzentrationsansatz wird für einige wenige KSA-Verbriefungspositionen angewandt, die im Vergleich zu unseren gesamten Verbriefungspositionen im Bankbuch gering sind. Der Anwendungsbereich des aufsichtsrechtlichen Formelansatzes und des internen Einstufungsverfahrens wird nachfolgend beschrieben.

Wir haben keine Verbriefungspositionen im Bestand, für die die besonderen Regelungen für Originatoren von Verbriefungstransaktionen zur Anwendung gekommen sind, zu denen ein vom Originator zu berücksichtigender Investorenanteil gemäß den §§ 245 ff. beziehungsweise 262 ff. SolvV gehört.

Aufsichtsrechtlicher Formelansatz und internes Einstufungsverfahren

Die Risikogewichtung von Verbriefungspositionen, die dem aufsichtsrechtlichen Formelansatz (Supervisory Formula Approach, „SFA“) unterliegen, wird anhand einer Formel bestimmt, die unter anderem vom Kapitalbedarf des verbrieften Portfolios und der Seniorität der Verbriefungsposition im Wasserfall als Eingangsparametern abhängt. Bei der Anwendung des SFA schätzen wir die Risikoparameter PD und LGD für die Vermögenswerte des Verbriefungsportfolios unter Anwendung unserer intern entwickelten und für diese Aktiva zugelassenen Bonitätseinstufungssysteme. Wir entwickeln kontinuierlich neue Bonitätseinstufungssysteme zur Anwendung auf homogene Portfolios von Forderungen, die nicht von uns begeben wurden. Diese Bonitätseinstufungssysteme basieren auf historischen Ausfallraten und Verlustinformationen für vergleichbare Forderungen. Die Risikoparameter PD und LGD werden dabei auf Portfolioebene abgeleitet.

Ungefähr 50 % der gesamten Verbriefungspositionen im Bankbuch unterliegen dem SFA. Dieser Ansatz wird überwiegend zur Einschätzung von Positionen verwendet, die auf Unternehmenskrediten, Automobilkrediten und gewerblichen Immobilien basieren.

Für nicht geratete IRBA-Verbriefungspositionen im Zusammenhang mit ABCP-Programmen, bei denen es sich nicht um Asset Backed Commercial Paper handelt, wird das Risikogewicht anhand des Internal Assessment Approach („IAA“) berechnet. Neben der Anwendung dieses Konzepts für aufsichtsrechtliche Zwecke wird die interne Bonitätseinstufung, welche aus dem IAA abgeleitet wird, für die Berechnung des erwarteten Verlusts und des Ökonomischen Kapitals verwendet und spielt eine signifikante Rolle im Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozess.

Wir haben die Genehmigung der BaFin erhalten, den IAA für etwa 85 % der Verbriefungspositionen gegenüber ABCP-Conduits anzuwenden.

Vermögensklassen, die dem IAA unterliegen, werden von einem spezifischen und detaillierten Regelwerk pro Vermögensklasse (Asset Class Write-ups, auch „ACW“) erfasst. Die ACW wurden in Zusammenarbeit aller unserer relevanten Abteilungen einschließlich Credit Risk Management, Risk Analytics and Living Wills und des kundenbezogenen Bereichs eingeführt. Das Regelwerk wird in einem formellen internen Prozess überprüft und genehmigt. Diese Überprüfung erfolgt mindestens jährlich. Im Falle wesentlicher Veränderungen im Rahmen des Überprüfungsprozesses erfordern die ACW eine erneute Genehmigung der Aufsicht für bereits zugelassene Vermögensklassen.

Wir haben für 14 verschiedene Vermögensklassen – sowohl für private als auch gewerbliche Vermögenswerte – eine Zulassung der BaFin für den IAA erhalten. Die Stressfaktoren unterscheiden sich je nach Vermögensklasse und Bonitätseinstufungsebene. Sie basieren auf Kriterien, die von der führenden Ratingagentur festgelegt wurden, und bilden die Grundlage der internen qualitativen und quantitativen Analyse der Bonitätseinstufungen. Die Stressfaktorenmultiplikatoren geben an, wie viele Kreditverbesserungen im Vergleich zum erwarteten Verlust auf Portfolioebene notwendig sind, um eine spezielle Bonitätseinstufung zu

erzielen. Die beiden folgenden Tabellen zeigen a) die Stressfaktormultiplikatoren auf Bonitätseinstufungsebene oder b) die wesentlichsten Stresstestmethodiken für die Vermögensklassen ohne definierte Stressfaktormultiplikatoren, basierend auf der Methodik der jeweilig führenden Ratingagenturen.

IAA genehmigte Vermögensklassen – Zusammenfassung der Stressfaktormultiplikatoren der Ratingagenturen

Vermögensklasse	Automobilkredite	Forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations; CDOs)	Gewerbliche Leasing- und Kreditfinanzierungen	Konsumentenkredite	Kreditkarten	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Dominierende Ratingagentur	S&P	Moody's	S&P	S&P	S&P	S&P
AAA	3,75–5	1,95	5	4–5	3–6,6	2,5
AA	3–4	1,8–1,76	4	3–4	2,5–5	2,25
A	2–3	1,73–1,69	3	2–3	2–3,75	2
BBB	1,75–2	1,67–1,63	2	1,5–2	1,5–2,5	1,5
BB	1,5–1,75	1,5–1,2		1–1,5	1,25–1,5	

Zusammenfassung der Stressfaktormethodik der Ratingagenturen ohne definierte Stressfaktormultiplikatoren

Vermögensklasse	Nachschussverpflichtungen	MBS – Servicerorschüsse	Marktwert-CDO	RMBS – Australien	RMBS – Europa	RMBS – USA	Strukturierte Entschuldigungsleistungen	Studentendarlehen aus dem Federal Family Education Loan Program (FFELP)
Führende Ratingagentur	Moody's	Moody's	S&P	S&P	S&P	S&P	S&P	Moody's
Anmerkung	Die Methodik basiert auf konservativen Annahmen hinsichtlich der Bonität des Kreditnehmers und der Erlösquoten und wird von bereits vorhandenen Korrelationskriterien gestützt.	Die Methodik basiert auf bonitätsstufen-spezifischen Erlösquoten für unterschiedliche Arten von Servicerorschüssen. Die Cashflows werden verschiedenen Zinssatz-Stressszenarien unterzogen.	Die Methodik von S&P und Moody's basiert auf Beleihungsquoten statt auf Stressfaktormultiplikatoren, die auf den jeweiligen Websites der Unternehmen nachzulesen sind.	Die S&P-Methodik, der Ausfall- und Verlustannahmen je Bonitätsstufe zugrunde liegen, basiert auf Benchmark-Pools. Dabei werden die für den jeweiligen Pool angemessenen Anpassungen verglichen.	Die S&P-Methodik, der Ausfall- und Verlustannahmen je Bonitätsstufe zugrunde liegen, basiert auf Benchmark-Pools. Dabei werden die für den jeweiligen Pool angemessenen Anpassungen verglichen.	Jedes Darlehen in dem Pool wird auf Grundlage der Ausfall- und Verlustannahmen von S&P für die unterschiedlichen Bonitätsstufen unterzogen.	Es ergibt sich eine wahrscheinliche Verteilung möglicher Ausfallquoten auf jeder Bonitätsstufe. Dabei werden für das Portfolio branchenspezifische Erlösquoten angesetzt. Zusätzliche Stresstests in Bezug auf den Ausfall des größten Kunden und der größten Branche.	Entspricht der Methodik von Moody's, bonitätsstufen-spezifische Stresstests durchzuführen und unter anderen definierte kumulative Ausfallquoten, Raten für freiwillige vorzeitige Tilgungen, Zurückweisungsquoten des Servicers und die Quote der Schuldner mit Rückzahlungsvorteilen anzuwenden.

Informationen basieren auf Methoden, die von den jeweiligen führenden Ratingagenturen veröffentlicht werden und sich von Zeit zu Zeit ändern können.

Die Cashflow-Modelle, die jeder Vermögensklasse zugrunde liegen, sind ebenfalls Gegenstand der regelmäßigen Überprüfung. Für Verbriefungen in diesen Vermögensklassen nutzen wir externe Ratingagenturen, nämlich Standard & Poor's und Moody's, wie in oben stehender Tabelle dargestellt.

Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen des Handelsbuchs

Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für das Marktrisiko von Verbriefungen im Handelsbuch wurden auf der Grundlage einer Kombination von internen Modellen und regulatorischen Standardansätzen nach §§ 314 ff. SolvV bestimmt.

Die Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko der Verbriefungspositionen im Handelsbuch ist die Summe aus (i) der Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko und (ii) der Stress-Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko.

Die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko der Verbriefungspositionen im Handelsbuch hängt davon ab, ob die Positionen dem aufsichtsrechtlichen Correlation Trading Portfolio („CTP“) zugeordnet werden oder nicht.

Für Verbriefungspositionen, die nicht dem CTP zugeordnet sind, wird die aufsichtsrechtliche Kapitalanforderung für das besondere Kursrisiko auf der Basis des Marktrisiko-Standardansatzes („MRSA“) berechnet. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungen im Handelsbuch wird in der Regel unter Verwendung der gleichen Methoden ermittelt, die auf Verbriefungspositionen im Bankbuch Anwendung finden. Der einzige Unterschied ist die Verwendung des SFA für Verbriefungspositionen im Handelsbuch, bei dem die Kapitalanforderung des verbrieften Portfolios unter Hinzuziehung von Risikoparametern (PD und LGD) bestimmt wird, die auf dem Modell des Inkrementellen Risikoaufschlags basieren. Die MRSA-basierte Kapitalanforderung für das spezifische Risiko wird als die höhere der Kapitalanforderungen für alle Netto-Long- und alle Netto-Short-Verbriefungspositionen außerhalb des CTP bestimmt. Die Verbriefungspositionen, die in den MRSA-Berechnungen für das spezifische Risiko berücksichtigt werden, sind zusätzlich in den Value-at-Risk- und in den Stress-Value-at-Risk-Berechnungen für das spezifische Risiko enthalten.

Verbriefungen im Handelsbuch, die der MRSA-Behandlung unterliegen, umfassen verschiedene Vermögensklassen, die sich durch die jeweiligen zugrunde liegenden Sicherheiten unterscheiden:

- durch Hypotheken auf Wohnimmobilien besicherte Schuldverschreibungen (Residential Mortgage Backed Securities, „RMBS“);
- durch Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere (Commercial Mortgage Backed Securities, „CMBS“);
- durch Kredite besicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Loan Obligations, „CLO“);
- forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations, „CDO“); und
- durch Kredite besicherte Wertpapiere (inklusive Kreditkarten, Automobilkrediten und -leasing, Studentendarlehen, Betriebsmitteldarlehen und -leasing, Händlereinkaufsfinanzierungen etc.).

Sie umfassen auch synthetische Kreditderivate und häufig gehandelte Indizes auf die oben genannten Instrumente.

Die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko von Verbriefungspositionen, die dem CTP zugeordnet sind, ist dagegen die Summe aus (i) der Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das spezifische Risiko, (ii) der Krisen-Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das spezifische Risiko und (iii) der Kapitalanforderung für das spezifische Risiko, welche auf Basis des Modells für den Umfassenden Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“) abgeleitet wird. Für die CRM-basierte Kapitalanforderung gilt eine Untergrenze von 8 % des höheren Betrags aus der MRSA-Kapitalanforderung für das spezifische Risiko für alle Netto-Long- und alle Netto-Short-Verbriefungspositionen.

Das CTP enthält Verbriefungspositionen und nth-to-Default-Kreditderivate, die vornehmlich für Zwecke des Korrelationshandels gehalten werden und die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Alle Referenz-Instrumente sind entweder Single-Name-Instrumente einschließlich Single-Name-Kreditderivaten, für die ein beidseitig liquider Markt vorhanden ist, oder häufig gehandelte Indizes auf diese Referenzinstrumente.
- Die Positionen sind weder Wiederverbriefungspositionen noch Optionen auf eine Verbriefungsstranche noch ein anders gartetes Derivat auf eine Verbriefungsposition, das keine anteilige Aufteilung der Erlöse aus der Verbriefungsstranche vorsieht.
- Die Positionen enthalten keine Forderungen gegenüber einer Zweckgesellschaft, Retail- oder Immobilienforderungen beziehungsweise entsprechende Eventualforderungen.

Das CTP umfasst auch Absicherungsgeschäfte für Verbriefungs- und nth-to-Default-Positionen im Portfolio, sofern ein beidseitig liquider Markt für das Instrument oder das Underlying existiert. Typische Produkte, die dem CTP zugeordnet werden, sind synthetische CDOs, nth-to-Default CDS sowie Index- und Single-Name-CDS. Für Details zum Umfassenden Risikoansatz zur Abdeckung des aufsichtsrechtlichen Korrelationshandelsportfolios siehe auch Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“.

Aufsichtsrechtliche „Good Practice Guidelines“

Im Dezember 2008 haben die „European Banking Federation“, die „Association for Financial Markets in Europe“ (zuvor „London Investment Banking Association“), die „European Savings Banks Group“ und die „European Association of Public Banks and Funding Agencies“ die „Industry Good Practice Guidelines on Pillar 3 Disclosure Requirements for Securitization“ veröffentlicht, die 2009/2010 noch leicht angepasst wurden. Unsere Säule-3-Offenlegungen stehen im Einklang mit den wesentlichen Grundsätzen dieser Richtlinie soweit diese nicht durch im Zusammenhang mit Basel 2.5 überarbeitete Regularien abgelöst wurden.

Verbriefungsdetails

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Beträge zeigen Details zu unseren verbrieften Forderungen jeweils für das aufsichtsrechtliche Anlage- und Handelsbuch. Die Darstellung des Anlage- und des Handelsbuchs steht im Einklang mit der letztjährigen Veröffentlichung. Details zu unseren Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem MRSA unterliegen, sind in diesem Kapitel dargestellt, während Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Umfassenden Risikoansatz unterliegen, im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ beschrieben werden.

Ausstehende verbrieft Forderungen

Wie unten dargestellt sind wir dem Kredit- und Marktrisiko aus verbrieften Forderungen nur insoweit ausgesetzt, als wir entsprechende Verbriefungspositionen zurückbehalten oder erworben haben. Das Risiko aus den zurückbehaltenen oder erworbenen Positionen hängt wiederum von der relativen Position im Wasserfall der Verbriefungstransaktion ab. Für Veröffentlichungszwecke nehmen wir im Fall von „Multi-Seller“-Transaktionen die Rolle des Originators und zusätzlich auch die des Sponsors ein. Hieraus folgen ein vollständiger Ausweis aller verbrieften Forderungen als Sponsor sowie ein anteiliger Ausweis als Originator.

Die nachstehende Tabelle zum Anlagebuch zeigt den Gesamtbetrag der ausstehenden verbrieften Forderungen, das heißt den gesamten Poolumfang, den wir entweder als Originator oder als Sponsor durch traditionelle oder synthetische Transaktionen verbrieft haben, aufgeteilt nach Forderungsklassen. Innerhalb der Spalte Originator enthält die Tabelle Angaben über den zugrunde liegenden Verbriefungspool, der entweder ursprünglich aus unserer Bilanz begründet oder von Dritten angekauft wurde. Der dargestellte Betrag entspricht entweder dem Buchwert, der sich aus der Konzernrechnungslegung ergibt für bilanzielle Risikopositionen in synthetischen Verbriefungen, oder für traditionelle Verbriefungen und außerbilanzielle Risikopositionen in synthetischen Transaktionen dem aktuell ausstehenden Nominalbetrag. Zum 31. Dezember 2013 werden von den insgesamt 42,3 Mrd € als Originator verbrieften Forderungen 22,7 Mrd € von uns gehalten. Dies spiegelt einen Rückgang sowohl in den ausstehenden als auch in den zurückbehaltenen verbrieften Forderungen gegenüber dem 31. Dezember 2012 wider, als hierfür 53,2 Mrd € respektive 30,9 Mrd € berichtet wurden.

Für Sponsorenbeziehungen stellt der Gesamtbetrag der verbrieften Forderungsbeträge, der in der unten aufgeführten Tabelle gezeigt wird, den gesamten ausstehenden Forderungsbetrag der Gesellschaften dar, welche die Wertpapiere und andere Forderungen emittieren. Zum 31. Dezember 2013 lag der Betrag, den wir in Bezug auf die 77,2 Mrd € insgesamt ausstehenden verbrieften Forderungen aus Sponsoraktivitäten inklusive Multi-Seller-Transaktionen gehalten haben, bei 13,0 Mrd €. Die verbleibenden Beträge werden von Dritten gehalten. Die entsprechenden Beträge per 31. Dezember 2012 lagen bei 116,6 Mrd € für die insgesamt ausstehenden verbrieften Forderungen inklusive Multi-Seller-Transaktionen, wobei 17,0 Mrd € von uns gehalten wurden. Die Verringerung war im Wesentlichen auf eine Managemententscheidung zur Reduzierung des Verbriefungsbuchs zurückzuführen. Die in den Tabellen gezeigten ausstehenden verbrieften Forderungen sind den Dienstleistungsberichten Dritter entnommen, zu denen das Conduit in Beziehung steht.

Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Originator		Sponsor ¹		Originator		Sponsor ¹	
	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	8.277	2.945	2.312	0	10.954	3.516	4.276	0
Gewerbliche Immobilien	9.265	0	7.980	0	13.682	0	7.991	0
Kreditkartengeschäft	0	0	4.118	0	0	0	1.742	0
Leasinggeschäft	0	0	8.324	0	0	0	5.967	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	2.215	18.522	12.950	0	2.772	20.014	21.256	781
Konsumentenkredite	0	0	15.185	0	0	0	17.932	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	193	0	0	0	0	0
Verbriefung (Wiederverbriefung)	1.101	0	2.531	0	1.642	590	3.467	0
Sonstige Risikopositionen ³	0	0	23.638	0	0	0	53.166	0
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt⁴	20.858	21.467	77.232	0	29.050	24.120	115.797	781

¹ Zum 31. Dezember 2013 sind unter Sponsor 11,0 Mrd € über Multi-Seller-Transaktionen verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 5,8 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen. Die vergleichbaren Zahlen zum 31. Dezember 2012 beliefen sich auf 17,2 Mrd € und 8,1 Mrd €.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Besteht hauptsächlich aus Verbriefungen zur Unterstützung von Aktivitäten für Mietwagen und Händlerbestände.

⁴ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf seine Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Gesamtbetrag der ausstehenden verbrieften Forderungsbeträge in Bezug auf im aufsichtsrechtlichen Handelsbuch gehaltene Verbriefungspositionen separat für Aktivitäten als Originator und Sponsor und weiter aufgeteilt nach traditionellen und synthetischen Transaktionen. Über synthetische Single-Tranche-CDOs gekaufte Besicherungen wurden als Originator Positionen ausgewiesen, für die das Volumen der synthetischen Pools als das Maximum der Volumen der synthetischen Pools aller Positionen, die den jeweiligen Pool referenzieren, bestimmt wurde. Die in der nachfolgenden Tabelle gezeigten ausstehenden verbrieften Forderungen reflektieren nicht unser Risiko, da sie auch Forderungen enthalten, die wir nicht einbehalten, und da sie des Weiteren nicht die unterschiedlichen Ränge in den Wasserfällen der bezogenen Positionen berücksichtigen und insbesondere Risikoabsicherungen nur für identische Tranchen reflektieren. Im Vergleich zum letzten Jahr ist der Gesamtbetrag der verbrieften Forderungsbeträge aus synthetischen Verbriefungen deutlich zurückgegangen.

Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Handelsbuch

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Originator		Sponsor ¹		Originator		Sponsor ¹	
	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	10.347	0	5.088	0	7.545	0	7.105	0
Gewerbliche Immobilien	28.295	0	52.633	0	29.185	0	50.308	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	494	0	0	0	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	1.978	91.965	3.720	0	1.902	234.619	3.805	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbriefung (Wiederverbriefung)	2.118	0	112	0	3.543	0	117	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0	1.189	0	0	0
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	43.232	91.965	61.553	0	43.364	234.619	61.335	0

¹ Zum 31. Dezember 2013 sind unter Sponsor 56,5 Mrd € über Multi-Seller-Transaktionen verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 22,5 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen. Die Zahlen zum 31. Dezember 2012 beliefen sich auf 56,9 Mrd € respektive 23,0 Mrd €.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltenen oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“. Enthält verbrieft Forderungen in der Rolle des Originators in Höhe von 15,7 Mrd € und in der Rolle des Sponsors in Höhe von 11,2 Mrd €, die bereits in der Tabelle „Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch“ reflektiert sind.

In der nachstehenden Tabelle werden Informationen zur Kreditqualität der den Verbriefungstransaktionen zugrunde liegenden Verbriefungspools nach Forderungsklasse ausgewiesen, in denen wir Originator sind und aus denen wir Positionen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch halten. Jede Forderung wird dabei als überfällig berichtet, wenn sie 30 Tage oder länger überfällig und nicht bereits als wertgemindert berücksichtigt ist. In Fällen, in denen wir als Originator einer synthetischen Transaktion eingestuft sind, werden die wertgeminderten beziehungsweise überfälligen Forderungsbeträge in Übereinstimmung mit unseren internen Richtlinien ermittelt. Im Fall der traditionellen Verbriefungen werden die Forderungen gezeigt, die überfällig oder wertgemindert sind, wobei die Informationen in erster Linie aus den Investorenberichten der jeweils zugrunde liegenden Verbriefungstransaktion abgeleitet wurden.

Daneben zeigt die Tabelle die nach Forderungsklasse unterteilten Verluste, die wir in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 aus einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Rahmen unserer Aktivitäten als Originator verzeichnet haben. Die ausgewiesenen Verluste entsprechen denjenigen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Beträge sind die tatsächlichen Verluste des zugrunde liegenden Forderungspools nach Einbeziehung von berücksichtigungsfähigen Kreditsicherungen, soweit diese Verluste unseren einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen zugeordnet wurden. Dies gilt sowohl für traditionelle als auch für synthetische Transaktionen.

Wertgeminderte und überfällige verbrieft Forderungen sowie erfasste Verluste nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) als Originator

in Mio €	31.12.2013	2013	31.12.2012	2012
	Wertgemindert/ überfällig ¹	Verluste	Wertgemindert/ überfällig ¹	Verluste
Wohnimmobilien	2.853	21	3.639	14
Gewerbliche Immobilien	0	17	79	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	32	17	256	11
Konsumentenkredite	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0
Verbriefung (Wiederverbriefung)	265	19	368	5
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0
Wertgeminderte und überfällige verbrieft Forderungen und erfasste Verluste insgesamt³	3.150	74	4.342	30

¹ Enthält die wertgeminderten oder überfälligen Forderungen mit Bezug auf Multi-Seller-Verbriefungen, welche mehr als die von uns selbst generierten Anteile sein können.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsbund“.

Insgesamt verringerte sich der Betrag an wertgeminderten und überfälligen Forderungen 2013 um 1,2 Mrd €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus den Forderungsklassen „Wohnimmobilien“ und „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“. Verzeichnete Verluste stiegen im Jahresvergleich auf 74 Mio € im Vergleich zu 30 Mio € in 2012.

Die folgende Tabelle zeigt Informationen über Forderungen im Anlage- und Handelsbuch, unterteilt nach Forderungsklassen, für die das Management in nächster Zeit die Absicht zur Verbriefung in bestehenden oder neuen Verbriefungen hat. Die Forderungsbeträge enthalten keine zur Verbriefung vorgesehenen Vermögenswerte ohne Risikotransfer, also die Verbriefungen, bei denen wir alle Tranchen einbehalten werden.

Zur Verbriefung vorgesehene Forderungen

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Anlagebuch	Handelsbuch	Anlagebuch	Handelsbuch
Wohnimmobilien	0	0	0	0
Gewerbliche Immobilien	0	2.295	0	1.783
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	0	0	6.358	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0
Verbriefung (Wiederverbriefung)	0	741	0	372
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0
Zur Verbriefung vorgesehene Forderungen	0	3.036	6.358	2.155

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

Bei der Mehrheit der für Verbriefungen vorgesehenen Forderungen handelt es sich um Gewerbliche Immobilien, die durch den Geschäftsbereich US CB&S verbrieft werden sollen.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen

In der nachstehenden Tabelle ist der Wert unserer einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch aufgeführt. Er basiert auf dem aufsichtsrechtlichen Positionswert vor Anwendung einer Kreditrisikominderung. Die Verbriefungspositionen im aufsichtsrechtlichen Handelsbuch werden gemäß der im § 299 SolvV dargelegten Definition dargestellt, der zufolge identische oder einander weitgehend entsprechende Wertpapiere und Derivate in einer Nettoposition zusammengefasst werden. Ab 1. Januar 2014 werden diese Verbriefungspositionen basierend auf den Artikeln 327 bis 331 CRR berichtet. Die Kapitalanforderungen

für Verbriefungspositionen – sowohl im regulatorischen Bank- als auch im Handelsbuch – sind darüber hinaus nach Forderungsklassen aufgeschlüsselt.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen nach Forderungsklasse

in Mio €	Anlagebuch				31.12.2013 Handelsbuch			
	Bilanzielle Verbriefungspositionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapierfinanzierungs-geschäfts-bezogene Verbriefungspositionen	Gesamt	Kapital-anforderung	Bilanzielle Verbriefungspositionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapierfinanzierungs-geschäfts-bezogene Verbriefungspositionen	Gesamt	Kapital-anforderung
Wohnimmobilien	4.705	3.160	7.865	227	2.358	44	2.402	544
Gewerbliche Immobilien	806	558	1.363	187	1.957	3.090	5.047	544
Kreditkartengeschäft	0	1.520	1.520	12	91	0	91	5
Leasinggeschäft	1.749	690	2.439	27	17	0	17	1
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	19.275	3.409	22.683	270	796	4.078	4.874	254
Konsumentenkredite	2.142	2.713	4.854	107	370	0	370	55
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	158	158	1	1	0	1	0
Verbriefung (Wieder-verbiefung)	562	1.655	2.216	130	950	26	976	324
Sonstige Risiko-positionen	4.880	3.773	8.652	168	917	118	1.035	231
Einbehaltene oder erworbene Ver-briefungspositionen insgesamt²	34.117	17.634	51.751	1.130	7.458	7.356	14.814	1.958

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

² Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

in Mio €	Anlagebuch				31.12.2012 Handelsbuch			
	Bilanzielle Verbriefungs- positionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapier- finanzierungs- geschäfts- bezogene Verbriefungs- positionen		Kapital- anforderung	Bilanzielle Verbriefungs- positionen	Außerbilanzielle, derivative und Wertpapier- finanzierungs- geschäfts- bezogene Verbriefungs- positionen		Kapital- anforderung
		Gesamt				Gesamt		
Wohnimmobilien	5.484	3.331	8.815	385	1.553	92	1.645	220
Gewerbliche Immobilien	2.712	934	3.646	391	2.263	3.319	5.582	291
Kreditkartengeschäft	0	920	920	7	46	0	46	1
Leasinggeschäft	2.227	1.291	3.518	98	0	0	0	0
Darlehen an Unter- nehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	25.568	4.791	30.359	494	272	4.526	4.798	133
Konsumentenkredite	2.818	2.470	5.288	398	109	0	109	6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbriefung (Wieder- verbriefung)	1.593	2.398	3.991	466	729	56	785	260
Sonstige Risiko- positionen	5.044	3.887	8.931	212	1.099	33	1.132	155
Einbehaltene oder erworbene Ver- briefungspositionen insgesamt²	45.446	20.022	65.468	2.451	6.071	8.026	14.097	1.066

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

² Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Im Jahresvergleich reduzierten sich die einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch deutlich über fast alle Forderungsklassen hinweg, was auf die in den letzten Jahren verfolgte, aktive Risiko-reduzierungsstrategie zurückzuführen ist. Einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen wurden insbesondere in der Forderungsklasse „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ reduziert, hauptsächlich resultierend aus der aufsichtsrechtlichen Nichtberücksichtigung synthetischer Verbriefungstransaktionen und weiteren risikoreduzierenden Maßnahmen. Im Handelsbuch erhöhten sich die Verbriefungspositionen in Gänze um 718 Mio € oder 5 %. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen Anstieg in den Forderungsklassen „Wohnimmobilien“ und „Konsumentenkredite“ zurückzuführen, welche durch einen Rückgang in der Forderungsklasse „Gewerbliche Immobilien“ teilweise kompensiert wurde.

Einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen nach Region

in €	31.12.2013		31.12.2012	
	Anlagebuch	Handelsbuch	Anlagebuch	Handelsbuch
Europa	22.017	3.371	28.601	3.699
Amerika	26.837	9.680	33.158	9.198
Asien/Pazifik	2.849	1.355	3.616	979
Sonstige	49	408	93	221
Einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen insgesamt¹	51.751	14.814	65.468	14.097

¹ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Die obige Tabelle zeigt die einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen, aufgegliedert nach Regionen, basierend auf dem Sitzland des Schuldners der verbrieften Forderungen. Der Positionsrückgang in Höhe von 13,7 Mrd € im Bankbuch resultierte aus der Managemententscheidung zur Reduzierung des Verbriefungsportfolios. Dieser Rückgang erfolgte gleichmäßig um etwa 20 % über die wichtigsten Regionen hinweg.

Verbriefungen im Anlagebuch

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Risiko- positionswert	Kapital- anforderung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz	Risiko- positionswert	Kapital- anforderung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz
≤ 10 %	36.301	192	0	40.929	201	0
> 10 ≤ 20 %	5.759	50	12	5.900	43	14
> 20 ≤ 50 %	4.895	171	9	9.816	420	20
> 50 ≤ 100 %	2.385	77	74	3.666	108	75
> 100 ≤ 350 %	283	29	1	1.167	90	8
> 350 ≤ 650 %	247	75	0	364	118	0
> 650 < 1.250 %	91	33	0	337	86	0
1.250 %/Abzug	1.789	349	58	3.289	1.174	94
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	51.751	976	154	65.468	2.240	211

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV. Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominalgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios. Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

In obiger Tabelle werden die Werte vor Anwendung von Risikominderungsaktivitäten dargestellt. Unserer Risikoreduzierungsstrategie folgend, können in fast allen Risikogewichtsbändern Verringerungen der Risikopositionswerte beobachtet werden. Risikopositionswerte, die als Kapitalabzugsposten behandelt werden, reduzierten sich aufgrund von Beendigung, Verkauf, Restrukturierung oder einer externen Bonitätseinstufung von BB- oder besser um 46 %. Insgesamt wurden die Kapitalanforderungen für Verbriefungen im Anlagebuch um nahezu 54 % verringert.

Der größte Anteil der verbrieften Forderungen im Anlagebuch wird durch den Aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) abgedeckt. Für die verbleibenden, dem IRBA zuzuordnenden Verbriefungspositionen verwenden wir den ratingbasierten Ansatz (RBA) oder für die von uns gesponserten ABCP-Aktivitäten den internen Bewertungsansatz.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Ratingbasierter Ansatz (RBA)

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹	
	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen ²	Wiederver- briefungen
≤ 10 %	6.449	0	35	0	10.558	0	47	0
> 10 ≤ 20 %	1.463	0	14	0	2.939	0	21	0
> 20 ≤ 50 %	1.378	1.564	85	44	2.163	3.545	237	96
> 50 ≤ 100 %	1.020	0	63	0	1.481	610	58	26
> 100 ≤ 350 %	59	108	2	11	694	159	43	20
> 350 ≤ 650 %	235	0	71	0	266	79	84	27
> 650 < 1.250 %	13	64	7	12	278	58	53	33
1.250 %/Abzug	662	152	253	22	2.748	294	925	127
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	11.279	1.889	531	89	21.127	4.745	1.468	329

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV.

² Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominalgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios. Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA)

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	4.670	0	29	0	4.948	0	31	0
> 10 ≤ 20 %	3.319	0	33	0	1.783	0	18	0
> 20 ≤ 50 %	1.283	351	28	11	2.291	1.093	52	32
> 50 ≤ 100 %	210	5	12	0	191	119	12	5
> 100 ≤ 350 %	0	33	0	4	17	80	1	10
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	4	0	2
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %/Abzug	0	0	0	0	20	0	20	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	9.482	389	102	16	9.250	1.296	134	49

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA)

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	25.182	0	128	0	25.423	0	123	0
> 10 ≤ 20 %	172	0	2	0	340	0	4	0
> 20 ≤ 50 %	81	0	2	0	165	0	4	0
> 50 ≤ 100 %	32	0	2	0	130	0	7	0
> 100 ≤ 350 %	74	0	12	0	127	0	15	0
> 350 ≤ 650 %	13	0	4	0	13	0	5	0
> 650 < 1.250 %	14	0	14	0	1	0	1	0
1.250 %/Abzug	917	0	74	0	70	62	40	62
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	26.485	0	239	0	26.269	62	199	62

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß §§ 253 (3) und 268 (2) SolV.

Der Kreditrisiko-Standardansatz wird für Verbriefungspositionen verwendet, bei denen das zugrunde liegende Portfolio vornehmlich aus Kreditrisiken besteht, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen eingestuft würden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 10 ≤ 20 %	802	3	12	0	839	0	13	0
> 20 ≤ 50 %	238	0	9	0	295	263	12	8
> 50 ≤ 100 %	1.119	0	74	0	1.137	0	75	0
> 100 ≤ 350 %	9	0	1	0	91	0	8	0
> 350 < 650 %	0	0	0	0	1	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %/Abzug	16	41	16	41	25	69	25	69
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	2.184	44	113	41	2.388	332	133	77

Forderungen im Handelsbuch

Für nicht dem Umfassenden Risikoansatz zugeordnete Verbriefungspositionen wird die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko nach dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) ermittelt. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungspositionen im Handelsbuch wird generell mit den gleichen Methoden ermittelt, die auch für die Verbriefungspositionen im Anlagebuch angewandt werden. Details zu diesem Ansatz sind im Kapitel „Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Verbriefungen“ und im Kapitel „Handelsbezogenes Marktrisiko“ enthalten.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) unterliegen

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	5.254	0	30	0	5.298	0	30	0
> 10 ≤ 20 %	4.677	0	52	0	4.637	0	53	0
> 20 ≤ 50 %	1.095	338	32	10	1.175	309	28	10
> 50 ≤ 100 %	674	141	42	10	958	170	61	12
> 100 ≤ 350 %	558	132	88	20	494	80	72	12
> 350 ≤ 650 %	237	100	77	44	182	33	68	14
> 650 < 1.250 %	118	6	65	3	102	21	56	12
1.250 %/Abzug	1.177	308	1.177	308	392	245	392	245
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	13.790	1.025	1.563	395	13.239	858	761	305

Im Jahresvergleich erhöhten sich die Verbriefungspositionen im Handelsbuch hauptsächlich im Risikogewichtsband 1.250 % Kapitalabzug.

Wiederverbriefungspositionen

Die Positionswerte aus Wiederverbriefungen im Handelsbuch wurden durch Hedging im Sinne des § 299 SolvV um 68 % reduziert. Ab 1. Januar 2014 werden die Positionswerte nach Hedging basierend auf den Artikeln 327 bis 331 CRR berichtet.

Einbehaltene oder erworbene Wiederverbriefungspositionen

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Anlagebuch		Handelsbuch		Anlagebuch		Handelsbuch	
	Risikopositionswert		Risikopositionswert		Risikopositionswert		Risikopositionswert	
	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen
Wiederverbriefungspositionen	2.322	2.320	3.190	1.025	6.435	6.434	2.910	858

Risikominderungen in Form von Finanzgarantien wurden in unseren Wiederverbriefungspositionen weder im Anlagebuch noch im Handelsbuch eingesetzt.

Verbriefungsaktivitäten

Die folgenden Tabellen zeigen einen Anstieg unserer Sponsoraktivitäten zum Jahresende 2013 gegenüber 2012. Der Anstieg der Verbriefungsaktivitäten zum Jahresende 2013 aus Originatortätigkeit erfolgte hauptsächlich mit Bezug auf „Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ und hier vorrangig aus synthetischen Transaktionen vonseiten Credit Portfolios Strategies Group (CPSG). Der Anstieg in der Forderungsklasse „Gewerbliche Immobilien“ resultiert aus neuen traditionellen Verbriefungen, die auf amerikanischen Forderungen basieren und als Multi-Seller-Transaktionen durchgeführt wurden.

Verbriefungsaktivität – Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse im Anlagebuch

	Originator			Sponsor	
	31.12.2013		2013	31.12.2013	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	0	0	0	1.551	0
Gewerbliche Immobilien	2.328	0	52	2.880	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	2.455	0
Leasinggeschäft	0	0	0	4.036	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	0	10.069	0	2.291	0
Konsumentenkredite	0	0	0	3.532	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	193	0
Verbriefung (Weiterverbriefung)	0	0	0	114	0
Sonstige Risikopositionen ²	0	0	0	5.211	0
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	2.328	10.069	52	22.263	0

¹ Unter Sponsor sind 2,8 Mrd € verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 1,5 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

	Originator			Sponsor	
	31.12.2012		2012	31.12.2012	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	0	0	0	0	0
Gewerbliche Immobilien	260	0	1	1.416	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	234	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ¹	108	3.566	0	1.460	0
Konsumentenkredite	0	0	0	251	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0
Verbriefung (Weiterverbriefung)	0	590	0	2.107	0
Sonstige Risikopositionen ²	0	0	0	702	0
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	368	4.156	1	6.170	0

¹ KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

² Ohne Berücksichtigung einer Restrukturierung als Sponsor, bei der ein Wertpapier zwischen zwei Conduits transferiert wurde. Die entsprechende verbrieft Forderung ist in der Tabelle „Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch“ dargestellt.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

Der gezeigte Anstieg der traditionellen Verbriefungsaktivitäten per Jahresende 2013 gegenüber 2012 resultiert hauptsächlich aus gestiegener Marktaktivität innerhalb der CMBS Verbriefungen, die auf eine allgemeine Markterholung in diesem Segment zurückzuführen ist. Der Rückgang von neuen synthetischen Verbriefungen spiegelt unsere Risikoabbaustrategie in diesem Geschäftsbereich wider.

Verbriefungsaktivität – Ausstehende verbrieft Forderungen nach Forderungsklasse im Handelsbuch

in Mio €	Originator			Sponsor ¹	
	31.12.2013		2013	31.12.2013	
	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	0	0	0	2.989	0
Gewerbliche Immobilien	7.162	0	173	12.475	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	0	584	0	0	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0
Verbriefung (Weiterverbriefung)	528	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0	0
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	7.690	584	173	15.464	0

¹ Unter Sponsor sind 12,5 Mrd € verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 5,3 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

in Mio €	Originator			Sponsor ¹	
	31.12.2012		2012	31.12.2012	
	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	0	0	0	2.115	0
Gewerbliche Immobilien	3.908	0	170	6.823	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen) ²	0	16.284	0	0	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0
Verbriefung (Weiterverbriefung)	1.033	0	85	0	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0	0
Ausstehende verbrieft Forderungen insgesamt³	4.941	16.284	255	8.938	0

¹ Unter Sponsor sind 6,8 Mrd € verbrieft Forderungen enthalten, von denen wir 2,5 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen.

² KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

³ Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen.

Market Risk Management (MRM), ein Bereich unserer unabhängigen Risk-Funktion, sorgt dafür, dass unsere Geschäftseinheiten das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und uns keinen unannehmbaren Verlusten aussetzen, die unsere Risikotoleranz übersteigen. Market Risk Management arbeitet deshalb eng mit den Risikonehmern (Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunktionen zusammen.

Wir unterscheiden grundsätzlich drei unterschiedliche Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten (Trading Market Risk, „TMR“) entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko (Traded Default Risk, „TDR“) resultiert aus Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten (Nontrading Market Risk, „NTMR“) resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Rahmenwerk für die Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten

Die Steuerungsfunktion des Market Risk Management wurde aufgesetzt und definiert, um die Überwachung aller Marktrisiken einschließlich des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten, des handelsbezogenen Ausfallrisikos und des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten sowie ein effizientes Entscheidungsmanagement und eine zeitnahe Eskalation an die Geschäftsleitung zu gewährleisten.

Das Market Risk Management definiert und implementiert ein Rahmenwerk für die systematische Identifizierung, Beurteilung, Überwachung und Meldung unserer Marktrisiken und unterstützt die Steuerung sowie Minderung von Risiken des Bereichs. Marktrisiko-Manager identifizieren bestehende und potenzielle künftige Marktrisiken mittels aktiver Portfolioanalyse und Kooperation mit den Geschäftsbereichen.

Messung und Beurteilung des Marktrisikos

Das Market Risk Management hat die Aufgabe, alle Arten von Marktrisiken mittels spezifischer Risikomessgrößen, die den jeweiligen ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen, umfassend zu ermitteln.

Nach Maßgabe der ökonomischen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen messen wir Markt- und die damit verbundenen Risiken anhand von mehreren Hauptmessgrößen:

- Value-at-Risk und Stress-Value-at-Risk
- Drei Messgrößen für spezifische Risiken: Inkrementeller Risikoaufschlag, Umfassender Risikoansatz und Marktrisiko-Standardansatz (MRSA)
- Drei Arten von Stresstests: Portfoliostresstesting, Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und Eventrisiko-Szenarien
- Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktrisiken einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos
- Sensitivitäten
- Marktwert/Nominalwert (Konzentrationsrisiken)
- Verlust bei Ausfall (Loss Given Default)

Diese Messgrößen gelten als sich gegenseitig ergänzend und definieren insgesamt das Marktrisikorahmenwerk, auf dessen Grundlage alle Geschäftsbereiche gemessen und überwacht werden können.

Für Informationen zu den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und RWA für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten inklusive einer Darstellung nach Ansatz und Risikoart siehe Abschnitt „Aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen“.

Überwachung von Marktrisiken

Unser wichtigstes Instrument zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Limitsystems. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für (extreme) Portfoliostresstests fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CB&S (zum Beispiel Global Rates and Credit oder Equity) auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten legen die Geschäftsleiter geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, fest und teilen das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen auf.

In der Praxis setzt das Market Risk Management übergeordnete Limite, die im Allgemeinen globaler Natur sind, ein, um die Exponiertheit gegenüber bestimmten Risikofaktoren zu erfassen. Die jeweiligen Business Limite hängen von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere der geografischen Region oder einem spezifischen Portfolio.

Value-at-Risk- sowie Stress-Value-at-Risk-Limite und Limite für das Ökonomische Kapital werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/ Liquiditätsrisiken, Portfoliostresstests sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien (ERS) festgelegt.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für das Einhalten der Limite, die für die Überwachung von Engagements und die entsprechende Berichterstattung maßgeblich sind. Die vom Market Risk Management festgesetzten Marktrisikolimiten werden auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht. Sofern Limite überzogen werden sollten, ist das Market Risk Management verantwortlich für die zeitnahe Identifizierung und Eskalation solcher Überziehungen.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Geschäftsbereiche unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Portfoliomanagement:** Risikodiversifikation entsteht durch eine Vielfalt von Positionen in Portfolios. Da einige Positionen voraussichtlich an Wert zunehmen, während andere an Wert verlieren, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisikoprofil für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte (Hedging):** Absicherungsgeschäfte beinhalten das Eingehen von Positionen in verwandten Finanzinstrumenten wie Futures und Swaps einschließlich derivativer Produkte wie Terminkontrakte, Swaps und Optionen. Absicherungsaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

Berichterstattung über Marktrisiken

Die Market Risk Management-Berichterstattung sorgt für Transparenz der Risikoprofile und unterstützt das Erkennen der wichtigsten Marktrisiko-Einflussfaktoren auf sämtlichen Organisationsebenen. Der Vorstand und die Senior Governance Committees erhalten regelmäßige und, je nach Erfordernis, Ad-hoc-Berichte über Marktrisiken, das aufsichtsrechtliche Kapital und Stresstests. Senior Risk Committees werden in unterschiedlichen Abständen, unter anderem wöchentlich und monatlich, über Risiken informiert.

Darüber hinaus erstellt das Market Risk Management täglich und wöchentlich spezifische Berichte über Marktrisiken und meldet jeden Tag Limitüberschreitungen in den einzelnen Vermögensklassen.

Messung des Marktrisikos

Value-at-Risk innerhalb der Deutschen Bank-Gruppe (ohne Postbank)

Value-at-Risk ist ein Messwert für das Risiko eines (Wert-)Verlusts bei einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktrisiken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt, und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke, welche die Berechnung unserer Kapitalanforderungen und risikogewichteten Aktiva beinhalten, beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des Value-at-Risk verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres, und bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung, der logarithmischen Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t-Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser Value-at-Risk-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatsstiel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des Value-at-Risk berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer Value-at-Risk für jede Risikoart, zum Beispiel Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko, Fremdwährungsrisiko und Rohwarenpreisrisiko, errechnet. Dafür werden jeder Risikoart Sensitivitäten zugeordnet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risikoeinflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des Value-at-Risk der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch Kombination eines sensitivitätsbasierten und eines Neubewertungsansatzes mithilfe eines festen preisimpliziten Volatilitätsrasters Rechnung.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei Value-at-Risk-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
- Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktereignissen als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird nicht erfasst.
- Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Wir entwickeln unsere eigenen Risikomodelle ständig weiter und stellen umfangreiche Ressourcen zu ihrer Überprüfung und Verbesserung bereit. Weiterhin haben wir den Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung von Risiken, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden, fortlaufend weiterentwickelt und verbessert. Eine Analyse der Materialität dieser Risiken wird durchgeführt, um diejenigen Risiken mit der höchsten Materialität für die Berücksichtigung in unseren internen Modellen zu priorisieren. Alle nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfassten Risiken werden regelmäßig überwacht und bewertet.

Im Jahr 2013 haben wir die Value-at-Risk-Berechnung weiter verbessert und folgende Risiken in unser internes Modell aufgenommen:

- Risiken höherer Ordnung im Rohstoffbereich zur Erfassung erfolgswirksamer Veränderungen aufgrund gemeinsamer Veränderungen von Preisen und Volatilitäten der zugrunde liegenden Rohstoffe;
- Risiken in Verbindung mit Volatilitätsskew und Volatilitätsmile bei Optionen auf Edelmetalle;
- Veränderungen der Repo-Kurse für Finanzierungstransaktionen in Aktienwerten;
- Veränderungen des Credit-Spread zwischen nachrangigen und vorrangigen Kreditforderungen;
- Gemeinsame Veränderungen von Swapsätzen und Basis-Spreads bei Währungsswaps.

Die bestehende Methodik wurde auf weitere Bücher angewandt, um folgende Risiken zu erfassen:

- Dividendenrisiko;
- CDS-Quanto für alle Staats- und Unternehmensanleihen;
- Basisrisiko im Geldmarkt.

Die Verwendbarkeit von Nicht-Normalverteilungen (Non-Normal Distributions, „NND“) bei der Modellierung der Risikofaktoren wurde auch auf den Devisen- und Rohstoffbereich erweitert, um alle Risikofaktoren zu berücksichtigen.

Darüber hinaus wurden die Marktdaten dahingehend verfeinert, dass jetzt zwischen Commercial Mortgage Backed Securities der ersten Generation (CMBS 1.0) und der zweiten Generation (CMBS 2.0) differenziert wird). Da letztgenannte eher konservative Underwriting- und Verbriefungsstandards im Vergleich zu CMBS 1.0 aufweisen, rechtfertigt dies die Zuweisung einer eignen Zeitserie für Marktdaten.

Aufsichtsrechtliches Backtesting des gehandelten Marktrisikos

Wir analysieren potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells fortlaufend mittels statistischer Verfahren wie Backtesting und greifen auf unsere Erfahrungen aus dem Risikomanagement zurück.

Backtesting ist ein Verfahren, mit dem wir nach deutschen aufsichtsrechtlichen Vorschriften die Vorhersagekraft unserer Value-at-Risk-Berechnungen mit einem Vergleich der hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste unter der Buy-and-Hold-Annahme überprüfen. Mit dieser Annahme schätzen wir die Auswirkung, die ein Portfolio für einen Handelstag zu aktuellen Marktpreisen und Parametern bewertet auf die Gewinn- und

Verlustrechnung hat, wenn es für diesen Tag unberührt bleibt, und vergleichen sie mit den Schätzungen aus dem Value-at-Risk-Modell vom vorherigen Tag. Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Handelsverlust, der unseren Value-at-Risk vom vorhergehenden Tag überschreitet. Im Durchschnitt erwarten wir, dass ein 99 %-Konfidenzniveau zu zwei bis drei Ausreißern führt, was 1 % der rund 260 Handelstage eines Jahres entspricht. Wir analysieren und dokumentieren Ausreißer nach ihren zugrunde liegenden Gründen und klassifizieren sie als Ergebnis von Marktbewegungen, Risiken, die nicht in unserem Value-at-Risk-Modell enthalten sind, Schwächen im Modell oder Bearbeitungsverfahren und nutzen die Ergebnisse für die weitere Verbesserung der Value-at-Risk-Methodik. Eine formale Information mit Erklärung der Gründe für jeden Ausreißer auf Gruppenebene wird an die BaFin übermittelt.

Neben der standardisierten Backtesting-Analyse auf Basis des Value-at-Risk-Quantils wird die Leistungsfähigkeit des Value-at-Risk-Modells weiter verifiziert. Dazu wird die verteilungsspezifische Eignung im gesamten Verteilungsbereich (vollständiges Verteilungs-Backtesting) geprüft. Das regelmäßige Backtesting erfolgt auch auf hypothetischen Portfolios, um die Performanz des Value-at-Risk bestimmter Produkte und ihrer Absicherungen zu testen.

Das Global Backtesting Committee, unter Beteiligung von Market Risk Management, Market Risk Operations, Risk Analytics and Living Wills und Finance, trifft sich regelmäßig, um unsere konzernweiten Backtesting-ergebnisse und die Backtestingergebnisse der verschiedenen Geschäftsbereiche zu überprüfen. Das Komitee analysiert Ertragschwankungen und ermittelt die Prognosequalität unseres Value-at-Risk-Modells. Dies ermöglicht uns, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern und anzupassen.

Ein unabhängiges Modellvalidierungsteam überprüft regelmäßig alle Aspekte unseres Value-at-Risk-Modells. Diese Überprüfung umfasst unter anderem die Angemessenheit der Verteilungsannahme der Risikofaktoren, die Rekalibrierungsverfahren für die Risikoparameter sowie die Modellannahmen. Die Ergebnisse der Validierung und die Korrekturmaßnahmen werden der Geschäftsleitung vorgestellt und auf Einhaltung der zeitlichen Umsetzung überwacht.

Umfassender Value-at-Risk-Validierungsprozess

Der umfassende Value-at-Risk-Validierungsprozess (Holistic Value-at-Risk Validation (HVV) Process) sorgt für fortlaufende Value-at-Risk-relevante Kontrollen, die eine Bewertung des Value-at-Risk-Modells und –Rahmenwerks in den fünf Kontrollbereichen Limite, Backtesting, Prozess, Modellvalidierung sowie nicht mit dem Value-at-Risk abgedeckte Risiken beinhalten. Der HVV-Prozess wird vierteljährlich durchgeführt, und die Prozessabschlussberichte enthalten detaillierte Angaben zur Lage der einzelnen Kontrollbereiche (HVV Control Packs) sowie eine HVV-Übersicht mit Angaben zu deren aktuellen Situation. Darüber hinaus enthält die vierteljährliche Nachprüfung der Geschäftsfelder (Quarterly Business Line Review, „QBLR“) einen Überblick über die Handelsstrategie der Geschäftslinie und die entsprechende Risikosteuerungsstrategie. Das HVV-Rahmenwerk ist mit einer Governance-Struktur mit den nachstehenden drei Ebenen versehen:

- Level 1: auf Vermögensklassen ausgerichtete HVV-Control-Pack-Überprüfungssitzungen (unter Vorsitz des entsprechenden Leiters des Marktrisikomanagements der Anlageklassen), in denen der HVV Control Pack geprüft und der Status der HVV-Übersicht vereinbart wird.
- Level 2: das HVV Governance Committee (unter Vorsitz des Global Head of Market Risk Management), welches die vierteljährliche Nachprüfung der Geschäftsfelder erhält und die übergreifende HVV-Übersicht vereinbart.
- Level 3: die HVV-Steuerung auf höchster Ebene durch entsprechende Information des Senior Managements einschließlich des CB&S Executive Committee, des Capital and Risk Committee, des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Informationen enthalten eine bereichsübergreifende Kurzdarstellung der Value-at-Risk-Qualität und -Kontrolle, einen Überblick über die Handelsstrategie von CB&S und die entsprechende Risikosteuerungsstrategie.

In 2013 verblieben unser Value-at-Risk-Multiplikator und Stress-Value-at-Risk-Multiplikator bei 4 gegenüber einem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 3.

Marktrisiko-Stresstesting

Stresstesting ist ein wichtiges Verfahren in der Risikosteuerung, mit dem die potenziellen Auswirkungen extremer Marktereignisse und extremer Veränderungen auf einzelne Risikofaktoren beurteilt werden. Stresstesting gehört zu den wichtigsten Messinstrumenten zur Einschätzung des Marktrisikos unserer Positionen und ergänzt den Value-at-Risk sowie das Ökonomische Kapital. Um die unterschiedlichen Risiken zu erfassen, führt das Market Risk Management unterschiedliche Arten von Stresstests durch – Portfoliostresstests, individuelle Stresstests auf Geschäftsbereichsebene, Event Risk-Szenarien – und trägt auch zu konzernweiten Stresstests bei.

Mit Portfoliostresstests werden die erfolgswirksamen Auswirkungen potenzieller Marktereignisse auf der Grundlage vorab definierter Szenarien verschiedener Schweregrade gemessen, die auf historischen oder hypothetischen Daten basieren und auf Makroebene definiert werden. Mithilfe von Portfoliostresstests ergänzt das Market Risk Management seine Risikobeurteilung durch weitere Messgrößen, da das breite Spektrum an Portfoliostresstests die Lücke zwischen besonders extremen Szenarien (Ökonomisches Kapital) und potenziellen täglichen Verlusten (Value-at-Risk) schließt. Neben dynamischen haben wir drei statische Szenarien, die von uns wöchentlich berechnet und auf Limitüberschreitungen überwacht werden.

Bei individuellen Stresstests auf Geschäftsbereichsebene identifizieren Market Risk Manager relevante Risikofaktoren und entwickeln Stressszenarien in Bezug auf makroökonomische oder geschäftsspezifische Entwicklungen. Geschäftsspezifische Stresstests erfassen idiosynkratische und Basisrisiken.

Bei einem Event-Risk-Szenario werden die ergebniswirksamen Effekte früherer beobachtbarer Ereignisse in hypothetischen Situationen auf Handelspositionen in spezifischen Schwellenmarktländern und Regionen gemessen. Das Handelsbuchrisiko der Bank in Bezug auf ein Land wird einem Stresstest mit Einzelszenario unterzogen. Dabei werden die Marktbewegungen bei signifikanten Marktkrisen und verminderter Liquidität landesweit repliziert.

Das Market Risk Management beteiligt sich neben diesen marktrisikospezifischen auch an konzernweiten Stresstests. Bei diesen werden makroökonomische Szenarien von Research definiert und von jedem Risikobereich auf die entsprechenden Schocks, die auf ihr Portfolio anzuwenden sind, übertragen. Dazu gehören Kredit-, Markt- und operationelle Risiken. Die Ergebnisse werden von dem Stress Testing Oversight Committee geprüft.

Langfristrisiken oder potenzielle nicht im Value-at-Risk berücksichtigte extreme Verlustereignisse werden im Stress-Value-at-Risk, im Ökonomischen Kapital, im inkrementellen Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge) und im umfassenden Risikoansatz berücksichtigt. Darüber hinaus werden sie auch über Stresstests erfasst.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die Genehmigung für unsere Modelle zum Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz erhalten. Diese sind zusätzliche Methoden, die wir zur Messung des Marktrisikos einsetzen.

- **Stress-Value-at-Risk:** Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“):** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“):** Erfasst zusätzliches Risiko für das Korrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt.
- **Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“):** Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate.

Der Stress-Value-at-Risk, der inkrementelle Risikoaufschlag und der umfassende Risikoansatz werden für alle relevanten Portfolios ermittelt. Das Ergebnis aus diesen Modellen verwenden wir sowohl für das tägliche Risikomanagement der Bank als auch für die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals.

Stress-Value-at-Risk

Wir berechnen eine Stress-Value-at-Risk-Kennzahl mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Unsere Berechnung des Stress-Value-at-Risk und des Value-at-Risk erfolgt anhand der gleichen Systeme, Handelsinformationen und Prozesse. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die in einer Periode mit signifikantem Stress ermittelten historischen Daten (welche sich durch hohe Volatilitäten auszeichnen) als Vorgaben für das Monte-Carlo-Simulationsverfahren genutzt werden. Der Auswahlprozess zur Selektion für das Zeitfenster der Stress-Value-at-Risk-Berechnung basiert auf der Identifizierung eines Zeitfensters, das durch hohe Volatilität und extreme Schwankungen der wichtigsten Value-at-Risk-Treiber charakterisiert ist. Die Ergebnisse dieser zwei Indikatoren (Volatilität und Anzahl der Ausreißer) werden unter Nutzung ausgesuchter Gewichtungen kombiniert, um sicherzustellen, dass qualitative Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden (zum Beispiel Phasen gravierender Krisen).

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Der inkrementelle Risikoaufschlag basiert auf unserem internen Bewertungsmodell und soll den Modellierungsrahmen für den Value-at-Risk ergänzen. Er ist ein Schätzwert für die Ausfall- und Migrationsrisiken unbesicherter Kreditprodukte über einen einjährigen Anlagehorizont bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % und berücksichtigt die Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen oder Positionsgruppen. Für die Berechnung des inkrementellen Risikoaufschlags als dem 99,9 %-Quantil der Portfolioverlustverteilung und für die Zuordnung des anteiligen inkrementellen Risikoaufschlags zu Einzelpositionen verwenden wir ein Monte Carlo-Simulationsverfahren. Es berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mithilfe einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode.

Wir kalkulieren den inkrementellen Risikoaufschlag wöchentlich. Der Risikoaufschlag wird bestimmt als der jeweils höhere Wert des durchschnittlichen inkrementellen Risikoaufschlags der letzten zwölf Wochen und des jüngsten inkrementellen Risikoaufschlags. Die auf den Front-Office-Systemen basierenden Markt- und Positionsdaten werden strengen Qualitätskontrollen unterzogen. Die Kennzahlen des inkrementellen Risikoaufschlags werden genau beobachtet und spielen bei der Steuerung der Portfolios, die durch die Berechnung des inkrementellen Risikoaufschlags abgedeckt werden, eine wesentliche Rolle. Weiterhin dient der inkrementelle Risikoaufschlag als Information über die Wirksamkeit von Absicherungspositionen, die von Risikomanagern überwacht wird.

Der anteilige inkrementelle Risikoaufschlag von Einzelpositionen, der nach Allokationen des erwarteten Ausfallrisikos errechnet wird, bildet die Grundlage für die Feststellung von Risikokonzentrationen im Portfolio und die Entwicklung von Strategien zur Reduzierung des Portfoliorisikos insgesamt.

Wir berechnen den inkrementellen Risikoaufschlag anhand unseres Kreditportfoliomodells, das für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals wesentlich ist. Wichtige Parameter für die Berechnung des inkrementellen Risikoaufschlags sind Kreditengagements, Rückflussquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten, Bonitätsveränderungen, Laufzeiten und Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen.

Die Liquiditätshorizonte werden konservativ nach Maßgabe des Zeitraums festgelegt, der unter schwierigen Marktbedingungen für den Verkauf einer Position oder die Absicherung aller wesentlichen Preis-/Kursrisiken erforderlich ist. Liquiditätshorizonte werden auf Produktebene spezifiziert und reflektieren unsere Gewohnheiten und Erfahrungen in systemischen und spezifischen Stresssituationen. Wir haben die Positionen für die Anwendung der Liquiditätshorizonte unter angemessener Berücksichtigung ihrer jeweiligen Liquiditätsunterschiede gruppiert. Auf die einzelnen Produktarten spezialisierte Market Risk Manager legen die Liquiditätshorizonte von mindestens drei Monaten fest. Liquiditätshorizonte werden regelmäßig überprüft, weshalb ein

Verkauf oder eine Absicherung als solche den Preis nicht wesentlich beeinflussen dürfte. Ausfall- und Bonitätsveränderungswahrscheinlichkeiten werden mittels Bonitätsveränderungsmustern festgelegt, die anhand historischer externer Bewertungsdaten kalibriert werden. Unter Berücksichtigung eines Kompromisses zwischen dem Detaillierungsgrad von Strukturmustern und ihrer Stabilität wenden wir eine aus sieben Hauptratingbändern bestehende globale Unternehmensmatrix sowie eine Staatenmatrix an. Entsprechend werden den einzelnen Positionen Emittenten- oder Emissionsratings der Ratingagenturen Moody's, S&P und Fitch zugewiesen.

Die Quantifizierung von Verlusten aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufung basiert auf der Neubewertung einer Position gemäß der neuen Bonitätseinstufung. Die Wahrscheinlichkeit, dass für mehrere Emittenten Bonitätsherabstufungen und Ausfälle gleichzeitig erfolgen, wird anhand der Veränderungs- und Beurteilungskorrelationen des inkrementellen Risikoaufschlag-Modells ermittelt. Diese Korrelationen werden durch systematische Faktoren angegeben, die für geografische Regionen sowie Branchen stehen und anhand historischer Bonitätsveränderungen sowie Aktienkurs-Zeitreihen kalibriert werden. Der Simulationsprozess beinhaltet eine Prolongationsstrategie, die auf einem angenommenen konstanten Risikoniveau basiert. Diese Annahme impliziert, dass Positionen, bei denen es innerhalb ihres Liquiditätshorizonts einen Adressenausfall oder eine Bonitätsveränderung gegeben hat, am Ende dieses Zeitraums wieder ausgeglichen werden und sie ihr ursprüngliches Risikoniveau zurückerlangen. Korrelationen zwischen Positionen mit unterschiedlichen Liquiditätshorizonten werden durch die Abhängigkeitsstruktur der zugrunde liegenden systematischen und spezifischen Risikofaktoren implizit festgelegt. Dadurch wird sichergestellt, dass Portfoliokonzentrationen über alle Liquiditätshorizonte hinweg identifiziert werden. Insbesondere werden Unterschiede zwischen Liquiditätshorizonten und Laufzeiten von Absicherungen und abgesicherten Positionen berücksichtigt.

Von den regelmäßigen Rekalibrierungen abgesehen, sind 2013 keine signifikanten Modelländerungen vorgenommen worden.

Die unmittelbare Validierung des inkrementellen Risikoaufschlags mithilfe von Backtesting-Methoden ist nicht möglich. Die für den inkrementellen Risikoaufschlag angewandten Validierungsgrundsätze umfassen die Bewertung der konzeptionellen Zuverlässigkeit, die laufende Überwachung, die Validierung und den Maßstabsvergleich von Prozessen sowie die Ergebnisanalyse. Die Prüfung der inkrementellen Risikoaufschlag-Methode ist in den Validierungsprozess für unser Kreditportfoliomodell integriert. Besondere Berücksichtigung finden darin spezifische Aspekte des inkrementellen Risikoaufschlags. Die Validierung des inkrementellen Risikoaufschlag-Modells basiert stärker auf indirekten Verfahren wie Stresstests und Sensitivitätsanalysen. Die relevanten Parameter werden im Rahmen der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen jährlichen Überprüfung validiert. Mithilfe der Stresstestfunktionalität unseres Kreditrisikorechners ist der inkrementelle Risikoaufschlag in den vierteljährlichen konzernweiten Stresstest integriert. Gestresste Ergebnisse des inkrementellen Risikoaufschlags werden auf Konzernebene an das Stress Testing Oversight Committee und das Cross Risk Review Committee berichtet.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Der umfassende Risikoansatz für das Korrelationshandelsportfolio basiert auf einem internen Bewertungsmodell. Wir ermitteln den umfassenden Risikoansatz auf Basis eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr. Unser Modell wird auf berücksichtigungsfähige Positionen im Korrelationshandel angewandt, die in der Regel aus besicherten Schuldverschreibungen, nth-to-default-CDS und Index- sowie Einzelnamen-CDS bestehen. Wiederverbriefungen oder Produkte, die sich auf Forderungen im Mengengeschäft oder Immobilienfinanzierungen beziehen, gehören nicht dazu. Darüber hinaus müssen Handelsgeschäfte, auf die der umfassende Risikoansatz angewandt wird, bestimmte Mindeststandards für Liquidität erfüllen. Das Modell berücksichtigt Portfoliokonzentrationen und nichtlineare Effekte mittels eines vollständigen Neubewertungsansatzes.

Der umfassende Risikoansatz dient der Erfassung von Ausfällen sowie der daraus resultierenden Risikotreiber: Zinssätze, Bonitätsaufschlägen, Rückflussquoten, Wechselkurse und Basiskorrelationen sowie Basisrisiken hinsichtlich Index- und Basiskorrelationen.

Der umfassende Risikoansatz wird wöchentlich berechnet. Als Erstes werden die zugehörigen Transaktionen im Korrelationshandelsportfolio ermittelt. Zweitens werden die Risikotreiber der Gewinn- und Verlustrechnung über einen Zeithorizont von einem Jahr simuliert. Die Handelstransaktionen werden dann in den verschiedenen Monte Carlo-Szenarien neu bewertet und das 99,9 %-Quantil der Verlustverteilung wird extrahiert.

Die auf den Front-Office-Systemen basierenden Markt- und Positionsdaten werden strengen Qualitätskontrollen unterzogen. Die Ergebnisse des umfassenden Risikoansatzes werden zeitnah überwacht und spielen bei der Steuerung der Korrelationshandelsportfolios eine wichtige Rolle. Zur Bestimmung der Risikotreiber des umfassenden Risikoansatzes verwenden wir historische Marktdaten. Als Basis dienen über einen historischen Beobachtungszeitraum gleichgewichtete Handelstage von bis zu drei Jahren.

Nach Maßgabe unseres Modells für einen umfassenden Risikoansatz liegt der Liquiditätshorizont bei 12 Monaten und entspricht damit dem Kapitalhorizont.

Um die Qualität unseres umfassenden Risikoansatzes zu wahren, sorgen wir für eine fortlaufende Überwachung der potenziellen Schwächen dieses Modells. Das Backtesting der Transaktionsbewertungen und die Übertragung von Einzelrisikofaktoren werden einmal im Monat durchgeführt. Die Rekalibrierung von Parametern erfolgt auf Quartalsbasis. Darüber hinaus wurden Stresstests für das Korrelationshandelsportfolio definiert, bei denen die Intensität eines Schocks auf schwierige Marktbedingungen in der Vergangenheit zurückzuführen ist.

Die Modellvalidierung wird von einem unabhängigen Team vorgenommen, das unter anderem auch das oben genannte Backtesting, die Modelle zur Generierung, Angemessenheit und Vollständigkeit von Risikofaktoren sowie die Monte Carlo-Stabilität überprüft sowie Sensitivitätsanalysen durchführt.

In 2013 haben wir unseren umfassenden Risikoansatz wie folgt verbessert:

- Simulation von Schuldnerausfällen auf der Grundlage einjähriger Credit-Spreads;
- Erweiterung des FX-Risikos auf weitere Bilanzpositionen;
- Neukalibrierung von Credit-Spreads und FX-Korrelationen.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach „MRSA“)

Das Market Risk Management überwacht die Risikopositionen und ermittelt Risikothemen und Konzentrationen für bestimmte Positionen unter dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“). Wir verwenden den MRSA, um die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung für das Zinsrisiko aus Kreditderivaten mit n-tem Ausfallrisiko und für die im Korrelationshandelsportfolio geführten Verbriefungspositionen, für die der umfassende Risikoansatz nicht angewandt werden kann, zu bestimmen. Dabei weisen wir entweder allen zurückbehaltenen Verbriefungspositionen, die nicht bewertet sind oder deren Bewertung unter dem Investment-Grade liegt, ein Risikogewicht von 1.250 Prozent auf die Risikoposition zu, oder ziehen sie direkt vom Kapital ab. Solche Kapitalabzüge (Capital Deduction Items, „CDI“) werden je zur Hälfte vom CET 1-Kapital und vom CET 2-Kapital abgezogen.

Wir verwenden den MRSA auch zur Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderung für das Langlebighkeitsrisiko, wie in den Regularien der SolvV geregelt. Das Langlebighkeitsrisiko ist das Risiko einer gegenläufigen Veränderung der Lebenserwartung, die zu einem Wertverlust von auf Langlebighkeit basierenden Verträgen und Transaktionen führen. Für Zwecke des Risikomanagements werden bei der Überwachung und Steuerung des Langlebighkeitsrisikos auch Stresstests sowie eine Zuweisung des Ökonomischen Kapitals eingesetzt.

Darüber hinaus erfordern bestimmte Investmentfonds eine Kapitalbelastung nach Maßgabe des MRSA. Zu Zwecken des Risikomanagements sind diese Positionen ebenfalls Teil unseres Rahmenwerks für die interne Berichterstattung.

Validierung von Front-Office-Modellen

Das Market Risk Management validiert Front-Office-Modelle, die bei der amtlichen Kursfeststellung und Steuerung der Risiken von Handelspositionen eingesetzt werden. Zu den wichtigsten Aufgaben des Teams gehören unter anderem die nachstehenden Maßnahmen im Rahmen der Genehmigung neuer Modelle, der Genehmigungsverlängerung vorhandener Modelle und der Beurteilung von Modellrisiken:

- Überprüfung der mathematischen Integrität der Modelle und deren Umsetzung;
- Regelmäßige Prüfung der Modelle auf ihre Validität unter verschiedenen Marktbedingungen;
- Beurteilung der Eignung von Modellen für die spezifischen Geschäftszwecke;
- Identifizierung von Modell-Beschränkungen, die die Modell-Reserven beeinflussen; und
- Einführung von Kontrollen, die den angemessenen bereichsübergreifenden Einsatz von Modellen sicherstellen.

Rahmenwerk für die Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos bei der Postbank

Das Marktrisiko der Postbank ist seit 2010 in unserer Berichterstattung berücksichtigt. Seit Inkraftsetzung des Beherrschungsvertrags zwischen der Deutschen Bank und der Postbank im September 2012 werden die Gesamtlimite der Marktrisiken für die Postbank von der Deutschen Bank nach Maßgabe unseres Rahmenwerks für Marktrisikolimite festgesetzt. Der Leiter des Market Risk Management der Postbank berichtet auf funktionaler Ebene an unser Market Risk Management und handelt kraft der ihm erteilten Vollmacht in Bezug auf die Kontrolle, Berichterstattung und Steuerung der Marktrisiken auf Basis der der Postbank zugeordneten Marktrisikolimite.

Unterlimite werden vom Market Risk Committee der Postbank für die einzelnen operativen Geschäftseinheiten bestimmt. Ein Mitglied von Market Risk Management vertritt die Deutsche Bank im Market Risk Committee der Postbank. Die den spezifischen Geschäftsaktivitäten zugewiesenen Limite des Ökonomischen Kapitals stellen den Umfang der Marktrisiken dar, der für die Postbank hinreichend und unter Ertragsgesichtspunkten gewünscht ist.

Das Marktrisiko der Postbank wird täglich mithilfe eines Limitsystems überwacht, welches auf der Value-at-Risk-Methode beruht. Zusätzlich hat das Market Risk Committee der Postbank Sensitivitätslimite für das Handels- und Bankbuch sowie für spezifische Unterportfolios definiert. Die Postbank führt ebenso Szenarioanalysen und Stresstests zusätzlich zu ihren Value-at-Risk-Berechnungen durch. Die Annahmen, die diesen Stresstests unterliegen, werden auf fortlaufender Basis validiert.

Value-at-Risk bei der Postbank

Die Postbank verwendet ebenfalls ein Value-at-Risk-Konzept, um die eingegangenen Marktrisiken zu quantifizieren und zu überwachen. Der Value-at-Risk wird anhand eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens ermittelt. Die im Value-at-Risk berücksichtigten Risikofaktoren umfassen Zinskurven, Aktienkurse, Wechselkurse und Volatilitäten zusammen mit Risiken, die sich aus Veränderungen von Bonitätsaufschlägen ergeben. Korrelationseffekte zwischen diesen Risikofaktoren werden aus gleichgewichteten historischen Daten abgeleitet.

Der Value-at-Risk im Handelsbuch der Postbank wird derzeit noch nicht im Value-at-Risk des übrigen Konzerns konsolidiert. Wir weisen diesen Wert in unserem internen Value-at-Risk-Bericht für den Konzern jedoch getrennt aus.

Wir wenden den MRSA auch zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung für die gehandelten Marktrisiken der Postbank an.

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für das Marktrisiko misst die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Zeithorizonts von einem Jahr aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals besteht aus zwei Kernkomponenten: der Komponente allgemeine Risiken (Common Risk), die alle Risikotreiber bereichsübergreifend abdeckt, und der Abfolge von geschäftsspezifischen Stresstests (Business Specific Stress Tests, „BSSTs“), die diese Komponente ergänzt. Beide Komponenten werden anhand schwerer, in der Vergangenheit beobachteter Marktschocks kalibriert.

Die Komponente Allgemeine Risiken des Ökonomischen Kapitalmodells für gehandelte Marktrisiken basiert auf einer modifizierten Version unseres aufsichtsrechtlichen Stress-Value-at-Risk-Modells. Daher profitiert das Ökonomische Kapitalmodell von Verbesserungen des Value-at-Risk-Modells.

2013 haben wir unser Ökonomisches Kapitalmodell für gehandelte Marktrisiken durch Verfeinerung des zugrunde liegenden Rahmenwerks für Liquiditätshorizonte verbessert. Der Liquiditätshorizont ist ein Parameter, der abschätzt, wie schnell Interventionsmaßnahmen des Managements bei extrem ungünstiger Marktlage unsere Risikopositionen auflösen oder signifikant absichern. Im Wesentlichen wurden die nachstehenden Verbesserungen durchgeführt:

- Gezieltere Zuordnung der Liquiditätshorizonte;
- Die Liquiditätshorizonte berücksichtigen jetzt auch die potenziellen Restrisiken aus Market-Making-Aktivitäten nach einem schweren Marktschock.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen erfolgt wöchentlich. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Aktienkurse, Fremdwährungskurse, Rohstoffpreise und Korrelationen.

Wir arbeiten fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer geschäftsspezifischen Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, kann der Wertverlust aus den Marktrisikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigen, da nicht sämtliche Abwärtsszenarien gleichzeitig vorhergesagt und simuliert werden können.

Das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken repräsentiert eine Schätzung des Ausfall- und Migrationsrisikos der Kreditprodukte bei einem 99,98 %-Konfidenzniveau unter Berücksichtigung des Liquiditätshorizonts der betreffenden Unterportfolios. Es deckt die nachstehenden Positionen:

- Aktiva im Anlagebuch, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden;
- nicht verbriefte Kreditprodukte im Handelsbuch ohne das Korrelationshandelsportfolio;
- verbrieft Produkte im Handelsbuch ohne das Korrelationshandelsportfolio und
- das Korrelationshandelsportfolio.

Das Ökonomische Kapital für das handelsbezogene Ausfallrisiko des Korrelationshandelsportfolios wird unter Nutzung des umfassenden Risikoansatzes (Comprehensive Risk Measure) berechnet. Für alle anderen Positionen basiert die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das handelsbezogene Ausfallrisiko auf unserem Kreditportfoliomodell. Die vom Ausfallrisiko betroffenen Positionen unseres Handelsbuchs werden durch Limite für Einzelnamen und Portfolios auf Basis von Bonitätseinstufungen, Volumen und Liquidität überwacht. Darüber hinaus gibt es ein Limit für das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital für Marktrisiken, während der inkrementelle Risikoaufschlag zum Zwecke der Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für diese Risiken eingesetzt wird. Um die Effekte aus Diversifikation und Konzentration zu erfassen, führen wir eine übergreifende Berechnung für das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken und Kreditrisiken durch. Wichtige Parameter zur Berechnung des handelsbezogenen Ausfallrisikos sind Engagementhöhe, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Restlaufzeiten. Diese Parameter werden aus Marktinformationen und externen Bonitätseinstufungen für Handelsbuchpositionen und internen Einschätzungen für das Anlagebuch wie auch für das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken abgeleitet. Veränderungen der Bonitätseinschätzungen werden durch Veränderungsmatrizen bestimmt, die aus historischen Zeitreihen von Ratingagenturen sowie aus internen Einschätzungen gewonnen werden. Die Wahrscheinlichkeit von gleichzeitigen Bonitätsverschlechterungen und Ausfällen wird durch die Korrelation von Ausfällen und Bonitäten im Portfoliomodell bestimmt. Diese Korrelationen werden durch systematische Faktoren bestimmt, die Länder, geografische Regionen und Branchen repräsentieren.

Die Validierung des Modells zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko wird von einem unabhängigen Team durchgeführt. Die regelmäßige Prüfung erstreckt sich unter anderem auf die Angemessenheit von Risikofaktoren, die Kalibrierungstechniken, die Parameterausprägungen und Modellannahmen.

Zuordnung von Positionen zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch

Für deutsche aufsichtsrechtliche Zwecke sind alle unsere Positionen entweder dem Handelsbuch oder dem Anlagebuch zuzuordnen. Diese Zuordnung einer Position wirkt sich auf ihre aufsichtsrechtliche Behandlung aus, insbesondere auf die Berechnung ihrer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung. Wir haben die Kriterien für die Zuordnung von Positionen zum Handels- oder Anlagebuch in internen Richtlinienvorgaben niedergelegt, die auf den für den Konzern geltenden Anforderungen gemäß § 1a des Kreditwesengesetzes (KWG) basieren.

Eine zentrale Funktion in Finance ist für die Richtlinienvorgaben verantwortlich und der Fachbereich für Fragen zu ihrer Anwendung. Die für die einzelnen Geschäftsbereiche zuständigen Finance-Funktionen sind für die Klassifizierung von Positionen gemäß den Richtlinienvorgaben verantwortlich.

Wir ordnen dem Handelsbuch Finanzinstrumente und Rohstoffe zu, die mit Handelsabsicht oder zur Absicherung von Marktrisiken anderer Handelsbuchpositionen gehalten werden.

Dem Handelsbuch zugeordnete Positionen dürfen zudem keinerlei einschränkenden Bedingungen in Bezug auf ihre Handelbarkeit unterliegen oder müssen ihrerseits absicherbar sein.

Darüber hinaus müssen Handelsbuchpositionen täglich bewertet werden. Für nähere Angaben zu der von uns benutzten Bewertungsmethode verweisen wir auf Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“.

Im Rahmen der laufenden Prozesse zur Sicherstellung, dass die Zuordnung von Positionen zum Handelsbuch weiterhin den oben genannten internen Richtlinienvorgaben entspricht, führen die für unsere Handelsbereiche zuständigen Finance-Funktionen auf globaler Ebene quartalsweise eine Überprüfung der Klassifizierung von Positionen durch. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dokumentiert und dem Trading Book Review Committee mit Vertretern aus Finance und Legal vorgestellt.

Umwidmungen zwischen Handels- und Anlagebuch können nur in Übereinstimmung mit den internen Richtlinienvorgaben durchgeführt werden. Sie sind zu dokumentieren und unterliegen der Zustimmung der oben beschriebenen zentralen Finance-Funktion.

Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs

Die nachfolgenden Tabellen zeigen Aufgliederungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten unserer Bilanz in Teile unseres Handelsbuchs beziehungsweise Anlagebuchs nach aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten.

Aufsichtsrechtliches Handelsbuch für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten als Teil der Bilanz

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Bilanz	Handelsbuch	Bankbuch ¹	Bilanz	Handelsbuch	Bankbuch ¹
Aktiva						
Barreserve	17.155	91	17.063	27.877	251	27.626
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	4.391	73.593	120.637	3.706	116.931
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) ²	27.363	5.784	21.578	36.570	18.872	17.698
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.870	20.712	157	24.013	23.911	102
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	899.257	843.374	55.883	1.209.839	1.155.080	54.759
Handelsaktiva ³	210.070	187.939	22.131	254.459	231.319	23.139
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	504.590	499.279	5.311	768.353	754.830	13.524
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	184.597	156.155	28.441	187.027	168.931	18.096
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	48.326	600	47.725	49.400	527	48.873
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3.581	8	3.573	3.577	0	3.577
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	1.617	374.964	397.377	4.368	393.009
Sachanlagen	4.420	0	4.420	4.963	0	4.963
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	13.932	0	13.932	14.219	0	14.219
Sonstige Aktiva ⁴	112.539	34.995	77.545	123.702	47.708	75.993
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.322	0	2.322	2.389	0	2.389
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7.071	0	7.071	7.712	0	7.712
Summe der Aktiva	1.611.400	911.574	699.826	2.022.275	1.254.423	767.851

¹ Enthält Engagements in Bezug auf aufsichtsrechtlich nicht konsolidierte Gesellschaften.

² Enthält ausschließlich Wertpapiere, die zum 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012 in Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) gekauft wurden.

³ Enthält im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch vorwiegend Schuldverschreibungen als Teil unserer Liquiditätsreserve sowie gehandelte Kredite, die nicht die Kriterien zur Zuordnung zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch erfüllen.

⁴ Die Positionen des aufsichtsrechtlichen Handelsbuchs enthalten überwiegend Forderungen aus Wertpapierabwicklung und Derivate, die die Anforderung für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen.

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Bilanz	Handelsbuch	Bankbuch	Bilanz	Handelsbuch	Bankbuch
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen						
Handelspassiva	637.404	631.182	6.222	925.193	910.970	14.223
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	55.804	55.604	200	54.400	54.195	205
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	483.428	478.005	5.423	752.652	738.634	14.018
Investmentverträge	90.104	89.505	599	110.409	110.409	0
Investmentverträge	8.067	8.067	0	7.732	7.732	0
Übrige Verpflichtungen	919.030	65.733	853.298	1.042.842	84.122	958.720
Summe der Verbindlichkeiten	1.556.434	696.914	859.520	1.968.035	995.092	972.944

Der überwiegende Anteil unserer Vermögenswerte im Handelsbuch in unserer Bilanz sind Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte. Der Rückgang um 27 % zum 31. Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahr, insbesondere in den Positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten, war überwiegend zurückzuführen auf Zinsderivate und Änderungen in den Zinsstrukturkurven sowie das Ergebnis unserer Initiative zum Risikoabbau.

Der überwiegende Anteil unserer Verbindlichkeiten im Handelsbuch ist in unserer Bilanz als Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen klassifiziert. Der Rückgang um 31 % zum 31. Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahr, insbesondere in den Negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten, war überwiegend zurückzuführen auf Zinsderivate und Änderungen in den Zinsstrukturkurven sowie das Ergebnis.

Für eine zusätzliche Aufschlüsselung unseres Zinsüberschusses sowie des Ergebnisses aus unseren Vermögenswerten beziehungsweise Verbindlichkeiten im Handelsbuch siehe Anhangsangabe 5 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen und die Grafik zeigen den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Value-at-Risk unserer Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012 ¹
Zinsrisiko	27,2	27,6
Credit-Spread-Risiko	37,9	47,2
Aktienkursrisiko	20,2	11,6
Währungsrisiko ²	12,4	9,1
Rohwarenpreisrisiko	7,8	7,4
Diversifikationseffekt	-57,7	-44,8
Value-at-Risk insgesamt	47,9	58,1

¹ Die Aufteilung der Risikoarten wurde für den 31. Dezember 2012 an die Risiko-Management-Klassifikationen angepasst, mit einer Einzeldarstellung des Credit-Spread-Risikos sowie der Zuordnung von Gold und anderen Edelmetallpositionen in das Währungsrisiko.

² Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Value-at-Risk unserer Handelsbereiche im Berichtszeitraum

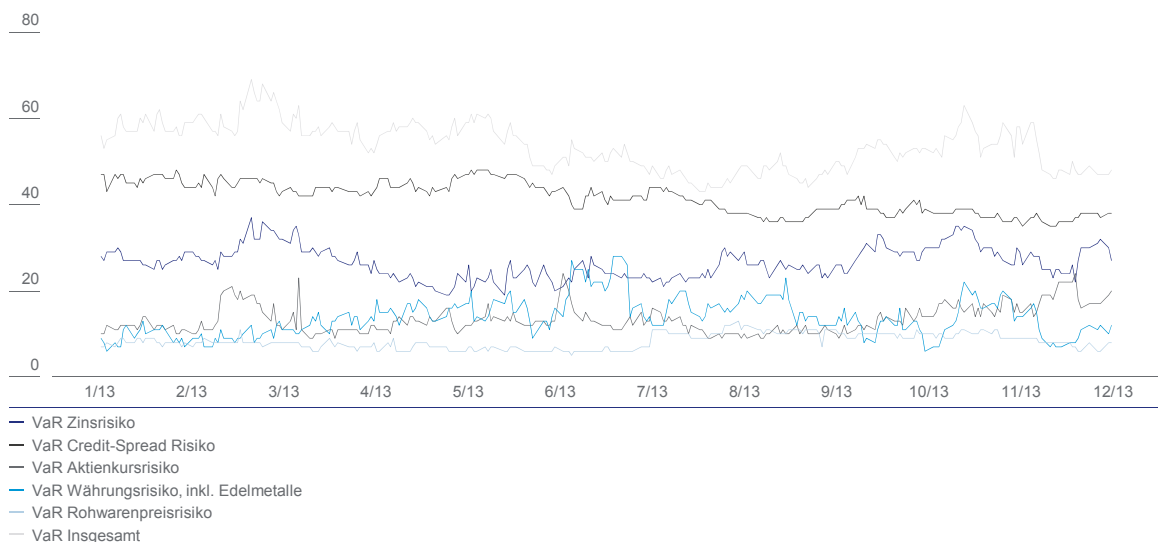
in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Credit-Spread-Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko ¹		Rohwarenpreisrisiko	
	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²
Durchschnitt	53,6	57,1	-50,0	-66,3	26,5	33,1	41,6	50,2	13,4	14,6	13,8	15,4	8,3	10,1
Maximum	69,0	80,1	-62,1	-89,4	36,6	49,0	48,0	64,3	23,9	27,4	27,8	43,2	12,8	18,0
Minimum	43,0	43,3	-38,5	-44,2	18,7	24,9	34,9	39,3	8,8	7,5	5,8	4,1	5,5	7,4

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Aufteilung der Risikoarten wurde für den 31. Dezember 2012 an die Risiko-Management-Klassifikationen angepasst, mit einer Einzeldarstellung des Credit-Spread-Risikos sowie der Zuordnung von Gold und anderen Edelmetallpositionen in das Währungsrisiko.

Entwicklung des Value-at-Risk nach Risikoarten in 2013

In Mio €



Der durchschnittliche Value-at-Risk in 2013 betrug 53,6 Mio € und reduzierte sich leicht um 3,5 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2012. Die Reduzierung des durchschnittlichen Value-at-Risk erfolgte über fast alle Risikoarten, insbesondere durch den Rückgang in den Niveaus des Credit-Spread-Risikos um 8,6 Mio € und des Zinsrisikos um 6,6 Mio €. Die Volatilitätsniveaus innerhalb der einjährigen historischen Marktdaten, die in der Berechnung in 2013 verwendet wurden, haben sich generell reduziert und zu einem Vorteil in der Berechnung geführt, aber auch zu einem Rückgang im Diversifikationseffekt über das gesamte Portfolio. Insgesamt hat sich der Value-at-Risk in 2013 mit einem Minimum von 43,0 Mio € und einem Maximum von 69,0 Mio € verglichen zu 2012 mit 43,3 Mio € und 80,1 Mio € in einem engeren Band bewegt.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen zeigen den Stress-Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Stress-Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012 ¹
Zinsrisiko	53,0	79,1
Credit-Spread-Risiko	114,4	124,5
Aktienkursrisiko	27,5	16,0
Währungsrisiko ²	27,0	27,4
Rohwarenpreisrisiko	8,9	13,6
Diversifikationseffekt	-125,3	-114,3
Stress-Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	105,5	146,3

¹ Die Aufteilung der Risikoarten wurde für den 31. Dezember 2012 an die Risiko-Management-Klassifikationen angepasst, mit einer Einzeldarstellung des Credit-Spread-Risikos sowie der Zuordnung von Gold und anderen Edelmetallpositionen in das Währungsrisiko.

² Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Credit-Spread-Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko ¹		Rohwarenpreisrisiko	
	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²	2013	2012 ²
Durchschnitt	114,0	120,6	-127,5	-129,5	59,3	73,3	118,1	119,4	19,2	19,8	29,6	21,1	15,2	16,4
Maximum	169,2	152,2	-166,8	-166,1	93,1	112,6	149,5	153,0	53,6	47,8	59,2	50,8	37,1	33,3
Minimum	75,1	91,0	-105,5	-101,8	44,4	49,2	90,0	93,5	4,3	7,7	12,1	7,1	7,1	10,2

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

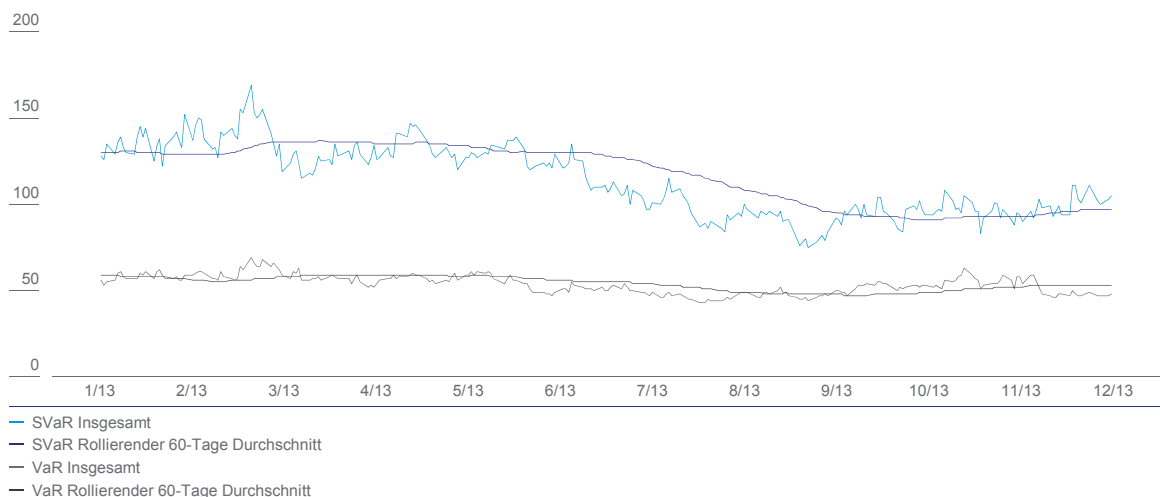
² Die Aufteilung der Risikoarten wurde für den 31. Dezember 2012 an die Risiko-Management-Klassifikationen angepasst, mit einer Einzeldarstellung des Credit-Spread-Risikos sowie der Zuordnung von Gold und anderen Edelmetallpositionen in das Währungsrisiko.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk belief sich in 2013 auf € 114,0 Millionen, ein Rückgang von € 6,6 Millionen im Vergleich zum Jahr 2012. Dies war vor allem zurückzuführen auf einen geringeren Stress-Value-at-Risk für das Zinsrisiko in 2013, der einen allgemeinen Rückgang des USD-Zinsrisikos widerspiegelt. Es gab auch kleine Reduzierungen bei Kredit-, Aktien- und Rohwarenpreisrisiken im Durchschnitt im Vergleich zu 2012. Dies wurde teilweise kompensiert durch eine Erhöhung des Stress-Value-at-Risk für das Währungsrisiko, was auf eine Zunahme der direktionalen Devisenforderungen im Laufe des Jahres zurückzuführen war.

Das folgende Diagramm vergleicht die Entwicklung des täglichen Value-at-Risk mit dem täglichen Stress-Value-at-Risk und ihren 60-Tage-Durchschnittswerten, jeweils mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag für unsere Handelsbereiche berechnet. Beträge sind in Millionen Euro angegeben und schließen Beiträge aus dem Postbank-Handelsbuch aus, die separat berechnet werden.

Entwicklung des Value-at-Risk und des Stress-Value-at-Risk in 2013

In Mio €



Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags oder den Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Im Gegensatz dazu ist der inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximal- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Global Finance and Foreign Exchange	82,4	70,8
Rates and Credit Trading ¹	563,4	315,5
NCOU	-3,9	-20,9
Emerging Markets – Debt	168,3	224,6
Sonstige ¹	185,5	122,8
Inkrementeller Risikoaufschlag insgesamt	995,6	712,8

¹ Der inkrementelle Risikoaufschlag für das Structured Finance Geschäft wurde von Rates and Credit Trading auf Sonstige übertragen. Die Werte zum 31. Dezember 2012 wurden entsprechend angepasst.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	2013				2012			
	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Global Finance and Foreign Exchange	6,0	66,9	82,4	43,5	6,0	107,4	139,3	70,1
Rates and Credit Trading ²	6,0	505,8	603,4	414,2	6,0	338,4	426,9	288,1
NCOU	6,0	-20,6	-3,7	-36,6	6,0	-23,0	29,1	-120,9
Emerging Markets – Debt	6,0	179,5	205,0	156,1	6,0	197,2	273,5	150,0
Sonstige ²	6,0	236,5	323,9	185,1	6,0	140,7	185,5	106,1
Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche insgesamt	6,0	968,2	1.044,8	928,5	6,0	760,7	821,5	705,9

¹ Die Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwerte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember 2013 beziehungsweise am 31. Dezember 2012 endete.

² Der inkrementelle Risikoaufschlag für das Structured Finance Geschäft wurde von Rates and Credit Trading auf Sonstige übertragen. Die Werte zum 31. Dezember 2012 wurden entsprechend angepasst.

Basierend auf 52 Wochen, betrug der Jahresdurchschnitt unseres gesamten inkrementellen Risikoaufschlags 877 Mio € für das Jahr 2013, verglichen mit 760 Mio € in 2012. Das Maximum und das Minimum des inkrementellen Risikoaufschlags für das Jahr 2013 lagen bei 1.164 Mio € beziehungsweise bei 667 Mio € gegenüber 878 Mio € beziehungsweise 673 Mio € im Jahr 2012. Der Anstieg war beeinflusst von einer konservativeren Parameterauswahl innerhalb der Berechnungen sowie dem Anstieg in Einzelnamenrisiken.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen 12 Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk. Im Gegensatz dazu ist der umfassende Risikoansatz für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximal- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Korrelationshandel	223,8	543,8

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	2013				2012			
	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Korrelationshandel	12,0	316,0	359,6	285,9	12,0	613,4	650,9	562,8

¹ Die Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwerte wurden auf Basis des Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember 2013 beziehungsweise am 31. Dezember 2012 endete.

Basierend auf 52 Wochen, betrug der Jahresdurchschnitt unseres umfassenden Risikoansatzes insgesamt 435 Mio € für das Jahr 2013 im Vergleich zu 693 Mio € im Jahr 2012. Das Maximum und das Minimum des umfassenden Risikoansatzes lagen für das Jahr 2013 jeweils bei 673 Mio € beziehungsweise bei 199 Mio € gegenüber 884 Mio € beziehungsweise 418 Mio € im Jahr 2012. Der Rückgang war im Wesentlichen zurückzuführen auf unsere Risikoreduzierungen in NCOU, die Auflösungen und Abgänge von Risikopositionen und Verbesserungen in der Risikobalance im Portfolio beinhalteten.

Marktrisiko-Standardansatz

Zum 31. Dezember 2013 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu risikogewichteten Aktiva in Höhe von 5,9 Mrd €, die Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 473 Mio € entsprachen, sowie zu Kapitalabzugspositionen in Höhe von 1,5 Mrd €, die ein RWA-Äquivalent von 14,9 Mrd € bedeuteten. Zum 31. Dezember 2012 beliefen sich dies Positionen auf 5,4 Mrd €, 429 Mio €, 637 Mio € und 6,4 Mrd €. Der Anstieg der RWA und CDI war hauptsächlich auf eine aufsichtsrechtlich ausgelöste Veränderung in der Behandlung von bestehenden Transaktionen für Verbriefungen im Handelsbuch zurückzuführen. Darüber hinaus führten zurückbehaltenen Verbriefungspositionen, die ein Risikogewicht von 1.250 % erhielten und die teilweise auch ausgelaufene Positionen ersetzten, zu einer kompensierenden RWA-Abnahme, führten jedoch auch zu einer Erhöhung der CDI. Diese Erhöhungen der RWA und CDI wurden teilweise aufgrund von Fremdwährungseffekten kompensiert.

Ergänzend beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. Dezember 2013 auf 78 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 977 Mio € entsprach. Dies war auf Positionen zurückzuführen, die neu dem Marktrisiko-Standardansatz hinzugerechnet wurden.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate, die dem Marktrisiko-Standardansatz unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 5 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 63 Mio € entsprach. Zum Vorjahresende beliefen sich diese Beträge auf 14 Mio € und 172 Mio €. Diese Entwicklung war auf verschiedene Positionen zurückzuführen, die sich aufgrund verbesserter Marktliquidität für eine Bewertung im umfassenden Risikoansatz qualifizierten.

Die Kapitalabzugsposition für das Langlebkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betrug 29 Mio € zum 31. Dezember 2013, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 363 Mio € entsprach, und reduzierte sich geringfügig gegenüber 32 Mio € und 404 Mio € zum Vorjahresende.

Value-at-Risk der Postbank

Die folgenden Tabellen zeigen den Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag).

Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Zinsrisiko ¹	0,0	0,4
Credit-Spread-Risiko ¹	0,0	1,2
Aktienkursrisiko	0,0	0,1
Währungsrisiko	0,1	0,2
Rohwarenrisiko	0,0	0,0
Diversifikationseffekt ¹	0,0	-0,6
Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank insgesamt	0,1	1,2

¹ Aufgrund der separaten Darstellung des Credit-Spread-Risikos wurden die Werte für den 31. Dezember 2012 angepasst.

Der Rückgang des Value-at-Risk der Postbank auf 0,1 Mio € zum Jahresende 2013 von 1,2 Mio € zum Jahresende 2012 ist weitestgehend auf die fortgeführte Reduzierung der Gesamtposition sowie die Übertragung von Positionen auf das aufsichtsrechtliche Anlagebuch in Übereinstimmung mit der Handelsbuchstrategie der Postbank zurückzuführen. Der Diversifikationseffekt reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem gegebenen Tag geringer sein wird als die Summe des Value-at-Risk bezogen auf die einzelnen Risikoklassen. Einer einfachen Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoklassen zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme zugrunde liegen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig eintreten.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt ¹		Zinsrisiko ¹		Credit-Spread-Risiko ¹		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Durchschnitt	0,3	3,4	-0,2	-1,9	0,2	1,9	0,1	3,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Maximum	1,1	5,9	-0,9	-3,8	0,5	3,5	1,1	5,0	0,1	0,2	0,5	0,7	0,0	0,0
Minimum	0,1	0,9	0,0	-0,6	0,0	0,4	0,0	0,9	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0

¹ Aufgrund der separaten Darstellung des Credit-Spread-Risikos wurden die Werte für den 31. Dezember 2012 angepasst.

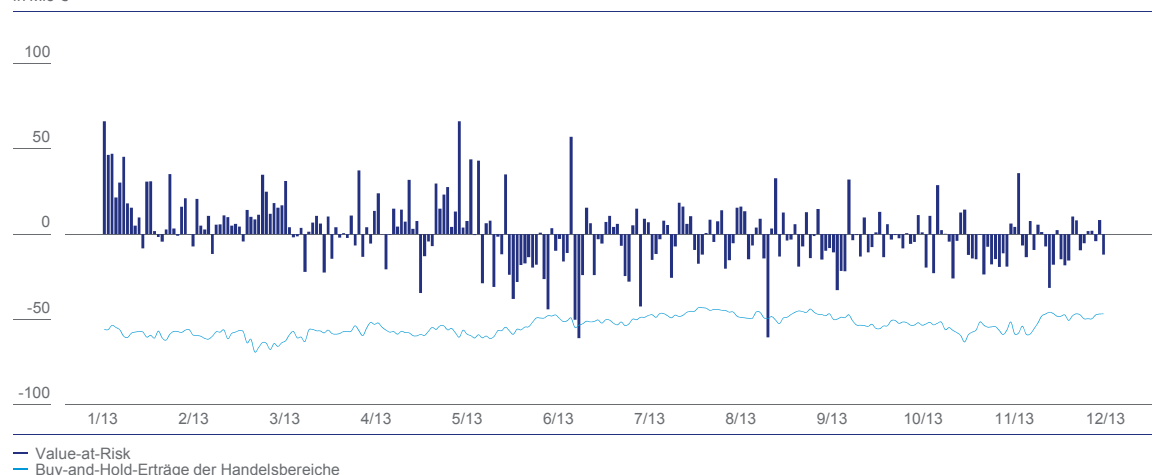
Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtesting des Trading Market Risk

In 2013 haben wir zwei globale Ausreißer gegenüber zwei in 2012 beobachtet, was auf Basis eines 99 %-Konfidenzniveaus in Übereinstimmung mit unseren Erwartungen war. Die Ausreißer, von denen einer im Juni 2013 und einer im August 2013 vorkam, waren im Wesentlichen auf Marktbewegungen zurückzuführen, die außerhalb des historischen 1 Jahres 99 Prozent Quantils lagen. Basierend auf den Ergebnissen unseres Backtesting, unserer Analyse der zugrunde liegenden Gründe der Ausreißer und Verbesserungen in unserer Value-at-Risk-Methodik sind wir weiterhin davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk-Modell ein angemessenes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag für die Handelstage der Berichtsperiode. Der Value-at-Risk wird in negativen Beträgen dargestellt, um den abgeschätzten potenziellen Verlust visuell mit den Buy-and-Hold-Handelsergebnissen vergleichen zu können. Zahlen sind in Mio € angegeben und umfassen nicht den für das Handelsbuch der Postbank separat berechneten Value-at-Risk.

Tägliche Buy-and-Hold-Handelsergebnisse im Vergleich zum Value-at-Risk in 2013

in Mio €

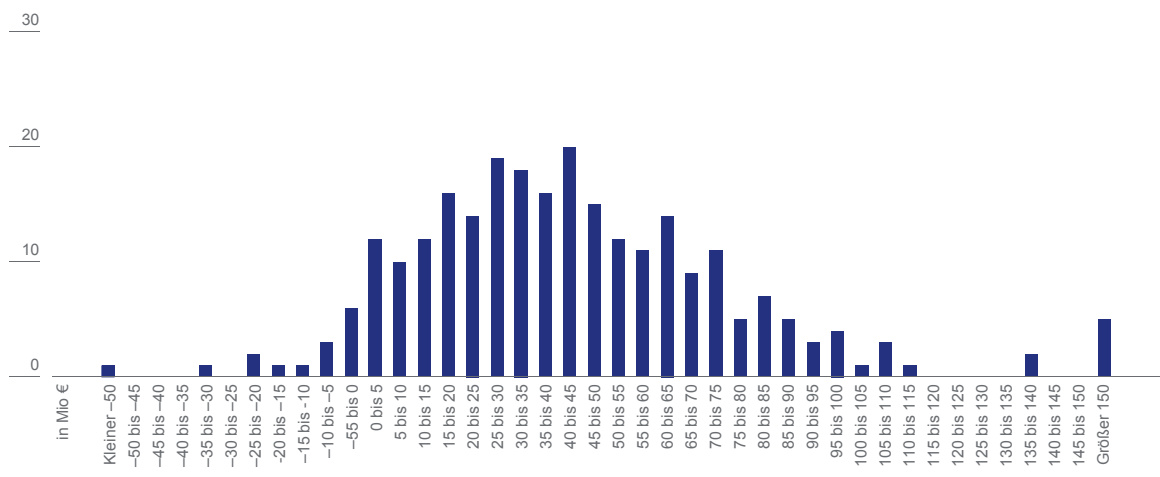


Tägliche Erträge der Handelsbereiche

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche, ohne Postbank, im Jahr 2013. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Verteilung der täglichen Erträge unserer Handelsbereiche in 2013

Tage



Im Jahr 2013 erzielten unsere Handelsbereiche an 94 % der Handelstage einen positiven Ertrag (gegenüber 96 % in 2012).

Ökonomischer Kapitalbedarf für das gehandelte Marktrisiko

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich am Jahresende 2013 auf 4,2 Mrd € verglichen mit 4,7 Mrd € zum Jahresende 2012. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten reduzierte sich um 493 Mio € (11 %). Dieser Rückgang war auf Reduzierungen innerhalb von NCOU zurückzuführen.

Der Beitrag der Postbank zu unserem Ökonomischen Kapitalbedarf für unser Marktrisiko aus Handelsaktivitäten war minimal.

Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Für eine detaillierte Beschreibung der von uns angewandten Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Konzernabschluss.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt aus Marktbewegungen, vor allem aus Bereichen außerhalb unserer Handelsbereiche, unserem Anlagebuch und außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen die Bank ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

- Zinsrisiken (einschließlich Modellrisiken aus eingebetteten Optionen und Risiken aus der Modellierung von Verhaltensannahmen bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
- Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen und Garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Die Marktrisikokomponente unserer Nichthandelsaktivitäten wird von speziellen Abteilungen innerhalb unserer Risikomanagementorganisation überwacht. Aufgrund der Vielzahl der Geschäfte und Aktivitäten, die einem Nichthandelsmarktrisiko unterliegen, erfolgt die Überwachung nach den drei Hauptthemen:

- Market Risk Management – deckt Marktrisiken in PBC, GTB, DeAWM, Treasury und der NCOU, wie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen und Pensionsverpflichtungen, ab.
- Credit Risk Management Principal Investments – ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft regelmäßig das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.
- Asset Management Risk – konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset Management- und Fondsgeschäfts im Geschäftsbereich DeAWM. Schlüsselrisiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Das Risk Executive Committee und das Capital and Risk Committee überwachen unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorhaben. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen müssen diese vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee sowie des Risk Executive Committee gehören auch dem Group Investment Committee an. Dadurch wird eine enge Verknüpfung der beiden Gremien gewährleistet.

Ein unabhängiges Team in Risk prüft die Modelle auf Risiken aus Nichthandelsaktivitäten. Grundsätzlich umfasst die Prüfung eine Analyse der Angemessenheit von Risikofaktoren, Parametern, Parameterkalibrierung und Modellannahmen. Die Prüfungsergebnisse werden dem Senior Management vorgelegt, und vom Market Risk Management werden angemessene Maßnahmen zur Verbesserung des für die verschiedenen Risikoarten eingesetzten Modells ergriffen.

Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Die Mehrzahl von Marktrisiken in unseren Nichthandelsportfolios wird mithilfe von Stresstestverfahren quantifiziert. Wir verwenden für jede Risikoklasse spezifische Stresstests, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten überwachen, zusammenfassen und steuern.

Zinsrisiken im Anlagebuch

Der überwiegende Teil unserer Zinsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde, mit Ausnahme von einigen Gesellschaften und Portfolios, durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Unternehmensbereich CB&S übertragen. Das intern transferierte Zinsrisiko wird auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und spiegelt sich in den Handelsportfolio-Zahlen wider. Die Behandlung des Zinsrisikos in unseren Handelsportfolios und die Anwendung des Value-at-Risk-Modells werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ erläutert.

Die wichtigsten Ausnahmen von den obigen Ausführungen gibt es im Geschäftsbereich PBC in Deutschland einschließlich Postbank und im Hypothekengeschäft des Geschäftsbereichs DeAWM in den USA. Diese Ein-

heiten steuern das Zinsrisiko separat über ein dediziertes Aktiv-Passiv-Management nach Maßgabe der Value-at-Risk-Limite des Anlagebuchs. Sie werden durch das Market Risk Management festgelegt und überwacht. Die Messung und Berichterstattung der von diesen dedizierten Aktiv- und Passiv-Funktionen gesteuerten Zinsrisiken erfolgen im Unternehmensbereich PBC täglich und in DeAWM wöchentlich. Das konzernweite Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs wird monatlich berichtet.

Die Barwertveränderungen der Anlagebuchpositionen im Falle der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven um minus 200 und plus 200 Basispunkte lagen zum 31. Dezember 2013 unterhalb von 1 % unseres gesamten aufsichtsrechtlichen Kapitals. Dementsprechend wird das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch als nicht wesentlich betrachtet.

In unseren Geschäftsbereichen PBC, GTB und DeAWM unterliegen Kundeneinlagen sowie Spar- und Kreditprodukte Modellrisiken. Die Messung des Zinsrisikos dieser Produktarten im Anlagebuch basiert auf Annahmen über das Kundenverhalten, der zukünftigen Verfügbarkeit von Einlagen und der Sensitivität der Einlagenzinsen gegenüber den Marktzinssätzen, welche zu einer längeren tatsächlichen als der vertraglich festgelegten Laufzeit führen. Diese Parameter werden innerhalb unseres Rahmenwerks für Ökonomisches Kapital Stresstests unterzogen. Weitere Annahmen werden unter anderem getroffen bezüglich des Kundenverhaltens mit Blick auf den Zeitpunkt, zu dem vorzeitige Darlehensrückzahlungen erfolgen. Die Modellparameter beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, statistischen Analysen und Expertenschätzungen. Wenn sich die zukünftige Entwicklung von Einlagen, Zinssätzen oder des Kundenverhaltens wesentlich von den getroffenen Annahmen unterscheidet, kann dies Einfluss auf das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch haben.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken entstehen aus Aktiv-Passiv-Positionen in unseren Nichthandelsportfolios, die auf eine andere als die Verkehrswährung der jeweiligen Gesellschaft lauten. Die meisten dieser Fremdwährungsrisiken werden über interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Bereich CB&S übertragen und daher über die Value-at-Risk-Positionen in den Handelsbüchern ausgewiesen sowie gesteuert. Die verbleibenden, nicht übertragenen Währungsrisiken werden in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. In wenigen Ausnahmefällen wird abweichend von dem obigen Ansatz das im Zusammenhang mit dem Handelsportfolio beschriebene allgemeine Market Risk Management-Kontroll- und -Berichterstattungsverfahren angewandt.

Der überwiegende Teil der Fremdwährungsrisiken aus Nichthandelsgeschäften steht im Zusammenhang mit nicht abgesicherten strukturellen Währungsrisiken insbesondere bei unseren US-amerikanischen, britischen und chinesischen Gesellschaften. Strukturelle Fremdwährungsrisiken resultieren aus lokalen Kapitalbeständen (einschließlich Gewinnrücklagen) bei unseren konsolidierten Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie aus Investitionen, die auf Equity-Basis bilanziert wurden. Änderungen der Devisenkurse für die zugrunde liegenden Verkehrswährungen führen zu einer Neubewertung des Kapitals sowie der Gewinnrücklagen und werden in „Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung“ als Währungsumrechnungsanpassungen ausgewiesen.

Vordringliches Ziel bei der Steuerung unserer strukturellen Währungsrisiken ist die Stabilisierung der Kapitalquoten auf Konzernebene gegenüber den Auswirkungen von Devisenkursschwankungen. Aus diesem Grunde werden einzelne strukturelle Währungspositionen mit beträchtlichen risikogewichteten Aktiva in den jeweiligen Währungen nicht abgesichert, um Schwankungen der Kapitalquote für betreffende Gesellschaften und den Konzern insgesamt zu vermeiden.

Investitionsrisiken

Bei den investitionsbezogenen Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten handelt es sich vor allem um anteils-kapitalbasierte Risiken im Anlagebuch aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen und Alternative-Asset-Portfolios.

Strategische Investitionen beziehen sich in der Regel auf Akquisitionen zur Unterstützung der Geschäftsorganisation und haben einen mittleren bis langen Anlagehorizont. Alternative Vermögenswerte umfassen Principal Investments und andere nicht-strategische Investitionen. Bei Principal Investments handelt es sich um Direktinvestitionen in Private Equity (einschließlich Leveraged-Buy-out- und Equity-Bridge-Finanzierungszusagen), Immobiliengeschäfte (einschließlich Mezzanine Debt) und Venture-Capital-Verpflichtungen, die durchgeführt wurden, um eine Wertsteigerung zu erzielen. Darüber hinaus soll mit erfolgreichen Principal Investments in Hedgefonds und Investmentfonds eine Erfahrungshistorie aufgebaut werden für den Verkauf an externe Kunden. Zu den sonstigen nicht-strategischen Beteiligungen gehören Vermögenswerte, die bei der Abwicklung notleidender Positionen oder anderer nichtstrategischer „legacy investment assets“ in Private Equity und im Immobilienbereich zurückgewonnen werden. Der überwiegende Teil des nichtstrategischen Investmentportfolios wurde in die NCOU übertragen und fällt damit unter deren Mandat für eine beschleunigte Risikoreduzierung und Entlastung des Kapitals.

Pensionsrisiken

Wir sind bei einer Reihe spezifischer leistungsorientierter Pensionspläne für frühere und aktuelle Mitarbeiter Marktrisiken ausgesetzt. Durch Investitionen und fortlaufende Planbeiträge wird sichergestellt, dass die geplanten Pensionszahlungen nach Maßgabe der Pensionspläne durchgeführt werden können. Marktrisiken entstehen infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwerts der Aktiva oder einer Zunahme der Passiva der jeweiligen Pensionspläne. Das Market Risk Management überwacht und meldet alle Marktrisiken sowohl in Bezug auf die Aktiv- als auch die Passivseite unserer leistungsorientierten Pensionspläne einschließlich Zinsrisiken, Inflationsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Aktien- und Langlebighkeitsrisiken. Nähere Angaben zu unseren Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge enthält die Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“.

Sonstige Risiken

Neben den obigen Risiken ist das Market Risk Management für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken aus der Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken in unserem Treasury-Bereich zuständig. Neben dem Verfahren zur strukturellen Absicherung von Fremdwährungsrisiken bei Kapitalbeständen gehört dazu auch die Absicherung von Marktrisiken aus unseren aktienbasierten Vergütungsplänen.

Marktrisiken entstehen im Rahmen unserer Vermögensverwaltungsaktivitäten in DeAWM vor allem bei Fonds mit Kapitalgarantie, aber auch aus Co-Investments in unsere Fonds.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich

Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios nach Geschäftsbereichen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung 2013 gegenüber 2012	
			in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	333	818	- 485	- 59
Global Transaction Banking	143	136	7	5
Deutsche Asset & Wealth Management	1.295	1.235	60	5
Private & Business Clients	2.964	3.162	- 198	- 6
Non-Core Operations Unit	1.362	2.336	- 974	- 42
Consolidation & Adjustments	2.444	808	1.636	202
Insgesamt	8.541	8.495	46	1

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken betrug 8.541 Mio € zum 31. Dezember 2013 und war damit 46 Mio € oder 0,5 % höher als der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios zum Jahresende 2012.

Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs beruht hauptsächlich auf der Implementierung konservativerer Methoden für strukturelle Währungsrisiken und Pensionsrisiken in Bezug auf angewandte Liquiditätshori-

zonte und Langlebigkeitsrisiken. Diese Erhöhung wurde durch einen Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Bankbuchpositionen mit materiellem Credit-Spread-Risiko ausgeglichen.

Der Rückgang im Ökonomischen Kapitalbedarf bei CB&S beruht hauptsächlich auf einer Übertragung von Aktiva im Zusammenhang mit Garantiefondsrisiken an DeAWM und niedrigeren Zinsrisikopositionen. Der weitere Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs bei DeAWM beruht auf rückläufigen Zinsrisikopositionen aufgrund risikomindernder Positionierung. Die Veränderung des Ökonomischen Kapitals bei PBC und der NCOU beruht hauptsächlich auf einer Verringerung von Credit-Spread-Risiken. Die erhebliche Erhöhung bei strukturellen Währungsrisiken und Pensionsrisiken wird in Consolidation & Adjustment ausgewiesen.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Buchwerte und Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios

in Mio €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Strategische Beteiligungen	3.257	3.015	1.277	1.230
Alternative Assets	4.761	5.666	1.722	1.966
Principal Investments	1.526	2.061	718	898
Sonstige nichtstrategische Beteiligungen	3.234	3.605	1.004	1.068
Sonstige nichtgehandelte Marktrisiken ¹	N/A	N/A	5.542	5.299
davon:				
Zinsrisiko	N/A	N/A	1.557	1.390
Bonitätsaufschlagsrisiko	N/A	N/A	444	1.636
Aktienvergütungsrisiko	N/A	N/A	-262	-303
Pensionsrisiko	N/A	N/A	734	340
Strukturelle Währungsrisiken	N/A	N/A	2.037	828
Guaranteed Funds	N/A	N/A	988	1.364
Nichthandelsportfolios insgesamt	8.018	8.681	8.541	8.495

¹ N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals für nicht handelsbezogene Marktrisiken ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen den unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Zins- und Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch, Aktienvergütungsprogramme, Risiken aus Pensionsverpflichtungen und strukturelle Währungsrisiken.

- **Strategische Beteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf entstand vor allem aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Limited.
- **Alternative Assets.** Das Ökonomische Kapital für nicht handelsbezogene Marktrisiken ging 2013 hauptsächlich infolge weiterer Initiativen zum Risikoabbau im Alternative Assets-Portfolio, Bewertungen und Fremdwährungseffekten zurück.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - **Zinsrisiko.** Neben dem den offenen Zinsrisikopositionen zugeordneten Ökonomischen Kapital besteht die wesentliche Komponente in dieser Kategorie aus der Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen (DRE), der Volatilität der Einlagenhöhe und den eigenen Bonitätsaufschlägen der Deutschen Bank. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Parameterannahmen, die Marktstressszenarien widerspiegeln, insbesondere die DRE, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft. Am 31. Dezember 2013 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken 1.557 Mio € gegenüber 1.390 Mio € am 31. Dezember 2012, hauptsächlich im Bereich PBC einschließlich Postbank, BHW und Deutsche Bank Bauspar.

- **Credit-Spread-Risiken.** Ökonomischer Kapitalbedarf für Portfolios im Anlagebuch mit wesentlichen Credit-Spread-Risiken. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 444 Mio € gegenüber 1.636 Mio € zum 31. Dezember 2012. Der Rückgang im Ökonomischen Kapitalbedarf beruht auf einer erheblichen Reduzierung der Positionen durch Abbauaktivitäten und die Anpassung der Berechnungsmethoden an die Handelsmarktrisikomethoden, die zu einer Erhöhung der Diversifikationserträge führten.
- **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2013 betrug minus 262 Mio € auf diversifizierter Basis, verglichen mit minus 303 Mio € zum 31. Dezember 2012. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Abschwungsszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.
- **Pensionsrisiken.** Das Risiko resultierend aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Credit-Spread-Risiken, Aktienkursrisiko und Langlebigerkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf betrug 734 Mio € und 340 Mio € zum 31. Dezember 2013 respektive zum 31. Dezember 2012. Die Erhöhung ist zurückzuführen auf eine konservativere Behandlung von Langlebigerkeitsrisiken im Modell und einen Rückgang der Diversifikationseffekte nach Angleichung der Kalkulationsmethode an die des Handelsmarktrisikos.
- **Strukturelle Währungsrisiken.** Unser Währungsrisiko entsteht aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 2.037 Mio € zum 31. Dezember 2013 versus 828 Mio € zum 31. Dezember 2012. Der Anstieg beruht hauptsächlich auf der Implementierung konservativerer Liquiditätshorizonte zur Bestimmung der Währungsschocks für die ökonomischen Kapitalpositionen, um die langfristige strategische Ausrichtung dieser Positionen zu reflektieren.
- **Guaranteed Funds-Risiken.** Der Rückgang im Ökonomischen Kapitalbedarf auf 988 Mio € zum 31. Dezember 2013 ist größtenteils auf verringertes Zinsrisiko aufgrund risikomindernder Positionierung. Zum 31. Dezember 2012 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf 1.364 Mio €.

Rechnungslegungs- und Bewertungsgrundsätze für Beteiligungspositionen

Außerhalb der Handelsbereiche werden von uns gehaltene Beteiligungen, die weder aufsichtsrechtlich konsolidiert noch von unseren aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln abzuziehen sind, dem aufsichtsrechtlichen Anlagebuch als Beteiligungspositionen zugeordnet. In unserer Konzernbilanz werden diese Beteiligungen entweder als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ oder als „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ ausgewiesen.

Für weitere Informationen im Zusammenhang mit unseren Rechnungslegungs- und Bewertungsgrundsätzen zu „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte bzgl. Eigenkapitalinstrumente und Investments in assoziierte Unternehmen und Joint-Ventures“ siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“, 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“.

Gehaltene Beteiligungen

Der folgende Abschnitt zu gehaltenen Beteiligungen, der auf Seite 206 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule-3-Offenlegung nicht testiert.

In der nachfolgenden Tabelle ist die IFRS-Klassifizierung unserer Beteiligungen, entsprechend „Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte“ oder als „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“, sowie die hiermit verbundenen Gewinne (Verluste) dargestellt. Diese Beteiligungen stellen grundsätzlich entweder Beteiligungen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch oder Kapitalabzugspositionen entsprechend § 10 (6) KWG dar. Für einen Vergleich unserer gehaltenen Beteiligungen mit den aufsichtsrechtlichen Beteiligungen im Anlagebuch sind jedoch folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Beteiligungspositionen, die von Gesellschaften gehalten werden, die gemäß IFRS, aber nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidiert werden, sind in den Tabellen enthalten.
- Investmentfonds, die für IFRS-Zwecke ausgewiesen sind, werden für aufsichtsrechtliche Zwecke unterschiedlich behandelt und sind nicht in den Tabellen enthalten.
- Gesellschaften, die Beteiligungspositionen halten und für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidiert werden, aber nicht zum Konsolidierungskreis nach IFRS gehören, berichten keine Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS und sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt. Der aufsichtsrechtliche Positionswert („EAD“) dieser nicht enthaltenen Beteiligungspositionen betrug 176 Mio € zum 31. Dezember 2013 und 246 Mio € zum 31. Dezember 2012.
- Andere Positionen wie aus Transaktionen in Derivaten resultierende Beteiligungspositionen oder bestimmte nachrangige Schuldtitel, die aus aufsichtsrechtlicher Sicht ebenfalls der Forderungsklasse Beteiligungen im Anlagebuch zuzuordnen sind, sind in der Tabelle nicht enthalten. Deren EAD betrug 167 Mio € zum 31. Dezember 2013 und 217 Mio € zum 31. Dezember 2012.
- Die aufsichtsrechtliche Beteiligungsposition beinhaltet einen EAD in Höhe von 3,3 Mrd € zum 31. Dezember 2013 und von 3,2 Mrd € zum 31. Dezember 2012 für Beteiligungen, die unter IFRS konzerninterne Positionen darstellen.
- Die nicht börsengehandelten Positionen kombinieren die beiden Beteiligungsklassen „Nicht börsengehandelt, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend“ und „Andere Beteiligungspositionen“ gemäß § 78 SolV.

Beteiligungspositionen gemäß IFRS-Klassifizierung

in Mio €	Buchwert	
	31.12.2013	31.12.2012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen	1.226	1.179
Börsengehandelte Positionen	327	616
Nicht börsengehandelte Positionen	899	563
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3.574	3.575
Börsengehandelte Positionen	52	2.395
Nicht börsengehandelte Positionen	3.522	1.180
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen	119	104
Börsengehandelte Positionen	0	0
Nicht börsengehandelte Positionen	119	104
Beteiligungspositionen insgesamt	4.919	4.858

Eine Abweichung zwischen dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert der Beteiligungspositionen war nur für börsengehandelte und nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen feststellbar. Für diese lag der Buchwert zum 31. Dezember 2013 bei 2,6 Mrd € und der beizulegende Zeitwert bei 1,9 Mrd €, verglichen mit einem Buchwert von 2,4 Mrd € und einem beizulegenden Zeitwert von 1,8 Mrd € zum 31. Dezember 2012.

Realisierte Gewinne/Verluste der Berichtsperiode und unrealisierte Gewinne/Verluste zum Jahresende aus Beteiligungen

in Mio €		
	2013	2012
Gewinne und Verluste aus Abgängen	97	325
Wertminderungen	- 110	- 402
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungen	433	397
Realisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungen insgesamt	420	320
	31.12. 2013	31.12. 2012
Unrealisierte Neubewertungsgewinne/-verluste	424	345
Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert	- 682	- 568
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungen insgesamt	- 258	- 223

Für die Position Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen werden realisierte Gewinne und Verluste aus Verkäufen und Liquidationen, unrealisierte Bewertungsgewinne und -verluste sowie Wertminderungen berücksichtigt. Bei nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen umfassen die Gewinne und Verluste die realisierten Gewinne und Verluste aus Verkäufen und Liquidationen, das anteilige Ergebnis der Beteiligungen, Wertminderungen sowie unrealisierte Neubewertungsgewinne und -verluste aus

Unterschieden zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten. Dabei gelten die realisierten Gewinne und Verluste aus Abgängen, Wertminderungen und das anteilige Ergebnis der Beteiligungen für die Berichtszeiträume 2013 und 2012, während sich sowohl die unrealisierten Neubewertungsgewinne und -verluste als auch der Unterschiedsbetrag zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen auf den 31. Dezember 2013 und auf den 31. Dezember 2012 beziehen.

Die hier dargestellten Neubewertungsgewinne (-verluste) beziehen sich auf Beteiligungen. Insgesamt betragen die für aufsichtsrechtliche Zwecke ermittelten Neubewertungsgewinne (-verluste) für börsengehandelte Wertpapiere 294 Mio € zum 31. Dezember 2013, wovon 45 % im Tier-2-Kapital enthalten waren, und 122 Mio € zum 31. Dezember 2012, wovon 45 % im Tier-2-Kapital enthalten waren.

Operationelles Risiko

Definition des operationellen Risikos

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Im Folgenden werden einzelne Beispiele operationeller Risiken hervorgehoben:

- Betrugsrisiko ist das Risiko von Verlusten durch eine vorsätzliche Handlung oder Unterlassung, die seitens eines Mitarbeiters oder Dritten in unredlicher Weise erfolgt und dem Erzielen persönlicher und/oder geschäftlicher Vorteile beziehungsweise der Vermeidung persönlicher und/oder geschäftlicher Verluste dient. Dazu zählen beispielsweise die Fälschung und/oder Änderung von Unterlagen und/oder Berichten, Beihilfe zum Betrug, Untreue, vorsätzliche Unterlassungen, Falschdarstellungen, Verschleierung, Täuschung sowie Missbrauch einer Position zur Erlangung persönlicher oder geschäftlicher Vorteile und/oder Verschleierung unsachgemäßer/nicht autorisierter Handlungen.
- Risiken der Geschäftsführung sind Risiken der Entstehung von Verlusten aus Störungen der normalen Geschäftstätigkeit. Störungen der Deutschen Bank-Infrastruktur sowohl als auch der Strukturen, die unser Geschäft unterstützen (einschließlich externer Lieferanten), und der Standorte, an denen wir ansässig sind (einschließlich der öffentlichen Infrastrukturen wie Stromversorgung, Telekommunikation und Transport), können entstehen durch: (1) vorsätzliche Handlungen wie Sabotage, terroristische Aktivitäten, Bombendrohungen, Streiks, Aufstände und Angriffe auf Bankmitarbeiter, (2) Naturkatastrophen wie Wirbel- oder Schneestürme, Überflutungen, Pandemien und Erdbeben, oder (3) andere unvorhergesehene Ereignisse wie Unfälle, Brände, Explosionen, Netzausfälle und politische Unruhen.
- Aufsichtsrechtliche Einhaltungsriskien sind mögliche aufsichtsrechtliche Sanktionen gegen unseren Konzern (wie zum Beispiel Restriktionen der Geschäftsaktivitäten, Strafzahlungen oder erhöhte Berichterstattungsanforderungen) sowie finanzielle und/oder Reputationsschäden, die aus der Nichteinhaltung des geltenden Rechts, von Regeln und Verordnungen entstehen.
- Risiken der Informationstechnologie (IT-Risiken) sind die Risiken, dass Fehler in unserer Informationstechnologie zu quantifizierbaren Verlusten führen. Diese resultieren aus unzureichender Informationstechnologie und Datenverarbeitung aufgrund ihrer Handhabbarkeit, Exklusivität, Integrität, Steuerbarkeit und Kontinuität.
- Outsourcingrisiken (Anbieterrisiken) entstehen durch negative Ereignisse und Risikokonzentrationen aus fehlerhafter Anbieterauswahl, unzureichenden Kontrollen und Aufsicht über Lieferanten und/oder durch sie in Anspruch genommene Dienste sowie anderweitige Auswirkungen auf den Anbieter, die bei uns aufgrund ihrer Beschaffenheit, ihres Schweregrades oder ihrer Häufigkeit nicht eintreten können.

In jeder der oben genannten Risikokategorie können Rechtsrisiken entstehen. Dies liegt darin begründet, dass die Bank in jeder Kategorie Forderungen oder Gerichtsverfahren aufgrund vermeintlicher Verstöße gegen

vertragliche, gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Verantwortlichkeiten unterliegen kann. Des Weiteren kann sie Verlusten ausgesetzt sein, die angeblich aus sonstigen gesetzlichen oder rechtlichen Bedingungen resultieren, die für eine der oben genannten Kategorien gelten.

Organisationsstruktur

Der Leiter des Operational Risk Management (ORM) ist Vorsitzender des Operational Risk Management Committee (ORMC). Dieses ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee, dem die Operational Risk Officers unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen angehören. Als Hauptentscheidungs-gremium ist es verantwortlich für alle Belange des operationellen Risikomanagements.

Die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen sind für die alltägliche Steuerung operationeller Risiken zuständig. Der Bereich Operational Risk Management steuert bereichs- und regionsübergreifend operationelle Risiken sowie Risikokonzentrationen. Er sorgt dafür, dass die Strategie für das Management operationeller Risiken in der gesamten Bank konsistent angewandt wird. Dieses Business Partnership-Modell zielt darauf, eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken sicherzustellen.

Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko nach einem konzernweiten konsistenten Rahmenwerk, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikotoleranz bestimmen. Wir identifizieren systematisch operationelle Risikothemen und -konzentrationen und legen risikomindernde Maßnahmen und Prioritäten fest. Das globale Rahmenwerk für operationelle Risiken hat für alle in der Definition für operationelle Risiken eingeschlossenen Risikoarten und damit auch für alle oben aufgeführten Einzelrisikoarten Gültigkeit.

Wir wenden zahlreiche Verfahren an, um das breite Spektrum der in der Definition für operationelle Risiken aufgeführten Risiken abzudecken. Diese dienen dem Ziel der effizienten Steuerung des operationellen Risikos in unserer Geschäftstätigkeit und werden zur Identifizierung, Beurteilung und Minderung operationeller Risiken genutzt.

Die angewandten Verfahren sind:

- Die kontinuierliche Erfassung von Verlustereignissen aus operationellen Risiken ist die Voraussetzung für die Steuerung operationeller Risiken einschließlich detaillierter Risikoanalysen, Definition risikomindernder Maßnahmen und zeitnaher Information an das Senior Management. In unserem „db-Incident Reporting System“ (dbIRS) erfassen wir sämtliche Verluste aus operationellen Risikoereignissen über 10.000 €.
- Unser Lessons-Learned-Prozess ist verpflichtend bei Ereignissen einschließlich Beinaheverlusten von über 1 Mio € anzuwenden und schließt folgende, jedoch nicht allein hierauf beschränkte Prozessschritte ein:
 - systematische Risikoanalysen einschließlich Beschreibung des Geschäftsumfelds, in dem das Ereignis entstanden ist, einschließlich vorangegangener Ereignisse, Beinaheverluste sowie mit dem Ereignis verbundener Key Risk Indicators (KRI),
 - Betrachtung jeglicher Risikomanagemententscheidungen, die sich auf das spezifische eingegangene Risiko beziehen,
 - Ursachenanalysen,
 - Identifikation von Kontrollverbesserungen und anderer Handlungen zur Vermeidung und/oder Minderung möglicher Wiederholungen und
 - Beurteilung der verbleibenden Risikopositionen hinsichtlich operationeller Risiken.
- Der Lessons-Learned-Prozess stellt ein wichtiges Mittel zur Identifizierung inhärenter Risikobereiche und Bestimmung angemessener Maßnahmen zur Risikoreduzierung dar. Sämtliche Korrekturmaßnahmen werden erfasst und deren Implementierung über Maßnahmenpläne in unserem System „dbTrack“ überwacht. Der Status zur Performance der Maßnahmen wird auf monatlicher Basis an das ORMC berichtet.

- Wir berücksichtigen systematisch Informationen über externe Ereignisse in der Bankenbranche, um zu verhindern, dass vergleichbare Vorfälle bei uns vorkommen, wie beispielsweise durch gesonderte tiefgreifende Analysen oder bei der Überprüfung des Risikoprofils.
- Zusätzlich zu den internen und externen Verlustinformationen nutzen wir Szenarien und handeln entsprechend. Hierbei handelt es sich um relevante externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank sowie interne Szenarien. Letztere dienen der Vervollständigung unseres Risikoprofils.
- Auf Konzernebene erstellen wir Berichte über unser operationelles Risikoprofil für die Geschäftsbereiche, für die Länder, in denen wir tätig sind, und für unsere Infrastrukturfunktionen. Diese werden regelmäßig überprüft und mit dem Senior Management der jeweiligen Abteilung besprochen. Durch eine regelmäßige Überprüfung können wir Änderungen im Risikoprofil der Geschäftseinheiten sowie Risikokonzentrationen der Gruppe frühzeitig erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einleiten.
- Wir bewerten und genehmigen die Auswirkungen, die Änderungen auf unser Risikoprofil haben. Sie sind das Ergebnis von neuen Produkten, Outsourcing-Aktivitäten, strategischen Initiativen sowie Akquisitionen und Veräußerungen.
- Sind die operationellen Risiken identifiziert, ist die Minderung gemäß dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip erforderlich. Dazu wägen wir Kosten und Nutzen der Risikominderung ab. Darauf folgt die formelle Akzeptanz der operationellen Restrisiken. Risiken, die gegen nationale oder internationale Regularien oder geltendes Recht verstoßen, akzeptieren wir nicht. Sie müssen, sobald sie identifiziert sind, abgebaut werden.
- Wir überwachen die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, die mithilfe der Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken identifiziert wurden mit unserem „dbTrack“-System. Operationelle Restrisiken, die höher als „wichtig“ eingestuft sind, sind durch die tragenden Divisionen und das ORMC zu genehmigen.
- In unseren Top-Risk-Analysen berücksichtigen wir die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten. Die Top-Risk-Analysen sind eine wesentliche Grundlage für den jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das Management operationeller Risiken. Neben der strategischen und taktischen Planung des Managements operationeller Risiken legen wir Zielgrößen für das Kapital und den erwarteten Verlust fest. Diese überwachen wir regelmäßig im Rahmen einer vierteljährlichen Prognoseerstellung.
- Unser operationelles Risikoprofil überwachen wir mithilfe von KRIs. So können wir unsere Organisation zeitnah vor bevorstehenden Problemen warnen. Mit der „dbScore“-Anwendung beobachten wir die Kontrollkultur sowie das Geschäftsumfeld und veranlassen risikomindernde Maßnahmen. KRIs ermöglichen die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken durch entsprechende Frühwarnsignale.
- In unserem Self-Assessment-(SA-)Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial ermittelt und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. Für Self-Assessments benutzen wir in der Regel unser „dbSAT“-System. Wir halten regelmäßig Risiko-Workshops ab. Diese dienen der Bewertung von spezifischen Risiken für Länder, in denen wir vertreten sind, und lokalen Rechtseinheiten sowie der Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Risikominderung.

Zur Ergänzung des globalen Rahmenwerks für operationelle Risiken und zur gezielten Adressierung der einzelnen Risikoarten finden zusätzliche Methoden und Techniken Anwendung, die durch die verantwortlichen Geschäftsbereiche eingeführt wurden. Folgende Verfahren sind darin eingeschlossen, stellen jedoch keine abschließende Auflistung dar:

- In Legal haben wir eine neue „Legal Risk Management (LRM)“-Funktion geschaffen. Diese befasst sich ausschließlich mit der Steuerung von Rechtsrisiken. Neben der Berichterstattung erstellt LRM Analysen, welche in folgenden Bereichen Verwendung finden: beim unabhängigen Portfoliomanagement, bei der Bewertung der Risikotoleranz oder der Behebung wesentlicher Feststellungen (durch neue oder bestehende Initiativen). Darüber hinaus sollen die Analysen sicherstellen, dass Legal den Geschäftsbereichen differenzierte und qualitativ hochwertige Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stellt. Die LRM-Funktion kann Rechtsrisiken durch zahlreiche Maßnahmen proaktiv steuern. Dazu zählen die Entwicklung, Implementierung und Überwachung eines jährlichen Programms zur Bewertung von Rechts-

risiken (Annual Legal Risk Assessment Program), die Genehmigung von und die Teilnahme an Portfolioüberprüfungen sowie risikomindernden Plänen, die Steuerung des Legal-Lessons-Learned-Prozesses (siehe unten) und die Unterstützung bei der Bewertung der Risikotoleranz der Deutschen Bank in Bezug auf Rechtsrisiken.

- Legal-Lessons-Learned-Prozess: Die LRM-Funktion ist für den Legal-Lessons-Learned-Prozess verantwortlich. Im Rahmen dieses quartärlchen Prozesses erhält LRM von Legal (sowohl von den Prozessanwälten als auch von den für die Geschäftsbereiche zuständigen Anwälten) sowie den Divisional Operational Risk Officers (DOROs) Informationen zu potenziellen Rechtsproblemen, die aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultieren. Die zur Behebung solcher Probleme erforderlichen Schritte werden in Gesprächen zwischen Legal, ORM und DOROs festgelegt. ORM überwacht die Umsetzung dieser Schritte.
- Das aus Outsourcing-Aktivitäten resultierende operationelle Risiko wird im Rahmen des „Vendor Risk Management (VRM)“-Prozesses gesteuert und in der VRM-Datenbank dokumentiert. Das Outsourcing-Risiko wird für alle Outsourcing-Vereinbarungen gemäß der Konzernrichtlinie zum Vendor Risk Management und dem Rahmenwerk für operationelle Risiken beurteilt und gesteuert. Eine umfangreiche Governance-Struktur wurde geschaffen, um eine angemessene Risikoeinstufung sicherzustellen.
- Das Betrugsrisiko wird auf Basis des § 25a KWG sowie weiterer rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen über den risikobasierten Ansatz gesteuert, welche durch die Globale Anti-Betrugs-Richtlinie (Global Anti Fraud Policy) und das damit im Zusammenhang stehende Compliance- und Anti-Geldwäsche-Rahmenwerk umgesetzt sind. Im Einklang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden regelmäßig globale Risikoeinschätzungen durchgeführt. Im Rahmen der allgemeinen Steuerung operationeller Risiken sind dedizierte Aspekte zur Berücksichtigung von Betrugsrisiken Bestandteil der Self-Assessments.
- Die Deutsche Bank steuert ihre Risiken der Geschäftsfortführung über das „Business Continuity Management (BCM)“-Programm, welches Kernabläufe zur Verlagerung oder Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs als Reaktion auf Störungen unterschiedlichen Ausmaßes darstellt. Im Rahmen dieses Programms entwickelt, implementiert und pflegt jeder Kerngeschäftsbereich beziehungsweise -infrastrukturfunktion Notfallpläne („BC-Pläne“), die zur Sicherstellung kontinuierlicher und zuverlässiger Einsatzfähigkeit in regelmäßigen Abständen getestet werden. Das BCM-Programm definiert Rollen und Verantwortlichkeiten, die in bankweiten Standards dokumentiert sind. Die Einhaltung dieser Standards wird regional durch speziell dafür verantwortliche Business Continuity Teams überwacht. Vierteljährlich wird verpflichtend an das Group Resiliency Committee (Unterausschuss von Group Operating Committee) berichtet. Darüber hinaus werden zentrale Informationen der BCM-Kontrollumgebung in KRIs für das allgemeine Management operationeller Risiken genutzt.
- Operationelle Risiken im Rahmen der IT-Risiken werden durch unseren Bereich Informationstechnologie gesteuert und folgen internationalen Standards für das IT-Management. Anwendungen und IT-Infrastruktur werden regelmäßig erfasst und bewertet sowie deren Stabilität überwacht. Die wichtigsten Ergebnisse dieser etablierten Bewertungen und der Kontrollumgebung werden für das Management operationeller Risiken durch KRIs und SAs verwendet.
- Im Rahmen eines integrierten ORM-Rahmenwerks für die Bewertung operationeller Risiken aus Change-Bank-Aktivitäten führen wir zurzeit einen verbesserten Ansatz zur Bewertung wesentlicher operationeller Risiken ein, die aus Prozess-/Systemveränderungen entstehen. Identifizierte Risiken und risikomindernde Maßnahmen werden wie oben beschrieben in den Deutsche Bank-Systemen nachverfolgt.

Messung unseres operationellen Risikos

Wir berechnen und messen das Aufsichtsrechtliche und Ökonomische Kapital für operationelle Risiken mittels eines internen „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Modells. Unsere Kapitalberechnung nach dem AMA-Modell basiert auf dem Verlustverteilungsansatz (LDA). Das Risikoprofil (das heißt: die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) ermitteln wir, indem wir Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (Operational Riskdata eXchange Association, „ORX“-Konsortium) um direkte Rückerstattungen bereinigen und zusätzlich externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank hinzufügen und um interne Szenariendaten ergänzen. Anschließend werden die Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte Carlo-Simulation zusammengeführt, um zu ermitteln, welche potenzielle Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr entstehen könnten. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf

jeden in der Monte Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Auf Basis der positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation wird – unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen – eine Verteilung der Nettoverluste auf Konzernebene ermittelt, die die erwarteten und unerwarteten Verluste abdeckt. Anschließend ordnen wir das Kapital den Geschäftsbereichen zu und nehmen sowohl eine qualitative Anpassung (QA) als auch den Abzug erwarteter Verluste (EL) vor.

Die qualitative Anpassung (QA) spiegelt die Effektivität und die Performanz der laufenden Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und Punktzahlen aus Self-Assessments wider. Das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren stehen dabei im Mittelpunkt. Die qualitative Anpassung wird als prozentuale Anpassung auf den finalen Kapitalwert eingesetzt. Durch diesen Ansatz wird die qualitative Anpassung für das Management der Geschäftsbereiche transparent. Diese erhalten eine Rückmeldung über ihr Risikoprofil und den Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Die Geschäftsbereiche werden dadurch motiviert, ihr Management operationeller Risiken kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust aus dem operationellen Risiko basiert auf Verusterfahrungen sowie Expertenmeinungen zu geschäftlichen Veränderungen, die potenzielle Kosten für operationelle Verluste aus der Geschäftstätigkeit kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in der Planung der Geschäftsbereiche berücksichtigt wurde, wird dieser mit einigen Einschränkungen vom AMA-Kapital abgezogen. Unerwartete Verluste der Geschäftsbereiche (nach QA und EL) werden zusammengefasst, um unser AMA-Kapital zu ermitteln.

Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und das ökonomische Kapital für operationelle Risiken werden quartalsweise berechnet. Die zugrunde liegenden internen Daten werden zum Beginn des quartalsweisen Produktionszyklus erfasst. Sie unterliegen einem Qualitätssicherungs- sowie Genehmigungsprozess. Daher wird bei der Berechnung der Kapitalkennzahlen die vollständige Historie der internen Verluste der Vorquartale berücksichtigt. Externe Daten werden von den Mitgliedern der Operational Riskdata eXchange Association (ORX) zur Verfügung gestellt und durchlaufen ebenfalls einen Qualitätssicherungs- sowie Genehmigungsprozess. Diese Daten werden frühestens nach sechs Monaten für die Berechnung des Kapitals berücksichtigt. Bei den zusätzlichen externen Verlustdaten, die wir zweimal im Jahr (im ersten und dritten Quartal) von IBM OpData (vormals benannt OpVantage) erhalten, nutzen wir die aktuellsten Daten.

Das Ökonomische Kapital wird aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Es bietet einen Anreiz, operationelle Risiken zu steuern und den Ökonomischen Kapitalbedarf zu optimieren. Das aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken basiert auf dem 99,9 %-Quantil.

Die Genehmigung der BaFin für den AMA liegt uns seit Dezember 2007 vor. 2012 konnte die Integration der Postbank in unser gruppenweites Rahmenwerk abgeschlossen werden. Die aufsichtsrechtliche Genehmigung, die Postbank bei der Kalkulation unseres aufsichtsrechtlichen Kapitals zu integrieren, erhielten wir am 15. Mai 2013. Die Integration der Postbank spiegelt sich seit dem zweiten Quartal 2013 in unserem regulatorischen Kapital wider.

Operationelles Risiko – Risikoprofil

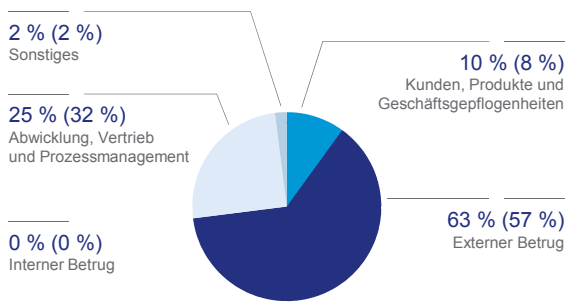
Verluste aus operationellen Risiken pro Verlustkategorie (Gewinn- und Verlustsicht)

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten	2.384	1.989
Interner Betrug	970	861
Externer Betrug	-69	28
Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement	53	54
Sonstiges	32	19
Insgesamt	3.370	2.951

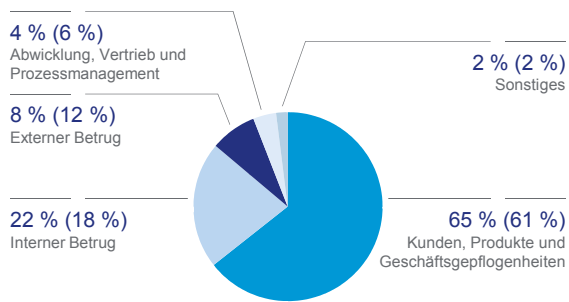
Aus Sicht der Gewinn- und Verlustrechnung steigt die Summe aller Verluste aus operationellen Risiken um 420 Mio € oder 14 % im Vergleich zum Jahresende 2012. Der Anstieg ist hauptsächlich in den Verlustkategorien Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten beziehungsweise Interner Betrug und durch erzielte Vergleiche und zusätzliche Rückstellungen für laufende Rechtsstreitigkeiten zu begründen. Der Rückgang in der Verlustkategorie Externer Betrug ist durch eine direkte Rückerstattung getrieben. Die Verlustkategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement bleibt stabil und bei den sonstigen Verlustkategorien gibt es einen leichten Anstieg.

Operationelle Verluste pro Verlustkategorie, aufgetreten im Zeitraum 2009–2013 (2008–2012)⁽¹⁾

Anzahl operationeller Verluste (nach Verlusteintrittsdatum)



Verteilung operationeller Verluste (nach Buchungsdatum)



¹ Prozentangabe in Klammern entspricht der Anzahl der Verluste beziehungsweise Summe der gebuchten Verluste im Zeitraum 2008–2012.

Die Grafik „Anzahl Operationeller Verluste“ zeigt die Verlustfrequenz der eingetretenen Verluste der letzten fünf Jahre, das heißt das Datum des Verlusteintritts war in diesem Zeitraum. Ein Verlust, der zum Beispiel in 2002 eingetreten ist und eine Buchung in 2013 hatte, würde in der Grafik Anzahl Operationeller Verluste fehlen, aber in der Grafik Verteilung operationeller Verluste enthalten sein. Bei der Betrachtung der Verlustfrequenz dominiert besonders die Verlustkategorie Externer Betrug mit einem Anteil von 63 % aller Verluste. Die Verlustkategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement hat einen Anteil von 25 % gefolgt von der Verlustkategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten mit 10 %. Die Summe der verbleibenden Verlustkategorien (Sonstiges) ist mit 2 % konstant und die Verlustkategorie Interner Betrug trägt verglichen mit 2008–2012 unverändert mit einem Anteil von 0,3 % an der Verlustfrequenz bei.

In der Grafik rechts oben wird die Verteilung der Verluste aus operationellen Risiken (Gewinn- und Verlustsicht), die in den letzten fünf Jahren gebucht wurden, dargestellt. Die Verlustkategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten hat mit 65 % den größten Anteil an der Gesamtsumme aller Verluste und reflektiert die Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Interner Betrug stellt mit 22 % den zweitgrößten Anteil dar und ist durch regulatorische Auseinandersetzungen vergangener Jahre zu begründen. Die Verlustkategorie Externer Betrug ist mit 8 % beziehungsweise Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement mit 4 % verglichen zu den anderen Verlustkategorien vernachlässigbar.

Ökonomisches Kapital für operationelle Risiken

Das Ökonomische Kapital für operationelle Risiken erhöhte sich per 31. Dezember 2013 um 235 Mio € oder 4,7 % auf insgesamt 5,3 Mrd €.

Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken pro Division

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung 2013 gegenüber 2012	
			in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	2.475	2.049	426	21
Global Transaction Banking	96	38	59	156
Deutsche Asset & Wealth Management	580	559	22	4
Private & Business Clients	803	227	576	253
Non-Core Operations Unit	1.298	2.145	-847	-40
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	5.253	5.018	235	5

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2013 auf 5,3 Mrd € im Vergleich zu 5,0 Mrd € zum Jahresende 2012. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Weiterentwicklung des AMA-Modells, die die Modellierung der Verlustfrequenz für interne Deutsche Bank-Verluste aus operationellen Risiken anpasst und zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs von 191 Mio € führt. Zusätzlich ist der Anstieg durch größere Deutsche Bank interne sowie externe Verluste begründet. Diese aus operationellen Risiken entstandenen Verluste, die zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten, beruhen weitgehend auf der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält weiterhin die in unserem AMA-Modell eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung von unvorhergesehenen Haftungsrisiken aus der letzten Finanzkrise implementiert wurde.

Die Umsetzung unserer Strategie zur Veräußerung von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU, in der wir bereits unsere Bilanz reduziert haben, hat zur Überprüfung der Allokation unserer operationellen Risiken geführt. Im Einklang mit dem weiteren Abbau von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU haben wir im dritten Quartal 2013 Ökonomisches Kapital in Höhe von 892 Mio € von der NCOU auf unsere Kerngeschäftsbereiche übertragen.

Unser Stresstestkonzept für das operationelle Risikomanagement

Wir führen regelmäßig und unabhängig vom AMA-Modell Stresstests durch. Damit analysieren wir die Auswirkungen von extremen Situationen auf das Kapital und die Gewinn- und Verlustrechnung. 2013 hat sich das Operational Risk Management an allen bankweiten Stresstestszenarien beteiligt und die Auswirkungen aus operationellen Risiken auf die verschiedenen Stresslevel beurteilt und eingebracht. Die Auswirkungen aus operationellen Risiken sind in Bezug auf das Kapital für operationelle Risiken als moderat zu betrachten und blieben im erwarteten Bereich. Die Simulation von Ereignissen mit geringer Häufigkeit und großer Auswirkung wirkte sich jedoch stark auf die Gewinn- und Verlustrechnung aus.

Unser AMA-Modell Validierungs- und Qualitätssicherungskonzept

Wir validieren alle Komponenten unseres AMA-Modells einzeln, unter anderem Szenarioanalysen, KRIs und Self-Assessments sowie den erwarteten Verlust und interne Verlustdaten. Die Ergebnisse der Validierung werden in Validierungsberichten zusammengefasst und die Lösung identifizierter Probleme anschließend überwacht. Dies fördert eine kontinuierliche Verbesserung der Methoden. Die in 2013 durchgeführten Validierungen haben Verbesserungsmöglichkeiten in der Modellierung der Verlustfrequenz unseres AMA-Modells aufgezeigt. Diese sind bereits adressiert und haben zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitals von 191 Mio € geführt.

Wir führen Qualitätssicherungsprüfungen sowohl für Managemententscheidungen als auch AMA-Komponenten-Daten durch, die Dateneingaben durch die Geschäftseinheiten erfordern und zu Kapitalauswirkungen führen. Die AMA-Komponenten und deren Dokumentation werden hinterfragt und bereichsübergreifend verglichen. So können Konsistenz und Angemessenheit der Kapitalberechnung gewahrt werden.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Die Festlegung unserer Versicherungsstrategie sowie der entsprechenden Konzernrichtlinie und Vorschriften obliegt unserem Expertenteam von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“). CI/D ist verantwortlich für die vom Konzernvorstand genehmigte Konzernrichtlinie („Corporate Insurance Policy“).

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien zu den Geschäftsbereichen. Mithilfe der Experten von CI/D entwickeln wir Verfahren zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und ermitteln Parameter, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. Sie validieren die in dem AMA-Modell verwendeten Versicherungsparameter und stellen entsprechende Aktualisierungen zur Verfügung. CI/D beteiligt sich aktiv an den Anstrengungen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Wir erwerben Versicherungsschutz, um uns gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die Verfahren zur Identifizierung, zur Definition des Ausmaßes und zur Schätzung des Schadens basieren auf den anerkannten Versicherungsbedingungen: „vernünftig/sinnvoll“, „aktuell/nach neuesten Erkenntnissen“ und/oder „Benchmarking“. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Dies gilt besonders für Fälle, in denen Versicherer versuchen, den Versicherungsschutz durch einschränkende/eingrenzende Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln zu reduzieren.

Zum Konzern gehören Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Wir berücksichtigen jedoch bei der Modellierung/Berechnung versicherungsbezogener Reduzierungen der Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko nur Versicherungsverträge, deren Risiko am externen Markt rückversichert ist.

Im aufsichtsrechtlichen Kapital ist eine Reduzierung für Versicherungsdeckung in Höhe von 522 Mio € per 31. Dezember 2013, verglichen mit 474 Mio € per 31. Dezember 2012, berücksichtigt. Aktuell werden außer Versicherungen keine anderen Risikotransfertechniken im AMA-Modell erfasst.

CI/D wählt die Versicherungspartner strikt gemäß den in der Solvabilitätsverordnung festgelegten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und den Empfehlungen der Operational Risks Experts Group zur Berücksichtigung von Versicherungen im „fortgeschrittenen Messansatz“. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit anhand eines risikobasierten Ansatzes geprüft.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können.

Unser Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement spielte eine wichtige Rolle für die Erhaltung adäquater Liquidität und die Steuerung unseres Refinanzierungsprofils in 2013.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Der Vorstand legt die Liquiditätsstrategie, insbesondere die Risikotoleranz für Liquiditätsrisiken, basierend auf Empfehlungen des Capital and Risk Committee, fest. Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die gruppenweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit, wie in der Liquiditätsrisikostategie definiert, verantwortlich. Unser Konzept des Liquiditätsrisikomanagements ist zur Identifizierung, Bemessung und Steuerung unserer Liquiditätsrisikoposition vorgesehen. Liquidity Risk Control ist für das interne Reporting unserer Liquiditäts- und Refinanzierungslage verantwortlich, die mindestens wöchentlich im Rahmen der Liquidity Scorecard an den Vorstand berichtet wird. Zusätzlich ist Liquidity Risk Control für die Überwachung und die Validierung des Konzepts des Liquiditätsrisikos zuständig. Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt mit der Steuerung der innertäglichen Zahlungen (operative Liquidität), der Planung erwarteter Zahlungsströme und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken. Es umfasst im Weiteren das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu den besicherten und unbesicherten Finanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich beinhaltet die strategische Komponente die Erstellung eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Unser Cashflow-bezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen an das globale und lokale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt die Eigenschaften unserer Vermögenswerte unter verschiedenen Stressszenarien sowie der Finanzierungsbedarf aus bedingten außerbilanziellen Zahlungsverpflichtungen. Die monatlichen Stresstestergebnisse dienen zur Kalibrierung unserer kurzfristigen Profil-Limite für Wholesale-Refinanzierung (sowohl für unbesicherte als auch für besicherte) und sind ein entscheidendes Werkzeug, um innerhalb der generellen Liquiditätsrisikotoleranz des Vorstands zu bleiben.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt

Unser gruppenweites Reportingsystem verfolgt alle vertraglichen Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesale-Markt auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von zwölf Monaten. Als Refinanzierung aus dem Wholesale-Markt betrachten wir zu diesem Zweck unsere unbesicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere „Global Liquidity Management“-Abteilung erbracht wurden, sowie unsere besicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Global Liquidity Management- und Equities-Geschäftsbereiche erbracht wurden. Derartige Verbindlichkeiten kommen vorrangig von Unternehmen, Banken und anderen Finanzinstituten, Regierungen und Staaten. Die Profil-Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt, die von unseren Stresstestergebnissen abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere maximale Toleranz für Liquiditätsrisiko dar. Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt werden auf die globalen Nettoabflüsse sowie das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung angewandt und täglich überwacht. Unsere Liquiditätsreserven stellen die primäre Absicherung gegen Stress auf den kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungsmärkten dar. Auf Einzelgesellschaftsebene können, wo es zweckmäßig und angemessen erscheint, Liquiditätsabflusslimite über ein breites Spektrum an Cashflows gesetzt werden.

Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen

Im Jahr 2013 wurden die Kreditmärkte sowohl von fortgesetzten politischen Unsicherheiten in der Eurozone und in den USA, dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, und auch von dem Plan der US-Notenbank, das „Quantitative Easing Programm“ allmählich auslaufen zu lassen, beeinflusst. Der fünfjährige Deutsche Bank-CDS wurde in der Spanne zwischen 81 und 136 Basispunkten gehandelt und erreichte seinen Höchststand im März. Seitdem ist der Risikoaufschlag gefallen, und der CDS wurde zum Jahresende nahe dem Jahrestiefstkurs gehandelt. Die Aufschläge auf unsere Anleihen wiesen eine ähnliche Volatilität auf. Unsere vierjährige EUR-Benchmarkanleihe (Coupon von 5,125 %, Fälligkeit im August 2017) wurde zum Beispiel in der Spanne zwischen 20 und 57 Basispunkten gehandelt und schloss das Jahr ebenfalls nahe ihrem Tiefstkurs.

Unser Refinanzierungsplan für 2013 in Höhe von bis zu 18 Mrd €, der Eigenemissionen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr umfasst, wurde vollständig erfüllt und wir haben das Jahr 2013 mit einem Refinanzierungsvolumen von 18,6 Mrd € beendet. Die Refinanzierung verteilte sich hauptsächlich auf die folgenden Finanzierungsquellen: Emission unbesicherter Benchmarkanleihen (4,5 Mrd €), nachrangige Benchmarkanleihen (1,1 Mrd €), unbesicherte Emissionen an Privatkunden (5,6 Mrd €) und unbesicherte Pri-

vatplatzierungen (7,5 Mrd €). Der wesentliche Teil des Gesamtemissionsvolumens von 18,6 Mrd € wurde in EUR emittiert (10,2 Mrd €). Darüber hinaus haben wir 5,6 Mrd € in US-\$ und kleine Beträge in JPY und GBP emittiert. Zusätzlich zu den direkten Emissionen nutzen wir langfristige Währungsswaps, um unseren Refinanzierungsbedarf außerhalb des Euro zu steuern. Unsere Investorenbasis umfasst Privatkunden (30 %), Banken (23 %), Vermögensverwalter und Pensionsfonds (20 %), Versicherungen (4 %) und andere Investoren einschließlich institutioneller Investoren (23 %). Aus geografischer Sicht teilte sich die Investorenbasis auf Deutschland (25 %), das restliche Europa (45 %), die USA (19 %), die Region Asien/Pazifik (9 %) und andere Länder (2 %) auf. Von unseren zum 31. Dezember 2013 ausstehenden Kapitalmarktmissionen wurden etwa 80 % auf unbesicherter Basis emittiert.

Der durchschnittliche Risikoaufschlag für unsere Emissionen über dem relevanten variablen Index (zum Beispiel Libor) betrug für das gesamte Jahr 36 Basispunkte bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,4 Jahren. Unsere Emissionsaktivitäten waren im ersten Halbjahr höher, mit einem sich reduzierenden Volumen im zweiten Halbjahr des Jahres 2013. In den einzelnen Quartalen haben wir die folgenden Volumina emittiert: 6,0 Mrd €, 6,5 Mrd €, 2,7 Mrd € und 3,4 Mrd €.

Für 2014 gehen wir in der Grundannahme von einem Refinanzierungsplan von 20 Mrd € aus. Wir planen, diesen über die oben genannten Quellen zu erfüllen, ohne dabei von einer Quelle übermäßig abhängig zu sein. Des Weiteren planen wir, einen Teil dieser Refinanzierung in US-Dollar aufzunehmen und Währungsswaps abzuschließen, um den verbleibenden Finanzierungsbedarf abzudecken. Unsere gesamten Kapitalmarktfälligkeiten, ohne rechtlich ausübhbare Kaufoptionen, belaufen sich 2014 auf rund 20 Mrd €.

Informationen über das Fälligkeitenprofil unserer Wholesale-Refinanzierung und Kapitalmarktmissionen stehen in der Tabelle auf Seite 217.

Diversifizierung der Finanzierungsmittel

Die Diversifizierung unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements. Unsere stabilsten Refinanzierungsmittel stammen aus Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital sowie von Privat- und Transaktionsbankkunden. Andere Kundeneinlagen sowie die Geldaufnahmen von Wholesale-Kunden sind weitere Finanzierungsquellen. Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung repräsentiert unbesicherte Wholesale-Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unseren Geschäftsbereich Global Liquidity Management aufgenommen wurden. Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Verbindlichkeiten werden diese primär zur Refinanzierung von Barsalden und liquiden Handelsbeständen genutzt.

Um eine zusätzliche Diversifizierung unserer Refinanzierungsmittel sicherzustellen, besitzen wir eine Pfandbrieflizenz, die uns die Emission von Hypothekendarlehen ermöglicht.

In 2013 haben wir unser Gesamtrefinanzierungsvolumen im Einklang mit dem allgemeinen Verschuldungsabbau in der Bilanz reduziert. Die gesamte externe Refinanzierung ging über das gesamte Jahr um 117 Mrd € (11 %) zurück, wovon der größte Teil auf unser CB&S-Geschäft entfiel, insbesondere aus Reduzierungen aus der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung um 20 Mrd € (21 %) sowie der besicherten Refinanzierung und Shortpositionen um 43 Mrd € (22 %). Wir hatten ebenfalls kleinere Rückgänge bei Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital (17 Mrd €, 8 %), Transaktionsbankkunden (16 Mrd €, 8 %) und Privatkunden (9 Mrd €, 3 %) zu verzeichnen. Der Gesamtanteil der stabilsten Refinanzierungsquellen (bestehend aus Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital, Privatkunden und Transaktionsbankkunden) stieg von 62 % auf 66 % an.

Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung umfasst eine Bandbreite von unbesicherten Produkten wie zum Beispiel Certificates of Deposits (CDs), Commercial Paper sowie Termin-, Call- und Tagesgelder, weitestgehend mit Laufzeiten bis zu einem Jahr. Zusätzlich sind 11 Mrd € forderungsgedekte Geldmarktpapiere (ABCP), die durch Conduits emittiert werden, in den Finanzierungsvehikeln enthalten.

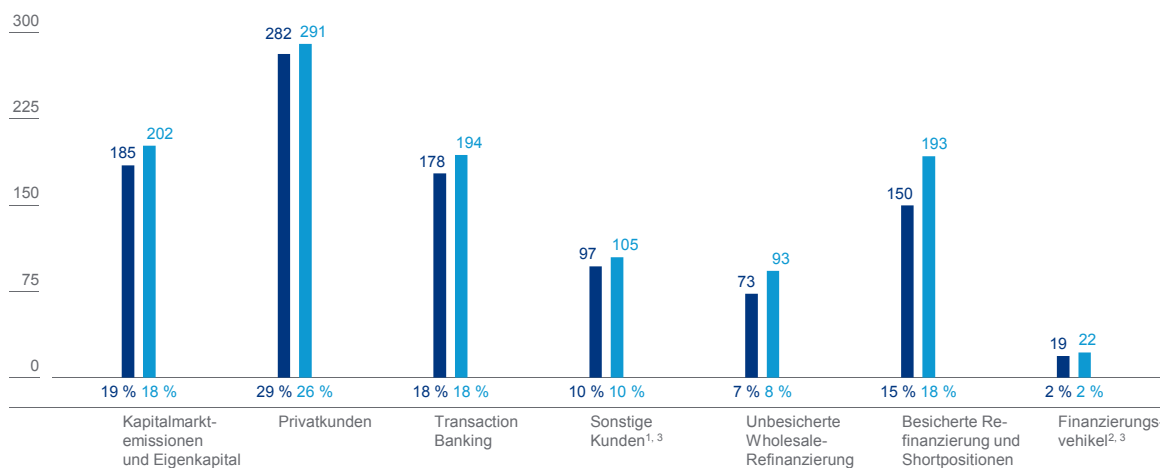
Das Gesamtvolumen unserer unbesicherten Wholesale-Refinanzierung und der besicherten Refinanzierung schwankte zwischen den Berichtszeiträumen basierend auf unseren zugrunde liegenden Geschäftsaktivitäten. Die höheren Volumina, vornehmlich bei den besicherten Refinanzierungstransaktionen, sind größtenteils durch höhere kundenbezogene Wertpapierfinanzierungsgeschäfte sowie durch das Wachstum des liquiden Handelsbestands zwischen den Quartalsenden getrieben.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil am kurzen Ende zu fördern, das im Einklang mit der festgelegten Risikotoleranz steht, haben wir Limitstrukturen (über die Zeitachse) für diese Refinanzierungsquellen implementiert, die aus unserer Stresstestanalyse abgeleitet sind. Darüber hinaus haben wir ein Limit für das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung definiert, um die Abhängigkeit von dieser Finanzierungsquelle im Rahmen der Diversifizierung der Finanzierungsquellen zu steuern.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen Refinanzierungsquellen, die zu unserer Liquiditätsrisikoposition beitragen. Sie sind in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den gesamten externen Finanzierungsquellen dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



■ Am 31. Dezember 2013: gesamt 984 Mrd €.

■ Am 31. Dezember 2012: gesamt 1.101 Mrd €.

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), sowie Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

³ Für das Jahresende 2012 haben wir einen Betrag von 3,7 Mrd €, der eine Gesellschaft betrifft, von „Sonstige Kunden“ nach „Finanzierungsvehikel“ umklassifiziert; die Beträge wurden entsprechend angepasst.

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivate und Abwicklungssalden 524 Mrd € (786 Mrd €), Aufrechnungseffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 50 Mrd € (71 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 55 Mrd € (65 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012; Beträge können aufgrund von Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Die folgende Tabelle zeigt die vertraglichen Fälligkeiten unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungen (einschließlich unbesicherter Wholesale-Refinanzierung plus forderungsgedekte Geldmarktpapiere) sowie unserer Kapitalmarktmissionen.

Fälligkeiten von Wholesale-Refinanzierung und Kapitalmarktmissionen

31.12.2013

in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischensumme weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	14.446	5.704	5.536	1.350	27.035	9	148	27.192
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	5.589	4.419	861	259	11.127	129	128	11.384
CDs und CP	4.819	19.135	7.188	3.646	34.789	31	14	34.834
ABCP	5.221	4.833	541	0	10.596	0	0	10.596
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	2.364	1.632	3.203	3.561	10.760	10.014	32.851	53.625
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	470	1.566	1.257	3.585	6.877	4.312	19.746	30.935
Besicherte Schuldverschreibungen	149	1.208	113	1.660	3.130	1.677	20.457	25.263
Nachrangige Verbindlichkeiten	255	4.527	1.137	670	6.588	2.511	10.948	20.048
Sonstige	70	21	6	0	97	0	76	173
Insgesamt¹	33.382	43.046	19.841	14.730	110.999	18.683	84.368	214.050
Davon besichert	5.370	6.042	654	1.660	13.726	1.677	20.457	35.859
Davon unbesichert	28.012	37.004	19.187	13.070	97.274	17.006	63.911	178.190

¹ Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. (Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen).

Das Gesamtvolumen der innerhalb eines Jahres fällig werdenden Wholesale-Verbindlichkeiten und Kapitalmarktmissionen in Höhe von 111 Mrd € zum 31. Dezember 2013 sollte im Zusammenhang mit unseren gesamten Liquiditätsreserven von 196 Mrd € betrachtet werden. Die Reduktion des Volumens der Fälligkeiten innerhalb eines Jahres ist hauptsächlich getrieben durch unseren allgemeinen Verschuldungsabbau in der Bilanz.

31.12.2012

in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischensumme weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	24.627	5.820	2.542	870	33.859	25	214	34.098
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	20.776	1.996	779	465	24.015	185	294	24.495
CDs und CP	9.978	14.880	5.329	3.625	33.812	283	183	34.277
ABCP ²	6.127	5.614	575	0	12.316	0	0	12.316
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	1.972	4.921	5.101	4.489	16.483	6.929	37.419	60.832
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	969	1.271	1.331	2.640	6.210	4.611	21.184	32.005
Besicherte Schuldverschreibungen	1.501	1.120	0	11	2.631	3.555	25.316	31.502
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.180	4.704	1.750	1.262	9.898	1.069	11.940	22.906
Sonstige	7	33	12	6	58	18	227	303
Insgesamt^{1,2}	68.137	40.358	17.419	13.368	139.283	16.675	96.777	252.735
Davon besichert	7.628	6.734	575	11	14.947	3.555	25.316	43.818
Davon unbesichert	60.509	33.625	16.844	13.357	124.335	13.120	71.461	208.917

¹ Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. (Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen).

² Für das Jahresende 2012 haben wir einen Betrag von 3,7 Mrd €, der eine Gesellschaft betrifft, zusätzlich in ABCP berücksichtigt; die Beträge wurden entsprechend angepasst.

Die folgende Tabelle zeigt den Währungsaufritt unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungen sowie unserer Kapitalmarktemissionen.

Währungsaufritt der Wholesale-Refinanzierung und der Kapitalmarktemissionen

in Mio €	31.12.2013					31.12.2012				
	In EUR	In USD	In GBP	In anderen Währungen	Insgesamt	In EUR	In USD	In GBP	In anderen Währungen	Insgesamt
Einlagen von Banken	2.630	19.453	1.516	3.592	27.192	3.924	18.121	6.336	5.717	34.098
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	2.177	6.413	667	2.127	11.384	3.139	15.709	778	4.868	24.495
CDs und CP	6.291	22.467	4.394	1.682	34.834	5.715	20.341	4.524	3.698	34.277
ABCP	1.245	8.132	1.219	0	10.596	848	9.975	1.493	0	12.316
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	39.500	8.676	1.794	3.656	53.625	43.220	12.918	24	4.670	60.832
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	13.381	12.072	164	5.319	30.935	12.594	12.245	223	6.943	32.005
Besicherte Schuldverschreibungen	25.263	0	0	0	25.263	31.484	11	7	0	31.502
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.264	8.028	176	579	20.048	14.673	7.289	221	724	22.906
Sonstige	72	2	2	97	173	72	173	0	59	303
Insgesamt	101.823	85.243	9.932	17.052	214.050	115.670	96.780	13.606	26.679	252.735
Davon besichert	26.508	8.132	1.219	0	35.859	32.333	9.985	1.500	0	43.818
Davon unbesichert	75.314	77.111	8.713	17.052	178.190	83.337	86.795	12.105	26.679	208.917

Liquiditätsablaufbilanz

Zur Erstellung eines Fälligkeitsprofils (Liquiditätsablaufbilanz) ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva entsprechend ihren ökonomischen Fälligkeiten Laufzeitbändern zu. Die Liquiditätsablaufbilanz wird sowohl auf einer währungsübergreifenden Basis erstellt als auch für ausgewählte Währungen und juristische Einheiten. Da Handelsaktiva in der Regel liquider sind, als ihre vertragliche Laufzeit erkennen lässt, legen wir individuelle Liquiditätsprofile fest, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Privatkundengeschäft (Hypothekendarlehen und Privatkundeneinlagen), die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden, ordnen wir entsprechend ihrer erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesale-Bankprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Laufzeitband einen Überschuss beziehungsweise eine Unterdeckung an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit dem Prozess zur Erstellung der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, die Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Im vergangenen Jahr hat der Vorstand eine spezielle Risikotoleranz für unsere USD-Liquiditätsablaufbilanz eingeführt, welche als Grenze in der maximalen Unterdeckung für jedes Laufzeitenband 10 Mrd € festlegt (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre). Dies ergänzt die Risikotoleranz für unsere währungsübergreifende Liquiditätsablaufbilanz, die es erfordert, eine positive Liquiditätsposition in jedem Laufzeitenband (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre) vorzuhalten. Beide Liquiditätsablaufbilanzen waren innerhalb der entsprechenden Risikotoleranzen per Jahresende 2013 sowie 2012.

Transfer Pricing

Wir unterhalten ein Konzept für Verrechnungspreise, das für alle Geschäftsbereiche bindend ist und sicherstellt, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegendem Liquiditätsrisiko stehen, (ii) Passiva im Einklang mit deren Finanzierungslaufzeit stehen und (iii) bedingte Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung ausreichender Liquiditätsreserven gestellt werden, die zur Abdeckung unerwarteter Zahlungsrisiken benötigt werden.

In diesem Konzept für Verrechnungspreise allokiert wir die Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikokosten und -nutzen an alle Geschäftsbereiche und setzen im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien der Bank finanzielle Anreize. Verrechnungspreise unterliegen den Laufzeitaufschlägen in Abhängigkeit der Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem separaten Liquiditätskonto ausgewiesen. Das Treasury-Liquiditätskonto spiegelt die aggregierten langfristigen Liquiditätskosten wider. Die Steuerung und Kostenallokation des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Verrechnung unserer Refinanzierungskosten.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (inklusive Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte.

Das Volumen unserer Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolumen unserer Liquiditätsreserven gemessen an den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Unsere Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Konzernebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. An wichtigen Standorten werden weitere Reserven gehalten. Wir halten unsere Reserven in den wichtigsten Währungen. Ihre Größe und Zusammensetzung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch das Senior Management. Neben den unten aufgeführten Liquiditätsreserven halten wir Liquiditätsreserven von 19 Mrd €, die die lokalen Abflüsse in Stresssituationen übersteigen. Diese werden weiterhin in Gesellschaften gehalten, die Übertragungseinschränkungen aufgrund entsprechender lokaler Kreditanforderungen oder ähnlichen aufsichtsrechtlichen Restriktionen unterliegen. Daher berücksichtigen wir diese Beträge nicht bei der Berechnung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven.

Zusammensetzung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	31.12.2013		31.12.2012	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	78	77	128	128
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	68	67	112	112
Tochtergesellschaften	10	10	16	16
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	95	89	91	82
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	71	67	56	52
Tochtergesellschaften	24	22	35	30
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	23	17	13	10
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	17	13	12	9
Tochtergesellschaften	6	4	1	1
Gesamte Liquiditätsreserven	196	183	232	220
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	156	147	180	173
Tochtergesellschaften	41	36	52	47

Am 31. Dezember 2013 beliefen sich unsere frei übertragbaren Liquiditätsreserven auf 196 Mrd € im Vergleich zu 232 Mrd € am 31. Dezember 2012. Die Hauptursache für diesen Rückgang um 36 Mrd € in 2013 war die Reduzierung unserer unbesicherten Wholesale-Refinanzierung um 20 Mrd € während des Jahres zusammen mit Rückgängen in anderen Refinanzierungsquellen. Unsere Liquiditätsreserven betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 216 Mrd € gegenüber 211 Mrd € in 2012 (Letztere ohne Postbank). Die obige Tabelle zeigt den Buchwert für den Bilanzwert unserer Liquiditätsreserven, während der Liquiditätswert unsere Schätzung des Werts widerspiegelt, der vor allem durch besicherte Refinanzierungen erzielt werden könnte. Dabei werden die Entwicklungen an den Märkten für besicherte Refinanzierungen in Stressperioden berücksichtigt.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen, um den Einfluss von plötzlich auftretenden und schwerwiegenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition zu untersuchen. Die Szenarien, die wir anwenden, beruhen auf historischen Ereignissen wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001, auf Fallstudien von Liquiditätskrisen und auf hypothetischen Modellen sowie den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise.

Sie beinhalten eine länger anhaltende Dysfunktionalität des Geldmarkts und ein Einfrieren der besicherten Refinanzierungsmärkte, die Ablehnung von Sicherheiten, eine eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen und sonstige systemische Nebenwirkungseffekte. Die Szenario-Typen umfassen institutsspezifische Ereignisse (zum Beispiel Bonitätsherabsetzung), marktbedingte Ereignisse (zum Beispiel systemisches Marktrisikoszenario) sowie die Kombination beider Ereignisse, welches ein systemisches Marktrisikoszenario in Kombination mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung verknüpft. Wir wenden diese Stressszenarien auf eine Auswahl von Währungen und Gesellschaften an.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass ein hoher Anteil der fällig werdenden Forderungen an Nicht-Wholesale-Kunden prolongiert werden muss (um den Franchise-Wert zu unterstützen), wohingegen die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise oder ganz eingeschränkt ist und daraus eine Finanzierungslücke resultiert. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass die Wholesale-Refinanzierung von den risikosensitivsten Quellen (inklusive der unbesicherten Finanzierung von Geschäftsbanken, Geldmarktfonds sowie forderungsgedeckten Geldmarktpapieren) in der akuten Stressphase komplett vertraglich ausläuft. Darüber hinaus analysieren wir den potenziellen Refinanzierungsbedarf bedingter Risiken, die unter Stress entstehen können. Diese beinhalten die Inanspruchnahme von Krediten, erhöhte Sicherheitsanforderungen aus derivativen Verträgen sowie Mittelabflüsse aus Festgeldern mit einem vertraglichen Rating-Trigger. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um der entstehenden Finanzierungslücke entgegenzuwirken. Die Gegenmaßnahmen beinhalten unsere verfügbaren Liquiditätsreserven sowie potenzielle Liquidität aus weiteren unbelasteten Wertpapierbeständen. Stresstests werden auf globaler und individueller Länderebene sowie über signifikante Währungen außerhalb der Eurozone hinweg durchgeführt, insbesondere über US-Dollar als unsere größte Nicht-Euro-Refinanzierungswährung. Wir überprüfen wesentliche Stresstestannahmen regelmäßig und haben den Schärfegrad einiger Stressannahmen im Laufe des Jahres 2013 erhöht.

Die Stresstests sind vollständig in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Zu diesem Zweck nutzen wir die vertraglich vereinbarten Wholesale-Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus analysieren wir auf monatlicher Basis die Auswirkungen einer erweiterten Stressperiode, die bis zu zwölf Monate andauert. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für unseren vom Vorstand genehmigten Notfallrefinanzierungsplan.

Unsere Stresstestanalyse zeigt, ob wir in kritischen Situationen genügend Liquidität generieren können, und ist eine wichtige Grundlage bei der Definition unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die folgende Tabelle zeigt, dass wir bei jedem unserer definierten und regelmäßig überprüften Szenarien weiterhin über eine positive Nettoliquiditätsposition verfügen würden. Grund hierfür ist, dass die Liquidität, die wir zur Schließung der Lücke über verschiedene Finanzierungsquellen aufbringen könnten, unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses mehr als ausgleicht.

Weltweite Stresstestergebnisse über alle Währungen

in Mrd €	31.12.2013			31.12.2012 ¹		
	Finanzierungs- lücke ²	Positions- schließung ³	Netto- Liquiditäts- position	Finanzierungs- lücke ²	Positions- schließung ³	Netto- Liquiditäts- position
Systemisches Marktrisiko	31	179	148	39	217	178
Emerging Markets	10	195	185	15	216	201
Verschlechterung der Bonitätseinstufung um eine Stufe (Deutsche Bank-spezifisch)	37	178	141	45	222	177
Verschlechterung der Bonitätseinstufung auf A-2/P-2 (Deutsche Bank-spezifisch)	170	208	37	215	262	47
Kombiniert ⁴	181	204	23	227	255	28

¹ Angaben für 2012 basieren auf der zu dieser Zeit gültigen Methode und wurden nicht um Änderungen der Stresstest-Annahmen im laufenden Jahr angepasst.

² Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

³ Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

⁴ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Weltweite USD-Stresstest-Ergebnisse

in Mrd €	31.12.2013		
	Finanzierungs- lücke ¹	Positions- schließung ²	Netto- Liquiditäts- position
Kombiniert ³	89	132	43

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

³ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Die untere Tabelle zeigt die zusätzlichen Sicherheiten in allen Währungen, die im Falle einer Herabstufung unserer langfristigen Bonitätseinstufung um eine oder zwei Stufen durch Ratingagenturen benötigt werden.

Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Einstufige Ver- schlechterung der Bonität	Zweistufige Ver- schlechterung der Bonität	Einstufige Ver- schlechterung der Bonität	Zweistufige Ver- schlechterung der Bonität
Vertragliche derivative Abflüsse und Nachschussforderungen	5.459	9.071	3.593	6.912
Andere vertragliche Abflüsse und Nachschussforderungen	0	502	544	1.080

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor diskutieren wir liquiditätsrisikobezogene Themen aktiv mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern. Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Liquiditätsanforderungen unter der CRR

Im Rahmen der Basel 3-Regeln hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) einen Mindestliquiditätsstandard für Banken festgelegt, die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR). Durch die LCR soll die kurzfristige Widerstandsfähigkeit des Liquiditätsrisikoprofils einer Bank in einem 30-tägigen Liquiditätsstressszenario dargestellt werden. Bei der Berechnung der LCR wird das Volumen liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets), die in einem Zeitraum von 30 Tagen zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse in Stresssituationen im gleichen Zeitraum verglichen, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der Capital Requirements Regulation (CRR) in europäisches Recht umgesetzt. Gemäß der CRR sind die Komponenten der LCR ab 2014 an die Aufsichtsbehörden zu melden. Die Einhaltung des Standards, dessen finale Form von der Europäischen Kommission festgelegt wird, ist erst ab 2015 erforderlich. Die ursprüngliche Mindestquote zur Einhaltung des Standards in 2015 liegt bei 60 %. Angesichts der laufenden Überprüfung der Definition der LCR im Verlauf des Jahres 2014 und um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen, basiert die von uns veröffentlichte LCR von 107 % zum 31. Dezember 2013 auf der der Basel 3-Spezifikation.

Die ursprünglich von dem BCBS im Dezember 2010 veröffentlichten Vorschläge für einen zweiten Standard, die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR), wurden im Januar 2014 vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlicht. Obwohl die Konsultationsphase in Bezug auf die NSFR noch nicht abgeschlossen ist, wird erwartet, dass die Banken die Fälligkeiten von Verbindlichkeiten und von Vermögenswerten über einen längeren Zeitraum genau aufeinander abstimmen müssen. Die NSFR ist ebenfalls Teil der Berichterstattungsanforderungen für europäische Banken gemäß der CRR. Die Definition der NSFR wurde noch nicht in der CRR/CRD 4 festgelegt. Die finale Definition wird auf Basis einer Bewertung der Ergebnisse der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung erarbeitet. Gemäß einem Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission wird die NSFR nach dem Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene möglicherweise bis 2018 als Mindeststandard eingeführt.

Belastung von Vermögenswerten

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei besicherten Refinanzierungen und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet werden. Darüber hinaus sehen wir folgende bilanzielle Vermögenswerte als belastet an: bei Tochterunternehmen aus der Versicherungsbranche gehaltene Vermögenswerte, die im Wesentlichen zur Deckung von Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen verfügbar sind, sowie Vermögenswerte strukturierter Unternehmen, die für die Begünstigten, die üblicherweise die Käufer der von diesen Unternehmen ausgegebenen Anleihen sind, als Sicherheiten gehalten werden. Sofort verfügbare Vermögenswerte sind unbelastete und frei übertragbare bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht auf andere Weise belastet sind und die in uneingeschränkt übertragbarer Form vorliegen. Unbelastete zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und unbelastete zur Veräußerung verfügbare Investitionen werden als sofort verfügbar angesehen.

Der sofort verfügbare Wert entspricht dem aktuellen bilanziellen Buchwert und nicht einem gestressten Liquiditätswert (siehe Offenlegung der Liquiditätsreserven in diesem Abschnitt für eine Analyse unbelasteter liquider Vermögenswerte, die in einem Liquiditätsstressszenario verfügbar sind). Sonstige unbelastete Vermögenswerte sind bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht als Sicherheit für besicherte Refinanzierung oder andere besicherte Schuldverschreibungen gehalten werden oder die auf andere Weise als nicht verfügbar angesehen werden. Die Position „Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten“ beispielsweise beinhaltet in der Kategorie „Sonstige“ Salden, die benötigt werden, um Anforderungen an die Mindestreserve bei der Zentralbank zu erfüllen, sowie bei Dritten gehaltene separate Barguthaben, die nicht für den allgemeinen Refinanzierungsbedarf der Bank verfügbar sind. In ähnlicher Weise werden Kredite und sonstige Forderungen an Kunden nur dann als sofort verfügbar angesehen, sofern diese

ein standardisiertes, übertragbares Format haben und noch nicht genutzt wurden, um Finanzierungsmittel zu generieren. Dies stellt einen konservativen Ansatz dar, da ein Bestandteil solcher Kredite, die momentan unter Sonstige gezeigt werden, in ein Format gebracht werden könnte, das es uns ermöglicht, es für die Generierung von Finanzierungsmitteln zu nutzen.

Belastete und unbelastete Vermögenswerte

in Mrd € bilanziell	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte ¹	31.12. 2013 Unbelastete Vermögenswerte	
			Sofort verfügbar	Sonstige
Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	95,1	1,1	86,8	7,2
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	245,4	94,4	151,0	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	48,3	7,8	40,5	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376,6	56,6	10,1	309,9
Sonstige	143,9	7,7	0	136,2
Bilanzielle Vermögenswerte insgesamt (ohne Derivate, Forderungen aus Wertpapierleihen und Wertpapierpensionsgeschäften)	909,3	167,6	288,5	453,3

¹ Belastete Vermögenswerte stimmen mit der Definition der IFRS 12 beschränkt verfügbaren Vermögenswerte überein.

in Mrd € außerbilanziell	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	31.12. 2013 Unbelastete Vermögenswerte	
			Sofort verfügbar	Sonstige
Beizulegender Zeitwert von als Sicherheiten akzeptierten Wertpapieren	282,0	241,7	40,3	0

Die obige Tabelle zeigt bilanzielle und außerbilanzielle Vermögenswerte, die in die Kategorien „belastet“, „sofort verfügbar“ und „sonstige“ eingeteilt werden. Derivate sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte wurden bei den in der Tabelle ausgewiesenen bilanziellen Vermögenswerten insgesamt nicht berücksichtigt. Alle im Rahmen von Wertpapierpensions- und -leihegeschäften erhaltenen Wertpapiere werden im beizulegenden Zeitwert der als Sicherheiten erhaltenen Wertpapiere ausgewiesen.

Die belasteten Vermögenswerte in der obigen Tabelle beinhalten keine Vermögenswerte, die auf der Ebene der einzelnen Gesellschaften unbelastet, jedoch möglicherweise im Konzern nur eingeschränkt übertragbar sind. Solche Restriktionen können auf entsprechende lokale Anforderungen an die Kreditvergabe oder ähnliche aufsichtsrechtliche Restriktionen zurückzuführen sein. Im Gegensatz zu Vermögenswerten, die in bestimmten Versicherungsgesellschaften gehalten werden, ist es in dieser Situation nicht möglich, einzelne nicht übertragbare Bilanzpositionen zu identifizieren.

Zum 31. Dezember 2013 waren nur 168 Mrd € der bilanziellen Vermögenswerte des Konzerns belastet (ohne Derivate, Forderungen aus Wertpapierleihen und Wertpapierpensionsgeschäften). Die belasteten bilanziellen Vermögenswerte standen hauptsächlich mit der Finanzierung des Handelsbestands und sonstiger Wertpapiere sowie mit durch Kreditsicherheiten besicherten Refinanzierungen (zum Beispiel Pfandbriefe und gedeckte Schuldverschreibungen) im Zusammenhang.

Zum 31. Dezember 2013 hatte der Konzern Wertpapiere mit einem beizulegenden Zeitwert von 282 Mrd € als Sicherheiten erhalten. Davon wurden 242 Mrd € verkauft oder verpfändet. Diese Übernacht-Verpfändungen beziehen sich auf Transaktionen zur Ermöglichung von Kundenaktivitäten einschließlich Prime-Brokerage-Geschäften sowie Sicherheiten, die im Rahmen von Exchange Traded Funds oder zur Erfüllung von Nachschussforderungen bei Derivategeschäften geleistet werden.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten

Treasury analysiert und steuert unsere Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten. In Fällen, in denen die vertragliche Endfälligkeit die Liquiditätsrisikoposition nicht adäquat widerspiegelt, ist es notwendig, Modellannahmen zu treffen. In diesem Zusammenhang stellen die sofort rückzahlbaren Einlagen von Privat- und Transaktionsbankkunden ein besonders auffälliges Beispiel dar, da diese auch in der Phase der schweren Finanzkrise durchgehend eine hohe Stabilität gezeigt haben.

Diese Modellannahmen sind integraler Bestandteil des Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements, welches vom Vorstand definiert und festgelegt wurde. Siehe Abschnitt „Stresstest und Szenarioanalysen“ für weitere Informationen zu kurzfristigen Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie Abschnitt „Liquiditätsablaufbilanz“ für langfristige Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse aller Vermögensgegenstände, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2013.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2013

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündi- gungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserve und Einlagen bei Kredit- instituten	86.474	6.911	50	131	1.383	26	55	38	70	95.139
Forderungen aus übertragenen Zent- ralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensions- geschäften (Reverse Repos)	529	10.359	6.437	4.917	3.449	665	999	8	0	27.363
mit Kreditinstituten	304	3.564	786	1.028	0	0	77	8	0	5.766
mit Kunden	225	6.795	5.651	3.890	3.449	665	923	0	0	21.596
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.648	171	0	0	0	0	0	22	30	20.870
mit Kreditinstituten	1.664	0	0	0	0	0	0	0	0	1.664
mit Kunden	18.983	171	0	0	0	0	0	22	30	19.205
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermö- genswerte – Handel	738.021	101.913	17.680	6.432	2.658	1.027	4.086	6.393	21.046	899.257
Handelsaktiva	210.070	0	0	0	0	0	0	0	0	210.070
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	143.947	0	0	0	0	0	0	0	0	143.947
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	61.393	0	0	0	0	0	0	0	0	61.393
Sonstige Handels- aktiva	4.730	0	0	0	0	0	0	0	0	4.730
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	504.590	0	0	0	0	0	0	0	0	504.590
Zum beizulegenden Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Vermögenswerte	23.360	101.913	17.680	6.432	2.658	1.027	4.086	6.393	21.046	184.597
Forderungen aus Wertpapierpen- sionsgeschäften (Reverse Repos)	8.485	84.607	13.783	3.789	2.054	749	1.914	1.081	301	116.764
Forderungen aus Wertpapierleihen	14.875	14.187	3.424	0	0	0	0	0	0	32.485
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	0	3.109	474	2.531	598	273	2.106	5.128	10.806	25.025
Aktien und ande- re Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	10	0	0	1	0	16	0	9.872	9.898
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	111	6	5	50	185	67	424
Positive Marktwerte aus derivaten Finanz- instrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	15	82	163	31	37	227	1.562	1.895	4.011

31.12.2013

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündi- gungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	0	1.533	1.641	1.900	749	737	4.756	20.317	16.692	48.326
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	0	1.533	1.641	1.900	749	737	4.572	20.317	14.962	46.413
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	0	183	0	1.730	1.913
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.458	41.810	21.623	20.283	9.662	9.730	26.867	64.249	163.899	376.582
an Kreditinstituten	322	4.043	5.152	4.236	1.752	882	2.610	4.053	389	23.440
an Kunden	18.136	37.767	16.470	16.047	7.909	8.848	24.258	60.196	163.510	353.142
Privatkunden	3.911	13.715	2.973	5.204	3.257	3.177	9.294	24.055	124.745	190.331
Unternehmen und sonstige Kunden	14.226	24.052	13.497	10.844	4.652	5.671	14.961	36.139	38.770	162.810
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	87.181	780	353	216	93	103	40	0	3.541	92.307
Summe der Finanz- aktiva	951.311	163.492	47.865	34.042	18.025	12.326	37.031	92.588	207.173	1.563.854
Sonstige Aktiva	19.633	3.374	988	703	372	254	426	1.064	20.733	47.546
Summe der Aktiva	970.944	166.866	48.852	34.745	18.397	12.581	37.457	93.652	227.906	1.611.400

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse aller Verbindlichkeiten, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2013.

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2013

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündi- gungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	290.284	66.181	117.026	16.936	7.290	6.258	4.849	8.203	10.721	527.750
von Kreditinstituten	61.302	15.357	9.993	6.987	1.503	1.154	2.801	5.982	9.099	114.176
von Kunden	228.982	50.824	107.034	9.949	5.788	5.104	2.048	2.222	1.623	413.574
Privatkunden	89.689	5.874	90.186	3.695	2.825	2.478	1.144	1.065	194	197.149
Unternehmen und sonstige Kunden	139.294	44.950	16.848	6.254	2.963	2.626	904	1.157	1.429	216.425
Handelsspassiva	539.232	0	0	0	0	0	0	0	0	539.232
Wertpapiere	54.951	0	0	0	0	0	0	0	0	54.951
Sonstige Handels- passiva	853	0	0	0	0	0	0	0	0	853
Negative Marktwer- te aus derivativen Finanzinstrumenten	483.428	0	0	0	0	0	0	0	0	483.428
Zu beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbind- lichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanzgarantien)	25.428	12.660	39.535	1.639	654	770	1.835	4.673	2.717	89.911
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäf- ten (Repos)	22.870	11.887	38.221	639	26	0	0	0	0	73.642
Langfristige Verbindlichkeiten	531	16	774	479	425	637	1.387	2.649	2.443	9.342
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Verbindlichkeiten	2.028	757	540	521	202	133	449	2.023	274	6.927
Investmentverträge	0	25	50	50	50	692	72	1.255	5.871	8.067
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsg- eschäfte erfüllen	0	1	19	17	13	5	57	181	323	616
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zent- ralbankeinlagen	2.056	0	0	0	0	400	0	0	0	2.455
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- geschäften (Repos) gegenüber Kredit- instituten	6.477	3.227	703	519	0	0	0	0	0	10.926
gegenüber Kunden	6.405	2.077	469	447	0	0	0	0	0	9.399
gegenüber Kunden	72	1.150	234	71	0	0	0	0	0	1.528
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen gegenüber Kredit- instituten	2.079	27	0	0	0	0	0	0	198	2.304
gegenüber Kunden	215	15	0	0	0	0	0	0	0	230
gegenüber Kunden	1.865	12	0	0	0	0	0	0	198	2.075
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	36.693	6.950	9.252	5.076	408	1.388	0	0	0	59.767
Langfristige Verbind- lichkeiten	0	8.903	6.692	5.685	4.690	5.395	17.636	42.665	41.417	133.082
Schuldverschrei- bungen - vorrangig	0	2.704	4.026	4.251	3.804	5.009	15.751	37.412	30.500	103.457
Schuldverschrei- bungen - nachrangig	0	62	2.318	871	152	241	763	620	2.550	7.578

31.12.2013

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten - vorrangig	0	6.133	337	336	705	126	920	3.919	8.033	20.508
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten - nachrangig	0	5	10	227	28	19	201	714	334	1.539
Hybride Kapitalinstrumente	0	1.101	3.219	483	107	280	1.544	5.018	174	11.926
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	131.965	525	3.374	91	350	226	468	254	107	137.362
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.034.216	99.602	179.871	30.496	13.562	15.413	26.461	62.249	61.528	1.523.400
Sonstige Verbindlichkeiten	32.841	0	0	0	0	0	0	0	0	32.841
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	54.966	54.966
Summe der Passiva und Eigenkapital	1.067.057	99.602	179.871	30.496	13.562	15.413	26.461	62.249	116.494	1.611.207
Eventualverbindlichkeiten	5.249	11.088	11.871	15.458	9.783	14.173	26.565	74.145	23.957	192.290
Kreditinstitute	9	1.327	1.580	2.280	1.074	1.025	1.980	1.250	314	10.841
Privatkunden	567	372	218	481	743	629	2.321	759	7.393	13.484
Unternehmen und sonstige Kunden	4.673	9.390	10.073	12.696	7.966	12.519	22.264	72.136	16.250	167.966

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Abteilung steuert sowohl das Kapital auf Konzernebene als auch lokal in jeder Region. Die Kapitalstrategie wird vom Capital and Risk Committee erstellt und vom Vorstand genehmigt. Treasury ist für die Umsetzung unserer Kapitalstrategie verantwortlich, welche auch die Emission und den Rückkauf von Aktien umfasst. Es ist unser Ziel, stets eine solide aufsichtsrechtliche und ökonomische Kapitalisierung aufrechtzuerhalten. Wir überwachen und passen fortwährend Kapitalnachfrage und -angebot an, im Bestreben das optimale Gleichgewicht ökonomischer und regulatorischer Überlegungen zu jeder Zeit und unter allen Aspekten zu erzielen. Die verschiedenen Sichtweisen beinhalten das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital und die Kapitalanforderungen durch Ratingagenturen.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden jährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen unter Führung regionaler Treasury-Teams für die Einhaltung dieser Anforderungen. Ferner gewährleisten sie die Einhaltung aller Anforderungen, wie etwa Ausschüttungsbegrenzungen für Dividenden an die Deutsche Bank AG oder die Möglichkeit unserer Tochtergesellschaften, Kredite oder Darlehen an die Muttergesellschaft zu vergeben. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Refinanzierungspläne werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Unsere Hauptwährungen sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury steuert die Sensitivität unserer Kapitalquoten im Hinblick auf Schwankungen in diesen Hauptwährungen. Das Kapital unserer ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen in anderen Währungen ist größtenteils gegen Währungsschwankungen abgesichert. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien in enger Abstimmung mit dem Risikomanagement und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte ab.

Treasury ist im Investment Committee des größten Pensionsfonds der Bank vertreten. Dieses Komitee legt die Investmentrichtlinien des Pensionsfonds fest. Durch die Mitgliedschaft wird beabsichtigt sicherzustellen, dass das Vermögen des Pensionsfonds mit den Pensionsverbindlichkeiten im Einklang steht, um so die Kapitalbasis der Bank zu schützen.

Treasury beobachtet den Markt laufend nach Möglichkeiten für Passiv-Management-Geschäfte. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, Tier-1-Kernkapital durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Fremdkapitalemissionen unter deren Ausgabepreis zu schaffen.

Im zweiten Quartal 2013 haben wir unser Kapital durch die Ausgabe von 90 Millionen neuen Aktien aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts erhöht. Die Gesamtzahl der ausgegebenen Aktien stieg damit auf 1.019.499.640. Die neuen Aktien wurden in einem beschleunigten Bookbuilding-Verfahren am 30. April 2013 bei institutionellen Investoren platziert. Der Bruttoemissionserlös belief sich auf insgesamt 3,0 Mrd €. Ziel der Kapitalerhöhung war es, die aufsichtsrechtliche Kapitalisierung der Bank weiter zu stärken.

Seit 2013 verwenden wir eine angepasste Allokationsmethode des durchschnittlichen Active Equity auf die Geschäftssegmente, um den weiter gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen unter CRR/CRD 4 Rechnung zu tragen und die Kapitalallokation auch weiterhin mit den kommunizierten Kapital- und Renditezielen im Einklang zu halten. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen übersteigen dabei momentan die Anforderungen aus ökonomischer Sicht. Nach der neuen Methode wird der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Eigenkapital auf Grundlage einer Tier-1-Kernkapitalquote von 10,0 % auf Konzernebene berechnet, wobei von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk ausgegangen wird. Folglich wird auch unsere Buchkapitalallokation derzeit von risikogewichteten Aktiva und bestimmten aufsichtsrechtlichen Kapitalabzugsposten gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) gesteuert. Im Ergebnis führte dies zu einer erhöhten Allokation von Kapital auf die Segmente, im Wesentlichen auf CB&S sowie die NCOU. Die Zahlen für 2012 wurden angepasst, um diesen Effekt abzubilden. In 2012 bestimmten wir unseren Bedarf an aufsichtsrechtlichem Eigenkapital auf Grundlage einer Tier-1-Kernkapitalquote von 9,0 % (nach Basel 2.5). Überschreitet unser durchschnittliches Active Equity den höheren Wert des gesamtökonomischen Risikos oder den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarf, wird der Mehrbetrag Consolidation & Adjustments zugeordnet. Seit dem 1. Juli 2013 wird die im CRR/CRD 4-Rahmenwerk enthaltene Definition von Active Equity verwendet. Demnach zählt die sonstige kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung nach Steuern nunmehr zum Active Equity.

Die ordentliche Hauptversammlung 2012 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende November 2016 bis zu 92,9 Millionen Aktien zurückzukaufen. Davon können 46,5 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Am Tag der Hauptversammlung 2012 betrug der Bestand an zurückgekauften eigenen Aktien insgesamt 10,9 Millionen. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2012 (31. Mai 2012) bis zur Hauptversammlung 2013 (23. Mai 2013) wurden insgesamt 16,8 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 6,8 Millionen über den Einsatz von Aktienderivaten. Im gleichen Zeitraum wurden 27,7 Millionen Aktien zu Aktienvergütungszwecken verwendet. Zur Hauptversammlung 2013 lag der Bestand an zurückgekauften eigenen Aktien in Treasury somit nahezu bei Null.

Die ordentliche Hauptversammlung 2013 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende April 2018 bis zu 101,9 Millionen Aktien zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2012. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2013 bis zum 31. Dezember 2013 haben wir 20,0 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 5,4 Millionen über den Einsatz von Aktienderivaten. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet. Zum 31. Dezember 2013 lag daher der Bestand an zurückgekauften eigenen Aktien in Treasury weiterhin nahezu bei Null.

Des Weiteren ersetzte die Hauptversammlung 2013 ein bestehendes genehmigtes Kapital im Nennwert von 230,4 Mio € (90 Millionen Aktien) durch ein neues genehmigtes Kapital in gleicher Höhe. Dieses ist jedoch mit erweiterten Nutzungsmöglichkeiten ausgestattet und ermöglicht auch die Ausgabe von Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts. Der gesamte Nennwert des verfügbaren genehmigten Kapitals beträgt 922 Mio € (360 Millionen Aktien). Zusätzlich steht dem Vorstand bedingtes Kapital im Gesamtnennwert von 691 Mio € (270 Millionen Aktien) zur Verfügung.

Das insgesamt ausstehende Zusätzliche Tier-1-Kapital gemäß Basel 2.5 (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 12,2 Mrd € gegenüber 12,5 Mrd € zum 31. Dezember 2012. Diese Verringerung resultierte im Wesentlichen aus Währungseffekten auf das in US-Dollar begebene Zusätzliche Tier-1-Kapital. In 2013 haben wir Zusätzliches Tier-1-Kapital weder begeben noch eingezogen.

Das Genussscheinkapital gemäß Basel 2.5 betrug 0,8 Mrd € gegenüber 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2012. Das Nachrangkapital gemäß Basel 2.5 belief sich zum 31. Dezember 2013 auf insgesamt 7,3 Mrd € gegenüber 9,1 Mrd € zum 31. Dezember 2012. Fälligkeiten und aufsichtsrechtliche Laufzeitabzüge wurden teilweise durch die Emission nachrangiger Tier-2-Anleihen in Höhe von 1,5 Mrd US-\$ im zweiten Quartal 2013 ausgeglichen. Die kumulativen Vorzugsaktien gemäß Basel 2.5 betragen 287 Mio € zum 31. Dezember 2013 gegenüber 292 Mio € zum 31. Dezember 2012.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Kapitaladäquanz

Seit 2008 haben wir für die Deutsche Bank-Institutgruppe konsolidierte Kapitalquoten gemäß dem Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung, die das überarbeitete Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel 2“) in deutsches Recht umgesetzt hatten, berechnet und veröffentlicht. Seit dem 31. Dezember 2011 wurden bei der Ermittlung unserer Kapitalquoten auch die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der „Basel 2.5“-Rahmenbedingungen, die durch das Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht Eingang gefunden haben, berücksichtigt. Diese Regelungen stellen auch die gesetzliche Basis für die Berechnung unserer Kapitaladäquanz zum 31. Dezember 2013 dar.

Wie bereits zuvor in diesem Bericht dargestellt, wurden in der Europäischen Union das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk von Basel 3 durch die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und der Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) umgesetzt und am 27. Juni 2013 veröffentlicht. Sie bilden das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk, unter anderem in Bezug auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital. Während die neuen Kapitalregeln ab dem 1. Januar 2014 anzuwenden sind, wird die Anwendung der Regeln zu den Kapitalpuffern schrittweise ab 2016 eingeführt. Zum besseren Verständnis unserer Veröffentlichungen verwenden wir die Begriffe des CRR/CRD 4-Rahmenwerkes in den nachfolgenden Abschnitten und Tabellen zur Kapitaladäquanz und zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital. Die für diesen Berichtszeitraum gezeigten Beträge beziehen sich jedoch unverändert auf das Basel 2.5 Rahmenwerk, welches in deutsches Recht umgesetzt und noch gültig für diese Berichtsperioden ist, sofern nicht anders angegeben.

Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutgruppe gemäß deutschem Kreditwesengesetz. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Unsere Versicherungsgesellschaften werden in eine zusätzliche, für Finanzkonglomerate geltende Berechnung der Kapitaladäquanz nach der deutschen Finanzkonglomerate-Solvabilitätsverordnung (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Unsere Solvabilitätsspanne als Finanzkonglomerat wird weiterhin von unseren Bankaktivitäten dominiert.

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten rechtlichen Grundlagen basieren die folgenden Informationen auf den bankaufsichtsrechtlichen Regeln der Konsolidierung.

Das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach den per Jahresende 2013 geltenden Regelungen bestand aus Tier-1-, Tier-2- und Tier-3-Kapital. Tier-1-Kapital bestand aus dem Tier-1-Kernkapital (vormals als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente bezeichnet) und dem Zusätzlichen Tier-1-Kapital.

Das Tier-1-Kernkapital bestand in erster Linie aus dem Stammkapital einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen sowie sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Anpassungen. Aufsichtsrechtliche Anpassungen umfassten die Dekonsolidierung des Kapitals von Gesellschaften außerhalb der Institutsgruppe und die Eliminierung der Eigenkapitaleffekte aus einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos bei finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option gewählt wurde. Sie umfassten auch den Abzug von Firmenwerten und anderen immateriellen Vermögensgegenständen sowie die folgenden Posten, die zur Hälfte vom Tier-1- und zur Hälfte vom Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden mussten: (i) Beteiligungen an nichtkonsolidierten Banken, Finanzinstituten und Versicherungsgesellschaften, an denen eine Bank einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält (im Fall von Versicherungsgesellschaften einen Kapital- oder Stimmrechtsanteil von mindestens 20 %, es sei denn, diese werden in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats einbezogen), (ii) den Betrag, um den der erwartete Verlust für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie Mengengeschäft, die auf Basis des Internal Ratings Based Approach („IRBA“) der Bank berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für diese Positionen übersteigt, (iii) die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“), Verbriefungspositionen, die in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva nicht enthalten sind, und (iv) den Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung von der Gegenpartei geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

Zusätzliches Tier-1-Kapital bestand aus verschiedenen hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht-kumulativen Vorzugsanteilen („Noncumulative Trust Preferred Securities“). Abhängig von der Qualität unterlag der Betrag der hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente bestimmten Grenzen. Grundsätzlich wurden hybride Tier-1-Kapitalinstrumente, die in Krisensituationen umgewandelt werden müssen und die auf Initiative der zuständigen Behörde jederzeit umgewandelt werden können, auf 50 % des Tier-1-Kernkapitals begrenzt. Innerhalb dieser Grenze wurden alle sonstigen hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente auf 35 % des Tier-1-Kernkapitals limitiert. Schlussendlich, innerhalb der beiden zuvor genannten Grenzen, dürfen befristete hybride Tier-1-Kapitalinstrumente und Instrumente, bei denen die Bestimmungen einen Anreiz zur Rückzahlung beinhalten, nicht mehr als 15 % des Tier-1-Kernkapitals übersteigen.

Tier-2-Kapital umfasste in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), verschiedene Genussscheine, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45 % der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren. Der Betrag von langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, der im Tier-2-Kapital berücksichtigt werden darf, wurde auf 50 % des Tier-1-Kapitals limitiert. Der Gesamtbetrag des Tier-2-Kapitals wurde auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt.

Pro-Forma-CRR/CRD 4-Solvabilitätskennzahlen

Während unsere aufsichtsrechtlichen risikogewichteten Aktiva, das Kapital und die zugehörigen Quoten in diesem Dokument gemäß den Basel 2.5-Bestimmungen dargelegt werden, weisen wir in verschiedenen Bereichen auch unsere aufsichtsrechtlichen risikogewichteten Aktiva, das Kapital und die zugehörigen Quoten unter Pro-forma-Anwendung der CRR/CRD 4-Regeln aus. Unsere Auslegung wird formell in Richtlinien umgesetzt, die von denselben Strukturen und Ausschüssen gesteuert werden wie unsere Richtlinien zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva und des Tier-1-Kernkapitals nach Basel 2.5. Da die CRR/CRD 4-Regeln am 31. Dezember 2013 noch nicht in Kraft getreten sind, stellen ihre Kennzahlen zu diesem Berichtszeitpunkt finanzielle Kennzahlen der Gruppe dar, die nicht nach IFRS ermittelt werden und nicht testiert sind. Wir glauben, dass diese Pro-forma-CRR/CRD 4-Berechnungen nützliche Informationen für Investoren liefern, da sie die Fortschritte des Konzerns hinsichtlich künftiger aufsichtsrechtlicher Kapitalstandards widerspiegeln.

Die CRR/CRD 4-Kennzahlen bei Vollumsetzung, die wir auf einer Pro-forma-Basis ermittelt haben, berücksichtigen keine Übergangsregelungen („phase-in“ oder „phase-out“, das heißt das schrittweise Auslaufen von Instrumenten, die nach den neuen Regeln nicht mehr anrechenbar sind, und die schrittweise Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Anpassungen), die zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen sind. Das Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen und die gesamten aufsichtsrechtlichen Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals zum 31. Dezember 2012 sind angepasst, da die Konsolidierungsanpassung für die Gewinnrücklagen in Höhe von 727 Mio € direkt vom Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen abgesetzt wurde.

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten gemäß Basel 2.5

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	53.558	52.702
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	- 15.024	- 14.746
Tier-1-Kernkapital	38.534	37.957
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.701	13.025
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	- 519	- 499
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.182	12.526
Tier-1-Kapital¹	50.717	50.483
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	7.787	9.569
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	- 3.040	- 3.037
Tier-2-Kapital	4.747	6.532
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	55.464	57.015
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	300.369	333.605
Kapitalquoten		
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,8	11,4
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,9	15,1
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	18,5	17,1

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4 (nicht testiert)

in Mio €	31.12.2013
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	53.846
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	- 19.850
Tier-1-Kernkapital	33.995
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	0
Zusätzliches Tier-1-Kapital	0
Tier-1-Kapital	33.995
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	14.291
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	- 107
Tier-2-Kapital	14.184
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	48.179
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	350.143
Kapitalquoten	
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	9,7
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	9,7
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	13,8

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten nach Pro-forma-CRR/CRD 4 (nicht testiert) und Basel 2.5 (testiert)

	31.12.2013		31.12.2012
	Pro-forma-CRR/CRD 4 fully-loaded (nicht testiert)	Basel 2.5 (testiert)	Basel 2.5 (testiert)
in Mio €			
Tier-1-Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen			
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	28.789	28.789	26.096
davon: Art des Finanzinstruments ¹	N/A	N/A	N/A
Gewinnrücklagen	27.194	27.195	28.209
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen	-2.039	-2.457	-1.294
Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im CET 1-Kapital ausläuft	N/A	N/A	N/A
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	0	130	124
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbarer Abgaben oder Dividenden	-98	-98	-432
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	53.846	53.558	52.702
Tier-1-Kernkapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen			
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag) ²	N/A	N/A	N/A
Immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-11.466	-11.466	-11.579
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-2.203	N/A	N/A
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-93	N/A	N/A
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-987	-430	-440
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte (negativer Betrag)	0	0	0
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus Zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ³	-533	-1	-2
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-663	N/A	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals (negativer Betrag) ⁴	-36	-3	-5
Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁵	0	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁶	0	-1.589	-1.493
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wobei das Institut die Abzugsalternative wählt	0	-945	-953
davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	0	0	0
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	0	-945	-953
davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	0	0	0
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-1.667	N/A	N/A
Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-1.828	N/A	N/A
davon: direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-839	N/A	N/A
davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-989	N/A	N/A
Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	0	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	N/A	N/A	N/A
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 der CRR ⁷	N/A	-215	-261
Vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CCR-Behandlung erforderlicher Abzüge ⁸	-374	-374	-13

	31.12.2013	31.12.2012	
	Pro-forma- CRR/CRD 4 fully-loaded (nicht testiert)	Basel 2.5 (testiert)	Basel 2.5 (testiert)
in Mio €			
Betrag der von den Posten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Tier-1-Kapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals (CET 1)	- 19.850	- 15.024	- 14.746
Tier-1-Kernkapital (CET 1)	33.995	38.534	37.957
Zusätzliches Tier-1-Kapital-(AT1): Instrumente			
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	0	12.701	13.025
davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	0	0	0
davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0	12.701	13.025
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	N/A	N/A
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A
Zum konsolidierten zusätzlichen Tier-1-Kapital zählende Instrumente des qualifizierten Tier-1-Kapitals, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	0	0
davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	N/A	N/A
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	0	12.701	13.025
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen			
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (negativer Betrag) ⁹	0	- 519	- 499
Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁵	0	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁶	0	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (das heißt CRR-Restbeträge)	N/A	N/A	N/A
Vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf von Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	N/A	N/A
davon: Immaterielle Vermögensgegenstände	N/A	N/A	N/A
davon: Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	N/A	N/A	N/A
davon: Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	N/A	N/A
Vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 der CRR	N/A	N/A	N/A
Vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	N/A	N/A	N/A
Betrag der von den Posten des Tier-2-Kapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Tier-2-Kapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	0	- 519	- 499
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1)	0	12.182	12.526
Tier-1-Kapital (T1 = CET 1 + AT1)¹⁰	33.995	50.717	50.483
Tier-2-Kapital (T2): Instrumente und Rücklagen			
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto ¹¹	14.291	7.787	9.569
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (5) zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im T2-Kapital ausläuft	N/A	N/A	N/A
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	0	0
davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	N/A	N/A
Kreditrisikoanpassungen	0	0	0
Tier-2-Kapital (T2) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	14.291	7.787	9.569

	31.12.2013	31.12.2012	
	Pro-forma-CRR/CRD 4 fully-loaded (nicht testiert)	Basel 2.5 (testiert)	Basel 2.5 (testiert)
in Mio €			
Tier-2-Kapital (T2): aufsichtsrechtliche Anpassungen			
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag) ⁹	- 107	- 75	- 152
Positionen in Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁵	0	0	0
davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A
davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁵	0	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2) in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregeln gemäß der CRR gelten (das heißt CRR-Restbeträge)	N/A	N/A	N/A
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 der CRR	N/A	N/A	N/A
davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	N/A	N/A	N/A
davon: Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	N/A	N/A
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 der CRR	N/A	N/A	N/A
davon: Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals	N/A	N/A	N/A
davon: direkte Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	N/A	N/A
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0	- 2.965	- 2.885
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	- 107	- 3.040	- 3.037
Tier-2-Kapital (T2)	14.184	4.747	6.532
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	48.179	55.464	57.015
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der CRR gelten (das heißt CRR-Restbeträge)	N/A	N/A	N/A
davon: nicht vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	N/A	N/A
davon: nicht von Posten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	N/A	N/A
Posten, die nicht vom T2 in Abzug gebracht werden (CRR-Restbeträge)	N/A	N/A	N/A
davon: indirekte und synthetische Positionen in eigenen T2-Instrumenten	N/A	N/A	N/A
davon: indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	N/A	N/A
davon: indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	N/A	N/A
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	350.143	300.369	333.605
davon: Kreditrisiko	232.356	202.219	228.952
davon: Marktrisiko	66.896	47.259	53.058
davon: Operationelles Risiko	50.891	50.891	51.595
Kapitalquoten und -puffer			
Tier-1-Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	9,7	12,8	11,4
Tier-1-Kapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	9,7	16,9	15,1
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	13,8	18,5	17,1
Institutspezifische Kapitalpufferanforderung (Mindestanforderungen an die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Art. 92 (1) (a) CRR zuzüglich eines Kapitalerhaltungspuffers und eines antizyklischen Kapitalpuffers, zuzüglich eines Systemrisikopuffers, zuzüglich des Puffers für systemrelevante Institute (G-SII- oder O-SII-Puffer), ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva) ¹²	9,0	N/A	N/A
davon: Kapitalerhaltungspuffer	2,5	N/A	N/A
davon: antizyklischer Kapitalpuffer ¹³	N/A	N/A	N/A
davon: Systemrisikopuffer	0,0	N/A	N/A
davon: Puffer für globale systemrelevante Institute (G-SII) oder Puffer für sonstige systemrelevante Institute (O-SII) ¹⁴	2,0	N/A	N/A
Verfügbares Tier-1-Kapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva) ¹⁵	3,7	N/A	N/A

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012
	Pro-forma-CRR/CRD 4 fully-loaded (nicht testiert)	Basel 2.5 (testiert)	Basel 2.5 (testiert)
Beträge unterhalb der Schwellenwerte für Abzüge (vor Risikogewichtung)			
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) ⁵	3.097	N/A	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) ⁶	2.340	N/A	N/A
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	2.760	N/A	N/A
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in Tier-2-Kapital			
Auf das Tier-2-Kapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	N/A	N/A
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Tier-2-Kapital im Rahmen des Standardansatzes	488	N/A	N/A
Auf das Tier-2-Kapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Tier-2-Kapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	984	894	1.006
Kapitalinstrumente, für die Auslaufregelungen gelten			
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des CET 1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	N/A	N/A
Vom CET 1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	N/A	N/A
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des AT1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	N/A	N/A
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	N/A	N/A
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des T2-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	N/A	N/A
Vom T2-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	N/A	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Liste der EBA gemäß Artikel 26 (3) CRR ist noch nicht veröffentlicht worden.

² Der endgültige Entwurf der EBA wird erwartet. Deshalb noch nicht in die Pro-forma-CRR/CRD 4 Berechnung einbezogen.

³ Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus dem beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten gemäß Artikel 33 (1) (b) CRR sowie alle Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts gemäß Artikel 33 (1) (c) CRR resultieren.

⁴ Ohne eigene Instrumente, die bereits im bilanziellen Ausweis der Kapitalinstrumente als Abzug berücksichtigt sind. Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen).

⁵ Basierend auf unserer gegenwärtigen Interpretation werden derzeit keine Abzüge erwartet. Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen und Schwellenwert gemäß Basel 2.5).

⁶ Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen und Schwellenwert gemäß Basel 2.5).

⁷ Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem Prudentielle Filter nach der Konzernabschlussüberleitungsverordnung).

⁸ Prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung und für Kapitaleffekte aus At-Equity-Bewertungen, außerhalb des Finanzsektors.

⁹ Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen).

¹⁰ Basel 2.5: enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. Dezember 2013 sowie zum 31. Dezember 2012.

¹¹ Amortisationen werden berücksichtigt.

¹² Artikel 92 (1) (a) der CRR fordert eine Mindest-Kernkapitalquote von 4,5 % ohne zusätzliche Kapitalpuffer.

¹³ Antizyklische Pufferraten sind noch nicht verfügbar.

¹⁴ G-SII Puffer gemäß der Veröffentlichung vom Financial Stability Board im November 2013.

¹⁵ Berechnet als Tier-1-Kernkapital abzüglich aller Tier-1-Kernkapital Posten, die zur Erfüllung der Tier-1-Kernkapital und Gesamtkapitalanforderungen verwendet werden.

In der folgenden Tabelle werden die wesentlichen Veränderungen in unserem Tier-1-Kernkapital, im zusätzlichen Tier-1- und Tier-2-Kapital jeweils von Jahresanfang bis Ende der Jahre 2013 und 2012 aufgeführt:

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Tier-1-Kernkapital – Anfangsbestand	37.957	36.313
Stammaktien, Nettoeffekt/(+) Zugang (–) Abgang	230	0
Kapitalrücklage	2.428	83
Gewinnrücklagen	– 57	– 234
Davon: Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern und Währungsumrechnung	– 659	– 480
Davon: Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	666	263
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten, Nettoeffekt/(+) Verkauf (–) Kauf	47	763
Entwicklungen der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	– 1.121	– 424
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 1.121	– 424
Abgegrenzte zukünftige Dividende	– 765	– 697
Eliminierung der Wertänderungen wegen Veränderung des eigenen Kreditrisikos, nach Steuern	1	126
Geschäfts- oder Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte, nach Abzug latenter Steuern	113	1.330
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	6	– 875
Abzugspflichtige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	– 96	– 161
Verbriefungspositionen, nicht in den risikogewichteten Aktiva enthalten	7	1.911
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	9	69
Sonstiges inklusive regulatorischer Anpassungen	– 225	– 247
Tier-1-Kernkapital – Endbestand	38.534	37.957
Zusätzliches Tier-1-Kapital – Anfangsbestand	12.526	12.734
Neue, im zusätzlichen Tier-1-Kapital anrechenbare Emissionen	0	0
Rückkäufe	0	0
Sonstiges inklusive regulatorischer Anpassungen	– 344	– 208
Zusätzliches Tier-1-Kapital – Endbestand	12.182	12.526
Tier-1-Kapital insgesamt	50.717	50.483
Tier-2-Kapital – Anfangsbestand	6.532	6.179
Neue, im Tier-2-Kapital anrechenbare Emissionen	1.090	0
Rückkäufe	– 193	– 179
Amortisation	– 2.766	– 1.071
Sonstiges inklusive regulatorischer Anpassungen	85	1.603
Tier-2-Kapital – Endbestand	4.747	6.532
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	55.464	57.015

Der Anstieg des Tier-1-Kernkapitals um 577 Mio € im Jahre 2013 resultierte im Wesentlichen aus dem Bruttoemissionserlös unserer Kapitalerhöhung im zweiten Quartal in Höhe von insgesamt 3,0 Mrd €, teilweise reduziert durch negative Effekte aus den kumulativen Anpassungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 1,1 Mrd € sowie aus Neubewertungseffekten in Bezug auf leistungsorientierte Versorgungszusagen nach Steuern in Höhe von 659 Mio €.

Stammaktien bestehen aus den Stammaktien der Deutschen Bank AG, die ohne Nennwert als Namensaktien ausgegeben wurden. Gemäß deutschem Recht repräsentiert jede Aktie einen gleichen Anteil am gezeichneten Kapital. Zum 31. Dezember 2013 hat daher jede Aktie einen Nominalwert von 2,56 €, der über die Division des gesamten Aktienkapitals durch die Anzahl der Aktien ermittelt wird. Der Nominalwert ist im Vergleich zum 31. Dezember 2012 unverändert. Zum 31. Dezember 2013 waren 1.019.499.640 Aktien ausgegeben und vollständig eingezahlt, wovon 171.904 Aktien von uns gehalten wurden, so dass sich 1.019.327.736 Aktien in Umlauf befanden. Zum 31. Dezember 2012 waren 929.499.640 Aktien ausgegeben und vollständig eingezahlt, wovon 315.742 Aktien von uns gehalten wurden, so dass sich 929.183.898 Aktien in Umlauf befanden. Es gibt keine ausgegebenen Stammaktien, die nicht vollständig bezahlt wurden. Aufgelder sind in der Kapitalrücklage berücksichtigt.

Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)

31.12.2013

in Mio €	Konzernbilanz lt. Konzern- abschluss	Konsolidie- rungsent- scheidung von Gesellschaften	Aufsichts- rechtliche Konzernbilanz
Aktiva:			
Barreserve	17.155	- 318	16.836
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	- 838	77.146
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.363	0	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.870	- 15	20.855
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva	210.070	- 9.921	200.149
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	504.590	779	505.369
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	184.597	- 11.985	172.611
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	899.257	- 21.128	878.129
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	48.326	- 2.738	45.588
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3.581	- 195	3.386
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	- 7.413	369.168
Sachanlagen	4.420	- 166	4.254
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	13.932	- 1.943	11.990
Sonstige Aktiva	112.539	4.200	116.739
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.322	- 6	2.317
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7.071	- 83	6.987
Summe der Aktiva	1.611.400	- 30.643	1.580.758
Passiva:			
Einlagen	527.750	5.167	532.917
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	13.381	0	13.381
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.304	- 12	2.292
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen			
Handelspassiva	55.804	- 219	55.585
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	483.428	1.512	484.941
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	90.104	- 2.307	87.797
Investmentverträge	8.067	- 8.067	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	637.404	- 9.081	628.323
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59.767	- 11.784	47.983
Sonstige Passiva	163.595	13.639	149.956
Rückstellungen	4.524	- 88	4.435
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.600	- 45	1.556
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.101	- 331	769
Langfristige Verbindlichkeiten	133.082	- 1.057	132.025
Hybride Kapitalinstrumente	11.926	455	12.380
Summe der Verbindlichkeiten	1.556.434	30.416	1.526.019
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	2.610	0	2.610
Kapitalrücklage	26.204	- 12	26.192
Gewinnrücklagen	28.376	- 516	27.860
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 13	0	- 13
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	- 2.457	418	- 2.039
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54.719	- 110	54.609
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	247	- 117	130
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	54.966	- 227	54.739
Summe der Passiva	1.611.400	- 30.643	1.580.758

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung.

Bedingungen und Konditionen der ausgegebenen Zusätzlichen Tier-1-Kapitalinstrumente (nicht testiert)

Emittent	Betrag in Mio	Währung	Zinszahlungsverpflichtungen	Kündigungsrecht des Emittenten	Kupon- Erhöhungsklauseln oder andere, vorzeitige Kündigungsanreize
DB Capital Trust I	318	USD	<ul style="list-style-type: none"> Bis 30. März 2009: 3-Monats-LIBOR plus 1,7 % Ab 30. März 2009: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,7 % 	Seit dem 30. März 2009: alle fünf Jahre, jeweils zum 30. März mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust II	20.000	JPY	<ul style="list-style-type: none"> Bis 27. April 2029: 5,2 % p.a. Ab 27. April 2029: 5-Jahres Japanische Yen Swap Rate plus 1,62 % 	Frühestens zum 27. April 2029 mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust III	113	USD	<ul style="list-style-type: none"> Bis 30. Juni 2014: 3-Monats-LIBOR plus 1,9 % Ab 30. Juni 2014: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,9 % 	Frühestens zum 30. Juni 2014 mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust IV	153	USD	<ul style="list-style-type: none"> Bis 30. Juni 2011: 3-Monats LIBOR plus 1,8 %. Ab 30. Juni 2011: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,8 % 	Seit dem 30. Juni 2011: alle fünf Jahre, jeweils zum 30. Juni mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Trust V	147	USD	<ul style="list-style-type: none"> Bis 30. Juni 2010: 3-Monats-LIBOR plus 1,8 %. Ab 30. Juni 2010: 5-Jahres US-Dollar Swap Rate plus 2,8 % 	Seit dem 30. Juni 2010: alle fünf Jahre, jeweils zum 30. Juni mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust I	625	USD	<ul style="list-style-type: none"> Bis 30. Juni 2009: 7,872 % p.a. Ab 30. Juni 2009: 3-Monats-LIBOR plus 2,97 %. 	Seit dem 30. Juni 2009: alle 3 Monate mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust IV	1.000	EUR	<ul style="list-style-type: none"> Bis 19. September 2013: 5,33 % p.a. Ab 19. September 2013: 3-Monats-EURIBOR plus 1,99 %. 	Seit dem 19. September 2013 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust V	300	EUR	<ul style="list-style-type: none"> 6,15 % p.a. 	Seit dem 2. Dezember 2009: alle 3 Monate mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust VI	900	EUR	<ul style="list-style-type: none"> Bis 28. Januar 2010: 6 % p.a. Ab 28. Januar 2010: viermal die Differenz zwischen 10-Jahres- und 2-Jahres-CMS-Rate, mit Obergrenze 10 % und Untergrenze 3,5 % 	Seit dem 28. Januar 2010: jährlich zum 28. Januar mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust VII	800	USD	<ul style="list-style-type: none"> Bis 19. Januar 2016: 5,628 % p.a. Ab 19. Januar 2016: 5,628 % p.a. plus 100 bp 	Frühestens zum 19. Januar 2016 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Ja, siehe Zinszahlungsverpflichtungen
DB Capital Funding Trust VIII	600	USD	<ul style="list-style-type: none"> 6,375 % p.a. 	Seit dem 18. Oktober 2011: alle 3 Monate mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust IX	1.150	USD	<ul style="list-style-type: none"> 6,625 % p.a. 	Seit dem 20. August 2012 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust X	805	USD	<ul style="list-style-type: none"> 7,350 % p.a. 	Seit dem 15. Dezember 2012 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Capital Funding Trust XI	1.300	EUR	<ul style="list-style-type: none"> 9,5 % p.a. 	Frühestens zum 31. März 2015 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Contingent Capital Trust II	800	USD	<ul style="list-style-type: none"> 6,55 % p.a. 	Frühestens zum 23. Mai 2017 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Contingent Capital Trust III	1.975	USD	<ul style="list-style-type: none"> 7,6 % p.a. 	Frühestens zum 20. Februar 2018 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
DB Contingent Capital Trust IV	1.000	EUR	<ul style="list-style-type: none"> 8,0 % p.a. 	Frühestens zum 15. Mai 2018 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine

Emittent	Betrag in Mio	Währung	Zinszahlungsverpflichtungen	Kündigungsrecht des Emittenten	Kupon- Erhöhungsklauseln oder andere, vorzeitige Kündigungsanreize
DB Contingent Capital Trust V	1.385	USD	• 8,05 % p.a.	Frühestens zum 30. Juni 2018 mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen.	Keine
Deutsche Postbank Funding Trust I	300	EUR	• Bis 2. Dezember 2005: 6 % p.a. Ab 2. Dezember 2005: 10-Jahres- EURO Swap Rate plus 0,025 %, max. 8 %	Seit dem 2. Dezember 2010 zu jedem Coupon-Folgetermin.	Keine
Deutsche Postbank Funding Trust II	500	EUR	• Bis 23. Dezember 2009: 6 % p.a. Ab 23. Dezember 2009: viermal die Differenz zwischen 10-Jahres- und 2-Jahres-CMS-Rate, mit CMS min. 3,75 % und CMS max. 10 %	Seit dem 23. Dezember 2009 zu jedem Coupon-Folgetermin.	Keine
Deutsche Postbank Funding Trust III	300	EUR	• Bis 7. Juni 2008: 7 % p.a. Ab 7. Juni 2008: 10-Jahres- EURO Swap Rate plus 0,125 %, max. 8 %	Seit dem 7. Juni 2011 zu jedem Coupon-Folgetermin.	Keine
Deutsche Postbank Funding Trust IV	500	EUR	• Bis 29. Juni 2017: 5,983 % p.a. Ab 29. Juni 2017: 3-Monats- EURIBOR plus 2,07 %	Frühestens zum 29. Juni 2017 und zu jedem Coupon- Folgetermin.	Ja, siehe Zinszahlungs- verpflichtungen
Deutsche Postbank AG – Stille Beteiligung	10	EUR	• 8,15 % p.a.	Fällig am 31. Dezember 2018	Keine
Deutsche Postbank AG – Stille Beteiligung	10	EUR	• 8,15 % p.a.	Fällig am 31. Dezember 2018	Keine

Vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital in Höhe von 12,2 Mrd € haben 9,5 Mrd € keine Kupon-Erhöhungsklauseln oder andere, vorzeitige Kündigungsanreize. Kein Instrument hat die Möglichkeit zur Umwandlung in Stamm-aktien. Alle Zusätzlichen Tier-1-Kapitalinstrumente sind gemäß § 64m (1) KWG als Tier-1-Kapital eingestuft. Im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder der Auflösung der Gesellschaft werden diese nicht zurückbezahlt, bis alle Gläubiger befriedigt wurden.

Unsere Tier-2-Kapitalinstrumente qualifizieren sich als aufsichtsrechtliches Eigenkapital gemäß § 10 (5) und (5a) KWG. Dementsprechend haben alle Tier-2-Kapitalinstrumente eine Ursprungslaufzeit von mindestens fünf Jahren. Die Mehrheit unserer Tier-2-Kapitalinstrumente hat jedoch eine Ursprungslaufzeit von zehn Jahren oder mehr und Rückrufrechte durch den Emittenten nach fünf Jahren oder mehr. In den letzten zwei Jahren vor Fälligkeit eines Instruments werden nur 40 % des einbezahlten Kapitals als regulatorisches Kapital angerechnet.

Die mehrere hundert einzelnen Tier-2-Kapitalinstrumente können wie nachstehend gruppiert werden:

Bedingungen und Konditionen der ausgegebenen Tier-2-Kapitalinstrumente (nicht testiert)

Emittent	Fälligkeit (Jahr)	Betrag in Mio EUR	Währung	Art des Tier-2-Kapital-instruments	Vorzeitige Rückzahlungs-Option	Zinszahlungsverpflichtung
Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Unbe- fristet	300	EUR	Kumulative Vorzugsanteile	Frühestens zum 27. Juni 2015 und danach jeweils jährlich zum Zinstermin (27. Juni) mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen	Feste Verzinsung in den ersten fünf Zahlungsperioden mit 7 % p.a., anschließend zehnmal die Differenz zwischen 10-Jahres- und 2-Jahres-CMS-Rate, mit Obergrenze 10-Jahres-CMS-Rate und Untergrenze 1,75 %
Deutsche Postbank AG	2014	100	EUR	Genussschein	Nein	6,00 % (fix) – 6,26 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2015	197	EUR	Genussschein	Nein	5,13 % (fix) – 5,65 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2016	670	EUR	Genussschein	Nein	4,40 % (fix) – 4,72 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2017	21	EUR	Genussschein	Nein	5,12 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2018	91	EUR	Genussschein	Nein	5,14 % (fix) – 5,53 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2020	14	EUR	Genussschein	Nein	5,10 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2021	24	EUR	Genussschein	Nein	4,53 % (fix) – 4,73 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2023	10	EUR	Genussschein	Nein	5,50 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2027	20	EUR	Genussschein	Nein	5,25 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2014	83	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,50 % (fix) – 6,00 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2015	508	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	500 Mio: Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2011 an jedem Zinstermin	1,03 % (var.) – 5,50 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2016	30	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,92 % (fix) – 5,01 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2017	60	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,21 % (fix) – 5,83 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2018	303	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,19 % (fix) – 6,63 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2019	64	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,14 % (fix) – 5,46 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2022	15	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,63 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2023	83	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,60 % (fix) – 5,90 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2024	43	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,15 % (fix) – 5,45 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2027	13	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	6,50 % (fix)
Deutsche Postbank AG	2036	166	JPY	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	2,76 % (fix) - 2,84 % (fix)
Bankers Trust Corporation, New York	2015	102	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	7,50 % (fix)
BHF-BANK AG	2015	50	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,46 % (fix)
BHF-BANK AG	2019	50	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,80 % (fix)
BHF-BANK AG	2020	57	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,59 % (fix) – 4,63 % (fix)
BHF-BANK AG	2025	47	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,75 % (fix)
Deutsche Bank AG	2014	159	AUD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	3,59 % (var.)
Deutsche Bank AG	2016	150	CAD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2011 an jedem Zinstermin	1,98 % (var.)
Deutsche Bank AG	2014	236	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	76 Mio: Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	4,16 % (fix) – 4,68 % (var)

Deutsche Bank AG	2015	684	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	0,99 % (var.) – 1,13 % (var.)
Deutsche Bank AG	2016	430	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2011 an jedem Zinstermin	1,10 % (var.)
Deutsche Bank AG	2017	505	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	465 Mio: Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2012 an jedem Zinstermin	1,00 % (var.) – 5,82 % (fix)
Deutsche Bank AG	2018	100	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	10 Mio: Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2013 an jedem Zinstermin	5,50 % (fix) – 6,50 % (var.)
Deutsche Bank AG	2019	249	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	238 Mio: Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten ab 2014 an jedem Zinstermin	5,00 % (fix) – 6,00 % (fix)
Deutsche Bank AG	2020	1.235	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	85 Mio: Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten ab 2015 an jedem Zinstermin	4,00 % (var.) – 5,00 % (fix)
Deutsche Bank AG	2024	20	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,10 % (fix)
Deutsche Bank AG	2035	23	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	3,00 % (fix)
Deutsche Bank AG	2015	185	GBP	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	1,42 % (var.)
Deutsche Bank AG	2014	21	JPY	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	0,90 % (var.)
Deutsche Bank AG	2014	127	NZD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2009 an jedem Zinstermin	3,54 % (var.)
Deutsche Bank AG	2015	244	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 2010 an jedem Zinstermin	1,04 % (var.)
Deutsche Bank AG	2024	1.090	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,30 % (var)
Deutsche Bank Financial Inc.	2015	565	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,38 % (fix)
Deutsche Bank S.A.E., Barcelona	2014	40	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,72 % (var.)
Deutsche Bank S.p.A., Mailand	2018	430	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten ab 2013	0,23 % (var.)
Deutsche Bank Morgan Grenfell Group PLC	Unbefristet	4	USD	Nachrangige Verbindlichkeit	Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl des Emittenten seit 1991 an jedem Zinstermin mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen	0,64 % (var.)
BHW Bausparkasse	2014	55	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	1,69 % (var.) – 5,60 % (fix)
BHW Bausparkasse	2017	5	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,69 % (fix)
BHW Bausparkasse	2018	6	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	6,08 % (fix)
BHW Bausparkasse	2019	48	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	4,27 % (fix) – 5,83 % (fix)
BHW Bausparkasse	2023	38	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,45 % (fix) – 6,13 % (fix)
BHW Bausparkasse	2024	10	EUR	Nachrangige Verbindlichkeit	Nein	5,64 % (fix)

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapital per Bilanzausweis	54.719	54.001
Stammaktien	2.610	2.380
Kapitalrücklage	26.204	23.776
Gewinnrücklage	28.376	29.199
Davon: Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern und Währungsumrechnung	– 634	26
Davon: Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	666	263
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	– 13	– 60
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	– 2.457	– 1.294
Prudentiale Filter	– 216	– 263
Wertänderungen der Eigenverbindlichkeiten	– 1	– 2
Unrealisierte Gewinne und Verluste	– 215	– 261
Regulatorische Anpassungen zum Bilanzausweis	– 15.968	15.781
Abgegrenzte zukünftige Dividende	– 765	– 697
Geschäfts- oder Firmenwerte	– 8.380	– 8.583
Gemäß Bilanz	– 9.074	– 9.297
Geschäfts- oder Firmenwert nach der Equitymethode bilanzierter Beteiligungen	– 25	– 30
Geschäfts- oder Firmenwert außerhalb des regulatorischen Konsolidierungskreises	719	745
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	– 3.086	– 2.996
Gemäß Bilanz	– 4.858	– 4.922
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	548	583
Sonstige immaterielle Vermögenswerte außerhalb des regulatorischen Konsolidierungskreises	1.223	1.343
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	130	124
Gemäß Bilanz	247	239
Anteile ohne beherrschenden Einfluss außerhalb des regulatorischen Konsolidierungskreises	– 118	– 115
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	– 945	– 953
Fehlbetrag zwischen Rückstellungen und erwartetem Verlust	– 430	– 440
Abwicklungs- und Vorleistungsrisiko	0	0
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	– 1.589	– 1.493
Sonstiges (Konsolidierungseffekte und regulatorische Anpassungen)	– 903	– 743
Tier-1-Kernkapital	38.534	37.957
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.182	12.526
Hybride Kapitalinstrumente	12.182	12.526
Gemäß Bilanz	11.926	12.091
Regulatorische Anpassungen	257	435
Abzüge vom zusätzlichen Tier-1-Kapital	0	0
Tier-1-Kapital	50.717	50.483
Tier-2-Kapital	4.747	6.532
Nachrangige Verbindlichkeiten	7.580	9.362
Gemäß Bilanz	9.274	11.282
Amortisation	– 2.109	– 2.283
Regulatorische Anpassungen	415	364
Abzüge vom Tier-2-Kapital	– 2.965	– 2.885
Sonstiges	132	55
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	55.464	57.015

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen

Gemäß dem Baseler Rahmenwerk müssen die gesamten Eigenkapitalanforderungen berechnet und in Relation zu dem oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gebracht werden. Die gesamten Eigenkapitalanforderungen werden häufig in Risikoaktiva angegeben, wobei die Kapitalanforderungen 8 % der Risikoaktiva betragen. Die Informationen basieren auf dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis.

Seit dem 31. Dezember 2012 werden bei der Ermittlung unserer RWAs und der Kapitalquoten die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Eigenkapitalrichtlinie 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt, die in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung Eingang gefunden hat.

Mit dem Basel 2.5-Regelwerk wurden die modellbasierten Risikomessgrößen Stress-Value-at-Risk, Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“) für das Marktrisiko von Banken eingeführt, die zu dessen Berechnung ein internes Modell verwenden:

- **Stress-Value-at-Risk:** Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis von über einen Beobachtungszeitraum von zwölf Monaten gesammelten Stressdaten.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag:** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz:** Erfasst zusätzliches Risiko für Kreditkorrelationsprodukte durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt. Der CRM muss wöchentlich berechnet werden und ermittelt sich aus dem höheren Wert von entweder dem letzten wöchentlichen CRM oder dem Durchschnitt der letzten zwölf Wochen-CRM-Werte oder der Kapitalanforderung nach dem Marktrisiko-Standardansatz für das Kreditkorrelationsportfolio, dem sogenannten „CRM-Floor“.

Zusätzlich erfordert das Basel 2.5-Regelwerk die Berechnung des spezifischen Marktrisikos für Handelsbuch-Verbriefungspositionen und nth-to-default-Kreditderivate, die nicht unter dem Umfassenden Risikoansatz erfasst werden, als Teil der Kapitalanforderung für das Marktrisiko mittels des Marktrisiko-Standardansatzes.

Vor diesem Hintergrund berechnen wir unsere risikogewichteten Aktiva auf Basis der folgenden Ansätze:

Die BaFin genehmigte die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA für den Großteil unserer Adressenausfallrisikopositionen im Dezember 2007, worin die Risikopositionen der Postbank nicht enthalten waren. Zusätzliche, auf den fortgeschrittenen IRBA bezogene Genehmigungen der BaFin wurden in den Jahren 2008 bis 2013 eingeholt. Der fortgeschrittene IRBA stellt den anspruchsvollsten Ansatz innerhalb der Baseler Rahmenvereinbarung dar. Die Postbank hat Genehmigungen der BaFin für die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA für das Mengengeschäft, und bestimmte Positionen in den Forderungsklassen Institute und Unternehmen. Die Postbank wendet den IRB-Basis-Ansatz für einen Großteil der übrigen Adressenausfallrisikopositionen an.

Die verbleibenden, grundsätzlich für den IRBA geeigneten Risikopositionen werden im Standardansatz abgedeckt. Dies erfolgt entweder vorübergehend, wenn wir die aufsichtsrechtliche Genehmigung anstreben, oder dauerhaft, wenn Risikopositionen gemäß §70 SolvV im Standardansatz behandelt werden. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Adressenausfallrisiko: aufsichtsrechtliche Bewertung“.

Die Kapitalanforderung für Verbriefungspositionen wird fast ausschließlich unter Anwendung des IRBA berechnet, nur ein kleiner Anteil unserer Risikopositionen wird im Standardansatz erfasst. Die Einführung von Basel 2.5 erfordert, Wieder-Verbriefungspositionen im Anlage- und Handelsbuch zu identifizieren und mit einem höheren Risikogewicht zu versehen mit der Folge einer erhöhten Kapitalanforderung für Kreditrisiken beziehungsweise Marktrisiken. Mehr Details zur Erfassung der Verbriefungspositionen befinden sich im Kapitel „Verbriefungen“.

Bei Beteiligungspositionen, die vor dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, machen wir von der Übergangsregelung Gebrauch, diese Positionen von der Anwendung des IRBA auszunehmen, und wenden die Grandfathering-Regel zur Anwendung einer Risikogewichtung von 100 % im Rahmen der Übergangsregelung an. Für Beteiligungspositionen, die seit dem 1. Januar 2008 gebildet wurden, wenden wir den einfachen Risikogewichtungsansatz innerhalb des IRBA an. Mehr Informationen zu Beteiligungspositionen befinden sich in den Abschnitten „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Investitionsrisiken“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Gehaltene Beteiligungen“.

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zur Unterlegung des Marktrisikos basiert grundsätzlich auf einem internen Value-at-Risk-Modell, für welches wir die Genehmigung der BaFin im Oktober 1998 erhalten haben. Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die aufsichtsrechtliche Genehmigung für unsere Modelle zur Bestimmung der Risikomessgrößen Stress-Value-at-Risk, Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, auch „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, auch „CRM“) erhalten. Die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für das spezifische Zinsänderungsrisiko für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate im Handelsbuch erfolgt mithilfe des Marktrisiko-Standardansatzes. Weitere Marktrisikopositionen im Standardansatz beinhalten zum Beispiel Positionen in Bezug auf die Postbank, auf das Langlebighkeitsrisiko und bestimmte Arten von Investmentfonds. Mehr Details zu den vorgenannten internen Modellen werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ dargestellt.

Im Dezember 2007 erteilte uns die BaFin die Genehmigung, den AMA für unser aufsichtsrechtliches Kapital anzuwenden. Die aufsichtsrechtliche Genehmigung, die Postbank bei der Kalkulation unseres aufsichtsrechtlichen Kapitals zu integrieren, erhielten wir am 15. Mai, 2013, was sich in unserem Kapital seit dem zweiten Quartal 2013 widerspiegelt.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die risikogewichteten Aktiva nach Basel 2.5, aufgeteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen. Sie beinhaltet die zusammengefassten Effekte aus der segmentbezogenen Re-Allokation der infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Re-Allokationen zwischen Geschäftsbereichen. Sie beinhaltet jedoch nicht die übergangsweisen Anpassungen zum § 64h (3) des deutschen Kreditwesengesetzes. Die Vergleichsperiode wurde entsprechend angepasst. Auf Basis entsprechender BaFin-Genehmigungen, die wir im zweiten Quartal 2013 erhalten haben, wurde die Postbank in den konzernweiten fortgeschrittenen Messansatz zur Bestimmung der RWA für das operationale Risiko einbezogen.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

31.12.2013

in Mio €	Corporate Banking & Securities ¹	Global Transaction Banking ¹	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.619	35.418	5.809	65.909	22.632	10.832	202.219
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	-658	1.912	259	553	86	-2.152	0
Fortgeschrittener IRBA	55.745	26.140	2.589	42.651	11.957	813	139.894
Zentralregierungen	2.927	896	5	90	253	181	4.353
Institute	5.438	1.921	80	803	922	12	9.175
Unternehmen	43.075	22.378	2.398	5.638	7.288	620	81.397
Mengengeschäft	124	33	106	35.844	1.027	0	37.134
Sonstige	4.181	911	0	276	2.466	0	7.834
IRB-Basis-Ansatz	0	0	0	5.937	264	0	6.202
Zentralregierungen	0	0	0	0	2	0	2
Institute	0	0	0	1.059	261	0	1.320
Unternehmen	0	0	0	4.879	1	0	4.880
Mengengeschäft	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiger IRBA	2.596	87	440	8.046	2.897	2.424	16.490
Zentralregierungen	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	1.367	67	0	4.630	2	0	6.067
Mengengeschäft	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	1.229	20	440	3.415	2.896	2.424	10.424
Standardansatz	3.935	7.279	2.521	8.722	7.428	9.748	39.633
Zentralregierungen	61	39	0	73	40	0	213
Institute	28	12	8	116	32	1	198
Unternehmen	2.929	6.106	937	2.004	2.788	470	15.235
Mengengeschäft	10	916	49	4.654	2.627	0	8.257
Sonstige	906	206	1.526	1.876	1.940	9.275	15.729
Marktrisiko	34.473	562	2.085	128	10.011	0	47.259
Interner Modell-Ansatz (IMA)	29.156	562	1.102	0	8.892	0	39.712
Standardansatz	5.317	0	983	128	1.120	0	7.547
Operational Risk	22.598	832	4.659	6.964	15.839	0	50.891
Fortgeschrittener Messansatz	22.598	832	4.659	6.964	15.839	0	50.891
Insgesamt	118.689	36.811	12.553	73.001	48.483	10.832	300.369

¹ Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva in Global Transaction Banking war überwiegend auf die Änderung der Organisationsstruktur im dritten Quartal 2013 zurückzuführen; ihm stand ein entsprechender Rückgang in Corporate Banking & Securities gegenüber.

31.12.2012

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	69.763	26.696	6.359	67.804	42.197	16.133	228.952
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 827	299	224	294	1.868	- 1.858	0
Fortgeschrittener IRBA	63.727	18.464	2.823	38.637	19.501	573	143.725
Zentralregierungen	2.440	818	11	76	266	151	3.762
Institute	5.686	1.607	93	200	1.333	27	8.946
Unternehmen	49.258	15.610	2.589	2.796	10.999	395	81.646
Mengengeschäft	217	20	130	34.529	1.150	0	36.046
Sonstige	6.125	409	1	1.037	5.753	0	13.325
IRB-Basis-Ansatz	0	0	0	8.726	1.813	0	10.539
Zentralregierungen	0	0	0	32	2	0	35
Institute	0	0	0	2.217	939	0	3.156
Unternehmen	0	0	0	6.477	872	0	7.349
Mengengeschäft	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiger IRBA	2.487	261	455	9.042	8.027	2.321	22.592
Zentralregierungen	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	1.341	240	0	5.574	3.802	0	10.957
Mengengeschäft	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	1.146	20	455	3.467	4.225	2.321	11.635
Standardansatz	4.376	7.673	2.856	11.105	10.988	15.096	52.096
Zentralregierungen	2	68	0	87	222	1	379
Institute	13	16	9	112	77	3	230
Unternehmen	3.070	7.125	1.038	2.733	4.273	401	18.640
Mengengeschäft	16	392	134	5.991	2.758	1	9.292
Sonstige	1.275	73	1.675	2.183	3.658	14.691	23.555
Marktrisiko	35.656	365	1.166	360	15.512	0	53.058
Interner Modell-Ansatz (IMA)	31.280	365	1.166	0	13.761	0	46.571
Standardansatz	4.376	0	0	360	1.751	0	6.487
Operational Risk	19.221	331	4.904	4.530	22.609	0	51.595
Fortgeschrittener Messansatz	19.221	331	4.904	4.530	22.609	0	51.595
Insgesamt	124.640	27.392	12.429	72.695	80.317	16.133	333.605

Innerhalb des Kreditrisikos enthält die Zeile „Sonstige“ prinzipiell RWAs aus Verbriefungspositionen im Bankbuch. Der „Sonstige IRBA“ beinhaltet Beteiligungen und kreditunabhängige Aktiva in der Position Sonstige. Innerhalb des Standardansatzes stellt die Position Sonstige überwiegend RWA aus unserem Pensionsvermögen dar. Der verbleibende Teil sind Verbriefungspositionen des Bankbuchs sowie Positionen in den weiteren Forderungsklassen im Standardansatz außerhalb von Zentralregierungen, Instituten, Unternehmen und Retail.

Die Umsetzung unserer Strategie zur Veräußerung von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU, in der wir bereits unsere Bilanz reduziert haben, hat zur Überprüfung der Allokation unserer operationellen Risiken geführt. Im Einklang mit dem weiteren Abbau von Beteiligungen und Vermögenswerten in der NCOU haben wir im dritten Quartal 2013 Ökonomisches Kapital in Höhe von 892 Mio € von der NCOU auf unsere Kerngeschäftsbereiche übertragen.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen und RWA

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Kapitalanforderungen	RWA	Kapitalanforderungen	RWA
Adressenausfallrisiko				
Fortgeschrittener IRBA				
Zentralregierungen	348	4.353	301	3.762
Institute	734	9.175	716	8.946
Unternehmen	6.512	81.397	6.532	81.646
Mengengeschäft (ohne Postbank)	1.787	22.342	1.727	21.583
Mengengeschäft (Postbank)	1.183	14.792	1.157	14.462
Sonstige kreditunabhängige Aktiva	459	5.739	494	6.180
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	11.024	137.798	10.926	136.580
IRB-Basis-Ansatz				
Zentralregierungen	0	2	3	35
Institute	106	1.320	252	3.156
Unternehmen	876	10.946	1.465	18.306
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	981	12.268	1.720	21.496
Standardansatz				
Zentralregierungen	2	28	0	1
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	5	68	4	55
Sonstige öffentliche Stellen	9	118	26	323
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0	0	0
Internationale Organisationen	0	0	0	0
Institute	16	198	18	230
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	0	3	1	8
Unternehmen	1.219	15.235	1.491	18.640
Mengengeschäft	479	5.982	525	6.564
Durch Immobilien besicherte Positionen	182	2.275	218	2.728
Investmentanteile	54	670	196	2.444
Sonstige Positionen	738	9.223	1.176	14.702
Überfällige Positionen	124	1.553	130	1.625
Standardansatz insgesamt	2.828	35.354	3.786	47.320
Risiken aus Verbriefungspositionen				
Verbriefungspositionen (IRBA)	627	7.834	1.066	13.325
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	98	1.222	117	1.457
Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt	725	9.057	1.183	14.782
Risiken aus Beteiligungspositionen				
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering ¹	242	3.023	262	3.273
Beteiligungspositionen (Einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	375	4.685	436	5.455
Börsengehandelt	43	534	51	632
Nicht börsengehandelt	323	4.033	369	4.616
Nicht börsengehandelt, aber ausreichend diversifiziert	9	118	17	207
Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt	617	7.709	698	8.727
Abwicklungsrisiko	3	34	4	46
Adressenausfallrisiko insgesamt²	16.178	202.219	18.316	228.952
Marktrisiko im Handelsbuch				
Interner Modell-Ansatz (IMA)	3.179	39.738	3.726	46.571
Value-at-Risk	674	8.427	761	9.510
Stress-Value-at-Risk	1.254	15.673	1.641	20.518
Incremental Risk Charge	996	12.446	761	9.509
Comprehensive Risk Measurement (Correlation Trading)	255	3.193	563	7.035
Standardansatz	602	7.521	519	6.487
Zinsrisiko – Verbriefungen	473	5.908	429	5.361
Zinsrisiko – nth-to-default Swaps	5	63	14	172
Zinsrisiko – ohne Verbriefungen	1	13	2	26
Aktienkursrisiko	0	0	0	0
Währungsrisiko	16	200	42	524
Rohwarenpreisisiko	0	0	0	0
Sonstiges Marktrisiko	107	1.338	32	404
Marktrisiko im Handelsbuch insgesamt	3.781	47.259	4.245	53.058
Operationelles Risiko				
Fortgeschrittener Messansatz	4.071	50.891	4.128	51.595
Aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen und RWA insgesamt	24.030	300.369	26.688	333.605

¹ Die Sonstige kreditunabhängige Aktiva der Postbank werden im fortgeschrittenen IRBA ausgewiesen.

² Beinhaltet nicht die übergangsweisen Anpassungen zum § 64h (3) des deutschen Kreditwesengesetzes in Höhe von 154 Mio € zum 31. Dezember 2013 und 236 Mio € zum 31. Dezember 2012.

Die nachfolgende Tabelle stellt eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Bewegungen für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken auf Basis von Basel 2.5 in der Berichtsperiode zur Verfügung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Kontrahenten- bezogenes Kreditrisiko	davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte	Kontrahenten- bezogenes Kreditrisiko	davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	228.952	35.274	262.460	50.973
Portfoliogröße	- 4.516	- 2.167	- 11.898	- 9.516
Portfolioqualität	- 9.701	- 2.247	N/A	N/A
Modellverbesserungen	- 2.061	0	- 7.302	- 4.180
Methoden und Grundsätze	0	0	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	- 5.467	- 3	- 12.670	- 1.567
Fremdwährungsbewegungen	- 4.988	- 1.403	- 1.639	- 436
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	202.219	29.454	228.952	35.274

N/A – nicht aussagekräftig

Wir haben die Definition der Einflussgrößen auf die RWA-Bewegungen partiell angepasst, um diese vollständig an die Vorgaben der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF) heranzuführen. Die Werte für den Berichtszeitraum 2012 sind entsprechend angepasst worden. Für Dezember 2012 sind die Bewegungen in Bezug auf „Portfoliogröße“ und „Portfolioqualität“ einmalig zusammengefasst in der Kategorie „Portfoliogröße“ ausgewiesen worden. Die Veränderungen sind wie folgt gekennzeichnet: Die Kategorien Portfolioqualität und Portfoliogröße werden nun separat aufgeführt, wobei in der Kategorie Portfolioqualität hauptsächlich Kreditrisiko-RWA-Bewegungen aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameter-Rekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen aufzeigt. Der Bereich Portfoliogröße beinhaltet organische Veränderungen in der Buchgröße wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie Modellverbesserungen zeigt vornehmlich den Einfluss von BaFin-Genehmigungen, die wir für bestimmte fortgeschrittene IRBA-Modelle im Zuge der weiteren Einführung erhalten haben, sowie Modellverbesserungen. Die Umsetzung neuer Regularien subsumieren wir in der Kategorie Methoden und Grundsätze. Akquisitionen und Verkäufe beinhaltet abschließend signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet ist.

Der RWA-Rückgang für das kontrahentenbezogene Kreditrisiko um 11,7 % seit dem 31. Dezember 2012 zeigt im Wesentlichen unsere erfolgreichen Anstrengungen zur RWA-Reduktion mit der Fokussierung auf Akquisitionen und Verkäufe sowie Portfolioqualität und Portfoliogröße. Die Hauptkomponenten in diesen Kategorien resultierten aus Parameter-Rekalibrierungen, höheren Sicherheiten wie auch Verbesserungen in der Abdeckung durch Rahmenvereinbarungen. Der Rückgang in Modellverbesserungen zeigt größtenteils die Auswirkungen von zusätzlichen Genehmigungen für fortgeschrittene IRBA-Modelle der Postbank in den Fortsetzungsklassen Institute und Unternehmen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	53.058	68.095
Veränderungen des Risikovolumens	- 8.598	- 322
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	1.136	- 2.577
Modellverbesserungen	542	- 707
Methoden und Grundsätze	1.200	- 11.215
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	- 79	- 216
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	47.259	53.058

Die Analyse für Marktrisiken umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für Value-at-Risk, Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom

Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank.

Die 5,8 Mrd € (11 %) RWA-Reduzierung für Marktrisiken seit dem 31. Dezember 2012 ergibt sich im Wesentlichen aufgrund von Rückgängen in der Kategorie Veränderung des Risikovolumens, die teilweise durch Anstiege in den Kategorien Veränderungen in den Marktdaten und Methoden und Grundsätze ausgeglichen wurden. Die Risikovolumina waren deutlich niedriger innerhalb des Value-at-Risk und Stress-Value-at-Risk, die aus entsprechenden Rückgängen in allen Forderungsklassen besonders im Bereich der Credit-Spreads resultieren. Reduzierungen ergaben sich auch beim umfassenden Risikoansatz aufgrund der Aktivitäten zum Risikoabbau in NCOU, wobei auch einige Erhöhungen beim inkrementellen Risikoaufschlag zu verzeichnen waren. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie für Marktdatenveränderungen enthalten. Der Anstieg in 2013 ergab sich durch Erhöhungen im inkrementellen Risikoaufschlag, bedingt durch eine konservativere Auswahl der Parameter in den Berechnungen. In der Kategorie Methoden und Grundsätze werden regulatorisch vorgegebene Anpassungen unsere RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder Erweiterung des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie Modellverbesserungen einbezogen. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile Akquisitionen und Verkäufe einbezogen, die jedoch in dieser Berichtsperiode nicht relevant waren.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Operationelle Risiko

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	51.595	50.695
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	2.623	3.496
Veränderung der erwarteten Verluste	-959	-1.115
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	-515	-2.671
Modellverbesserungen	1.885	1.551
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	-3.738	-361
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	50.891	51.595

Im zweiten Quartal 2013 genehmigte die BaFin die Integration der Postbank in die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Kapitals. Daher wurde der Akquisitionsaufschlag für die Postbank entfernt und das Risikoprofil der Postbank in unser AMA-Modell einbezogen. Dies führte zu einem Rückgang der RWA um 3,8 Mrd € (einschließlich Diversifikationseffekten), verglichen mit dem Jahresende 2012. Der Akquisitionsaufschlag von 109 Mio € für DB Investment Services (ehemals Xchanging Transaction Bank) wurde auf Grundlage des AMA-Modells von DB Investment Services ermittelt. Die Integration der DB Investment Services in unser AMA-Modell ist für 2014 geplant.

Die Modellverbesserungen von 1,9 Mrd € enthalten die Weiterentwicklung der Modellierung der Verlustfrequenz mit einem Kapitalanstieg von 2,4 Mrd € und die Rekalibrierung der Verlustschwereverteilung mit einem Kapitalrückgang von 500 Mio €. Aufgrund der Zunahme des nach unserem AMA-Modell ermittelten erwarteten Verlusts konnten wir einen höheren Anteil des erwarteten Verlusts abziehen, was zu einem Rückgang der RWA von 959 Mio € führt. Die verbleibenden Änderungen resultierten aus Anpassungen der zukunftsgerichteten Risikokomponente (Qualitative Adjustment) und Veränderung der zugrunde liegenden internen und externen Daten in unserem Verlustprofil.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung enthalten die Regelungen zur Kapitaladäquanz aus Basel 2.5 und sehen für deutsche Banken vor, Kapital in angemessener Höhe, gemessen an ihren aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen, vorzuhalten, wobei Letztere aus Adressenausfallrisiken, operationellen Risiken und Marktrisiken bestehen. Adressenausfallrisiken und operationelle Risiken müssen mit Tier-1- und Tier-2-Kapital (in Summe „Haftendes Eigenkapital“) gedeckt werden. Marktrisiken sind entweder mit Haftendem Eigen-

kapital (bis zu dem Betrag, der zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und operationellen Risiken nicht benötigt wird) oder mit Tier-3-Kapital (zusammen mit Haftendem Eigenkapital – „Eigenmittel“) abzudecken.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das zur Deckung der Mindestkapitalanforderungen verfügbare aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach Risikoklasse unter Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG:

Abdeckung der Mindesteigenkapitalanforderungen

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen	Verfügbares aufsichtsrechtliches Eigenkapital	Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen	Verfügbares aufsichtsrechtliches Eigenkapital
Kredit- und operationelles Risiko	20.261	55.618	22.464	57.251
Marktrisiko	3.781	35.357	4.245	34.787

Zum 31. Dezember 2013 und zum 31. Dezember 2012 wiesen wir aufsichtsrechtliches Eigenkapital deutlich über den geforderten Mindeststandards aus. Die Reduktion des aufsichtsrechtlichen Kapitals um 1,6 Mrd € in 2013, ist im Wesentlichen auf fällig gewordene und amortisierte Tier-2-Instrumente (minus 1,8 Mrd €) zurückzuführen.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangten, dass wir unser Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2013 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 3,8 Mrd € unterlegen (31. Dezember 2012: 4,2 Mrd €). Wir haben diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und operationellen Risikos nicht erforderlich war.

Basel 2.5 verlangt den Abzug des Geschäfts- oder Firmenwerts vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen.

Am 31. Dezember 2013 betrug der Übergangsposten 154 Mio €, verglichen mit 236 Mio € am 31. Dezember 2012. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke an die deutsche Aufsichtsbehörde ist dieser Übergangsposten im Tier-1-Kapital und im aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den risikogewichteten Aktiva enthalten. Dementsprechend beliefen sich die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 16,9 % beziehungsweise 18,5 % am 31. Dezember 2013, verglichen mit 15,2 % beziehungsweise 17,1 % am 31. Dezember 2012.

Zum 31. Dezember 2013 haben die Deutsche Bank AG und ihre Tochterunternehmen, die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, die norisbank GmbH, die Deutsche Bank Europe GmbH, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Deutsche Oppenheim Family Office AG, Deutsche Immobilien Leasing GmbH und die Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH, keine Kapitalquoten auf selbstständiger Basis berechnet und veröffentlicht, da diese Gesellschaften die Bedingungen der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG erfüllen. Im Ergebnis sind sie nicht verpflichtet, bestimmte Anforderungen des KWG zu ihrem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital auf Einzel Ebene zu erfüllen, was auch die Berechnung der Solvabilität sowie die Meldung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten umfasst. Diese Ausnahmeregelungen können nur für Konzerngesellschaften in Deutschland und auch nur dann angewandt werden, wenn unter anderem die Risikostrategie und der Risikomanagementprozess der Deutschen Bank AG, die die Ausnahmeregel anwendenden Gesellschaften umfassen, weder ein bedeutendes tatsächliches noch rechtliches Hindernis für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten von der Deutschen Bank AG an die jeweiligen Tochtergesellschaften oder von allen konzernangehörigen Unternehmen an die Deutsche Bank AG vorhanden ist und die Deutsche Bank AG die Verantwortung für die Verbindlichkeiten der jeweiligen Tochtergesellschaften übernommen hat, sofern die von ihnen ausgehenden Risiken nicht vernachlässigbar sind.

Die Deutsche Postbank AG, die wir seit dem 3. Dezember 2010 konsolidieren, sowie die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und die Deutsche Bank Securities Inc. werden als signifikante Tochtergesellschaften des Konzerns angesehen, die in diesem Kontext als solche Gesellschaften definiert sind, die mehr als

5 % zu unseren risikogewichteten Aktiva beitragen. Im Dezember 2012 hat die Deutsche Postbank AG gegenüber der deutschen Aufsichtsbehörde BaFin die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG angezeigt, deren Anwendung zurzeit zwischen der Deutschen Postbank AG und den deutschen Aufsichtsbehörden diskutiert wird. Gleichwohl beliefen sich die Tier-1-Kapitalquote und die Gesamtkapitalquote inklusive der Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts gemäß § 64h Absatz 3 KWG für den Deutsche Postbank-Konzern einschließlich der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2013 auf 10,9 % und 15,4 % und auf 12,0 % und 15,9 % zum 31. Dezember 2012. Für die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG werden keine Kapitalquoten veröffentlicht, da sie von der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG Gebrauch macht. Auch die Deutsche Bank Securities Inc. ist von Kapitaladäquanzanforderungen im Sinne des Baseler Rahmenwerks befreit, da sie als Broker Dealer unter die Aufsicht der Securities Exchange Commission (SEC) fällt. Für sie wird ein Nettokapital berechnet, welches den Mindeststandard für Broker-Dealers deutlich übersteigt.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf unsere Geschäftsaktivitäten haben. Wir haben 2013 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten. Unsere Tochterunternehmen, die nicht in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen werden, wiesen in 2013 keine Kapitalunterdeckung auf.

Überleitung der risikogewichteten Aktiva von Basel 2.5 auf CRR/CRD 4

Obwohl die CRR/CRD 4-Regeln erst ab dem 1. Januar 2014 oder später anzuwenden sind (die CRD 4 nach Umsetzung in nationales Recht), bestimmen wir das Pro-forma-CET 1-Kapital und die Pro-forma-RWA nach den Solvabilitätsvorschriften der CRR/CRD 4. Unsere Auslegung wird formell in Richtlinien umgesetzt, die von denselben Strukturen und Ausschüssen gesteuert werden wie unsere Richtlinien zur Berechnung der RWA oder des CET 1-Kapitals nach Basel 2.5.

Die CRR/CRD 4-Kennzahlen bei vollständiger Umsetzung, die auf einer Pro-forma-Basis implementiert sind, spiegeln die Anwendung der Vorschriften wider, die nach dem entsprechenden Gesetzesentwurf erwartungsgemäß ab 2019 für uns gelten dürften. Die CRR/CRD 4-Messgrößen der „Übergangsphase“ berücksichtigen die wahrscheinliche stufenweise Umsetzung der Bestimmungen, die zur Erleichterung des Übergangs der Banken auf die volle Umsetzung der Kapitalregeln erwartet werden. Da die endgültige Umsetzung der CRR/CRD 4 von unseren ursprünglichen Erwartungen abweichen kann und die Annahmen und Schätzungen unserer Mitbewerber über diese Umsetzung variieren können, sind die CRR/CRD 4-finanziellen Messgrößen des Konzerns, die nicht nach IFRS ermittelt werden, möglicherweise nicht vergleichbar mit entsprechend benannten Kenngrößen unserer Mitbewerber.

Vergleich der risikogewichteten Aktiva gemäß Basel 2.5 sowie der Pro-forma-CRR/CRD 4-Übergangsphase und Pro-forma-CRR/CRD 4-Vollumsetzung

in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	31.12.2013			31.12.2012		
	Basel 2.5 berichtet (testiert)	Pro-forma- CRR/CRD 4- Übergangs- phase (nicht testiert)	Pro-forma- CRR/CRD 4- Vollumsetzung (nicht testiert)	Basel 2.5 berichtet (testiert)	Pro-forma- CRR/CRD 4- Übergangs- phase (nicht testiert)	Pro-forma- CRR/CRD 4- Vollumsetzung (nicht testiert)
Risikogewichtete Aktiva	300	0	0	334	0	0
CRR/CRD 4-Auswirkungen auf die RWA						
Neue Kapitalanforderungen für kreditrisiko- bezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments (CVA))	0	12	12	0	28	28
Reklassifizierung risikoreicher Verbriefungs- positionen von CET 1-Abzügen zu RWA	0	23	23	0	24	24
Neue Kapitalanforderungen für Geschäfte mit Zentralen Kontrahenten und Clearingstellen	0	2	2	0	4	4
Sonstige ¹	0	17	12	0	19	12
Risikogewichtete Aktiva (Pro-forma)	0	355	350	0	408	401

¹ Beinhaltet Änderungen aus der Berechnung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko und das Marktrisiko wie auch der risikogewichteten Äquivalente der Kapitalabzugspositionen.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Wir überwachen die Entwicklung der Bilanz nach IFRS, fokussieren unser Bilanzmanagement jedoch vorrangig auf bereinigte Werte wie in unserer bereinigten Verschuldungsquote („Leverage Ratio“), die durch die Relation der bereinigten Bilanzsumme zum bereinigten Eigenkapital ermittelt wird, wie auch auf das anzuwendende Risikomaß zur Ermittlung der angepassten Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote.

Verschuldungsquote nach interner Definition (nicht testiert)

Wir berechnen unsere Verschuldungsquote als Finanzkennzahl ohne Berücksichtigung von Rechnungslegungsvorschriften, indem wir die Bilanzsumme durch das Eigenkapital dividieren. Wir veröffentlichen eine bereinigte Verschuldungsquote, für die die Bilanzsumme sowie das Eigenkapital gemäß IFRS wie folgt angepasst werden:

- Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird unter Berücksichtigung zusätzlicher Aufrechnungsregeln angepasst, um die bereinigte Bilanzsumme zu erhalten. Gemäß IFRS ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erforderlich, wenn eine Gesellschaft (1) eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzen kann und (2) entweder die Abwicklung auf Nettobasis vornehmen oder den Vermögenswert realisieren und gleichzeitig die Verbindlichkeit ablösen will. IFRS regelt insbesondere die Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit, unabhängig von Rechten im Fall eines Ausfalls. Da im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit für die meisten derivativen Finanzinstrumente innerhalb von Master Netting Agreements die Abwicklung nicht auf Nettobasis erfolgt, ist unter IFRS ein Bruttoausweis vorzunehmen. Für Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, erfolgt grundsätzlich ein Bruttoausweis, da sie im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch nicht auf Nettobasis abgewickelt werden, selbst wenn sie durch ein Master Netting Agreement gedeckt sind. Sofern allerdings unter bestimmten Gegebenheiten die Aufrechnungsvoraussetzungen nach IAS 32 erfüllt sind, werden Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, auf Nettobasis in der Rechnungslegung ausgewiesen. Es entspricht der amerikanischen Branchenpraxis, eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften vorzunehmen. Dies ist nach IFRS nicht gestattet.
- Das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass Pro-forma-Gewinne und -Verluste aus der Bewertung unserer eigenen Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert (nach Steuern; Schätzung unter der Annahme, dass im Wesentlichen alle unsere Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu ermitteln. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %.

Wir wenden diese Anpassungen für die Berechnung der bereinigten Verschuldungsquote zur Erhöhung der Vergleichbarkeit mit Mitbewerbern an. Die Definition unserer bereinigten Verschuldungsquote wird durchgängig zur Steuerung der Geschäftsbereiche eingesetzt. Es wird dennoch Unterschiede in der Ermittlungsweise der Verschuldungsquote zwischen uns und den Mitbewerbern geben. Daher sollte unsere bereinigte Verschuldungsquote nicht mit der Verschuldungsquote anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnungsweise zu beachten. Unsere bereinigte Verschuldungsquote dürfte weder gegenwärtigen oder zukünftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Verschuldungsquote entsprechen noch zwangsläufig Rückschlüsse auf diese zulassen.

Angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote (nicht testiert)

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die künftig neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenabbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen. Die Banken sind verpflichtet, bis 1. Januar 2018 eine Verschuldungsquote über dem vorgeschlagenen Mindestwert von 3 % vorzuweisen. Vor diesem Datum gibt es keine aufsichtsrechtlichen Anforderungen, laut denen dieser Schwellenwert überschritten werden muss. Die Offenlegung der Verschuldungsquote und ihrer Komponenten ist jedoch bereits ab dem 1. Januar 2015 erforderlich.

Das Risikomaß für die angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote übersteigt unsere bereinigte Bilanzsumme. Dies ist vor allem auf den aufsichtsrechtlichen Aufschlag für Derivate auf Basis von Nominalbeträgen und die Berücksichtigung gewichteter außerbilanzieller Risikopositionen zurückzuführen.

Folgende wesentliche Anpassungen unserer Bilanzsumme gemäß IFRS haben wir auf Basis unserer Definition des Risikomaßes für die angepasste Pro-forma CRR/CRD 4-Verschuldungsquote vorgenommen:

- Derivate: Eine Aufrechnung mit zugehörigen Verbindlichkeiten ist für aufsichtsrechtliche Zwecke zugelassen, diese wird teilweise durch die Berücksichtigung des potenziellen zukünftigen Wertes (Nominalbeträge multipliziert mit aufsichtsrechtlichem Aufschlagfaktor, abhängig von Produkt und Fälligkeit) aufgehoben.
- Wertpapierfinanzierungsgeschäfte: Auf Basis des aufsichtsrechtlichen Ansatzes für Volatilitätsanpassungen („Supervisory Volatility Adjustments Approach“). Dieser umfasst aufsichtsrechtliche Aufrechnung, Berücksichtigung von Sicherheiten sowie aufsichtsrechtliche Bewertungsabschlüsse und wird auch auf Wertpapierfinanzierungsgeschäfte ohne Bar-Komponente angewandt, die nicht in der Bilanz ausgewiesen werden.
- Übrige Vermögenswerte: Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, bei denen eine physische Lieferung erforderlich ist, bilanzieren wir zum Handelstag; dies führt zu einer temporären Bilanzverlängerung bis zur Abwicklung. Unserer Ansicht nach sollte die Zunahme des Risikomaßes infolge der Bilanzierung zum Handelstag bereinigt werden, indem angenommen wird, dass nicht abgewickelte Positionen, die der Bilanzierung zum Handelstag unterliegen, unmittelbar abgewickelt werden, unabhängig von ihrer Behandlung in der Rechnungslegung.
- Außerbilanzielle Risikopositionen: Nicht gezogene Kreditzusagen gehen in das Risikomaß mit 100 % ihres Nominalwerts ein, mit Ausnahme von bedingungslos kündbaren Zusagen, die eine bevorzugte Gewichtung von 10 % erhalten. Des Weiteren werden andere außerbilanzielle Risikopositionen, zum Beispiel in Form von Garantien oder Akkreditiven, die eine Gewichtung von 100 % erhalten, oder für bestimmte Produkte im Zusammenhang mit Handelsfinanzierungen alternativ 50 % oder 20 %, hier berücksichtigt.
- Aufsichtsrechtliche Anpassungen, die Effekte aus der Überleitung von einer rechnungslegungsbezogenen in eine aufsichtsrechtliche Sicht beinhalten, zum Beispiel bezogen auf unterschiedliche Konsolidierungskreise sowie regulatorische Kapitalabzugsposten (einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert und immateriellen Vermögenswerten sowie aktive latente Steuern auf ungenutzte steuerliche Verlustvträge), die ebenfalls vom Risikomaß abgezogen werden können, um eine Konsistenz zwischen dem Zähler und Nenner der Quote zu gewährleisten.

Um einen Anhaltspunkt für die potenziellen Auswirkungen der neuen aufsichtsrechtlichen Verschuldungsquote zu erhalten, haben wir unsere angepasste Pro-forma-Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 wie nachfolgend dargestellt abgeleitet. Da die Regelungen nach CRR/CRD 4 noch nicht final verabschiedet sind, stellen diese Größen ebenfalls Finanzkennzahlen ohne Berücksichtigung von Rechnungslegungsvorschriften dar. Die Tabelle umfasst auch eine Überleitung des Risikomaßes gemäß IFRS auf die interne Definition sowie gemäß CRR/CRD 4.

Überleitung der Risikomaße zur Berechnung der angepassten Pro-forma-Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4

in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	31.12.2013			31.12.2012	
	Bilanzsumme gem. IFRS (testiert)	Bereinigte Bilanzsumme (nicht testiert)	Pro forma CRR/CRD 4 (nicht testiert)	Bilanzsumme gem. IFRS (testiert)	Bereinigte Bilanzsumme (nicht testiert)
Risikomaß (zum Berichtsstichtag)	1.611	1.066	1.445	2.022	1.209
Gesamte Abweichung zu IFRS		- 545	- 167		- 813
Wichtigste Bestandteile des Risikomaßes und Aufgliederung der Abweichungen zu IFRS:					
Derivate¹	509	51	373	777	71
Abweichung zu IFRS durch					
Aufrechnung ²		- 410	- 401		- 639
Berücksichtigung von erhaltenen Barsicherheiten		- 47			- 66
Aufschlag			266		
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte³	207	190	44	220	194
Abweichung zu IFRS durch					
Aufrechnung		- 17			- 26
Aufsichtsrechtlichen Ansatz für Volatilitätsanpassungen ⁴			- 163		
Übrige Vermögenswerte	896	826	866	1.026	944
Abweichung zu IFRS durch					
Verpfändete Barsicherheiten und Aufrechnung für Wertpapierkassageschäfte		- 70	- 30		- 82
Außerbilanzielle Risikopositionen			199		
mit 100 %-Gewichtungsfaktor			185		
mit 50 %-Gewichtungsfaktor			2		
mit 20 %-Gewichtungsfaktor			8		
mit 10 %-Gewichtungsfaktor			5		
Anpassungen⁵			- 38		
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	55,0			54,2	
Bereinigung um Pro-forma-Gewinne (-Verluste) aus der Bewertung eigener Verbindlichkeiten des Konzerns zum beizulegenden Zeitwert (nach Steuern) ⁶		1,7			1,7
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (bereinigt)		56,7			55,9
Tier-1-Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung			34,0		
Anrechenbare Zusätzliche Tier-1-Kapitalinstrumente während der Implementierungsphase			11,2		
Angepasstes Tier-1-Kernkapital			45,2		
Verschuldungsquote (in x)	29,3	18,8		37,3	21,6
Angepasste Pro-forma CRR/CRD 4 Verschuldungsquote (in %)			3,1		

¹ Einschließlich zu Sicherungszwecken gehaltener Derivate.

² Bilanzsumme (bereinigt): Aufrechnung aus Kreditrisikosicht, Pro-forma-CRR/CRD 4; aufsichtsrechtliche Aufrechnung.

³ Einschließlich Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften.

⁴ Einschließlich aufsichtsrechtlicher Aufrechnung, Berücksichtigung von Sicherheiten sowie aufsichtsrechtlichen Bewertungsabschlägen, auch für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte ohne Bar-Komponente.

⁵ Einschließlich Effekten aus der Überleitung von einer rechnungslegungsbezogenen in eine aufsichtsrechtliche Sicht sowie aufsichtsrechtlicher Anpassungen.

⁶ Der geschätzte kumulative Steuereffekt bezüglich der Pro-forma-Gewinne/-Verluste aus diesem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich sowohl zum 31. Dezember 2012 als auch zum 31. Dezember 2013 auf minus 0,9 Mrd €.

Zum 31. Dezember 2013 belief sich unsere bereinigte Verschuldungsquote auf 19 und verringerte sich damit im Vergleich zu 22 zum Jahresende 2012.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 29 zum 31. Dezember 2013 und wies damit ebenfalls einen deutlichen Rückgang im Vergleich zu 37 zum Jahresende 2012 auf.

Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks am 27. Juni 2013 haben wir eine neue Berechnung unserer Verschuldungsquote basierend auf dem zukünftig rechtsverbindlichen Rahmenwerk eingeführt. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug unsere angepasste Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote 3,1 % unter Berücksichtigung von 45,2 Mrd € angepasstem Pro-forma-Tier-1-Kapital im Verhältnis zu einem anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.445 Mrd €. Das angepasste Pro-forma-Tier-1-Kapital besteht aus unserem Pro-forma-Tier-1-Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung zuzüglich der Zusätzlichen Tier-1-Instru-

mente, die während der Implementierungsphase von CRR/CRD 4 gemäß der Phase-out-Methodik noch anrechenbar waren. Zum 31. Dezember 2012 beliefen sich unseren Zusätzlichen Tier-1-Instrumente im Rahmen von anrechenbaren Emissionen unter Basel 2.5 auf 12,5 Mrd €. Während der Implementierungsphase wird sich die maximal mögliche Anrechenbarkeit unserer Zusätzlichen Tier-1-Kapitalinstrumente zum Beginn jedes Jahres im Zeitraum bis einschließlich 2022 um 10 % beziehungsweise 1,3 Mrd € verringern. Per 31. Dezember 2013 ergab sich somit ein anrechenbares Zusätzliches Tier-1-Kapital aus CRR/CRD 4-konformen Emissionen in Höhe von 11,2 Mrd €, das in der Berechnung unserer angepassten Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote berücksichtigt wurde. Wir beabsichtigen, neue CRR/CRD 4-anrechenbare Zusätzliche Tier-1-Kapitalinstrumente im Zeitablauf zu begeben, um die Effekte aus der auslaufenden Anrechenbarkeit dieser Instrumente unter CRR/CRD 4 zu kompensieren.

Gesamtrisikoposition

Ökonomisches Kapital

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition berücksichtigen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Gesamtrisikoposition gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung 2013 gegenüber 2012	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	12.013	12.574	-561	-4
Marktrisiko	12.738	13.185	-447	-3
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.197	4.690	-493	-11
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	8.541	8.495	46	1
Operationelles Risiko	5.253	5.018	235	5
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	-4.515	-4.435	-80	2
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	25.489	26.342	-853	-3
Geschäftsrisiko	1.682	2.399	-718	-30
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	27.171	28.741	-1.570	-5

Zum 31. Dezember 2013 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 27,2 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 1,6 Mrd € oder 5 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 28,7 Mrd €. Die niedrigere Gesamtrisikoposition ist im Wesentlichen auf Risikoabbauaktivitäten zurückzuführen, die teilweise durch Methoden Anpassungen über die Risikoklassen hinweg ausgeglichen wurden.

Zum 31. Dezember 2013 enthielt unser Ökonomischer Kapitalbedarf 4,3 Mrd € im Zusammenhang mit der Postbank. Dies entspricht einem Rückgang um 1,0 Mrd € oder 19 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 5,3 Mrd €. Dieser Rückgang begründete sich hauptsächlich durch Risikoabbauaktivitäten von Credit-Spread-Risiken im Bankbuch der Postbank, die teilweise durch den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für operationelles Risiko ausgeglichen wurden.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko betrug insgesamt 12,0 Mrd € zum 31. Dezember 2013. Der Rückgang um 561 Mio € oder 4 % reflektierte Prozessverbesserungen sowie Positionsreduzierungen, vornehmlich im Unternehmensbereich NCOU, die zum Teil durch die Rekalibrierung des internen Modells kompensiert wurden.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das gesamte Marktrisiko verringerte sich zum 31. Dezember 2013 um 447 Mio € oder 3 % auf 12,7 Mrd € und ist auf den Rückgang des Marktrisikos aus Handelspositionen um 493 Mio € oder 11 % zurückzuführen. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Risikoabbauaktivitäten innerhalb NCOU. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 46 Mio € oder 1 %. Dieser Anstieg spiegelte hauptsächlich die konservativen Methodenänderungen für das strukturelle Währungsrisiko und leistungsorientierte Pensionspläne wider im Hinblick auf den angewandten

Liquiditätshorizont beziehungsweise die Behandlung von Langlebigkeitsrisiken, die durch Rückgang der offenen Positionen mit wesentlichem Credit-Spread-Risiko kompensiert wurden.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2013 auf 5,3 Mrd € im Vergleich zu 5,0 Mrd € zum Jahresende 2012. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Weiterentwicklung des AMA Modells, die die Modellierung der Verlustfrequenz für interne Deutsche Bank Verluste aus operationellen Risiken anpasst und zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs von 191 Mio € führt. Zusätzlich ist der Anstieg durch größere Deutsche Bank-interne sowie externe Verluste begründet. Diese aus operationellen Risiken entstandenen Verluste, die zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten, beruhen weitgehend auf der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält weiterhin die in unserem AMA-Modell eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung von unvorhergesehenen Haftungsrisiken aus der letzten Finanzkrise implementiert wurde.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko betrug 1,7 Mrd € zum 31. Dezember 2013, was einem Rückgang von 718 Mio € oder 30 % gegenüber 2,4 Mrd € Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2012 entspricht. Der Rückgang reflektierte hauptsächlich den geringeren Ökonomischen Kapitalbedarf für das strategische Risiko, der aus einer optimistischeren Geschäftsplanung für das Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zur Geschäftsplanung für das Jahr 2013 resultierte.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2013 um 80 Mio € oder 2 %. Dieser Anstieg reflektiert hauptsächlich Effekte aus der regelmäßigen Rekalibrierung des internen Modells.

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden sowie die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 2/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzernweite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um eine ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

- der strategische Planungsprozess, der Risikostrategie und Risikotoleranz mit den Geschäftszielen in Einklang bringt;
- der fortlaufende Überwachungsprozess für genehmigte Risiko- und Kapitalziele;
- die regelmäßige Berichterstattung über Risiken und Kapital an die Steuerungsgremien; und
- die Ökonomische Kapitalmethode sowie das Stresstest-Rahmenwerk, das auch spezifische Stresstests zur Unterstützung der Sanierungsplan-Überwachung beinhaltet.

Mehr Informationen zur Risikosteuerung in den wesentlichen Risikokategorien sind im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements – Risikosteuerung“ dargestellt.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Im Jahr 2013 haben wir die Definition des Kapitalangebots gemäß den Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst, indem wir die Neutralisierung der unrealisierten Gewinne/Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen nicht mehr vornehmen und die Debt Valuation Adjustments (Angleichung selbstausgebener Anleihen an den Marktpreis) einbezogen haben. Der Vorjahresvergleich wurde entsprechend geändert.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2013	31.12.2012
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	54.719	54.001
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments ¹	- 537	- 569
Aktive latente Steuern	- 7.071	- 7.712
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für zu Krediten umgewidmete Vermögenswerte ²	- 363	- 1.991
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ³	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	12.182	12.526
Tier-2-Kapitalinstrumente ⁴	9.689	11.646
Kapitalangebot	68.619	67.901
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	27.171	28.741
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.932	14.219
Kapitalanforderung	41.103	42.960
Interne Kapitaladäquanzquote	167 %	158 %

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt.

³ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

⁴ Tier-2-Kapitalinstrumente ohne teilweise vom Tier-2-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten, unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet) und verschiedenen Abzugsbeträgen, die nur bei aufsichtsrechtlicher Kapitalbetrachtung anzuwenden sind.

Eine Quote von mehr als 100 % bedeutet, dass unser gesamtes Kapitalangebot die Kapitalanforderung für die Risikopositionen abdecken kann. Diese Quote betrug 167 % zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zu 158 % zum 31. Dezember 2012. Der Anstieg des Kapitalangebots aufgrund eines höheren den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals und reduzierter Abzugspositionen sowie die beobachtete Verringerung der Kapitalanforderungen bestimmten die positive Entwicklung der Quote. Die Erhöhung des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 718 Mio € spiegelte hauptsächlich die Kapitalerhöhung im zweiten Quartal wider, die durch Effekte aus Wechselkursänderungen teilweise kompensiert wurde. Der Rückgang der Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für zu Krediten umgewidmete Vermögenswerte in Höhe von 1,6 Mrd € spiegelte hauptsächlich unsere De-Risking-Aktivitäten und die Konsolidierung von Zweckgesellschaften unter IFRS 10 wider. Der Rückgang der Kapitalanforderung reflektiert vornehmlich den niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“ näher erläutert ist und im vierten Quartal 2013 zusätzlich durch Abschreibungen von Geschäfts- und Firmenwerten und immateriellen Vermögensgegenständen unterstützt wurde.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement, das in den weiteren Kapiteln dieses Berichts erläutert wird.

Vergütungsbericht

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2013 enthält detaillierte qualitative und quantitative Informationen zur Vergütung für den gesamten Deutsche Bank-Konzern. Ferner enthält er spezifische Offenlegungen im Hinblick auf die Mitglieder des Konzernvorstands und die Mitarbeiter, die den Regelungen der Institutsvergütungsverordnung („InstitutsVergV“) unterliegen.

Der Bericht umfasst die folgenden Abschnitte:

- Zusammenfassung
- Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung
- Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung
- Nach den Vorschriften der InstitutsVergV regulierte Mitarbeiter
- Offenlegung und Bericht über die Aufsichtsratsvergütung

Der Bericht erfüllt die Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB, des deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Institutsvergütungsverordnung sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Zusammenfassung

Konzernweite Vergütung

Externe regulatorische Vorgaben und das Vorantreiben des Kulturwandels haben erneut die Vergütungspraxis und die Vergütungssysteme des Konzerns geprägt. Im Ergebnis wurden daher im Jahr 2013 sowohl auf Ebene des Vorstands als auch konzernweit weitere maßgebliche Fortschritte bei der Anpassung der Gesamtvergütungsstrategie, der Vergütungsstrukturen und der Governance-Struktur erzielt.

Die Vorzüge der Gewährung einer variablen Vergütung werden weiterhin befürwortet und positiv bewertet. Eingebettet in ein solides Risikomanagement-Konzept stellt sie ein unverzichtbares Instrument zur Gewinnung, Bindung und angemessenen Anreizbildung für leistungsstarke Mitarbeitertalente dar. Vor diesem Hintergrund belief sich der Gesamtpool für die variable Vergütung des Konzerns für 2013 auf 3,16 Mrd €. Im Einklang mit unserem langjährigen und im Markt führenden Ansatz wurden 44 % des Gesamtpools über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren aufgeschoben und an eine Kombination aus verhaltens- und leistungsabhängigen Verfallsbedingungen geknüpft. Der Anwendungsbereich der Verfallsbedingungen wurde dabei in diesem Jahr erheblich erweitert.

Vorstand

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wurde vom Aufsichtsrat neu strukturiert und von der Hauptversammlung im Mai mit Wirkung zum 1. Januar 2013 beschlossen. Die Neustrukturierung basiert in weiten Teilen auf den Empfehlungen der im Jahr 2012 beauftragten „Unabhängigen Vergütungskommission“ und ist ein weiterer Baustein im Rahmen der Umsetzung der Strategie 2015+. Die Vergütung orientiert sich noch deutlicher an der strategischen Ausrichtung und den Werten der Deutschen Bank. Insbesondere die Verbreiterung der Leistungskriterien in beiden variablen Vergütungskomponenten fördert ein stärkeres Maß an Ausgewogenheit und Nachhaltigkeit in der Bezahlung.

Entsprechend den Vorgaben der InstitutsVergV wurde aus Mitgliedern des Aufsichtsrates ein neuer und ab 1. Januar 2014 zwingend vorgeschriebener Vergütungskontrollausschuss eingerichtet, der die Zuständigkeiten des Präsidialausschusses insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Festlegung der Vergütung für den Vorstand vorbereitend übernimmt. Der Vergütungskontrollausschuss hat seine Arbeit bereits Ende 2013 aufgenommen.

Regulierte Mitarbeiter

In Einklang mit der InstitutsVergV wurden 2013 1.295 wesentliche Risikoträger (als „regulierte Mitarbeiter“ bezeichnet) ermittelt. Dies entspricht einem Anstieg um 7 % gegenüber 2012, der teilweise durch einen Anstieg der Anzahl der identifizierten Mitarbeiter in Risikofunktionen und die Herabsetzung der Vergütungsobergrenze, bei deren Überschreiten ein Mitarbeiter automatisch als wesentlicher Risikoträger gilt, bedingt ist. Diese Maßnahme wurde auf freiwilliger Basis und bereits vor Einführung der finalen, von der European Banking Authority (EBA) erarbeiteten Technischen Standards, die im Dezember 2013 der Kommission seitens der EBA übermittlelt wurden und 2014 veröffentlicht werden sollen, durchgeführt.

Etwa 560 Mitarbeiter aus der Gruppe der regulierten Mitarbeiter sind in der Europäischen Union („EU“) beschäftigt. Aus dem Kreis der regulierten Mitarbeiter wurden 133 Mitarbeiter als zu der konzernweiten Senior Management Group zugehörig identifiziert. Da diese Gruppe aus Führungskräften und Repräsentanten der Bank besteht, ist es verständlich, dass der größte Teil ihrer Vergütung an den langfristigen Erfolg des Konzerns gekoppelt wird. Aus diesem Grund unterliegt die diesen Mitarbeitern gewährte aufgeschobene aktienbasierte Vergütung einem kombinierten Zeitraum aus Anwartschaftsfrist und Haltefrist von fünf Jahren. Der durchschnittliche Anteil der aufgeschobenen Teile der variablen Vergütung der Mitarbeiter dieser Gruppe lag bei über 85 %.

Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung

Kulturelle und regulatorische Einflüsse

Das Jahr 2013 war mit Blick auf die für Banken in der EU geltenden Vergütungsregelungen, die auf der finalen Capital Requirements Directive 4 („CRD 4“) basieren, ein entscheidendes Jahr. Die neuen Anforderungen (einschließlich der bedeutendsten Maßnahme der Begrenzung der variablen Vergütungsbestandteile im Verhältnis zur fixen Vergütung) traten zum 1. Januar 2014 in Kraft, sind jedoch auf die das Performance-Jahr 2013 betreffende Vergütung noch nicht anwendbar. Während derzeit noch ein paar Unsicherheiten zu Auslegungsfragen bestehen, hat die Bank bei der Umsetzung von Änderungen der regulatorischen Vorschriften für die Vergütung eine Vorreiterrolle eingenommen. Entsprechend wird sie die vollständige Einhaltung aller neuen Anforderungen sicherstellen. Insbesondere wird die Bank weiterhin die Vorschriften der für sie weltweit geltenden InstitutsVergV sowie des Kreditwesengesetzes einhalten, die mit Wirkung zum 1. Januar 2014 aktualisiert und an die Vorgaben der CRD 4 angepasst wurden.

Neben diesen externen Entwicklungen bleiben die Unternehmenswerte und der Kulturwandel innerhalb der Bank weiterhin maßgebliche Bestandteile der Strategie 2015+. Einen zentralen Schritt in diese Richtung haben wir Mitte 2013 mit der Einführung unserer neuen Deutsche Bank-Werte und -Überzeugungen getan, die die Grundlage all unseres Handelns bilden. Da die Vergütung wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen und nachhaltigen Organisation ist, haben wir versucht sicherzustellen, dass Ausrichtung und Ziele unserer neu entwickelten Vergütungsstrategie mit diesen Werten und Überzeugungen in Einklang stehen.

Unsere Vergütungsstrategie basiert auf der Förderung eines diversifizierten Universalbankmodells mit sicheren Vergütungspraktiken, die an den Werten der Bank ausgerichtet sind. Diese Vergütungsstrategie hat im Einzelnen fünf Ziele:

- Förderung der Umsetzung der kundenorientierten Universalbankstrategie der Deutschen Bank durch Gewinnung und Bindung von Mitarbeitertalenten über verschiedene Geschäftsmodelle und 65 Länder hinweg;
- Unterstützung der langfristigen Wertentwicklung der Bank, der nachhaltigen Entwicklung der Institution und der hieraus abgeleiteten Risikostrategien;
- Unterstützung einer auf Kostendisziplin und Effizienz basierenden langfristigen Wertentwicklung der Bank;
- Sicherstellung der Sicherheit der Vergütungspraktiken der Bank durch die Risikoadjustierung der Ergebnisse, Verhinderung der Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken, Gewährleistung der Kompatibilität mit der Kapital- und Liquiditätsplanung und Einhaltung der Vorschriften;
- Verankerung der von der Bank propagierten Werte Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft.

Überdies stellt die Vergütungsstrategie ein unverzichtbares Instrument zur Verwirklichung aller fünf Hebel der Strategie 2015+ der Deutschen Bank dar:

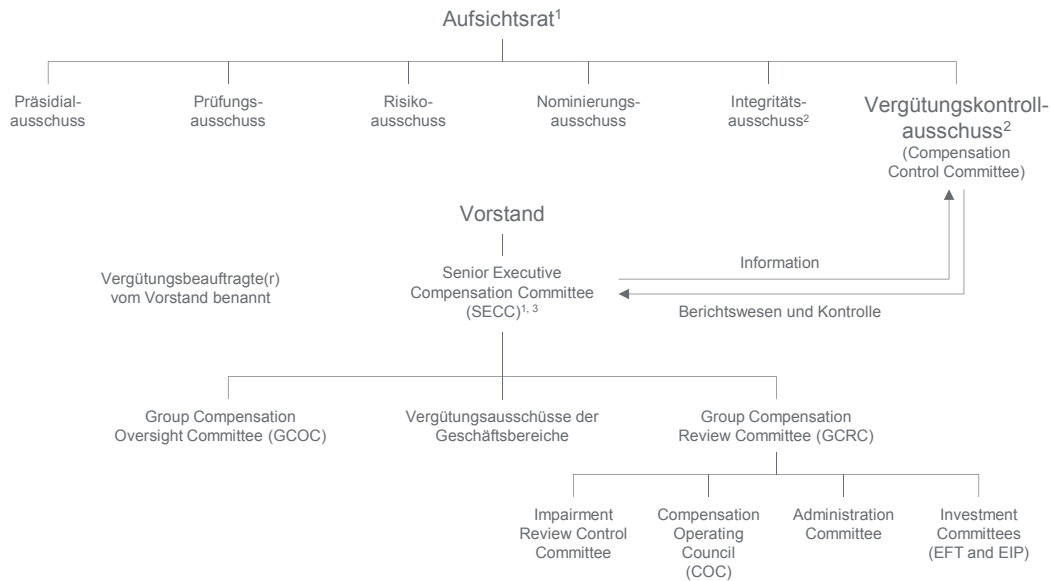
- Kunden: Ausrichtung des strategischen Schwerpunktes auf das Kundengeschäft durch Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des Kundengeschäfts und Kundenorientierung;
- Kompetenzen: Gewährleistung der Gewinnung und Bindung der richtigen Mitarbeitertalente über die ganze Bandbreite der Produkte und Kontrollfunktionen/Infrastrukturbereiche hinweg;
- Kapital: Förderung organischen Kapitalwachstums, Abbau risikogewichteter Aktiva und ein Vergütungssystem, das den Kapitalplan des Konzerns unterstützt;
- Kosten: Anreizbildung für Verhalten, das zu langfristigen Kostenzielen und nachhaltiger Kostendisziplin führt;
- Kultur: Ausrichtung der Anreizsysteme an nachhaltiger Leistung, Finanzdisziplin und einer angemessenen Risikokultur. Insbesondere wurden die Vergütungen durch erweiterte Verfallbedingungen deutlicher an disziplinarische Maßnahmen geknüpft.

Governance-Struktur zur Vergütung

Eine solide und effektive Governance-Struktur gewährleistet, dass die Bank im Rahmen der eindeutigen Vorgaben ihrer Vergütungsstrategie und -praxis handelt. Sämtliche Vergütungsangelegenheiten sowie die Einhaltung sämtlicher regulatorischer Vorgaben werden durch die maßgeblichen Gremien überwacht, die die globale Governance-Struktur zur Vergütung bilden.

Veränderte Vergütungs-Governance-Struktur

(basierend auf § 25d (12) KWG und InstitutsVergV-Bestimmungen)



¹ Optional: unabhängige externe Berater.

² Neue Ausschüsse in 2013.

³ Die relevanten Aktivitäten werden vom SECC für den Vorstand erledigt.

In Einklang mit der in Deutschland bestehenden dualen Führungsstruktur legt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder fest, während der Vorstand, unterstützt durch das Senior Executive Compensation Committee („SECC“), die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter des Konzerns überwacht. Nach Maßgabe der aktualisierten InstitutsVergV arbeitet das SECC in Konzernangelegenheiten nunmehr mit dem neu errichteten Vergütungskontrollausschuss (Compensation Control Committee – „CCC“) zusammen. Das CCC setzt sich aus Mitgliedern des Aufsichtsrats zusammen und gewährleistet damit eine engere Anknüpfung und Fokussierung des Aufsichtsrats auf Vergütungsangelegenheiten des Konzerns.

Den gemeinsamen Vorsitz des SECC führen Stefan Krause (CFO) und Stephan Leithner (CEO Europe ohne Deutschland und Großbritannien, Human Resources, Legal & Compliance, Government and Regulatory Affairs), die beide Mitglieder des Vorstands sind. Weitere Mitglieder sind Stuart Lewis (CRO und Vorstandsmitglied) und Führungskräfte aus den Bereichen Finance und Human Resources. Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, sind keine Mitarbeiter, die einem unserer Geschäftsbereiche zugeordnet sind, Mitglied des SECC. Das SECC bereitet und schlägt dem Vorstand die wesentliche Vergütungsstrategie und –struktur auf Konzernebene vor und überwacht den gesamten Vergütungsprozess mithilfe seiner untergeordneten Ausschüsse.

Weiterentwicklungen in der Governance-Struktur zur Vergütung

Neben der Bildung des CCC wurden im Laufe des Jahres 2013 eine Reihe zusätzlicher Weiterentwicklungen an der Governance-Struktur vorgenommen und ein besonderer Fokus auf die Funktion und Arbeitsweise des Group Compensation Oversight Committee („GCOC“) gelegt.

Als dem SECC nachgeordnetes Gremium ist das GCOC für die Überwachung der Jahresendprozesse für die Vergütung in den Geschäftsbereichen zuständig. So stellt das GCOC den Vergütungsausschüssen der Geschäftsbereiche (Divisional Compensation Committees – „DCCs“) beispielsweise ein Vergütungsrahmenwerk und Leitlinien zur Verfügung, auf deren Grundlage diese ihre divisionalen Vergütungsrahmenwerke errichten. Das GCOC überprüft die bereichsspezifischen Vergütungsrahmenwerke und stellt sicher, dass diese sowie die allgemeinen Vergütungspraktiken der DCCs mit den Vergütungsgrundsätzen und internen Richtlinien der Bank sowie allen externen regulatorischen Vorgaben übereinstimmen.

Das GCOC hat verschiedene Aufgaben:

Sicherstellung, dass die Geschäftsbereiche bei der Verteilung der Pools für die variable Vergütung innerhalb des Geschäftsbereichs fundierte finanzielle und nicht-finanzielle Parameter und Kennzahlen zugrunde gelegt haben, mit speziellem Augenmerk auf:

- die finanzielle Performance des jeweiligen Geschäftsbereichs und seiner untergeordneten Bereiche vor dem Hintergrund der allgemeinen Geschäftsstrategie;
- die Berücksichtigung feststehender Risikoprofile, die auf verschiedenen Risikotypen (zum Beispiel operationelle und aufsichtsrechtliche Risiken sowie Markt-, Liquiditäts-, Reputations- und Kreditrisiken) basieren;
- sonstige strategische qualitative Faktoren.

Überwachung der divisionalen Governance-Struktur (und deren Kommunikation) und der Governance-Prozesse, auf die die Entscheidungen über die variable Vergütung für die einzelnen Mitarbeiter gestützt sind, um:

- die Einhaltung der Vorgaben der bestehenden Governance-Struktur für die Vergütung umfassend zu bewerten;
- festzustellen, ob weitere Verbesserungen der Vergütungsgovernance-Struktur geschäftsbereichsspezifisch erforderlich sind.

Das GCOC überwacht die Fortschritte der DCCs in Bezug auf die Vorgaben der bestehenden Governance-Struktur für die Vergütung im Rahmen des konzernweiten jährlichen Jahresendprozesses für die Vergütung und fasst vor Abschluss dieses Prozesses seine Ergebnisse und Empfehlungen an das SECC in einem Bericht zusammen.

Das GCOC hat im Laufe des Jahres 2013 mehrfach Verbesserungen des Governance-Prozesses für die Vergütung vorgenommen. Zu diesen Verbesserungen gehörten unter anderem:

- die Überprüfung der bisherigen Vorgaben für die Governance-Struktur für die Vergütung;
- eine stärkere Befassung mit den DCCs im Hinblick auf die Angemessenheit der von den DCCs verwendeten Vergütungsparameter;
- die Einführung erheblich verbesserter Vorgaben für die Dokumentation der Begründung der Entscheidungen über die variable Vergütung.

Mittels dieser Verbesserungen wurde die Governance-Struktur durch das GCOC für 2013 gestärkt.

Ferner ordnete das GCOC an, dass Verbesserungen, die bei der Dokumentation der Begründung von Entscheidungen über die variable Vergütung vorgenommen wurden, auf alle regulierten Mitarbeiter anzuwenden seien, wodurch gewährleistet wurde, dass Vorgesetzte, die Entscheidungen über die Verteilung der variablen Vergütung an regulierte Mitarbeiter getroffen haben, die ihren Entscheidungen zugrunde gelegten Kennzahlen ordnungsgemäß dokumentierten.

Vergütungsstruktur

Die Gesamtvergütung setzt sich bei der Deutschen Bank aus einer fixen und einer variablen Komponente zusammen. Die fixe Vergütung dient dazu, die Mitarbeiter entsprechend ihren Qualifikationen, Erfahrungen und Kompetenzen sowie den Anforderungen, der Bedeutung und dem Umfang ihrer Funktion zu vergüten.

Die angemessene Höhe der fixen Vergütung wird für die jeweilige Funktion unter Berücksichtigung eines Marktvergleichs der Funktion bestimmt und durch die regulatorischen Vorgaben der für die Gesamtvergütung geltenden Strukturen beeinflusst.

Die fixe Vergütung kann das Grundgehalt, zusätzliche Gehaltskomponenten oder Gehaltszulagen und gegebenenfalls spezifische lokale Gehaltszulagen (zum Beispiel Firmenwagenzuschüsse) beinhalten. Die fixe Vergütung wird vertraglich vereinbart und ist in vielen Ländern unwiderruflich.

Für die Mehrzahl der Deutsche Bank-Mitarbeiter bildet die fixe Vergütung den wesentlichen Vergütungsbestandteil und dessen Anteil an der Gesamtvergütung liegt bei weit über 50 %. Dieser Anteil ist für viele Geschäftsbereiche angemessen und wird auch künftig eines der Hauptmerkmale der Gesamtvergütung sein.

Im Rahmen der Gewinnung und Bindung der richtigen Mitarbeiter für die verschiedenen Standorte und Geschäftsmodelle spielt ein wettbewerbsfähiges Niveau der fixen Vergütung eine wesentliche Rolle, damit gewährleistet ist, dass die Bank über die notwendige Kompetenz zur Erreichung ihrer strategischen Ziele verfügt.

Die variable Vergütung ist auf das Branchenziel der Beibehaltung von Kostenflexibilität bei gleichzeitiger Gewinnung und Bindung der richtigen Talente ausgerichtet. Die variable Vergütung hat darüber hinaus den Vorteil, dass sie in der Lage ist, Leistungsergebnisse zu differenzieren und Verhaltensweisen durch geeignete Anreizsysteme zu fördern, die wiederum Einfluss auf die Unternehmenskultur haben. Im Ergebnis ist die variable Vergütung daher weltweit in vielen Geschäftsfeldern im Bankenumfeld ein Hauptmerkmal marktüblicher Vergütung. In Kombination mit der fixen Vergütung führt dies im Ergebnis zu einer Gesamtvergütung, die sowohl kosteneffizient als auch flexibel ist.

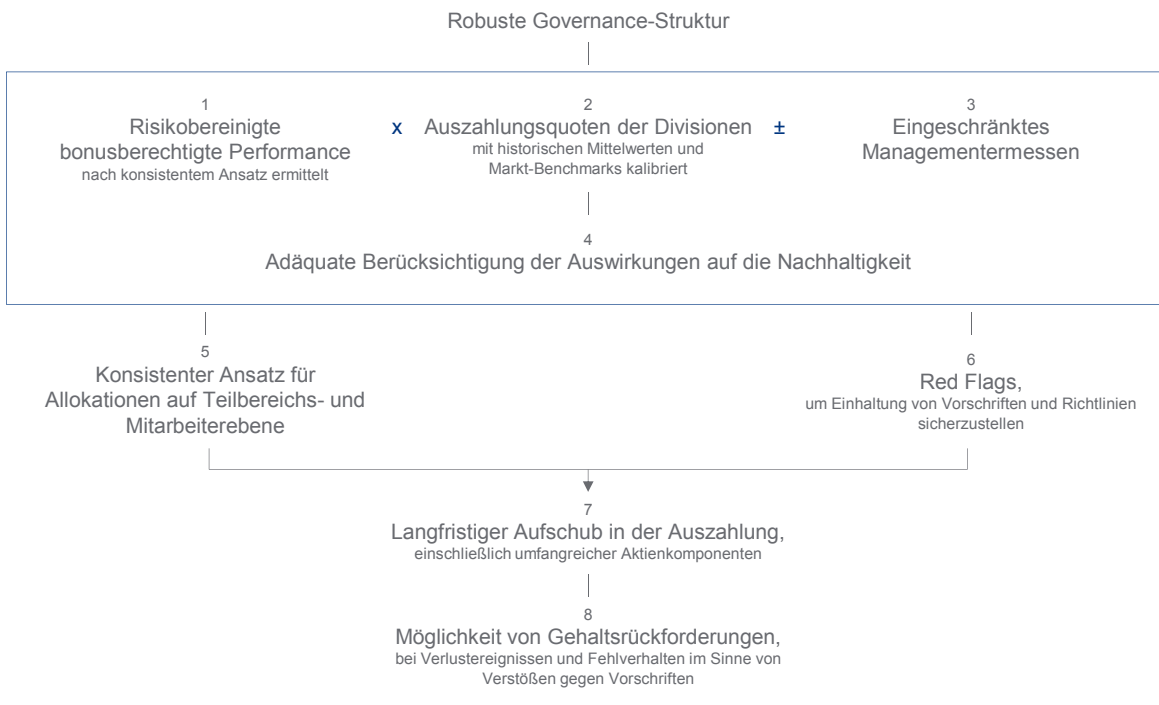
Festsetzung der konzernweiten variablen Vergütung

Für die Aufstellung der vorgeschlagenen Pools für die variable Vergütung wendet die Bank ein konzernweit einheitliches, transparentes und formalisiertes Verfahren an. Für die Geschäftsbereiche werden die Vorschläge für die Pools für die variable Vergütung durch Anpassung der divisionalen Ausschüttungsquoten an die divisionale risikoadjustierte, bonusberechtigende Leistung ermittelt. Die divisionalen Ausschüttungsquoten werden an historischen Mittelwerten und Wettbewerber-Benchmarks ausgerichtet, damit hinsichtlich des Zustandekommens der ursprünglich abgegebenen Vorschläge für die Pools Transparenz gewährleistet ist.

Die hieraus resultierenden Vorschläge für den Vergütungspool werden sodann unter Einbeziehung sonstiger strategischer und qualitativer Faktoren und externer Benchmarks erwogen und überprüft. Der InstitutsVergV entsprechend liegt der Schwerpunkt der Vergütung bei der Mehrzahl der in den Infrastrukturbereichen tätigen Mitarbeiter, vor allem bei denjenigen, die in maßgeblichen Kontrollfunktionen tätig sind, auf der fixen Vergütung.

Maßgebliches Kriterium bei den Entscheidungen über den Pool für die variable Vergütung ist die Balance zwischen der Tragfähigkeit für den Konzern und der Wettbewerbsfähigkeit. Bei der Feststellung der Tragfähigkeit ist nach Maßgabe der InstitutsVergV die Ertragslage des gesamten Konzerns zu berücksichtigen, damit sichergestellt ist, dass der Gesamtpool der variablen Vergütung innerhalb dessen liegt, was der Konzern tragen kann. Ferner sind im Hinblick auf den Gesamtpool der variablen Vergütung nach der InstitutsVergV die Risikotragfähigkeit, die mehrjährige Kapital- und Liquiditätsplanung und die Rentabilität zu berücksichtigen sowie eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassung des Verfahrens zur Bestimmung des Gesamtpools der variablen Vergütung und des darüberliegenden Governance-Rahmenwerks:



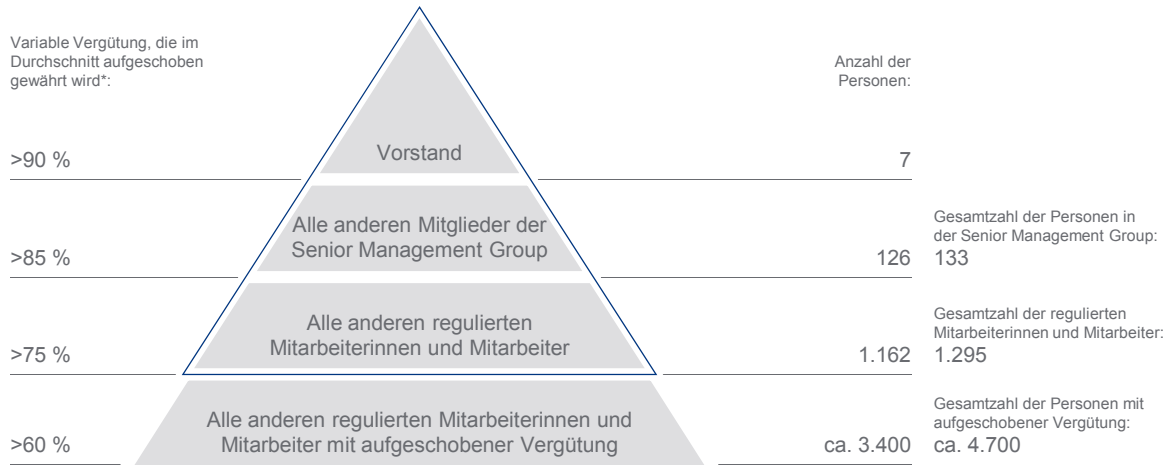
Struktur und Instrumente der variablen Vergütung

Die variable Vergütung wird von der Bank seit vielen Jahren als Instrument eingesetzt, um für sehr gut leistende Mitarbeiter Anreize zu schaffen, diese zu vergüten und zu binden und darüber hinaus in der Gesamtvergütung zu differenzieren. Unser Bestreben ist es, einen großen Teil der variablen Vergütung für Führungskräfte an die langfristige Entwicklung und den langfristigen Erfolg der Bank zu koppeln, indem wir Vergütung über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren strukturiert aufschieben und an Leistungs- und Verfallsbedingungen knüpfen.

Die generellen Vorteile des Aufschiebens von Vergütung und die positiven Aspekte aus dem Blickwinkel des Haltens und des Risikomanagements müssen jedoch sorgfältig gegen das Management der Vergütungskosten für die kommenden Jahre und die Folgen des Aufschiebens immer größerer Vergütungsteile abgewogen werden. Zur Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses wurde entschieden, dass 44 % (ohne Equity Upfront Awards – „EUA“) des Gesamt-Bonuspools für den Konzern für das Jahr 2013 in Form aufgeschobener Vergütung gewährt würden.

Im Hinblick auf den einzelnen Mitarbeiter wurde der Schwellenbetrag für die variable Vergütung auf 100.000 € festgesetzt; ab diesem Betrag werden 50 % der variablen Vergütung in aufgeschobener Form gewährt. Wie in den vergangenen Jahren war die variable Vergütung der oberen Führungskräfte der Bank am zukünftigen Ergebnis der Bank und des Geschäftsbereichs, in dem sie tätig sind, ausgerichtet. Infolgedessen wurde der Betrag der variablen Vergütung, der 1 Mio € übersteigt, zu 100 % aufgeschoben gewährt. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass der Höchstbetrag sofort fälliger barer Bonuszahlungen, die ein Mitarbeiter erhalten kann, auf 300.000 € (beziehungsweise 150.000 € für einen regulierten Mitarbeiter in Folge der für EUA geltenden Haltefrist – wie nachfolgend unter EUA beschrieben) begrenzt ist.

Gruppen von Führungskräften und durchschnittlicher Anteil der aufgeschobenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung



△ Gesamtheit der Personen, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen.

*Jede der Prozentzahlen schließt gegebenenfalls die Quoten der in der Hierarchie weiter oben stehenden Gruppe beziehungsweise Gruppen ein. Beispielsweise schließt die Zahl >85 % für die Senior Management Group den Vorstand ein.

Mitarbeiter, denen für 2013 aufgeschobene variable Vergütung gewährt wurde, erhielten 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form aufgeschobener aktienbasierter Vergütungselemente und 50 % in Form einer aufgeschobenen Barvergütung. (NB: Eine begrenzte Anzahl von in dem Geschäftsbereich DeAWM tätigen Führungskräften erhielt einen Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form eines Employee Incentive Plan („EIP“). Hierbei handelt es sich um in bar zu erfüllende Zusagen, die von dem Wert der durch den Geschäftsbereich verwalteten Fonds abhängt. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für alle anderen Pläne.) Zur Erreichung dieses Ziels wurden die folgenden Instrumente verwendet:

Restricted Equity Awards

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung, der als sogenannter Restricted Equity Award („REA“) vergeben wird, wird pro rata über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren (beziehungsweise im Falle der Senior Management Group viereinhalb Jahren) unverfallbar beziehungsweise zugeteilt. Der Wert des REA hängt während der Anwartschaftsfrist (und gegebenenfalls einer Haltefrist) von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Während der Anwartschaftsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Verfallsbedingungen.

Restricted Incentive Awards

Der nicht aktienbasierte Teil wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – „RIA“) gewährt, der über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren (für Vorstandsmitglieder gilt eine längere Anwartschaftsfrist) pro rata unverfallbar wird. Während der Anwartschaftsfrist gelten besondere Verfallsbedingungen.

Equity Upfront Awards

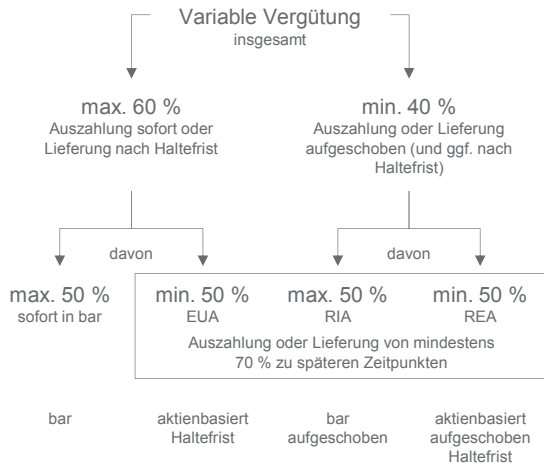
Zusätzlich zu der vorstehend genannten aufgeschobenen Vergütung erhalten alle regulierten Mitarbeiter 50 % ihrer sofort fälligen (nicht aufgeschobenen) variablen Vergütung in Form eines EUA, für den eine Haltefrist von sechs Monaten gilt.

Der sofort zugeteilte aktienbasierte Teil wird als Equity Upfront Award (EUA) gewährt, der sofort unverfallbar ist, aber einer Haltefrist unterliegt. Der Wert des EUA hängt während der Haltefrist von der Kursentwicklung der

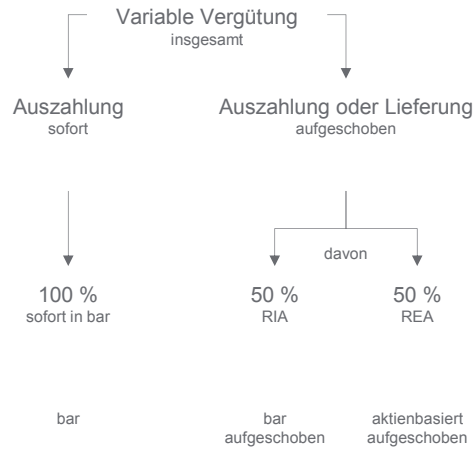
Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Während der Haltefrist gelten besondere Verfallsbedingungen und die Bedingung des Bestehens eines Beschäftigungsverhältnisses.

Die folgende Abbildung fasst die vorstehend beschriebenen Vergütungsinstrumente für regulierte Mitarbeiter und sonstige Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung zusammen.

Vergütungsstruktur der gemäß InstitutsVergV regulierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Vergütungsstruktur für nicht regulierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung



EUA = Equity Upfront Awards
RIA = Restricted Incentive Awards
REA = Restricted Equity Awards

Fälligkeiten der aufgeschobenen Vergütung




Gemäß den regulatorischen Vorgaben sollen die Anwartschaftsfristen für regulierte Mitarbeiter mindestens drei Jahre betragen. Wie in früheren Jahren haben wir uns entschieden, diese Mindestanforderungen auf alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung anzuwenden. Außerdem haben wir erneut eine Gruppe regulierter Mitarbeiter der obersten Führungsebene ermittelt. Für die REA der (aus 133 Mitarbeitern bestehenden) Senior Management Group gilt eine viereinhalbjährige Anwartschaftsfrist, nach der die Anwartschaften in einer Tranche fällig werden („Cliff Vesting“), damit sichergestellt ist, dass die Mitglieder dieser Gruppe noch stärker als andere Mitarbeiter ein persönliches Interesse am langfristigen, nachhaltigen Erfolg der Bank haben.

An den Eintritt der Unverfallbarkeit jeder REA-Tranche schließt sich für regulierte Mitarbeiter eine sechsmonatige Haltefrist an. Für Mitarbeiter der Senior Management Group folgt die sechsmonatige Haltefrist auf die viereinhalbjährige Anwartschaftsfrist. Auf diese Weise können sie den Wert ihrer im Jahr 2014 gewährten REA frühestens im Februar 2019 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren.

Alle regulierten Mitarbeiter erhalten ebenfalls 50 % ihrer sofort zugeteilten variablen Vergütung in Form eines EUA. Der EUA ist bereits zum Zeitpunkt seiner Gewährung sofort unverfallbar, unterliegt jedoch einer sechsmonatigen Haltefrist, während der Verfallsbedingungen gelten (die über die regulatorischen Anforderungen hinausgehen).

Im Folgenden ist eine Zusammenfassung der Unverfallbarkeitsstruktur für die einzelnen Mitarbeitergruppen mit aufgeschobener Vergütung (mit Ausnahme des Vorstands) dargestellt.

Struktur der aufgeschobenen Vergütung für 2013

Mitarbeiterkategorien	Sofort fällige Vergütung		Aufgeschobene Vergütung	
	Cash Bonus (50 % der sofort fälligen Vergütung)	Equity Upfront Award (EUA) (50 % der sofort fälligen Vergütung)	Restricted Incentive Award (RIA) (Barkomponente) (50 % der aufgeschobenen Vergütung)	Restricted Equity Award (REA) (Aktienkomponente) (50 % der aufgeschobenen Vergütung)
Senior Management ¹	Unverfallbarkeitszeitraum (Gewährung im Feb. 2014)	Vollständig unverfallbar am Tag der Gewährung (Februar 2014)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2015, 2016, 2017)	Unverfallbarkeit und Auszahlung nach 4,5 Jahren in einer einzigen Tranche (August 2018)
	Haltefrist (nach Unverfallbarkeitszeitraum)	Haltefrist endet im August 2014		Haltefrist endet im Februar 2019
Übrige regulierte Mitarbeiter gemäß InstitutsVergV	Unverfallbarkeitszeitraum (Gewährung im Feb. 2014)	Vollständig unverfallbar am Tag der Gewährung (Februar 2014)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2015, 2016, 2017)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2015, 2016, 2017)
	Haltefrist (nach Unverfallbarkeitszeitraum)	Haltefrist endet im August 2014		Haltefrist endet im August 2015, 2016, 2017
Alle anderen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung	Unverfallbarkeitszeitraum (Gewährung im Feb. 2014)		Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2015, 2016, 2017)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2015, 2016, 2017)
	Haltefrist (nach Unverfallbarkeitszeitraum)			

¹ Ausgenommen Vorstand.

Risikoanpassung für die variable Vergütung

Durch verschiedene Maßnahmen stellen wir sicher, dass in die Vergütungssysteme effektive Risikomanagement-Prozesse eingebettet sind, die sowohl ex ante als auch ex post Anpassungen erlauben.

Ex ante Risikoanpassung

Um die Anwendung adäquater Risikoanpassungen sicherzustellen, verwenden wir ein bankweit geltendes standardisiertes Modell zur Messung der risikoadjustierten, bonusberechtigenden Performance (Ergebnis vor Bonus und Steuern – „NIBBT“) jedes Geschäftsbereichs. Diese Messgröße basiert auf dem NIBBT, wird in monatlichen Geschäftsbereichs-Review-Sitzungen überprüft, um performancerelevante Beiträge und eine Zuordnung von Beiträgen der Non-Core Operating Unit angepasst und danach mittels einer Belastung für den Verbrauch von Ökonomischem Kapital risikoadjustiert.

Das Ökonomische Kapital misst das für unerwartete Verluste benötigte Kapital. Es ist eine zukunftsgerichtete Messgröße, die das von der Bank eingegangene Risiko quantifiziert, das heißt, sie misst das Risikoprofil zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ökonomisches Kapital wurde von den Risikokontrollfunktionen als beste der Bank zur Verfügung stehende Methode zur Vorhersage künftiger noch nicht realisierter Verluste ihres derzeitigen Portfolios und damit als beste Kennzahl zur Adjustierung von Pools für die variable Vergütung bestätigt. Das SECC hat die Geeignetheit der Risikoanpassungsmethode überprüft und wiederholt diese Prüfung jährlich.

Grundsätzlich erfassen wir alle wesentlichen Risiken aus den vier primären Risikoarten unseres ökonomischen Kapitalrahmenwerks (Kredit-, Markt-, operationelles Risiko und allgemeines Geschäftsrisiko). Sonstige Risiken werden unter der entsprechenden übergreifenden Risikoart abgebildet. Spezielle Beispiele für Risiken, die innerhalb der einzelnen Risikounterarten erfasst werden, sind:

Kreditrisiko

— Risiko von Ratingveränderungen, Länderrisiko, Abwicklungsrisiko.

Marktrisiko

— Zinsrisiken im Anlagebuch, Einlagenmodellierungsrisiko, Risiko aus Garantiefonds (schließt das Reputationsrisiko teilweise ein), Bauspargeschäft- und Kollektivrisiko.

Operationelles Risiko

— rechtliches und regulatorisches Risiko, IT-Risiko, Mitarbeiterisiko, Risiko für die Geschäftskontinuität, Lieferantenrisiko, Transaktionsabwicklungsrisiko, Anbahnungs- und Umsetzungsrisiko, Geschäftsunterstützungsrisiko, Finanzberichterstattungs-/Buchführungsrisiko, Treuhanddienstleistungsrisiko, Immobilienrisiko, Sicherheitsrisiko.

Allgemeines Geschäftsrisiko

— strategisches (einschließlich des allgemeinen Reputationsrisikos) und steuerliches Risiko.

Das NIBBT berücksichtigt bereits Liquiditätsrisiken durch Verrechnung von Refinanzierungskosten, Kreditrisiken durch Berücksichtigung von Belastungen des Kreditportfolios durch Kreditausfallrückstellungen und Pauschalwertberichtigungen (Ein-Jahres-Horizont für unerwartete Verluste), die Marktrisiken durch Marktwertanpassungen einschließlich der Berücksichtigung einer Belastung für die Anpassung der Kreditbewertung auf das Derivate-Buch und langfristige Risiken durch eine angemessene Ertragsrealisierungsmethode.

Ex post Risikoanpassung

Leistungs- und Verfallbedingungen („Clawback“) sind ein zentrales Element unserer Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet sind. Wie sich aus den in diesem Bericht enthaltenen statistischen Auswertungen ergibt, erhöht sich der Anteil der in aufgeschobener Form gewährten und damit Leistungs- und Verfallsbedingungen unterliegenden variablen Vergütung entsprechend der Seniorität. In Verbindung mit dem Anwendungsbereich der Messgröße für die Risikoanpassung ist der Zeitraum, auf den diese Regelungen anwendbar sind, ebenfalls relevant. Wir haben unsere auf die aufgeschobene gewährte Vergütung für 2013 anwendbaren Verfallsbedingungen im Hinblick auf diese beiden Elemente weiterentwickelt.

Für die für 2013 (im Februar 2014) gewährte aufgeschobene Vergütung galten die folgenden Leistungs- und Verfallsbedingungen:

Konzern-Einbehalt

Die Leistungsbedingung ist nur erfüllt, wenn das Konzernergebnis vor Steuern (Net Income Before Income Taxes – NIBT) nicht negativ ist. Soweit der Vorstand im Rahmen einer Ermessensentscheidung bestimmt, dass das Konzernergebnis vor Steuern während des Unverfallbarkeitszeitraums in einem Jahr negativ ist, ist die Leistungsbedingung nicht erfüllt, und 100 % der in diesem Jahr unverfallbar und fällig werdenden REA verfallen für alle Mitarbeiter. Darüber hinaus verfallen auf Basis einer Ermessensentscheidung des Vorstands die gesamten noch nicht unverfallbaren REA, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor dem Unverfallbarkeitsdatum die Konzernkernkapitalquote (Common Equity Tier 1) unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten). Diese Leistungsbedingung gilt ab 2014 für alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung. Damit unterliegen nicht regulierte Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung (ca. 3.400 Personen) erstmalig einer gesonderten Verfallsbedingung, die an das Konzernergebnis gekoppelt ist. Dies ist eine maßgebliche Weiterentwicklung der Governance-Struktur, die die Vergütung einer weitaus größeren Mitarbeitergruppe als je zuvor an die zukünftige Wertentwicklung der Bank knüpft.

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen Zurückbehaltungs- und Haltefrist unterliegt, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr, falls in einem Jahr während dieses Zeitraums das Konzernergebnis vor

Steuern negativ ist (aber die Bestimmung hinsichtlich der Unterschreitung der Konzernkernkapitalquote nicht erfüllt ist).

Bei regulierten Mitarbeitern gilt die tranchenweise Berücksichtigung der Konzern-NIBT-Bedingung auch im Hinblick auf ihre RIA, so dass, wenn der Vorstand bestimmt, dass das Konzernergebnis vor Steuern während des Unverfallbarkeitszeitraums in einem Jahr negativ ist, die Lesitungsbedingung nicht erfüllt ist und die anstehende RIA-Tranche zu 100 % verfällt.

Divisionaler Einbehalt

Diese Leistungsbedingung gilt nur für regulierte Mitarbeiter und ist erfüllt, wenn das divisionale Ergebnis vor Steuern nicht negativ ist. Ist das divisionale Ergebnis vor Steuern während des Unverfallbarkeitszeitraums in einem Jahr negativ, ist die Leistungsbedingung nicht erfüllt und die anstehenden REA- beziehungsweise RIA-Tranchen verfallen für alle Mitarbeiter des jeweiligen Bereichs (nach Ermessen des Vorstands) für dieses Jahr zu 100 %. Für Mitglieder der Senior Management Group werden die REA nach fünfjähriger Zurückbehaltungs- und Haltefrist in einer Tranche fällig; falls in einem Jahr während dieses Zeitraums das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr. Der divisionale Einbehalt gilt nicht für Vorstandsmitglieder oder Mitarbeiter des Regional Management oder in Infrastrukturfunktionen. Für sie gilt lediglich der Konzern-Einbehalt.

Einbehalt wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage

Dieser Einbehalt gilt für RIA und REA und erlaubt uns festzulegen, ob Anpassungen auf Grundlage tatsächlicher Ergebnisse notwendig sein könnten. Bis zu 100 % der Anwartschaften eines Mitarbeiters können verfallen, wenn wir feststellen, dass die ursprünglich gewährten Anwartschaften nicht angemessen waren, weil eine Leistungskennzahl sich nachträglich als substanziell falsch herausgestellt hat oder ein Geschäft, Handelsgeschäft beziehungsweise eine Transaktion, die dem Mitarbeiter zugerechnet werden kann, sich wesentlich nachteilig auf eine Deutsche Bank-Gesellschaft, einen Unternehmensbereich oder den Deutsche Bank-Konzern auswirkt.

Die Anwendbarkeit dieser Bestimmung wurde 2013 erstmalig auf die EUA regulierter Mitarbeiter erweitert, wodurch gewährleistet wird, dass ein größerer Prozentsatz der Awards für regulierte Mitarbeiter als je zuvor nun einem möglichen Einbehalt wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage unterliegt. Darüber hinaus gilt diese Bestimmung nun auch während der auf den Eintritt der Unverfallbarkeit des REA folgenden Haltefrist, so dass sichergestellt ist, dass Maßnahmen bezüglich eines Einhalts wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage in Bezug auf an regulierte Mitarbeiter vergebene aktienbasierte Vergütung während eines Zeitraums von dreieinhalb Jahren (fünf Jahren im Fall der Senior Management Group) ergriffen werden können.

Einbehalt wegen eines Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien

Dieser verhaltensabhängige Einbehalt ist auf REA und RIA anwendbar und beinhaltet Regelungen bezüglich des vollständigen Verfalls der gesamten noch ausstehenden aufgeschobenen Vergütung wegen Fehlverhaltens wie Untreue, Betrug, Täuschung oder Vertrauensbruch. Awards können wegen des Verstoßes gegen interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltende Gesetze oder Vorschriften, die nicht von uns erlassen wurden, zurückgefordert werden.

Diese Bestimmung gilt nun auch während der auf den Eintritt der Unverfallbarkeit des REA folgenden sechsmonatigen Haltefrist, so dass sichergestellt ist, dass Maßnahmen im Hinblick auf einen verhaltensbedingten Einbehalt für an regulierte Mitarbeiter vergebene aktienbasierte Vergütung über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren (fünf Jahren im Fall der Senior Management Group) anwendbar bleiben.

Eine Zusammenfassung der obigen Bestimmungen und der in 2013 eingeführten Verbesserungen ist nachfolgend aufgeführt.

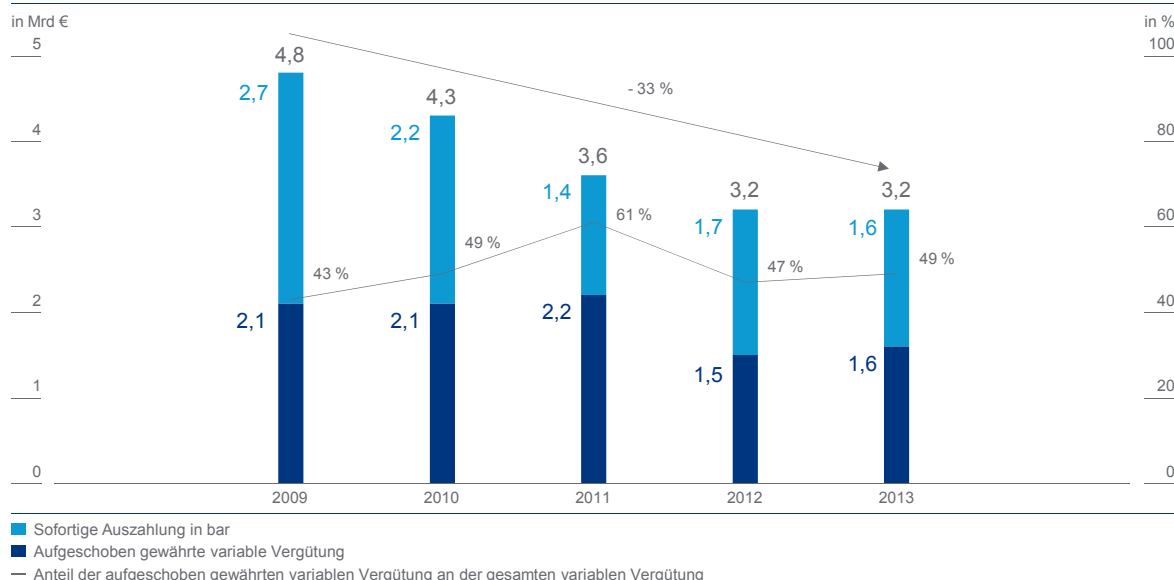
Aufgeschobene Vergütung für 2013: Erweiterte Verfallsbedingungen

Bisherige Leistungs- und Verfallsbedingungen	Senior Management Group & sonstige regulierte Mitarbeiter	Alle übrigen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung
Konzernergebnis (Negatives NIBT) – Während der Unverfallbarkeitszeiträume auf REA- und RIA-Tranchen anwendbar	ja	
Bereichsergebnis (Negatives NIBT) – Während der Unverfallbarkeitszeiträume auf REA- und RIA-Tranchen anwendbar	ja	
Verfall wegen Revenue Impairment (Ertragsminderung) – Während der Unverfallbarkeitszeiträume auf RIA und REA anwendbar	ja	ja
Verstoß gegen interne Richtlinien (Breach of Policy) – Während der Unverfallbarkeitszeiträume auf RIA und REA anwendbar	ja	ja
Verstoß gegen interne Richtlinien (Breach of Policy) – Anwendbar auf Equity Upfront Awards (EUA) für regulierte Mitarbeiter	ja	
Beschlossene Erweiterung der Verfallsbedingungen für die im Jahr 2014 für das Geschäftsjahr 2013 aufgeschoben gewährte Vergütung		
Erweiterung der Definition und des Anwendungsbereichs der Regelung zum Konzernergebnis (Negatives NIBT) auf REAs während der Unverfallbarkeitszeiträume für alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung	— Verfall einer Tranche im Fall eines negativen Konzernergebnisses vor Steuern. Vollständiger Verfall der noch nicht unverfallbaren Anwartschaften für den Fall, dass die Konzernkernkapitalquote (Common Equity Tier 1) unter die jeweils gültige regulatorische Minimumkapitalgrenze fällt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten).	ja ja
Erweiterung der Regelung zum Revenue Impairment auf den EUA und die Zurückbehaltungszeiträume nach Eintritt der Unverfallbarkeit der REA-Tranchen für regulierte Mitarbeiter (6-Monatszeitraum)		ja
Die Regelung zum Revenue Impairment wird ebenfalls <u>verschärft</u> , um ein weiteres „Zurückblicken“ für den Fall des Eintritts in der Vergangenheit begründeter Verluste zu ermöglichen		ja ja
Anwendbarkeit der Regelung zum Verstoß gegen interne Richtlinien auf den Zurückbehaltungszeitraum nach Eintritt der Unverfallbarkeit der REAs für regulierte Mitarbeiter (6-Monatszeitraum)		ja
Die Bestimmung zum Verstoß gegen interne Richtlinien wird ebenfalls <u>verschärft</u> , um ihre Anwendung auf weniger einschneidende Disziplinarmaßnahmen zu ermöglichen		ja ja

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 7 InstitutsVergV

Die für 2013 gewährte variable Vergütung (ausschließlich der Aufwendungen für in den Vorjahren gewährte aufgeschobene Vergütung, jedoch einschließlich der in diesem Jahr gewährten, künftig aufwandswirksam werdenden Vergütung) belief sich auf insgesamt 3,2 Mrd €. Die konzernweite Quote der aufgeschobenen Vergütung betrug (einschließlich EUAs) 49 %.

Variable Vergütung und Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung



in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹						2013	2012
	CB&S	GTB	DeAWM	PBC	NCOU	Konzern insgesamt	Konzern insgesamt
Gesamtvergütung	4.505	956	1.366	2.782	263	9.871	10.191
davon:							
Fixe Vergütung	2.373	721	937	2.472	205	6.707	7.025
Variable Vergütung	2.132	235	429	310	58	3.164	3.166
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) am Jahresende	25.608	11.502	11.465	46.800	2.879	98.254	98.219

¹ Beinhaltet die Anzahl der Angestellten sowie die diskretionären Anteile der variablen Vergütung der Postbank.

Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln.

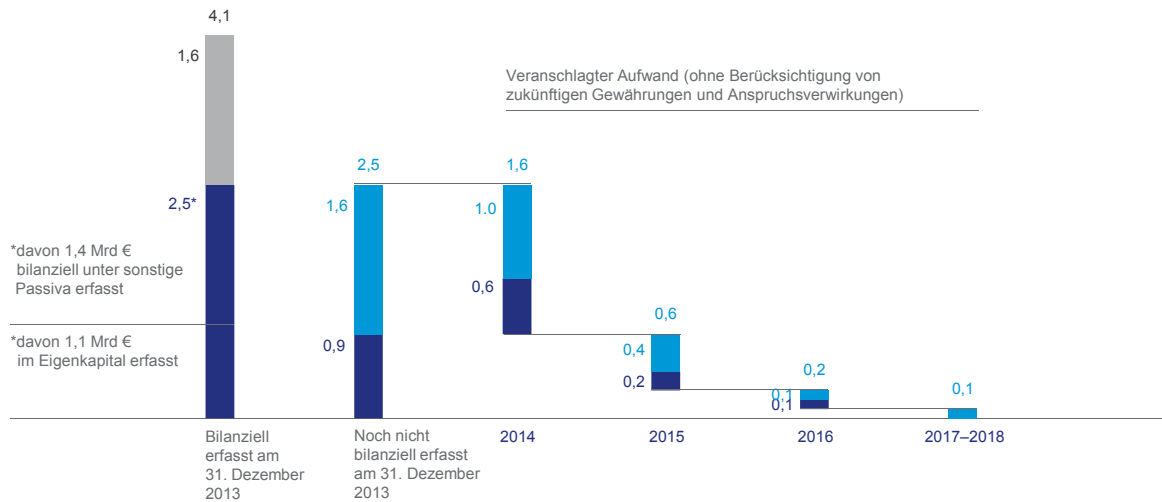
Bilanzielle Erfassung und Amortisation von gewährter variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2013 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im Februar 2014 – auf circa 2,5 Mrd. €.

Variable Vergütung

Bilanzielle Erfassung am 31. Dezember 2013 und veranschlagter Aufwand für gewährte aufgeschobene Vergütung

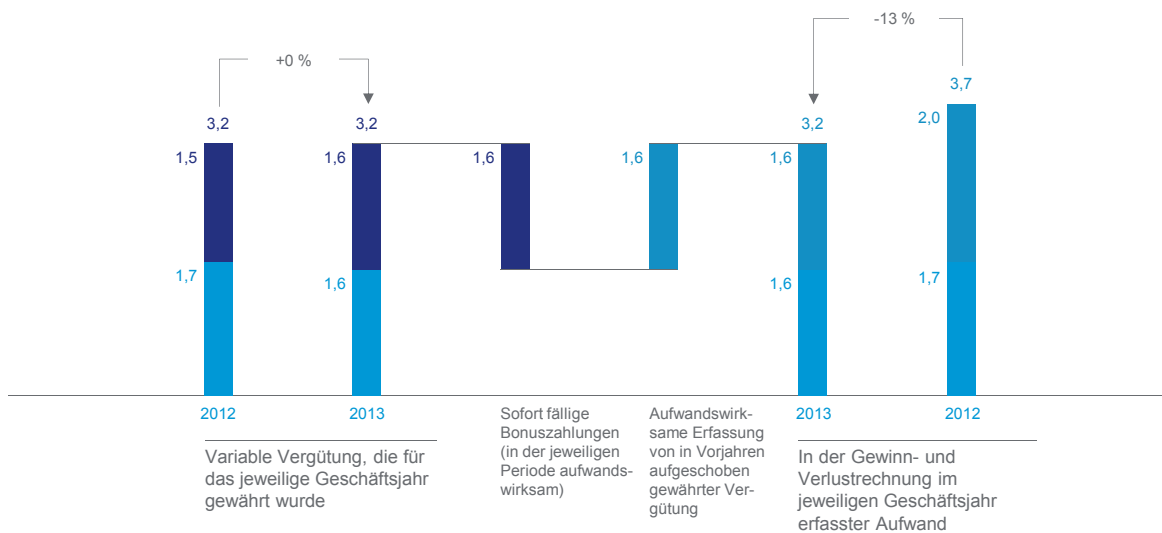
in Mrd. €



- Sofort fällige Bonuszahlungen im Rahmen der variablen Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2013 erteilt wurde, ausgewiesen als Teil der sonstigen Passiva.
- Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2012 oder davor erteilt wurde.
- Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2013 erteilt wurde.

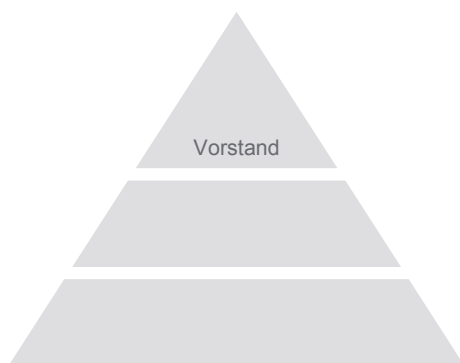
Gegenüberstellung von gewährter variabler Vergütung und erfasstem Aufwand

in Mrd. €



- Aufgeschoben gewährte Vergütung (in zukünftigen Perioden aufwandswirksam zu erfassen).
- Sofort fällige Bonuszahlungen (in der jeweiligen Periode aufwandswirksam erfasst).
- Aufwandswirksame Erfassung von in Vorjahren aufgeschoben gewährter Vergütung.

Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung



Ziele und Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat sich bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder das Ziel gesetzt, ein System zu schaffen, das unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben die Vorstandsmitglieder entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Bank sowie der gemeinsamen und individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht vergütet.

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit seiner Ausgestaltung sowie erforderliche Anpassungen an neue regulatorische Vorgaben. Im Fall einer Änderung oder Neustrukturierung nutzt der Aufsichtsrat die durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung („VorstAG“) geschaffene Möglichkeit, dass auch die Hauptversammlung über die Billigung des Vergütungssystems beschließt. Ziel der Bank ist es hierbei, den Aktionären weitestmögliche Transparenz insbesondere in Bezug auf die Ausgestaltung des Vergütungssystems der Vorstände zu gewähren. Seit dem Inkrafttreten des VorstAG im Jahr 2009 wurde das Vergütungssystem insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung regulatorischer Neuregelungen dreimal der Hauptversammlung vorgestellt und von dieser jeweils mit großer Mehrheit gebilligt. Zuletzt hat die Hauptversammlung im Mai 2013 anlässlich einer grundlegenden Neustrukturierung die Billigung des vom Aufsichtsrat am 11. April 2013 beschlossenen Vergütungssystems rückwirkend zum 1. Januar 2013 mehrheitlich mit 88,71 % beschlossen.

Die Neustrukturierung basiert dabei in weiten Teilen auf den Empfehlungen der im Jahr 2012 unter anderem zur eingehenden Überprüfung des Vorstandsvergütungssystems beauftragten „Unabhängigen Vergütungskommission“ unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Jürgen Hambrecht, welche sich aus fünf externen, hochrangigen Führungspersonlichkeiten zusammensetzte. Diese Empfehlungen wurden im Laufe des Jahres 2013 finalisiert und vom Aufsichtsrat bei der Neugestaltung des Vergütungssystems berücksichtigt. Die wesentlichen Grundzüge der neuen Vergütungsstruktur, die ab dem 1. Januar 2013 gültig ist, sind in diesem Vergütungsbericht im Weiteren ausführlich dargestellt.

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Gesamtplenum.

Unterstützt wurde das Plenum bis einschließlich 2013 vor allem durch den Präsidialausschuss. Zu seinen Aufgaben zählte insbesondere, den Aufsichtsrat in allen Fragen, die im Zusammenhang mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder stehen, zu beraten. Zudem bereitete er sämtliche Beschlussfassungen vor, die das Vergütungssystem sowie die Festlegung der individuellen Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder betrafen. Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats besteht aus insgesamt vier Mitgliedern. Zwei davon sind Vertreter der Arbeitnehmer der Bank. Der Präsidialausschuss hat sich im Jahr 2013 regelmäßig getroffen und insbesondere die Neustrukturierung des Vergütungssystems für die Vorstände intensiv vorbereitet.

Ab dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat durch den neuen Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der wesentliche, bisher vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben in Bezug auf das Vergütungssystem des Vorstands und die Festlegung der einzelnen Vergütungen übernimmt. Die Anforderung zur Begründung dieses weiteren Ausschusses aus Mitgliedern des Aufsichtsrats ist Ausfluss neuer Regulierungsansätze durch CRD 4, die auf nationaler Ebene mit dem CRD 4-Umsetzungsgesetz durch entsprechende Änderung des Kreditwesengesetzes und die Neufassung der InstitutsVergV präzisiert und in deutsches Recht umgesetzt wurde. In Bezug auf den Vorstand zählen zu den Aufgaben des Vergütungskontrollausschusses insbesondere die Unterstützung und Überwachung des Aufsichtsrats bei der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems sowie die Vorbereitung der Beschlüsse des Aufsichtsrats über die individuelle Vergütung.

Die Einrichtung des Ausschusses ist ab dem 1. Januar 2014 zwingend. Der Aufsichtsrat hat sich jedoch bereits sehr früh im vierten Quartal 2013 mit der Zusammensetzung und den Aufgaben befasst, einen Vergütungskontrollausschuss eingesetzt und sich auch intensiv mit den ihm übertragenen Aufgaben und Anforderungen auseinandergesetzt. Entsprechend den rechtlichen Vorgaben besteht der Vergütungskontrollausschuss aus vier Mitgliedern, von denen mindestens ein Mitglied über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügt und mindestens ein Mitglied den Arbeitnehmervertretern angehört.

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2014 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenum vorbereitet. Im Mittelpunkt stand dabei insbesondere die Prüfung der Angemessenheit der Vergütung im horizontalen Vergleich gegenüber Wettbewerbern ebenso wie im vertikalen Vergleich gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Im Rahmen dieser vergleichenden Prüfung wurde die Angemessenheit der Vergütung im Hinblick auf

- das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung;
- das Verhältnis von kurzfristigen und langfristigen Vergütungskomponenten;
- das Verhältnis von unmittelbar fälligen und aufgeschoben gewährten Vergütungsteilen; und
- das Verhältnis von sofort unverfallbaren und mit Verfallbedingungen versehenen Vergütungselementen

überprüft. Zudem wurde die Angemessenheit der Gesamthöhe der Vergütung im Verhältnis zu den durchschnittlichen Einkommen der Mitarbeiter betrachtet.

Grundsätze

Die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands erfolgt unter Berücksichtigung und im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Insbesondere die für ein global tätiges Unternehmen wie die Deutsche Bank weltweit sehr unterschiedlichen Anforderungen an Vergütungssysteme stellen den Aufsichtsrat vor die Herausforderung, umfangreichere Erfordernisse und Aspekte in ein einheitliches Vergütungssystem zu integrieren und dabei die notwendige Komplexität mit der gebotenen Transparenz in Balance zu halten.

Bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der individuellen Vergütungen sowie der Gestaltung der Auszahlungs- und Zuteilungsmodalitäten steht die enge Verknüpfung der Interessen der Vorstandsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre im Vordergrund. Diese Verknüpfung erfolgt zum einen im Rahmen der Festsetzung der variablen Vergütung anhand der Zugrundelegung klar definierter Kennziffern, die einen direkten Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank haben. Zum anderen wird die Verknüpfung über die Gewährung aktienbasierter Vergütungselemente, die mindestens 50 % der gesamten variablen Vergütung betragen, sichergestellt. Die aktienbasierten Vergütungselemente sind unmittelbar an die Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gebunden und werden erst nach einem mehrjährigen Zeitraum fällig. Die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Bank im Marktvergleich zu anderen Unternehmen stellt ein weiteres bedeutendes Kriterium für die Strukturierung und Festlegung der Vergütung dar.

Das Vergütungssystem für die Vorstände ist darüber hinaus leistungs- und erfolgsorientiert aufgebaut, wobei Langfristorientierung, Angemessenheit und Nachhaltigkeit Kriterien von besonderer Bedeutung sind. Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben.

Der Aufsichtsrat greift im Rahmen seiner regelmäßigen Prüfung des Vergütungssystems, ebenso wie bei der Festlegung der variablen Vergütung, auch auf die Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und erforderlichenfalls Rechtsberater zurück. Sollte er dabei eine Änderung für erforderlich halten, wird eine entsprechende Anpassung nach eingehender Prüfung und auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses vorgenommen.

Vergütungsstruktur ab Januar 2013

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2013 hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem für die Vorstände grundlegend geändert. Das vom Aufsichtsrat beschlossene Vergütungssystem und die davon umfassten Vergütungsstrukturen sind mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils in deren Anstellungsverträgen geregelt. Im Folgenden werden die Merkmale der Strukturen detailliert dargestellt.

Der Aufsichtsrat prüft zu Beginn eines Geschäftsjahres die fixe Vergütung und die Zielgrößen für die variablen Vergütungskomponenten. Darüber hinaus definiert er die konzernübergreifenden sowie die individuellen Ziele für die Vorstandsmitglieder und prüft, ob die für die langfristige Vergütungskomponente gesetzten standardisierten Zielvorgaben noch der langfristigen Strategie der Bank entsprechen. Die Performance der einzelnen Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat beurteilt und zu Ende eines Jahres wie auch unterjährig mit den Vorstandsmitgliedern besprochen.

Die aus dem neuen Vergütungssystem resultierende Gesamtvergütung unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten

Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen in erster Linie aus der fixen Vergütung. Diese wird in Form eines Grundhaltes in zwölf gleichen monatlichen Raten ausgezahlt.

Im Rahmen der jetzt vorgenommenen Neustrukturierung wurden die bisherigen Höhen der Grundgehälter der Vorstandsmitglieder nicht angepasst und betragen daher unverändert gegenüber dem Vorjahr wie folgt:

in €	2013	2012
Grundgehalt		
Co-Chairmen	2.300.000	2.300.000
Ordinary Board member	1.150.000	1.150.000

Der Aufsichtsrat wird die fixe Vergütung der Vorstandsmitglieder vor dem Hintergrund der geänderten regulatorischen Vorgaben im Laufe des Jahres 2014 überprüfen und etwaig erforderliche Änderungen beschließen.

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten, wobei an diesen im Rahmen der neuen Ausgestaltung des Vergütungssystems ebenfalls keine Änderungen vorgenommen wurden. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandserstattungen.

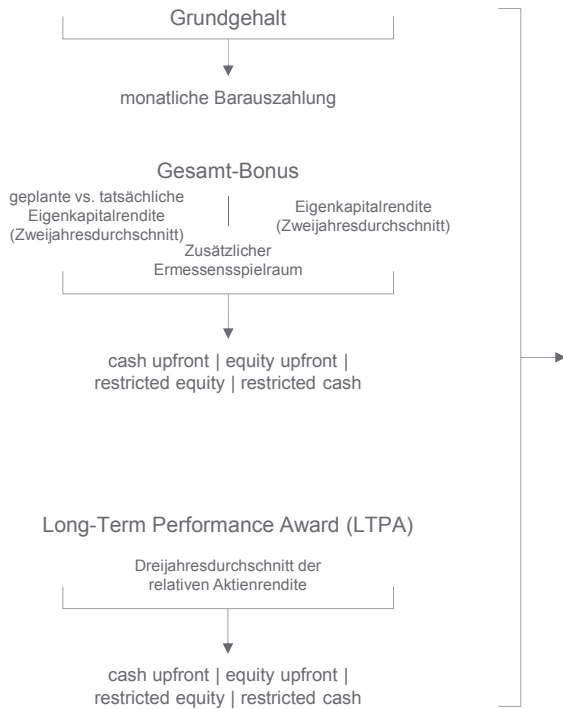
Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht – wie bisher – aus zwei Komponenten:

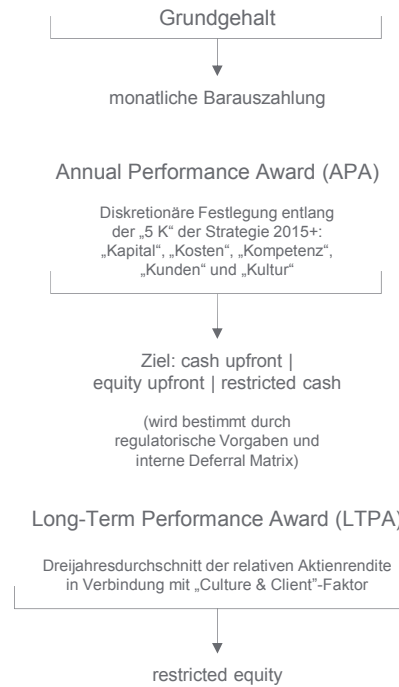
- dem Annual Performance Award (vormals Bonus) und
- dem Long-Term Performance Award.

Das folgende Schaubild zeigt einen Vergleich der bis 31. Dezember 2012 gültigen Vergütungsstruktur mit der ab dem 1. Januar 2013 geltenden Struktur:

Bisherige Struktur



Neue Struktur ab dem 1. Januar 2013



Im Vergleich zu dem bisherigen Vergütungssystem orientiert sich die ab dem Geschäftsjahr 2013 zu bestimmende erfolgsabhängige Vergütung stärker an der Erfüllung der gesetzten (strategischen) Ziele der Bank.

Annual Performance Award („APA“)

Als ein Teil der variablen Vergütung des Vorstandsmitglieds honoriert der APA das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäfts- und unternehmenspolitischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit.

Der Gesamtbetrag des Annual Performance Awards wird auf Basis mehrerer Komponenten ermittelt:

- 60 % des Award-Betrags hängen von konzernübergreifenden Zielen ab, die für alle Vorstandsmitglieder identisch sind.
- Die verbleibenden 40 % des Award-Betrags bestimmen sich anhand individueller Leistung und individueller Ziele, die der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied einzeln in Anlehnung an dessen Aufgabenbereich festlegt.

Im Rahmen der Strategie 2015+ werden Ziele in den Kategorien „Kapital“, „Kosten“, „Kompetenzen“, „Kunden“ und „Kultur“ festgelegt und adressieren somit über die quantitativen Zielvorgaben hinaus auch qualitative Elemente der Leistungserbringung. Die aus diesen Kategorien ausgewählten Zielvorgaben werden jährlich überprüft, um geänderten Rahmenbedingungen sowie Änderungen der Strategie Rechnung zu tragen.

Ziele für das Geschäftsjahr 2013

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden die folgenden konzernübergreifenden und damit für alle Vorstandsmitglieder identischen Kennziffern als Messgrößen vereinbart. Die Zielvorgaben können grundsätzlich auch andere Aspekte aus den fünf genannten Kategorien, wie beispielsweise Rendite-Ziele, enthalten:

- Kategorie **Kapital**: Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1 Ratio (CET 1)) und Leverage Ratio;
- Kategorie **Kosten**: Kosten-Ertrag-Relation (Cost-Income-Ratio (CIR));
- Kategorie **Kompetenzen**: Value added reported und
- Kategorie **Kultur/Kunden**: Employee Commitment Index und Reputational Index.

Die Ziele fließen je Kategorie jeweils zu 15 % in die Festlegung des Award-Betrags ein, so dass der Anteil der vorgenannten Kategorien am Gesamt-APA insgesamt 60 % beträgt.

Zur Bewertung der individuellen Leistungskomponente vereinbart der Aufsichtsrat mit jedem Mitglied des Vorstands einzeln jeweils:

- ein quantitatives Ziel aus den Kategorien **Kapital/Kosten/Kompetenzen** und
- ein qualitatives Ziel aus den Kategorien **Kultur/Kunden**.

Diese beiden Ziele finden ebenfalls zu 15 % Eingang in die Bestimmung des Award-Betrags, so dass der Anteil am Gesamt-APA 30 % beträgt.

Insgesamt beträgt die Summe aus konzernübergreifenden und individuell vereinbarten Zielen 90 % des Gesamt-APA. Es verbleiben weitere 10 % als freier Ermessensspielraum für den Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen, auch projektbezogenen, Erfolgsbeiträgen im Laufe des Geschäftsjahres.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Teilziele entsprechende Kriterien festgelegt, die vom Aufsichtsrat nach Ablauf des Jahres zur Bewertung der Zielerreichung herangezogen werden. Der Grad der jeweiligen Zielerreichung sowie die letztendliche Höhe des Annual Performance Awards werden hierbei nicht mehr formelhaft, sondern vom Aufsichtsrat anhand der zuvor festgelegten Kriterien im Rahmen einer sachgemäßen Beurteilung diskretionär bestimmt. Folgende Kriterien werden dabei berücksichtigt: Die tatsächlich erreichten Werte, Planwerte und extern kommunizierte Zielwerte, Vergleichswerte der Wettbewerber, Vorjahreswerte sowie eine qualitative Würdigung der Zielerreichung und auch die Gesamtrisikoaussrichtung der Bank.

Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein Annual Performance Award nicht zu gewähren ist.

Die für das Jahr 2013 geltenden Ziel- und Maximalwerte des Annual Performance Awards für ein ordentliches Vorstandsmitglied sowie die Co-Vorsitzenden des Vorstands betragen:

in €	31.12.2013		
	Minimum	Zielwert	Maximum
Co-Vorsitzender			
Anteil je 15 % Ziel	0	345.000	690.000
APA gesamt	0	2.300.000	4.600.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder			
Anteil je 15 % Ziel	0	225.000	450.000
APA gesamt	0	1.500.000	3.000.000

Long-Term Performance Award (LTPA)

Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich nicht mehr nur nach der relativen Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten, sondern orientiert sich durch die zusätzliche Berücksichtigung nicht-finanzieller Parameter auch daran, wie die Ziele erreicht werden, um eine nachhaltige Wertentwicklung zusätzlich zu fördern.

Entsprechend bemisst sich die Höhe des Long-Term Performance Awards weiterhin an der relativen Aktienrendite und zusätzlich an einem sogenannten „Culture & Client“-Faktor. Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich weiterhin grundsätzlich formelhaft und auf Basis vorab definierter Zielgrößen. Ebenfalls erhalten bleibt die Langfristigkeit dieser Vergütungskomponente durch die fortgeführte Berücksichtigung eines Dreijahresdurchschnitts der relativen Wertentwicklung.

Relative Rendite der Deutschen Bank-Aktie (RTSR)

Die relative Rendite der Deutschen Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) ergibt sich aus der Rendite der Deutschen Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe (in Euro gerechnet). Eingang in die Berechnung der Award-Höhe findet weiterhin das Mittel der jährlichen relativen Rendite der Deutschen Bank-Aktie für die drei letzten Geschäftsjahre (Vergütungsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre).

Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutschen Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 125 % der Zielgröße, das heißt, der Wert steigt um 1 % für jeden Prozentpunkt über 100 %. Wie bisher auch vermindert sich der Wert jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist, wobei die Abschlagsregelung angepasst wurde. Liegt die berechnete relative Aktienrendite im Bereich von kleiner 100 % bis 80 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert des Award-Anteils um jeweils 2 Prozentpunkte. Im Bereich zwischen 80 % und 60 % verringert sich der Wert des Award-Anteils für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils null.

Im Rahmen der Überarbeitung des Vergütungssystems und der beabsichtigten stärkeren Ausrichtung an der Strategie der Bank wurde die Vergleichsgruppe zur Ermittlung der relativen Aktienrendite angepasst. Die Vergleichsgruppe setzt sich nunmehr aus folgenden Banken zusammen:

- BNP Paribas und Société Générale (beide aus dem Euro-Raum);
- Barclays, Credit Suisse und UBS (aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum);
- Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan Chase und Morgan Stanley (alle aus den USA).

Die Vergleichsgruppe wurde anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbarer Geschäftstätigkeit, vergleichbarer Größe und internationaler Präsenz ausgewählt und wird in den kommenden Jahren weiterhin regelmäßig überprüft.

„Culture & Client“-Faktor

Durch den neu eingeführten „Culture & Client“-Faktor werden die Kundenzufriedenheit sowie die Berücksichtigung von ethischen Standards im Umgang mit Kunden gemessen, um somit eine nachhaltige Wertentwicklung zu fördern. Perspektivisch wird dieser Faktor ebenfalls formelhaft ermittelt werden.

Für eine Übergangsphase, bis zur finalen Entwicklung und Kalibrierung eines entsprechenden Systems, bestimmt der Aufsichtsrat auf Basis bereichsspezifischer Umfragewerte und sonstiger Marktanalysen den Fortgang der Entwicklung der Bank in diesen Punkten diskretionär entlang der vier Kategorien „unterdurchschnittlich“, „durchschnittlich“, „gut“ und „exzellent“. Bei einer Einstufung in die Kategorie „exzellent“ werden 125 % des „Culture & Client“-Zielwerts veranschlagt, bei „gut“ 100 %, bei „durchschnittlich“ 50 % und bei „unterdurchschnittlich“ fällt der Award-Anteil auf null.

Der Long-Term Performance Award wird dann auf Basis von im Vergleich zu 2012 leicht modifizierten Zielgrößen im Zusammenspiel zwischen der erreichten relativen Aktienrendite (RTSR) und dem „Culture & Client“-Faktor ermittelt und kann weiterhin maximal 125 % der Zielgröße betragen.

Die Gewichtung der beiden Kenngrößen liegt bei 2/3 für den RTSR-Wert und 1/3 für den „Culture & Client“-Wert.

in €	31.12.2013		
	Minimum	Zielwert	Maximum
Co-Vorsitzender			
RTSR-Anteil	0	3.066.667	3.833.333
„Culture & Client“-Anteil	0	1.533.333	1.916.667
LTPA gesamt	0	4.600.000	5.750.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder			
RTSR-Anteil	0	2.000.000	2.500.000
„Culture & Client“-Anteil	0	1.000.000	1.250.000
LTPA gesamt	0	3.000.000	3.750.000

Maximale Gesamtvergütung

Nach Anpassung der Vergütungsstruktur ergeben sich die im Folgenden dargestellten Maximalbeträge.

in €	31.12.2013			
	Grundgehalt	APA	LTPA	Gesamtvergütung
Co-Vorsitzender				
Neue Struktur				
Zielwerte	2.300.000	2.300.000	4.600.000	9.200.000
Maximum	2.300.000	4.600.000	5.750.000	12.650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
Neue Struktur				
Zielwerte	1.150.000	1.500.000	3.000.000	5.650.000
Maximum	1.150.000	3.000.000	3.750.000	7.900.000

Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt einer zusätzlichen Obergrenze von 9,85 Mio € (Cap), die vom Aufsichtsrat freiwillig für die Gesamtvergütung für das Vergütungsjahr 2013 festgesetzt wurde. Das rechnerische Maximum der Gesamtvergütung für die Co-Vorsitzenden in Höhe von 12,65 Mio € kommt demnach nicht zum Tragen und der maximal zu vergebende variable Vergütungsanteil für jeden Co-Vorsitzenden ist damit auf 7,55 Mio € begrenzt.

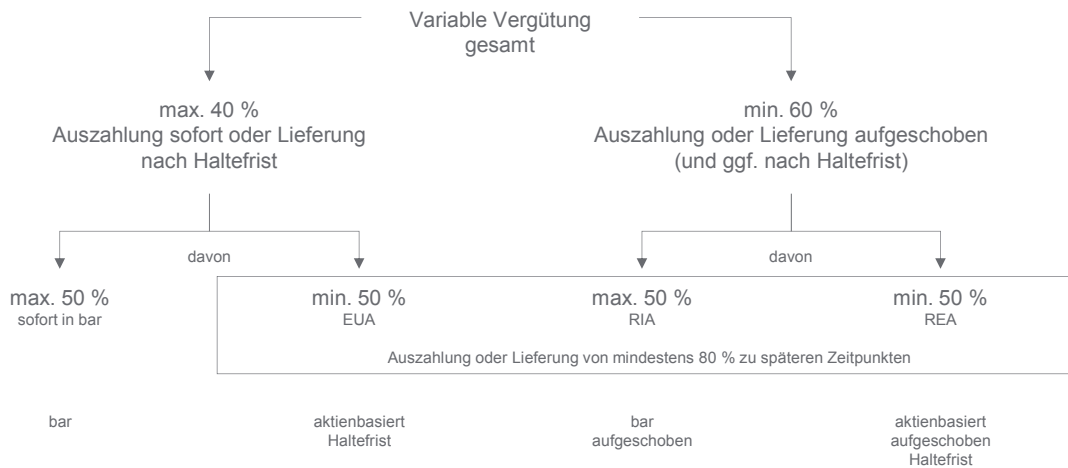
Langfristige Anreizwirkung/Nachhaltigkeit

Der Gesamtbetrag aus APA und LTPA wird weiterhin unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Gemäß InstitutsVergV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil muss mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, während der noch verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung zu gewähren ist. Beide Vergütungselemente sind über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum zu strecken, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung dürfen nicht aufgeschoben gewährt werden. Hiervon muss jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, und nur der verbleibende Teil darf direkt in bar ausgezahlt werden. In Summe betrachtet dürfen also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt werden, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden müssen.

Das folgende Schaubild stellt Aufteilung und Struktur der variablen Vergütung gemäß der InstitutsVergV dar.

Aufteilung/Struktur der variablen Vergütung für den Vorstand

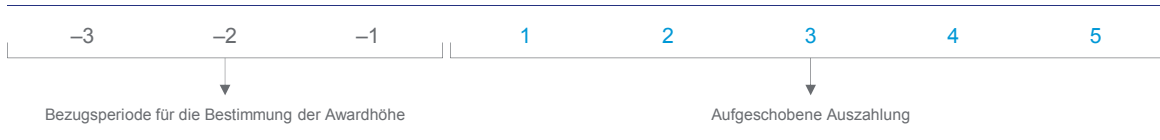


EUA = Equity Upfront Awards
RIA = Restricted Incentive Awards
REA = Restricted Equity Awards

Der APA wird grundsätzlich als sofort fällige variable Komponente („Upfront Award“) gewährt. Die Upfront Awards betragen maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung. Gemäß regulatorischen Vorgaben wird mindestens die Hälfte der Upfront Awards in aktienbasierten Vergütungselementen („Equity Upfront Award“) gewährt. Die Equity Upfront Awards sind mit einer Haltefrist von drei Jahren versehen. Erst nach deren Verstreichen darf über die Awards verfügt werden. Der verbleibende Teil wird unmittelbar in bar („Cash Upfront“) ausgezahlt. Sofern regulatorische Vorgaben oder bankspezifische Regelungen dies erfordern, werden auch Teile des APA zeitlich aufgeschoben gewährt, wobei dies grundsätzlich in Form von aufgeschobenen Barvergütungsbestandteilen („Restricted Incentive Award“) erfolgen soll. Die Restricted Incentive Awards werden in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche tritt etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe ein. Im Abstand von jeweils einem Jahr werden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar. Mit dem Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgt gleichzeitig der Zufluss. Die aufgeschobene Barvergütung wird damit insgesamt über einen Zeitraum von etwa viereinhalb Jahren ausgezahlt.

Der LTPA wird zu 100 % aufgeschoben und ausschließlich in Form von aktienbasierten Vergütungselementen („Restricted Equity Award“) gewährt. Die Restricted Equity Awards werden etwa viereinhalb Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist versehen.

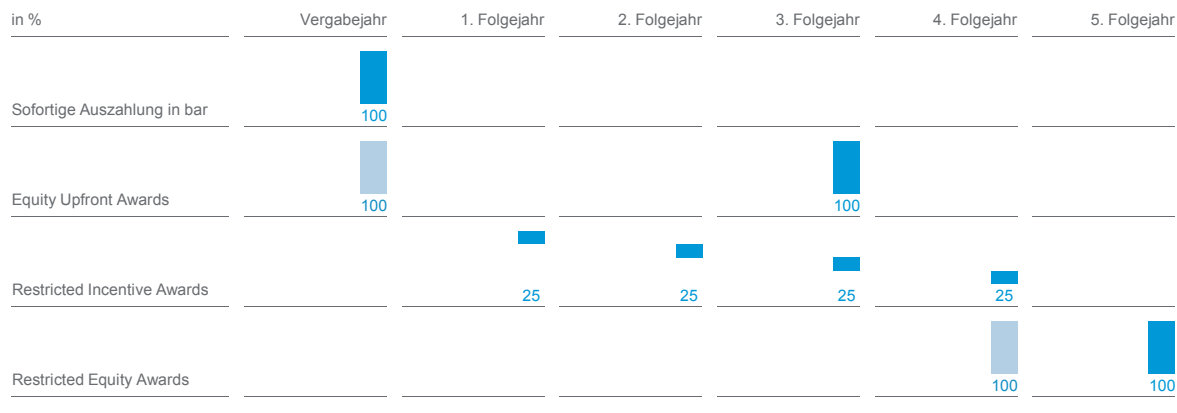
frist von sechs Monaten versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder erst nach etwa fünf Jahren über die Aktien verfügen, sofern die Anwartschaft in diesem Zeitraum nicht aufgrund von Verletzungen der Einbehaltungsregelungen verfallen ist.



Auf diese Weise sind eine langfristige Anreizwirkung und ein Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank-Aktie auch über den der Bewertung des LTPA zugrunde liegenden dreijährigen Zeitraum hinaus gegeben.

Das nachfolgende Schaubild stellt neben dem Auszahlungszeitpunkt der Barvergütung insbesondere die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der übrigen variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe dar.

Zeiträumen für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand



- Fälligkeit und/oder Unverfallbarkeit, verbunden mit Auszahlung oder Lieferung.
- Fälligkeit mit anschließender Haltefrist bis zur Lieferung; Bestehen einzelner Verwirkungstatbestände während der Haltefrist.

Da die Restricted Incentive Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zinszahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag in Höhe von 2 % gewährt.

Die gewährten aktienbasierten Awards (Equity Upfront Awards und Restricted Equity Awards) berechtigen zu einer zusätzlichen Gewährung eines Dividendenäquivalents, um die Interessen stärker mit denen der Aktionäre in Einklang zu bringen. Das Dividendenäquivalent wird gemäß der folgenden Formel bestimmt:

$$\frac{\text{Gezahlte Dividende}}{\text{Kurs der Deutsche Bank-Aktie am Tag der Dividendenzahlung}} \times \text{Anzahl an Aktienanwartschaften}$$

Verfallbedingungen

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Equity Upfront Awards, Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Bei-

spiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, bei Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Darüber hinaus entfällt der Long-Term Performance Award vollständig, wenn die gesetzlichen regulatorischen Mindestvorgaben zur Kernkapitalquote in diesem Zeitraum nicht eingehalten wurden.

Durch die Verfallbedingungen, die ein wesentlicher Aspekt dieser Vergütungskomponenten sind, wird sichergestellt, dass die langfristige Erfolgsentwicklung sowohl des Konzerns als auch der einzelnen Personen in Einklang gebracht wird.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen (zum Beispiel Veräußerung großer Beteiligungen) ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt darüber hinaus nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Regelungen zur Aktienhaltepflcht

Zur Stärkung der Identifikation mit der Bank und ihren Aktionären werden die Vorstandsmitglieder verpflichtet, einen Teil ihres Privatvermögens in Deutsche Bank-Aktien anzulegen. Die Vorstandsmitglieder werden zu diesem Zweck jederzeit eine Anzahl von Deutsche Bank-Aktien in ihrem Depot halten, die bei den Co-Vorsitzenden dem 3-fachen und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern dem 2-fachen ihrer jährlichen Grundvergütung entspricht. Aufgeschobene aktienbasiert gewährte Vergütungen können zu 75 % auf diese Verpflichtung angerechnet werden.

Es gilt eine Karenzfrist von 36 Monaten für die Co-Vorsitzenden beziehungsweise 24 Monaten für die ordentlichen Vorstandsmitglieder, bis zu der die Vorgaben erfüllt sein müssen. Obwohl die Aktien-Haltepflchten für die Co-Vorsitzenden erst im Jahr 2016 und für die ordentlichen Vorstandsmitglieder im Jahr 2015 wirksam werden, haben sämtliche Vorstandsmitglieder die Vorgaben bereits im Jahr 2013 und damit bereits vor Ablauf der vertraglichen Karenzzeit erfüllt. Die Einhaltung der Vorgaben wird halbjährlich zum 30.06. beziehungsweise 31.12. eines Jahres überprüft. Bei festgestellten Differenzen haben die Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Prüfung Zeit zur Korrektur.

Durch aufgeschoben gewährte beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckte Vergütungskomponenten bleibt eine weitere Verbundenheit mit der Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie in der Regel gleichwohl auch für einen Zeitraum nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand bestehen.

Vergütungsstruktur bis Dezember 2012

Die bis 31. Dezember 2012 gültige Vergütungsstruktur für die Vorstände bestand aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten. Zu den erfolgsunabhängigen Komponenten zählten das Grundgehalt und die sonstigen Leistungen. Die erfolgsabhängige Vergütung setzte sich aus zwei Vergütungskomponenten zusammen, dem Bonus und dem Long-Term Performance Award (LTPA).

Der Bonus wurde auf Basis von zwei Komponenten ermittelt. Deren Höhe basierte auf einer vorab definierten Zielgröße, die mit einem jährlich zu berechnenden Faktor multipliziert wurde und jeweils von der Entwicklung der Eigenkapitalrendite abhängig war. Die erste Komponente des Bonus bestimmte sich aus dem Vergleich der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite eines Jahres im Verhältnis zu einem für dasselbe Jahr festgelegten Planwert. Der zweiten Komponente des Bonus lag die tatsächlich erreichte Eigenkapitalrendite zugrunde.

Für beide Komponenten wurde jeweils ein Zweijahreszeitraum betrachtet: das Jahr, für das der Bonus festgelegt wurde, sowie das jeweilige Vorjahr. Die rechnerische Ermittlung des Bonus stellte sich wie folgt dar:

$$\text{Gesamtbonus} = \text{Bonuskomponente 1} + \text{Bonuskomponente 2}$$

Zielgröße 1 x Faktor 1
Zielgröße 2 x Faktor 2

Der rechnerisch ermittelte Gesamtbonus war nach oben auf das 1,5-fache der Zielgröße begrenzt. Bei Unterschreiten der für beide Bonuskomponenten definierten Untergrenzen entfiel die Zahlung einer Bonuskomponente oder des Gesamtbonus vollständig. Der Aufsichtsrat nahm ergänzend eine Bewertung vor, durch die der rechnerisch ermittelte Gesamt-Bonusbetrag erhöht oder verringert werden konnte. Diese Ermessensausübung konnte zu einer Erhöhung oder Verringerung des rechnerisch ermittelten Gesamtbonusbetrags um bis zu 50 % für ein ordentliches Vorstandsmitglied und eine Erhöhung um bis zu 150 % beziehungsweise eine Verringerung um bis zu 100 % für einen Co-Vorsitzenden des Vorstands führen. Somit konnte der Gesamtbonus für ein ordentliches Vorstandsmitglied maximal das 2,25-fache und für die Co-Vorsitzenden das 3,75-fache der Zielgröße betragen.

Die Höhe des Long-Term Performance Awards (LTPA) orientierte sich an der Rendite der Deutsche Bank-Aktie im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen (in Euro gerechnet) einer ausgewählten Vergleichsgruppe von sechs führenden Banken. Das Ergebnis hieraus war die relative Aktienrendite (Relative Total Shareholder Return (RTSR)). Der LTPA errechnete sich ausgehend von einer vorab definierten Zielgröße aus dem Mittel des jährlichen RTSR für die drei letzten Geschäftsjahre (Berichtsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre). Die Vergleichsgruppe bestand aus:

- Banco Santander und BNP Paribas (beide aus dem Euro-Raum),
- Barclays und Credit Suisse (beide aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum) sowie
- JPMorgan Chase und Goldman Sachs (beide aus den USA).

Der LTPA hatte eine Obergrenze (Cap) von 125 % der Zielgröße. Bei Unterschreiten einer bestimmten Größe wurde kein LTPA gewährt.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2013 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter der Co-Vorsitzenden auf jeweils 2.300.000 € und die der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 1.150.000 €.

Variable Vergütung

Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 festgelegt. Bei der Ermittlung und Festsetzung der Höhe des APA und des LTPA hat der Aufsichtsrat neben dem Gesamterfolg der Deutsche Bank-Gruppe vor allem die individuellen Erfolgsbeiträge der einzelnen Vorstandsmitglieder angemessen berücksichtigt. Dabei wurde der individuelle Erfolgsbeitrag anhand der Erreichung der individuell vereinbarten Ziele bestimmt, und es wurde entsprechend zwischen den einzelnen Vorstandsmitgliedern differenziert.

Bezüge (insgesamt und individuell)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2013 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 36.890.500 € (2012: 23.681.498 €). Hiervon entfielen 10.350.000 € (2012: 9.599.999 €) auf Grundgehälter, 1.593.250 € (2012: 1.402.936 €) auf sonstige Leistungen, 23.897.250 € (2012: 11.396.439 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 1.050.000 € (2012: 1.282.124 €) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Um vollständige Transparenz über die den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 gewährte Vergütung zu verschaffen, zeigt die nachstehende Tabelle – abweichend von den Regelungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 – die vom Aufsichtsrat für die einzelnen Vorstandsmitglieder für deren Tätigkeit im Vorstand festgelegten Bezüge für die Jahre 2013 und 2012 inklusive der erfolgsunabhängigen sonstigen Leistungen und des Dienstzeitaufwands für Altersleistungen.

Mitglieder des Vorstands		Erfolgsabhängige Komponenten				Vergütung			Nebenleistungen		
		Erfolgsunabhängige Komponenten				Grund- gehalt	Gesamt- vergütung	Sonstige Leistungen	Dienstzeit- aufwand für Pensionen	Summe (ohne Dienstzeit- aufwand)	Summe (ein- schließlich Dienstzeit- aufwand)
		ohne langfristige Anreiz- wirkung		mit langfristiger Anreizwirkung							
		unmittelbar ausgezahlt	Restricted Incentive Award(s) zugesagt	bar	aktienbasiert						
				Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufge- schoben mit zusätzlicher Haltefrist)						
in €											
Dr. Josef Ackermann ¹	2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Dr. Hugo Bänziger ¹	2012	150.000	744.600	150.000	730.000	687.500	2.462.100	88.372	405.581	2.550.472	2.956.053
Jürgen Fitschen	2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anshuman Jain	2012	134.812	269.217	134.812	263.938	479.167	1.281.946	36.959	303.183	1.318.905	1.622.088
Stefan Krause	2013	150.000	1.347.930	150.000	3.526.667	2.300.000	7.474.597	236.590	290.457	7.711.187	8.001.644
Hermann-Josef Lamberti ¹	2012	150.000	1.392.555	150.000	1.365.250	1.820.833	4.878.638	240.044	327.364	5.118.682	5.446.046
Dr. Stephan Leithner ²	2013	150.000	1.347.930	150.000	3.526.667	2.300.000	7.474.597	804.032	692.433	8.278.629	8.971.062
Stuart ²	2012	150.000	1.392.555	150.000	1.365.250	1.820.833	4.878.638	614.588	412.524	5.493.226	5.905.750
Lewis	2013	150.000	926.415	150.000	2.300.000	1.150.000	4.676.415	105.609	340.985	4.782.024	5.123.009
Rainer Neske	2012	150.000	823.140	150.000	807.000	1.150.000	3.080.140	102.301	550.439	3.182.441	3.732.880
Henry ²	2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ritchothe	2012	134.812	269.217	134.812	263.938	479.167	1.281.946	42.664	180.193	1.324.610	1.504.803
Summe	2013	150.000	956.250	150.000	2.300.000	1.150.000	4.706.250	119.905	360.800	4.826.155	5.186.955
	2012	87.500	480.165	87.500	470.750	670.833	1.796.748	72.601	210.469	1.869.349	2.079.818
	2013	150.000	921.825	150.000	2.300.000	1.150.000	4.671.825	89.844	351.335	4.761.669	5.113.004
	2012	87.500	480.165	87.500	470.750	670.833	1.796.748	71.187	209.385	1.867.935	2.077.320
	2013	150.000	1.071.000	150.000	2.300.000	1.150.000	4.821.000	104.900	348.352	4.925.900	5.274.252
	2012	150.000	823.140	150.000	807.000	1.150.000	3.080.140	127.543	560.153	3.207.683	3.767.836
	2013	150.000	921.825	150.000	2.300.000	1.150.000	4.671.825	132.370	344.689	4.804.195	5.148.884
	2012	87.500	480.165	87.500	470.750	670.833	1.796.748	6.677	206.692	1.803.425	2.010.117
	2013	1.050.000	7.493.175	1.050.000	18.553.334	10.350.000	38.496.509	1.593.250	2.729.051	40.089.759	42.818.810
	2012	1.282.124	7.154.919	1.282.124	7.014.626	9.599.999	26.333.792	1.402.936	3.365.983	27.736.728	31.102.711

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2013 und 2012 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der sonstigen Leistungen und des Dienstzeitaufwands für Altersleistungen.

Mitglieder des Vorstands		Erfolgsabhängige Komponenten				Vergütung		Nebenleistungen			
		Erfolgsunabhängige Komponenten				Grund- gehalt	Sonstige Leistungen	Dienstzeit- aufwand für Pensionen	Summe (ohne Dienstzeit- aufwand)	Summe (ein- schließlich Dienstzeit- aufwand)	
		ohne langfristige Anreiz- wirkung		mit langfristiger Anreizwirkung							
		unmittelbar ausgezahlt	bar	aktienbasiert	Restricted Equity Award(s) (aufge- schoben mit zusätzlicher Haltefrist)						
in €				Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt (mit Haltefrist)	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)						
Dr. Josef Ackermann ¹	2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	2012	150.000	699.347	150.000	730.000	687.500	88.372	405.581	2.505.219	2.910.800	
Dr. Hugo Bänziger ¹	2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	2012	134.812	97.572	134.812	263.938	479.167	36.959	303.183	1.147.260	1.450.443	
Jürgen Fitschen	2013	150.000	624.644	150.000	3.526.667	2.300.000	236.590	290.457	6.987.901	7.278.358	
	2012	150.000	273.122	150.000	1.365.250	1.820.833	240.044	327.364	3.999.249	4.326.613	
Anshuman Jain	2013	150.000	2.378.687	150.000	3.526.667	2.300.000	804.032	692.433	9.309.386	10.001.819	
	2012	150.000	1.342.968	150.000	1.365.250	1.820.833	614.588	412.524	5.443.639	5.856.163	
Stefan Krause	2013	150.000	659.784	150.000	2.300.000	1.150.000	105.609	340.985	4.515.393	4.856.378	
	2012	150.000	309.829	150.000	807.000	1.150.000	102.301	550.439	2.669.130	3.219.569	
Hermann-Josef Lamberti ¹	2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	2012	134.812	97.572	134.812	263.938	479.167	42.664	180.193	1.152.965	1.333.158	
Dr. Stephan Leithner ²	2013	150.000	0	150.000	2.300.000	1.150.000	119.905	360.800	3.869.905	4.230.705	
	2012	87.500	0	87.500	470.750	670.833	72.601	210.469	1.389.184	1.599.653	
Stuart Lewis ²	2013	150.000	0	150.000	2.300.000	1.150.000	89.844	351.335	3.839.844	4.191.179	
	2012	87.500	0	87.500	470.750	670.833	71.187	209.385	1.387.770	1.597.155	
Rainer Neske	2013	150.000	630.801	150.000	2.300.000	1.150.000	104.900	348.352	4.485.701	4.834.053	
	2012	150.000	279.279	150.000	807.000	1.150.000	127.543	560.153	2.663.822	3.223.975	
Henry Ritchotte ²	2013	150.000	0	150.000	2.300.000	1.150.000	132.370	344.689	3.882.370	4.227.059	
	2012	87.500	0	87.500	470.750	670.833	6.677	206.692	1.323.260	1.529.952	
Summe	2013	1.050.000	4.293.916	1.050.000	18.553.334	10.350.000	1.593.250	2.729.051	36.890.500	39.619.551	
	2012	1.282.124	3.099.689	1.282.124	7.014.626	9.599.999	1.402.936	3.365.983	23.681.498	27.047.481	

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Im Hinblick auf das Jahr 2013 sind in den zuvor dargestellten Gesamtbezügen die dritte Tranche aus den im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 463.254 €, die zweite Tranche aus den im Jahr 2011 für das Geschäftsjahr 2010 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 1.710.153 € und die erste Tranche der im Jahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 2.120.509 € enthalten.

Im Hinblick auf das Jahr 2012 sind in den dargestellten Gesamtbezügen die zweite Tranche aus den im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 1.389.536 € und die erste Tranche aus den im Jahr 2011 für das Geschäftsjahr 2010 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 1.710.153 € enthalten.

In der nachfolgenden Tabelle werden Details zu den Restricted Incentive Awards, die den einzelnen Vorstandsmitgliedern während ihrer aktiven Dienstzeit ausgezahlt wurden, gezeigt. Dabei sind neben den in einem Geschäftsjahr ausgezahlten Beträgen auch die ursprünglich zugesagten Beträge, jeweils bezogen auf das Geschäftsjahr der Zusage, angegeben.

Mitglieder des Vorstands

Beträge in €	Geschäftsjahr ¹	Verteilungszeitraum/Tranchen ²	Zugesagter Betrag	Auszahlung im Geschäftsjahr 2013 ³	Auszahlung im Geschäftsjahr 2012 ³	Auszahlung im Geschäftsjahr 2011 ³
Dr. Josef Ackermann ⁴	2012	2014 bis 2017 / 4	744.600	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	3.750.075	0	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	2.534.089	0	0	0
	2009	2011 bis 2013 / 3	1.925.000	0	699.347	693.139
Dr. Hugo Bänziger ⁴	2012	2014 bis 2017 / 4	269.217	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	0	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	824.399	0	0	0
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	0	97.572	96.706
Jürgen Fitschen	2013	2015 bis 2018 / 4	1.347.930	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	1.392.555	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	356.221	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	799.770	199.943	199.943	0
2009	2011 bis 2013 / 3	201.431	68.480	73.179	72.530	
Anshuman Jain	2013	2015 bis 2018 / 4	1.347.930	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	1.392.555	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	4.207.383	1.051.846	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	4.367.413	1.091.853	1.091.853	0
2009	2011 bis 2013 / 3	691.210	234.988	251.115	248.885	
Stefan Krause	2013	2015 bis 2018 / 4	926.415	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	823.140	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	356.221	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	849.029	212.257	212.257	0
2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	91.306	97.572	96.706	
Hermann-Josef Lambert ⁴	2012	2014 bis 2017 / 4	269.217	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	0	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	799.770	0	0	0
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	0	97.572	96.706
Dr. Stephan Leithner ⁵	2013	2015 bis 2018 / 4	956.250	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	480.165	0	0	0
Stuart Lewis ⁵	2013	2015 bis 2018 / 4	921.825	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	480.165	0	0	0
Rainer Neske	2013	2015 bis 2018 / 4	1.071.000	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	823.140	0	0	0
	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	356.221	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	824.399	206.100	206.100	0
2009	2011 bis 2013 / 3	201.431	68.480	73.179	72.530	
Henry Ritchotte ⁵	2013	2015 bis 2018 / 4	921.825	0	0	0
	2012	2014 bis 2017 / 4	480.165	0	0	0
Summe	2013	2014 bis 2017 / 4	7.493.175	0	0	0
	2012	2013 bis 2016 / 4	7.154.919	0	0	0
	2011	2012 bis 2015 / 4	15.081.873	2.120.509	0	0
	2010	2012 bis 2015 / 4	10.998.869	1.710.153	1.710.153	0
	2009	2011 bis 2013 / 3	3.824.797	463.254	1.389.536	1.377.202

¹ Geschäftsjahr, für das die Zusage für die Tätigkeit im Vorstand ursprünglich erteilt wurde.

² Anzahl gleicher Tranchen.

³ Die Restricted Incentive Awards, die für das Geschäftsjahr 2009 zugesagt wurden, enthalten eine variable Komponente (RoE-orientierte Anpassung), so dass der gewährte, das heißt ausgezahlte Betrag der Tranchen vom ursprünglich zugesagten Betrag abweicht.

⁴ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

⁵ Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2014 für das Geschäftsjahr 2013 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2014 (35,4385 €) ermittelt (Vorjahr: 38,525 € = Xetra-Schlusskurs am 1. Februar 2013).

Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Mitglieder des Vorstands			Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Anzahl	Jahr			
Dr. Josef Ackermann ¹	2012		3.893	18.948
Dr. Hugo Bänziger ¹	2012		3.499	6.851
Jürgen Fitschen	2013		4.233	99.515
	2012		3.893	35.438
Anshuman Jain	2013		4.233	99.515
	2012		3.893	35.438
Stefan Krause	2013		4.233	64.901
	2012		3.893	20.947
Hermann-Josef Lamberti ¹	2012		3.499	6.851
Dr. Stephan Leithner ²	2013		4.233	64.901
	2012		2.271	12.219
Stuart Lewis ²	2013		4.233	64.901
	2012		2.271	12.219
Rainer Neske	2013		4.233	64.901
	2012		3.893	20.947
Henry Ritchotte ²	2013		4.233	64.901
	2012		2.271	12.219

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Alters- und Übergangsleistungen

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts und des Gesamtbonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren. Ab dem Alter von 61 Jahren wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2013 standen den Herren Dr. Ackermann, Dr. Bänziger und Lamberti im Zusammenhang mit deren Ausscheiden Übergangsleistungen zu. Die vertraglich zugesagten Übergangsleistungen für Herrn Dr. Ackermann betragen im Jahr 2013 insgesamt 3.384.375 € und setzten sich aus elf monatlichen Zahlungen von Januar bis einschließlich November in Höhe von je 103.125 € und einer Einmalzahlung im Februar 2013 in Höhe von 2.250.000 € zusammen. Eine weitere Einmalzahlung für Herrn Dr. Ackermann ist im Jahr 2014 fällig. Die Herren Dr. Bänziger und Lamberti erhielten im Februar 2013 jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 575.000 €. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht darüber hinaus aufgrund früherer vertraglicher Zusagen jeweils ein zusätzliches monatliches Ruhegeld von 29.400 € nach der Beendigung der monatlichen Übergangszahlungen zu, das heißt für Herrn Dr. Ackermann ab Dezember 2013 und für Herrn Lamberti für das Gesamtjahr 2013.

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2013 und 2012 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012 für die derzeitigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands in €	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Jürgen Fitschen	230.000	253.815	48.633	31.513	1.089.173	810.540	290.457	327.364	1.442.337	1.093.915
Anshuman Jain	690.000	422.625	0	0	1.112.625	422.625	692.433	412.524	1.129.633	412.524
Stefan Krause	327.750	560.194	0	0	2.986.137	2.658.387	340.985	550.439	3.036.880	2.564.927
Dr. Stephan Leithner ¹	396.750	241.500	0	0	638.250	241.500	360.800	210.469	586.293	210.469
Stuart Lewis ¹	379.500	231.438	0	0	610.938	231.438	351.335	209.385	571.042	209.385
Rainer Neske	362.250	616.214	0	0	2.796.865	2.434.615	348.352	560.153	2.628.520	2.179.771
Henry Ritchotte ¹	345.000	211.313	0	0	556.313	211.313	344.689	206.692	561.276	206.692

¹ Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, so besteht grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient dabei die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Eine Abfindung wird in den vorgenannten Fällen nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen unterliegt.

In Zusammenhang mit ihrem Ausscheiden aus dem Konzern im Jahr 2012 haben Herr Dr. Bänziger und Herr Lamberti eine Abfindung auf Grundlage eines jeweils mit ihnen geschlossenen Aufhebungsvertrags erhalten. Die zweite Rate der Abfindung war am 31. Mai 2013 fällig und betrug für Herrn Dr. Bänziger 3.691.000 € und für Herrn Lamberti 3.664.000 €.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands	Aufgewandter Betrag für			
	Aktienbasierte Vergütungskomponenten		Vergütungskomponente in bar	
	2013	2012	2013	2012
in €				
Dr. Josef Ackermann ¹	728.432	5.093.773	744.600	4.688.524
Dr. Hugo Bänziger ¹	341.305	2.314.873	269.217	1.989.185
Jürgen Fitschen	1.196.942	967.516	1.117.213	819.851
Anshuman Jain	3.152.852	2.738.231	2.693.501	3.092.210
Stefan Krause	1.107.799	981.775	919.828	824.961
Hermann-Josef Lamberti ¹	341.305	2.485.906	269.217	1.974.270
Dr. Stephan Leithner ²	103.399	0	172.939	0
Stuart Lewis ²	103.399	0	172.939	0
Rainer Neske	1.103.157	969.746	916.694	827.875
Henry Ritchotte ²	103.399	0	172.939	0

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Mai 2012.

² Mitglied des Vorstands ab dem 1. Juni 2012.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 21. Februar 2014 beziehungsweise 28. März 2013 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder Deutsche Bank-Aktien wie nachfolgend beschrieben:

Mitglieder des Vorstands	Anzahl Aktien	
Jürgen Fitschen	2014	205.173
	2013	183.759
Anshuman Jain	2014	615.276
	2013	572.701
Stefan Krause	2014	27.442
	2013	0
Dr. Stephan Leithner	2014	57.488
	2013	24.632
Stuart Lewis	2014	32.530
	2013	20.480
Rainer Neske	2014	95.533
	2013	73.940
Henry Ritchotte	2014	166.526
	2013	134.082
Summe	2014	1.199.968
	2013	1.009.594

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten am 21. Februar 2014 insgesamt 1.199.968 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,12 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktienanwartschaften der derzeitigen Vorstandsmitglieder am 28. März 2013 und am 21. Februar 2014 und die Anzahl der in diesem Zeitraum neu gewährten, ausgelieferten oder verfallenen Anwartschaften.

Mitglieder des Vorstands	Bestand zum 28.3.2013	Gewährt	Ausgeliefert	Verfallen	Bestand zum 21.2.2014
Jürgen Fitschen	146.472	44.192	104.592	0	206.872
Anshuman Jain	344.875	80.537	104.592	0	368.930
Stefan Krause	141.148	52.250	69.667	0	158.565
Dr. Stephan Leithner	180.348	64.235	71.068	0	187.181
Stuart Lewis	77.706	22.659	70.081	0	125.128
Rainer Neske	132.905	44.562	69.667	0	158.010
Henry Ritchotte	144.944	56.788	70.804	0	158.960

Nach den Vorschriften der InstitutsVergV regulierte Mitarbeiter



Gemäß InstitutsVergV sind wir verpflichtet, alle Mitarbeiter zu ermitteln, bei denen davon ausgegangen wird, dass ihre Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben. Die ordnungsgemäße Ermittlung von Mitarbeitern, die der InstitutsVergV unterliegen, und die darauffolgende Gestaltung geeigneter Vergütungsstrukturen für diese Mitarbeiter sind unverzichtbar, um sicherzustellen, dass wir keine Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken schaffen. Das SECC hat die Entwicklung und Umsetzung eines soliden, risikoorientierten Identifikationsprozesses für das Performance-Jahr 2013 überwacht einschließlich der Bewertung geeigneter qualitativer und quantitativer Kriterien. Im Rahmen des Prozesses wurden die nachstehenden Mitarbeitergruppen ermittelt:

- Mitglieder der obersten Führungsebene des Konzerns (Vorstand, Group Executive Committee und Geschäftsleiter bedeutender Konzerngesellschaften);
- Mitglieder des Senior Management, die für das tägliche Management von Front-Office-Bereichen zuständig sind, sowie das Regional Management;
- Führungskräfte, die für die unabhängigen Kontrollfunktionen des Konzerns zuständig sind, einschließlich der globalen Leiter der Kontrollfunktionen, Mitglieder der globalen Komitees in den Infrastrukturbereichen sowie Mitglieder der Risiko-Komitees;
- Mitarbeiter, die den Konzern einem erheblichen Risiko aussetzen können, einschließlich aller Managing Directors des Bereichs CB&S (mit Ausnahme der Bereiche Research und German Large Corporates); und

— falls nicht bereits identifiziert, alle anderen Mitarbeiter mit ähnlichem Vergütungsniveau wie diejenigen, die unter die oben genannten Kriterien fallen.

Weltweit wurden für das Performance-Jahr 2013 1.295 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 38 Ländern identifiziert, die der InstitutsVergV unterliegen. Dies entspricht einem Anstieg um 7 % gegenüber dem Jahr 2012, in dem 1.215 regulierte Mitarbeiter identifiziert wurden. Dieser Anstieg ist maßgeblich auf (i) die Ermittlung der maßgeblichen Mitglieder des Risk Committee, die über erhebliche Kompetenzen verfügen, (ii) die Ermittlung weiterer Mitarbeiter außerhalb des Bereichs CB&S, die die Institution einem erheblichen Risiko aussetzen können, und (iii) einer strategischen Entscheidung des SECC, die Vergütungsobergrenze zu senken, zurückzuführen. Wie in den vergangenen Jahren erwarten wir, dass die Anzahl der regulierten Mitarbeiter auf einem wesentlich höheren Niveau als bei der Mehrzahl unserer hauptsächlichen Wettbewerber ist, sowohl in absoluter Höhe als auch im Verhältnis zur gesamten Belegschaft.

Angesichts der neuen regulatorischen Anforderungen und der bevorstehenden Technischen Regulierungsstandards der EBA erwarten wir, dass sich unsere Methode zur Ermittlung regulierter Mitarbeiter während des Jahres 2014 weiterentwickeln wird.

Vergütungsstrukturen für regulierte Mitarbeiter

Für regulierte Mitarbeiter kommen dieselben Quoten des Anteils der aufgeschobenen Vergütung zur Anwendung wie für alle anderen Mitarbeiter, jedoch mit der Abweichung, dass mindestens 40 % bis 60 % ihrer variablen Vergütung in aufgeschobener Form zu gewähren sind. Erreicht der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung eines regulierten Mitarbeiters bei Anwendung der konzernweit geltenden Aufschub-Quoten nicht mindestens eine Quote von 40 % (vorausgesetzt, die variable Vergütung übersteigt 50.000 €), so wird diese Quote außer Kraft gesetzt, damit sichergestellt ist, dass die regulatorischen Anforderungen erfüllt werden. Für regulierte Mitarbeiter gilt, dass durchschnittlich mehr als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Mindestquote von 40 % bis 60 % der variablen Vergütung aufgeschoben wird.

Alle regulierten Mitarbeiter erhalten 50 % ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von REA und die verbleibenden 50 % in der Regel als RIA. (NB: Eine begrenzte Anzahl von regulierten Mitarbeitern in unserem Unternehmensbereich DeAWM erhielt einen Teil ihres RIA in Form des EIP. Dabei handelt es sich um in bar zu erfüllende Anwartschaften, die von dem Wert der durch den Unternehmensbereich verwalteten Fonds abhängt. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für den RIA. Diese Mitarbeiter erhalten weiterhin 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung aktienbasiert in Form eines REA, wie durch die InstitutsVergV vorgeschrieben). Nach Eintritt der Unverfallbarkeit (beziehungsweise am Ende der für die Senior Management Group geltenden viereinhalbjährigen Anwartschaftsfrist) gilt für die einzelnen REA-Tranchen eine anschließende Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Aktien von den Mitarbeitern nicht verkauft werden dürfen. Mitarbeiter können ihren REA nach den Bedingungen des Einbehalts wegen Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien beziehungsweise wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage oder im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund dennoch verwirken.

Zusätzlich zu der aufgeschobenen Vergütung werden 50 % der sofort fälligen variablen Vergütung (der nach Berechnung des aufgeschobenen Bestandteils verbleibende Teil) ebenfalls aktienbasiert in Form eines EUA gewährt. Ab Gewährung unterliegen diese aktienbasierten Vergütungskomponenten einer Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Anteile nicht veräußert werden dürfen. Wenn man den EUA dem aufgeschobenen Teil der variablen Vergütung hinzufügt, bedeutet das, dass den regulierten Mitarbeitern im Durchschnitt weniger als 15 % ihrer variablen Vergütung für das Jahr 2013 unmittelbar in bar ausgezahlt werden (das heißt, dass der Anteil der zurückbehaltenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung mehr als 85 % beträgt). Während der Haltefrist unterliegen die EUA den Verfallsbestimmungen wegen Verstoßes gegen regulatorische Vorgaben oder interne Richtlinien respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage und können auch verwirkt werden, wenn der Mitarbeiter den Konzern entweder freiwillig oder wegen Kündigung aus wichtigem Grund verlässt.

Eine ausführliche Zusammenfassung der Leistungs- und Verfallsbedingungen findet sich unter der Überschrift „Ex post Risikoanpassung“ im Abschnitt „Offenlegung und Zusammenfassung der konzernweiten Vergütung“.

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 8 InstitutsVergV

Wie oben beschrieben haben wir entsprechend den Vorgaben der InstitutsVergV zur Ermittlung regulierter Mitarbeiter einen strukturierten und umfassenden Ansatz entwickelt, verfeinert und umgesetzt. Einzelheiten der kollektiven Vergütungselemente für die Gruppe der regulierten Mitarbeiter sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt. Die Mitglieder des Vorstands sowie die Geschäftsleiter unserer bedeutenden Konzerngesellschaften im Sinne des § 1 InstitutsVergV sind in der Spalte „Geschäftsleiter (bedeutende Institute)“ aufgeführt.

							2013
in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	CB&S	GTB	DeAWM	PBC	Geschäftsleiter (bedeutende Institute)	NCOU	Konzern gesamt
Gesamtvergütung	1.388	41	120	48	97	39	1.733
Anzahl der Angestellten	1.093	27	76	35	38	26	1.295
davon:							
Fixe Vergütung	324	9	24	11	20	8	397
Variable Vergütung	1.065	31	96	36	76	32	1.336
Variable Vergütung							
davon: aufgeschobene Vergütung	809	24	74	28	67	25	1.028
davon: aktienbasiert	406	12	37	14	39	13	521
davon: sofort zugeteilt	255	7	22	8	9	6	308
davon: aktienbasiert ²	127	4	11	4	5	3	154
davon:							
Vergütung in Abhängigkeit von einer Einbehaltungsregelung	937	28	85	32	72	28	1.182
Vergütung in Abhängigkeit von einer nachhaltigen Wertentwicklung	809	24	74	28	67	25	1.028
Zahlungen bei Aufnahme des Anstellungsverhältnisses ^{3,4}	27						37 ⁵
Anzahl der Begünstigten	28						38 ⁵
Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ⁴	18						31 ⁵
Anzahl der Begünstigten	55						62 ⁵

¹ Ohne Postbank.

² Der Teil der sofort zugeteilten Vergütungskomponenten, der als EUA gewährt wurde, kann aufgrund lokaler rechtlicher Bestimmungen und Steuergesetzgebungen weniger als 50 % betragen.

³ Einschließlich Garantiezusagen.

⁴ Die Zahlungen, die anlässlich der Aufnahme oder der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gewährt werden, sind zur Wahrung der Vertraulichkeit der Mitarbeiter aufgrund der geringen Anzahl von Leistungsempfängern mit Ausnahme des Bereichs CB&S in aggregierter Form für den Konzern dargestellt.

⁵ Die Gesamtsumme enthält neben der für CB&S ausgewiesenen Zahl die aggregierte Zahl für alle anderen Geschäftsbereiche.

Alle Zahlen in der Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln.

Wir stellen sicher, dass freiwillige Leistungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Grundlage des nachhaltigen Engagements des Einzelnen und dessen persönlichen Beitrags zum Erfolg der Bank während der Zeit seiner Beschäftigung festgesetzt werden. Die größte im Jahr 2013 geleistete Abfindungszahlung betrug 3,7 Mio €.

Sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente sowie der EUA unterliegen dem Einbehalt nach einem Verstoß des Mitarbeiters gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus gelten für sämtliche aufgeschoben gewährten Vergütungselemente die Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag des Unternehmensbereichs des Mitarbeiters beziehungsweise des Konzerns insgesamt. Im Jahr 2013 verfielen für vier regulierte Mitarbeiter Vergütungselemente wegen Kündigung aus wichtigem Grund beziehungsweise infolge der Feststellung eines Verstoßes gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen. Der verfallene Betrag belief sich (basierend auf dem Wert des Awards zum Zeitpunkt der Gewährung) auf 9,24 Mio €. Zum Ende des Jahres 2013 standen 17 Mitarbeiter unter Beobachtung der bankinternen Ausschüsse und waren aufgrund noch andauernder Ermittlungen von der vorläufigen Aussetzung der Fälligkeit oder Lieferung betroffen.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 beschlossen. Danach gelten die folgenden Regelungen ab 1. Januar 2013:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung“). Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-fache dieses Betrages.

Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

in €	31.12.2013	
	Vorsitzender	Mitglied
Ausschuss ¹		
Prüfungsausschuss	200.000	100.000
Risikoausschuss	200.000	100.000
Nominierungsausschuss	0	0
Vermittlungsausschuss	0	0
Integritätsausschuss ²	100.000	50.000
Präsidialausschuss	100.000	50.000
Vergütungskontrollausschuss ³	100.000	50.000

¹ Die Mitgliedschaften in den Ausschüssen sind im Finanzbericht unter „Ergänzende Informationen“ auf der Seite 534 dargestellt.

² Eingerichtet am 22. Mai 2013.

³ Eingerichtet am 29. Oktober 2013.

Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars auf drei Nachkommastellen in Aktien der Gesellschaft umgerechnet. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet.

Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amtes entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsrats-tätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Repräsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit Selbstbehalt einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft.

Für das Geschäftsjahr 2012 galten für die Vergütung des Aufsichtsrats folgende Regelungen:

Die Vergütung bestand aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie überstieg. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung betrug 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € überstieg.

Diese Beträge erhöhten sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss betrug der Erhöhungssatz 200 %. Beides galt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhielt das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellte dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnahmen. Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche bestand. Die Prämien hierfür wurden von der Bank entrichtet.

Die Deutsche Bank erstattete den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Auslagen sowie etwaige Umsatzsteuer- aufwendungen, die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstanden. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhielten außerdem ihre Vergütung als Mitarbeiter. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehörten, wurde im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgte.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2012 einschließlich des Sitzungsgelds verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2013		Vergütung für das Geschäftsjahr 2012			
	Fest	Hiervon im Februar 2014 ausgezahlt	Fest	Variabel	Sitzungsgeld	Insgesamt
Dr. Paul Achleitner ¹	645.833	484.374	160.000	0	13.000	173.000
Dr. Clemens Börsig ²	0	0	100.000	0	12.000	112.000
Karin Ruck ⁴	125.000	125.000	210.000	0	19.000	229.000
Alfred Herling	187.500	140.625	120.000	0	12.000	132.000
Wolfgang Böhr ⁴	41.667	41.667	60.000	0	6.000	66.000
Frank Bsirske ³	95.833	71.874	0	0	0	0
John Cryan ³	233.333	174.999	0	0	0	0
Dina Dublon ⁶	33.333	24.999	0	0	0	0
Dr. Karl-Gerhard Eick ⁴	125.000	125.000	180.000	0	13.000	193.000
Katherine Garrett-Cox	100.000	75.000	60.000	0	6.000	66.000
Timo Heider ³	87.500	65.625	0	0	0	0
Gerd Herzberg ²	0	0	25.000	0	4.000	29.000
Sabine Irrgang ³	87.500	65.625	0	0	0	0
Prof. Dr. Henning Kagermann	200.000	150.000	120.000	0	12.000	132.000
Martina Klee	129.167	96.875	60.000	0	6.000	66.000
Suzanne Labarge	200.000	150.000	120.000	0	12.000	132.000
Maurice Lévy ²	0	0	25.000	0	3.000	28.000
Peter Löscher	129.167	96.875	40.000	0	2.000	42.000
Henriette Mark	200.000	150.000	120.000	0	13.000	133.000
Gabriele Platscher	158.333	118.749	60.000	0	6.000	66.000
Bernd Rose ³	116.667	87.500	0	0	0	0
Dr. Theo Siegert ²	0	0	75.000	0	8.000	83.000
Rudolf Stockem	158.333	118.749	35.000	0	2.000	37.000
Stephan Szukalski ³	58.333	43.749	0	0	0	0
Dr. Johannes Teysen	100.000	75.000	60.000	0	6.000	66.000
Marlehn Thieme ⁴	83.333	83.333	120.000	0	13.000	133.000
Georg Thoma ³	116.667	87.500	0	0	0	0
Tilman Todenhöfer ⁵	125.000	125.000	120.000	0	12.000	132.000
Prof. Dr. Klaus Rüdiger						
Trützscher	200.000	150.000	80.000	0	7.000	87.000
Stefan Viertel ¹	41.667	41.667	60.000	0	6.000	66.000
Renate Voigt ⁴	41.667	41.667	60.000	0	6.000	66.000
Werner Wenning ²	41.667	41.667	60.000	0	6.000	66.000
Insgesamt	3.862.500	3.053.119	2.130.000	0	205.000	2.335.000

¹ Mitglied seit 31. Mai 2012.

² Mitglied bis 31. Mai 2012.

³ Mitglied seit 23. Mai 2013.

⁴ Mitglied bis 23. Mai 2013.

⁵ Mitglied bis 31. Oktober 2013.

⁶ Mitglied seit 1. November 2013.

Von der ermittelten Vergütung für das Geschäftsjahr 2013 wurden dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 25 % nach Rechnungsvorlage im Februar 2014 auf der Basis eines Aktienkurses von 36,939 € (Durchschnitt der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra) des Januars 2014, auf drei Nachkommastellen gerundet) in virtuelle Aktienanteile der Gesellschaft umgerechnet. Für Mitglieder, die im Jahr 2013 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, wurde die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der virtuellen Aktienanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats, die im Februar 2014 als Teil der Vergütung 2013 auf drei Nachkommastellen umgerechnet wurden:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der virtuellen Aktienanteile
Dr. Paul Achleitner	4.370,945
Alfred Herling	1.268,984
Frank Bsirske	648,592
John Cryan	1.579,180
Dina Dublon	225,597
Katherine Garrett-Cox	676,791
Timo Heider	592,193
Sabine Irrgang	592,193
Prof. Dr. Henning Kagermann	1.353,583
Martina Klee	874,189
Suzanne Labarge	1.353,583
Peter Löscher	874,189
Henriette Mark	1.353,583
Gabriele Platscher	1.071,586
Bernd Rose	789,590
Rudolf Stockem	1.071,586
Stephan Szukalski	394,795
Dr. Johannes Teysen	676,791
Georg Thoma	789,590
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	1.353,583
Insgesamt	21.911,123

Mit Ausnahme der Herren Bsirske und Stockem sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2013 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,10 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2013 haben wir 0,08 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Herr Dr. Achleitner nimmt im Einverständnis mit dem Vorstand der Bank unentgeltlich bestimmte Repräsentationsaufgaben für die Bank wahr, aus denen sich Gelegenheiten für die Vermittlung von Geschäftskontakten ergeben. Diese Aufgaben sind eng mit seinen funktionalen Verantwortlichkeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG verknüpft. Insoweit ist die Kostenübernahme durch die Bank in der Satzung geregelt. Aufgrund einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung stellt die Bank Herrn Dr. Achleitner für derartige Tätigkeiten im Interesse der Bank unentgeltlich Infrastruktur- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So ist er berechtigt, interne Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung seiner Tätigkeiten zu nutzen. Beispielsweise stehen Herrn Dr. Achleitner die Sicherheits- und Fahrdienste der Bank für diese Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erstattet die Bank seine Reisekosten und Teilnahmegebühren und entrichtet die Steuern auf etwaige geldwerte Vorteile. Der Präsidialausschuss hat dem Abschluss dieser Vereinbarung am 24. September 2012 zugestimmt. Die Regelungen der Vereinbarung gelten für die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Achleitner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und werden jährlich auf ihre Angemessenheit überprüft. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat die Bank Herrn Dr. Achleitner im Geschäftsjahr 2013 Unterstützungsleistungen im Gegenwert von rund 185.000 € und Aufwandserstattungen in Höhe von 137.502 € gewährt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats hat sämtliche zum Zeitpunkt der Bestellung von Herrn Thoma zum Aufsichtsrat, laufende Mandatsbeziehungen zwischen der Shearman & Sterling LLP und der Deutsche Bank AG sowie deren verbundenen Unternehmen und seither auch alle neuen Mandate, bei denen die Deutsche Bank AG oder deren verbundene Unternehmen zu den Leistungsempfängern gehören, genehmigt. Im Rahmen dieser Mandatsbeziehungen wurden in der Zeit zwischen der Bestellung von Herrn Thoma und dem 31. De-

zember 2013 durch Konzernunternehmen der Deutschen Bank an Shearman & Sterling LLP Zahlungen in Höhe von ca. 2,3 Mio. € geleistet. Nicht erfasst sind durchaus signifikante Beträge, die über Konsortialführer abgerechnet wurden und somit weder bei Shearman & Sterling LLP noch bei der Bank als Zahlungen der Bank an Shearman & Sterling LLP gebucht sind. Herr Thoma hat bei keinem der Mandate mitgewirkt. Lediglich wegen seiner Beteiligung als einer von 159 Equity Partnern zum 31. Dezember 2013 ist er wirtschaftlich am Erfolg von Shearman & Sterling LLP beteiligt.

Unternehmerische Verantwortung

Verantwortliches Handeln gegenüber Kunden, Aktionären, Mitarbeitern und der Gesellschaft ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmenskultur und Kern unseres in der Strategie 2015+ verankerten kulturellen Wandels. Es setzt voraus, dass wir die Auswirkungen erkennen, die von unseren geschäftlichen Entscheidungen ausgehen, dass wir Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG) noch stärker in unsere Entscheidungsprozesse einbeziehen und daran arbeiten, die direkten und indirekten Auswirkungen unseres Handelns auf die Umwelt und die Gesellschaft zu verbessern.

Unser Ziel ist es, durch die Berücksichtigung von ESG-Faktoren in unserem Kerngeschäft für alle unsere Anspruchsgruppen gleichermaßen Wert zu schaffen. Im Jahr 2013 haben wir deshalb weiter daran gearbeitet, das Bewusstsein für Risiken und Chancen, die sich durch ESG-Faktoren ergeben können, zu schärfen.

Umwelt- und Sozialrisiken

Effektives Risikomanagement setzt voraus, dass jeder einzelne Mitarbeiter Verantwortung für den Erfolg und die Reputation der Bank übernimmt. Mit Richtlinien und definierten Prozessen unterstützen wir unsere Mitarbeiter, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Ein Beispiel hierfür ist unser Rahmenwerk zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken (ES-Risiko-Rahmenwerk). Es ist seit 2012 ein Schlüsselement unseres Reputationsrisikoprozesses. Das Rahmenwerk konzentriert sich auf umweltbezogene und soziale Risiken (ES-Risiken), die aus Kundenbeziehungen und damit verbundenen Transaktionen entstehen und negative Folgen für die Reputation der Bank haben können. Es schreibt vor, mögliche Auswirkungen dieser Risiken zu bewerten und in die Genehmigungsprozesse aller Transaktionen einzubeziehen. 2013 entwickelten wir ein umfassenderes Trainingskonzept, um das Bewusstsein für ES-Risiken zu schärfen, 2014 werden wir es weltweit ausrollen.

Wir suchen den Dialog mit unseren Kunden, sofern wir signifikante umweltbezogene oder soziale Risiken erkennen, und haben hierfür Leitlinien mit gezielten Fragen zur Due Diligence entwickelt. Internationale Standards, wie zum Beispiel die Performance Standards der International Finance Corporation, fließen in unsere internen Leitlinien ein. Soweit noch keine entsprechenden Standards bestehen, berücksichtigen wir in unserem Due Diligence-Prozess neben unseren internen Analysen auch die Meinung externer Experten.

Im Jahr 2013 hat sich die Zahl der im ES-Risiko-Rahmenwerk betrachteten Transaktionen deutlich erhöht, was ein Beleg dafür ist, dass das Bewusstsein für umweltbezogene und soziale Risiken in unserem Unternehmen gestiegen ist. Zudem wurden im Laufe des Jahres 106 Transaktionen zur Prüfung an die regionalen, divisionalen und das Konzern-Reputationsrisiko-Komitee weitergeleitet (2012: 102), 7 davon betrafen Umwelt- und Sozialrisiken (2012: 16).

Verantwortungsvolles Investieren in Deutsche Asset & Wealth Management

Mit der Gründung unseres Geschäftsbereichs Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) verstärken wir unseren Ansatz, Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen in den Investmentprozess zu integrieren. Ein neu gegründetes ESG-Headoffice ist sowohl für die Umsetzung unserer ESG-Strategie als auch für Koordination, Entwicklung und Stärkung unserer Kapazitäten und unseres Know-hows in diesem Bereich verantwortlich.

Der ESG-Ansatz stützt sich auf drei Säulen.

- **Risikomanagement:** eine umfassende eigene ESG-Recherche, um Investitionsentscheidungen zu stützen und Geschäftsrisiken zu verringern.
- **Governance:** konsistente ESG-Richtlinien und -Verfahren für sämtliche Vermögenswerte der DeAWM. Damit stellen wir sicher, dass alle Mitarbeiter die verfügbaren Informationen berücksichtigen und in Übereinstimmung mit den Richtlinien handeln.
- **Wertschöpfung:** Identifizieren von Angebotslücken und Entwickeln neuer ESG-Produkte und -Dienstleistungen.

Ende 2013 verwaltete DeAWM ein Fondsvolumen von 5,1 Mrd €, welches gemäß ESG-Kriterien investiert war (2012: 3,7 Mrd €).

Finanzierung Erneuerbarer Energien-Projekte in Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking

Trotz des verhaltenen Wachstums hat die Bedeutung des Sektors für Erneuerbare Energien in 2013 weiter zugenommen. Über unser Infrastructure and Energy Banking Team strukturieren wir Finanzierungslösungen für die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Projekten in diesem Bereich. 2013 stellten wir Beratungsleistungen und Finanzmittel für Projekte zum Bau von Solarenergie-, Windkraft-, Wasserkraft- und Energierückgewinnungsanlagen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 1.185 Megawatt Leistung und einem Gesamtwert von mehr als 3,6 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Die Deutsche Bank stellte für diese Projekte über 1,36 Milliarden US-Dollar bereit. Damit sind wir einer der drei führenden privaten Finanzierer für Erneuerbare Energien-Projekte in Europa, Nordamerika und dem Nahen Osten.

In unserem Bereich Global Transaction Banking waren 40 % der Transaktionen, die 2013 im Bereich Trust & Agency Services abgeschlossen wurden, Erneuerbare Energien-Projekte. In Summe unterstützten wir 15 Erneuerbare Energien-Projekte mit einer Gesamtkapazität von 1.250 Megawatt und einem Gesamtvolumen von 2,3 Mrd €.

Green Bonds

Die Deutsche Bank hat sich einem Bündnis von 13 führenden Finanzinstituten angeschlossen, das sich für freiwillige Leitlinien für „Grüne Anleihen“ („Green Bonds“) zur Finanzierung umweltfreundlicher Aktivitäten einsetzt. Die Leitlinien sollen dazu beitragen, die Integrität dieses rasch wachsenden Markts und Transparenz für Investoren sicherzustellen. Die sogenannten „Green Bond Principles“ beinhalten Verfahrensweisen für die Allokation, die Offenlegung, die Verwaltung und die Berichterstattung über das Kapital, das über eine grüne Anleihe eingeworben wird.

Klimaneutralität

Unseren Geschäftsbetrieb stellten wir auch 2013 klimaneutral. Dies haben wir durch Investitionen in Energieeffizienz-Projekte, die Nutzung und Erzeugung erneuerbarer Energie sowie den Ankauf und das Stilllegen hochwertiger Ausgleichszertifikate erreicht. Zum zweiten Mal in Folge wurde die Deutsche Bank im Climate Performance Leadership Index des CDP gelistet. Positiv gewürdigt wurde in diesem Zusammenhang insbesondere die breite Basis, auf die wir unsere Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels stellen, sowie deren Wirkung.

Gesellschaftliches Engagement

Mit unserem gesellschaftlichen Engagement gehen wir drängende soziale Herausforderungen an und arbeiten, wann immer es möglich ist, mit gemeinnützigen Organisationen sowie mit führenden Institutionen zusammen. Mit einer Fördersumme von 78,2 Mio € (2012: 82,8 Mio €) waren die Deutsche Bank und ihre Stiftungen auch 2013 wieder unter den engagiertesten Unternehmensbürgern weltweit. Des Weiteren waren mehr als 19.500 Mitarbeiter an 25.000 Tagen aktiv, um gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Den Einsatz unserer Mitarbeiter, auch außerhalb der Programme der Bank, würdigen wir mit dem 2013 eingeführten Global Volunteer Award.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2013 beschäftigte die Bank insgesamt 98.254 Mitarbeiter, verglichen mit 98.219 zum 31. Dezember 2012. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2013, 2012 und 2011.

Mitarbeiter ¹	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Deutschland	46.377	46.308	47.323
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.372	23.952	24.265
Asien/Pazifik	18.175	17.630	18.273
Nordamerika ^{2,3}	9.752	9.787	10.610
Lateinamerika	578	542	525
Mitarbeiter insgesamt³	98.254	98.219	100.996

¹ Vollzeitkräfte. In 2013 wurden die Mitarbeiter von Pakistan, die bislang unter Asien/Pazifik ausgewiesen wurden, dem Mittleren Osten zugeordnet; die Zahlen für 2012 (79 Mitarbeiter) und 2011 (78 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst. In 2012 wurden die Mitarbeiter von Mexiko, die bislang unter Nordamerika ausgewiesen wurden, Lateinamerika zugeordnet; die Zahlen für 2011 (90 Mitarbeiter) und 2010 (89 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst. In 2012 führte die Anpassung der Berechnung des „mobilen Vertriebs“ in Indien zu einer Reduktion um 300 Vollzeitkräfte (Status Dezember 2011).

² Vorwiegend USA.

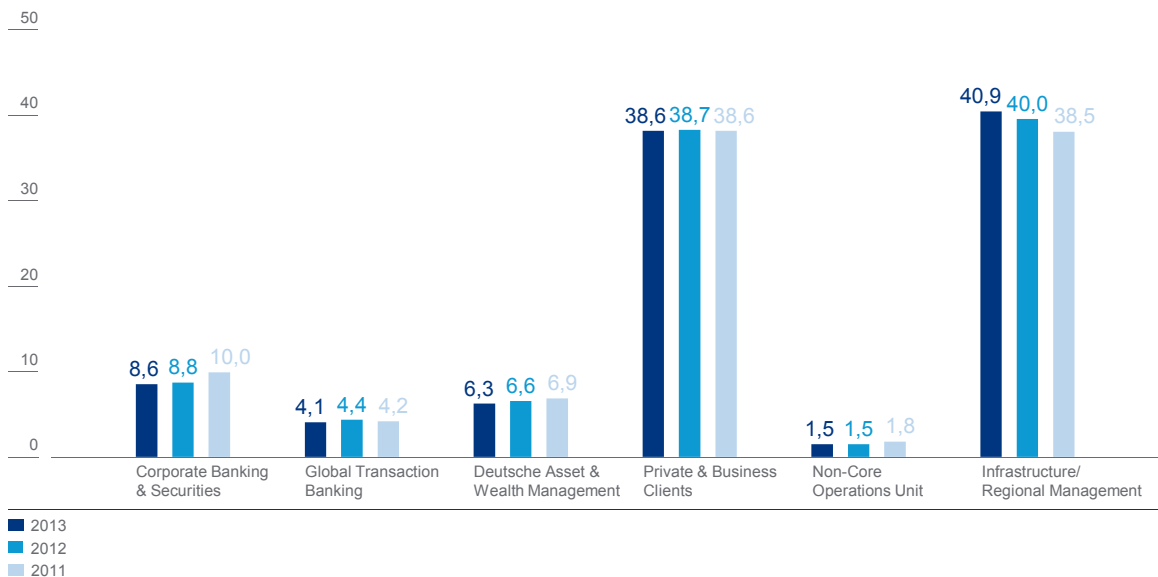
³ Die nominelle Zahl der Beschäftigten von The Cosmopolitan of Las Vegas beträgt 4.393 zum 31. Dezember 2013, verglichen mit 4.371 zum 31. Dezember 2012 und mit 4.256 zum 31. Dezember 2011, und umfasst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und ist nicht in der Anzahl der Vollzeitkräfte enthalten.

Die Zahl unserer Mitarbeiter erhöhte sich 2013 um 35 oder 0,0 %. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities sank die Zahl der Mitarbeiter um 210 aufgrund von Anpassungen an die Marktentwicklung.
- Im Unternehmensbereich Global Transaction Banking verringerte sich die Mitarbeiterzahl um 247. Dieser Rückgang hängt sowohl mit Anpassungen in Zusammenhang mit dem in den Niederlanden erworbenen Firmenkundengeschäfts, als auch mit der Veräußerung der Deutsche Card Services zusammen.
- Im Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management reduzierte sich der Personalbestand um 332. Gründe waren Anpassungen an die aktuelle Marktentwicklung sowie die Zusammenführung der Asset- und Wealth-Management-Aktivitäten zu einer Einheit.
- Im Unternehmensbereich Private & Business Clients reduzierte sich die Mitarbeiterzahl um 53, obwohl die KEBA in Deutschland in den Konzern integriert wurde.
- Im Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit blieb der Personalbestand nahezu auf Vorjahreshöhe.
- In den Infrastrukturbereichen stieg die Zahl der Beschäftigten um 886. Dazu hat vor allem die Integration der DB Investment Services in Deutschland beigetragen.

Mitarbeiter

in %



Anmerkung: In 2013 wurden die Mitarbeiter der Infrastrukturbereiche der Postbank, die bislang unter Private & Business Clients ausgewiesen wurden, den Infrastrukturbereichen zugeordnet; die Zahlen für 2012 (3.099 Mitarbeiter) und 2011 (3.163 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst.

Labor Relations

In Deutschland werden tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervereinigungen bezüglich Gehalt und Benefits für die nicht leitenden Angestellten abgeschlossen. Viele Unternehmen in Deutschland, auch die Deutsche Bank AG sowie ihre wichtigsten Tochtergesellschaften, sind Mitglied einer Arbeitgebervereinigung und an Tarifverträge gebunden.

Jedes Jahr verhandelt der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. die Tarifverträge neu, die für eine Vielzahl unserer Mitarbeiter gelten. Der aktuelle Vertrag wurde im Juni 2012 abgeschlossen und umfasst eine Einmalzahlung im Juni 2012 von 350 € (Auszubildende 100 €), eine Gehaltssteigerung von 2,9 % ab Juli 2012 und eine zweite Gehaltssteigerung von 2,5 % ab Juni 2013. Der derzeitige Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2014. Der Tarifabschluss beinhaltet zudem eine Erklärung zur Bedeutung des Gesundheitsmanagements in den Unternehmen, eine Vereinbarung, Verhandlungen über eine Verlängerung des Vorruhestandstarifvertrags sowie die Vereinbarung, Verhandlungen bezüglich einer Neuregelung der Sams-tagsarbeit in 2012/2013 aufzunehmen und bis zur Tarifrunde 2014 abzuschließen.

Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. verhandelt mit folgenden Gewerkschaften:

- ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), im Juli 2001 hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften einschließlich der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
- Deutscher Bankangestellten Verband (DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister)
- Deutscher Handels- und Industrieangestellten Verband (DHV – Die Berufsgewerkschaft)
- Komba Gewerkschaft (nur relevant für Postbank)
- DPVKom – Die Kommunikationsgewerkschaft (nur relevant für Postbank)

Das Gesetz verbietet, Arbeitnehmer bezüglich einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu befragen. Deswegen kann die Deutsche Bank keinerlei Auskunft über die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern in ihrer Belegschaft abgeben. Schätzungen nach sind etwa 15 % der Arbeitnehmer des Bankensektors Mitglied einer Gewerkschaft. Die Deutsche Bank schätzt, dass weniger als 15 % ihrer Angestellten in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind (ausgenommen Postbank, die traditionell einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von etwa 60 % hat). Weltweit schätzt die Bank den Organisationsgrad auf 15 % ihrer Arbeitnehmer (einschließlich Postbank, Organisationsgrad weltweit weniger als 25 %).

Am 31. Dezember 2013 waren 38 % der Beschäftigten der Postbank in Deutschland Beamte (Basis Vollzeitkräfte). Am 31. Dezember 2012 betrug dieser Anteil 40 %.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Unseren Mitarbeitern bieten wir eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

In unserem global koordinierten Rechnungslegungsprozess, in welchem wir leistungsdefinierte Pläne mit einem Barwert der Verpflichtung von mehr als 2 Mio € abdecken, werden die Bewertungen lokaler Aktuar in den einzelnen Ländern durch unseren globalen Aktuar überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsannahmen stellen wir sicher, dass diese bestmöglich geschätzten, unvoreingenommen gewählten und voneinander unabhängigen Parameter global konsistent sind.

Eine weitergehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Eine neue Kultur der Performance in der Deutschen Bank

Unser Beitrag zu einem nachhaltigen und motivierenden Arbeitsumfeld

Im Jahr 2013 haben wir wesentlich dazu beigetragen, die Kompetenzen unserer Mitarbeiter weiterzuentwickeln und sowohl aufsichtsrechtlichen Anforderungen als auch den Erwartungen der Gesellschaft zu entsprechen.

Wir haben die Strategie der Deutschen Bank in ein Konzept zur Mitarbeiterentwicklung übertragen, das unsere Werte und Überzeugungen in unserem Personalmanagement verankert:

- Kompetenzen im gesamten Unternehmen weiterentwickeln und die Verfügbarkeit künftiger Führungskräfte sicherstellen.
- Ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem nachhaltige Leistung im Einklang mit der Strategie der Bank gefördert wird.
- In die berufliche und persönliche Entwicklung unserer Mitarbeiter und Führungskräfte investieren, um sie zu motivieren und ihre Kompetenzen zu maximieren.

Kompetenzen in der gesamten Organisation weiterentwickeln und die Verfügbarkeit künftiger Führungskräfte sicherstellen

Ein konzernweiter Ansatz für das Talentmanagement auf Senior Management-Ebene trägt entscheidend dazu bei, einen stabilen Pool an künftigen Führungskräften aufzubauen, die Leistung, Wachstum und die richtige Unternehmenskultur in der Bank langfristig vorantreiben. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2013 mit dem sogenannten People Committee ein Ausschuss gegründet, der unter Leitung der beiden Co-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Fitschen und Anshu Jain das konzernweite strategische Talentmanagement lenken und überwachen soll.

Ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem nachhaltige Leistung im Einklang mit der Strategie der Bank gefördert wird

Das Talent- und das Performance-Management sind zwei wesentliche Bereiche des Personalmanagements. Sie ermöglichen die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie und die Entwicklung von Kompetenzen, die auf die individuellen Ziele eines Mitarbeiters und die Geschäftsbedürfnisse abgestimmt sind.

Das Ziel des Talentmanagements ist es, die am besten qualifizierten Mitarbeiter zu gewinnen, zu fördern und an die Bank zu binden und dadurch unsere hohe Leistungsfähigkeit nachhaltig zu bewahren. Seit 2007 setzen wir einen global einheitlichen Prozess um, der folgende Elemente umfasst:

- **Talent-Matrix**, ein Instrument zur Bewertung der Leistung, des Potenzials und der Entwicklungsbereitschaft;
- **Talent Review Meeting**, die wichtigste Plattform, um uns über die Leistung unserer Mitarbeiter und das Potenzial von Führungsteams auszutauschen. Zudem dient es der Identifizierung von Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten;
- **Feedback-Gespräch** zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern im Anschluss an das Talent Review Meeting, in dem ein persönlicher Karriere- oder Entwicklungsplan erarbeitet wird.

Um das Talentmanagement effektiv umzusetzen, muss es an der Geschäftsstrategie und dem künftigen Bedarf an Talenten ausgerichtet werden. Die neuen Werte und Überzeugungen weisen die Richtung im Talentmanagement und gelten als Maßstab zum Ausbau unserer übergreifenden Mitarbeiterentwicklung.

Wir differenzieren Leistung und sagen unseren Mitarbeitern, wo sie stehen

Um unsere Mitarbeiter zu motivieren, ist es unerlässlich, ihre Leistung zu differenzieren und ihnen zu sagen, wo sie stehen. Die Leistung eines Mitarbeiters wird daher anhand zweier Komponenten bewertet:

- Was wurde durch den Mitarbeiter erreicht?
- Wie wurden die Ziele erreicht?

Der Leistungsbeurteilungsprozess ist zentraler Bestandteil der Unternehmenskultur der Deutschen Bank und Voraussetzung für nachhaltige Leistung. Künftig müssen wir unseren Ansatz für das Talent- und Leistungsmanagement weiterentwickeln, indem wir Maßnahmen zur Schaffung der angestrebten Kultur einbeziehen und mit der Strategie 2015+ in Einklang bringen.

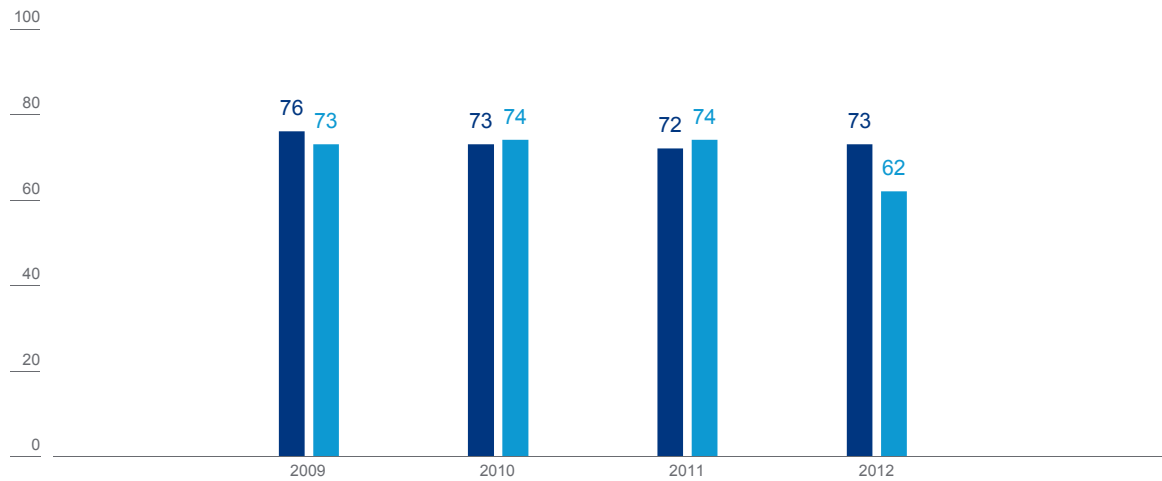
Deutsche Bank People Survey und „Cultural Assessment“ als Gradmesser für kulturellen Wandel

Verstehen, wie unsere Mitarbeiter fühlen, denken und handeln

Seit 13 Jahren führt die Deutsche Bank regelmäßig konzernweite Mitarbeiterbefragungen durch und misst die Verbundenheit ihrer Mitarbeiter mit der Bank sowie deren Zustimmung zu anderen wichtigen Aspekten wie Unternehmenskultur, Führung und Strategie. Im Oktober 2012 wurden die Mitarbeiter nach Bekanntgabe der Strategie 2015+ aufgefordert, sich an einer erweiterten Befragung zu beteiligen. Mit mehr als 3,8 Millionen Datenpunkten ist diese Umfrage Teil der bisher umfangreichsten Kulturinitiative, die die Bank in den letzten Jahren durchgeführt hat. Mehr als 52.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich zu den Stärken unseres Unternehmens geäußert und Bereiche genannt, auf die die Deutsche Bank ihren Fokus legen sollte. Die Ergebnisse der Befragung haben zahlreiche Stärken unserer Unternehmenskultur bestätigt. Obwohl die Beantwortungsquote infolge der angekündigten Veränderungen unter Vorjahresniveau lag, war der Commitment Index, der den Grad der Loyalität der Mitarbeiter gegenüber dem Unternehmen misst, nach wie vor hoch. Er ist im Vergleich zu 2011 um 1 % auf 73 % im Jahr 2012 gestiegen.

Mitarbeiter Commitment Index

in %



■ Index
■ Beantwortungsquote

Anmerkung: Umfrage in 2013 nicht durchgeführt; vorgesehen für 2014

Nach der Einführung der neuen Werte und Überzeugungen im Juli 2013 haben wir unsere konzernweite Mitarbeiterbefragung an diesen wichtigen neuen Grundsätzen ausgerichtet. Alle Mitarbeiter werden eingeladen, im März 2014 daran teilzunehmen. Wir möchten ein offenes Umfeld fördern und erfahren, wie unsere Mitarbeiter fühlen, denken und handeln. Unser Senior Management hat den offenen Austausch zur Kultur wie auch zu den Werten und Überzeugungen bereits während der Senior Management-Konferenz durchlaufen. Seitdem haben die „Group Executive Committee (GEC)“-Mitglieder zahlreiche Diskussionen mit ihren jeweiligen Managementteams geleitet, um für die jeweiligen Regionen, Bereiche oder Funktionen die wichtigsten verhaltensbezogenen Aspekte der Werte und Überzeugungen zu identifizieren.

All diesen Führungskräften ist bewusst, dass sie als Kulturbotschafter Verantwortung tragen und eine wichtige Rolle beim Aufbau eines stabilen Arbeitsumfelds spielen, in dem die Meinung der Mitarbeiter zählt. Sie haben sich verpflichtet, in einem ersten Schritt die Werte und Überzeugungen an ihre Teams und Kollegen weiterzugeben.

Diversity

Die Vielfalt unserer Belegschaft ermöglicht uns, bessere Teamergebnisse zu erzielen, das Innovationspotenzial zu fördern sowie die Partnerschaft und Zusammenarbeit in der Bank und mit unseren Kunden zu stärken.

Die Deutsche Bank hat sich zusammen mit anderen DAX-Unternehmen in 2011 freiwillig verpflichtet – vorbehaltlich der geltenden rechtlichen Bestimmungen weltweit –, bis Ende 2018 den Anteil weiblicher Führungskräfte in den Verantwortungsstufen Managing Director und Director auf 25 % und den Anteil außertariflicher Mitarbeiterinnen auf 35 % zu erhöhen. Diesen Zielen sind wir nähergekommen. So haben wir den Anteil weiblicher Senior Manager auf 18,7 % und aller Mitarbeiter mit Führungsverantwortung auf 31,1 % im Jahr 2013 erhöht.

Derzeit ist weder im Vorstand noch im GEC eine Frau vertreten; nichtsdestotrotz haben wir uns verpflichtet, die Vielfalt in diesen Management-Funktionen zu erhöhen. Wir bauen die Pipeline talentierter weiblicher Führungskräfte weiter auf, um sicherzustellen, dass Frauen stärker in unserer Nachfolgeplanung berücksichtigt werden. Dies passiert mittels zweier Komponenten: unseres preisgekrönten Accomplished Top Leaders Advancement Strategy (ATLAS)-Programms für weibliche Managing Director und unseres Women Global Leaders (WGL)-Programms an der INSEAD Business School für weibliche Director. 2013 hat die dritte Gruppe am ATLAS-Programm und die vierte Gruppe am WGL-Programm teilgenommen. Beide Programme haben bereits erfolgreich dazu beigetragen, dass die Anzahl der weiblichen Führungskräfte gestiegen ist. Mehr als 50 % der Teilnehmerinnen füllen heute Positionen mit einem neuen oder größeren Verantwortungsbereich aus. Darüber hinaus ist die Fluktuationsrate der WGL-Teilnehmerinnen weltweit viel geringer als bei den Führungskräften auf dieser Verantwortungsstufe insgesamt, was zu einem nachhaltigeren Erfolg führt.

Im Rahmen der „Women on Boards“-Initiative soll der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Aufsichtsräten unserer Tier-1- bis Tier-3-Tochtergesellschaften in Deutschland sowie in den regionalen Beiräten gesteigert werden. Seit Beginn der Initiative im Juli 2011 haben wir den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten um 76 % sowie in den regionalen Beiräten um 1,6 % erhöht.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Co-Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Ausgestaltung unseres Kontrollsystems basiert auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“) aus dem Jahr 1992. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzung oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte

Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology & Operations, Risk sowie Group Tax.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- Finance – Group Reporting verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Reporting legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Reporting erstellt.
- Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- Group Valuations sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und externer Wirtschaftsprüfer).

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology & Operations, Risk und Group Tax maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- **Group Technology & Operations („GTO“)** bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots und Börsen zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- **Risk** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. Risk überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.
- **Group Tax** ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschluss-erstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Produktentwicklungs- und Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.

- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzern-internen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte fokussierte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2013 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2013 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 2.609.919.078,40 €, eingeteilt in 1.019.499.640 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2013 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3%. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der

Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 25c Absatz 1 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2013 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 230.400.000 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2018 begeben werden kann, und ein genehmigtes Kapital von 691.200.000 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2016 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
230.400.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder sonstigen Vermögenswerten gegen Sacheinlagen vorgenommen wird, sowie nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	30. April 2018
691.200.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nicht möglich	30. April 2016

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutschen Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital, bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten, erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2015
€ 230.400.000	30. April 2016
€ 230.400.000	30. April 2017

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2014 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2018 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorherigen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienerwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2018 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, die während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Einigen wenigen Führungskräften mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung steht aus Altverträgen eine Abfindungszahlung zu, sofern deren Anstellungsverhältnis im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – Bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

2

Konzernabschluss

- 317 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- 318 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
- 319 Konzernbilanz
- 320 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
- 322 Konzern-Kapitalflussrechnung
- 323 Konzernanhang
 - 1 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – 323
 - 2 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungs Vorschriften – 353
 - 3 – Akquisitionen und Veräußerungen – 358
 - 4 – Segmentberichterstattung – 361
 - Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
 - 5 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 366
 - 6 – Provisionsüberschuss – 368
 - 7 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 368
 - 8 – Sonstige Erträge – 369
 - 9 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 369
 - 10 – Restrukturierung – 370
 - 11 – Ergebnis je Aktie – 371

Anhangangaben zur Bilanz

- 12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 372
- 13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 373
- 14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente #– 377
- 15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 393
- 16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 396
- 17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 396
- 18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen – 398
- 19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 402
- 20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 402
- 21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 403
- 22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 406
- 23 – Sachanlagen – 407
- 24 – Leasingverhältnisse – 408
- 25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 409
- 26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 418
- 27 – Sonstige Aktiva und Passiva – 421
- 28 – Einlagen – 421
- 29 – Rückstellungen – 422
- 30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 430
- 31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 431
- 32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 431
- 33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen – 432

Zusätzliche Anhangangaben

- 34 – Stammaktien – 434
- 35 – Leistungen an Arbeitnehmer – 435
- 36 – Ertragsteuern – 448
- 37 – Derivative Finanzinstrumente – 451
- 38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 453
- 39 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 455
- 40 – Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten – 456
- 41 – Versicherungs- und Investmentverträge – 460
- 42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 463
- 43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 465
- 44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 466
- 45 – Anteilsbesitz – 468

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Anhang	2013	2012	2011
Zinsen und ähnliche Erträge	5	25.601	31.593	34.366
Zinsaufwendungen	5	10.768	15.619	16.921
Zinsüberschuss	5	14.834	15.975	17.445
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	20	2.065	1.721	1.839
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		12.769	14.254	15.606
Provisionsüberschuss	6	12.308	11.809	11.878
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5	3.817	5.608	2.724
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7	394	301	123
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	17	369	163	- 264
Sonstige Erträge	8	193	- 120	1.322
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		17.082	17.761	15.783
Personalaufwand	35	12.329	13.490	13.135
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	9	15.126	15.017	12.657
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		460	414	207
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	25	79	1.886	0
Restrukturierungsaufwand	10	399	394	0
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		28.394	31.201	25.999
Ergebnis vor Steuern		1.456	814	5.390
Ertragsteueraufwand	36	775	498	1.064
Jahresüberschuss		681	316	4.326
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		15	53	194
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		666	263	4.132

Ergebnis je Aktie

in €	Anhang	2013	2012	2011
Ergebnis je Aktie:	11			
Unverwässert		€ 0,67	€ 0,28	€ 4,45
Verwässert ¹		€ 0,65	€ 0,27	€ 4,30
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		997,4	934,0	928,0
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		1.025,2	959,8	957,3

¹ Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 11 „Ergebnis je Aktie“ enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2013	2012	2011
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	681	316	4.326
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden			
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	– 717	– 891	707
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	58	407	– 50
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	64	1.874	– 697
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 313	– 164	– 11
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	91	42	– 141
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	35	45	3
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	3	0	25
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 948	– 537	1.291
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 1	5	0
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen			
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	63	– 38	– 5
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	– 160	– 447	125
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	– 1.825	296	1.247
Gesamtergebnis, nach Steuern	– 1.144	612	5.573
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	13	148	155
den Deutsche Bank-Aktionären	– 1.157	464	5.418

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Aktiva:			
Barreserve		17.155	27.877
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		77.984	120.637
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	21, 22	27.363	36.570
Forderungen aus Wertpapierleihen	21, 22	20.870	24.013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		210.070	254.459
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		504.590	768.353
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		184.597	187.027
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt davon zum 31.12.2013 73 Mrd € (2012: 89 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	12, 15, 21, 22, 37	899.257	1.209.839
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2013 0 Mrd € (2012: 0 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	16, 21, 22	48.326	49.400
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	17	3.581	3.577
Forderungen aus dem Kreditgeschäft davon zum 31.12.2013 0 Mrd € (2012: 2 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	19, 20, 21, 22	376.582	397.377
Sachanlagen	23	4.420	4.963
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	25	13.932	14.219
Sonstige Aktiva	26, 27	112.539	123.702
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	36	2.322	2.389
Steuerforderungen aus latenten Steuern	36	7.071	7.712
Summe der Aktiva		1.611.400	2.022.275
Passiva:			
Einlagen	28	527.750	577.210
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	21, 22	13.381	36.144
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	21, 22	2.304	3.166
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	12, 15, 37		
Handelspassiva		55.804	54.400
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		483.428	752.652
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		90.104	110.409
Investmentverträge		8.067	7.732
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		637.404	925.193
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	31	59.767	69.661
Sonstige Passiva	26, 27	163.595	179.099
Rückstellungen	20, 29	4.524	5.110
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	36	1.600	1.589
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	36	1.101	1.447
Langfristige Verbindlichkeiten	32	133.082	157.325
Hybride Kapitalinstrumente	32	11.926	12.091
Summe der Verbindlichkeiten		1.556.434	1.968.035
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	34	2.610	2.380
Kapitalrücklage		26.204	23.776
Gewinnrücklagen		28.376	29.199
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	34	-13	-60
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		-2.457	-1.294
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		54.719	54.001
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		247	239
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		54.966	54.240
Summe der Passiva		1.611.400	2.022.275

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
Bestand zum 31. Dezember 2010	2.380	23.515	25.975	- 450	0
Gesamtergebnis ²	0	0	4.132	0	0
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 691	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	666	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	153	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	1.108	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	- 76	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 131	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 13.781	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	12.300	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 32	0	0	0
Sonstige	0	266	37	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.380	23.695	30.119	- 823	0
Gesamtergebnis ²	0	0	263	0	0
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 689	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 480	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 342	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	1.481	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	2	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	- 4
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	4
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 63	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 12.152	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	11.434	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	77	0	0	0
Sonstige ³	0	407	- 14	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2012	2.380	23.776	29.199	- 60	0
Gesamtergebnis ²	0	0	666	0	0
Begebene Stammaktien	230	2.731	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 764	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 659	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 385	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	1.160	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	30	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	- 1
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	1
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 49	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 13.648	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	12.535	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 49	0	0	0
Sonstige	0	150	- 65	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	- 13	0

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

³ Beinhaltet den Gesamteffekt aus erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 2 „Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften“ dieses Berichts.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ⁴	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ⁴	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ⁴	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
- 113	- 179	- 11	- 2.333	35	- 2.601	48.819	1.549	50.368
- 504	- 47	11	1.167	- 7	620	4.752	162	4.914
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	- 691	- 4	- 695
0	0	0	0	0	0	666	- 7	659
0	0	0	0	0	0	153	0	153
0	0	0	0	0	0	1.108	0	1.108
0	0	0	0	0	0	- 76	0	- 76
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	- 131	0	- 131
0	0	0	0	0	0	- 13.781	0	- 13.781
0	0	0	0	0	0	12.300	0	12.300
0	0	0	0	0	0	- 32	0	- 32
0	0	0	0	0	0	303	- 430 ⁵	- 127
- 617	- 226	0	- 1.166	28	- 1.981	53.390	1.270	54.660
1.077	67	0	- 424	- 38	681	944	152	1.096
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	- 689	- 3	- 692
0	0	0	0	0	0	- 480	- 4	- 484
0	0	0	0	0	0	- 342	0	- 342
0	0	0	0	0	0	1.481	0	1.481
0	0	0	0	0	0	2	0	2
0	0	0	0	0	0	- 4	0	- 4
0	0	0	0	0	0	4	0	4
0	0	0	0	0	0	- 63	0	- 63
0	0	0	0	0	0	- 12.152	0	- 12.152
0	0	0	0	0	0	11.434	0	11.434
0	0	0	0	0	0	77	0	77
8	0	0	- 3	0	5	398	- 1.176 ⁶	- 778
468	- 159	0	- 1.593	- 10	- 1.294	54.001	239	54.240
- 165	57	2	- 1.121	63	- 1.164	- 498	13	- 485
0	0	0	0	0	0	2.961	0	2.961
0	0	0	0	0	0	- 764	- 13	- 777
0	0	0	0	0	0	- 659	0	- 659
0	0	0	0	0	0	- 385	0	- 385
0	0	0	0	0	0	1.160	0	1.160
0	0	0	0	0	0	30	0	30
0	0	0	0	0	0	- 1	0	- 1
0	0	0	0	0	0	1	0	1
0	0	0	0	0	0	- 49	0	- 49
0	0	0	0	0	0	- 13.648	0	- 13.648
0	0	0	0	0	0	12.535	0	12.535
0	0	0	0	0	0	- 49	0	- 49
0	0	0	0	0	0	85	8	93
303	- 101	2	- 2.713	53	- 2.457	54.719	247	54.966

⁴ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

⁵ Davon sind circa minus 340 Mio € auf die Kapitalherabsetzung einer Gesellschaft zurückzuführen, an der der Konzern im Rahmen einer strukturierten Transaktion beteiligt war.

⁶ Davon circa minus 750 Mio € im Zusammenhang mit der Verminderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Deutschen Postbank AG. Diese verminderten sich im Jahr 2012 deutlich aufgrund der Erhöhung des Anteils des Konzerns an der Postbank sowie aufgrund des Abschlusses eines Beherrschungsvertrags zwischen der Postbank und deren unmittelbarer Muttergesellschaft, DB Finanz-Holding GmbH (einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG).

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2013	2012	2011
Jahresüberschuss	681	316	4.326
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.065	1.721	1.839
Restrukturierungsaufwand	399	394	0
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-493	-627	-841
Latente Ertragsteuern, netto	-179	723	-387
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	2.443	3.236	3.697
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-433	-397	-222
Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	4.483	5.365	8.412
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	55.515	1.320	-53.427
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	11.267	-3.429	-8.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-27	-6.561	-11.582
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16.007	11.756	-7.092
Sonstige Aktiva	12.048	32.249	-17.962
Einlagen	-42.281	-25.995	66.168
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	-18.558	-9.126	-8.389
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	-23.080	-4.202	12.622
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	-9.529	3.335	1.689
Sonstige Passiva	-17.625	-11.483	21.476
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	-22.056	-5.079	-5.991
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	38.013	-9.310	10.558
Sonstige, per Saldo	3.007	-2.794	-478
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	7.184	-23.954	7.802
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	18.054	7.476	21.948
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	11.564	12.922	10.635
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	76	163	336
Verkauf von Sachanlagen	137	197	101
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-31.588	-22.170	-19.606
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-21	-14	-602
Sachanlagen	-513	-614	-794
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	-128	96	348
Sonstige, per Saldo	-596	-703	-451
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	-3.015	-2.647	11.915
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	1.217	62	76
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-2.776	-708	-715
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	11	17	37
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-49	-30	-45
Kapitalerhöhung	2.961	0	0
Kauf Eigener Aktien	-13.648	-12.171	-13.781
Verkauf Eigener Aktien	12.494	11.437	12.229
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-13	-3	-4
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	23	-67	-266
Gezahlte Bardividende	-764	-689	-691
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-544	-2.152	-3.160
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-907	39	-964
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.718	-28.714	15.593
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	53.321	82.032	66.353
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	56.041	53.321	81.946
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	742	1.280	1.327
Gezahlte Zinsen	10.687	15.825	17.231
Erhaltene Zinsen und Dividenden	25.573	32.003	34.703
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	17.155	27.877	15.928
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 39.097 Mio € per 31.12.2013 (31.12.2012: 95.193 Mio €, 31.12.2011: 95.982 Mio €))	38.886	25.444	66.018
Insgesamt	56.041	53.321	81.946

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

1 –

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen im Corporate & Investment Banking, Privatkundengeschäft und Asset Management an.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige IFRS-Anhangangaben sind im Lagebericht (als integraler Bestandteil des Konzernabschlusses) enthalten. Diese geprüften Teile sind im Lagebericht durch seitliche Klammern gekennzeichnet. Die durch Klammern gekennzeichneten Teile beinhalten die im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung“ ausgewiesenen Segmentergebnisse und Angaben zu Ertragskomponenten auf Unternehmensebene gemäß IFRS 8, „Operating Segments“. Weitere Angaben zu den Konzernbereichen gemäß IFRS 8 sind in Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ enthalten. Zusätzlich enthält der Risikobericht durch Klammern gekennzeichnete Anhangangaben. Diese stellen Angaben nach IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten im Risikobericht und Angaben zum Kapital gemäß IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ dar. Im Risikobericht befinden sich darüber hinaus drei Tabellen, die zur Überleitung dienen und geprüfte IFRS Zahlen ausweisen. Obwohl diese Tabellen nicht mit Klammern gekennzeichnet sind, sind die entsprechenden Informationen innerhalb der Tabellen als „geprüft“ ausgewiesen. Im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ sind es die Tabellen „Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten nach Pro-forma-CRR/CRD 4 (nicht testiert) und Basel 2.5 (testiert)“ und „Vergleich der risikogewichteten Aktiva gemäß Basel 2.5 sowie der Pro-forma-CRR/CRD 4-Übergangsphase und Pro-forma-CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. Im Abschnitt „Bilanzmanagement“ ist es die Tabelle „Überleitung der Risikomaße zur Berechnung der angepassten Pro-forma-Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4“.

Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben

Diskontierungssatz für leistungsdefinierte Pensionspläne

Im Jahr 2012 entschied der Konzern mit Bezug auf den in der Eurozone angewandten Diskontierungszinssatz für leistungsdefinierte Pensionspläne, sowohl die zugrunde liegende Grundgesamtheit für Anleihen zusätzlich um hochrangige gedeckte Schuldverschreibungen zu erweitern und diese somit zu stabilisieren als auch im Bereich der Kurvenextrapolation eine Anpassung der berücksichtigten Grundgesamtheit für Anleihen unter Aufrechterhaltung der AA Kreditqualität der Kurve vorzunehmen. Dies hatte einen Anstieg des Diskontierungszinssatzes von 70 Basispunkten und damit eine Verringerung der versicherungsmathematischen Verluste, die unmittelbar in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst werden, von ungefähr 700 Mio € vor Steuern im Jahr 2012 zur Folge.

„Credit Valuation Adjustment“ (CVA) und „Debt Valuation Adjustment“ (DVA)

Im vierten Quartal 2012 hat der Konzern seine Bewertungsmethodik zur Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bei derivativen Instrumenten verfeinert (üblicherweise

als „Debt Valuation Adjustment“ bezeichnet). Zuvor hatte der Konzern den Einfluss des eigenen Kreditrisikos auf den beizulegenden Zeitwert von derivativen Instrumenten auf Basis von historischen Ausfällen bestimmt. Die Verfeinerung der Bewertungsmethodik verändert deren Grundlage hin zu einem marktbasieren Bewertungsverfahren. Der daraus resultierende Ertrag von 517 Mio € wurde in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auf Basis einer verbesserten Transparenz der Marktpreise für das Kontrahentenrisiko verfeinerte der Konzern im vierten Quartal 2012 zusätzlich seine Bewertungsmethodik zur Bestimmung des „Credit Valuation Adjustment“ (CVA). Die Auswirkung dieser Verfeinerung war ein Verlust in Höhe von 288 Mio €, der in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurde.

„Funding Valuation Adjustment“ (FVA)

Im vierten Quartal 2013 hat der Konzern die Einführung einer Bewertungsmethodik zur Berücksichtigung von marktimplizierten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen abgeschlossen (üblicherweise als „Funding Valuation Adjustment“ bezeichnet). Die Einführung des Funding Valuation Adjustment ist eine Antwort auf zunehmende Belege dafür, dass die Fristigkeit der Finanzierung einen wichtigen Bestandteil des beizulegenden Zeitwerts für nicht besicherte Derivate darstellt. Der daraus resultierende Verlust von 366 Mio € wurde in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im vierten Quartal erfasst.

Zinserträge und -aufwendungen aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft

Als Folge eines Fehlers passte der Konzern im vierten Quartal 2013 für die am 31. Dezember 2012 und 2011 abgelaufenen Geschäftsjahre Vergleichsangaben für bestimmte Positionen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt an. Diese Anpassung hatte keine Auswirkungen auf den Zinsüberschuss, die Erträge, den Jahresüberschuss oder das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital.

2012 ¹				
in Mio €	Bestand wie ausgewiesen	Forderungen aus Wertpapierleihen/ Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft	Bestand berichtigt
Zinsen und ähnliche Erträge	32.315	- 722	0	31.593
Zinsaufwendungen	- 16.341	722	0	- 15.619
Provisionsüberschuss	11.383	0	426	11.809
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6.034	0	- 426	5.608

¹ Wie in Anhangangabe 2 „Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften“ beschrieben, beinhalten die Bestände für das am 31. Dezember 2012 abgelaufene Jahr die Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 10 auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

2011				
in Mio €	Bestand wie ausgewiesen	Forderungen aus Wertpapierleihen/ Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft	Bestand berichtigt
Zinsen und ähnliche Erträge	34.878	- 512	0	34.366
Zinsaufwendungen	- 17.433	512	0	- 16.921
Provisionsüberschuss	11.544	0	334	11.878
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.058	0	- 334	2.724

Zinserträge und -aufwendungen aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen. Rückwirkende Anpassungen zur Neudarstellung von Zinserträgen und -aufwendungen sind durchgeführt worden, um gezahlte und erhaltene Provisionen für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihegeschäften präziser darzustellen. Die Anpassung führte zu einer Verminderung des Zinsertrags und -aufwands, hatte aber keine Auswirkungen auf den Zinsüberschuss, den Jahresüberschuss oder das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital.

Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft. Rückwirkende Anpassungen zur Umklassifizierung von Provisionen des Beratungsgeschäfts aus dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in den Provisionsüberschuss sind durchgeführt worden. Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns spiegelt diese Umklassifizierung besser die Art der Provisionsüberschüsse als leistungsbasierte Aktivität wider. Die Umklassifizierung hatte keine Auswirkungen auf die Erträge, den Jahresüberschuss oder das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind im Abschnitt „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben.

Einige der vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze setzen wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und können sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

- die Wertminderung assoziierter Unternehmen (siehe Abschnitt „Assoziierte Unternehmen“);
- die Wertminderung zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“);
- die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“);
- die Erfassung des „Trade Date Profit“ (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Erfassung des Trade Date Profit“);
- die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“);
- die Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“);
- den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern (siehe Abschnitt „Ertragsteuern“);
- die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen (siehe Abschnitt „Rückstellungen“).

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2011, 2012 und 2013 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter strukturierter Unternehmen, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Der Konzern unterstützt die Gründung von strukturierten Unternehmen und interagiert mit nicht von ihm gesponserten strukturierten Unternehmen aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
- ob der Konzern durch seine Rechte die Fähigkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Fähigkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Einer oder mehrere der folgenden Faktoren deuten auf solche Anzeichen hin:

- Ein anderer Investor besitzt aufgrund einer Vereinbarung mit dem Konzern die Beherrschungsmöglichkeit über mehr als die Hälfte der Stimmrechte.
- Ein anderer Investor besitzt aufgrund gesetzlicher Regelungen oder einer Vereinbarung die Möglichkeit zur Beherrschung der Finanzpolitik und der geschäftlichen Tätigkeiten der Beteiligung.
- Ein anderer Investor beherrscht die Beteiligung aufgrund seiner Möglichkeit zur Bestellung und Abberufung der Mehrheit der Vorstandsmitglieder oder eines gleichwertigen Lenkungsorgans.
- Ein anderer Investor beherrscht das Unternehmen aufgrund seiner Möglichkeit, über die Mehrheit der abzugebenden Stimmrechte bei einer Sitzung der Vorstandsmitglieder oder eines gleichwertigen Lenkungsorgans zu verfügen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Diese Fähigkeit kann in Fällen entstehen, in denen der Konzern die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner besitzt.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend erfordern diejenigen Strukturveränderungen, die zu einer Veränderung eines oder mehrerer Kontrollfaktoren führen, eine Neubewertung, wenn sie eintreten. Dazu gehören Änderungen der Entscheidungsrechte, Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen, Änderungen der Finan-

zierungs-, Eigentums- oder Kapitalstrukturen sowie Änderungen nach einem auslösenden Ereignis, das in den ursprünglichen Vertragsvereinbarungen vorweggenommen wurde.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt. Der den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Gewinn oder Verlust wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzern-Gesamtergebnisrechnung separat ausgewiesen.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich eines zuzuordnenden Geschäfts- oder Firmenwerts) und Verpflichtungen des Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen (inklusive aller diesen zuzuordnenden in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Bestandteile) ausgebucht, c) der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum beizulegenden Zeitwert erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung oder, falls durch andere IFRS gefordert, direkt in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem beizulegenden Zeitwert des zurückgehaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten Unternehmen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte die Beteiligung die entsprechenden Vermögenswerte und Verpflichtungen direkt veräußert.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Bei der Ver-

äußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Bei Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt bei Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss. Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Schuldinstrument erfasst ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Schuldinstrument hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Provisionsüberschuss. Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das

Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionseinnahmen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss gezeigt.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen. Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet worden ist.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umwidmung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erstfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva. Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Physische Rohstoffe, die vom Warenerminhandelsbereich des Konzerns gehalten werden, sind ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen; oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden als zu Handelszwecken gehaltene Derivate oder nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Risikoaufschläge nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum beizulegenden Zeitwert bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Transaktionspreis repräsentiert den beizulegenden Zeitwert des Kredits. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Entsprechendes gilt auch für Kredite von erworbenen Unternehmen, bei denen ein Wertminderungsverlust vor dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes durch den Konzern entstanden ist. Der beizulegende Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt wird zur neuen Grundlage der fortgeführten Anschaffungskosten und spiegelt die erwarteten Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinserträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auflösungen der Risikovorsorge für nach dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes erfasste Wertberichtigungen sind im Aufwandsposten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit für nicht mit einer Risikovorsorge behaftete Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden unmittelbar als Anpassung des aktuellen Buchwerts der Kredite erfasst und der korrespondierende Gewinn wird in den Zinserträgen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts. In diesem Fall werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Bei nicht-monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Für Eigenkapitalinstrumente, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung

verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, sind sämtliche Beträge, die zuvor in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen umzugliedernde Wertminderungsverlust des Berichtszeitraums entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des beizulegenden Zeitwerts eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein beizulegender Zeitwert sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts nach einer Wertminderung werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermö-

genswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert am Umwidmungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch zur Saldierung der bilanzierten Beträge muss sowohl bei normalem Geschäftsverlauf als auch bei einem Ausfallereignis des Kontrahenten rechtlich durchsetzbar sein. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Der Konzern wendet die Aufrechnung von Finanzinstrumenten mehrheitlich auf solche derivative Instrumente und Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften an, die durch eine zentrale Gegenpartei, wie das London Clearing House, abgewickelt werden und für die der Konzern sowohl ein Saldierungsrecht besitzt als auch die Absicht hat, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ enthalten.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, der am Bewertungsstichtag in einer geordneten Transaktion zwischen Marktteilnehmern bei Verkauf eines Vermögenswerts erzielt oder bei Übertragung einer Verbindlichkeit bezahlt werden würde. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind, bewertet der Konzern bestimmte Portfolios aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen auf Basis der aus ihnen resultierenden Netto-Risikoposition:

- Die Steuerung der Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgt im Einklang mit der dokumentierten Risikomanagementstrategie auf Basis einer oder mehrerer Netto-Marktrisikopositionen;
- Die beizulegenden Zeitwerte werden Personen in Schlüsselpositionen bereitgestellt; und
- Es handelt sich um zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Diese Bewertungsmethode auf Portfolioebene steht im Einklang mit dem Management der Nettopositionen für das Markt- und das Kontrahentenrisiko.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistentteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind in der Regel nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extrapolations- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen wie historischer Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen bestimmt. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Weiterhin können manche Bewertungsanpassungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erfordern.

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Der Konzern stellt eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und Langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und -kontrollen sowie quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und in Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht-beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt.

Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird nach den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns erfordert die sorgfältige Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht-derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht-derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskurs-

schwankungen resultierende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei Verkauf ausländischer Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder – im Fall einer Umklassifizierung – des am Umbuchungstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Bonitätseinstufungen für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben. Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind und für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gebildet wurde, werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Tage, die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung, aber nicht der bestimmende Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel der Eintritt einer wesentlichen Änderung der Finanzlage des Kreditnehmers derart, dass dieser nicht länger seinen Verpflichtungen nachkommen kann oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv beurteilte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen und wie der Konzern den einbringlichen Betrag einschätzt. Bei Immobilienfinanzierungen wird ein unbesicherter Betrag spätestens nach 840 Tagen Überfälligkeit abgeschrieben. Im Rahmen von Konsumentenfinanzierungen wird bei Kreditkarten jeder Betrag der Inanspruchnahme abgeschrieben, für den eine Rückführung nicht innerhalb von 180 Tagen erwartet wird. Dieser Zeitraum beträgt 270 Tage für sonstige Konsumentenfinanzierungen.

Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden dem Wertberichtigungskonto gutgeschrieben und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Rückstellungen und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen sind als wesentlich zu erachten, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzelnen als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Einschätzungen des Managements sind bei der Beurteilung einer Wertberichtigung für Vermögenswerte erforderlich. Das ist insbesondere in Zeiten von ökonomischen und finanziellen Unsicherheiten der Fall, wie während der jüngsten Finanzkrise, wenn sich Entwicklungen und Änderungen der erwarteten Cashflows mit großer Schnelligkeit und geringerer Vorhersagbarkeit ereignen können. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt.

Die Bestimmung der Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird mithilfe von statistischen Modellen ermittelt. Diese statistischen Modelle beinhalten zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in re-

gelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen.

Quantitative Informationen sind in den Anhangangaben 19 „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ und 20 „Risikoversorge im Kreditgeschäft“ enthalten.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen werden. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten aufgrund einer Stundung oder ähnlicher Maßnahmen zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an ein strukturiertes Unternehmen, das zur Finanzierung des Erwerbs Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Klassifizierung und Bewertung von zu verbriefenden finanziellen Vermögenswerten folgt den im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätzen. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische

Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeführten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung des betreffenden strukturierten Unternehmens noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erforderlich. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass der Konzern auch Vermögenswerte verbrieft, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert sind.

Wenn der Konzern eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, finanzielle Unterstützung an ein nicht konsolidiertes Unternehmen zu geben, bildet er dann eine Rückstellung, wenn die Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung notwendig sein wird.

Wird ein Vermögenswert ausgebucht, so wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen dem erhaltenen Gegenwert und dem Buchwert des übertragenen Vermögenswerts gebucht. Wenn nur Teile von Vermögenswerten ausgebucht werden, hängen die Gewinne oder Verluste der Verbriefungstransaktionen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen beizulegenden Zeitwerts am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird, sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch oder eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere

werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der

Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Bestimmte nicht integrierte Investments sind den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente nicht zugeordnet. Der resultierende Geschäfts- oder Firmenwert wird einzeln auf der Ebene dieser nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegender Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 25 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet.

Quantitative Informationen zu Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten sind in der Anhangangabe 25 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37 „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“ oder IAS 12 „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und stellen eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren dar. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen oder direkt im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen oder direkt im Eigenkapital berücksichtigt werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt, auf den sich die latente Steuer bezieht, in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Die damit einhergehenden laufenden und latenten Steuereffekte sind grundsätzlich in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen: Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zur Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft einer Neubewertung unterzogen.

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen des Managements, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuern finden sich in Anhangangabe 36 „Ertragsteuern“. Diese beinhaltet auch quantitative Angaben zum Wert angesetzter latenter Steuerforderungen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), wird ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert als hätte der Konzern die zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteile direkt veräußert.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Einzelne langfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen haben und mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert

und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte“ und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, wird nicht angepasst.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre (einschließlich anfänglicher Verbesserungen an erworbenen Gebäuden). Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu jedem Quartalsabschluss auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem beizulegenden Zeitwert des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden.

den, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegender Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens „Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien“ ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Options- und Terminkontrakte, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Alle anderen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities, die seitens Corporate Banking & Securities (CB&S) konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch auf Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab:

Versicherungsverträge. Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (US GAAP) angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“). Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“ – „PADs“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit dem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb deren man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und die damit verbundenen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenso wie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Alle neuen wesentlichen Rückversicherungsgeschäfte müssen vom jeweiligen lokalen Vorstand genehmigt werden. Nach Geschäftsabschluss unterliegen sie einer regelmäßigen Kreditrisikobeurteilung. Diese umfasst eine Beurteilung des gesamten Engagements und der Kredit- und Sicherheitenstellung. Wertminderungen werden in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen für „Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte“ bestimmt.

2 –

Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2013 zur Anwendung kamen.

IAS 1

Zum 1. Januar 2013 setzte der Konzern die Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, um. Die Änderungen erfordern von Unternehmen eine Gruppierung der Posten in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen danach, ob diese Posten zukünftig noch einmal in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder nicht. Zudem wurde bestätigt, dass es weiterhin zulässig ist, die Bestandteile der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und der Gewinn- und Verlustrechnung in einer einzelnen oder in zwei separaten Aufstellungen darzustellen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen im Konzernabschluss.

IAS 19

Zum 1. Januar 2013 setzte der Konzern die Vorschriften des IAS 19R, „Employee Benefits“, um. IAS 19R führt einen Nettozinsansatz ein, nach dem zu Beginn der Berichtsperiode eine Nettozinskomponente zu ermitteln ist, die sich durch Multiplikation der in der Bilanz erfassten leistungsorientierten Nettopensionsverpflichtung (Nettovermögenswert) mit dem Diskontierungszinssatz ergibt, welcher der Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung zugrunde liegt. Erwartete unterjährige Veränderungen der Nettoschuld (des Nettovermögenswerts) aufgrund von Beiträgen und Rentenzahlungen sind hierbei zu berücksichtigen. Diese Nettozinsgröße ersetzt den Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtung sowie den erwarteten Ertrag aus Planvermögen. Der Standard verlangt zudem die sofortige Erfassung von mit Versorgungszusagen verbundenen Neubewertungseffekten wie versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sowie sämtliche Abweichungen zwischen dem tatsächlichen Ertrag und dem im Nettozinsergebnis implizit erfassten Ertrag aus Planvermögen in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung. Diese Vorgehensweise entspricht der vom Konzern bisher angewandten Sofortfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Eigenkapital. Außerdem erfordert IAS 19R die sofortige Erfassung von nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand und beinhaltet erweiterte Offenlegungspflichten für leistungsorientierte Pläne. Die Einführung eines Nettozinsatzes führte in den Jahren 2012 und 2011 zu geringeren Aufwendungen für leistungsdefinierte Pensionspläne und entsprechend zu einem Anstieg der erfolgsneutral erfassten versicherungsmathematischen Verluste in Höhe von 36 Mio € beziehungsweise 34 Mio €, so dass die Auswirkungen auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung und das Eigenkapital insgesamt neutral blieben.

IAS 36

Im Dezember 2013 setzte der Konzern die Vorschriften des IAS 36, „Recoverable Amount Disclosures for Non-Financial Assets (Amendment to IAS 36)“, frühzeitig um. Die Vorschriften beinhalten Änderungen zu den erforderlichen Anhangangaben, wenn der erzielbare Betrag für wertgeminderte Vermögensgegenstände auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ermittelt wurde. Die Umsetzung der Änderungen hatte nur Auswirkungen auf die Anhangangaben des Konzerns.

IAS 39

Im Dezember 2013 setzte der Konzern die Vorschriften des IAS 39, „Novation of Derivatives and Continuation of Hedge Accounting (Amendments to IAS 39)“, frühzeitig um. Die Vorschriften enthalten Änderungen, die eine Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen in Situationen erlauben, in denen ein Derivat, das als Sicherungsinstrument designed wurde, aufgrund gesetzlicher oder regulatorischer Anforderungen an eine zentrale Gegenpartei zu Abwicklungszwecken übertragen wurde, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 7

Zum 1. Januar 2013 setzte der Konzern die Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IFRS 7R“), um. IFRS 7R sieht zusätzliche Anhangangaben vor, die Investoren einen besseren Vergleich zwischen IFRS-Abschlüssen und US GAAP-Abschlüssen ermöglichen sollen. Die Änderungen traten für die Geschäftsjahre und -quartale in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Anwendung dieser Änderungen hatte nur Auswirkungen auf die Anhangangaben des Konzerns. Die zusätzlichen Offenlegungspflichten hat der Konzern in Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ bereitgestellt.

IFRS 10, IFRS 11, IAS 27 und IAS 28

Zum 1. Januar 2013 setzte der Konzern die Vorschriften IFRS 10, „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11, „Joint Arrangements“, eine überarbeitete Fassung von IAS 27, „Separate Financial Statements“, sowie eine überarbeitete Fassung von IAS 28, „Investments in Associates and Joint Ventures“, um, die aufgrund der Veröffentlichung von IFRS 10 und IFRS 11 entsprechend angepasst wurden. Der Konzern setzte auch die Änderungen zu den Übergangsvorschriften für IFRS 10 und IFRS 11 um. Die Erstanwendung der Standards zum 1. Januar 2012 führte für den Konzern zu einer kumulativen Belastung des Eigenkapitals von 195 Mio € nach Steuern. Vergleichsangaben für 2011 sind nicht angepasst worden.

IFRS 10 ersetzt IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und SIC-12, „Consolidation – Special Purpose Entities“, und schafft eine einheitliche Definition für den Begriff der Beherrschung, die auf alle Unternehmen inklusive der zuvor unter SIC-12 analysierten Zweckgesellschaften anzuwenden ist. Ein Investor beherrscht eine Beteiligung, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmt, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit der Beteiligung ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Verfügungsgewalt über die Beteiligung zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Hinweisen auf Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

IFRS 11 ersetzt IAS 31, „Interests in Joint Ventures“, und SIC-13, „Jointly-controlled Entities – Non-monetary Contributions by Venturers“. IFRS 11 unterscheidet zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen, und stellt auf die Rechte und Pflichten der Vereinbarung ab. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei Gemeinschaftsunternehmen, das vom Konzern nicht angewandt wurde, wurde abgeschafft und die Anwendung der Equitymethode verpflichtend vorgeschrieben. Die Umsetzung von IFRS 11 hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die folgenden Tabellen geben jeweils die inkrementellen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 10 auf die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012 und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2012 abgelaufene Jahr wieder. Der Konzern sieht die Auswirkungen von IFRS 10 auf den Konzernabschluss als unwesentlich an.

in Mio €	31.12.2012
Aktiva	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1.088
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.958
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	94
Sonstige Aktiva	- 189
Summe der Aktiva	9.951
Passiva	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	675
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	601
Langfristige Verbindlichkeiten	- 772
Sonstige Passiva	9.628
Summe der Passiva	10.132
Eigenkapital	
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	- 14
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 168
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 182

in Mio €	31.12.2012
Zinsüberschuss	83
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	435
Provisionsüberschuss	- 127
Sonstige Erträge	- 397
Ergebnis vor Steuern	- 6
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3

Die Mehrheit der Auswirkungen geht zurück auf die Konsolidierung von bestimmten Fonds, für die der Konzern eine Garantie über den Wert des Fondsvermögens an Drittparteien abgibt. Unter IFRS 10 beherrscht der Konzern diese Fonds, da er als nicht abzulösender Investment Manager handelt, er über variable Rückflüsse aus signifikanten Fondsbeteiligungen und/oder der Garantie verfügt und er die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Verfügungsgewalt über die Fonds zu beeinflussen.

IFRS 12

IFRS 12, „Disclosure of Interests in Other Entities (including amendments to the transition guidance for IFRS 10-12 issued in June 2012)“, verlangt von einem Unternehmen, Angaben zur Art, zu verbundenen Risiken und zu den finanziellen Auswirkungen von Anteilen an Tochter-, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlichen Vereinbarungen sowie an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen jährlich offenzulegen. IFRS 12 ist für den Konzern seit dem 1. Januar 2013 anwendbar. Die Anwendung der Vorschriften für das Geschäftsjahr 2013 hatte nur Auswirkungen auf die Anhangangaben des Konzerns. Die gemäß IFRS 12 offenzulegenden Informationen hat der Konzern in den Anhangangaben 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“, 39 „Informationen zu Tochtergesellschaften“ und 40 „Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten“ bereitgestellt.

IFRS 13

Zum 1. Januar 2013 setzte der Konzern die Vorschriften des IFRS 13, „Fair Value Measurement“, um, der die Vorschriften zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts innerhalb der IFRS zusammenführt. IFRS 13 verfeinert die Definition des beizulegenden Zeitwerts und gibt Hinweise, wie zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten ist, sofern ein anderer IFRS die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorschreibt oder erlaubt. Die Vorschriften beinhalten eine Ausnahme, wonach der beizulegende Zeitwert für Portfolios von finanziellen Vermögensgegenständen und finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der Nettorisikoposition des Portfolios ermittelt werden kann. Diese Ausnahme bedingt die Erfüllung bestimmter Kriterien und stellt ein Bilanzierungswahlrecht dar. Der Konzern hat dieses Wahlrecht für bestimmte Portfolios von Finanzinstrumenten, wie Derivate, die die Kriterien zur Bewertung auf Basis einer Nettorisikoposition erfüllen, ausgeübt. IFRS 13 verlangt zudem die Offenlegung umfassenderer Informationen zur Bewertung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts. Die Umsetzung von IFRS 13 hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Die Offenlegungspflichten des IFRS 13 hat der Konzern in den Anhangangaben 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ erfüllt.

Änderungen der IFRS 2009–2011 („Improvements to IFRS 2009–2011 Cycle“)

Im Mai 2012 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen sind für den Konzern seit dem 1. Januar 2013 anwendbar. Ihre Umsetzung für das Geschäftsjahr 2013 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2013 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IAS 32

IAS 32, „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IAS 32R“), konkretisiert die Vorschriften zur Saldierung von Finanzinstrumenten. IAS 32R stellt klar, dass (a) der Anspruch einer Gesellschaft auf Saldierung am Abschlussstichtag bestehen muss und (b) wann Bruttoabwicklungssysteme einer Nettoabwicklung entsprechen können. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Es wird nicht erwartet, dass IAS 32R wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben wird. IAS 32R ist durch die EU in europäisches Recht übernommen worden.

IFRIC 21

IFRIC 21, „Levies“, ist eine Interpretation von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, und stellt klar, dass ein Unternehmen von öffentlichen Behörden erhobene Abgaben erst dann ansetzt, wenn die Tätigkeit, die von Gesetzes wegen zur Leistung einer Abgabe führt, stattfindet. Der Interpretationsentwurf tritt für den Konzern zum 1. Januar 2014 in Kraft. Es wird nicht erwartet, dass IFRIC 21 wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben wird. IFRIC 21 bedarf noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Änderungen der IFRS 2010–2012 und 2011–2013 („Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“)

Im Dezember 2013 veröffentlichte das IASB im Rahmen seiner Annual-Improvements-Projekte „Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 9 (2009), IFRS 9 (2010) and IFRS 9 (Hedge Accounting)

IFRS 9 (2009) – Im November 2009 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 (2009) werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert.

IFRS 9 (2010) – Im Oktober 2010 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9 (2010)“). Der überarbeitete Standard ergänzt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen. Nach IFRS 9 (2010) muss ein Unternehmen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die auf Änderungen des Kreditrisikos der Verpflichtung zurückzuführen sind, direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausweisen. Führt die Erfassung dieser Änderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen jedoch zu Inkongruenzen bei der Bewertung, ist die gesamte Änderung des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. In den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge werden in Folgeperioden nicht erfolgswirksam erfasst, können aber kumuliert innerhalb des Eigenkapitals übertragen werden.

Im November 2013 wurde IFRS 9 (2010) weiter geändert, um die Anwendung der Vorschriften zur Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus Zeitwertveränderungen des eigenen Kreditrisikos aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen zu erlauben, ohne die anderen Vorschriften des Standards anzuwenden.

IFRS 9 (Hedge Accounting) – Im November 2013 vollendete das IASB neue Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Diese beinhalten auch zusätzliche Offenlegungsvorschriften über die Risikomanagementaktivitäten von Unternehmen, die Sicherungsbeziehungen bilanzieren. Die Änderungen sind entwickelt worden, damit Unternehmen ihre Risikomanagementaktivitäten besser in den Finanzabschlüssen abbilden können. Sie zielen auch auf eine Vereinfachung der derzeitigen Regelungen ab. Dies ist eine Reaktion auf die von Benutzern von Finanzabschlüssen geäußerten Bedenken über die wahrgenommene übermäßige Komplexität der derzeitigen Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Über den Anwendungszeitpunkt von IFRS (2009), IFRS 9 (2010) und IFRS 9 (Hedge Accounting) ist noch nicht endgültig entschieden worden. Eine Anwendung für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2017 beginnen, ist jedoch nicht zu erwarten. Während die oben genannten Rechnungslegungsvorschriften vom IASB verabschiedet worden sind, bedürfen sie aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU.

3 – Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2013 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Am 2. September 2013 gab die Deutsche Bank AG bekannt, dass sie den Kauf der restlichen 51 % der Anteile an ihrem Joint Venture Xchanging etb GmbH („Xetb“) abgeschlossen hat. Xetb ist die Holdinggesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Der vorläufige, vollständig in bar entrichtete Kaufpreis für den sukzessiven Erwerb betrug 36 Mio €. Er besteht aus einer Basiskomponente von ungefähr 41 Mio € und unterliegt verschiedenen Anpassungen, die zum 31. Dezember 2013 zu einer anfänglichen Reduzierung des Kaufpreises von 5 Mio € geführt haben. Der Abschluss der Kaufpreisermittlung wird für das erste Quartal 2014 erwartet. Die Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und dem Verkäufer, der Xchanging plc. („Xchanging“), wurde im Mai 2013 unterzeichnet. Mit Erhalt der notwendigen Genehmigungen, unter anderem der von Aufsichtsbehörden und Aktionären der Xchanging, ist der Eigentümerwechsel auf die Deutsche Bank zum 1. September 2013 (dem Erwerbszeitpunkt) erfolgt. Mit dem Abschluss der Transaktion hat die Deutsche Bank als alleiniger Eigentümer die unternehmerische Führung über die XTB erlangt. Die engere operative Anbindung der XTB erfolgt im Rahmen der Strategie 2015+, mit der die Deutsche Bank die operative Leistungsfähigkeit im Konzern steigern und Redundanzen, Komplexität und Kosten verringern will.

Die Xetb ist ein seit dem Jahr 2004 bestehendes Joint Venture, welche als Holdinggesellschaft die Beteiligung an der XTB hält, der ehemaligen hundertprozentigen Tochtergesellschaft european transaction bank ag („etb“). XTB erbringt Dienstleistungen im Bereich Wertpapierabwicklung für die Deutsche Bank und konzernexterne Kunden. Die erworbenen Einheiten wurden in den Infrastrukturbereich der Deutschen Bank eingegliedert. Vor dem Kontrollerwerb der XTB hielt der Konzern direkt 49 % der Anteile an der Xetb, wodurch er die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens maßgeblich mitbestimmen konnte. Dementsprechend wurde die Xetb einschließlich ihrer Tochtergesellschaft XTB bis zum Zeitpunkt der Kontrollerlangung nach der Equitymethode bilanziert. Der zum Erwerbszeitpunkt beizulegende Zeitwert der Beteiligung an dem erworbenen Unternehmen betrug 21 Mio €. Die Neubewertung der Anteile führte nicht zu einem Gewinn oder Verlust.

Zum Berichtsstichtag ist die Bilanzierung des Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen und die Eröffnungsbilanz dementsprechend noch nicht endgültig bestimmt worden. Ebenso ist die Ermittlung des Gesamtkaufpreises und dessen Zuordnung auf erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten noch nicht beendet worden. Zum 31. Dezember 2013 betrug der vorläufige Betrag für den aus der Akquisition resultierenden Geschäfts- oder Firmenwert 37 Mio €. Dieser beruht auf den Synergien, die aus der Integration des Wertpapierabwicklungsgeschäfts erwartet werden. Der Geschäfts- oder Firmenwert, der nicht steuerlich abzugsfähig ist, wurde auf PBC (24 Mio €), GTB (6 Mio €), CB&S (5 Mio €) und DeAWM (2 Mio €) verteilt.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	
Übertragene Gegenleistung in bar	36
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Anteile des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	21
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	8
Gesamtkaufpreis einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	49
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	24
Immaterielle Vermögenswerte	6
Alle sonstigen Vermögenswerte	31
Rückstellungen	22
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	34
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	12
Geschäfts- oder Firmenwert	37
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	49

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Bereits vor dem Unternehmenserwerb waren die Deutsche Bank und die XTB Kooperationspartner im Rahmen einer gemeinsamen Servicevereinbarung, die die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Wertpapierabwicklung für die Deutsche Bank umfasste. Diese Vereinbarung wurde als zuvor bestehende Beziehung identifiziert und getrennt von der vorgenannten Erwerbstransaktion bilanziert. Der Servicevertrag, welcher im Mai 2016 ausgelaufen wäre, wurde mit Abschluss der Transaktion beendet. Der zur Beendigung aufgewendete Betrag wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dessen Verbuchung führte zu einem Verlust von 8 Mio €, der im Sachaufwand und sonstigen Aufwand der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2013 erfasst wurde.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die vom Konzern als Erwerber selbst getragenen akquisitionsbezogenen Kosten 1 Mio €, welche als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst wurden.

Im Zuge ihrer Konsolidierung hat die XTB seit dem 1. September 2013 Erträge von 4 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 29 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2013 beigetragen. Wäre die Konsolidierung bereits zum 1. Januar 2013 wirksam gewesen, hätte die XTB Pro-forma-Erträge von 14 Mio € und ein Pro-forma-Ergebnis nach Steuern von minus 83 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2013 beigetragen. Diese Ergebnisse sollten im Zusammenhang mit dem Kerngeschäft der XTB gesehen werden, in dem sie in wesentlichem Umfang Serviceleistungen für den Konzern zur Verfügung stellt.

Im Jahr 2012 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2012 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Im Jahr 2011 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2011 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden daher in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	
Übertragene Gegenleistung in bar	13
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Kaufoption für den Erwerb der ausstehenden Anteile	10
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete bedingte Gegenleistung	3
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Anteile des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	12
Gesamtkaufpreis einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	38
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	1
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2
Alle sonstigen Vermögenswerte	21
Langfristige Verbindlichkeiten	10
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	2
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	14
Geschäfts- oder Firmenwert	25
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	1
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert abzüglich Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	38

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Darin enthalten war der sukzessive Erwerb der ausstehenden Anteile an der Deutsche UFG Capital Management („DUCM“), einer der größten unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland. Der Erwerb wurde am 11. November 2011 abgeschlossen, nachdem eine Kaufoption über die verbleibenden 60 % der Anteile ausgeübt worden war. DUCM wurde Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM) zugeordnet.

Seit dem Erwerb beliefen sich die aggregierten Beiträge dieser Einheiten zu den Erträgen und dem Ergebnis des Konzerns nach Steuern für das Geschäftsjahr 2011 auf 2 Mio € beziehungsweise auf einen Verlust von weniger als 1 Mio €. Wären alle diese Unternehmenszusammenschlüsse bereits zum 1. Januar 2011 wirksam gewesen, hätte sich deren Beitrag zu den Erträgen und dem Ergebnis des Konzerns nach Steuern für 2011 auf insgesamt 4 Mio € und einen Verlust von weniger als 1 Mio € belaufen.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

In den Geschäftsjahren 2013 und 2012 hat der Konzern Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen an Tochtergesellschaften abgeschlossen, bei denen der Konzern nicht der alleinige Eigentümer ist. Diese Transaktionen führten nicht zu einem Verlust der Kontrolle über die jeweiligen Tochtergesellschaften. Gemäß IFRS 10 wurden sie als Eigenkapitaltransaktionen zwischen dem Konzern und außenstehenden Aktionären bilanziert, bei denen kein Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurde. Die im Rahmen dieser Transaktionen für 2013 und 2012 übertragenen Gegenleistungen betragen insgesamt 11 Mio € und 1.371 Mio €. Die Bilanzwerte der jeweiligen Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligungen wurden angepasst, um die Veränderung der Beteiligungen des Konzerns an diesen Tochtergesellschaften darzustellen. Differenzen zwischen dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen oder erhaltenen Gegenleistungen und den Beträgen, um die die Minderheitsbeteiligungen angepasst wurden, werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Die folgende Tabelle beschreibt für die Geschäftsjahre 2013 und 2012 die Auswirkungen der aggregierten Veränderungen der betreffenden Beteiligungen des Konzerns, die für diese Tochtergesellschaften in den betreffenden Perioden erfasst wurden. Die Veränderungen der Beteiligungen in diesem Zeitraum betreffen hauptsächlich die konsolidierte Beteiligung an der Postbank. Im Anschluss an den Kontrollenerwerb im Dezember 2010 hatte der Konzern seinen direkten Eigentumsanteil an der Postbank durch die Umwandlung der Pflichtumtauschleihe und die Ausübung der Verkaufs- und Kaufoptionen auf Postbank-Aktien im Februar 2012 sowie durch zusätzliche Anteilskäufe am Markt erhöht. Mit Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags im zweiten Quartal 2012 hatte die Deutsche Bank den verbleibenden Anteil ohne beherrschenden Einfluss von 248 Mio € an der Postbank aus dem Konzern-Eigenkapital ausgebucht, da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank-Aktien hielten. Bis zum 31. Dezember 2013 wurden der Deutschen Bank durch die Minderheitsaktionäre insgesamt 490.246 Postbank-Aktien (entsprechend ungefähr 0,22 % der ausstehenden Postbank-Aktien) angedient. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Konzerns an der Postbank auf ungefähr 94,1 %.

in Mio €	2013	2012
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Beginn der Periode	24	4.448
Nettoeffekt aus der Veränderung der Beteiligungen der Deutschen Bank	7	753
Anteil der Deutschen Bank am Gewinn oder Verlust	1	803
Anteil der Deutschen Bank am sonstigen Ergebnis	-4	1.030
Anteil der Deutschen Bank an den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals	-1	-207
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Ende der Periode	27	6.827

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2013, 2012 und 2011 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftsbetriebe. Diese Veräußerungen enthielten hauptsächlich verschiedene Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte. Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2013, 2012 und 2011 auf 57 Mio €, 99 Mio € und 368 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2013	2012	2011
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	156	0	21
Übrige Vermögenswerte	33	1.937	1.383
Summe der veräußerten Aktiva	189	1.937	1.404
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	196	1.592	1.039

Diese Transaktionen beinhalteten ebenfalls mehrere Veräußerungen, bei denen der Konzern eine Minderheitsbeteiligung an den ehemaligen Tochtergesellschaften behalten hat. Keine dieser Veräußerungen war einzeln betrachtet wesentlich. Die verbleibenden Beteiligungen an den ehemaligen Tochtergesellschaften wurden im Zeitpunkt des Verlusts des beherrschenden Einflusses zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und ab diesem Datum nach der Equitymethode bilanziert. Aus diesen Veräußerungen wurde kein Gewinn oder Verlust erfasst.

4 – Segmentberichterstattung

Die Segmentinformationen des Konzerns basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Segmente

Die Segmente des Konzerns stellen dessen Organisationsstruktur dar. Sie besteht aus den fünf Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S), Global Transaction Banking (GTB), Deutsche Asset & Wealth Management (DeAWM), Private & Business Clients (PBC) und Non-Core Operations Unit (NCOU). Weitere Angaben zu den fünf Unternehmensbereichen sind im Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche“ des Finanzberichts enthalten.

Für den Jahresabschluss 2013 hat DeAWM seine Ertragsaufteilung angepasst. Künftig wird nach der Ertragsart gegliedert, um eine Unterscheidung in laufende Erträge und Einmalerträge, Zinserträge und Erträge aus Sonstigen Produkten vornehmen zu können. Die neue Aufteilung entspricht stärker den Marktkonventionen, erhöht die Transparenz und ermöglicht eine kohärentere Analyse des Unternehmensbereichs. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

PBC hat beschlossen, seine Geschäftseinheiten umzubenennen, damit der Marktansatz besser wiedergespiegelt wird. Advisory Banking Germany ist nun die Privat- und Firmenkundenbank und setzt sich zusammen aus dem ehemaligen Advisory Banking Germany und dem vor kurzem gegründeten Joint Venture zwischen den Unternehmensbereichen PBC und GTB. Consumer Banking Germany wird in Postbank umbenannt, bei Advisory Banking International gibt es keine Namensänderung. Die ehemalige Kategorie Deposits & Payment Service wurde in Deposits und Payments, Cards & Accounts geteilt, während Advisory/Brokerage und Discretionary Portfolio Management/Fund Management zu Investment & Insurance Products fusioniert wurden. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

Im September 2012 kündigte die Bank nach einer strategischen Überprüfung Änderungen in der Zusammensetzung ihrer Segmente an. Im vierten Quartal 2012 wurde die Managementverantwortung für das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie zum Beispiel Exchange Traded Funds (ETFs), von CB&S auf den neu integrierten Unternehmensbereich DeAWM übertragen. Zusätzlich wurde mit der NCOU ein neuer Unternehmensbereich neben CB&S, GTB, DeAWM und PBC geschaffen, dem nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva, Passiva und Geschäfte aus CB&S, DeAWM und PBC sowie der gesamte ehemalige Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet wurden. Infolge einer weiteren Integration der CB&S- und GTB-Aktivitäten wurde die Kostenallokation zwischen diesen Unternehmensbereichen verfeinert. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

Bei der Anpassung von Vergleichszahlen an die Darstellung der aktuellen Periode sind üblicherweise Annahmen und Ermessensentscheidungen zu treffen. Als die NCOU aufgesetzt und gezeigt wurde, wie Vergleichszahlen für die Segmente ausgesehen hätten, wäre die neue Struktur schon in Vorperioden in Kraft gewesen, wurden die folgenden Annahmen angewandt: Für Geschäftseinheiten und Portfolios von Aktiva und Passiva, die bereits in den Vorperioden als Altbestände oder nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten eingeordnet waren, wurden alle damit verbundenen Erträge und Kosten extrahiert und in die NCOU überführt, selbst wenn Teile des Portfolios bereits vor Etablierung der NCOU veräußert worden waren. Bei der Anpassung der Vergleichszahlen um Effekte bestimmter Einzelaktiva und -passiva, die in größere Portfolios eingebettet waren und die nicht in Abwicklung befindlich oder Altbestände waren, wurden alle Erträge und Kosten aus diesen übertragenen Positionen der NCOU zugeordnet. Erträge und Aufwendungen ähnlicher Einzelaktiva und -passiva, welche hypothetisch für die Überführung in die NCOU qualifiziert gewesen wären, wurden nicht der NCOU zugeordnet, wenn die Positionen bereits veräußert worden waren, bevor der Unternehmensbereich etabliert wurde.

Im Folgenden werden weitere Veränderungen in Bezug auf die Managementverantwortung beschrieben, die signifikante Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung hatten:

- Im Geschäftsjahr 2013 wurde das Portfolio langfristiger Kredite an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich GTB überführt.
- Im vierten Quartal 2012 wurde die Managementverantwortung für das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie zum Beispiel Exchange Traded Funds (ETFs), von CB&S auf den neu integrierten Unternehmensbereich DeAWM übertragen.
- Infolge einer weiteren Integration der CB&S- und GTB-Aktivitäten wurde die Allokation der Coverage-Kosten zwischen diesen Unternehmensbereichen im vierten Quartal 2012 verfeinert.
- Die Asset-Management-Aktivitäten der Postbank wurden zum 15. August 2012 an die DWS-Gruppe veräußert und daher vom Unternehmensbereich PBC auf den Unternehmensbereich DeAWM übertragen.
- Die BHF-BANK ging zum 1. Januar 2011 vom ehemaligen Geschäftsbereich PWM im Unternehmensbereich DeAWM zurück an den ehemaligen Konzernbereich CI. Im zweiten Quartal 2010 war die BHF-BANK vom ehemaligen Konzernbereich CI an den ehemaligen Geschäftsbereich PWM übertragen worden.
- Zum 1. Januar 2011 wurde die Beteiligung an der Actavis Group vom Unternehmensbereich CB&S auf den ehemaligen Konzernbereich CI transferiert.
- Im dritten Quartal 2011 wurde die frühere Geschäftseinheit Capital Markets Sales im Unternehmensbereich GTB an den Unternehmensbereich CB&S transferiert. Darüber hinaus wurde ein Portfolio kurzfristiger Kredite an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich GTB übertragen. Ziel dieses Portfoliotransfers ist es, die Gemeinsamkeiten im Cash Management sowie bei Handels- und kurzfristigen Finanzierungen besser zu nutzen.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Wie beschrieben zeigt die Segmentberichterstattung die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche: Consolidation & Adjustments“ des Lageberichts erläutert. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, Aktiva sowie anderen Informationen, die regelmäßig vom Chief Operating Decision Maker überprüft werden.

In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Zinsunabhängigen Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese Anteile werden gemäß der Managementberichterstattung im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt (mit dem umgekehrten Betrag in C&A), während sie nach IFRS in der Nettogewinnverwendung ausgewiesen werden.

Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen und Schätzungen. Seit 2012 teilt der Konzern die Erträge nicht mehr in Erträge aus Geschäften mit externen Kunden und Intersegmenterträge auf, da diese bisher im Abschnitt „Segmentergebnisse“ verfügbaren Informationen dem Chief Operating Decision Maker im Rahmen der internen Managementberichterstattung nicht zur Verfügung gestellt und von diesem überprüft werden. Diese Änderung wurde auch für die Vergleichsperiode 2011 vorgenommen und hat für das Jahr 2013 Bestand.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach der der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Segmenten zugeordnet wird. Dabei wird unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit unabhängiger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften) daher den Segmenten proportional zu dem ihnen zugeordneten durchschnittlichen Active Equity anteilig zugerechnet.

Bei der Implementierung der Änderungen in den Segmenten im vierten Quartal 2012 wurden die Informationen, die dem Chief Operating Decision Maker zur Verfügung gestellt werden und von diesem geprüft werden, untersucht. Die Aktiva der verschiedenen Segmente werden in der internen Managementberichterstattung konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Der Chief Operating Decision Maker hält diese Informationen, insbesondere für die NCOU, für angemessener, da diese Betrachtungsweise die externe Transparenz bei den nicht zum Kerngeschäft gehörenden Positionen (zum Beispiel Aktiva) und bei dem Fortschritt der gezielten Maßnahmen zum Risikoabbau erleichtert. Der Ausweis der Segmentaktiva in dieser Anhangangabe wurde in 2012 entsprechend angepasst und wird auch in 2013 beibehalten. Die Aktiva der verschiedenen Segmente für den Vergleichszeitraum 2011 wurden ebenfalls entsprechend angepasst.

Das Management nutzt im Rahmen des internen Managementberichtssystems bestimmte Messgrößen für das Kapital sowie darauf bezogene Kennziffern, weil es diese bei der Darstellung der finanziellen Performance der Segmente für nützlich hält. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns seitens des Managements. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

Das durchschnittliche Active Equity: Es fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten daher stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Seit dem 1. Juli 2013 wird die im CRR/CRD 4-Rahmenwerk enthaltene Definition von Active Equity verwendet. Gemäß dieser Definition wird das Eigenkapital nur um die Dividendenabgrenzung bereinigt (das heißt, sonstige kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung (Verlust) ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern, zählt nunmehr zum Active Equity). Vorherige Perioden in 2013 und 2012 wurden entsprechend angepasst.

- Der zuzurechnende Gesamtbetrag des durchschnittlichen Active Equity wird nach dem höheren Wert von gesamtökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Seit 2013 verwendet der Konzern eine angepasste Allokationsmethode des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente, um dem weiter gestiegenen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital unter CRR/CRD 4 Rechnung zu tragen und die Kapitalallokation auch weiterhin mit den kommunizierten Kapital- und Renditezielen im Einklang zu halten. Nach der neuen Methode wird der interne Bedarf an Aufsichtsrechtlichem Eigenkapital auf Grundlage einer Common Equity Tier-1-Kapitalquote von 10 % auf Konzernebene berechnet, wobei von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk ausgegangen wird. Daher wird auch die Basis der Allokation, das heißt risikogewichtete Aktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten, auf Grundlage eines voll umgesetzten CRR/CRD 4-Regelwerks definiert. Im Ergebnis führte dies zu einer erhöhten Allokation von Kapital auf die Segmente, im Wesentlichen auf CB&S sowie die NCOU. Die Zahlen für 2012 wurden angepasst, um diesen Effekt abzubilden. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert des gesamtökonomischen Risikos oder aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs, wird der Mehrbetrag Consolidation & Adjustments zugeordnet.
- Die Eigenkapitalrendite in %, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am durchschnittlichen Active Equity vor Steuern. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die Segmentergebnisse einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ des Lageberichts enthalten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die Angaben auf Unternehmensebene des Konzerns enthalten Erträge von internen und externen Geschäftspartnern. Die Eliminierung von Erträgen mit internen Geschäftspartnern würde unverhältnismäßige IT-Investitionen erfordern und steht nicht im Einklang mit dem Managementansatz der Bank. Unsere Ertragskomponenten sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Unternehmensbereiche“ des Lageberichts aufgeführt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2013, 2012 und 2011 aufgeführt. Für CB&S, GTB, DeAWM, PBC und die NCOU erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, die die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diesen Bereich zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2013	2012	2011
Deutschland:			
CB&S	1.008	1.370	1.248
GTB	1.348	1.364	1.317
DeAWM	1.193	1.157	1.181
PBC	7.723	7.559	8.519
NCOU	365	1.016	520
Deutschland insgesamt	11.637	12.466	12.785
Großbritannien:			
CB&S	4.085	4.652	4.367
GTB	291	318	264
DeAWM	983	398	1.246
PBC	0	0	0
NCOU	-109	-533	-318
Großbritannien insgesamt	5.250	4.836	5.559
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CB&S	884	1.095	940
GTB	983	1.165	1.100
DeAWM	894	823	824
PBC	1.812	1.949	1.851
NCOU	-31	110	194
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt	4.543	5.142	4.909
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CB&S	4.867	5.656	4.694
GTB	833	771	642
DeAWM	1.173	1.667	622
PBC	-21	0	0
NCOU	708	484	444
Amerika insgesamt	7.561	8.578	6.402
Asien/Pazifik:			
CB&S	2.778	2.675	2.650
GTB	614	581	493
DeAWM	491	424	405
PBC	36	32	27
NCOU	-65	-23	37
Asien/Pazifik insgesamt	3.854	3.689	3.611
Consolidation & Adjustments	-929	-975	-39
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt¹	31.915	33.736	33.228

¹ Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

5 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio €	2013	2012	2011
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	759	928	794
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	412	762	977
Forderungen aus Wertpapierleihen ¹	-375	-519	-358
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.312	1.449	935
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	81	141	148
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.941	13.658	14.914
Sonstige	741	986	1.579
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	14.872	17.404	18.990
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	10.729	14.189	15.376
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt¹	25.601	31.593	34.366
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen ²	3.360	4.946	5.958
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	186	315	426
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen ¹	-216	-301	-169
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	285	342	479
Langfristige Verbindlichkeiten ²	1.568	2.686	2.656
Hybride Kapitalinstrumente	849	842	813
Sonstige	200	140	243
Zinsaufwendungen insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen	6.232	8.971	10.406
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.535	6.648	6.515
Zinsaufwendungen insgesamt¹	10.768	15.619	16.921
Zinsüberschuss	14.834	15.975	17.445

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

² Zinsaufwendungen in Höhe von 780 Mio € in 2012 und von 821 Mio € in 2011 wurden von Verzinsliche Einlagen nach Langfristige Verbindlichkeiten reklassifiziert.

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2013 auf 76 Mio € (2012: 100 Mio €; 2011: 83 Mio €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2013	2012	2011
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	1.573	1.594	- 1.404
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.465	4.810	4.389
Sales & Trading insgesamt	4.039	6.404	2.985
Sonstige	- 377	- 1.205	- 847
Handelsergebnis insgesamt¹	3.662	5.199	2.138
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	31	14	- 20
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	0	- 1	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 46	739	- 894
Einlagen	73	- 56	- 368
Langfristige Verbindlichkeiten ²	133	- 328	1.772
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	- 35	41	96
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	155	409	586
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.817	5.608	2.724

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

² Beinhaltet minus 86 Mio € in 2013 (2012: minus 94 Mio €; 2011: minus 68 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 390 Mio € in 2013 (2012: 358 Mio €; 2011: minus 60 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Vergleichszahlen der Vorjahre wurden angepasst. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Summe aus Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2013	2012	2011
Zinsüberschuss	14.834	15.975	17.445
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.817	5.608	2.724
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.651	21.583	20.169
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgliedert nach Konzernbereich/Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	2.129	1.732	1.504
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.230	8.226	8.121
Sales & Trading insgesamt	8.359	9.958	9.625
Kreditgeschäft ¹	599	182	185
Übrige Produkte ²	72	589	199
Corporate Banking & Securities	9.030	10.729	10.010
Global Transaction Banking	1.984	2.016	1.996
Deutsche Asset & Wealth Management	1.568	1.974	991
Private & Business Clients	5.966	6.220	6.625
Non-Core Operations Unit	83	275	588
Consolidation & Adjustments	19	369	- 42
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.651	21.583	20.169

¹ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

² Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, wird die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs CB&S nach Produkten untergliedert.

6 – Provisionsüberschuss

in Mio €	2013	2012 ²	2011
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag ¹	15.252	14.575	14.744
Provisionsaufwand	2.943	2.766	2.865
Provisionsüberschuss	12.308	11.809	11.878

in Mio €	2013	2012	2011
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.646	3.298	3.458
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts ¹	3.920	3.845	4.000
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	4.742	4.667	4.421
Provisionsüberschuss	12.308	11.809	11.878

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

² Provisionsertrag und -aufwand wurden um jeweils 316 Mio € erhöht.

7 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

in Mio €	2013	2012	2011
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	321	65	-223
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	319	116	285
Wertminderungen	2	-51	-508 ¹
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	77	206	289
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen/Neubewertungen	92	306	383
Wertminderungen	-15	-100	-94
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	6	55	17
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	33	63	24
Wertminderungen	-27	-8	-7
Wertaufholungen	0	0	0
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	-12	-25	39
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	9	-24	56
Wertminderungen	-21	-1	-17
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	394	301	123

¹ Beinhaltet 527 Mio € Wertminderungen von griechischen Staatsanleihen, die durch Wertaufholungen von in Vorjahren erfassten Wertminderungen teilweise kompensiert wurden.

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 16 „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ verwiesen.

8 – Sonstige Erträge

in Mio €	2013	2012	2011
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	23	- 23	33
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	- 3	31	14
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	4	41	39
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	288	4	- 22
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	190	219	214
Ergebnis aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten ²	- 1.227	- 1.081	336
Konsolidierte Beteiligungen	881	768	570
Übrige sonstige Erträge	37	- 78	138
Sonstige Erträge insgesamt	193	- 120	1.322

¹ Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

² Der Rückgang von 2011 auf 2012 ist auf die Ineffektivität von Absicherungsgeschäften zurückzuführen.

9 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2013	2012	2011
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	3.074	2.547	2.194
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.073	2.115	2.072
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.804	1.852	1.621
Kommunikation und Datenadministration	865	907	849
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	441	518	539
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	569	609	504
Marketingaufwendungen	314	362	410
Konsolidierte Beteiligungen	797	760	652
Sonstige Aufwendungen ¹	5.189	5.347	3.816
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	15.126	15.017	12.657

¹ Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 3,0 Mrd € in 2013 und von 2,5 Mrd € in 2012. Im Jahr 2011 waren Sonderbelastungen in CB&S (655 Mio € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland) und die erstmalige Erfassung der Bankenabgabe in Deutschland und Großbritannien in Höhe von 247 Mio € enthalten. Für nähere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

10 – Restrukturierung

Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit wird der Konzern in den kommenden Jahren Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang verringern. Ausgehend vom Jahr 2012 wird der Konzern über einen Zeitraum von drei Jahren insgesamt in etwa 4 Mrd € aufwenden, um bis zum Jahr 2015 jährliche Kosteneinsparungen von 4,5 Mrd € zu erzielen.

Bis zum 31. Dezember 2013 genehmigte der Konzernvorstand sieben Phasen des Restrukturierungsprogramms, die einen Teil des insgesamt geplanten Betrags von ungefähr 4 Mrd € darstellen. Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen. Im Jahr 2013 sind Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 399 Mio € (2012: 394 Mio €) angefallen. Davon wurden 292 Mio € (2012: 311 Mio €) für Abfindungsleistungen im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns in Bezug auf Restrukturierungsmaßnahmen verbucht. Hinzu kamen 72 Mio € (2012: 83 Mio €) für die beschleunigte Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten. Weiterhin wurde ein Aufwand von 35 Mio € (2012: 0 Mio €) für vorzeitige Vertragsbeendigung erfasst, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude.

Vom Gesamtbetrag von 399 Mio € (2012: 394 Mio €) entfiel auf den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities ein Betrag von 147 Mio € (2012: 246 Mio €), auf den Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management ein Betrag von 169 Mio € (2012: 104 Mio €), auf den Unternehmensbereich Global Transaction Banking ein Betrag von 54 Mio € (2012: 41 Mio €), auf den Unternehmensbereich Private & Business Clients ein Betrag von 22 Mio € (2012: 0 Mio €) und auf den Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit ein Betrag von 7 Mio € (3 Mio €), jeweils einschließlich Verrechnungen von Infrastrukturbereichen.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 31. Dezember 2013 207 Mio € (31. Dezember 2012: 165 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellungen wird voraussichtlich noch im Jahr 2014 verbraucht werden.

Im Laufe des Jahres 2013 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften um 1.287 durch Restrukturierungsmaßnahmen reduziert. Die Reduzierung betrifft den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities mit 374 Mitarbeitern, den Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management mit 224 Mitarbeitern, den Unternehmensbereich Global Transaction Banking mit 172 Mitarbeitern, den Unternehmensbereich Private & Business Clients mit 42 Mitarbeitern und Infrastrukturbereiche mit 475 Mitarbeitern.

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, die durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie

in Mio €	2013	2012	2011
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	666	263	4.132
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	0	0	0
wandelbaren Schuldtiteln	0	0	- 13
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	666	263	4.119
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	997,4	934,0	928,0
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,0
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,0	0,0
wandelbaren Schuldtiteln	0,0	0,0	1,5
gewährten Aktienrechten	27,8	25,8	27,8
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,0	0,0
Potenziell verwässernde Stammaktien	27,8	25,8	29,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	1.025,2	959,8	957,3

Ergebnis je Aktie

in €	2013	2012	2011
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,67	0,28	4,45
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,65	0,27	4,30

Ausstehende Instrumente, die bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt wurden¹

Anzahl der Aktien in Mio	2013	2012	2011
Terminkäufe	0,0	0,0	0,0
Wandelbare Schuldtitel	0,0	0,0	0,2
Geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	0,0	0,0
Geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,0	0,0
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,2	0,3	0,3
Gewährte Aktienrechte	0,0	0,0	0,0

¹ Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	187.554	227.845
Sonstige Handelsaktiva ¹	22.516	26.614
Handelsaktiva insgesamt	210.070	254.459
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	504.590	768.353
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	116.764	124.987
Forderungen aus Wertpapierleihen	32.485	28.304
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	15.579	18.248
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	19.768	15.488
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	184.597	187.027
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	899.257	1.209.839

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 17.787 Mio € zum 31.12.2013 (2012: 17.638 Mio €).

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Handelspassiva:		
Wertpapiere	54.951	52.722
Sonstige Handelspassiva	853	1.678
Handelspassiva insgesamt	55.804	54.400
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	483.428	752.652
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	73.642	82.267
Kreditzusagen	193	463
Langfristige Verbindlichkeiten	9.342	13.436
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.927	14.243
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	90.104	110.409
Investmentverträge ¹	8.067	7.732
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	637.404	925.193

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem beizulegenden Zeitwert. Nähere Informationen zu diesen Verträgen werden in Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ dargestellt.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern hat verschiedene Kreditbeziehungen zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem beizulegenden Zeitwert. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 165 Mrd € (2012: 172 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko, in erster Linie zu einem Kontrahentenrisiko, führen.

Das Kreditrisiko aus den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ.

Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Kredite¹ und Kreditzusagen, die der Änderung des Kontrahentenrisikos zuzurechnen ist²

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die Kreditrisiken ausgesetzt sind	6.874	26.349	9.210 ³	39.599
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	43	254	53	710
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ⁴	55	742	1	674
Nominalwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden	627	13.050	2.212	29.588
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-15	-343	-65	-922
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ⁴	-14	-574	-50	-821

¹ Bei überbesicherten Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind aufgrund der Veränderungen des Kontrahentenrisikos keine wesentlichen Bewertungsänderungen innerhalb des Jahres oder kumulativ zu verzeichnen.

² Bestimmt mit einem Bewertungsmodell, das die Auswirkungen des Marktrisikos auf den beizulegenden Zeitwert ausschließt.

³ Vorjahreswerte wurden angepasst (Erhöhung um 6,2 Mrd € in Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die Kreditrisiken ausgesetzt sind).

⁴ Die Veränderungen sind den Forderungen aus dem Kreditgeschäft und den Kreditzusagen zuzuordnen, die am Berichtsstichtag im Bestand waren. Diese können von denen abweichen, die in der Vorperiode gehalten wurden. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst, um die Veränderungen der zugrunde liegenden Portfolios darzustellen.

Auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführende Bewertungsänderungen der finanziellen Verpflichtungen¹

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	85	213
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	151	79

¹ Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die Bewertungsänderungen von finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

Der den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigende vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit¹

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen ²	27.232	41.244
Ohne nicht gezogene Kreditzusagen	927	665

¹ Es wird unterstellt, dass die Verpflichtung zum frühestmöglichen vertraglich vereinbarten Fälligkeitstag, an dem der Konzern zur Zahlung verpflichtet werden kann, zurückgezahlt wird. Da der zahlbare Betrag nicht festgelegt ist, wird er am Bilanzstichtag mit Referenz auf aktuelle Konditionen bestimmt.

² Die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme für nicht gezogene Kreditzusagen unterstellen eine volle Ziehung der Fazilität.

13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte nach Art des Vermögenswerts

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.985	1.872	3.599	2.783
Schuldverschreibungen ¹	1.062	1.068	1.372	1.393
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.367	2.064	6.233	5.591
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	5.415 ²	5.004	11.204	9.766
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.972	1.955	4.501	4.218
Schuldverschreibungen ¹	1.220	1.284	1.293	1.446
Summe der Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	3.192 ³	3.239	5.794	5.664
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	8.606 ⁴	8.243	16.998	15.430

¹ Bestimmte Kommunalanleihen wurden im Vorjahr fälschlicherweise als Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen.

² In 2013 verkaufte der Konzern Vermögenswerte, die vorher als Handelsaktiva klassifiziert waren, mit einem Buchwert von 2,9 Mrd €. Davon entfielen 1,6 Mrd € auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft, 0,9 Mrd € auf Asset Backed Securities und 0,2 Mrd € auf Mortgage Backed Securities.

³ In 2013 verkaufte der Konzern Vermögenswerte, die vorher als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ klassifiziert waren, mit einem Buchwert von 1,4 Mrd €. Davon entfielen 1,3 Mrd € auf durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte.

⁴ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte in der obigen Tabelle existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte von Derivaten, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktzinsänderungen, genutzt werden. Der Effekt führte zu einem Anstieg der Buchwerte um 34 Mio € zum 31. Dezember 2013 (31. Dezember 2012: 209 Mio €).

Alle umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet. Diese trifft Verkaufentscheidungen über dieses Portfolio entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen. Im Geschäftsjahr 2013 verkaufte der Konzern umgewidmete finanzielle Vermögenswerte mit einem Buchwert von 4,4 Mrd €. Dies führte zu einem Nettoverlust von 206 Mio € sowie zu Abschreibungen in Höhe von 130 Mio € auf verkaufte Positionen.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert von Vermögenswerten, die zuvor als „Handelsaktiva“ klassifiziert waren, aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 1,0 Mrd €. Ein weiterer Rückgang um 1,4 Mrd € betrifft gewerbliche Hypothekenkredite, bei denen die kreditnehmende strukturierte Einheit unter IFRS 10 konsolidiert wurde, da der Konzern zwischen dem zweiten und dritten Quartal 2013 die Kontrolle erlangte. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 1,1 Mrd €.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmung stattgefunden hätte

in Mio €	2013	2012	2011
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	245	38	– 11
Wertminderung (–)/Wertaufholung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	9	– 29	– 16
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	130	415	133

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte

in Mio €	2013	2012	2011
Zinserträge	272	578	691
Risikovorsorge im Kreditgeschäft ¹	– 348	– 186	– 186
Sonstige Erträge ²	– 141	– 35	34
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	– 217	357	539
Zinserträge	96	139	153
Risikovorsorge im Kreditgeschäft ³	– 25	– 228	– 1
Sonstige Erträge ²	– 66	– 58	0
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	5	– 147	152

¹ Anstieg in 2013 aufgrund von Wertminderungen in Höhe von 113 Mio € auf eine einzelne Position bei gewerblichen Immobilien, die zu einem Zeitpunkt verkauft wurde, zu dem die Erwartung auf eine vollständige Wertaufholung zurückgegangen war.

² Gewinne beziehungsweise Verluste aus dem Verkauf von umgewidmeten Vermögenswerten.

³ Deutliche Wertminderungen in 2012 auf zwei Verbriefungspositionen. Ursächlich waren in einem Fall finanzielle Schwierigkeiten in 2012 und im anderen Fall eine Abwärtskorrektur der Zahlungsströme aus einer zuvor wertgeminderten Position.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von umgewidmeten Vermögenswerten in 2008 und 2009

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Buchwert	Marktwert	Differenz	Buchwert	Marktwert	Differenz
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	2.155	2.232	-77	2.431	2.647	-216
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.263	1.305	-42	1.939	1.693	246
CDO/CLO	979	938	41	3.083	2.765	318
Pfandbriefe	885	788	97	994	722	272
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	281	260	21	923	702	221
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	74	71	3	151	120	31
Andere ¹	602	585	17	1.244	1.190	54
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	6.239	6.179	60	10.765	9.839	926
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	1.463	1.428	35	4.773	4.430	343
Wohn-Hypothekendarlehen	844	598	246	918	662	256
Andere	61	38	22	542	499	43
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.367	2.064	303	6.233	5.591	642
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	8.606	8.243	363	16.998	15.430	1.568

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbriefte Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Verbriefungen und durch Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere

Kommunalanleihen: Der beizulegende Zeitwert US-amerikanischer Kommunalanleihen liegt über dem Buchwert, da es sich vorwiegend um festverzinsliche Instrumente handelt, deren Zinssätze seit der Umwidmung gesunken sind. Darüber hinaus wird der beizulegende Zeitwert von der Liquidität und den Erwartungen an den Märkten in Bezug auf das Kreditrisiko beeinflusst. Eine Wertminderung von 19 Mio € resultierte aus dem Ausfall eines einzelnen Schuldners. In diesem Portfolio erfolgte ein gezielter Risikoabbau von 0,1 Mrd €.

Pfandbriefe: Die Mehrheit des Risikos in dem Portfolio resultiert aus Engagements gegenüber Banken und staatlichen Emittenten in Spanien. Der beizulegende Zeitwert liegt unter dem Buchwert. Ursache sind vornehmlich Markterwartungen in Bezug auf das Kreditrisiko, obwohl sich dieses im Berichtszeitraum verringert hat. Es liegen keine Wertminderungen für das Portfolio vor. Der Buchwert ist aufgrund geringfügiger Maßnahmen zum Risikoabbau gesunken und es wurde ein kleiner Verkaufsgewinn verbucht.

CDO/CLO: Ein diversifiziertes Portfolio mit einer Vielzahl von Vermögenswerten und Tranchen von Verbriefungen. Die Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert resultiert aus zahlreichen Faktoren. Zu diesen gehören die Liquidität und die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf Markterwartungen in Bezug auf erwartete Kreditausfälle über die Gesamtlaufzeit im Vergleich zu der Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Die wesentliche Veränderung des Buchwerts im Verhältnis zum beizulegenden Zeitwert hängt mit den signifikanten Maßnahmen zum Risikoabbau in dem Portfolio zusammen. In deren Rahmen wurden Buchwerte von 1,1 Mrd € verkauft und infolgedessen Verluste von 92 Mio € verbucht. Ferner erfolgten im Berichtsjahr Rückzahlungen von 1,0 Mrd €. Es waren keine wesentlichen Wertberichtigungen für Kreditausfälle nötig. Wenn diese jedoch anfielen, wären sie Kreditausfällen in den zugrunde liegenden Kreditportfolios geschuldet, die zu einem Verlust in den verbrieften Wertpapieren führen könnten. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Wertberichtigungen für Kreditausfälle um 85 Mio €. Dies ging größtenteils auf eine einzelne Position zurück, die mit einem Verlust von 73 Mio € in 2012 verkauft wurde. Dieser wurde als Wertminderung ausgewiesen.

Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere: Die gestiegene Nachfrage nach höher rentierlichen Vermögenswerten führte zu gesunkenen Risikoaufschlägen und einer verbesserten Liquidität. Dies wiederum resultierte in einer Erhöhung der beizulegenden Zeitwerte in der Periode, so dass diese bei einigen Positionen die

Buchwerte überschritten. Die Veränderung des Buchwerts hängt mit den Maßnahmen zum Risikoabbau zusammen, in deren Rahmen Verluste aus Verkäufen von 0,1 Mrd € entstanden. Die in der Periode für das Portfolio erfassten Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind gering.

Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere: Die Differenz zwischen beizulegendem Zeitwert und Buchwert rührt aus einer Reihe von Faktoren. Zu diesen zählen die Liquidität und die Erwartungen an den Märkten in puncto Kreditausfälle verglichen mit der Bewertung auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Die in der Periode durchgeführten Maßnahmen zum Risikoabbau führten zu einem Rückgang des Buchwerts um 0,2 Mrd € und einem damit zusammenhängenden Veräußerungsverlust von 37 Mio €. Ferner erfolgten im Berichtsjahr Rückzahlungen von 0,3 Mrd €. Zusätzlich wurden in der Periode Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Höhe von 77 Mio € vorgenommen, wenn sich der Wert der zugrunde liegenden Sicherheit verschlechtert hat oder die realisierten Verluste aus Verkäufen zugenommen haben. Infolgedessen können wahrscheinlich nicht die vollständigen Zahlungsströme aus den gehaltenen Wertpapieren vereinnahmt werden. Dies entspricht einem Rückgang der Wertberichtigungen für Kreditausfälle von 87 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Ursache hierfür war größtenteils der Wegfall einer wesentlichen Wertminderung von 134 Mio €, die in 2012 auf eine einzelne Position erfasst worden war (2013: 25 Mio €).

Sonstige: Unter „Sonstige“ sind eine Vielzahl von Vermögenswerten zusammengefasst. Zu diesen gehören Verbriefungen mit zugrunde liegenden Vermögenswerten aus den Branchen Flugzeuge und Rohstoffe, Beteiligungen an der Finanzierung von Infrastrukturprojekten und strukturierte Unternehmensanleihen. Im Rahmen von Maßnahmen zum Risikoabbau im Umfang von 0,5 Mrd € entstand im Berichtsjahr ein moderater Gewinn aus dem Portfolio. Es wurde eine Wertberichtigung für Kreditausfälle in Höhe von 34 Mio € für eine Projektfinanzierung vorgenommen, da der Vermögenswert eine unterdurchschnittliche Wertentwicklung aufwies.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Gewerbliche Hypothekendarlehen: Die Differenz zwischen beizulegendem Zeitwert und Buchwert rührt aus einer Reihe von Faktoren. Zu diesen zählen die Liquidität und die Erwartungen an den Märkten in Bezug auf Kreditausfälle verglichen mit der Bewertung auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Umfangreiche Maßnahmen zum Risikoabbau im Portfolio mit einem Buchwert von 1,3 Mrd € führten zu moderaten Gewinnen. Eine Position bei gewerblichen Immobilien in Großbritannien wurde jedoch veräußert und eine entsprechende Wertberichtigung für Kreditausfälle von 113 Mio € vorgenommen. Zusätzlich wurden bestimmte Zweckgesellschaften, die gewerbliche Immobilien halten, gemäß IFRS 10 konsolidiert, wodurch der Buchwert im Jahresverlauf um 1,4 Mrd € reduziert wurde. Diese Immobilien wurden in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und führten zu einer Wertberichtigung für Kreditausfälle von 70 Mio €. Sie werden unter Sonstige Vermögenswerte ausgewiesen und zu Anschaffungskosten, vermindert um Wertminderungen, angesetzt. Im Berichtszeitraum wurden im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Höhe von 115 Mio € verbucht.

Wohn-Hypothekendarlehen: Diese Kategorie umfasst Wohnimmobilien in Großbritannien, Italien, Spanien und Deutschland. Die Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben, was insbesondere daraus resultiert, dass der Diskontierungszinssatz gestiegen ist, der zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts angewandt wurde und der nicht am Markt beobachtbar ist, jedoch die erwartete Liquidität widerspiegelt. In dem Portfolio erfolgten im Berichtszeitraum keine wesentlichen Verkäufe oder Veränderungen in den Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsystem, das sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder der Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder spezifische Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder die Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität, Kontrahentenrisiko, eigenes Kredit- oder Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen aufgrund von Geld-/Briefspannen sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen beizulegendem Zeitwert. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden üblicherweise auf Portfoliobasis gesteuert und, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, werden Wertanpassungen vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich einzelner Markt- und Kontrahentenrisiken zu reflektieren. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte sowie deren Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn diese Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik für das Erfüllungsrisiko des Kontrahenten nicht bereits enthalten ist. Der Betrag der Wertanpassung bezüglich Kontrahentenrisiken wird auf alle relevanten außerbörslichen Derivate angewandt und durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber bestimmten Kontrahenten unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, des Effekts von relevanten Nettingarrangements, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos auf der Grundlage von verfügbaren Marktinformationen inklusive CDS (Credit Default Swap) Spreads bestimmt. Sollten Kontrahenten-CDS-Spreads nicht verfügbar sein, werden Näherungswerte verwendet.

Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden vom Konzern bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von maßgeblichen Nettingverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und das Kreditrisiko des Konzerns auf Basis von CDS-Marktpreisen berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem vergleichbare Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden, da dies den Wert aus der Perspektive eines Marktteilnehmers reflektiert, der die identische Schuldverschreibung als Anlage hält.

Bei der Bestimmung von Wertanpassungen bezüglich des Kontrahentenrisikos eines bestimmten Kontrahenten und der eigenen Bonität können sich zusätzliche Wertanpassungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ergeben. Diese sind nötig, sofern der zu erwartende Ausfall eines einzelnen Geschäfts oder das betrachtete Bonitätsrisiko in seiner Beschaffenheit von verfügbaren CDS-Instrumenten abweicht.

Finanzierungswertanpassungen (Funding Valuation Adjustments, „FVA“) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen. Die FVA spiegeln die diskontierten Spreads, die bei unbesicherten und teilweise besicherten Derivaten angerechnet werden, wider und werden ermittelt, indem vom Markt implizierte Finanzierungskosten für Forderungen und Verbindlichkeiten geschätzt werden.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Liquiditätsprämie. Sofern ein Finanzinstrument so komplex ist, dass die Kosten für die Auflösung dieser Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um dies zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen festzulegen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für alle Geschäftsbereiche durchzuführen, die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung des formellen Rahmenwerks der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit legt das unabhängige Spezialistenteam auf solche Bewertungen, bei denen Einschätzungen durch das Management Teil der Bewertungsprozesse sind.

Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen

Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges, für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für einzelne Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz bereitstellen, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Preise und Eingangsparameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels geeigneter Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ergeben, die Marktpreisen entspricht.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	86.325	94.269	6.960	116.238	100.863	10.306
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.421	486.614	10.556	9.742	743.401	15.210
Sonstige Handelsaktiva	309	17.143	5.065	671	21.772	4.609
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	7.083	174.391	3.123	5.273	177.798	3.956
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	23.948	21.049	3.329	17.709	27.751	3.940
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ^{2,3}	60	7.347 ²	1	0	8.301 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	125.146	800.811	29.033	149.633	1.079.887	38.021
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	36.438	18.490	24	39.514	12.890	318
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.815	467.293	8.321	10.875	732.491	9.286
Sonstige Handelspassiva	12	841	0	68	1.610	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	197	88.466	1.442	3	108.989	1.417
Investmentverträge ⁴	0	8.067	0	0	7.732	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen ^{2,3}	4	1.495 ²	-247 ⁵	0	4.632 ²	-176 ⁵
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	44.465	584.651	9.539	50.461	868.345	10.845

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Beinhaltet zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK in 2013.

⁴ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁵ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf eine Kombination aus Verkäufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten: kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Rückgang im Berichtszeitraum wurde sowohl von Verlusten aus Marktbewertungen der Instrumente als auch durch Abwicklungen verursacht.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Anstieg des Bestands im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf neu emittierte Kredite zurückzuführen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Rückgang der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf Abwicklungen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Der Rückgang der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf Abwicklungen.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

31.12.2013

in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmung in Level 3 ⁴	Umwidmung aus Level 3 ⁴	Bestand am Jahresende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	10.306	0	-64	1.142	-2.981	0	-911	2.256	-2.788	6.960
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.210	0	-2.355	0	0	0	-2.113	1.924	-2.111	10.556
Sonstige Handelsaktiva	4.609	0	-218	1.485	-1.744	1.266	-651	706	-389	5.065
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte										
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.956	0	170	25	-41	906	-1.815	258	-336	3.123
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	3.940	-80	15 ⁵	1.143	-160	0	-1.417	709	-820 ⁶	3.329
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	38.021	-80	-2.452^{7,8}	3.794	-4.925	2.173	-6.907	5.853	-6.444	29.033
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	318	0	8	0	0	0	-169	12	-146	24
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.286	0	224	0	0	0	-1.241	1.684	-1.631	8.321
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen										
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.417	0	-275	0	0	108	-94	570	-284	1.442
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	10.845	0	116^{7,8}	0	0	108	-1.468	2.045	-2.106	9.539

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte "Emissionen" zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte "Abwicklungen" beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 10 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 20 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Beinhaltet eine Umklassifizierung aus zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in zum Verkauf bestimmter langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen von 1 Mio € hinsichtlich der BHF-BANK.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 497 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 60 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	31.12.2012									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmung in Level 3 ⁴	Umwidmung aus Level 3 ⁴	Bestand am Jahresende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	11.268	5	310	2.695	-2.849	0	-1.453	1.877	-1.545	10.306
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	21.626	0	-4.029	0	0	0	-2.274	2.342	-2.455	15.210
Sonstige Handelsaktiva	5.218	-75	114	813	-1.362	900	-535	467	-930	4.609
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.162	0	318	384	-211	1.025	-2.500	60	-282	3.956
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.295	0	142 ⁵	1.951	-1.503	0	-1.077	342	-210	3.940
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	47.568	-70	-3.145^{6,7}	5.843	-5.925	1.926	-7.839	5.088	-5.423	38.021
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	266	5	5	0	0	0	-26	109	-41	318
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	11.306	0	-467	0	0	0	-1.480	2.194	-2.268	9.286
Sonstige Handelspassiva	14	0	-0	0	0	0	0	0	-14	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.140	26	-842	0	0	50	-247	437	-147	1.417
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-250	0	129	0	0	0	-5	-10	-40	-176
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	13.476	31	-1.175^{6,7}	0	0	50	-1.758	2.731	-2.510	10.845

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 39 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 118 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 129 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 37 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2013 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 3,0 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 2,6 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2012 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 4,0 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	31.12.2013	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:		
Schuldtitel	643	542
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	39	32
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	233	229
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	6	6
Unternehmensschuldtitel und andere Schuldtitel	365	275
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	32	97
Derivate:		
Kreditderivate	524	509
Aktienderivate	281	171
Zinsderivate	405	255
Wechselkursderivate	24	6
Sonstige	83	61
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	701	619
Kreditzusagen	17	17
Sonstige	255	277
Insgesamt	2.966	2.554

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2012	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate:		
Kreditderivate	732	1.118
Aktienderivate	169	131
Zinsderivate	126	85
Hybride Derivate	368	254
Sonstige	286	260
Wertpapiere:		
Schuldtitel	1.931	1.725
Eigenkapitaltitel	19	19
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:		
Leveraged Loans	0	0
Gewerbliche Kredite	0	0
Handelbare Kredite	325	288
Insgesamt	3.956	3.880

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquidere Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung: Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden, und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

31.12.2013

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	361	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Konstante Ausfallrate	0 % 100 1 %	103 % 2.470 3 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.274	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 70 0 % 0 % 0 %	134 % 3.180 70 % 25 % 30 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.635	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel	4.016	1.205	Kursverfahren	Kurs	0 %	156 %
Handelsbestand	3.898	16	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	438	5.000
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	597					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	3.300					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	118					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		1.189				
Eigenkapitaltitel	1.074	8	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	62 % 1	100 % 14
Handelsbestand	428	8				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	646		DCF-Verfahren	Kapitalkosten	7 %	12 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	8.878	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	122 %
Handelsbestand	4.280	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	59	3.500
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:	2.621			Konstante Ausfallrate	5 %	22 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.976			Erlösquote	15 %	60 %
Kreditzusagen	0	186	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	5 35 %	1.000 80 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.875 ²	67 ³	DCF-Verfahren	IRR	2 %	46 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	18.477	1.466				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 784 Mio € sonstige Handelsaktiva, 502 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte, 588 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und 1 Mio € zum Verkauf bestimmter langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 67 Mio € sonstiger zum beizulegenden Zeitwert klassifizierter finanzieller Verpflichtungen.

31.12.2013

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten			
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:					
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:					
Zinsderivate	2.551	2.156	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	2 1.336
			Optionspreismodell	Zinssatz bei Inflationsswaps	0 % 8 %
				Inflationsvolatilität	0 % 3 %
				Zinsvolatilität	10 % 95 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-2 % 91 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-70 % 95 %
Kreditderivate	4.377	2.334	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2 4.093
			Korrelationspreismodell	Erlösquote	0 % 75 %
			Optionspreismodell	Kreditkorrelation	13 % 88 %
Aktienderivate	1.419	1.987		Aktienvolatilität	10 % 100 %
				Indexvolatilität	11 % 98 %
				Korrelation zwischen Indizes	62 % 98 %
				Korrelation zwischen Aktien	10 % 97 %
Devisenderivate	529	455	Optionspreismodell	Volatilität	0 % 30 %
Sonstige Derivate	1.680	1.142 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	320 1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	4 % 23 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-30 % 100 %
				Rohstoff-Terminpreis (€/t)	97 106
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivate Finanzinstrumente insgesamt	10.556	8.074			

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	31.12.2013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:	
Wertpapiere des Handelsbestands	- 5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 1.609
Sonstige Handelsaktiva	- 50
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	220
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	25
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	- 1.419
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:	
Wertpapiere des Handelsbestands	5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 396
Sonstige Handelspassiva	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	25
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 159
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	- 525
Insgesamt	- 1.944

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2013	2012
Bestand am Jahresanfang	699	645
Neue Geschäfte während der Periode	595	519
Abschreibung	- 315	- 231
Ausgelaufene Geschäfte	- 127	- 179
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 40	- 50
Wechselkursveränderungen	- 16	- 5
Bestand am Jahresende	796	699

15 –

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen jenen, die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in der Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus Zu Handelszwecken gehalten und Zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind:

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung von DCF-Verfahren ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen in Anspruch genommenen Beträge berücksichtigen. Die Parameter Bonitätsrisiko, Ausfallrisiko und Inanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen aus dem betreffenden Kreditvertrag oder den CDS-Märkten ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Zahlungsströme unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite mithilfe der Zinssätze abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der beizulegende Zeitwert von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Loan-Obligation-(CLO-)Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der beizulegende Zeitwert wird im Rahmen der Bewertung durch Abzinsung zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der beizulegende Zeitwert sich regelmäßig nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente: Sofern verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.12.2013				
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Markt- preise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungs- verfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungs- verfahren mit nicht- beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barmittel und Forderungen gegenüber Banken	17.155	17.155	17.155	0	0
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	77.985	2.413	75.571	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.363	27.363	0	27.363	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.870	20.870	0	20.870	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	378.085	0	27.171	350.913
Sonstige Finanzaktiva	92.507	92.532	0	90.379	2.153
Finanzpassiva:					
Einlagen	527.750	527.609	3.888	523.721	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	13.381	13.385	0	13.385	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.304	2.304	0	2.171	134
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59.767	59.763	0	59.717	45
Sonstige Finanzpassiva	142.649	142.666	0	142.657	8
Langfristige Verbindlichkeiten	133.082	134.359	0	105.954	28.406
Hybride Kapitalinstrumente	11.926	12.915	0	11.828	1.087

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert beruht im Wesentlichen aus einem Anstieg der erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität bei der impliziten Marktpreisbildung seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Rückgänge in den beizulegenden Zeitwerten werden durch einen Anstieg des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente: Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert resultiert aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	9.076	9.942
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.571	169
US-Kommunalbehörden	126	531
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	22.570	16.655
Unternehmen	9.248	14.527
Sonstige Asset Backed Securities	943	1.113
Mortgage Backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	53	727
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	656	491
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	44.242	44.155
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	979	1.083
Investmentanteile	98	222
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	1.076	1.305
Sonstiger Anteilsbesitz	837	986
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.170	2.954
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	48.326	49.400

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ dieses Berichts verwiesen.

17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert.

Der Konzern hält Anteile an 115 assoziierten Unternehmen (2012: 141) und 20 gemeinschaftlich geführten Unternehmen (2012: 26). Ein assoziiertes Unternehmen ist aufgrund des Beteiligungsbuchwerts und des anteiligen Ergebnisses des Beteiligungsunternehmens für den Konzern von wesentlicher Bedeutung.

Wesentliche Beteiligung zum 31. Dezember 2013

Beteiligung	Haupt- geschäftssitz	Beteiligungs- zweck	Anteil am Kapital
Hua Xia Bank Company Limited ¹	Peking, China	Strategisches Investment	19,99 %

¹ Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien und über seine Beteiligungsquote einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

Zusammengefasste Finanzinformationen zur Hua Xia Bank Company Limited

in Mio €	Neun Monate bis 30.9.2013 ¹	Geschäftsjahr bis 31.12.2012
Umsatzerlöse	4.107	4.896
Ergebnis nach Steuern	1.369	1.572
Sonstiges Ergebnis	- 79	- 35
Gesamtergebnis²	1.290	1.537
Gesamtvermögen	187.305	181.310
Gesamtschulden	177.343	172.210
Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens	9.962	9.100

¹ Die Beträge basieren auf den zuletzt publizierten Finanzinformationen des Beteiligungsunternehmens zum 30. September 2013.

² Der Konzern erhielt von der Hua Xia Bank Company Limited im Berichtszeitraum 2013 Dividenden in Höhe von insgesamt 78 Mio € (2012: 43 Mio €).

Überleitungsrechnung vom Reinvermögen auf den Beteiligungsbuchwert

in Mio €	Neun Monate bis 30.9.2013 ¹	Geschäftsjahr bis 31.12.2012
Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens	9.962	9.100
Anteil des Konzerns am Kapital des Beteiligungsunternehmens	19,99 %	19,99 %
Anteil des Konzerns am Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens	1.991	1.819
Geschäfts- oder Firmenwert	340	340
Immaterielle Vermögenswerte	64	65
Sonstige Anpassungen	69	69
Beteiligungsbuchwert²	2.464	2.293

¹ Die Beträge basieren auf den zuletzt publizierten Finanzinformationen des Beteiligungsunternehmens zum 30. September 2013.

² Zum 30. September 2013 lag der notierte Marktpreis für die Anteile an der Hua Xia Bank Company Limited bei 1.605 Mio €. Eine Überprüfung der Beteiligung auf Werthaltigkeit gemäß IAS 36 bestätigte, dass der erzielbare Betrag den Buchwert der Beteiligung übersteigt. Die Deutsche Bank ermittelt den erzielbaren Betrag ihrer Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Limited auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf DCF-Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld in China. Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen des entsprechenden chinesischen Markts sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Der Nutzungswert der Hua Xia Bank Company Limited reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie auf langfristige Annahmen. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen	1.037	1.284
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	59	85
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	69	- 38
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	127	47

18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	31.12. 2013						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	26.675	- 2.390	24.285	0	0	- 24.271	15
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.077	0	3.077	0	0	- 830	2.248
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.438	0	11.438	0	0	- 11.051	386
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	9.432	0	9.432	0	0	- 9.004	428
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	211.260	- 1.190	210.070	0	- 311	- 2.881	206.878
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	738.425	- 270.584	467.841	- 406.616	- 47.470	- 10.297	3.458
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	36.749	0	36.749	0	0	0	36.749
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	133.122	- 19.575	113.547	- 17.121	0	- 84.266	12.160
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	71.050	0	71.050	0	0	- 50.263	20.787
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.190.605	- 291.348	899.257	- 423.737	- 47.781	- 147.706	280.032
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.638	- 56	376.582	0	- 11.042	- 46.899	318.640
Sonstige Aktiva	128.724	- 16.185	112.539	- 43.574	- 278	- 385	68.302
beinhaltet: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	9.375	- 5.412	3.963	- 3.518	0	0	445
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	174.790	0	174.790	0	0	- 755	174.035
Summe der Aktiva	1.921.380	- 309.979	1.611.400	- 467.311	- 59.102	- 240.901	844.087

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht-finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

2013

in Mio €	Nicht bilanzierte Beträge						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	527.750	0	527.750	0	0	0	527.750
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	7.098	-2.390	4.708	0	0	-4.675	33
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	8.673	0	8.673	0	0	-7.080	1.594
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.304	0	2.304	0	0	-2.112	192
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	0	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	57.702	-1.898	55.804	0	0	0	55.804
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	721.233	-268.819	452.414	-411.547	-40.055	-812	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	31.015	0	31.015	0	0	-7.639	23.376
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	88.021	-18.262	69.759	-17.121	-588	-49.055	2.995
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	28.413	0	28.413	0	0	-3.890	24.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	926.384	-288.980	637.404	-428.668	-40.644	-61.395	106.698
Sonstige Passiva	182.204	-18.610	163.595	-46.058	0	0	117.537
beinhaltet: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	6.028	-5.412	616	-616	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	212.000	0	212.000	0	0	0	212.000
Summe der Passiva	1.866.414	-309.979	1.556.434	-474.725	-40.644	-75.262	965.803

Vermögenswerte

2012

in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	32.416	- 427	31.989	0	0	- 31.874	115
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	4.581	0	4.581	0	0	- 4.475	106
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	10.272	0	10.272	0	0	- 9.972	300
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.741	0	13.741	0	0	- 13.336	405
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	255.745	- 1.286	254.459	0	- 52	- 1.979	252.428
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	1.089.047	- 377.671	711.376	- 631.791	- 66.467	- 9.032	4.086
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	56.977	0	56.977	0	0	0	56.977
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	147.254	- 34.316	112.938	- 26.035	- 973	- 75.370	10.560
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	74.089	0	74.089	0	0	- 55.279	18.810
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.623.112	- 413.273	1.209.839	- 657.826	- 67.492	- 141.660	342.861
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	397.520	- 143	397.377	0	- 16.324	- 192.205	188.848
Sonstige Aktiva	144.735	- 21.033	123.702	- 69.546	- 267	- 6.883	47.006
beinhaltet: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	23.893	- 15.531	8.362	- 7.119	0	- 452	791
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	230.774	0	230.774	0	0	- 1.287	229.487
Summe der Aktiva	2.457.150	- 434.875	2.022.275	- 727.372	- 84.084	- 401.693	809.126

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht-finanzielle Sicherheiten. Beträge sind entsprechend angepasst.

Verbindlichkeiten

in Mio €	2012						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
				Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten		
Einlagen	577.316	- 106	577.210	0	0	0	577.210
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	8.806	- 426	8.380	0	- 13	- 8.124	243
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	27.764	0	27.764	0	0	- 27.042	722
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.614	0	2.614	0	0	- 2.464	150
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	552	0	552	0	0	- 246	306
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	65.284	- 10.884	54.400	0	0	0	54.400
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	1.098.493	- 386.949	711.544	- 636.450	- 62.428	- 11.298	1.368
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	41.108	0	41.108	0	0	0	41.108
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	78.675	- 23.869	54.806	- 26.035	- 474	- 27.403	894
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	63.335	0	63.335	0	0	- 35.193	28.142
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.346.894	- 421.701	925.193	- 662.485	- 62.902	- 73.895	125.911
Sonstige Passiva	191.740	- 12.641	179.099	- 68.927	0	0	110.172
beinhaltet: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.410	- 6.735	3.675	- 2.460	0	0	1.215
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	247.223	0	247.223	0	0	0	247.223
Summe der Passiva	2.402.910	- 434.875	1.968.035	- 731.412	- 62.914	- 111.771	1.061.938

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekte von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen – Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung – nicht aufgerechnet wurden.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Banken und Versicherungen	25.100	27.849
Verarbeitendes Gewerbe	21.406	23.203
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	45.440	39.373
Private Haushalte – Hypothekenkredite	148.076	141.601
Öffentliche Haushalte	16.228	15.378
Handel	13.965	17.026
Gewerbliche Immobilien	34.259	45.306
Leasingfinanzierungen	1.429	880
Fondsmanagement	10.029	16.777
Sonstige	66.154	74.813
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	382.086	402.206
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	-85	137
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	382.171	402.069
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	5.589	4.692
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	397.377

20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle

in Mio €	2013			2012 ¹			2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.266	2.426	4.692	2.011	2.147	4.158	1.643	1.653	3.296
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.377	683	2.060	1.115	613	1.728	907	925	1.832
Nettoabschreibungen:	-701	-352	-1.053	-762	-324	-1.086	-512	-385	-897
Abschreibungen	-730	-485	-1.215	-798	-483	-1.281	-553	-512	-1.065
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	30	132	162	36	158	195	41	127	168
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-85	-25	-110	-98	-9	-107	-26	-43	-69
Bestand am Jahresende	2.857	2.732	5.589	2.266	2.426	4.692	2.011	2.150	4.162

¹ Die Wertberichtigungen zu Jahresbeginn 2012 unterscheiden sich von den Wertberichtigungen am Jahresende 2011 aufgrund von Änderungen in den Konsolidierungsregeln gemäß IFRS 10.

**Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns
(Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen)**

in Mio €	2013			2012			2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	118	97	215	127	98	225	108	110	218
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 15	21	5	- 7	0	- 7	19	- 12	7
Zweckbestimmte Verwendung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	- 3	- 4	- 2	- 1	- 3	0	0	0
Bestand am Jahresende	102	114	216	118	97	215	127	98	225

**21 –
Übertragung von finanziellen Vermögenswerten**

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbucht oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements, abhängig von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehält. Diese Kriterien werden in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ erläutert.

Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende Verbindlichkeit gesehen. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke zu nutzen. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren¹

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012 ¹
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	32.714	51.020
Wertpapierleihen	42.884	37.721
Total Return Swaps	7.960	10.056
Konsolidierte vom Konzern gesponserte Verbriefungen	168	131
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	83.726	98.928
Sonstige Handelsaktiva	866	1.808
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	507	1.455
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.085	5.158
Insgesamt	87.183	107.348
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	68.435	95.473

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst (Erhöhung der Wertpapiere des Handelsbestands um 1.628 Mio. €, die aufgrund von Wertpapierleihverträgen nicht ausgebucht wurden, Rückgang von 80 Mio. € in Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus konsolidierten vom Konzern gesponserten Verbriefungen, Erhöhung in Sonstige Handelsaktiva um 225 Mio. €, 463 Mio. € in Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, 2.440 Mio. € Forderungen aus Kreditgeschäft und 4.779 Mio. € im Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten).

Informationen zu übertragenen Vermögenswerten, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, bei der die dazugehörige Verbindlichkeit ein Regressrecht auf die übertragenen Vermögenswerte gewährt¹

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert ²	Beizulegender Zeitwert
Wertpapiere des Handelsbestandes	168	168	131	131
Sonstige Handelsaktiva	333	333	298	298
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	252	252	807	807
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.902	1.928	3.540	3.439
Total	2.654	2.680	4.776	4.675
Dazugehörige Verbindlichkeiten	2.663	2.663	4.571	4.571
Nettoposition	-9	17	205	104

¹ Dazugehörige Verbindlichkeiten wurden nicht im Rahmen von konsolidierten vom Konzern gesponserten Verbriefungen ausgegeben.

² Vorjahreswerte wurden angepasst (Rückgang von 80 Mio. € in Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus konsolidierten vom Konzern gesponserten Verbriefungen, Erhöhungen in Sonstige Handelsaktiva um 225 Mio. €, 463 Mio. € in Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, 2.440 Mio. € Forderungen aus dem Kreditgeschäft und 2.843 Mio. € im Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten).

Buchwert übertragener Vermögenswerte, die der Konzern noch im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	210	67
Sonstige Handelsaktiva	1	1.903
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	57	78
Sonstige Handelsaktiva	1	221
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	58	299

Der Konzern kann einige Risikopositionen im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung eines übertragenen finanziellen Vermögenswerts durch neue oder bereits bestehende vertragliche Rechte und Verpflichtungen zurückbehalten und dennoch ist es noch möglich, den Vermögenswert auszubuchen. Das anhaltende Engagement wird als neues Instrument erfasst, das sich vom übertragenen finanziellen Vermögenswert unterscheiden kann. Typische Transaktionen sind zurückbehaltene vorrangige Schuldverschreibungen nicht-konsolidierter Verbriefungsstrukturen, auf die begebene Kredite übertragen wurden, Finanzierungen mit Zweckgesellschaften, denen der Konzern ein Portfolio an Vermögenswerten verkauft hat, oder Verkäufe von Vermögenswerten mit kreditgebundenen Swaps. Das Risiko des Konzerns bei derartigen Transaktionen wird nicht als wesentlich angesehen, da eine substantielle Zurückbehaltung der Risiken, die im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten stehen, üblicherweise zu einer anfänglichen Unmöglichkeit der Ausbuchung führen wird. Transaktionen, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass sie in einem anhaltenden Engagement resultieren, umfassen Gewährleistungen in Bezug auf betrügerische Handlungen, die eine Übertragung infolge eines Gerichtsverfahrens ungültig machen könnten, geeignete Durchleitungsvereinbarungen und standardisierte Treuhänder- oder Verwaltungsgebühren, die nicht im Zusammenhang mit der Wertentwicklung stehen.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzernbilanz

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:						
Anleihen aus Verbriefungen	289	198	365	1.888	1.798	2.012
Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	289	198	365	1.888	1.798	2.012
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	1.153	1.153	1.153	1.143	1.143	1.143
Nicht-standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	178	178	178	32	32	32
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.332	1.332	1.332	1.175	1.175	1.175
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	12	12	12	29	29	29
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	12	12	12	29	29	29
Finanzielle Vermögenswerte, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	1.633	1.542	1.708	3.092	3.002	3.216
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten:						
Nicht-standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	40	40	0	36	36	0
Finanzielle Verbindlichkeiten, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	40	40	0	36	36	0

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Ergebnis im Jahr 2013	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis	Ergebnis im Jahr 2012	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis
Anleihen aus Verbriefungen	323	282	0 ¹	190	- 139	0
Nicht-standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	267	729	3	- 8	407	5
Sonstige ²	0	0	0	0	21	34
Ergebnis aus anhaltendem Engagement in ausgebuchten Vermögenswerten	590	1.011	3	182	289	39

¹ Die typischen in die Verbriefungen verkauften Vermögenswerte waren zum beizulegenden Zeitwert bewertet und deshalb war das Veräußerungsergebnis nicht materiell.

² Das anhaltende Engagement aus verkauften Aktienpositionen in Form von Optionen, die weit aus dem Geld sind und von verschiedenen unwahrscheinlichen Ereignissen abhängen. Daraus resultieren ein Buchwert und ein beizulegender Zeitwert von null.

22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Sicherheiten hauptsächlich bei dem Abschluss von Pensionsgeschäften, Wertpapierleihen sowie sonstigen Leihverträgen und für Besicherungszwecke bei Verbindlichkeiten aus OTC-Geschäften. Verpfändungen werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt.

Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012 ¹
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	0	4
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	67.059	89.630
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.237	5.826
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	46.562	51.828
Sonstige	884	570
Insgesamt	118.741	147.857

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst (Rückgang von 10 Mio. € in Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, Anstieg von 1,9 Mrd. in Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, Rückgang um 587 Mio. € in Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und 4,9 Mrd. € Forderungen aus dem Kreditgeschäft).

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das Recht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Am 31. Dezember 2013 belief sich ihr Wert auf 74 Mrd. € (2012: 91 Mrd. €).

Der Konzern erhält Vermögenswerte als Sicherheiten hauptsächlich aus Pensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, derivativen Transaktionen, Kundenkrediten und anderen Transaktionen. Diese Transaktionen werden üblicherweise zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Der Konzern als Sicherheitennehmer hat das Recht, eine Sicherheit zu verwerten oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesem Recht wird hauptsächlich Gebrauch gemacht, um Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihgeschäfte zu bedienen.

Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	281.974	310.861
davon:		
Verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	241.700	260.712

23 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2012	4.302	3.933	1.973	429	10.637
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	1	3	0	4
Zugänge	18	327	132	137	614
Umklassifizierung	-20	42	116	-323	-185
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-96	-6	0	0	-102
Abgänge	146	210	66	0	422
Wechselkursveränderungen	-40	-33	-12	-8	-93
Bestand zum 31. Dezember 2012	4.018	4.054	2.146	235	10.453
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	14	9	0	24
Zugänge	42	247	111	113	513
Umklassifizierung	-23	45	116	-173	-35
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-105	-19	-5	-3	-131
Abgänge	89	279	76	0	443
Wechselkursveränderungen	-94	-137	-63	-2	-296
Bestand zum 31. Dezember 2013	3.749	3.926	2.240	170	10.084
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2012	1.457	2.485	1.186	0	5.128
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Abschreibungen	82	401	155	0	638
Wertminderungen	0	29	0	0	29
Wertaufholungen	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	4	-1	-6	0	-3
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-3	-2	-1	0	-6
Abgänge	54	171	17	0	242
Wechselkursveränderungen	-18	-24	-12	0	-54
Bestand zum 31. Dezember 2012	1.468	2.717	1.305	0	5.490
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	14	6	0	20
Abschreibungen	77	376	171	0	625
Wertminderungen	52	17	1	0	69
Wertaufholungen	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	-2	1	-2	0	-3
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0	-13	-1	0	-14
Abgänge	27	243	64	0	334
Wechselkursveränderungen	-43	-106	-39	0	-188
Bestand zum 31. Dezember 2013	1.525	2.762	1.378	0	5.665
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2012	2.550	1.337	841	235	4.963
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.224	1.164	862	170	4.420

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 200 Mio €.

Zum Jahresende 2013 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 107 Mio €.

24 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungs-Leasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Der Konzern hat ein materielles Finanzierungsleasing, das eine für den Konzern günstige Kaufoption zum Erwerb der Immobilie am Ende der Laufzeit des Vertrags enthält.

Nettobuchwert der jeweiligen Anlageklasse von Finanzierungs-Leasingverhältnissen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Grundstücke und Gebäude	82	90
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	2
Sonstige	0	0
Buchwert am Jahresende	84	92

Künftige Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungs-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	26	10
1 bis 5 Jahre	11	37
Länger als 5 Jahre	10	10
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	47	57
Abzüglich Zinsanteil	19	15
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	28	42
Erwartete Mindestleasingzahlungen aus Untermietverhältnissen	12	11
Bedingte Mietzahlungen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen¹	1	1

¹ Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen wie dem 3-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Leasingverhältnisse wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Sie enthalten Verlängerungsoptionen, mit denen die Verträge für mehrere Perioden verlängert werden können, sowie Preis-anpassungs- und Ausstiegs Klauseln, die den Marktkonditionen für Geschäftsliegenschaften entsprechen. Dagegen ergeben sich aus diesen Operating-Leasingverhältnissen keine Restriktionen für zukünftige Dividendenzahlungen oder für Fremdkapitalaufnahmen durch den Konzern. Der Konzern hat ein materielles Operating-Leasingverhältnis, das fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Künftige Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	824	880
1 bis 5 Jahre	2.324	2.426
Länger als 5 Jahre	1.865	1.745
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.013	5.051
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	161	190
Nettomindestleasingzahlungen	4.852	4.861

Die künftigen Mindestleasingzahlungen zum 31. Dezember 2013 beinhalteten 419 Mio € für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 verkauft und wieder angemietet wurde. Im Rahmen dieser Sale-and-Leaseback-Transaktion schloss der Konzern einen über 181 Monate laufenden Mietvertrag für das gesamte Gebäude ab.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 831 Mio € gezahlt, davon wurden 858 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 6 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 33 Mio € geleistet.

25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE) wie unten dargestellt entwickelt. Nach der Reorganisation der berichtspflichtigen Segmente im vierten Quartal 2012 (für Details wird auf Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ verwiesen) wurden die früheren primären ZGEs AM und PWM in einer einzelnen ZGE DeAWM zusammengefasst. Weiterhin wurde der frühere Konzernbereich und ZGE CI Teil des neu berichtenden Unternehmensbereichs NCOU, der sich aus den zwei separaten ZGEs Wholesale Assets und Operating Assets zusammensetzt.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Private & Business Clients	Non-Core Operations Unit ¹	Sonstige	Total
Bestand zum 1. Januar 2012	3.453	440	3.817	3.066	0	197	10.973
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	-279	0	189	-331	421	0	0
Umklassifizierung aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	-1	-1	0	0	0	-2
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	-1	0	0	0	0	0	-1
Wertminderungen ²	-1.174	0	0	0	-421	0	-1.595
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-46	-7	-26	1	0	0	-78
Bestand zum 31. Dezember 2012	1.953	432	3.979	2.736	0	197	9.297
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.127	432	3.979	2.736	651	684	11.609
Kumulierte Wertminderungen	-1.174	0	0	0	-651	-487	-2.312
Bestand zum 1. Januar 2013	1.953	432	3.979	2.736	0	197	9.297
Zugänge	4	6	2	24	0	0	37
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	-9	8	1	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	-5	0	0	0	-5
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	-1	-1	-1	0	0	0	-3
Wertminderungen ²	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-84	-14	-133	-2	0	-18	-252
Bestand zum 31. Dezember 2013	1.863	431	3.843	2.758	0	179	9.074
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	2.963	431	3.843	2.758	651	646	11.292
Kumulierte Wertminderungen	-1.100	0	0	0	-651	-467	-2.218

¹ Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.

² Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente CB&S und NCOU einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in der NCOU besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp.

Die in 2013 erfassten Veränderungen im Geschäfts- oder Firmenwert betrafen vor allem Zugänge von 37 Mio €, die auf den sukzessiven Erwerb des Joint Ventures Xchanging etb GmbH zurückzuführen sind. Für weitere Einzelheiten zu dieser Transaktion wird auf Anhangangabe 3 „Akquisitionen und Veräußerungen“ verwiesen.

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts im Geschäftsjahr 2012 beinhalten hauptsächlich die im vierten Quartal erfassten Wertminderungen von minus 1.595 Mio €, die im Rahmen der jährlichen Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts festgestellt wurden. Die Werthaltigkeitsprüfung wurde sowohl in der Organisationsstruktur vor der Neu-Segmentierung als auch in der Struktur nach der Neu-Segmentierung durchgeführt (für Details wird auf den nachfolgenden Abschnitt „Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts“ verwiesen). Infolge der Resegmentierung waren mehrere Geschäftsbetriebe nach DeAWM und in die beiden ZGEs der NCOU übertragen worden. Dementsprechend wurde mit dem Transfer des ETF-Geschäfts ein Geschäfts- oder Firmenwert von 182 Mio € von CB&S nach DeAWM umklassifiziert. Noch vor der in der NCOU erfassten Wertminderung waren Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 369 Mio € der ZGE Wholesale Assets (97 Mio € von CB&S und 272 Mio € von PBC) und 52 Mio € der ZGE Operating Assets (von PBC) zugeordnet worden. Weiterhin war mit dem Verkauf des Asset Management-Geschäfts der Postbank an die DWS-Gruppe im dritten Quartal 2012 ein Geschäfts- oder Firmenwert von 7 Mio € von PBC nach DeAWM übertragen worden.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit ZGEs zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, der auf sonstige ZGEs entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwerte ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus und im Einklang mit IAS 36 wird der Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit hin überprüft, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert.

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das Eigenkapital des Konzerns einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss zum Bewertungsstichtag. Dieses Eigenkapital wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments bereinigt, die, wie oben beschrieben, individuell auf Werthaltigkeit hin überprüft werden, und beinhaltet eine Anpassung (Zuschlag) für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind. Der gesamte Bilanzwert wird in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet. Im ersten Schritt wird derjenige Bestandteil des Eigenkapitals einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, welcher ohne weiteres direkt zurechenbar ist, der entsprechenden ZGE zugeordnet. Dies beinhaltet Geschäfts- oder Firmenwerte (plus den Zuschlag für Anteile ohne beherrschenden Einfluss), nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte sowie gewisse unrealisierte Gewinne/Verluste, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, und Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Im zweiten Schritt wird die verbleibende Größe des gesamten Bilanzwerts proportional, mithilfe eines Verteilschlüssels, den ZGEs zugeordnet. Dieser Verteilschlüssel berechnet sich als relativer Anteil an Risikoaktiva und gewissen Kapitalabzügen der entsprechenden ZGE im Verhältnis zum Konzern (jeweils nach Anpassungen für nicht integrierte Investments). Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts für die primären ZGEs des Konzerns führte im Geschäftsjahr 2013 zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese ZGEs deren Bilanzwert überstieg.

Aufgrund der im vierten Quartal 2012 erfolgten Neu-Segmentierung des Konzerns (siehe Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“) musste die jährliche Werthaltigkeitsprüfung sowohl in der Struktur vor der Neu-Segmentierung („alte Struktur“) als auch nach der Neu-Segmentierung („neue Struktur“) durchgeführt werden. Diese Werthaltigkeitsprüfungen des Geschäfts- oder Firmenwerts führten zu Wertminderungen von insgesamt 1.595 Mio €. Hiervon entfielen 1.174 Mio € auf die ZGE CB&S (alte Struktur) und insgesamt 421 Mio € auf die ZGEs Wholesale Assets (369 Mio €) und Operating Assets (€ 52 Mio) innerhalb des Segments NCOU (neue Struktur). Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts für die primären ZGEs des Konzerns führte im Geschäftsjahr 2011 zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese ZGEs deren Bilanzwert überstieg.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären ZGEs auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf DCF-Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (ausgehend von einer Common Equity Tier-1-Kernkapitalquote von bis zu 10 % und der Erfüllung der aktuell erwarteten Anforderungen an die Verschuldungsquote) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese wurden vom Management beschlossen und werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnissniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,2 % (2012: 3,6 %), die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der Nutzungswert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (vor Steuern, implizit ermittelt aus Nachsteuersätzen)	
	2013	2012
Corporate Banking & Securities	16,5 %	15,4 %
Global Transaction Banking	13,1 %	12,6 %
Deutsche Asset & Wealth Management	12,8 %	12,7 %
Private & Business Clients	14,3 %	14,8 %
Non-Core Operations Unit ¹	17,0 %/16,6 %	13,7 %/15,8 %

¹ Beinhaltet zwei primäre ZGEs: „NCOU Wholesale Assets“ (17,0 %) und „NCOU Operating Assets“ (16,6 %). Dargestellte Diskontierungszinssätze vor Steuern basieren auf Nach-Steuer-Bewertung für den ungünstigsten anzunehmenden Fall („worst case“). Beide ZGEs werden jedoch mittels identischer Diskontierungszinssätze nach Steuern bewertet. Unterschiedliche Diskontierungszinssätze vor Steuern sind auf unterschiedliche Zusammensetzungen und Profile der Zahlungsströme zurückzuführen.

Das Management hat die den wesentlichen Annahmen zugrunde liegenden Werte in der folgenden Tabelle anhand einer Kombination aus internen und externen Analysen bestimmt. Schätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang erzielten Fortschritten sowie den geplanten Projekten und Initiativen.

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	<ul style="list-style-type: none"> - Ausnutzung der Vorteile aus dem Effizienzsteigerungs- und Kostensenkungsprogramm, das 2012 gestartet wurde - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und Lösungen für Kunden, Profitieren von führender Position im Kundenmarkt und erhöhter Durchdringung des Kundenstamms - Das Provisionsaufkommen in Corporate Finance bleibt gegenüber 2013 unverändert, das Ertragsaufkommen in Sales & Trading (Fixed Income) ist leicht rückläufig, während es in Equities höher tendiert - Erhöhte Effizienz der Vermögenswerte im neuen regulatorischen Umfeld und konsequent verwaltete Risikopositionen - Weitere geplante Risikoreduktionen und Umsetzung von Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen regulatorischer Änderungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund von anhaltend fragilem Wachstum und den negativen Auswirkungen möglicher Ereignisse, insbesondere einem ungeordneten Entzug der Unterstützung der Weltwirtschaft durch die Banken, was zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und einer geringeren Risikoneigung der Anleger führen könnte - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, die zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Über erwartetes Ausmaß hinausgehender potenzieller Margenrückgang und verstärkter Wettbewerb in Geschäften mit weniger kapitalintensiven Produkten - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten - Kosteneinsparungen und erwartete Vorteile aus dem konzernweiten „Operational Excellence“-Programm treten nicht im geplanten Umfang ein - Verzögerung in der Umsetzung risikomindernder Maßnahmen
Global Transaction Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite „Operational Excellence“-Programm - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Gesamtwirtschaftliche Erholung - Ansteigendes Zinsniveau ab Ende 2014 - Positive Entwicklung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen von Unternehmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie Vorantreiben des Wachstums in den Schwellenländern - Erfolgreiche Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwächere Erholung der Weltwirtschaft sowie deren Auswirkung auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse - Ungünstige Margenentwicklung und über das angenommene Maß hinausgehende nachteilige Wettbewerbsintensität in Schlüsselmärkten und -produkten - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden - Kosteneinsparungen und erwartete Vorteile aus dem konzernweiten „Operational Excellence“-Programm treten nicht im geplanten Umfang ein - Ausgang von potenziellen Rechtsstreitigkeiten - Vorteile aus der Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts werden nicht im geplanten Umfang erzielt
Deutsche Asset & Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite „Operational Excellence“-Programm sowie die Optimierung der DeAWM-Plattform durch den Zusammenschluss von AM, PWM und des passiven CB&S-Geschäfts zu DeAWM - Gesamtstrategie von DeAWM weiterhin beeinflusst durch: <ul style="list-style-type: none"> - Vermögenszuwachs und -gewinnung, - Wachstum des Altersvorsorgemarkts, - Outsourcing der Vermögensverwaltung durch Versicherungsgesellschaften, - weitere Innovationen im Bereich strukturierter Lösungen, - Alternative Anlagen gewinnen an Relevanz für institutionelle Anleger, - Trennung von Alpha und Beta, - Klimawandel und nachhaltige Investitionen - Ausweitung des Geschäfts mit sehr vermögenden Kunden - Ausbau des Geschäfts mit alternativen Anlagen und des passiven/ETF-Geschäfts - Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland durch Wealth Management und die DWS - Organische Wachstumsstrategie in Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika sowie intensivere Zusammenarbeit mit CB&S und GTB - Starke Abdeckung der Schwellenländer - Halten oder Ausbau der Marktanteile in einem fragmentierten Wettbewerbsumfeld 	<ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche branchenspezifische Risiken, zum Beispiel Volatilität, hohe Staatsverschuldung, erhöhte Kosten infolge regulatorischer Änderungen - Anleger halten Vermögenswerte weiterhin außerhalb der Märkte, flüchten in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Geschäftsspezifische oder Umsetzungsrisiken, das heißt Nichterreichung der Ziele für Nettoneumittelzuflüsse aufgrund von Unsicherheit an den Finanzmärkten, Verlust hochqualifizierter Relationship Manager - Schwierigkeiten bei der Umsetzung organischer Wachstumsstrategien aufgrund gewisser Restriktionen, zum Beispiel Probleme bei der Neueinstellung von Relationship Manager - Kosteneinsparungen infolge der Effizienzgewinne sowie erwarteter IT- und Prozessverbesserungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Private & Business Clients	<ul style="list-style-type: none"> - Marktführerschaft im Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in anderen europäischen Märkten, Wachstumschancen in Asien und eine hochmoderne, effiziente Plattform - Mid-Cap Joint Venture mit GTB als eine der Schlüsselinitiativen in der Privat- und Firmenbank - Selektives Wachstum in den Kreditprodukten sowie Ausbau des Anlage- und Versicherungsgeschäfts im Advisory Banking über den Planungshorizont wirken zum Teil den Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds und den Leverage-Maßnahmen entgegen - Generierung von Ertrags- und Kostensynergien zwischen Deutscher Bank und Postbank - Kosteneinsparungen durch das konzernweite „Operational Excellence“-Programm - Nutzung der Vorteile aus der Beteiligung an und Kooperation mit der Hua Xia Bank in China und anhaltendes organisches Wachstum in Indien 	<ul style="list-style-type: none"> - Starker wirtschaftlicher Abschwung könnte zu höheren Arbeitslosenquoten, steigender Risikoversorge im Kreditgeschäft und geringerem Geschäftswachstum führen - Die Entwicklung des Markts für Investmentprodukte und die darin generierten Erträge hängen zudem insbesondere von der Risikobereitschaft sowie Nachfrage nach Investmentprodukten der Kunden ab - Anhaltend niedrige Zinssätze führen zu einem weiteren Margenrückgang - Synergien im Zusammenhang mit der Postbank werden nicht oder später als prognostiziert realisiert - Investitionskosten zur Erreichung der Synergien sind höher als erwartet - Das durch verstärkte Regulierung geprägte Marktumfeld führt zu weiteren, noch nicht absehbaren Kosten
Non-Core Operations Unit Wholesale Assets	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltend erfolgreiche Ausführung des Programms zur Risikoreduktion - Anhaltend erfolgreiche Nutzung der Verkaufsmöglichkeiten und Netzwerke anderer Divisionen, um das Programm zur Risikoreduktion erfolgreich umsetzen zu können 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund von anhaltend fragilem Wachstum und den negativen Auswirkungen möglicher Ereignisse, insbesondere eines ungeordneten Entzugs der Unterstützung der Weltwirtschaft durch die Banken, die zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und verringerten Möglichkeiten einer ökonomisch sinnvollen Risikoreduktion führen könnten - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, welche zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten
Non-Core Operations Unit Operating Assets	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltende Bemühungen, die generelle wirtschaftliche Situation der entsprechenden Vermögenswerte zu steigern, um einen entsprechenden Verkauf vorzubereiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund von anhaltend fragilem Wachstum und den negativen Auswirkungen möglicher Ereignisse, insbesondere eines ungeordneten Entzugs der Unterstützung der Weltwirtschaft durch die Banken, die zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und verringerten Möglichkeiten ökonomisch sinnvoller Veräußerungen führen könnten - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für ZGEs ermittelten Nutzungswerte werden bestimmte externe Faktoren sowie die wesentlichen Werttreiber jeder ZGE regelmäßig überprüft. Während des ganzen Jahres 2013 waren die Kurse von Finanztiteln weiterhin sehr starken Schwankungen ausgesetzt und litten unter der hohen Unsicherheit der Marktteilnehmer. In diesem Umfeld blieb die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank unter dem Nettovermögenswert. Um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen, werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für die ZGEs CB&S und PBC, wo der erzielbare Betrag um 26 % oder 5,5 Mrd € (CB&S) beziehungsweise um 33 % oder 5,2 Mrd € (PBC) über dem entsprechenden Bilanzwert lag, eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen könnte.

Veränderung bestimmter Schlüsselannahmen, die dazu führen, dass sich erzielbarer Betrag und Bilanzwert gleichen

Veränderung der Schlüsselannahme	CB&S	PBC
Diskontierungszinssatz (nach Steuern): Erhöhung von/auf	11,1 %/13,0 %	10,2 %/12,6 %
Geschätzte zukünftige Ergebnisse in jeder Periode	– 13 %	– 21 %
Langfristige Wachstumsrate	N/A ¹	N/A ¹

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Selbst eine Wachstumsrate von 0 % würde zu einem erzielbaren Betrag über dem Bilanzwert führen.

Die erzielbaren Beträge aller weiteren primären ZGEs lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten.

Gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche könnten die Ergebnisprognosen für einige ZGEs des Konzerns jedoch negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem eine Intensivierung der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und der Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2013 und 2012.

in Mio €	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Selbst erstellte immateriel le Vermö genswerte insgesamt	Sonstige immateriel le Vermö genswerte insgesamt
	Nicht abzuschreibende				Abzuschreibende				Abzuschrei bende	
	Rechte aus Vermögens verwaltungs verträgen im Publikums fonds geschäft	Sonstige	Nicht abzu schreibende erworbene immaterielle Vermögens werte insgesamt	Kunden bezogene immateriel le Vermö genswerte	Wert des erwor benen Versiche rungs geschäfts	Vertrags basierte immateriel le Vermö genswerte	Software und Sonstige	Abzuschrei bende erworbene immateriel le Vermö genswerte insgesamt	Software	
Anschaffungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2012	894	446	1.340	1.496	814	698	909	3.917	1.425	6.682
Zugänge	0	0	0	22	12	0	43	77	705	782
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	0	0	23	23	18	41
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	-1	-1	0	-1
Umklassifizierung	0	-4	-4	0	0	0	16	16	153	165
Wechselkursveränderungen	-16	-2	-18	1	22	-12	-6	5	-4	-17
Bestand zum 31. Dezember 2012	878	440	1.318	1.519	848	686	938	3.991	2.261	7.570
Zugänge	0	0	0	24	0	0	41	65	663	728
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	-12	0	0	11	-1	0	-1
Abgänge	0	0	0	0	0	0	19	19	36	55
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	-48	0	0	-41	-89	-10	-99
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	22	22	-68	-46
Wechselkursveränderungen	-38	1	-37	-34	-18	-25	-16	-93	-34	-164
Bestand zum 31. Dezember 2013	840	441	1.281	1.449	830	661	936	3.876	2.776	7.933
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2012	99	2	101	541	130	107	510	1.288	464	1.853
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	114	31	37	100	282	174	456 ¹
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	0	0	20	20	16	36
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	-1	-1	0	-1
Wertminderungen	202	2	204	86	0	0	3	89	95	388 ²
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	-1	0	0	11	10	-2	8
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-3	1	3	-2	-11	-9	-8	-20
Bestand zum 31. Dezember 2012	300	2	302	741	164	142	592	1.639	707	2.648
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	99	32	36	112	279	239	518 ³
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	-12	0	0	6	-6	0	-6
Abgänge	0	0	0	0	0	0	13	13	34	47
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	-39	0	0	-32	-71	-6	-77
Wertminderungen	0	0	0	72	0	7	4	83	43	126 ⁴
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	10	10	-21	-11
Wechselkursveränderungen	-13	0	-13	-25	-2	-5	-12	-44	-19	-76
Bestand zum 31. Dezember 2013	287	2	289	836	194	180	667	1.877	909	3.075
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2012	578	438	1.016	778	684	544	346	2.352	1.554	4.922
Zum 31. Dezember 2013	553	439	992	613	636	481	269	1.999	1.867	4.858

¹ Die 456 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

² Davon waren 291 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese umfassten Wertminderungen auf Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft (202 Mio €), auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte (86 Mio €) und Markennamen (2 Mio €). Weiterhin wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand Wertminderungen von 96 Mio € für gekaufte (1 Mio €) und selbsterstellte Software (95 Mio €) ausgewiesen.

³ Die 518 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

⁴ Davon waren 79 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese umfassten Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte (72 Mio €) sowie auf vorteilhafte Verträge (7 Mio €). Weiterhin wurden Wertminderungen von 47 Mio € auf erworbene (4 Mio €) und selbsterstellte Software (43 Mio €) im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2013 erfasste Veränderungen der abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte umfassen vor allem Zuführungen zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten über 663 Mio €, die die Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit Aktivitäten der Gruppe für die Entwicklung von selbst genutzter Software zum Gegenstand haben. Im Jahr 2013 erfasste Wertminderungen von 83 Mio € auf erworbene sonstige immaterielle Vermögenswerte waren vor allem auf das Firmenkundengeschäft in den Niederlanden (GTB) zurückzuführen, das von ähnlichen Belastungen bereits im Jahr 2012 betroffen war. Die Wertminderung auf selbst entwickelte Software von 43 Mio € war im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Neubewertung bestehender Plattform-Software.

Im Geschäftsjahr 2012 betrug die Zugänge zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software 705 Mio €. Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von insgesamt 86 Mio € entfielen mit 73 Mio € auf im vierten Quartal 2012 ergriffene Maßnahmen zur Stärkung des erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden (GTB) und mit 13 Mio € auf die Neuordnung des Consumer Banking-Geschäfts in PBC. Die Wertminderungen auf selbst erstellte Software von 95 Mio € resultierten überwiegend aus Änderungen gegenüber dem geplanten Einsatz eines IT-Systems in DeAWM.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ erläutert).

Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 25
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 23
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 80

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei denen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 553 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der ZGE DeAWM zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002, zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc., von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte keine Wertminderung.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Aufwand in Höhe von 202 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Wertminderung resultierte in erster Linie aus Rückgängen in der erwarteten Entwicklung der Zu- und Abflüsse bei den Invested Assets. Diese spiegeln die historischen Wachstumstrends und die Auswirkungen der im Jahr 2012 durchgeführten strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs sowie das Wettbewerbsumfeld wider. Im Geschäftsjahr 2011 wurde, auch unter Berücksichtigung der damals bekannt gegebenen strategischen Überprüfung bestimmter Teile des Geschäftsbereichs AM, keine Wertminderung erfasst, da der erzielbare Betrag den Bilanzwert überstieg.

Markennamen: Die übrigen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beinhalten die im Jahr 2010 erworbenen Markennamen der Postbank (der ZGE PBC zugeordnet) und von Sal. Oppenheim (der ZGE DeAWM zugeordnet). Die Marke „Postbank“ wurde im Jahr 2010 mit einem vorläufigen Wert von 382 Mio € verbucht. Im Zuge der Fertigstellung der Kaufpreisallokation im Jahr 2011 stieg der beizulegende Zeitwert des Markennamens Postbank auf 411 Mio €. Die Marke „Sal. Oppenheim“ wurde mit einem Wert von 27 Mio € aktiviert. Da die Markennamen für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren dürften, wurden sie als nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte klassifiziert. Beide Markennamen werden zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt, bilanziert. Die erzielbaren Beträge entsprechen dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten der Marken und wurden anhand der Residualwertmethode ermittelt. Seit dem Ersterwerb gab es keine Wertminderungen.

26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Innerhalb der Bilanz sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva enthalten.

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten,		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	574	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	525	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.917	4
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.032	0
Sachanlagen	212	2
Sonstige Aktiva	411	101
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	6.670	107
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	4.425	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelspassiva, Derivate und finanzielle Verpflichtungen	439	0
Langfristige Verbindlichkeiten	856	0
Sonstige Passiva	544	78
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	6.264	78

Zum 31. Dezember 2013 wurden unrealisierte Gewinne in Höhe von 2 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

BHF-BANK

Am 20. September 2012 hatte der Konzern bekannt gegeben, dass mit der Kleinwort Benson Group, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der RHJ International („RHJI“), ein Vertrag über den Verkauf der BHF-BANK AG („BHF-BANK“) unterzeichnet wurde. Die Transaktion war mit erheblichen regulatorischen Genehmigungen der BaFin verbunden. Nach bestimmten Anpassungen in der ursprünglichen Transaktionsstruktur, die Veränderungen im Käufer-Konsortium und Kaufpreisbedingungen umfasste, bestätigte die BaFin gegenüber RHJI im vierten Quartal 2013, dass alle eingereichten Zulassungsunterlagen für den Erwerb der BHF-BANK als vollständig angesehen wurden. Als Folge davon nahm die BaFin den formalen Prüfungszeitraum für die Zulassung der gesamten Transaktion auf, welcher im Februar 2014 endete.

Darauf basierend hat der Konzern geschlossen, dass ein Verkauf innerhalb eines Jahres als sehr wahrscheinlich anzusehen ist. Dementsprechend hatte der Konzern die BHF-BANK zum 31. Dezember 2013 als zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe klassifiziert, die in der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehalten wurde. Die Umgliederung in die Held-for-Sale Kategorie führte zu einer Wertminderung in Höhe von 183 Mio € vor Steuern, die in den sonstigen Erträgen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2013 ausgewiesen wurde. Die damit verbundene Wertminderung nach Ertragsteuern belief sich auf 125 Mio €. Aufgrund der geänderten Transaktionsstruktur hat der Konzern eine zusätzliche Belastung von 14 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2013 erfasst.

Von der Summe der oben genannten zum Verkauf bestimmten Aktiva (Verbindlichkeiten) des Konzerns entfallen 6,4 Mrd € (6,1 Mrd €) auf die BHF-BANK. Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (2,9 Mrd €) enthalten unrealisierte Gewinne von 5 Mio €, die direkt im Eigenkapital (Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung) erfasst wurden. Diese unrealisierten Gewinne verbleiben bis zum Verkauf der Beteiligung an der BHF-BANK im Eigenkapital. Ab dem Verkaufszeitpunkt werden die Gewinne nicht mehr im Eigenkapital, sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Am 21. Februar 2014 gab RHJ die Bestätigung durch die BaFin bekannt, dass es aus Sicht der Aufsichtsbehörde keine Untersagungsgründe gebe und der Erwerb der BHF-BANK daher nicht zu beanstanden sei. Die Übernahme unterliegt vor ihrem Abschluss bestimmten Bedingungen, die voraussichtlich noch vor Ende März 2014 erfüllt sein werden.

Andere zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2013

In 2013 hatte der Konzern mehrere Bürogebäude als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die zuvor unter den Sachanlagen ausgewiesenen Immobilien sind in den Unternehmensbereichen NCOU und Private & Business Clients (PBC) enthalten. Jedes der Gebäude wird voraussichtlich innerhalb eines Jahres veräußert. Deren Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte nicht zu einer Wertminderung, mit Ausnahme des in PBC gehaltenen Gebäudes, für das eine Wertminderung von 4 Mio € in den sonstigen Erträgen des vierten Quartals 2013 erfasst wurde.

Darüber hinaus hat der Konzern Teile seines Wealth Management-Geschäftes in Großbritannien als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Das in DeAWM enthaltene Geschäft wird voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft werden. Seine Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu einer Wertminderung von 5 Mio €, die im sonstigen Ergebnis des vierten Quartals 2013 erfasst wurde.

Weiterhin hatte der Konzern in 2013 mehrere Veräußerungsgruppen aus dem Unternehmensbereich CB&S, bestehend aus Liegenschaftspfändungen, als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Deren Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner Wertminderung. Die betreffenden Vermögenswerte sind einmalig zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet worden. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Veräußerungen im Jahr 2013

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Non-Core Operations Unit	Eine als Sachanlage gehaltene Immobilie.	Keine.	4. Quartal 2013
Deutsche Asset & Wealth Management	Eine als Sachanlage gehaltene Immobilie.	Keine.	3. Quartal 2013
Global Transaction Banking	Eine hundertprozentige Tochtergesellschaft, welche Kreditkartenakzeptanz-Dienstleistungen an multinationale Kunden zur Verfügung stellt.	Keine.	2. Quartal 2013
Deutsche Asset & Wealth Management	Eine Veräußerungsgruppe, hauptsächlich aus Immobilienfondsanteilen bestehend.	Keine.	1. Quartal 2013

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2012

Unternehmensbereich	Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte und langfristige Veräußerungsgruppen	Finanzielle Auswirkungen ¹	Weitere Informationen
Global Transaction Banking	Eine hundertprozentige Tochtergesellschaft, welche Kreditkartenakzeptanz-Dienstleistungen an multinationale Kunden zur Verfügung stellt.	Keine.	Veräußerung im 2. Quartal 2013
Corporate Banking & Securities	Mehrere Veräußerungsgruppen, bestehend aus Liegenschaftspfändungen.	Keine	Veräußerungen in 2013
Deutsche Asset & Wealth Management	Eine Veräußerungsgruppe, hauptsächlich aus Immobilienfondsanteilen bestehend.	Keine.	Veräußerung im 1. Quartal 2013

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Veräußerungen im Jahr 2012

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Ehemals Corporate Investments	Das Engagement bei Actavis, das hauptsächlich aus 4,0 Mrd € Krediten und 33 Mio € nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen besteht.	Aufgrund des wesentlichen Fortschritts bei den Vertragsverhandlungen mit Dritten über den Erwerb von Actavis hat der Konzern im ersten Quartal 2012 vor der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt eine Abschreibung in Höhe von 257 Mio € vorgenommen. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner weiteren Wertminderung. Laufende Verhandlungen mit dem Käufer könnten zu einer Anpassung des vertraglich vereinbarten Kaufpreises führen.	4. Quartal 2012
Ehemals Corporate Investments	Mehrere als Sachanlagen gehaltene Immobilien.	Keine.	2012
Corporate Banking & Securities	Eine Veräußerungsgruppe, die hauptsächlich aus handelbaren Krediten, Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen und Finanzgarantien besteht.	Im Jahr 2011 wurde eine Wertminderung in Höhe von 22 Mio € vorgenommen.	1. Quartal 2012
Ehemals Asset & Wealth Management	Mehrere Veräußerungsgruppen sowie mehrere Vermögenswerte, die im Zusammenhang mit der Akquisition von Sal. Openheim gekauft wurden.	Keine.	2012

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen im Jahr 2012

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt und Grund der Umwidmung
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen.	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert führte zu einer anfänglichen Wertminderung in Höhe von 2 Mio € im Jahr 2011 und, aufgrund einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten, zu einer nachfolgenden Wertaufholung in Höhe von 2 Mio € im ersten Quartal 2012.	2. Quartal 2012, da trotz Verkaufsbemühung kein Käufer gefunden wurde.

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

27 – Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.938	67.390
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	9.140	6.068
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.697	4.096
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	30.410	19.758
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	83.185	97.312
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.236	3.238
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	6.670	107
Sonstige	19.448	23.045
Sonstige Aktiva insgesamt	112.539	123.702

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	53.435	74.650
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	30.266	30.520
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.289	3.029
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	33.001	19.257
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	118.992	127.456
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.673	3.592
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	6.264	78
Sonstige	34.666	47.972
Sonstige Passiva insgesamt	163.595	179.099

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

28 – Einlagen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Unverzinsliche Sichteinlagen	149.471	143.917
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	140.813	135.041
Termineinlagen	127.787	172.007
Spareinlagen	109.679	126.245
Verzinsliche Einlagen insgesamt	378.279	433.293
Summe der Einlagen	527.750	577.210

29 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2012	919	822	0	106	549	2.396
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	-7	-7
Zuführungen zu Rückstellungen	182	2.689	326	276	645	4.118
Verwendungen von Rückstellungen	-130	-815	-141	-39	-142	-1.267
Auflösungen von Rückstellungen	-4	-82	-20	0	-225	-331
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Änderung des Diskontierungssatzes	-4	-10	0	-2	4	-12
Transfers	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	-2	-2
Bestand zum 31. Dezember 2012	963	2.604	165	341	822	4.895
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	3	0	0	2	5
Zuführungen zu Rückstellungen	200	2.673	344	119	408	3.744
Verwendungen von Rückstellungen	-119	-2.717	-275	-101	-299	-3.511
Auflösungen von Rückstellungen	-11	-401	-22	0	-152	-586
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Änderung des Diskontierungssatzes	-19	-38	-6	-14	-10	-87
Transfers	-3	-18	1	0	-131	-151 ²
Sonstige	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2013	1.011	2.106	207	345	639	4.308

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Anhangangabe 20 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

² Enthält hauptsächlich Umklassifizierungen in Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. Im Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnten.

Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten entstehen aus operationellen Risiken, die das Fehlerpotenzial (inklusive rechtlicher Komponenten) darstellen, das im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Spezifikationen und Dokumentation, Technologie, Infrastrukturfehlern und Katastrophen, äußeren Einflüssen und Kundenbeziehungen steht. Dies schließt Geschäfts- oder Reputationsrisiken aus. Operationelle Risiken können zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden oder zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Restrukturierungsrückstellungen ergeben sich aus den Restrukturierungsaktivitäten. Der Konzern beabsichtigt, seine langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch erhebliche Reduzierungen von Kosten, Redundanzen und Komplexität in den nächsten Jahren zu verbessern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten (Whole Loans). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen beziehungsweise diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, auf die nicht im Rahmen einer Vereinbarung verzichtet wurde, in Höhe von circa 5,0 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Servicer. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2013 Rückstellungen in Höhe von 475 Mio US-\$ (345 Mio €) bilanziert.

Zum 31. Dezember 2013 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von rund 4,4 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über einen Verzicht erzielt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen ist die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus ihren oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren könnten, in Höhe von circa 65,4 Mrd US-\$ freigestellt.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene besondere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellung für die Bankenabgabe in Großbritannien sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank (siehe Anhangangabe 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“).

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen in Bezug auf Ereignisse in der Vergangenheit entstehen. Der Konzern bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. Für wesentliche Eventualverbindlichkeiten, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist, schätzt der Konzern den möglichen Verlust, wenn er der Auffassung ist, dass eine Schätzung vorgenommen werden kann.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Verfahren, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat oder für die wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, werden nachfolgend beschrieben. Vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst, und einige Verfahren umfassen mehrere Ansprüche. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht einzeln ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Wenn für einen bestimmten Anspruch eine Rückstellung gebildet wurde, ist keine Eventualverbindlichkeit erfasst worden.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, und den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Es gibt andere offene Verfahren, bei denen die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Für die signifikanten Verfahren der Bank, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2013 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich, aber weniger als wahrscheinlich ist, auf insgesamt rund 1,5 Mrd € (2012: 1,5 Mrd €) belaufen. Diese Zahl schließt Eventualverbindlichkeiten für Verfahren ein, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand, negative Geschäftsauswirkungen sowie aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass berechtigte Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu

den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Kartellrechtliche Verfahren zu Kreditausfall-Swaps. Am 1. Juli 2013 richtete die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte („die Mitteilung“) an Deutsche Bank, Markit Group Limited (Markit), International Swaps and Derivatives Association, Inc. (ISDA) sowie zwölf andere Banken. In dieser hat sie wettbewerbswidriges Verhalten gemäß Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie gemäß Artikel 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR-Abkommen“) behauptet. Die Mitteilung legt vorläufige Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission dar, denen zufolge (i) Versuche bestimmter Unternehmen, im Geschäft mit börsengehandelten ungedeckten Kreditderivaten tätig zu werden, durch unzulässiges kollektives Verhalten im Zeitraum 2006 bis 2009 vereitelt wurden und (ii) das Verhalten von Markit, ISDA, Deutsche Bank und den zwölf anderen Banken eine einzelne und fortgesetzte Verletzung von Artikel 101 AEUV und Artikel 53 EWR-Abkommen darstellte. Sollte die Europäische Kommission letztlich zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Verletzung vorgelegen hat, könnte sie die Verhängung von Bußgeldern oder andere Maßnahmen gegen Deutsche Bank, Markit, ISDA und die zwölf anderen Banken anstreben. Im Januar 2014 reichte die Deutsche Bank eine Stellungnahme ein, die den vorläufigen Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission entgegentritt.

Zivilrechtliche Verfahren zu Kreditausfall-Swaps. Gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken, die Kreditausfall-Swaps ausgegeben haben, wurde eine Reihe als zivilrechtliche Klagen bezeichneter Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York und dem United States District Court for the Northern District of Illinois eingereicht. Bei allen Klagen wird behauptet, die Banken hätten konspiriert, um den Handel mit börsengehandelten Kreditausfall-Swaps zu verhindern und so die Preise für außerbörslich gehandelte Kreditausfall-Swaps in die Höhe zu treiben. Vertreten wird eine Gruppe von Einzelpersonen und Entitäten in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die im Zeitraum von etwa Oktober 2008 bis heute direkt Kreditausfall-Swaps von den Beklagten in den Vereinigten Staaten gekauft oder dort an diese verkauft haben. Am 16. Juli 2013 wurde beim Joint Panel on Multidistrict Litigation ein Antrag auf Zusammenführung aller zivilrechtlichen Klagen in Bezug auf die Kreditausfall-Swaps zum Zweck des vorgerichtlichen Verfahrens eingereicht. Am 16. Oktober 2013 verwies das Joint Panel die zivilrechtlichen Klagen hinsichtlich der Kreditausfall-Swaps an den United States District Court for the Southern District of New York. Am 5. Dezember 2013 wurde eine erste Statuskonferenz („Status Conference“) abgehalten. Am 13. Dezember 2013 erließ das Gericht in einem Case Management Order, dass die zivilrechtlichen Klagen hinsichtlich der Kreditausfall-Swaps zum Zweck des vorgerichtlichen Verfahrens zusammengefasst wurden. Die Hauptkläger haben ihre zusammengefassten abgeänderten Klagen am 31. Januar 2014 eingereicht. Die Beklagten beabsichtigen, im März 2014 einen Antrag auf Klageabweisung zu stellen.

Kreditkorrelationen. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen das Handelsbuch für Kreditkorrelationsprodukte der Deutschen Bank sowie bestimmte Risiken in diesem Buch während der Kreditkrise. So werden beispielsweise die Methoden zur Bewertung der Handelsbuchpositionen sowie die Stabilität der Kontrollen überprüft, die für die Anwendung von Bewertungsmethoden maßgeblich sind. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichtsbehörden, die den Devisenhandel untersuchen, erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels weltweit durch. Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung hat die Bank, sofern entsprechende Tatsachen oder Umstände vorlagen, disziplinarische Maßnahmen gegen Mitarbeiter eingeleitet und wird dies auch künftig tun. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen auf Kartellrecht basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Die laufenden Untersuchungen könnten die Verhängung hoher Geldstrafen und andere Auswirkungen für die Bank nach sich ziehen.

Am 4. Dezember 2013 hat die Deutsche Bank bekannt gegeben, dass als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt worden war. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, 466 Mio € für Euro-Zinssatz-Derivate und 259 Mio € für Yen-Zinssatz-Derivate, also insgesamt 725 Mio €, zu zahlen. Der Vergleichsbetrag war bereits zum Großteil in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten der Bank enthalten, so dass keine weiteren wesentlichen Rückstellungen erforderlich waren. Die Vergleichssumme spiegelt den hohen Anteil der Deutschen Bank in einigen der von der Europäischen Kommission untersuchten Märkte wider. Die Deutsche Bank bleibt in Bezug auf diese Benchmarks zivilrechtlichen Verfahren und weiteren aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ausgesetzt.

Zwischen Mitte 2012 und Anfang 2014 haben vier Finanzinstitute zu jeweils unterschiedlichen Bedingungen Vergleichsvereinbarungen mit der britischen Financial Services Authority, der US-amerikanischen Commodity Futures Trading Commission und dem US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) abgeschlossen. Alle Vereinbarungen beinhalten hohe Geldstrafen und aufsichtsrechtliche Konsequenzen. So umfassten die Vergleiche zweier Finanzinstitute Vereinbarungen über die Aussetzung der Strafverfolgung durch das DOJ, wenn das entsprechende Finanzinstitut die jeweiligen Bedingungen der Vereinbarung erfüllt. Die beiden anderen Vergleichsvereinbarungen sehen vor, dass das DOJ auf Strafverfolgung gegen die Finanzinstitute verzichtet, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Zusätzlich haben verbundene Unternehmen von zwei dieser Finanzinstitute zugestimmt, sich vor einem US-amerikanischen Gericht eines Vergehens im Zusammenhang mit vorgenannten Vorwürfen für schuldig zu erklären.

Gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken wurde eine Reihe zivilrechtlicher Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) eingereicht. Alle bis auf zwei dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten auf US-Dollar lautende LIBOR-bezogene Finanzderivate oder andere Finanzinstrumente gehalten oder mit diesen gehandelt und aufgrund angeblicher Absprachen oder Manipulationen der Beklagten bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Mit zwei Ausnahmen werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Im März 2013 wies der District Court die Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht sowie dem Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) basieren, und sechs erweiterte Klagen im Zusammenhang mit bestimmten Ansprüchen ab, die auf bundesstaatlichem Recht basieren. Einige beim United States Court of Appeals for the Second Circuit eingereichte Klagen wurden als verfrüht abgewiesen. Zahlreiche Gerichtsverfahren sind beim District Court anhängig. Zusätzliche Klagen wurden wegen des Vorwurfs der Manipulation des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes beim SDNY eingereicht, an das Gericht weitergeleitet oder verwiesen. Sie werden im Rahmen des vorgenannten US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation behandelt. Diese zusätzlichen Verfahren wurden ausgesetzt. Eine weitere US-Dollar-LIBOR-Klage gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde kürzlich an das SDNY weitergeleitet. Die Beklagten haben beantragt, die Klage im Rahmen des US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation zu behandeln. Eine einzelne zusätzliche US-Dollar-LIBOR-Klage ist beim SDNY anhängig. Über den Klageabweisungsantrag wurde noch nicht entschieden.

Gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde eine Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR eingereicht. Anträge auf Abweisung dieser Klage wurden vollständig vorgetragen und sind für das Hauptverfahren eingeplant. Gegen die Deutsche Bank wurde eine erweiterte Klage eingereicht. Sie ist damit zusätzliche Beklagte in einer Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR. Die Frist für eine Stellungnahme der Beklagten wurde vorbehaltlich der Einreichung einer weiteren erweiterten Klage ausgesetzt. Die Schadensersatzforderungen in diesen Rechtsfällen wurden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt einschließlich der Verletzung des Commodity Exchange Act, kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act sowie anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze.

Kirch. Im Rahmen einer Anhörung vor dem Oberlandesgericht München hat der Erbe des Medienunternehmers Dr. Leo Kirch aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH sowie KGL Pool GmbH am 20. Februar 2014 eine Vergleichsvereinbarung mit der Deutschen Bank getroffen. Die Deutsche Bank hat demnach zugestimmt, 775 Mio € (zuzüglich Zinsen von 5 % jährlich seit dem 24. März 2011 plus weitere Kosten in Höhe von 40 Mio €) zu zahlen. Die Kirch-Kläger zogen sonstige anhängige Klagen gegen die Deutsche Bank zurück.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS), Commercial Paper und Kreditderivaten beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Rolle als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS benannt. Zu diesen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere, Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen sowie Klagen von Versicherungsgesellschaften, die Zahlungen von Kapital und Zinsen einzelner Tranchen der angebotenen Wertpapiere garantiert haben. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen seien oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

Die Deutsche Bank und mehrere gegenwärtige oder ehemalige Mitarbeiter wurden als Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren benannt, das am 27. Juni 2008 eingeleitet wurde und sich auf zwei von der Deutschen Bank emittierte RMBS-Angebote bezog. Nach einer Mediation hat das Gericht einem Vergleich zugestimmt.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle zusammen mit anderen Finanzinstituten als Platzeure bestimmter von der IndyMac MBS, Inc. und der Novastar Mortgage Corporation begebenen RMBS beziehen. Diese Klagen befinden sich im Stadium des Beweisverfahrens (Discovery).

Am 18. Dezember 2013 wies der United States District Court for the Southern District of New York die Ansprüche gegen die Deutsche Bank in dem als Sammelklage bezeichneten Verfahren in Bezug auf die von der Residential Accredited Loans, Inc. und ihren verbundenen Unternehmen begebenen RMBS ab.

Am 17. April 2013 teilte die Bank of America mit, dass sie eine Grundsatzvereinbarung erreicht habe, nach der mehrere Sammelklagen abzuweisen sind. Zu diesen zählen die Sammelklagen gegen Platzeure einschließlich der Deutschen Bank hinsichtlich von RMBS, die Countrywide Financial Corporation emittiert hatte. Nach vorläufigen und Schlussanhörungen erließ das Gericht am 17. Dezember 2013 ein Endurteil und wies die Klage ohne Recht auf neue Klageerhebung ab. Der Vergleich erforderte keine Zahlung von nicht angegliederten Platzeuren einschließlich der Deutschen Bank.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren und Schiedsverfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen einschließlich Assured Guaranty Municipal Corporation, Aozora Bank, Ltd., Bayerische Landesbank, Commerzbank AG, Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Colonial Bank, Franklin Bank S.S.B., Guaranty Bank, Citizens National Bank and Strategic Capital Bank), Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, der Federal Housing Finance Agency (als Verwalterin für Fannie Mae und Freddie Mac), HSBC Bank USA, National Association (als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen), John Hancock, Knights of Columbus, Landesbank Baden-Württemberg, Mass Mutual Life Insurance Company, Moneygram Payment Systems, Inc., Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden), Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben), Sealink Funding Ltd. (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der Sachsen Landesbank und ihren Beteiligungen entweder geschaffen oder geführt werden), The Charles Schwab Corporation, Triaxx Prime CDO 2006-1 Ltd., Triaxx Prime CDO 2006-1 LLC, Triaxx Prime CDO 2006-2 Ltd., Triaxx Prime CDO 2006-2 LLC, Triaxx Prime CDO 2007-1 Ltd. und Triaxx Prime CDO 2007-1 LLC eingeleitet wurden. Diese Zivil- und Schiedsverfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery).

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Am 20. Dezember 2013 hat die Deutsche Bank bekannt gegeben, dass sie mit der Federal Housing Finance Agency (FHFA) in deren Funktion als Treuhänder für die Federal National Mortgage Association und die Federal Home Loan Mortgage Corporation (Government-sponsored Enterprises – GSEs) eine Vereinbarung erzielt hat, mit der ihr Rechtsstreit in Bezug auf einige verbrieft Hypothekenkredite beendet wird. Als Teil der Vereinbarung hat die Deutsche Bank 1,4 Mrd € gezahlt. Der Vergleich umfasste den Verzicht auf Forderungen, die gegen die Deutsche Bank vor dem United States Federal Court for the Southern District of New York vorgebracht wurden. Sie standen im Zusammenhang mit RMBS im Wert von rund 14,3 Mrd US-\$, die von den GSEs erworben und von der Deutschen Bank ausgegeben, gesponsert und/oder übernommen worden waren. Ferner wurde vereinbart, auf Rückkaufforderungen für Hypothekenkredite seitens oder im Auftrag der FHFA und/oder der GSEs zu verzichten, die den von den GSEs gekauften RMBS zugrunde liegen. Der Vergleich beendete nicht die zwei Verfahren, welche die FHFA gegen die Deutsche Bank als Platzeur von RMBS, die von Countrywide Financial Corporation und Société Générale und/oder deren verbundenen Unternehmen emittiert worden waren, angestrengt hatte. Als Platzeur hat die Deutsche Bank eine handelsübliche Freistellungsvereinbarung mit der Countrywide Financial Corporation und Société Générale und/oder ihren verbundenen Unternehmen geschlossen. Am 27. Februar 2014 haben die FHFA und der Société Générale bekannt gegeben, dass sie in dem Verfahren zu den von der Société Générale emittierten RMBS einen Vergleich erzielt haben. Dieser beinhaltet die Freistellung von allen Ansprüchen, welche gegen die Beklagten in diesem Verfahren, darunter die Deutsche Bank, geltend gemacht wurden. Der Vergleich erfordert keine Zahlung seitens der Deutschen Bank.

Am 6. Februar 2012 wies der United States District Court for the Southern District of New York Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America sowie von mit ihnen verbundenen Unternehmen ab. Am 4. Januar 2013 veröffentlichte das Gericht die Entscheidungsgründe. Das Gericht hat einige der Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen und den Klägern für andere Ansprüche die Möglichkeit gelassen, erneut Klage zu erheben. Die Kläger reichten wegen der Ansprüche, bei denen die Möglichkeit einer erneuten Klageerhebung gelassen wurde, am 4. Februar 2013 eine neue Klage ein. Im Einklang mit den Regelungen von separaten Vergleichsvereinbarungen wurden am 17. Juli 2013 die Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America sowie von mit ihnen verbundenen Unternehmen gegen die Deutsche Bank zurückgezogen. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 16. Juli 2012 wies der Minnesota District Court die Ansprüche der Moneygram Payment Systems, Inc. ohne Recht auf erneute Klageerhebung ab. Die Kläger haben daraufhin Berufung eingelegt. Am 13. Januar 2013 reichte Moneygram eine Klage beim New York State Supreme Court ein, mit der vergleichbare Ansprüche wie die in Minnesota abgewiesenen geltend gemacht wurden. Am 17. Juni 2013 reichte Moneygram eine geänderte Klage und Beschwerde beim New York State Supreme Court ein. Am 22. Juli 2013 bestätigte der Minnesota Court of Appeal die Abweisung der Klage gegen die Deutsche Bank AG, hob jedoch die Abweisung der Klage gegen die Deutsche Bank Securities Inc. auf. Am 15. Oktober 2013 lehnte der Minnesota Supreme Court den Revisionsantrag (Petition for a Writ of Certiorari) der Deutschen Bank ab. Die Deutsche Bank hat beim United States Supreme Court einen Antrag auf Zulassung der Revision gestellt.

Allstate Insurance Company, Cambridge Placement Investments Management Inc., Stichting Pensioenfonds ABP, West Virginia Investment Management Board, The Union Central Life Insurance Company und The Western and Southern Life Insurance Co. haben entsprechend den Bedingungen von Vergleichsvereinbarungen Klagen zurückgenommen, die gegen die Deutsche Bank eingereicht worden waren. Die finanziellen Bedingungen dieser Vergleiche sind jeweils nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens der Aufsichtsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich ihrer historischen Zahlungsabwicklungen von US-Dollar-Zahlungen erhalten, die sie durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfrage richtet sich auch darauf, ob diese historischen Zahlungsabwicklungen mit US-amerikanischem und Landesrecht in Einklang standen. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Aufsichtsbehörden.

30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Sie werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Unwiderrufliche Kreditzusagen	126.660	129.657
Eventualverbindlichkeiten	65.630	68.358
Insgesamt	192.290	198.015

Unterstützung durch die öffentliche Hand

Der Konzern beantragt und erhält regelmäßig Unterstützung durch die öffentliche Hand über Gewährleistungen durch Exportversicherungen (Export Credit Agencies; nachstehend „ECAs“). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Wachstumsmärkte und seltener in entwickelte Märkte ab, die der Bereich Structured Trade & Export Finance und kurz-/mittelfristiges Trade Finance Geschäft betreut. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und werden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staates, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen unterscheiden sich kaum voneinander, da sich die meisten ECAs an den Konsensus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) halten. Im OECD-Konsensus, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten, sind Richtgrößen festgelegt, die einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sicherstellen sollen.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckbestimmte Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. In ausgewählten Fällen macht der Konzern von diesen Programmen Gebrauch. Bei bestimmten Finanzierungen erhält er als Sicherheiten auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen, um Finanzierungen im Interesse der jeweiligen Regierungen zu unterstützen. Die meisten ECA-Gewährleistungen erhielt der Konzern entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, oder von der Commodity Credit Corporation, die im Auftrag der Vereinigten Staaten handelt.

31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	20.852	23.616
Sonstige	38.915	46.045
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	59.767	69.661

32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit

in Mio €	Fällig in 2014	Fällig in 2015	Fällig in 2016	Fällig in 2017	Fällig in 2018	Fällig nach 2018	Insgesamt 31.12.2013	Insgesamt 31.12.2012
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	13.349	11.198	10.217	11.726	6.979	23.485	76.953	89.623
mit variabler Verzinsung	6.445	4.554	2.563	2.993	2.934	7.015	26.503	29.138
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	392	656	500	0	70	1.404	3.022	4.218
mit variabler Verzinsung	3.254	107	0	0	50	1.146	4.557	4.567
Sonstige	7.926	1.122	925	1.396	2.312	8.367	22.047	29.779
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	31.365	17.636	14.206	16.115	12.344	41.417	133.082	157.325

In den Geschäftsjahren 2013 und 2012 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente¹

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Mit fester Verzinsung	8.613	10.024
Mit variabler Verzinsung	3.313	2.067
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	11.926	12.091

¹ Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum, die im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden können.

33 –

Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

31.12. 2013

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	149.471	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	140.882	184.274	31.136	14.172	12.282
Handelsspassiva ¹	55.804	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	483.428	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	50.477	54.193	4.241	6.330	4.880
Investmentverträge ²	0	76	793	1.328	5.871
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	0	20	35	238	323
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.056	0	400	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	6.485	4.630	645	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.081	39	0	0	207
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	36.694	16.211	6.874	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	840	16.663	16.713	67.325	50.105
Hybride Kapitalinstrumente	0	4.595	1.176	7.860	237
Sonstige Finanzpassiva	131.998	3.946	669	722	107
Unwiderrufliche Kreditzusagen	104.075	0	0	0	0
Finanzgarantien	20.605	0	0	0	0
Insgesamt⁴	1.184.896	284.645	62.682	97.975	74.012

¹ Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

31.12. 2012

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	143.918	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	136.625	234.048	35.496	19.035	16.005
Handelsspassiva ¹	54.400	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	752.652	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	57.131	79.242	6.754	5.282	5.292
Investmentverträge ²	0	53	788	1.225	5.666
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	89	123	92	178	3.192
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.585	631	252	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	22.950	8.796	1.230	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.110	96	0	0	33
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.611	41.761	9.376	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	857	14.998	27.156	73.626	59.168
Hybride Kapitalinstrumente	0	2.956	2.410	5.522	3.818
Sonstige Finanzpassiva	132.115	4.212	235	584	114
Unwiderrufliche Kreditzusagen	94.006	0	0	0	0
Finanzgarantien ⁴	20.507	0	0	0	0
Insgesamt⁵	1.439.556	386.919	83.790	105.454	93.289

¹ Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

⁵ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

Zusätzliche Anhangangaben

34 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2012	929.499.640	- 24.888.999	904.610.641
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	0	0	0
Erwerb Eigener Aktien	0	- 381.117.111	- 381.117.111
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	405.690.368	405.690.368
Stammaktien, 31. Dezember 2012	929.499.640	- 315.742	929.183.898
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	90.000.000	0	90.000.000
Erwerb Eigener Aktien	0	- 396.958.039	- 396.958.039
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	397.101.877	397.101.877
Stammaktien, 31. Dezember 2013	1.019.499.640	- 171.904	1.019.327.736

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Der Jahresendbestand Eigener Aktien wird im Wesentlichen für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Am 30. April 2013 emittierte die Deutsche Bank AG 90 Millionen neue Stammaktien zu 32,90 € pro Aktie, was einem gesamten Emissionserlös von 3,0 Mrd € entspricht. Die neuen Aktien wurden mit vollem Dividendenanspruch für das Geschäftsjahr 2012 aus genehmigtem Kapital und ohne Bezugsrecht emittiert. Die direkt im Eigenkapital verbuchten Kosten der Kapitalerhöhung beliefen sich auf 0,4 Mio € nach Steuern.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2013 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 921.600.000 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2018 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
691.200.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nicht möglich	30. April 2016
230.400.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird sowie nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG	30. April 2018

Bedingtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
230.400.000 €	30. April 2015
230.400.000 €	30. April 2016
230.400.000 €	30. April 2017

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2013, 2012 und 2011.

	2013 (vorgeschlagen)	2012	2011
Bardividende (in Mio €) ¹	765	764	689
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,75	0,75

¹ Die Bardividende für 2013 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2013.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

35 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Konzern gewährte aktienbasierte Vergütung maßgeblich unter dem DB Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsch Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelung für den vorgezogenen Ruhezustand	Anspruchsberechtigung
2013	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		1/3: 24 Monate ¹		
		1/3: 36 Monate ¹		
	Zuteilung als Einmaltranche nach 45 Monaten ¹	Ja ²	Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group	
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	Individuelle Festlegung ³	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2012/2011	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate ⁴	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		1/3: 24 Monate ⁴		
		1/3: 36 Monate ⁴		
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt ³	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2010	Jährliche Vergütungskomponente	Gestaffelte Zuteilung in neun gleichen Tranchen im Zeitraum zwischen 12 Monaten und 45 Monaten nach Gewährung	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Zuteilung als Einmaltranche nach 45 Monaten	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein
2009	Jährliche Vergütungskomponente	50 %: 24 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		25 %: 36 Monate		
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten

¹ Für die Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group und für alle übrigen Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen, erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

² Die speziellen Regelungen für den vorgezogenen Ruhezustand gelten nicht für die Mitglieder des Vorstands.

³ Für die Mitglieder des Vorstands erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von drei Jahren. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

⁴ Für die Mitglieder des Vorstands gilt eine andere Anwartschaftsregelung. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

Darüber hinaus bietet der Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan (GSPP) an. Mitarbeitern in bestimmten Ländern werden jeweils bis zu zehn Aktienrechte nach einer einjährigen Ansparrphase und einer unmittelbar darauf folgenden Anwartschaftsfrist von ebenfalls einem Jahr gewährt. Per 31. Dezember 2012 wird dieser Plan von Konzerneinheiten in 37 Ländern angeboten.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Ausstehende Aktienrechte

	In Tsd. Einheiten	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2011	69.695	€ 37,37
Gewährt	38.648	€ 30,00
Ausgegeben	- 43.425	€ 33,80
Verfallen	- 2.419	€ 38,37
Bestand zum 31. Dezember 2012	62.499	€ 35,25
Gewährt	26.250	€ 34,89
Ausgegeben	- 35.555	€ 37,37
Verfallen	- 1.903	€ 34,95
Bestand zum 31. Dezember 2013	51.291	€ 33,61

Diese Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2013 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 32 Mio € (31. Dezember 2012: 44 Mio €; 31. Dezember 2011: 35 Mio €).

Vom wertmäßigen Bestand an ausstehenden Aktienrechten zum 31. Dezember 2013 in Höhe von ungefähr 1,7 Mrd € wurden ungefähr 1,2 Mrd € zulasten des Personalaufwands des Berichtsjahres beziehungsweise in den Jahren davor bilanziell erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2013 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 0,5 Mrd €.

Im Februar 2014 wurden ungefähr 11,8 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben (davon 0,4 Millionen Einheiten unter der Planvariante des DB Equity Plan, die einen Barausgleich vorsieht).

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2014 im Rahmen des DB Equity Plan ungefähr 25 Millionen Aktienrechte basierend auf einem Kurs von 35,44 € je Aktienrecht. Davon wurden ungefähr 0,6 Millionen unter der Planvariante des DB Equity Plan gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Unter Berücksichtigung der im Februar 2014 ausgegebenen beziehungsweise neu gewährten Aktienrechte beträgt der Bestand an ausstehenden Aktienrechten per Ende Februar 2014 ungefähr 65 Millionen Einheiten.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Weiteren „Pensionspläne“ genannt, wenn nicht anders ausgeführt) an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Beiträge für beitragsdefinierte Pläne basieren zumeist auf einem Prozentsatz der Mitarbeitervergütung. Die weiteren Ausführungen in dieser Anhangangabe beziehen sich vorwiegend auf die leistungsdefinierten Pläne des Konzerns.

Die Pensionspläne des Konzerns lassen sich am besten anhand ihrer geografischen Verteilung unterteilen. Diese reflektiert die Unterschiede in Plancharakteristik und -risiko sowie hinsichtlich des jeweiligen regulatorischen Umfelds. Insbesondere können sich lokale regulatorische Anforderungen stark voneinander unterscheiden und bestimmen zu einem gewissen Grad die Planausgestaltung und -finanzierung. Relevant ist auch die

Unterteilung nach Status der Planmitglieder, die eine grobe Einschätzung hinsichtlich der Fälligkeiten der Verpflichtungen des Konzerns gibt.

in Mio €	31.12. 2013				
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	3.670	659	359	671	5.359
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.577	1.894	399	122	3.992
Leistungsempfänger	4.240	1.035	378	229	5.882
Pensionsverpflichtung insgesamt	9.487	3.588	1.136	1.022	15.233
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	9.142	4.099	856	921	15.018
Ausfinanzierungsquote (in %)	96	114	75	90	99

in Mio €	31.12. 2012				
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	3.583	605	405	741	5.334
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.540	1.742	450	135	3.867
Leistungsempfänger	4.140	952	426	253	5.771
Pensionsverpflichtung insgesamt	9.263	3.299	1.281	1.129	14.972
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	7.741	3.980	949	932	13.602
Ausfinanzierungsquote (in %)	84	121	74	83	91

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Innerhalb der anderen Länder beziehen sich die größten Verpflichtungen auf die Schweiz und die Niederlande. In Deutschland und einigen europäischen Ländern werden Pensionszusagen auf kollektiver Basis mit Betriebsräten oder vergleichbaren Gremien vereinbart. Die wichtigsten Pläne des Konzerns werden durch Treuhänder, Vermögensverwalter oder vergleichbare Instanzen überwacht.

Pensionszusagen können im Rahmen der Gesamtvergütung für die Mitarbeiter eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Konzerns ist eine für die Mitarbeiter im jeweiligen Marktumfeld attraktive Plangestaltung, die durch den Konzern nachhaltig erbracht werden kann. Zugleich versucht der Konzern das aus derartigen Zusagen erwachsende Risiko zu begrenzen. Aus diesem Grund ging der Konzern in den letzten Jahren in vielen Ländern auf beitragsdefinierte Pläne über.

In der Vergangenheit basierten die Pensionszusagen üblicherweise auf dem zum Pensionierungszeitpunkt erreichten Endgehalt. Diese Zusageformen bilden einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen für Pensionäre und ausgeschiedene Anwärter. Derzeit sind die wichtigsten leistungsdefinierten Pensionspläne für aktive Mitarbeiter in Deutschland und den USA Kapitalkontenpläne, bei denen der Arbeitgeber jährlich einen auf das aktuelle Gehalt bezogenen Betrag auf individuelle Mitarbeiterkonten gutschreibt. Je nach Planregel wird der Saldo des Versorgungskontos durch einen festen Prozentsatz verzinst oder er partizipiert an der Marktentwicklung spezieller zugrunde liegender Anlageformen, um das Investitionsrisiko für den Konzern zu reduzieren. Teilweise, wie in Deutschland, ist eine garantierte Leistung in den Planregeln verankert, beispielsweise in Höhe der erfolgten Beiträge. In Großbritannien wurde der größte leistungsdefinierte Pensionsplan im Jahr 2011 für die noch leistungsberechtigten aktiven Mitarbeiter umgestaltet, um das gesamte langfristige Risiko für den Konzern zu verringern. Zum Pensionierungszeitpunkt können die Mitarbeiter gewöhnlich entscheiden, ob das erreichte Kapital als Einmalbetrag auszuzahlen ist oder in eine Rentenleistung umgewandelt werden soll. Die Umrechnung in eine Rente erfolgt zumeist am Pensionierungstichtag mit den dann gültigen Marktkonditionen und Annahmen zur Lebenserwartung.

Zusätzlich unterhält der Konzern sowohl Pensionspläne und Leistungszusagen bei Vertragsbeendigung in weiteren Ländern wie auch – vor allem in den USA – Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter. Im Rahmen letztgenannter Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Sobald Pensionäre in den USA im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare leistungsberechtigt werden,

erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellen Konto und verlassen damit den Gesundheitsfürsorgeplan des Konzerns. Aufgrund des Verpflichtungsvolumens in Höhe von 151 Mio € per 31. Dezember 2013 (31. Dezember 2012: 164 Mio €) und der Planausgestaltung sind die Risiken aus den Gesundheitsfürsorgeplänen für den Konzern sehr begrenzt.

Die im Folgenden dargestellten voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen beziehen sich auf zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten und beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne des Konzerns.

in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Erfolgte Leistungszahlungen 2013	375	70	107	102	654
Erwartete Leistungszahlungen 2014	377	66	65	61	569
Erwartete Leistungszahlungen 2015	385	73	63	57	578
Erwartete Leistungszahlungen 2016	401	77	66	57	601
Erwartete Leistungszahlungen 2017	422	87	66	58	633
Erwartete Leistungszahlungen 2018	445	93	66	59	663
Erwartete Leistungszahlungen 2019–2023	2.532	605	351	293	3.781
Gewichteter Durchschnitt der Duration der Leistungsverpflichtung (in Jahren)	14	20	12	15	15

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV, der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechnigte Mitarbeiter in Deutschland leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Deutschland in Bezug auf die eigenen Mitarbeiter. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Der Hauptgrund für diesen Ansatz liegt in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet. Mit Bezug auf die letzten Veröffentlichungen des BVV ist dort derzeit keine Unterdeckung vorhanden, die künftige Beitragszahlungen des Konzerns beeinflussen würde. Weiterhin werden etwaige zukünftige Überschüsse den Leistungsberechtigten zugerechnet, so dass diese die zukünftigen Beitragszahlungen nicht reduzieren können. Im Falle einer Auflösung des BVV würden keine zusätzlichen Verpflichtungen auf den Konzern zukommen.

Zu den Aufwendungen des Konzerns für beitragsdefinierte Pläne zählt auch der jährliche Beitrag der Deutschen Postbank AG für die Altersversorgung ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse. Die Leistungsverpflichtungen liegen bei der Bundesrepublik Deutschland.

Steuerung und Risiko

Der Konzern setzte ein Pensions Risk Committee zur Überwachung der Pensionen und der damit verbundenen Risiken auf globaler Basis unter Vorsitz eines Vorstandsmitglieds ein. Das Komitee tagt vierteljährlich, berichtet direkt an den Konzernvorstand und wird durch das Pensions Operating Committee unterstützt.

In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Begriff „Risikomanagement“ die Kontrolle und Steuerung von Risiken, die dem Konzern aus Marktentwicklungen (zum Beispiel Zinssatz, Kreditausfallrisiko, Inflation), Anlagestruktur, regulatorischen oder rechtlichen Anforderungen erwachsen können, sowie die Überwachung demografischer Veränderungen (zum Beispiel Langlebigkeit). Insbesondere während und nach Akquisitionen oder bei Veränderungen im Umfeld (zum Beispiel rechtlich, steuerlich) werden Themen wie die grundsätzliche Planausgestaltung oder potenzielle Plananpassungen gründlich erörtert. Jegliche Planänderung erfordert in einem standardisierten Prozess die Zustimmung des Konzernbereichs Human Resources. Bis zu einem gewissen Grad sind die Pensionspläne ausfinanziert. Die Vermögensanlage reduziert die aus den Verpflichtungen resultierenden Risiken, führt jedoch zu Investitionsrisiken.

In den für den Konzern wichtigsten Ländern bezieht sich das aus den Plänen resultierende pensionsbezogene Risiko für den Konzern auf potenzielle Veränderungen in Kreditspreads, Inflation und Langlebigkeit, wenngleich deren Auswirkung durch die Anlagestrategie des Planvermögens reduziert werden soll.

Insgesamt versucht der Konzern den durch Marktbewegungen verursachten Einfluss der Pensionspläne auf den Konzernabschluss durch Einbezug neutralisierender Instrumente in die Finanzierungsinstrumente zu minimieren. Der Konzern misst regelmäßig das Pensionsrisiko anhand von für diesen Zweck selbst entwickelten spezifischen Kennzahlen und Stresstests.

Finanzierung

Der Konzern unterhält verschiedene externe Vermögenstreuhandstrukturen, durch die die Mehrheit der Pensionsverpflichtungen ausfinanziert ist. Die Finanzierungsgrundsätze des Konzerns zielen – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der Pensionsverpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % ab. Des Weiteren entschied der Konzern, dass einige Verpflichtungen nicht extern ausfinanziert werden. Dieser Ansatz wird von Zeit zu Zeit überprüft, beispielsweise, wenn sich lokale Vorschriften oder Praktiken verändern. Verpflichtungen nicht ausfinanzierter Pläne werden bilanziell zurückgestellt.

Für die meisten der extern ausfinanzierten Pläne bestehen Mindestdotierungsanforderungen. Zusätzlich kann der Konzern anhand der eigenen Finanzierungsgrundsätze über weitere Dotierungen entscheiden. Es gibt Standorte, wie beispielsweise in Großbritannien, an denen die Treuhänder mit dem Konzern gemeinsam die Dotierungshöhe vereinbaren. In den meisten Staaten erwartet der Konzern den vollen ökonomischen Nutzen eventueller Überdeckungen von Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen, üblicherweise in Form reduzierter künftiger Dotierungen. Ausgehend von der nahezu vollständigen Ausfinanzierung und der für die wichtigsten ausfinanzierten Pläne eingeführten Investitionsstrategie erwartet der Konzern kurzfristig keine materiellen auszugleichenden Defizitbeträge. Beispielsweise werden die Zuführungen zu den Hauptplänen in Großbritannien und den USA im Jahr 2014 nahezu null sein. In Deutschland, wo es üblicherweise keine Mindestdotierungsanforderungen gibt, entscheidet der Konzern im vierten Quartal 2014 anhand der eigenen Finanzierungsrichtlinie über Dotierungen in das Treuhandvermögen.

Für die Gesundheitsfürsorgepläne bildet der Konzern während der aktiven Dienstverhältnisse Rückstellungen und zahlt die Leistungen bei Fälligkeit aus eigenen Mitteln aus.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige qualifizierte Aktuarien gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Eine Konzernrichtlinie gibt den lokalen Aktuarien Vorgaben hinsichtlich der Bestimmung versicherungsmathematischer Annahmen, um deren Konsistenz global sicherzustellen.

Die folgende Darstellung der wichtigsten Bewertungsannahmen zur Verpflichtungsbestimmung per 31. Dezember erfolgt in Form gewichteter Durchschnitte.

	31.12.2013				31.12.2012			
	Deutschland	Großbritannien	USA ¹	Andere Länder	Deutschland	Großbritannien	USA ¹	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (in %)	3,6	4,5	4,8	3,4	3,7	4,6	3,8	3,0
Inflationsrate (in %)	1,9	3,7	2,3	2,2	2,1	3,3	2,4	2,2
Nominale Gehaltssteigerungsrate (in %)	2,8	4,7	2,3	3,1	3,0	4,3	2,4	3,2
Nominale Pensionssteigerungsrate (in %)	1,9	3,5	2,3	1,4	2,1	3,2	2,4	1,2
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren								
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	18,7	23,6	19,1	21,0	18,6	23,6	19,0	21,4
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,8	25,2	20,9	23,3	22,7	25,3	20,8	23,9
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,4	25,3	20,5	22,6	21,3	25,3	20,4	23,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	25,3	27,0	21,7	24,7	25,2	27,3	21,7	25,4
		SAPS Light mit CMI				SAPS Light mit CMI		
Angewendete Sterbetafeln	Richttafeln Heubeck 2005G	2010 Projektionen	RP2000 Combined Healthy	Länder-spezifische Tabellen	Richttafeln Heubeck 2005G	2010 Projektionen	RP2000 Combined Healthy	Länder-spezifische Tabellen

¹ Der Zinssatz für Gutschriften auf den Kapitalkontenplänen entspricht der Rendite 30-jähriger Staatsanleihen der USA.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Dabei wird für alle Pläne einer Währungszone ein einheitlicher Diskontierungszinssatz verwendet, der anhand der größten Verpflichtungen jeder dieser Zonen bestimmt wird. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag in angemessener Weise auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug für deren Preissteigerungsannahmen üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch lokale rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider.

Neben anderen Parametern kann die Annahme der Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung sein und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potenzielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf den Konzernabschluss

Die folgende Aufgliederung der Überleitungsrechnung von Pensionsverpflichtung und Planvermögen für die Jahre 2012 beziehungsweise 2013 erfolgt anhand der Regelungen des IAS 19R. Die Werte für 2012 wurden nach Regeln des IAS 19R überarbeitet, so dass sie nicht genau mit den im Konzern-Finanzbericht 2012 veröffentlichten Werten übereinstimmen.

in Mio €	2013				
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	9.263	3.299	1.281	1.129	14.972
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	163	28	24	70	285
Zinsaufwand	340	145	48	33	566
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	19	2	-3	-42	-24
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	-1	-34	1	-2	-36
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	-4	278	-71	-12	191
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-12	3	14	-10	-5
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	5	0	0	14	19
Leistungszahlungen	-375	-70	-107	-102	-654
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen ¹	90	0	0	0	90
Wechselkursveränderungen	0	-63	-51	-40	-154
Sonstige	-1	0	0	-16 ²	-17
Verpflichtung am Jahresende	9.487	3.588	1.136	1.022	15.233
davon:					
intern finanziert	7	14	154	137	312
extern finanziert	9.480	3.574	982	885	14.921
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	7.741	3.980	949	932	13.602
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	316	175	35	30	556
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	-601	98	-46	-8	-557
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	5	0	0	14	19
Zuführungen des Arbeitgebers	1.960	3	53	53	2.069
Leistungszahlungen ³	-352	-69	-95	-79	-595
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen ¹	73	0	0	0	73
Wechselkursveränderungen	0	-81	-38	-19	-138
Kosten der Planadministration	0	-7	-2	-2	-11
Planvermögen am Jahresende	9.142	4.099	856	921	15.018
Finanzierungsstatus am Jahresende	-345	511	-280	-101	-215
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	-29	-29
Saldo am Jahresende	0	0	0	-29	-29
Nettovermögenswert/-schuld	-345	511	-280	-130	-244⁴

¹ DB Investment Service.

² Umgruppierung eines Plans aus den Pensionsplänen in die sonstigen langfristigen Pläne.

³ Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

⁴ Davon 628 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 840 Mio € in sonstigen Verbindlichkeiten erfasst. Des Weiteren 25 Mio € beziehungsweise 57 Mio € in zum Verkauf bestimmten Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten erfasst.

in Mio €	2012				
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung¹					
Verpflichtung am Jahresanfang	7.984	2.904	1.232	1.000	13.120
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	140	28	27	62	257
Zinsaufwand	385	149	54	38	626
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	17	2	0	13	32
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	0	2	29	4	35
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	1.181	208	98	97	1.584
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-67	-2	-45	-14	-128
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	4	0	0	15	19
Leistungszahlungen	-382	-68	-97	-76	-623
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	-2	-2
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	76	-24	-9	43
Sonstige ²	1	0	7	1	9
Verpflichtung am Jahresende	9.263	3.299	1.281	1.129	14.972
davon:					
intern finanziert	1.152	14	177	172	1.515
extern finanziert	8.111	3.285	1.104	957	13.457
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	7.085	3.765	933	811	12.594
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	347	194	40	34	615
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	550	-35	47	50	612
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	4	0	0	15	19
Zuführungen des Arbeitgebers	46	26	36	53	161
Leistungszahlungen ³	-291	-67	-87	-32	-477
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	-2	-2
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	99	-18	4	85
Kosten der Planadministration	0	-2	-2	-1	-5
Planvermögen am Jahresende	7.741	3.980	949	932	13.602
Finanzierungsstatus am Jahresende	-1.522	681	-332	-197	-1.370
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	0	0
Saldo am Jahresende	0	0	0	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	-1.522	681	-332	-197	-1.370⁴

¹ Vergleichszahlen für 2012 sind aufgrund der Anforderungen des IAS 19R korrigiert worden.

² Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

³ Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

⁴ Davon 926 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 2.296 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

Der Konzern hat keine Erstattungsansprüche hinsichtlich leistungsdefinierter Pläne.

Restrukturierung führte zu Plananpassungen und Leistungsbegrenzungen in der Schweiz, was im Jahr 2013 zu einer wesentlichen Absenkung der Leistungsverpflichtung führte. Daraus wurden 46 Mio € Ertrag in der Position Nachträglich zu erfassender Dienstzeitaufwand erfasst. Die Restrukturierung führte dazu, dass das Planvermögen den Wert der Verpflichtung zum 31. Dezember 2013 übersteigt. Davon erfasste der Konzern 29 Mio € als nicht erstattungsfähigen Überschuss, da nicht erwartet wird, den vollen ökonomischen Nutzen aus dieser Position zu realisieren; der ökonomische Nutzen des aktivierten erstattungsfähigen Überschusses wurde als Barwert der erwarteten zukünftigen Beitragsreduktionen ermittelt.

Hinsichtlich des Planvermögens dotierte der Konzern zusätzlich zu den regelmäßigen Einzahlungen einen Einmalbetrag von 1,45 Mrd € in das Treuhandvermögen, um den größten Teil der bisher noch nicht vollständig ausfinanzierten Leistungsverpflichtungen der Postbank auszufinanzieren.

Anlagestrategie

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es, die Bank vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus seiner Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden, um langfristig die Kosten des Konzerns für Leistungen an Arbeitnehmer zu reduzieren.

Für die meisten der ausfinanzierten Pensionspläne wird ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept angewendet. Ziel ist die Minimierung von Schwankungen zwischen dem Barwert der Leistungsverpflichtung und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbebewegungen. Dies wird durch eine gut passende Anlagestrategie im Planvermögen in Bezug auf Marktrisikofaktoren erreicht hinsichtlich Zinsniveau, Kreditausfallrisiko und Inflation. Dabei sollte das Planvermögen im Wesentlichen das Risikoprofil und die Währung der Verpflichtung widerspiegeln.

Dort, wo das entsprechende Absicherungsniveau durch physische Instrumente (zum Beispiel Unternehmens- und Staatsanleihen) nicht erreicht werden kann, werden Derivate eingesetzt. Diese Absicherungsinstrumente beinhalten vorwiegend Zins- und Inflationsswaps. Es werden aber auch andere Instrumente, wie Kreditausfallversicherungen und Zinstermingeschäfte, genutzt. In der Praxis ist die Umsetzung einer vollständigen Absicherung nicht möglich, beispielsweise durch eine unzureichende Markttiefe für Anleihen extrem langer Laufzeiten wie auch durch Liquiditäts- und Kostenaspekte. Darum beinhaltet das Planvermögen auch andere Anlageklassen, wie Aktien, Immobilien, Hochzinsanleihen oder Anleihen aus Schwellenländern, um eine langfristige Wertsteigerung und Nutzen aus der Risikostreuung zu erzielen.

Vermögensverteilung in verschiedene Anlageklassen

Die folgende Tabelle präsentiert die Vermögensverteilung der Pensionspläne des Konzerns unter Anwendung einer vollständigen Durchsicht, um das Risiko in den wichtigsten Anlageklassen zu bestimmen. Das beinhaltet sowohl physische Wertpapiere in den einzeln gemanagten Vermögensklassen als auch Anteile an Investmentfonds, die im Planvermögen gehalten werden. Die Vermögenswerte umfassen notierte (das heißt Level 1 in Einklang mit IFRS 13 – der Zeitwert kann direkt von Preisen abgeleitet werden, die an aktiven und liquiden Märkten notiert sind) und weitere (das heißt Level 2 und 3 gemäß IFRS 13) Vermögensanlagen.

in Mio €	31.12.2013					31.12.2012				
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	133	134	40	59	366	57	61	44	65	227
Aktien ¹	138	486	84	259	967	532	409	86	166	1.193
Hochrangige Anleihen ²										
Staatsanleihen	3.886	1.201	312	227	5.626	1.933	1.146	337	251	3.667
Unternehmensanleihen	5.118	1.513	333	247	7.211	4.815	2.005	353	271	7.444
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	103	0	0	1	104	143	109	8	4	264
Unternehmensanleihen	135	45	4	22	206	394	13	6	28	441
Strukturierte Produkte	20	531	40	22	613	5	212	68	21	306
Versicherungen	0	0	0	41	41	0	0	0	40	40
Alternative Anlagen										
Immobilien	59	95	0	30	184	40	93	0	30	163
Rohstoffe	25	0	0	2	27	55	0	0	6	61
Beteiligungen	50	1	0	0	51	49	0	0	0	49
Andere	40	0	0	3	43	63	0	0	21	84
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	-267	62	43	7	-155	-48	-44	47	26	-19
Kreditausfallrisiko	36	0	0	0	36	-116	0	0	-1	-117
Inflationsveränderung	-349	29	0	0	-320	-222	-24	0	-14	-260
Wechselkursveränderung	18	2	0	1	21	38	0	0	1	39
Andere	-3	0	0	0	-3	3	0	0	17	20
Beizulegenden Zeitwert des Planvermögens	9.142	4.099	856	921	15.018	7.741	3.980	949	932	13.602

¹ Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für Großbritannien.

² Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A.

Die folgende Tabelle weist die Vermögensanlagen des Planvermögens aus, die in aktiven Märkten notiert sind, das heißt Level 1 gemäß der Einteilung nach IFRS 13, und werden in der folgenden Tabelle im gleichen Aufriss dargestellt.

in Mio €	31.12.2013					31.12.2012				
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	133	132	35	59	359	57	61	44	65	227
Aktien	99	486	84	259	928	528	409	86	145	1.168
Hochrangige Anleihen										
Staatsanleihen	3.048	1.201	0	219	4.468	1.912	1.146	0	239	3.297
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Strukturierte Produkte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Alternative Anlagen										
Immobilien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kreditausfallrisiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Inflationsveränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beizulegenden Zeitwert des notierten Planvermögens	3.280	1.819	119	537	5.755	2.497	1.616	130	449	4.692

Alle weiteren Teile des Planvermögens sind in sonstigen Vermögensanlagen investiert, vorwiegend in Level 2 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 hinsichtlich der hochrangigen Unternehmensanleihen. Ein insgesamt relativ kleiner Anteil bezieht sich auf Level 3 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 und bezieht sich größtenteils auf Immobilien, Versicherungsverträge und Derivate.

Die folgende Tabelle zeigt die Vermögensverteilung des Planvermögens der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns nach wichtigen geografischen Regionen zum 31. Dezember 2013. Die Beträge umfassen sowohl notierte wie auch nicht notierte Vermögenswerte.

in Mio €	31.12.2013						Insgesamt
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industriestaaten	Entwicklungs- und Schwellenländer	
Liquide Mittel	133	134	40	25	28	6	366
Aktien	176	84	315	87	221	84	967
Staatsanleihen ¹	3.175	1.226	346	394	34	555	5.730
Hochrangige Unternehmensanleihen	686	1.025	1.627	2.739 ²	855	279	7.211
Nachrangige Unternehmensanleihen	5	28	84	55	20	14	206
Strukturierte Produkte	21	534	39	10	8	1	613
Zwischensumme	4.196	3.031	2.451	3.310	1.166	939	15.093
Weitere Anlagekategorien							-75
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							15.018

¹ Beinhaltet hoch- und nachrangige Staatsanleihen.

² Der größte Teil bezieht sich auf französische und niederländische Unternehmensanleihen.

Per 31. Dezember 2013 sind im Planvermögen Derivate mit einem negativen Marktwert von 419 Mio € enthalten, bei denen Konzerneinheiten Vertragspartner sind. Weiterhin sind im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 2 Mio € enthalten, jedoch keine vom Konzern genutzten Immobilienwerte.

Sensitivitäten hinsichtlich wesentlicher Annahmen

Die Pensionsverpflichtung ist sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Bewertungsannahmen. Die Sensitivitäten auf die bedeutendsten Annahmen werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert. Die Sensitivitäten sind Schätzungen basierend auf Extrapolationsmethoden, die die Planduration bezogen auf jede Annahme nutzen. Die Duration ist ein Standardmaß für die grundsätzliche Sensitivität einer Verpflichtung hinsichtlich der Veränderung einer zugrunde liegenden Annahme und gibt eine angemessene Abschätzung für kleinere bis mittlere Veränderungen solcher Annahmen an.

Beispielsweise wird die Zinsduration von der Veränderung der Leistungsverpflichtung bezogen auf abweichende Zinsannahmen abgeleitet, die die lokalen Aktuarien für die jeweiligen Pläne ermitteln. Die sich daraus ergebende Duration wird zur Abschätzung des aus der Verpflichtung resultierenden Neubewertungsverlusts oder -gewinns bei verändertem Diskontierungszinssatz benutzt. Für die anderen Annahmen wird ein ähnlicher Ansatz angewandt, um die jeweiligen Sensitivitäten abzuleiten.

Seitdem der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den marktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisikoprofil des Konzerns bezogen auf wichtige Marktbewegungen zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtung gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch den Konzernbereich Market Risk Management für die größten Pläne des Konzerns durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf wesentliche Annahmen plausible mögliche Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen in den Annahmen anzugeben. Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung des Einflusses und die Bandbreite angemessener

alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden, was im Gesamtergebnis enthalten ist. Durch nichtlineare Zusammenhänge ist bei der Extrapolation dieser Sensitivitäten hinsichtlich der wichtigsten Parameter Vorsicht geboten in Bezug auf den gesamten Finanzierungsstatus. Jegliche Maßnahmen des Managements zur Reduzierung verbundener Risiken in den Pensionsplänen sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

in Mio €	31.12.2013				31.12.2012			
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (-100 bp):								
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	- 1.355	- 800	- 60	- 155	- 1.305	- 715	- 90	- 180
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	1.200	640	55	85	950	660	75	90
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (-))	- 155	- 160	- 5	- 70	- 355	- 55	- 15	- 90
Diskontierungszinssatz (+ 100 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	1.185	650	55	130	1.140	585	80	150
Erwartete Verringerung (-) im Planvermögen ¹	- 1.200	- 640	- 55	- 85	- 950	- 660	- 75	- 90
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (-))	- 15	10	0	45	190	- 75	5	60
Kreditrisikorate (-100 bp):								
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	- 1.355	- 800	- 140	- 155	- 1.305	- 715	- 175	- 180
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	705	170	35	20	805	185	35	20
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (-))	- 650	- 630	- 105	- 135	- 500	- 530	- 140	- 160
Kreditrisikorate (+100 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	1.185	650	125	130	1.140	585	155	150
Erwartete Verringerung (-) im Planvermögen ¹	- 705	- 170	- 35	- 20	- 805	- 185	- 35	- 20
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (-))	480	480	90	110	335	400	120	130
Inflationsrate (-50 bp):²								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	325	265	0	55	325	250	0	55
Erwartete Verringerung (-) im Planvermögen ¹	- 195	- 260	0	- 15	- 225	- 275	0	- 15
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (-))	130	5	0	40	100	- 25	0	40
Inflationsrate (+50 bp):²								
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	- 335	- 285	0	- 60	- 340	- 270	0	- 55
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	195	260	0	15	225	275	0	15
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (-))	- 140	- 25	0	- 45	- 115	5	0	- 40
Gehaltssteigerungsrate (-50 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	70	10	0	20	75	15	0	25
Gehaltssteigerungsrate (+50 bp):								
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	- 70	- 10	0	- 20	- 75	- 15	0	- 30
Anstieg der Lebenserwartung um 10 %³								
Anstieg (-) in der Leistungsverpflichtung	- 220	- 75	- 20	- 15	- 210	- 60	- 25	- 15

¹ Die erwarteten Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens beinhalten nur die simulierten Auswirkungen der größten Pläne in Deutschland, Großbritannien, den USA, auf den Kanalinseln, in der Schweiz, den Niederlanden und Belgien, welche mehr als 90 % des gesamten Zeitwerts repräsentieren. Der Vermögenswert für die übrigen Länder bleibt bei dieser Darstellung unverändert.

² Umfasst zugleich die Sensitivität hinsichtlich des Rentenanstiegs, der im gewissen Grad direkt an die Inflationsrate gekoppelt ist.

³ Dies entspricht geschätzt in etwa dem Anstieg der Lebenserwartung um circa 1 Jahr.

Erwarteter Kapitalfluss

Die im Folgenden dargestellten erwarteten Zahlungen des Konzerns im Jahr 2014 bezüglich seiner Pensionspläne umfassen sowohl die Leistungszahlungen für nicht extern ausfinanzierte Pläne, die Zuführungen zum Planvermögen extern ausfinanzierter leistungsdefinierter Pensionspläne als auch Beiträge an beitragsdefinierte Pensionspläne.

in Mio €	2014 Insgesamt
Erwartete Zuführungen	
zum Planvermögen leistungsdefinierter Versorgungspläne	215
zum BVV	50
zur Postbeamtenversorgungskasse	100
zu beitragsdefinierten Plänen	230
Erwartete Leistungszahlungen für intern finanzierte Versorgungspläne	35
Erwartete Zahlungen für Pensionspläne	630

Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Die folgende Tabelle bietet einen Aufriss sowohl für den Pensionsaufwand als auch für den Aufwand für aktienbasierte Vergütung entsprechend den Anforderungen von IAS 19R beziehungsweise IFRS 2 und umfasst auch die Komponenten, die als Teil des Restrukturierungsaufwands erfasst wurden.

in Mio €	2013	2012	2011
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne¹			
Dienstzeitaufwand	261	289	243
Nettozinsaufwand (+)/-ertrag (-)	10	11	42
Gesamtaufwendungen leistungsdefinierter Pläne	271	300	285
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne			
Beiträge an den BVV	51	51	53
Beiträge an die Postbeamtenversorgungskasse	97	105	112
Beiträge an beitragsdefinierte Pläne	221	219	186
Gesamtaufwendungen beitragsdefinierter Pläne	369	375	351
Pensionsaufwendungen insgesamt	640	675	636
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	230	231	226
Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung:			
Aufwand für in Aktien zu begebende aktienbasierte Vergütung	918	1.097	1.261
Aufwand für in bar auszuzahlende aktienbasierte Vergütung	29	17	28

¹ Vergleichszahlen für 2011 und 2012 sind aufgrund der Anforderungen des IAS 19R korrigiert worden.

36 – Ertragsteuern

in Mio €	2013	2012	2011
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag (-) für das laufende Jahr	913	731	1.683
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-) ¹	41	-956	-232
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	954	-225	1.451
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	7	579	-143
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	35	9	110
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (-) ¹	-221	135	-354
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	-179	723	-387
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	775	498	1.064

¹ In 2012 beinhalten periodenfremde Steueraufwendungen/-erträge einen laufenden Steuerertrag in Höhe von 435 Mio €, dem ein korrespondierender latenter Steueraufwand gegenübersteht.

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2013 beinhaltet einen Steueraufwand aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft („Policyholder Tax“) in Höhe von 23 Mio € (2012: 12 Mio € Steueraufwand; 2011: 28 Mio € Steuerertrag), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2013 um einen Steuerertrag in Höhe von 3 Mio € vermindert (2012: 94 Mio € Erhöhung des laufenden Steuerertrags; 2011: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 35 Mio €).

Der latente Steuerertrag ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen, der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren sowie aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern im Geschäftsjahr 2013 per Saldo um einen latenten Steuerertrag in Höhe von 237 Mio € erhöht (2012: Erhöhung des latenten Steueraufwands um 91 Mio €; 2011: Erhöhung des latenten Steuerertrags um 262 Mio €).

Unterschied zwischen der Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes und tatsächlich ausgewiesenem Steueraufwand

in Mio €	2013	2012	2011
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 31 % in Deutschland (31 % für 2012 und 30,8 % für 2011)	451	252	1.657
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	154	36	– 28
Steuerbefreite Einnahmen	– 337	– 497	– 467
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	– 84	– 74	– 39
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	571	563	297
Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	0	630	0
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern ¹	– 240	– 3	– 297
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	35	9	110
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	– 5	– 17	90
Effekt aus der „Policyholder Tax“	23	12	– 28
Sonstige ¹	207	– 413	– 231
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	775	498	1.064

¹ Der auf Vorperioden entfallende laufende und latente Steueraufwand/(-ertrag) wird überwiegend in den Positionen „Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern“ und „Sonstige“ ausgewiesen.

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position „Sonstige“ für die Geschäftsjahre 2013 und 2012 überwiegend Effekte infolge abgeschlossener Betriebsprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2013 31 %, 2012 31 % und 2011 30,8 % betragen.

Im Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen/Kapitalrücklagen) verbuchte Ertragsteuern

in Mio €	2013	2012	2011
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	58	407	– 50
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	– 21	– 539	173
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	103	6	– 11
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	– 58	– 5	92
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	– 10	– 13	– 1
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	– 175	104	– 129
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	1	0	1
Steueraufwand (–)/ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	– 102	– 40	75
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (–) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	65	34	46

Wesentliche Komponenten der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	2.300	1.800
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	191	166
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.719	12.114
Sachanlagen	796	829
Sonstige Aktiva	2.355	2.758
Bewertung von Wertpapieren	280	524
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	814	750
Sonstige Rückstellungen	952	1.503
Sonstige Passiva	1.103	890
Latente Steuerforderungen insgesamt	17.510	21.334
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.024	11.105
Sachanlagen	49	48
Sonstige Aktiva	843	1.037
Bewertung von Wertpapieren	1.123	1.217
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	97	108
Sonstige Rückstellungen	298	455
Sonstige Passiva	1.106	1.099
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	11.540	15.069

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, nach bilanzieller Saldierung

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012
Latente Steuerforderungen	7.071	7.712
Latente Steuerverbindlichkeiten	1.101	1.447
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	5.970	6.265

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand/-ertrag. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Posten, für die keine latenten Steuerforderungen ausgewiesen wurden

in Mio €	31.12.2013 ¹	31.12.2012 ¹
Abzugsfähige temporäre Differenzen	-341	-332
Unverfallbar	-3.720	-3.064
Verfall in der folgenden Periode	-1	-10
Verfall nach der folgenden Periode	-1.671	-2.227
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	-5.392	-5.301
Verfall nach der folgenden Periode	-224	-287
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	-224	-287

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2013 beziehungsweise zum 31. Dezember 2012 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 5,4 Mrd € beziehungsweise 1,3 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß der es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht

genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2013 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 120 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2012: 138 Mio €).

37 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendet die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	2.810	200	7.990	2.455

Im Geschäftsjahr 2013 wies der Konzern einen Verlust von 2,4 Milliarden € (2012: Verlust in Höhe von 0,1 Milliarden €; 2011: Gewinn in Höhe von 2,2 Milliarden €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Gewinn aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,7 Milliarden € (2012: Verlust von 0,4 Milliarden €; 2011: Verlust von 1,5 Milliarden €).

Absicherung von Zahlungsströmen

Der Konzern wendet die Absicherung von Zahlungsströmen mittels Zinsswaps, Aktienindexswaps und Devisentermingeschäften an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Zinssätzen, Aktien und Wechselkursen zu schützen.

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	30	276	137	430

Berichtszeiträume, in denen mit dem Auftreten der abgesicherten Zahlungsströme gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2013				
Cashflow aus Aktiva	80	110	53	136
Cashflow aus Passiva	-25	-37	-37	-36
Netto-Zahlungsströme 2013	55	73	16	100
Zum 31. Dezember 2012				
Cashflow aus Aktiva	80	133	89	262
Cashflow aus Passiva	-26	-44	-33	-51
Netto-Zahlungsströme 2012	54	89	56	211

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem größten Absicherungsprogramm des Konzerns, Maher Terminals LLC.

Absicherung von Zahlungsströmen

in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Im Eigenkapital ausgewiesen ¹	-215	-341	-427
davon terminierte Programme	-16	-17	-26
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (-)	91	42	-141
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (-)	-35	-45	-3
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung	1	1	0

¹ Im Eigenkapital ausgewiesen mit Bezug auf die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, für detailliertere Informationen verweisen wir auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung.

Mit Stand vom 31. Dezember 2013 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag ab.

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	1.171	141	244	790

Im Geschäftsjahr 2013 wies der Konzern Verluste von 320 Mio € (2012: Verluste von 357 Mio €; 2011: 218 Mio €) aus Ineffektivität der Absicherung aus, die das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen

in Mio €	2013	2012	2011
Kurzfristig fällige Leistungen	18	17	14
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3	3
Andere langfristig fällige Leistungen	6	14	6
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	15	0
Aktienbasierte Vergütungen	8	16	5
Insgesamt	35	65	28

Die Tabelle enthält keine Vergütung, die Mitglieder des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreter oder frühere Vorstandsmitglieder) erhalten. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeitnehmer oder den Status als Pensionär (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2013 auf 1 Mio € (Dezember 2012: 1,6 Mio €; Dezember 2011: 2 Mio €).

Am 31. Dezember 2013 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 4 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 12 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Am 31. Dezember 2012 beliefen sich die Kredite und Zusagen auf 7 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen und Einlagen in Höhe von 13 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen im Konzern.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

in Mio €

	2013	2012
Bestand am Jahresanfang	918	5.151
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	528	436
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	676	4.610 ¹
Veränderung des Konsolidierungskreises	-397 ²	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-16	-58
Bestand am Jahresende³	357	918
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	6	47
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	47
Garantien und sonstige Verpflichtungen	54	55

¹ Der Anstieg der Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft in 2012 hängt hauptsächlich mit dem Verkauf einer restrukturierten Transaktion in Europa zusammen.

² Im zweiten Quartal 2013 erfolgte für einige Unternehmen, die nach der Equitymethode bilanziert wurden, eine erstmalige Vollkonsolidierung. Für Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, erfolgte eine Eliminierung im Rahmen des Konsolidierungsprozesses. In diesem Zusammenhang resultierte ebenfalls die Reduktion der zugehörigen Wertberichtigungen und Wertberichtigungsbestände für Kreditausfälle.

³ Im Jahr 2013 waren 2 Mio € und 2012 waren 3 Mio € dieser Forderungen überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2013 Sicherheiten in Höhe von 73 Mio € (2012: 570 Mio €).

Einlagen

in Mio €

	2013	2012
Bestand am Jahresanfang	245	247
Einlagenzuflüsse	105	284
Einlagenabflüsse	179	284
Veränderung des Konsolidierungskreises	-3	-3
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-2	1
Bestand am Jahresende¹	167	245

¹ Die Einlagen sind unbesichert.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2013 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 130 Mio € (Dezember 2012: 110 Mio €). Zum 31. Dezember 2013 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 1 Mio € (Dezember 2012: 4 Mio €).

Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Xchanging etb GmbH: Am 2. September 2013 gab die Deutsche Bank AG bekannt, dass sie den Kauf der restlichen 51 % der Anteile an ihrem Joint Venture Xchanging etb GmbH („Xetb“) abgeschlossen hat. Xetb ist die Holdinggesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“).

Begründet durch die Änderung der Eigentumsverhältnisse und die damit verbundene Eliminierung aller Transaktionen bei Konsolidierung, werden diese nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt.

Weitere Informationen zu Akquisitionen finden sich in der Anhangangabe 3 „Akquisitionen und Veräußerungen“.

Hua Xia Bank: Der Konzern hält einen Anteil von 19,99 % an der Hua Xia Bank und bilanziert diese Beteiligung seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank einen Vertrag über eine Kreditkartenkooperation mit der Hua Xia Bank abgeschlossen, die Erfahrungen des Konzerns im internationalen Kreditkartengeschäft mit lokaler Expertise der Hua Xia Bank verbindet. Es wurde für diese Kooperation eine Rückstellung gebildet. Dieser Rückstellungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2013 48 Mio € und deckt die geschätzte Verpflichtung aus dieser Kooperation ab. Weitere Informationen finden sich in der Anhangangabe 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln.

Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen

in Mio €	2013	2012
Aktien des Konzerns im Planvermögen	2	7
Sonstige Vermögensgegenstände	29	0
Aus dem Planvermögen gezahlte Gebühren an konzerninterne Vermögensverwaltungen	39	38
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	- 419	- 242
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	13.851	14.251

39 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Zusammensetzung des Konzerns

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Der Konzern besteht aus 2.171 (2012: 2.488) konsolidierten Unternehmen, davon sind 1.344 (2012: 1.468) konsolidierte strukturierte Unternehmen. An 968 (2012: 1.103) der vom Konzern beherrschten Unternehmen hält der Konzern direkt oder indirekt eine 100-prozentige Kapitalbeteiligung. 1.203 (2012: 1.385) der konsolidierten Unternehmen werden außerdem auch von Dritten gehalten (Anteile ohne beherrschenden Einfluss). Zum 31. Dezember 2012 und 2013 waren die Anteile ohne beherrschenden Einfluss weder für sich betrachtet noch in ihrer Gesamtheit von wesentlicher Bedeutung für den Konzern.

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den Konzern in seiner Fähigkeit beschränken, Zugang zu den Vermögenswerten zu erhalten und diese an oder von andere(n) Unternehmen ungehindert innerhalb des Konzerns zu transferieren und Schulden des Konzerns zu begleichen.

Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten dieser Anteilseigner.

Beschränkungen hinsichtlich der Nutzbarkeit von Vermögensgegenständen innerhalb des Konzerns:

- Zur Besicherung der Verpflichtungen aus Repogeschäften, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, forderungsbesicherten Wertpapieren und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften hat der Konzern Vermögenswerte verpfändet.
- Die Vermögenswerte konsolidierter strukturierter Unternehmen werden als Sicherheiten zugunsten der Anspruchsberechtigten gehalten, welche die von diesen Gesellschaften begebenen Wertpapiere erworben haben.
- Die Vermögenswerte der konsolidierten Versicherungsgesellschaften dienen im Wesentlichen der Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.
- Regulatorische Anforderungen sowie Anforderungen der Zentralbanken oder lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen können in bestimmten Ländern die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte an oder von anderen Unternehmen innerhalb des Konzerns zu transferieren.

Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktiva gesamt	Verfü- gungs- beschränkte Vermögenswerte	Aktiva gesamt	Verfü- gungs- beschränkte Vermögenswerte
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	1.115	120.637	1.971
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	899.257	94.388	1.209.839	123.589
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	48.326	7.821	49.400	9.669
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	56.553	397.377	62.840
Sonstige	209.252	7.675	245.023	5.859
Insgesamt	1.611.400	167.552	2.022.275	203.927

Die obige Tabelle enthält keine Angaben zu Vermögenswerten, die zwar auf Konzernebene gewissen Nutzungseinschränkungen unterliegen, bei denen sich jedoch auf Ebene einzelner Konzerngesellschaften keine konkreten Beschränkungen identifizieren lassen. Derartige Beschränkungen können auf lokalen Anforderungen bezüglich der Kreditvergabe oder ähnlichen regulatorischen Beschränkungen beruhen und lassen sich unter Umständen keinen bestimmten Bilanzpositionen zuordnen. Dies ist auch der Fall hinsichtlich der regulatorischen Mindestliquiditätsreserven, deren Gesamtvolumen der Konzern aufgrund der einzelnen lokalen Liquiditätsabflüsse unter Stressbedingungen ermittelt. Insgesamt belaufen sich die als verfügbarsbeschränkt angesehenen Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2013 auf 19,4 Mrd € (2012: 25,1 Mrd €).

40 – Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Art, Zweck und Umfang der Beteiligung des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten
Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzt der Konzern unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte bei der Entscheidung, wer das Unternehmen beherrscht, nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

- Limitierte Aktivitäten;
- Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel;
- Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren;

— Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder anderen Risiken (Tranchen) zu bündeln.

Strukturierte Einheiten dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten und durch die Verbriefung finanzieller Vermögenswerte Marktliquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Emission von Schuld- oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten.

Wie in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht werden. Die Einheiten, die Gegenstand dieser Anhangangabe sind, werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Stimmrechte, Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel hat. Das Ausmaß der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten variiert in Abhängigkeit von der Art der strukturierten Einheit.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Repackaging- und Investmentgesellschaften

Repackaging- und Investmentgesellschaften werden gegründet, um Kundennachfragen nach Kombinationen aus Derivaten und Verbriefungen befriedigen zu können.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können die Form von Finanzierungsgesellschaften, als Stiftungen oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert. Der Konzern beteiligt sich hauptsächlich an Finanzierungsstrukturen.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern gründet Verbriefungsvehikel, die finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbrieft gewerbliche und private Immobilienkredite und Kreditkartenforderungen). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist. Der Konzern überträgt oft Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und stellt liquide Mittel in Form von Finanzierungen bereit.

Der Konzern investiert auch in von Dritten gesponserte Fonds und stellt diesen Liquidität zur Verfügung.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Des Weiteren investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welches vom Fonds gehalten wird.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von der Deutschen Bank oder Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen.

Einnahmen aus der Mitwirkung an strukturierten Gesellschaften

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen und gelegentlich Erfolgsbeteiligungen für seine fondsbezogenen Investment-Management-Leistungen. Zinserträge werden durch die Finanzierung von strukturierten Gesellschaften erzielt. Sämtliche Handelserträge, die sich aus dem Handel von Derivaten mit strukturierten Gesellschaften und den Wertveränderungen der gehaltenen Wertpapiere ergeben, sind in der Position „Nettogewinn/-verlust von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind“ enthalten.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten Einheiten bestehen aus vertraglichen und nicht-vertraglichen Beziehungen, die den Konzern zum Empfang von variablen Rückflüssen aus der Performance der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten berechtigen. Beispiele von Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen Schuld- oder Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätsfazilitäten, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, in denen der Konzern Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beinhalten keine Instrumente, die Risiken in strukturierte Einheiten einbringen. Wenn der Konzern zum Beispiel Kreditabsicherungen von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten kauft, deren Zweck und Design es ist, Kreditrisiken auf einen Investor zu übertragen, würde der Konzern dieses Risiko eher auf die Einheit übertragen, als es selbst zu übernehmen. Die gekaufte Kreditabsicherung ist deshalb nicht als Beteiligung in den unten dargestellten Tabellen berücksichtigt.

Höchstmögliches Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Forderungen aus Kreditgeschäften und Handelsaktiva besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Wie vom Konzern interpretiert, bestimmt sich der maximal mögliche Verlust von Außerbilanzgeschäften, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen, unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus Besicherungen oder Verbriefungen berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten, die entstanden sein können. Am 31. Dezember 2013 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 311 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 529 Mrd € und der Nennwert von Außerbilanzinstrumenten 27,3 Mrd €.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

- **Fonds** – Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn der Konzern Fondsanteile hält, und der Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns Derivate beinhaltet.
- **Verbriefungen** – Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere, wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns in Form von Derivaten besteht.
- **Finanzierungsgesellschaften Dritter** – Bilanzsumme der Einheiten.
- **Repackaging- und Investmentgesellschaften** – beizulegender Zeitwert der ausgegebenen Wertpapiere.

Für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften, bei denen keine Kennzahl öffentlich verfügbar ist, hat der Konzern den höheren Betrag aus den erhaltenen/verpfändeten Sicherheiten oder dem Nennwert des Engagements der Deutschen Bank in die jeweilige Einheit veröffentlicht.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns, die in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst sind, sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe von strukturierten Einheiten. Die Werte bilden nicht das ökonomische Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

Buchwert von in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Beteiligungen der Deutschen Bank

	31.12.2013				
in Mio €	Repackaging- vehikel und Investment- gesellschaften	Finanzierungs- gesellschaften Dritter	Ver- briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte	0	0	0	0	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	303	303
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	0	0	1.797	1.797
Forderungen aus Wertpapieranleihen	0	0	0	6.819	6.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.830	3.097	26.180	89.365	120.472
Handelsaktiva	1.216	2.586	26.002	12.949	42.753
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	600	175	169	7.640	8.584
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	15	336	9	68.776	69.136
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3	414	2.279	867	3.564
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	101	27.978	13.406	6.153	47.639
Sonstige Aktiva	0	47	546	37.280	37.872
Summe der Aktiva	1.935	31.536	42.412	142.584	218.467
Verbindlichkeiten	0	0	0	0	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	471	85	223	8.836	9.615
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	471	85	223	8.836	9.615
Summe der Passiva	471	85	223	8.836	9.615
Außerbilanzielle Risikopositionen	0	2.135	1.104	24.064	27.304
Total	1.464	33.586	43.293	157.812	236.156
Größe der strukturierten Gesellschaft	20.771	74.278	1.665.626	4.488.622	

Handelsaktiva – Die Summe der Handelsaktiva von 42,8 Mrd € besteht hauptsächlich aus 26 Mrd € Verbriefungen und 12,9 Mrd € Fonds. Die Beteiligungen des Konzerns in Verbriefungen sind durch die gehaltenen Vermögenswerte besichert. Fondsanteile werden vom Konzern üblicherweise für das Marketmaking gehalten, andernfalls dienen sie als Besicherungsinstrumente für ausgegebene Wertpapiere. Des Weiteren wird das Kreditrisiko aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft gegenüber Fremdfonds durch die erhaltene Sicherheit reduziert.

Finanzielle Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind – Die Mehrheit der Beteiligungen in dieser Kategorie sind umgekehrte Pensionsgeschäfte für Fonds. Diese sind durch die gehaltenen Wertpapiere besichert.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft von 47,6 Mrd € bestehen aus Investments in Verbriefungstranchen und Finanzierungen für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften. Die vom Konzern den von Dritten gesponserten Finanzierungsgesellschaften zur Verfügung gestellte Liquidität ist durch den gehaltenen Vermögenswert in diesen Gesellschaften besichert.

Sonstige Aktiva – Die sonstigen Vermögenswerte von 37,9 Mrd € bestehen hauptsächlich aus kurzfristigen Forderungen gegenüber Fonds für offene Verkäufe von Wertpapieren. Diese Forderungen sind durch die Wertpapiere besichert, die der strukturierten Einheit übertragen werden.

Finanzielle Unterstützung

Während des Jahres stellte die Deutsche Bank nicht konsolidierten strukturierten Einheiten keine nicht-vertragliche Unterstützungen zur Verfügung.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2013 keine Beteiligung hält

Die Deutsche Bank sponsert die Gründung strukturierter Einheiten aus unterschiedlichen Gründen. Als Sponsor ist sie an der rechtlichen Errichtung und an der Vermarktung der Einheiten beteiligt und unterstützt diese auf unterschiedliche Art und Weise, unter anderem durch:

- die Übertragung von Vermögenswerten;
- die Bereitstellung von Gründungskapital;
- operative Unterstützung, um ihren Geschäftsbetrieb sicherzustellen;
- die Gewährung von Performancegarantien für die strukturierten Einheiten.

Die Deutsche Bank wird als Sponsor einer strukturierten Einheit angesehen, wenn Marktteilnehmer die Einheit begründeterweise mit dem Konzern verbinden. Die Verwendung des Namens Deutsche Bank für die strukturierte Einheit zeigt, dass die Deutsche Bank als Sponsor agierte.

Die Bruttoerträge von gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Einheiten zum 31. Dezember 2013 betragen 527 Mio €. Fälle, in denen der Konzern keine Anteile an nicht konsolidierten gesponserten strukturierten Einheiten hat, umfasst Einheiten, bei denen Gründungskapital oder Finanzierungen gegenüber strukturierten Einheiten während des Jahres bereits voll an den Konzern zurückgezahlt wurden. Dieser Betrag berücksichtigt nicht Auswirkungen von Sicherungsbeziehungen. Er wird in der Position „Nettogewinne/-verluste von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ ausgewiesen. Die Buchwerte der auf gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragenen Vermögenswerte betragen 3,2 Mrd € in Verbriefungen und 3,7 Mrd € in Repackaging- und Investmentgesellschaften.

41 – Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2013			31.12.2012		
	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.581	-67	4.514	4.654	-73	4.581
Investmentverträge	8.067	0	8.067	7.732	0	7.732
Insgesamt	12.648	-67	12.581	12.386	-73	12.313

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2013		2012	
	Versicherungs- verträge	Investment- verträge	Versicherungs- verträge	Investment- verträge
Buchwert am Jahresanfang	4.654	7.732	4.706	7.426
Zugänge	205	52	230	153
Inanspruchnahmen	- 485	- 589	- 502	- 646
Sonstige Veränderungen	306	1.023	94	617
Wechselkursveränderungen	- 99	- 151	126	182
Buchwert am Jahresende	4.581	8.067	4.654	7.732

Die Sonstigen Veränderungen der Vermögenswerte in Investmentverträgen in Höhe von 1.023 Mio € im Geschäftsjahr 2013 (2012: 617 Mio €) gehen hauptsächlich auf Marktwertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte zurück.

Zum 31. Dezember 2013 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,6 Mrd €. Davon entfielen 2,4 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,8 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 397 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen. Die garantierte Rentenzahlung gibt dem Versicherungsnehmer bei Renteneintritt die Option, eine zum Vertragsbeginn festgelegte Rentenzahlung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindlichkeit für fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierter Rentenhöhe in Höhe von 397 Mio € gliedert sich in 288 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 109 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen. Die Rückstellung berechnet sich aus der Differenz der vertraglich vereinbarten und der erwarteten Rückzahlungsrate, der Höhe der fondsgebundenen Verbindlichkeit und der Annahme der Inanspruchnahme.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,7 Mrd €. Davon entfielen 2,4 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,8 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 428 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen (gegliedert in 300 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 128 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Zahlungsströme wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Zahlungsströme verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert.

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung basiert zu 100 % auf Tabellen der Continuous Mortality Investigation 2013, wobei von einer Erhöhung von maximal 1 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2013 und 2012 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 67 % in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Bei Erwerb eines Versicherungsgeschäfts wird der Überschuss des Kaufpreises über den Anteil des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme der berichteten Verbindlichkeit zum Zeitpunkt des Erwerbs. Dies entspricht dem Wert des erworbenen Geschäftes („VOBA“).

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird mit der Rate berücksichtigt, welche die Besonderheiten des erworbenen Geschäfts und den erwarteten Wertverzehr widerspiegelt. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderung überprüft, und Abschreibungen werden als Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Die zu erwartende Wertminderung des erworbenen Versicherungsgeschäfts bestimmt sich anhand der Zusammensetzung des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie der erwarteten Veränderungen der zukünftigen Zahlungsströme. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen.

Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis regulatorischer Anforderungen berechnete Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis von bestmöglicher Schätzung neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden

die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2013	2012	2013	2012
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %)¹	- 8	- 10	- 6	- 8
Aufwand (Anstieg um 10 %)	0	- 1	0	- 1
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	10	12	- 144	- 151

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge. Für diese Verträge würde eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegliedert nach ihren Realisierungs- und Erfüllungszeitpunkten

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2013

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2013
	in 2014	nach 2014	
Barreserve	17.155	0	17.155
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.821	163	77.984
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	26.355	1.008	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.818	51	20.870
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	867.731	31.525	899.257
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.561	41.765	48.326
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	3.581	3.581
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	121.566	255.016	376.582
Sachanlagen	0	4.420	4.420
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	13.932	13.932
Sonstige Aktiva	106.737	5.803	112.539
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.098	224	2.322
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.246.842	357.487	1.604.330
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.071
Summe der Aktiva			1.611.400

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2013
	in 2014	nach 2014	
Einlagen	503.976	23.773	527.750
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	13.381	0	13.381
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.106	198	2.304
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	620.172	17.232	637.404
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59.767	0	59.767
Sonstige Passiva	161.239	2.356	163.595
Rückstellungen	4.524	0	4.524
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	870	730	1.600
Langfristige Verbindlichkeiten	31.365	101.718	133.082
Hybride Kapitalinstrumente	5.190	6.736	11.926
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.402.591	152.743	1.555.333
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.101
Summe der Verbindlichkeiten			1.556.434

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2012

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2012
	in 2013	nach 2013	
Barreserve	27.877	0	27.877
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	120.377	260	120.637
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	36.451	119	36.570
Forderungen aus Wertpapierleihen	23.917	96	24.013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.180.933	28.906	1.209.839
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	9.269	40.131	49.400
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	3.577	3.577
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	125.446	271.931	397.377
Sachanlagen	0	4.963	4.963
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	14.219	14.219
Sonstige Aktiva	111.842	11.860	123.702
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.124	265	2.389
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.638.236	376.327	2.014.563
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.712
Summe der Aktiva			2.022.275

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2012
	in 2013	nach 2013	
Einlagen	544.945	32.265	577.210
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	36.144	0	36.144
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.133	33	3.166
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	907.132	18.062	925.193
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	69.661	0	69.661
Sonstige Passiva	173.537	5.562	179.099
Rückstellungen	5.110	0	5.110
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	962	627	1.589
Langfristige Verbindlichkeiten	39.919	117.406	157.325
Hybride Kapitalinstrumente	4.707	7.384	12.091
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.785.251	181.338	1.966.589
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.447
Summe der Verbindlichkeiten			1.968.035

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns enthalten.

44 –

Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Personalaufwand

in Mio €	2013	2012 ¹
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	10.406	11.398
Soziale Abgaben	1.923	2.092
davon: für Altersversorgung	615	642
Insgesamt	12.329	13.940

¹ Vergleichszahlen für 2012 sind aufgrund der Anforderungen des IAS 19R korrigiert worden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 97.991 (2012: 100.380), darunter befanden sich 43.488 (2012: 44.047) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.323 (2012: 53.236) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Im Jahr 2012 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 36.890.500 € (2012: 23.681.498 €), davon entfielen 24.947.250 € (2012 12.678.563 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2012 31.933.691 € (2012: 27.406.637 €) gezahlt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 beschlossen, gültig ab 1. Januar 2013. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung. Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-fache dieses Betrages. Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen gezahlt. Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt gemäß den Regelungen in der Satzung in Aktien der Gesellschaft umgerechnet (virtuelle Aktien). Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablauf einer Bestellungsperiode folgenden Jahres gemäß den Regelungen in der Satzung vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Bei unterjährigem Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abbrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 betrug 3.862.500 €, von der gemäß den Regelungen in der Satzung 2.912.635 € im Februar 2014 ausgezahlt wurden.

Für das Geschäftsjahr 2012 galten für die Vergütung des Aufsichtsrats folgende Regelungen: Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Januar 2013 für ihre Tätigkeit im Jahr 2012 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder. Eine an den langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie dividendenabhängige Vergütung wurden für das Jahr 2012 nicht gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt für das Geschäftsjahr 2012 eine Gesamtvergütung von 2.335.000 €.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2013 insgesamt 200.878.857 € (2012: 214.572.881 €).

Am 31. Dezember 2013 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.646.301 € (2012: 2.926.223 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.010.814 € (2012: 4.435.782 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2013 Kredite in Höhe von 1.798.525 € zurück.

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/entsprechenserklaerungen.htm publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Vom Abschlussprüfer abgerechnete Honorare nach Kategorien

Kategorie in Mio €	2013	2012
Prüfungshonorare	55	50
davon an KPMG AG	31	25
Honorare für prüfungsnahе Dienstleistungen	16	19
davon an KPMG AG	12	12
Honorare für Steuerberatung	8	7
davon an KPMG AG	2	3
Sonstige Honorare	0	1
davon an KPMG AG	0	0
Summe der Honorare¹	79	76

¹ Einzelpositionen wegen Rundungen nicht zur Summe addierbar.

45 – Anteilsbesitz

469	Verbundene Unternehmen
483	Strukturierte Gesellschaften
493	Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen
496	Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden
501	Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte über- schreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

1	Spezialfonds.
2	Control-Verhältnis.
3	Die Gesellschaft hat von der Befreiung gemäß § 264b HGB Gebrauch gemacht.
4	Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
5	Bestehend aus 789 eigenständigen Trusts (nur abweichend in Nummer/Laufzeit), die kommunale Schuldverschreibungen kaufen und hierfür Short Puttable Exempt Adjusted Receipts (SPEARs) und Long Inverse Floating Exempt Receipts (LIFERs) ausgeben, die dann an Investoren verkauft werden.
6	Control-Verhältnis über geschäftsführenden Komplementär.
7	Kein Control-Verhältnis
8	Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
9	Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
10	Nach IFRS als nicht zu konsolidierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
11	Kein signifikanter Einfluss.
12	Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
13	Nicht nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung, sondern mit beizulegendem Zeitwert (Fair Value) bewertet.

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		
2	Abbey Life Assurance Company Limited	London		100,0
3	Abbey Life Trust Securities Limited	London		100,0
4	Abbey Life Trustee Services Limited	London		100,0
5	ABFS I Incorporated	Baltimore		100,0
6	ABS Leasing Services Company	Chicago		100,0
7	ABS MB Ltd.	Baltimore		100,0
8	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		100,0
9	Agripower Buddosò Società Agricola a Responsabilità Limitata	Pesaro		100,0
10	Airport Club für International Executives GmbH	Frankfurt		84,0
11	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		100,0
12	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		100,0
13	Alex. Brown Management Services, Inc.	Baltimore		100,0
14	Alfred Herrhausen Gesellschaft – Das internationale Forum der Deutschen Bank – mbH	Berlin		100,0
15	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		100,0
16	Apexel LLC	Wilmington		100,0
17	Argent Incorporated	Baltimore		100,0
18	Autumn Leasing Limited	London		100,0
19	Avatar Finance	Georgetown		100,0
20	AWM Luxembourg SICAV-SIF	Luxemburg		100,0
21	AXOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
22	B.T. Vordertaunus (Luxemburg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
23	B.T.I. Investments	London		100,0
24	BAG	Frankfurt	1	100,0
25	Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
26	Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
27	Bainsec Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
28	Bankers International Corporation	New York		100,0
29	Bankers International Corporation (Brasil) Ltda.	São Paulo		100,0
30	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
31	Bankers Trust International Limited	London		100,0
32	Bankers Trust Investments Limited	London		100,0
33	Bankers Trust Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
34	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		100,0
35	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati-Stadt		100,0
36	Beachwood Properties Corp.	Wilmington	2	0,0
37	Bebek Varlık Yönetim A.S.	Istanbul		100,0
38	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		100,0
39	Bfl-Beteiligungsgesellschaft für Industrierwerte mbH	Frankfurt		100,0
40	BHF Club Deal GmbH	Frankfurt		100,0
41	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
42	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. am Kaiserlei OHG	Frankfurt		100,0
43	BHF Immobilien-GmbH	Frankfurt		100,0
44	BHF Lux Immo S.A.	Luxemburg		100,0
45	BHF Private Equity Management GmbH	Frankfurt		100,0
46	BHF Private Equity Treuhand- und Beratungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
47	BHF Trust Management Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH	Frankfurt		100,0
48	BHF Zurich Family Office AG	Zürich		100,0
49	BHF-BANK (Schweiz) AG	Zürich		100,0
50	BHF-BANK Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
51	BHF-BANK International S.A.	Luxemburg		100,0
52	BHF-Betriebservice GmbH	Frankfurt		100,0
53	BHW – Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		100,0
54	BHW – Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	Hameln		100,0
55	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		100,0
56	BHW Eurofinance B.V. in liquidation	Amheim		100,0
57	BHW Financial Srl in liquidazione	Verona		100,0
58	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln		100,0
59	BHW Holding AG	Hameln		100,0
60	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		100,0
61	BHW Kreditservice GmbH	Hameln		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
62	BHW-Immobilien GmbH	Hameln		100,0
63	Billboard Partners L.P.	Georgetown		99,9
64	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
65	Blue Cork, Inc.	Wilmington		100,0
66	Blue Ridge CLO Holding Company LLC	Wilmington		100,0
67	Bluewater Creek Management Co.	Wilmington		100,0
68	BNA Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
69	Bonsai Investment AG	Frauenfeld		100,0
70	Borfield S.A.	Montevideo		100,0
71	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko-Stadt		100,0
72	BT Commercial Corporation	Wilmington		100,0
73	BT CTAG Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
74	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0
75	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		100,0
76	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		100,0
77	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
78	BT Muritz GmbH	Eschborn		100,0
79	BT Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
80	BT Opera Trading S.A.	Paris		100,0
81	BT Sable, L.L.C.	Wilmington		100,0
82	BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
83	BTAS Cayman GP	Georgetown		100,0
84	BTD Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
85	BTVR Investments No. 1 Limited	St. Helier		100,0
86	Buxtal Pty. Limited	Sydney		100,0
87	C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		100,0
88	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		100,0
89	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		100,0
90	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		100,0
91	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
92	3160343 Canada Inc.	Toronto		100,0
93	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	2	0,0
94	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		100,0
95	CapeSuccess Inc.	Wilmington		100,0
96	CapeSuccess LLC	Wilmington		82,6
97	Cardales UK Limited	London		100,0
98	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		100,0
99	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		100,0
100	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		100,0
101	Career Blazers LLC	Wilmington		100,0
102	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		100,0
103	Career Blazers New York, Inc.	Albany		100,0
104	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		100,0
105	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		100,0
106	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		100,0
107	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		100,0
108	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	2	0,0
109	Cashforce International Credit Support B.V.	Rotterdam		100,0
110	Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		87,5
111	Castor LLC	Wilmington	2	0,0
112	Cathay Advisory (Beijing) Company Ltd	Peking		100,0
113	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		100,0
114	Cathay Capital Company (No. 2) Limited	Port Louis		67,6
115	CBI NY Training, Inc.	Albany		100,0
116	Centennial River 1 Inc.	Denver		100,0
117	Centennial River 2 Inc.	Austin		100,0
118	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		100,0
119	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		100,0
120	Centennial River Corporation	Wilmington		100,0
121	Channel Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
122	Cinda – DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	2	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
123	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
124	Civic Investments Limited	St. Helier		100,0
125	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		100,0
126	Coronus L.P.	St. Helier		100,0
127	CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		100,0
128	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		100,0
129	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
130	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited	London		100,0
131	D F Japan Godo Kaisha	Tokio		100,0
132	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0
133	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
134	DAHOC (UK) Limited	London		100,0
135	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
136	DB (Gibraltar) Holdings Limited	Gibraltar		100,0
137	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
138	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
139	DB (Pacific) Limited	Wilmington		100,0
140	DB (Pacific) Limited, New York	New York		100,0
141	DB (Tip Top) Limited Partnership	Toronto		99,9
142	DB Abalone LLC	Wilmington		100,0
143	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0
144	DB Alps Corporation	Wilmington		100,0
145	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		100,0
146	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0
147	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
148	DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		100,0
149	DB Boracay LLC	Wilmington		100,0
150	DB Broker GmbH	Frankfurt		100,0
151	DB Canada GIPF – I Corp.	Calgary		100,0
152	DB CAPAM GmbH	Köln		100,0
153	DB Capital Management, Inc.	Wilmington		100,0
154	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		100,0
155	DB Capital Markets Asset Management Holding GmbH	Frankfurt		100,0
156	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		99,7
157	DB Capital Partners (Europe) 2000 – A Founder Partner LP	Wilmington	2	0,0
158	DB Capital Partners (Europe) 2000 – B Founder Partner LP	Wilmington	2	0,0
159	DB Capital Partners Asia G.P. Limited	Georgetown		100,0
160	DB Capital Partners Europe 2002 Founder Partner LP	Wilmington	2	0,0
161	DB Capital Partners General Partner Limited	London		100,0
162	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		100,0
163	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		100,0
164	DB Capital Partners, Latin America, L.P.	Georgetown		80,2
165	DB Capital, Inc.	Wilmington		100,0
166	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0
167	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		100,0
168	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		100,0
169	DB Commodity Services LLC	Wilmington		100,0
170	DB Consortium S. Cons. a r.l. in liquidazione	Mailand		100,0
171	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		100,0
172	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
173	DB Crest Limited	St. Helier		100,0
174	DB Delaware Holdings (Europe) LLC	Wilmington		100,0
175	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London		100,0
176	DB Depositor Inc.	Wilmington		100,0
177	DB Energy Commodities Limited	London		100,0
178	DB Energy Trading LLC	Wilmington		100,0
179	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		100,0
180	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		100,0
181	DB Enterprise GmbH	Lützen-Gostau		100,0
182	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Lützen-Gostau	3	100,0
183	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
184	DB Equity Limited	London		100,0
185	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		100,0
186	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		100,0
187	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0
188	DB Finance International GmbH	Eschborn		100,0
189	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
190	DB Fund Services LLC	Wilmington		100,0
191	DB Funding LLC #4	Wilmington		100,0
192	DB Funding LLC #5	Wilmington		100,0
193	DB Funding LLC #6	Wilmington		100,0
194	DB Global Technology SRL	Bukarest		100,0
195	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0
196	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0
197	DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0
198	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		100,0
199	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		100,0
200	DB iCON Investments Limited	London		100,0
201	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		100,0
202	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen-Gostau	3	100,0
203	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen-Gostau		100,0
204	DB Infrastructure Holdings (UK) No. 3 Limited	London		100,0
205	DB Intermezzo LLC	Wilmington		100,0
206	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0
207	DB International Investments Limited	London		100,0
208	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0
209	DB Investment Management, Inc.	Wilmington		100,0
210	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		100,0
211	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
212	DB Investment Services GmbH	Frankfurt		100,0
213	DB Investment Services Holding GmbH	Frankfurt		100,0
214	DB Investments (GB) Limited	London		100,0
215	DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0
216	DB Jasmine (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
217	DB Kredit Service GmbH	Berlin		100,0
218	DB Leasing Services GmbH	Frankfurt		100,0
219	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0
220	DB Managers, LLC	West Trenton		100,0
221	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		100,0
222	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		100,0
223	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		100,0
224	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		100,0
225	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
226	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
227	DB Omega Ltd.	Georgetown		100,0
228	DB Omega S.C.S.	Luxemburg		100,0
229	DB Operaciones y Servicios Interactivos, A.I.E.	Barcelona		99,9
230	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
231	DB Overseas Holdings Limited	London		100,0
232	DB Partnership Management II, LLC	Wilmington		100,0
233	DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		100,0
234	DB PEP V	Luxemburg	2	0,2
235	DB PEP V GmbH & Co. KG	Köln		100,0
236	DB Platinum Advisors	Luxemburg		100,0
237	DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		100,0
238	DB Print GmbH	Frankfurt		100,0
239	DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0
240	DB Private Equity GmbH	Köln		100,0
241	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		100,0
242	DB Private Equity Treuhand GmbH	Köln		100,0
243	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0
244	DB PWM Collective Management Limited	Liverpool		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
245	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		100,0
246	DB Rail Trading (UK) Limited	London		100,0
247	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0
248	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		100,0
249	DB Risk Center GmbH	Berlin		100,0
250	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		100,0
251	DB Road (UK) Limited	Georgetown		100,0
252	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		100,0
253	DB Securities S.A.	Warschau		100,0
254	DB Securities Services NJ Inc.	New York		100,0
255	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0
256	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		100,0
257	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0
258	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		100,0
259	DB Servicios México, S.A. de C.V.	Mexiko-Stadt		100,0
260	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0
261	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati-Stadt		100,0
262	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0
263	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0
264	DB Trips Investments Limited	Georgetown	2	0,0
265	DB Trust Company Limited Japan	Tokio		100,0
266	DB Trustee Services Limited	London		100,0
267	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
268	DB U.K. Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
269	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0
270	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		100,0
271	DB UK Australia Holdings Limited	London		100,0
272	DB UK Bank Limited	London		100,0
273	DB UK Holdings Limited	London		100,0
274	DB UK PCAM Holdings Limited	London		100,0
275	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0
276	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0
277	DB Vanquish (UK) Limited	London		100,0
278	DB Vantage (UK) Limited	London		100,0
279	DB Vantage No. 2 (UK) Limited	London		100,0
280	DB Vita S.A.	Luxemburg		75,0
281	db x-trackers Holdings (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
282	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		100,0
283	DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0
284	DBAS Cayman Holdings 2 Limited	Georgetown	2	0,0
285	DBC Continuance Inc.	Toronto		100,0
286	DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
287	DBCIBZ1	Georgetown		100,0
288	DBCIBZ2	Georgetown		100,0
289	DBD Pilgrim America Corp.	Wilmington		100,0
290	DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0
291	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
292	DBIGB Finance (No. 2) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
293	DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		100,0
294	DBNZ Overseas Investments (No. 1) Limited	Georgetown		100,0
295	DBOI Global Services (UK) Limited	London		100,0
296	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		100,0
297	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		100,0
298	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		100,0
299	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0
300	DBRMSGP1	Georgetown		100,0
301	DBRMSGP2	Georgetown		100,0
302	DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		100,0
303	DBUKH Finance Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
304	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		100,0
305	DBUSBZ2, LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
306	DBVR Investments No. 3 Ltd.	Wilmington		100,0
307	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0
308	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		100,0
309	dbX-Asian Long/Short Equity 3 Fund	St. Helier	1	100,0
310	dbX-Commodity 1 Fund	St. Helier	1	100,0
311	dbX-Convertible Arbitrage 11 Fund	St. Helier	1	100,0
312	dbX-Convertible Arbitrage 13 Fund	St. Helier	1	86,2
313	dbX-Credit 2 Fund	St. Helier	1	100,0
314	dbX-Credit 3 Fund	St. Helier	1	98,2
315	dbX-CTA 11 Fund	St. Helier	1	98,9
316	dbX-CTA 14 Fund	St. Helier	1	100,0
317	dbX-CTA 16 Fund	St. Helier	1	98,1
318	dbX-CTA 17B_37 Fund	St. Helier	1	100,0
319	dbX-CTA 18 Fund	St. Helier	1	99,2
320	dbX-CTA 19 Fund	St. Helier	1	100,0
321	dbX-CTA 2 Fund	St. Helier	1	99,2
322	dbX-CTA 7 Fund	St. Helier	1	98,8
323	dbX-CTA 9 Fund	St. Helier	1	100,0
324	dbX-European Long/Short Equity 7 Fund	St. Helier	1	99,0
325	dbX-Event Driven 1 Fund	St. Helier	1	100,0
326	dbX-Global Long/Short Equity 10 (Sabre)	St. Helier	1	99,0
327	dbX-Global Long/Short Equity 8 (Pyramis)	St. Helier	1	99,1
328	dbX-Global Long/Short Equity 9 Fund	St. Helier	1	100,0
329	dbX-Global Macro 9 Fund	St. Helier	1	98,8
330	dbX-High Yield 1 Fund	St. Helier	1	100,0
331	dbX-Japan Long/Short Equity 4 (AlphaGen Hokuto)	St. Helier	1	97,9
332	dbX-Risk Arbitrage 1 Fund	St. Helier	1	100,0
333	dbX-Risk Arbitrage 10 Fund	St. Helier	1	99,5
334	dbX-Risk Arbitrage 6 Fund	St. Helier	1	96,7
335	dbX-Risk Arbitrage 9 Fund	St. Helier	1	99,3
336	dbX-US Long/Short Equity 13 Fund	St. Helier	1	100,0
337	dbX-US Long/Short Equity 9 Fund	St. Helier	1	99,3
338	DCAPF Pte. Ltd.	Singapur		100,0
339	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		100,0
340	DeAM Infrastructure Limited	London		100,0
341	DeAWM Fixed Maturity	Luxemburg		100,0
342	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		100,0
343	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		100,0
344	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
345	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko-Stadt		100,0
346	DEUFAN Beteiligungsg. GmbH	Frankfurt		100,0
347	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0
348	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0
349	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0
350	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0
351	Deutsche Aeolia Power Production S.A.	Athen		80,0
352	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		100,0
353	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		100,0
354	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0
355	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		100,0
356	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0
357	Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH	Frankfurt		100,0
358	Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Frankfurt		100,0
359	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		100,0
360	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
361	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0
362	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		100,0
363	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0
364	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		100,0
365	Deutsche Asset Management Canada Limited	Toronto		100,0
366	Deutsche Asset Management Group Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
367	Deutsche Asset Management Schweiz	Zürich		100,0
368	Deutsche Auskunftei Service GmbH	Hamburg		100,0
369	Deutsche Australia Limited	Sydney		100,0
370	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
371	DEUTSCHE BANK (CHILE) S.A.	Santiago		100,0
372	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0
373	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0
374	Deutsche Bank (Malta) Ltd	St. Julians		100,0
375	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
376	Deutsche Bank (Peru) S.A.	Lima		100,0
377	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0
378	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0
379	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0
380	Deutsche Bank Americas Finance LLC	Wilmington		100,0
381	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0
382	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
383	Deutsche Bank Capital Markets S.r.l.	Mailand		100,0
384	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	São Paulo		100,0
385	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		100,0
386	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		100,0
387	Deutsche Bank Financial LLC	Wilmington		100,0
388	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
389	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		100,0
390	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		100,0
391	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		100,0
392	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
393	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		100,0
394	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
395	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
396	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0
397	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko-Stadt		100,0
398	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0
399	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		100,0
400	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
401	Deutsche Bank PBC Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
402	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
403	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
404	Deutsche Bank Real Estate (Japan) Y.K.	Tokio		100,0
405	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	New York		100,0
406	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		100,0
407	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão	São Paulo		100,0
408	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0
409	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0
410	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
411	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,8
412	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0
413	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0
414	Deutsche Bank Trust Company New Jersey Ltd.	Jersey City		100,0
415	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0
416	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0
417	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
418	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		100,0
419	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		99,8
420	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0
421	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
422	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0
423	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		100,0
424	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		100,0
425	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		100,0
426	Deutsche Climate Change Fixed Income QP Trust	Salem	2	0,0
427	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		95,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
428	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		100,0
429	Deutsche Custody Global B.V.	Amsterdam		100,0
430	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0
431	Deutsche Custody Nederland B.V.	Amsterdam		100,0
432	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0
433	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		99,9
434	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0
435	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		60,0
436	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		100,0
437	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		100,0
438	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		100,0
439	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		100,0
440	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		100,0
441	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		100,0
442	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		100,0
443	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited	London		100,0
444	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0
445	Deutsche Friedland	Paris		100,0
446	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		100,0
447	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		100,0
448	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0
449	Deutsche Group Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
450	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0
451	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
452	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mbH & Co Löwenstein Palais	Frankfurt		100,0
453	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		99,8
454	Deutsche Haussmann, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
455	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		100,0
456	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0
457	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	St. Julians		100,0
458	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
459	Deutsche Holdings Limited	London		100,0
460	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		100,0
461	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		100,0
462	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		100,0
463	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		100,0
464	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0
465	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		100,0
466	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0
467	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		100,0
468	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		100,0
469	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		100,0
470	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		100,0
471	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
472	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		100,0
473	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		100,0
474	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		100,0
475	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		100,0
476	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		100,0
477	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0
478	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0
479	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		100,0
480	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0
481	Deutsche Long Duration Government/Credit QP Trust	Salem	2	0,0
482	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		100,0
483	Deutsche Mandatos S.A.	Buenos Aires		100,0
484	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		100,0
485	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		100,0
486	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		100,0
487	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0
488	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
489	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		100,0
490	Deutsche Nominees Limited	London		100,0
491	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn		100,0
492	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0
493	Deutsche Postbank AG	Bonn		94,1
494	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schuttrange		100,0
495	Deutsche Postbank International S.A.	Schuttrange		100,0
496	Deutsche Private Asset Management Limited	London		100,0
497	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu-Delhi		100,0
498	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		100,0
499	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		97,1
500	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		97,1
501	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0
502	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		100,0
503	Deutsche Securities Corredores de Bolsa Spa	Santiago		100,0
504	Deutsche Securities Inc.	Tokio		100,0
505	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0
506	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0
507	Deutsche Securities Limited	Hongkong		100,0
508	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		100,0
509	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		100,0
510	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		100,0
511	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		100,0
512	Deutsche Securities Sociedad de Bolsa S.A.	Buenos Aires		100,0
513	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		100,0
514	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko-Stadt		100,0
515	Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		100,0
516	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		100,0
517	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		100,0
518	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0
519	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0
520	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0
521	Deutsche Ultra Core Fixed Income QP Trust	Salem	2	0,0
522	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0
523	DFC Residual Corp.	Carson City		100,0
524	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
525	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
526	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
527	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		100,0
528	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
529	DIV Holding GmbH	Lützen-Gostau		100,0
530	DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		100,0
531	DMJV	New York	2	0,0
532	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
533	Drolla GmbH	Frankfurt		100,0
534	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		100,0
535	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
536	DTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
537	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		99,5
538	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0
539	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0
540	DWS Investments Distributors, Inc.	Wilmington		100,0
541	DWS Investments Service Company	Wilmington		100,0
542	DWS RREEF Real Estate Securities Income Fund	New York		100,0
543	DWS Trust Company	Salem		100,0
544	easyhyp GmbH	Hameln		100,0
545	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG	Hamburg		65,2
546	EDORA Funding GmbH	Frankfurt		100,0
547	Elba Finance GmbH	Eschborn		100,0
548	ELBI Funding GmbH	Frankfurt		100,0
549	ELDO ACHTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
550	ELDO ERSTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
551	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		100,0
552	Elizabethan Management Limited	Georgetown		100,0
553	Equipment Management Services LLC	Wilmington		100,0
554	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	2	0,0
555	Evergreen Amsterdam Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
556	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
557	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		100,0
558	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		100,0
559	Exinor SA	Bastogne		100,0
560	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	Köln		100,0
561	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
562	Farezo I, S. de R.L. de C.V.	Mexiko-Stadt		100,0
563	Farezo II, S. de R.L. de C.V.	Mexiko-Stadt		100,0
564	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko-Stadt		100,0
565	Fenix Mercury 1 S. de R.L. de C.V.	Mexiko-Stadt		60,0
566	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		100,0
567	Filaine, Inc.	Wilmington	2	0,0
568	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		100,0
569	Firstee Investments LLC	Wilmington		100,0
570	Fondo de Inversión Privado NPL Fund Two	Santiago	1	70,0
571	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		100,0
572	Frankfurt Family Office GmbH	Frankfurt		100,0
573	Frankfurt Finanz-Software GmbH	Frankfurt		100,0
574	FRANKFURT-TRUST Invest Luxemburg AG	Luxemburg		100,0
575	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
576	Frankfurter Beteiligungs-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
577	Frankfurter Vermögens-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
578	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
579	Funds Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
580	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG	Bad Homburg		74,0
581	G Finance Holding Corp.	Wilmington		100,0
582	GbR Goethestraße	Köln		94,0
583	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		100,0
584	German Access LLP	London		100,0
585	German American Capital Corporation	Baltimore		100,0
586	Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		100,0
587	Greenwood Properties Corp.	New York	2	0,0
588	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		94,9
589	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		100,0
590	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		59,7
591	Gulara Pty Ltd	Sydney		100,0
592	GUO Mao International Hotels B.V.	Amsterdam		100,0
593	Hac Investments Ltd.	Wilmington		100,0
594	HAC Investments Portugal – Serviços de Consultadoria e Gestao Ltda.	Lissabon		100,0
595	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		95,0
596	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		100,0
597	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		100,0
598	Hudson GmbH	Eschborn		100,0
599	Hypotheken-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
600	IC Chicago Associates LLC	Wilmington	2	0,0
601	IFN Finance N.V.	Antwerpen		100,0
602	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
603	Imodan Limited	Port Louis		100,0
604	Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
605	International Operator Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
606	IOS Finance EFC, S.A.	Barcelona		100,0
607	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
608	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
609	IVAF II Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
610	Izumo Capital YK	Tokio		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
611	JADE Residential Property AG	Eschborn		100,0
612	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
613	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0
614	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		100,0
615	KHP Knüppe, Huntebrinker & Co. GmbH	Osnabrück		100,0
616	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0
617	Kingfisher (Ontario) LP	Toronto		100,0
618	Kingfisher Holdings I (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
619	Kingfisher Holdings II (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
620	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		100,0
621	Klöckner Industriebeteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
622	Konsul Inkasso GmbH	Essen		100,0
623	Kradavim UK Lease Holdings Limited	London		100,0
624	Kunshan RREEF Equity Investment Fund Management Co. Ltd.	Kunshan		100,0
625	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0
626	Lammermuir Leasing Limited	London		100,0
627	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0
628	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0
629	Legacy Reinsurance, LLC	Burlington		100,0
630	Liegenschaft Hainstraße GbR	Frankfurt	2	0,0
631	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		100,0
632	Luxembourg Family Office S.A.	Luxemburg		100,0
633	LWC Nominees Limited	Auckland		100,0
634	MAC Investments Ltd.	Georgetown		100,0
635	Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		100,0
636	Maher Chassis Management LLC	Wilmington		100,0
637	Maher Terminals Holding Corp.	Toronto		100,0
638	Maher Terminals LLC	Wilmington		100,0
639	Maher Terminals Logistics Systems LLC	Wilmington		100,0
640	Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		100,0
641	Maritime Indemnity Insurance Co. Ltd.	Hamilton		100,0
642	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		100,0
643	Mayfair Center, Inc.	Wilmington		100,0
644	MEF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
645	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		62,0
646	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		100,0
647	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0
648	„modernes Frankfurt“ private Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH i.L.	Frankfurt		100,0
649	Morgan Grenfell & Co. Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
650	Morgan Grenfell Development Capital Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
651	Morgan Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
652	Mortgage Trading (UK) Limited	London		100,0
653	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0
654	MortgageIT, Inc.	New York		100,0
655	Mountain Recovery Fund I Y.K.	Tokio		100,0
656	MRF2 Y.K.	Tokio		100,0
657	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		100,0
658	Navegator – SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0
659	NCKR, LLC	Wilmington		100,0
660	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		100,0
661	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		100,0
662	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		100,0
663	Nevada Property 1 LLC	Wilmington		100,0
664	Nevada Restaurant Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
665	Nevada Retail Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
666	NIDDA Grundstücks- und Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
667	Nordwestdeutscher Wohnungsbauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
668	norisbank GmbH	Berlin		100,0
669	North American Income Fund PLC	Dublin		67,3
670	Novelties Distribution LLC	Wilmington		100,0
671	O.F. Finance, LLC	Wilmington		53,6

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
672	Office Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
673	OOO „Deutsche Bank“	Moskau		100,0
674	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		100,0
675	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0
676	OPB-Holding GmbH	Köln		100,0
677	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		100,0
678	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0
679	OPB-Quarta GmbH	Köln		100,0
680	OPB-Quinta GmbH	Köln		100,0
681	OPB-Septima GmbH	Köln		100,0
682	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		100,0
683	OPPENHEIM Beteiligungs-Treuhand GmbH	Köln		100,0
684	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0
685	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		100,0
686	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		83,3
687	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		100,0
688	OPPENHEIM Internet Fonds Manager GmbH i. L.	Köln		100,0
689	Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
690	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		100,0
691	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
692	OPS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
693	OVT Trust 1 GmbH	Köln		100,0
694	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
695	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
696	Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
697	PB (USA) Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
698	PB Capital Corporation	Wilmington		100,0
699	PB Factoring GmbH	Bonn		100,0
700	PB Firmenkunden AG	Bonn		100,0
701	PB Sechste Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
702	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		98,5
703	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt		100,0
704	PBC Carnegie, LLC	Wilmington	2	0,0
705	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt		100,0
706	PEIF II (Manager) Limited	St. Helier		100,0
707	Pelleport Investors, Inc.	New York		100,0
708	Pembol Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
709	Percy Limited	Gibraltar		100,0
710	PHARMA/wHEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		99,9
711	Phoebus Investments LP	Wilmington		100,0
712	Pilgrim Financial Services LLP	Wilmington		100,0
713	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0
714	Pollus L.P.	St. Helier		100,0
715	Polydeuce LLC	Wilmington		100,0
716	Portos N.V.	Amsterdam		100,0
717	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		100,0
718	Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
719	Postbank Direkt GmbH	Bonn		100,0
720	Postbank Filial GmbH	Bonn		100,0
721	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		100,0
722	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		100,0
723	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		100,0
724	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		90,0
725	Postbank Leasing GmbH	Bonn		100,0
726	Postbank P.O.S. Transact GmbH	Eschborn		100,0
727	Postbank Service GmbH	Essen		100,0
728	Postbank Systems AG	Bonn		100,0
729	Postbank Versicherungsvermittlung GmbH	Bonn		100,0
730	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		100,0
731	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		100,0
732	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
733	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		100,0
734	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		100,0
735	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		51,0
736	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		80,2
737	PT. Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		99,0
738	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“	Kiew		100,0
739	Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		100,0
740	R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0
741	registrar services GmbH	Eschborn		100,0
742	Regula Limited	Road Town		100,0
743	REIB Europe Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
744	REIB International Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
745	Rimvalley Limited	Dublin		100,0
746	RMS Investments (Cayman)	Georgetown		100,0
747	RoCal, L.L.C.	Wilmington		100,0
748	RoCalwest, Inc.	Wilmington		100,0
749	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0
750	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0
751	Royster Fund Management S.à r.l.	Luxemburg		100,0
752	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0
753	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		100,0
754	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0
755	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0
756	RREEF Investment GmbH	Frankfurt		99,9
757	RREEF Management GmbH	Frankfurt		100,0
758	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0
759	RREEF Shanghai Investment Consultancy Company	Schanghai		100,0
760	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt		100,0
761	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
762	Rüd Blass Vermögensverwaltung AG in Liquidation	Zürich		100,0
763	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hameln		100,0
764	Sagamore Limited	London		100,0
765	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
766	Sajima Godo Kaisha	Tokio	2	0,0
767	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		100,0
768	Sal. Oppenheim Boulevard Konrad Adenauer S.à r.l.	Luxemburg		100,0
769	Sal. Oppenheim Corporate Finance North America Holding LLC	Wilmington		100,0
770	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		100,0
771	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		100,0
772	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
773	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		100,0
774	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
775	Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A.	Luxemburg		100,0
776	SALOMON OPPENHEIM GmbH i. L.	Köln		100,0
777	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
778	Schiffsbetriebsgesellschaft Brunswik mit beschränkter Haftung	Hamburg		100,0
779	Service Company Four Limited	Hongkong		100,0
780	Service Company Three Limited	Hongkong		100,0
781	Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0
782	Sherwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
783	Shopready Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
784	Silver Leaf 1 LLC	Wilmington		100,0
785	STC Capital YK	Tokio		100,0
786	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		100,0
787	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington		100,0
788	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
789	TAF 2 Y.K.	Tokio		100,0
790	Tapeorder Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0
791	Taunus Corporation	Wilmington		100,0
792	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt		100,0
793	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
794	Tempurrite Leasing Limited	London		100,0
795	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0
796	The World Markets Company GmbH i. L.	Frankfurt		74,8
797	Tilney (Ireland) Limited (in liquidation)	Dublin		100,0
798	Tilney Asset Management International Limited	St. Peter Port		100,0
799	Tilney Group Limited	Liverpool		100,0
800	Tilney Investment Management	Liverpool		100,0
801	TOKOS GmbH	Lützen-Gostau		100,0
802	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0
803	Trevona Limited	Road Town		100,0
804	Triplereason Limited	London		100,0
805	UDS Capital Y.K.	Tokio		100,0
806	Urbistar Settlement Services, LLC	Harrisburg		100,0
807	US Real Estate Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
808	VCG Venture Capital Fonds III Verwaltungs GmbH	München		100,0
809	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		100,0
810	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG i. L.	München	2	37,0
811	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III Management KG	München	2	26,7
812	VCM MIP III GmbH & Co. KG	Köln		61,0
813	VCM MIP IV GmbH & Co. KG	Köln		61,0
814	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0
815	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
816	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
817	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		100,0
818	Vesta Real Estate S.r.l.	Mailand		100,0
819	VI Resort Holdings, Inc.	New York	2	0,0
820	VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt		100,0
821	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		100,0
822	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
823	WERDA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
824	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
825	Wilmington Trust B6	Wilmington		100,0
826	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		100,0
827	Zürich – Swiss Value AG in Liquidation	Zürich		50,1

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
828	Affordable Housing I LLC	Wilmington		100,0
829	Aggregator Solutions Public Limited Company – Opportunities Fund 2012	Dublin		
830	Allsar Inc.	Wilmington		100,0
831	Almutkirk Limited	Dublin		
832	Andramad Limited	Dublin		
833	Annapolis Funding Trust	Toronto		
834	Apex Fleet Inc.	Wilmington		100,0
835	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		100,0
836	Argentina Capital Protected Investments Limited	Georgetown	4	
837	Asia 1 Tokutei Mokuteki Kaisha	Tokio		
838	Asian Hybrid Investments LLP	Singapur	2	0,0
839	Aspen Funding Corp.	Charlotte		
840	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	4	
841	Asset Repackaging Trust Six B.V.	Amsterdam	4	
842	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		
843	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		
844	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		
845	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		
846	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		0,0
847	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	4	
848	Avizandum Limited	Dublin		
849	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton	4	
850	Axiom Shelter Island LLC	San Diego		100,0
851	Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		100,0
852	Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		100,0
853	Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		100,0
854	Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		100,0
855	Azurix Corp.	Wilmington		100,0
856	Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		100,0
857	BAL Servicing Corporation	Wilmington		100,0
858	Baltics Credit Solutions Latvia SIA	Riga		
859	BHF Verwaltungs-GmbH	Frankfurt		100,0
860	Bleeker Investments Limited	Wilmington		100,0
861	BNP Paribas Flexi III – Fortis Bond Taiwan	Luxemburg		
862	BOB Development SRL	Bukarest		
863	BOC Real Property SRL	Bukarest		
864	Bridge No.1 Pty Limited	Sydney		
865	Broome Investments Limited	Wilmington		100,0
866	BT American Securities (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
867	Canadian Asset Acquisition Trust 2	Toronto	4	
868	Canal New Orleans Holdings LLC	Dover		
869	Canal New Orleans Hotel LLC	Wilmington		
870	Canal New Orleans Mezz LLC	Dover		
871	Capital Access Program Trust	Wilmington		
872	Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington		100,0
873	Castlebay Asia Flexible Fund SICAV-FIS – Taiwan Bond Fund	Luxemburg		
874	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		
875	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		9,5
876	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		
877	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		
878	Cayman Reference Fund Holdings Limited	Georgetown		
879	Cedar Investment Co.	Wilmington		100,0
880	Cepangie Limited	Dublin		
881	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		
882	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxemburg		
883	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		
884	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		100,0
885	China Recovery Fund LLC	Wilmington		85,0
886	CLASS Limited	St. Helier	4	
887	CNS Cayman Holdings One Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
888	Concept Fund Solutions Public Limited Company	Dublin	4	2,5

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
889	Coriolanus Limited	Dublin	4	
890	COUNTS Trust Series 2007 – 3	Newark	4	
891	Crystal CLO, Ltd.	Georgetown		
892	Danube Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
893	Dariconic Limited	Dublin		
894	Dawn-BV II LLC	Wilmington		100,0
895	Dawn-BV LLC	Wilmington		100,0
896	Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		100,0
897	Dawn-G II LLC	Wilmington		100,0
898	Dawn-G LLC	Wilmington		100,0
899	Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		100,0
900	DB (Barbados) SRL	Christ Church		100,0
901	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington	2	0,0
902	DB Aircraft Leasing Master Trust II	Wilmington	2	0,0
903	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		100,0
904	DB Apex (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0
905	DB Apex Finance Limited	St. Julians		90,0
906	DB Apex Management Capital S.C.S.	Luxemburg		100,0
907	DB Apex Management Income S.C.S.	Luxemburg		100,0
908	DB Apex Management Limited	Georgetown		100,0
909	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		100,0
910	DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0
911	DB Aster III, LLC	Wilmington		100,0
912	DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0
913	DB Aster, LLC	Wilmington		100,0
914	DB Capital Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0
915	DB Chambers Limited	Georgetown		100,0
916	DB Clyde, LLC	Wilmington		100,0
917	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0
918	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0
919	DB Dawn, Inc.	Wilmington		100,0
920	DB Elara LLC	Wilmington		100,0
921	DB ESC Corporation	Wilmington		100,0
922	db ETC Index plc	St. Helier	4	
923	db ETC plc	St. Helier	4	
924	DB Gail Finance, Inc.	Wilmington		100,0
925	DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		100,0
926	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Ltd.	Georgetown		100,0
927	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		100,0
928	DB Global Masters Trust	Georgetown	4	
929	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		100,0
930	DB Green, Inc.	New York		100,0
931	DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		100,0
932	DB Horizon, Inc.	Wilmington		100,0
933	DB Hypernova LLC	Wilmington		100,0
934	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Frankfurt		
935	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		74,0
936	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG	Frankfurt		0,2
937	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		
938	DB Impact Investment (GP) Limited	London		100,0
939	DB Infrastructure Holdings (UK) No. 1 Limited	London		100,0
940	DB Infrastructure Holdings (UK) No. 2 Limited	London		100,0
941	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		100,0
942	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		100,0
943	DB Io LP	Wilmington		100,0
944	DB Jasmine Holdings Limited	London		100,0
945	DB Lexington Investments Inc.	Wilmington		100,0
946	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		100,0
947	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0
948	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
949	DB Perry Investments Limited	Wilmington		100,0
950	DB Platinum	Luxemburg	4	3,5
951	DB Platinum II	Luxemburg	4	5,2
952	DB Platinum IV	Luxemburg	4	5,9
953	DB Portfolio Euro Liquidity	Luxemburg		
954	DB Prevision 16, FP	Madrid		
955	DB RC Investments I, LLC	Wilmington		100,0
956	DB Rivington Investments Limited	Georgetown		100,0
957	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		100,0
958	DB STG Lux 3 S.à r.l.	Luxemburg		100,0
959	DB STG Lux 4 S.à r.l.	Luxemburg		100,0
960	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown		100,0
961	DB Warren Investments Limited	Georgetown		100,0
962	db x-trackers	Luxemburg	4	2,7
963	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
964	db x-trackers II	Luxemburg	4	10,7
965	dbInvestor Solutions Public Limited Company	Dublin	4	
966	DBRMS4	Georgetown		100,0
967	DBX ETF Trust	Wilmington	4	
968	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		
969	DeAM Capital Protect 2014	Frankfurt		
970	DeAM Capital Protect 2019	Frankfurt		
971	DeAM Capital Protect 2024	Frankfurt		
972	DeAM Capital Protect 2029	Frankfurt		
973	DeAM Capital Protect 2034	Frankfurt		
974	DeAM Capital Protect 2039	Frankfurt		
975	DeAM Capital Protect 2044	Frankfurt		
976	DeAM Capital Protect 2049	Frankfurt		
977	Deco 17 – Pan Europe 7 Limited	Dublin		
978	Deer River, L.P.	Wilmington		100,0
979	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-3	Wilmington		
980	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-OA5	Wilmington		
981	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		100,0
982	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington	2	0,0
983	Deutsche Bank Capital Funding LLC I	Wilmington		100,0
984	Deutsche Bank Capital Funding LLC IV	Wilmington		100,0
985	Deutsche Bank Capital Funding LLC IX	Wilmington		100,0
986	Deutsche Bank Capital Funding LLC V	Wilmington		100,0
987	Deutsche Bank Capital Funding LLC VI	Wilmington		100,0
988	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		100,0
989	Deutsche Bank Capital Funding LLC VIII	Wilmington		100,0
990	Deutsche Bank Capital Funding LLC X	Wilmington		100,0
991	Deutsche Bank Capital Funding LLC XI	Wilmington		100,0
992	Deutsche Bank Capital Funding Trust I	Newark	2	0,0
993	Deutsche Bank Capital Funding Trust IV	Wilmington	2	0,0
994	Deutsche Bank Capital Funding Trust IX	Wilmington	2	0,0
995	Deutsche Bank Capital Funding Trust V	Wilmington	2	0,0
996	Deutsche Bank Capital Funding Trust VI	Wilmington	2	0,0
997	Deutsche Bank Capital Funding Trust VII	Wilmington	2	0,0
998	Deutsche Bank Capital Funding Trust VIII	Wilmington	2	0,0
999	Deutsche Bank Capital Funding Trust X	Wilmington	2	0,0
1000	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI	Wilmington	2	0,0
1001	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		100,0
1002	Deutsche Bank Capital LLC II	Wilmington		100,0
1003	Deutsche Bank Capital LLC III	Wilmington		100,0
1004	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1005	Deutsche Bank Capital LLC V	Wilmington		100,0
1006	Deutsche Bank Capital Trust I	Newark	2	0,0
1007	Deutsche Bank Capital Trust II	Newark	2	0,0
1008	Deutsche Bank Capital Trust III	Newark	2	0,0
1009	Deutsche Bank Capital Trust IV	Newark	2	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1010	Deutsche Bank Capital Trust V	Newark	2	0,0
1011	Deutsche Bank Contingent Capital LLC I	Wilmington		100,0
1012	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		100,0
1013	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		100,0
1014	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1015	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		100,0
1016	Deutsche Bank Contingent Capital Trust I	Wilmington	2	0,0
1017	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington	2	0,0
1018	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington	2	0,0
1019	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington	2	0,0
1020	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington	2	0,0
1021	Deutsche Bank Luxembourg S.A. – Fiduciary Deposits	Luxemburg	4	
1022	Deutsche Bank Luxembourg S.A. – Fiduciary Note Programme	Luxemburg	4	
1023	Deutsche Bank SPEARS/LIFERs Trusts (DB Series)	Wilmington	5	
1024	Deutsche Colombia S.A.	Bogotá		100,0
1025	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		100,0
1026	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0
1027	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS3	New York		
1028	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS4	New York		
1029	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS5	New York		
1030	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS6	New York		
1031	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2009-RS4	Santa Ana		
1032	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0
1033	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		100,0
1034	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0
1035	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1036	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington	2	0,0
1037	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington	2	0,0
1038	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington	2	0,0
1039	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington	2	0,0
1040	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0
1041	DISKUS Einhundertachtundneunzigste Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Frankfurt		
1042	DJ Williston Swaps LLC	Wilmington		100,0
1043	Dusk II, LLC	Wilmington		100,0
1044	Dusk LLC	Wilmington		100,0
1045	DWS (CH) – Pension Garant 2014	Zürich		
1046	DWS (CH) – Pension Garant 2017	Zürich		
1047	DWS China A-Fund	Luxemburg	4	76,9
1048	DWS Dividende Garant 2016	Luxemburg		
1049	DWS FlexPension I	Luxemburg		
1050	DWS Funds Global Protect 90	Luxemburg		
1051	DWS Garant 80 FPI	Luxemburg		
1052	DWS Garant Top Dividende 2018	Luxemburg		
1053	DWS Global Protect 80	Luxemburg		
1054	DWS Institutional Money plus	Luxemburg		
1055	DWS Institutional OptiCash (EUR)	Luxemburg		
1056	DWS Institutional Rendite 2017	Luxemburg		
1057	DWS Institutional USD Money plus	Luxemburg		
1058	DWS Mauritius Company	Port Louis		100,0
1059	DWS Megatrend Performance 2016	Luxemburg		
1060	DWS Performance Rainbow 2015	Luxemburg		
1061	DWS Performance Select 2014	Luxemburg		
1062	DWS Rendite Garant 2015	Luxemburg		
1063	DWS Rendite Garant 2015 II	Luxemburg		
1064	DWS SachwertStrategie Protekt Plus	Luxemburg		
1065	DWS Zeitwert Protect	Luxemburg		
1066	Earls Eight Limited	Georgetown	4	
1067	Earls Four Limited	Georgetown	4	
1068	Earls Seven Limited	Georgetown	4	
1069	EARLS Trading Limited	Georgetown		
1070	1221 East Denny Owner, LLC	Wilmington		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1071	ECT Holdings Corp.	Wilmington		100,0
1072	Einkaufszentrum „HVD Dresden“ S.à.r.l & Co. KG	Köln		
1073	Eirles Three Limited	Dublin	4	
1074	Eirles Two Limited	Dublin	4	
1075	Elmo Funding GmbH	Eschborn		100,0
1076	Elmo Leasing Dreizehnte GmbH	Eschborn		100,0
1077	Elmo Leasing Elfte GmbH	Eschborn		100,0
1078	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		100,0
1079	Emerald Asset Repackaging Limited	Dublin		100,0
1080	Emerging Markets Capital Protected Investments Limited	Georgetown	4	
1081	Emeris	Georgetown		
1082	Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
1083	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	4	
1084	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Eschborn		100,0
1085	Escoyla Limited	Dublin		
1086	ETFS Industrial Metal Securities Limited	St. Helier	4	
1087	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		
1088	Fandaro Limited	Dublin		
1089	Feale Sp. z o.o.	Wolica		
1090	Film Asset Securitization Trust 2009-1	New York		
1091	Finaqua Limited	London		
1092	Flagship VII Limited	Georgetown		
1093	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		100,0
1094	Four Corners CLO III, Ltd.	Georgetown		50,1
1095	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Global Markets	Rio de Janeiro		100,0
1096	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados – Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		100,0
1097	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados – Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		100,0
1098	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados – Precatórios Federais DB II	Rio de Janeiro		100,0
1099	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados Global Markets	Rio de Janeiro		100,0
1100	G.O. III Luxembourg Oxford S.à r.l.	Luxemburg		
1101	GAC-HEL II, Inc.	Wilmington		100,0
1102	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0
1103	GEM ERI Limited	Georgetown		
1104	Gemini Securitization Corp., LLC	Boston		
1105	GGGolf, LLC	Wilmington		100,0
1106	Glacier Mountain, L.P.	Wilmington		100,0
1107	Global Credit Reinsurance Limited	Hamilton	4	
1108	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		100,0
1109	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado – Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		100,0
1110	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		
1111	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		
1112	Godo Kaisha CKRF8	Tokio		
1113	Greene Investments Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
1114	GSAM ALPS Fund EUR	Georgetown		
1115	GSAM ALPS Fund USD	Georgetown		
1116	GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0
1117	HAH Limited	London		100,0
1118	Hamildak Limited	Dublin		
1119	Harbour Finance Limited	Dublin		
1120	HCA Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
1121	Herodotus Limited	Georgetown	2	0,0
1122	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington		100,0
1123	Hotel Majestic LLC	Wilmington		100,0
1124	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		
1125	Inn Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1126	Investor Solutions Limited	St. Helier	4	
1127	Isar Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1128	ITAPEVA II Multicarteira FIDC Não-Padronizado	São Paulo		100,0
1129	ITAPEVA Multicarteira FIDC Não-Padronizado	São Paulo		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1130	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		
1131	Ixon Public Limited Company	Dublin	4	
1132	Jovian Limited	Douglas		
1133	JWB Leasing Limited Partnership	London		100,0
1134	Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0
1135	Kelvivo Limited	Dublin		
1136	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		100,0
1137	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		100,0
1138	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1139	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		96,1
1140	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		97,0
1141	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		
1142	Lagoon Finance Limited	Dublin	4	
1143	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		100,0
1144	Lemontree Investments GmbH & Co. KG	Berlin		
1145	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		
1146	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		70,0
1147	87 Leonard Development LLC	Wilmington		100,0
1148	Leonardo Charitable 1 LLC	Wilmington		9,9
1149	Life Mortgage S.r.l.	Rom		
1150	Luscina Limited	Dublin		
1151	MacDougal Investments Limited	Wilmington		100,0
1152	Mallard Place, Inc.	Wilmington		100,0
1153	Manta Acquisition LLC	Wilmington		100,0
1154	Manta Group LLC	Wilmington		100,0
1155	Mars Investment Trust II	New York		100,0
1156	Mars Investment Trust III	New York		100,0
1157	Mars Propco 26 S.à r.l.	Munsbach		
1158	Mars Propco 27 S.à r.l.	Munsbach		
1159	Mars Propco 28 S.à r.l.	Munsbach		
1160	Mars Propco 29 S.à r.l.	Munsbach		
1161	Mars Propco 30 S.à r.l.	Munsbach		
1162	Mars Propco 31 S.à r.l.	Munsbach		
1163	Mars Propco 32 S.à r.l.	Munsbach		
1164	Mars Propco 34 S.à r.l.	Munsbach		
1165	Mars Propco 35 S.à r.l.	Munsbach		
1166	Mars Propco 36 S.à r.l.	Munsbach		
1167	Mars Propco 37 S.à r.l.	Munsbach		
1168	Mars Propco 40 S.à r.l.	Munsbach		
1169	Mars Propco 6 S.à r.l.	Munsbach		
1170	Mars Propco 8 S.à r.l.	Munsbach		
1171	Master Aggregation Trust	Wilmington		
1172	Maxima Alpha Bomaral Limited (in liquidation)	St. Helier		
1173	Mercer Investments Limited	Wilmington		100,0
1174	Merlin I	Georgetown		
1175	Merlin II	Georgetown		
1176	Merlin XI	Georgetown		
1177	Mexico Capital Protected Investments Limited	Georgetown	4	
1178	Miami MEI, LLC	Dover	2	0,0
1179	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		
1180	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1181	MMCapS Funding XVIII Ltd. – Resecuritization Trust 2010-RS1	Wilmington		
1182	MMDB Noonmark L.L.C.	Wilmington		100,0
1183	Montage Funding LLC	Dover		
1184	Monterey Funding LLC	Wilmington		
1185	Moon Leasing Limited	London		100,0
1186	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1187	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1188	Netron Investment SRL	Bukarest		
1189	New 87 Leonard, LLC	Wilmington		100,0
1190	Newhall LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1191	Newport Funding Corp.	Charlotte		
1192	Nineco Leasing Limited	London		100,0
1193	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		100,0
1194	Northern Pines Funding, LLC	Dover		100,0
1195	Norvadano Limited	Dublin		
1196	Oakwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
1197	Oasis Securitisation S.r.l.	Conegliano	2	0,0
1198	Oder Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1199	Odin Mortgages Limited	London		
1200	Okanagan Funding Trust	Toronto		
1201	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	4	
1202	OPAL, en liquidation volontaire	Luxemburg	4	
1203	Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		100,0
1204	OPPENHEIM Flottenfonds IV GmbH & Co. KG	Köln	2	0,0
1205	Opus Niestandardyzowany Sekurytyzacyjny Fundusz Inwestycyjny Zamkniety	Warschau		
1206	Oran Limited	Georgetown		
1207	OTTAM Mexican Capital Trust Limited	Dublin	4	
1208	Owner Trust MSN 199	Salt Lake City		
1209	Owner Trust MSN 23336	Salt Lake City		
1210	Owner Trust MSN 23337	Salt Lake City		
1211	Owner Trust MSN 23338	Salt Lake City		
1212	Owner Trust MSN 23344	Salt Lake City		
1213	Owner Trust MSN 240	Salt Lake City		
1214	Owner Trust MSN 241	Salt Lake City		
1215	Owner Trust MSN 24452	Salt Lake City		
1216	Owner Trust MSN 24453	Salt Lake City		
1217	Owner Trust MSN 24788	Salt Lake City		
1218	Owner Trust MSN 25259	Salt Lake City		
1219	Owner Trust MSN 25884	Salt Lake City		
1220	Owner Trust MSN 264	Salt Lake City		
1221	Owner Trust MSN 27833	Salt Lake City		
1222	Owner Trust MSN 87	Salt Lake City		
1223	Owner Trust MSN 88	Salt Lake City		
1224	Oystermouth Holding Limited	Nikosia		
1225	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg	4	
1226	Palladium Trust	Georgetown	4	
1227	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1228	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Seniorenresidenzen KG	Düsseldorf		
1229	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	4	
1230	PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0
1231	PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		100,0
1232	PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		100,0
1233	PB Hollywood I Hollywood Station, LLC	Dover	2	0,0
1234	PB Hollywood II Lofts, LLC	Dover	2	0,0
1235	Peruda Leasing Limited	London		100,0
1236	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1237	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		95,0
1238	PIMCO PARS I – Poste Vite	Georgetown		
1239	PIMCO PARS V – Poste Vite	Georgetown		
1240	PMG Collins, LLC	Tallahassee		100,0
1241	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		100,0
1242	Postbank Dynamik Best Garant	Schuttrange		
1243	Postbank Dynamik DAX Garant II	Schuttrange		
1244	Postbank Dynamik Klima Garant	Schuttrange		
1245	Postbank Dynamik Zukunftschancen Garant	Schuttrange		
1246	Postbank Dynamik Zukunftschancen Garant II	Schuttrange		
1247	PPCenter, Inc.	Wilmington		100,0
1248	Prince Rupert Luxembourg S.à r.l.	Senningerberg		100,0
1249	PROVIDE Domicile 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1250	Pyxis Nautica S.A.	Luxemburg		
1251	Quantum 13 LLC	Wilmington		49,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1252	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	2	0,0
1253	R/H Hawthorne Plaza Associates, LLC	Wilmington		
1254	Reade, Inc.	Wilmington		100,0
1255	Red Lodge, L.P.	Wilmington		100,0
1256	Reference Capital Investments Limited	London		100,0
1257	Regal Limited	Georgetown	4	
1258	REO Properties Corporation	Wilmington		100,0
1259	REO Properties Corporation II	Wilmington	2	0,0
1260	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		
1261	Rhein-Main Securitisation Limited	St. Helier		
1262	Rheingold Securitisation Limited	St. Helier		
1263	Rhine Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1264	RHOEN 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1265	Ripple Creek, L.P.	Wilmington		100,0
1266	Riverside Funding LLC	Dover		
1267	RM Ayr Limited	Dublin		
1268	RM Chestnut Limited	Dublin		
1269	RM Fife Limited	Dublin		
1270	RM Multi-Asset Limited	Dublin		
1271	RM Sussex Limited	Dublin		
1272	RM Triple-A Limited	Dublin		
1273	Royster Fund – Compartment JULY 2013	Luxemburg		100,0
1274	Royster Fund – Compartment SEPTEMBER 2013	Luxemburg		100,0
1275	RREEF G.O. III Luxembourg One S.à r.l.	Luxemburg		
1276	RREEF G.O. III Malta Limited	Valletta		
1277	RREEF G.O. III Mauritius One Limited	Port Louis		
1278	RREEF G.O. III Mauritius Two Limited	Port Louis		
1279	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		
1280	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		99,9
1281	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		99,9
1282	SABRE Securitisation Limited	Sydney		
1283	Saratoga Funding Corp., LLC	Wilmington		
1284	Schiffsbetriebsgesellschaft FINNA mbH	Hamburg		100,0
1285	Schiffsbetriebsgesellschaft GRIMA mbH	Hamburg		100,0
1286	Sedona Capital Funding Corp., LLC	Charlotte		
1287	Serviced Office Investments Limited	St. Helier		100,0
1288	Silrendel, S. de R. L. de C. V.	Mexiko-Stadt		100,0
1289	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0
1290	SIRES-STAR Limited	Georgetown	4	
1291	Sixco Leasing Limited	London		100,0
1292	SMART SME CLO 2006-1, Ltd.	Georgetown		
1293	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1294	SP Mortgage Trust	Wilmington		100,0
1295	SPAN No. 5 Pty Limited	Sydney		
1296	SS Aggregation Trust	Wilmington		
1297	Stewart-Denny Holdings, LLC	Wilmington		
1298	STTN, Inc.	Wilmington		100,0
1299	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1300	Survey Trust	Wilmington		
1301	Swabia 1 Limited	Dublin		
1302	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Eschborn		100,0
1303	SWIP Capital Trust	London		100,0
1304	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		100,0
1305	Tagus – Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0
1306	Thaumat Holdings Limited	Nikosia		
1307	The CAP Accumulation Trust	Wilmington		
1308	The Debt Redemption Fund Limited	Georgetown		99,8
1309	The GIII Accumulation Trust	Wilmington		
1310	The GPR Accumulation Trust	Wilmington		
1311	The Life Accumulation Trust	Wilmington		
1312	The Life Accumulation Trust II	Wilmington		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1313	The Life Accumulation Trust III	Wilmington		
1314	The Life Accumulation Trust IV	Wilmington		
1315	The Life Accumulation Trust IX	Wilmington		
1316	The Life Accumulation Trust V	Wilmington		
1317	The Life Accumulation Trust VIII	Wilmington		
1318	The Life Accumulation Trust X	Wilmington		
1319	The Life Accumulation Trust XI	Wilmington		
1320	The Life Accumulation Trust XII	Wilmington		
1321	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		
1322	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		
1323	The Topiary Fund II Public Limited Company	Dublin		18,0
1324	Tintin III SPC	Georgetown		
1325	Titian CDO Public Limited Company	Dublin	4	
1326	Tokutei Mokuteki Kaisha CREP Investment V	Tokio	2	0,0
1327	TQI Exchange, LLC	Wilmington		100,0
1328	Trave Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1329	TRS 1 LLC	Wilmington		100,0
1330	TRS Aria LLC	Wilmington		100,0
1331	TRS Babson I LLC	Wilmington		100,0
1332	TRS Bluebay LLC	Wilmington		100,0
1333	TRS Bruin LLC	Wilmington		100,0
1334	TRS Callisto LLC	Wilmington		100,0
1335	TRS Camulos LLC	Wilmington		100,0
1336	TRS Cypress LLC	Wilmington		100,0
1337	TRS DB OH CC Fund Financing LLC	Wilmington		100,0
1338	TRS Eclipse LLC	Wilmington		100,0
1339	TRS Elara LLC	Wilmington		100,0
1340	TRS Elgin LLC	Wilmington		100,0
1341	TRS Elm LLC	Wilmington		100,0
1342	TRS Feingold O’Keeffe LLC	Wilmington		100,0
1343	TRS Fore LLC	Wilmington		100,0
1344	TRS Ganymede LLC	Wilmington		100,0
1345	TRS GSC Credit Strategies LLC	Wilmington		100,0
1346	TRS Haka LLC	Wilmington		100,0
1347	TRS HY FNDS LLC	Wilmington		100,0
1348	TRS Io LLC	Wilmington		100,0
1349	TRS Landsbanki Islands LLC	Wilmington		100,0
1350	TRS Leda LLC	Wilmington		100,0
1351	TRS Metis LLC	Wilmington		100,0
1352	TRS Plainfield LLC	Wilmington		100,0
1353	TRS Poplar LLC	Wilmington		100,0
1354	TRS Quogue LLC	Wilmington		100,0
1355	TRS Scorpio LLC	Wilmington		100,0
1356	TRS SeaCliff LLC	Wilmington		100,0
1357	TRS Stag LLC	Wilmington		100,0
1358	TRS Stark LLC	Wilmington		100,0
1359	TRS SVCO LLC	Wilmington		100,0
1360	TRS Sycamore LLC	Wilmington		100,0
1361	TRS Thebe LLC	Wilmington		100,0
1362	TRS Tupelo LLC	Wilmington		100,0
1363	TRS Venor LLC	Wilmington		100,0
1364	TRS Watermill LLC	Wilmington		100,0
1365	TXH Trust	Wilmington		
1366	Varick Investments Limited	Wilmington		100,0
1367	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	6	0,0
1368	VEXCO, LLC	Wilmington		100,0
1369	Village Hospitality LLC	Wilmington		100,0
1370	Volga Investments Limited	Dublin		
1371	Whispering Woods LLC	Wilmington		100,0
1372	Whistling Pines LLC	Wilmington		100,0
1373	Winchester Street PLC	London	4	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1374	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
1375	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1376	Zamalik Limited	Dublin		
1377	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1378	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		97,6
1379	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1380	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		97,9
1381	Zugspitze 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1382	Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0
1383	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1384	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		5,8
1385	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		40,0
1386	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		28,8
1387	Argantis GmbH	Köln		50,0
1388	Atrix Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Southend-on-Sea		25,0
1389	Avacomm GmbH i. L.	Holzkirchen		27,5
1390	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		49,8
1391	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0
1392	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		6,7
1393	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0
1394	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York	7	99,9
1395	BHS tabletop AG	Selb		28,9
1396	Biopsytec Holding AG i. L.	Berlin		43,1
1397	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
1398	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
1399	Caherciveen Partners, LLC	Chicago		20,0
1400	Comfund Consulting Limited	Bangalore		30,0
1401	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		49,9
1402	DB Development Holdings Limited	Larnaka		49,0
1403	DB Funding (Gibraltar) Limited	Gibraltar	7	100,0
1404	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		34,6
1405	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		25,9
1406	DD Konut Finansman A.S.	Sisli		49,0
1407	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		16,2
1408	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		50,0
1409	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		50,0
1410	Deutsche Gulf Finance	Riad		40,0
1411	Deutsche Regis Partners Inc	Makati-Stadt		49,0
1412	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		49,0
1413	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0
1414	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		25,1
1415	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1416	DMG & Partners Securities Pte Ltd	Singapur		49,0
1417	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		21,1
1418	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH	Frankfurt		20,0
1419	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1420	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		45,0
1421	eolec	Issy-les-Moulineaux		33,3
1422	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		50,0
1423	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		40,0
1424	EVROENERGIAKI S.A.	Alexandroupolis		40,0
1425	Finance in Motion GmbH	Frankfurt		19,9
1426	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG	Bad Homburg		40,7
1427	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG	Bad Homburg		30,6
1428	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		15,7
1429	German Access Fund L.P.	London	7	100,0
1430	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		50,0
1431	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer/Rheinisch-Westfälische Börse	Düsseldorf		10,0
1432	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7
1433	giropay GmbH	Frankfurt		33,3
1434	Gordian Knot Limited	London		32,4
1435	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	Newcastle upon Tyne		45,0
1436	Graphite Resources Holdings Limited	Newcastle upon Tyne	7	70,0
1437	Great Future International Limited	Road Town		43,0
1438	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		44,9
1439	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		33,2
1440	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		30,0
1441	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		19,9
1442	Huamao Property Holdings Ltd.	Georgetown	8	0,0
1443	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7
1444	Hydro S.r.l.	Rom		45,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1445	I.B.T. Lighting S.p.A.	Mailand		34,0
1446	iCON Infrastructure Management Limited	St. Peter Port	7	99,0
1447	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0
1448	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		50,0
1449	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH	Frankfurt		23,3
1450	ISWAP Limited	London		14,2
1451	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		21,1
1452	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		21,6
1453	Jaya Holdings Limited	Singapur		20,6
1454	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		13,8
1455	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		27,0
1456	KeyNeurotek Pharmaceuticals AG i. L.	Magdeburg		29,0
1457	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		20,8
1458	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		17,4
1459	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1460	Markit Group Holdings Limited	London		6,8
1461	MergeOptics GmbH i. L.	Berlin		24,3
1462	MidOcean (Europe) 2000-A LP	St. Helier		19,9
1463	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		20,0
1464	MidOcean Partners, LP	New York		20,0
1465	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		50,0
1466	Nexus II LLC	Wilmington		11,9
1467	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	7	96,7
1468	Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt		27,8
1469	Otto Lilienthal Fünfte GmbH & Co. KG	München		19,6
1470	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		22,2
1471	Pago e Transaction Services GmbH	Köln		50,0
1472	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		37,7
1473	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1474	Plenary Group (Canada) Limited	Vancouver		19,8
1475	Plenary Group Pty. Ltd.	Melbourne		23,5
1476	Plenary Group Unit Trust	Melbourne		25,4
1477	Powerlase Limited (in members' voluntary liquidation)	Hove		24,8
1478	Private Capital Portfolio L.P.	London		38,2
1479	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta		40,0
1480	PX Group Limited	Stockton on Tees		29,4
1481	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		33,0
1482	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		33,3
1483	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		20,0
1484	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1485	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1486	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1487	Roc Capital Group, LLC	Wilmington		8,5
1488	Roc Capital Management, L.P.	Wilmington		8,5
1489	RPWire LLC	Wilmington		33,3
1490	RREEF Property Trust Inc.	Baltimore		45,6
1491	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	8	0,0
1492	Schiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG MS „DYCKBURG“	Hamburg		41,3
1493	Schiffahrtsgesellschaft MS „Simon Braren“ GmbH & Co KG	Kollmar		26,6
1494	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		6,4
1495	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5
1496	Starpool Finanz GmbH	Berlin		50,0
1497	Station Holdco LLC	Wilmington		25,0
1498	Teesside Gas Transportation Limited	London		45,0
1499	The Portal Alliance LLC	Wilmington		10,0
1500	THG Beteiligungsverwaltung GmbH	Hamburg		50,0
1501	TradeWeb Markets LLC	Wilmington		5,5
1502	Triton Beteiligungs GmbH	Frankfurt		33,1
1503	Turquoise Global Holdings Limited	London		7,1
1504	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund XCV L.P.	Wilmington		24,0
1505	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York	7	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1506	VCM VII European Mid-Market Buyout GmbH & Co. KG	Köln		28,8
1507	Verwaltung ABL Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg		50,0
1508	Volbroker.com Limited	London		23,8
1509	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1510	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	Köln		50,0
1511	Wilson HTM Investment Group Ltd	Brisbane		19,8
1512	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen mbH & Co. KG i. L.	Eschborn	8	0,0
1513	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen Verwaltungs-mbH i. L.	Eschborn	8	0,0
1514	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		25,0
1515	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3
1516	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1517	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0
1518	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG i. L.	Schönefeld		20,4

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1519	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1520	ABATIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1521	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1522	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1523	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1524	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1525	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1526	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1527	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1528	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1529	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1530	AFFIRMATUM Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1531	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1532	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1533	AKRUN Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1534	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1535	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1536	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1537	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1538	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1539	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1540	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1541	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1542	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1543	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1544	Banks Island General Partner Inc.	Toronto	9	50,0
1545	Belzen Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1546	Benefit Trust GmbH	Lützen-Gostau	10	100,0
1547	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1548	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf	9	33,2
1549	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	32,0
1550	Blue Ridge Trust	Wilmington	9	26,7
1551	BrisConnections Holding Trust	Kedron	11	35,6
1552	BrisConnections Investment Trust	Kedron	11	35,6
1553	Cabarez S.A.	Luxemburg	7, 10	95,0
1554	CIBI Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1555	City Leasing (Donside) Limited	London	10	100,0
1556	City Leasing (Fleetside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1557	City Leasing (Sevenside) Limited	London	10	100,0
1558	City Leasing (Thameside) Limited	London	10	100,0
1559	City Leasing and Partners	London	10	100,0
1560	City Leasing and Partners Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1561	City Leasing Limited	London	10	100,0
1562	Custom Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London	10	100,0
1563	DB (Gibraltar) Holdings No. 2 Limited	Gibraltar	10	100,0
1564	DB Advisors SICAV	Luxemburg	10	97,5
1565	DB Master Accomodation LLC	Wilmington	10	100,0
1566	DB Petri LLC	Wilmington	10	100,0
1567	dbalternatives Discovery Fund Limited	Georgetown	10	100,0
1568	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	9	49,0
1569	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	40,2
1570	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	10	100,0
1571	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1572	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf	9	50,0
1573	Donlen Exchange Services Inc.	Boston	10	100,0
1574	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1575	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1576	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1577	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1578	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1579	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt	9	50,0

Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1580	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1581	Enterprise Vehicle Exchange, Inc.	Wilmington	10	100,0
1582	European Private Equity Portfolio (PE-EU) GmbH & Co. KG	Köln	9	20,4
1583	FREUNDE DER EINTRACHT FRANKFURT Aktiengesellschaft	Frankfurt	12	32,1
1584	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1585	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1586	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1587	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1588	Global Salamina, S.L.	Madrid	11	30,0
1589	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio XI, LLC	Wilmington	7, 11	99,7
1590	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Grünwald	10	100,0
1591	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Tankstelle Troisdorf Spich GbR	Troisdorf	13	33,0
1592	Guggenheim Concinnity Strategy Fund LP	Wilmington	13	23,6
1593	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin	9	20,5
1594	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	9	49,0
1595	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i. L.	Eschborn	10	100,0
1596	Kinnell Leasing Company	London	9	35,0
1597	Legacy BCC Receivables, LLC	Wilmington	10	100,0
1598	Lindsell Finance Limited	Valletta	10	100,0
1599	Lion Global Infrastructure Fund Limited	St. Peter Port	9	50,0
1600	London Industrial Leasing Limited	London	10	100,0
1601	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	7, 12	77,1
1602	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg	9	49,7
1603	Magalhaes S.A.	Luxemburg	7, 10	95,0
1604	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	11	38,3
1605	Memax Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1606	Merit Capital Advance, LLC	Wilmington	12	20,0
1607	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	40,0
1608	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald	9	29,6
1609	Midssel Limited	London	10	100,0
1610	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington	12	50,0
1611	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington	9	49,9
1612	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1613	NCW Holding Inc.	Vancouver	10	100,0
1614	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1615	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1616	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1617	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1618	Nortfol Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1619	NV Profit Share Limited	Georgetown	9	42,9
1620	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln	2, 10	27,7
1621	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1622	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1623	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1624	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1625	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1626	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1627	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1628	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1629	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1630	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1631	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1632	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1633	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1634	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1635	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1636	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1637	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1638	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1639	Phoebus Leasing Limited	Georgetown	10	100,0
1640	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1641	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1642	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1643	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1644	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1645	Private Equity Invest Teiligungs GmbH	Düsseldorf	9	50,0
1646	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1647	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington	10	100,0
1648	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1649	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1650	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1651	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1652	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1653	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1654	RREEF Debt Investments Fund, L.P.	Wilmington	7, 12	66,7
1655	RREEF Debt Investments Master Fund I, L.P.	Wilmington	7, 12	100,0
1656	RREEF Debt Investments Master Fund II, L.P.	Wilmington	7, 12	66,7
1657	RREEF Debt Investments Offshore II, L.P.	Georgetown	12	50,0
1658	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1659	Safron AMD Partners, L.P.	Georgetown	12	22,0
1660	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	12	21,7
1661	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1662	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1663	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf	10	58,5
1664	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1665	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1666	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1667	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1668	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1669	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1670	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1671	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	9	33,2
1672	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1673	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	10	71,1
1674	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1675	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf	10	95,0
1676	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1677	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1678	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1679	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1680	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1681	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1682	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1683	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1684	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG i. L.	Düsseldorf	10	94,7
1685	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG i. L.	Düsseldorf	10	100,0
1686	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	7, 10	100,0
1687	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1688	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1689	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1690	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1691	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1692	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1693	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1694	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	10	83,8
1695	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1696	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1697	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1698	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1699	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1700	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i. L.	Halle/Saale	9	30,5
1701	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1702	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1703	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1704	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1705	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown	9	43,6
1706	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1707	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1708	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1709	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1710	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	100,0
1711	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Schönefeld	10	100,0
1712	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1713	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG	Düsseldorf	9	48,7
1714	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1715	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1716	SunAmerica Affordable Housing Partners 47	Carson City	7, 10	99,0
1717	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1718	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1719	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1720	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1721	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1722	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1723	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1724	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1725	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1726	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	10	100,0
1727	TEBA Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Schönefeld	10	100,0
1728	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1729	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	10	100,0
1730	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1731	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1732	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf	10	100,0
1733	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf	10	100,0
1734	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1735	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	9	25,0
1736	TONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1737	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1738	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1739	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	9	50,0
1740	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1741	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1742	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	100,0
1743	Triton Fund III G L.P.	St. Helier	7, 10	62,5
1744	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1745	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1746	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1747	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1748	VCM / BHF Initiatoren GmbH & Co. Beteiligungs KG	München	9	48,8
1749	VCM Initiatoren GmbH & Co. KG	München	9	23,5
1750	VCM Initiatoren II GmbH & Co. KG	München	9	23,5
1751	VCM Initiatoren III GmbH & Co. KG	München	9	34,9
1752	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1753	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1754	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1755	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1756	Willem S.A.	Luxemburg	7, 10	95,0
1757	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf	9	50,0
1758	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Darmstadt	9	50,0
1759	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1760	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1761	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1762	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1763	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1764	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1765	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1766	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1767	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1768	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	25,0
1769	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1770	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1771	Zenwix Pty. Limited	Sydney	10	100,0
1772	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1773	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1774	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1775	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1776	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1777	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1778	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1779	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1780	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1781	ZITRAL Beteiligungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	9	50,0
1782	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	50,0
1783	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1784	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1785	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1786	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1787	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1788	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1789	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	50,0
1790	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1791	Abode Mortgage Holdings Corporation	Vancouver		8,5
1792	Abraaj Capital Holdings Limited	Georgetown		8,8
1793	Accunia A/S	Kopenhagen		9,9
1794	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		5,6
1795	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		8,5
1796	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4
1797	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3
1798	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2
1799	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6
1800	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7
1801	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		8,7
1802	Cecon ASA	Arendal		7,5
1803	China Polymetallic Mining Limited	Georgetown		14,8
1804	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		16,8
1805	Gemeng International Energy Group Company Limited	Taiyuan		9,0
1806	HYPOPORT AG	Berlin		9,7
1807	IVG Institutional Funds GmbH	Frankfurt		6,0
1808	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung	Leezen		11,0
1809	Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		8,5
1810	OTCDeriv Limited	London		7,2
1811	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i. L.	Frankfurt		19,5
1812	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0
1813	Private Export Funding Corporation	Wilmington		6,0
1814	PT Buana Listya Tama Tbk	Jakarta		14,8
1815	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		6,2
1816	Rinkai Nissan Kensetsu Kabushiki Kaisha	Tokio		8,5
1817	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8
1818	4 SC AG	Planegg		6,1
1819	Società per il Mercato dei Titoli di Stato – Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		5,0
1820	The Clearing House Association L.L.C.	Wilmington		5,6
1821	TORM A/S	Hellerup		6,2
1822	United Information Technology Co. Ltd.	Georgetown		12,2
1823	3W Power S.A.	Luxemburg		9,2
1824	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,1
1825	Yieldbroker Pty Limited	Sydney		16,7
1826	Yukon-Nevada Gold Corp.	Vancouver		12,2

3

Bestätigungen

- 503 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 505 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 506 Bericht des Aufsichtsrats

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 18. März 2014

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Pukropski
Wirtschaftsprüfer



Beier
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 17. März 2014



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Stephan Leithner



Stuart Lewis



Rainer Neske



Henry Ritchotte

Bericht des Aufsichtsrats

Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber dem Vorjahr. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 2013 ihren Tiefpunkt erreicht hatte, setzte im Jahresverlauf eine Erholung ein. Gestützt wurde diese vor allem von der weiter äußerst expansiv ausgerichteten Geldpolitik der großen Zentralbanken. In den Industrieländern standen weiter die strukturellen Probleme im Fokus, die zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen haben. Der Abbau der privaten und öffentlichen Verschuldung dämpfte insbesondere das Wachstum in der Eurozone. Auf zahlreiche Schwellenländer wirkte der Abzug von Kapital negativ, der durch die Trendumkehr beim internationalen Zinszyklus (US Tapering) ausgelöst wurde.

Die deutsche Konjunktur schwächte sich im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr weiter ab, schwenkte nach dem schwachen Winterhalbjahr 2012/13 allerdings auf eine Erholungsphase ein.

Wir haben in diesem insgesamt von wirtschaftlicher Unsicherheit geprägten Umfeld den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Eingehend behandelten wir im Berichtsjahr die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikomanagementsystem, die Planung und das interne Kontrollsystem. Wie schon in den Vorjahren befassten wir uns im Jahr 2013 mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Neuerungen, die sich in Teilen bereits unmittelbar auf unsere Arbeit auswirkten. Fragen zur strategischen Weiterentwicklung der Bank und deren Umsetzung erörterten wir ausführlich mit dem Vorstand im Rahmen eines zweitägigen Workshops. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen den Co-Vorsitzenden des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Die Vorsitzenden der Ausschüsse des Aufsichtsrats führten regelmäßige Besprechungen und inhaltliche Abstimmungen durch, um die Zusammenarbeit im Aufsichtsratsgremium insgesamt zu stärken. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2013 fanden sieben Sitzungen des Aufsichtsrats statt.

In der ersten Sitzung des Jahres am 30. Januar 2013 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im vierten Quartal 2012 und im Geschäftsjahr 2012 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2012 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2013 bis 2015 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis. Der Vorstand gab einen umfangreichen Sachstandsbericht zu wesentlichen Risiken und Rechtsstreitigkeiten der Bank. Wir beschlossen auf Empfehlung des Präsidial- und des Prüfungsausschusses, dass die Herren Dr. Eick, Dr. Achleitner und Prof. Trützschler im Geschäftsbericht als Finanzexperten benannt werden. Wir stellten fest, dass sämtliche Mitglieder des Prüfungsausschusses unabhängig im Sinne der US-amerikanischen Vorschriften sind und dass nach unserer Einschätzung dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Nach Überprüfung der Angemessenheit des Vergütungssystems für den Vorstand legten wir unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Präsidialausschusses und unter Einbindung externer, unabhängiger Vergütungsberater die Höhe der variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2012 fest.

In der Sitzung am 19. März 2013 erörterten wir den Jahresabschluss 2012 und KPMG berichtete über den Stand der Prüfungshandlungen. Mit dem Vorstand erörterten wir den Compliance Bericht, einen weiteren Sachstandsbericht zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten sowie den Vergütungsbericht 2012, welchen wir zustimmend zur Kenntnis nahmen. Desweiteren beschlossen wir eine Anpassung der Entsprechenserklärung aufgrund der Verschiebung der Veröffentlichung des Finanzberichts auf den 15. April 2013.

In der Bilanzsitzung am 11. April 2013 im Anschluss an die außerordentliche Hauptversammlung billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2012.

In der Sitzung am Tag vor der ordentlichen Hauptversammlung erörterten wir deren Ablauf und die angekündigten Gegenanträge sowie den Stand der gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. April 2013 eingereichten Klagen. Soweit erforderlich, wurden hierzu Beschlüsse gefasst. Nach eingehender Erörterung und auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschlossen wir eine neue Geschäftsordnung für den Vorstand einschließlich des Geschäftsverteilungsplans. Darüber hinaus beschlossen wir die Bildung eines neuen Integritätsausschusses, verabschiedeten dessen Geschäftsordnung und passten die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Nominierungs-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses an. Desweiteren wurden wir über zukünftige neue Governance Regelungen und Auswirkungen des CRD IV-Umsetzungsgesetzes informiert. Abschließend diskutierten wir die Ergebnisse der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats und stimmten der zeitnahen Umsetzung der vorgeschlagenen Verbesserungsmaßnahmen zu.

In der konstituierenden Sitzung im Anschluss an die Hauptversammlung wählten wir Herrn Dr. Achleitner erneut zu unserem Vorsitzenden. Herr Dr. Achleitner wurde damit zugleich Vorsitzender des Nominierungs-, Präsidial-, Risiko- und Vermittlungsausschusses und Mitglied des Prüfungs- sowie des Integritätsausschusses. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählten wir Herrn Herling, der durch diese Wahl auch Mitglied des Präsidial- und Vermittlungsausschusses wurde. Als weitere Mitglieder des Präsidialausschusses wählten wir Herrn Todenhöfer (bis 31. Oktober 2013), Herrn Prof. Kagermann (ab 1. November 2013) und Herrn Bsirske. Herrn Todenhöfer (bis 31. Oktober 2013), Herrn Prof. Kagermann (ab 1. November 2013) und Herrn Szukalski wählten wir zu Mitgliedern des Vermittlungsausschusses. Herrn Prof. Kagermann und Herrn Dr. Teysen wählten wir zu Mitgliedern des Nominierungsausschusses. Zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses wählten wir Herrn Cryan, der damit zugleich Mitglied des Risikoausschusses wurde, sowie zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses Frau Mark, Frau Platscher, Herrn Rose und Herrn Prof. Trützscher. Herrn Prof. Kagermann (bis 31. Oktober 2013), Frau Dublon (ab 1. November 2013), Frau Labarge und Herrn Stockem wählten wir zu Mitgliedern des Risikoausschusses. Zum Vorsitzenden des neuen Integritätsausschusses wählten wir Herrn Thoma sowie Herrn Heider, Frau Irrgang, Frau Klee und Herrn Löscher zu weiteren Mitgliedern.

In der Sitzung am 30. Juli 2013 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2013 und erhielten vom Vorstand einen Sachstandsbericht zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten. Herr Thoma wurde von uns als Nachfolger von Herrn Todenhöfer zum Beauftragten des Aufsichtsrats hinsichtlich der zahlreichen Kirch-Verfahren ernannt. Wir nahmen die Fortschrittsberichte zur IT-Strategie und zum Kulturwandel zur Kenntnis und passten auf Empfehlung des Integritätsausschusses die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Integritätsausschusses an. Zudem stimmten wir grundsätzlich der Ausgabe von „Additional Tier 1“ Kapital auf Grundlage der durch die Hauptversammlung vom 31. Mai 2012 gewährten Ermächtigung zu und delegierten die Beschlusszuständigkeit an den Präsidialausschuss.

In der letzten Sitzung des Jahres am 29. Oktober 2013 beschlossen wir auf Vorschlag des Präsidialausschusses, die Vorstandsbestellung von Herrn Fitschen bis zum Ablauf des 31. März 2017 zu verlängern. Wir wurden vom Vorstand über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal unterrichtet und erörterten Sachstandsberichte zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen sowie zu aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die IT-Infrastruktur der Bank. Wir beschlossen die Bildung des Vergütungskontrollausschusses sowie dessen Geschäftsordnung. Zum Vorsitzenden des ab 1. Januar 2014 gesetzlich vorgeschriebenen Vergütungskontrollausschusses wählten wir Herrn Dr. Achleitner sowie die Herren Bsirske, Herling und Prof. Kagermann zu weiteren Mitgliedern. Aufgrund neuer Corporate Governance Regelungen

beschlossen wir unsere Geschäftsordnungen wo erforderlich anzupassen und wählten aufgrund der neuen Aufgaben die Herren Herling und Bsirske zu weiteren Mitgliedern des Nominierungsausschusses. Außerdem gaben wir die turnusgemäße Entsprechens-erklärung nach § 161 Aktiengesetz ab.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2013 fanden acht Sitzungen des Präsidialausschusses statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich mit der Festlegung der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2012 und der Verlängerung der Vorstandsbestellung von Herrn Fitschen. Außerdem wurden neue gesetzliche und regulatorische Anforderungen an das Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2013 erörtert und dem Aufsichtsrat nach Diskussion der Vorschläge der Vergütungskommission unter Leitung von Herrn Hambrecht zur Beschlussfassung empfohlen. Erforderliche Anpassungen in der Geschäftsordnung sowie im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden ebenso erörtert wie der Vergütungsbericht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen stimmte der Präsidialausschuss zu.

Der Risikoausschuss behandelte in sechs Sitzungen insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Die Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2013 lagen auf der Kapitalausstattung der Bank gemäß der erwarteten Umsetzung von Basel 3, den Initiativen zur Bilanz- und Risikoreduzierung, auch in unserer Non-Core Operations Unit, sowie der Angemessenheit unserer risikogewichteten Aktiva im Vergleich zu maßgeblichen Wettbewerbern. Weitere Kernthemen waren die von den Aufsichtsbehörden geforderten Sanierungs- und Abwicklungspläne („Living Wills“) sowie die Weiterentwicklung unseres operationellen Risikomanagements. Eingehend erörtert wurden ebenso verschiedene Fokusportfolios, darunter Rohstoffe, Leveraged Finance sowie Schwellenländer. Neben der Refinanzierungs- und Liquiditätslage der Bank waren auch verschiedene Aspekte der Risikoversorge und potenzielle Auswirkungen aufsichtsrechtlicher Vorschläge Gegenstand der Sitzungen. Regelmäßig wurde der Risikoausschuss auch in Bezug auf aktuelle Entwicklungen der größeren Rechtsstreitigkeiten und maßgeblicher aufsichtsrechtlicher Untersuchungen informiert. Diskutiert wurden außerdem Weiterentwicklungen der Risikomodelle und deren Überwachung. Ferner wurden die Branchenportfolioberichte entsprechend des vom Risikoausschuss festgelegten Plans vorgestellt, die jeweilige Strategie diskutiert und die Profitabilität dieser Portfolios vergleichend betrachtet. Die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank wurden diskutiert und – sofern erforderlich – genehmigt.

Im Geschäftsjahr 2013 fanden elf Sitzungen des Prüfungsausschusses statt. Mit Ausnahme einer Sitzung nahmen Vertreter des Abschlussprüfers an allen Sitzungen teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2012, die Zwischenberichte sowie der Bericht 20-F für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2013 und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB), erteilte den Prüfungsauftrag und unterbreitete dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers, die dieser im Umlaufverfahren beschloss. Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Eigene Prüfungsschwerpunkte legte der Prüfungsausschuss für 2013 nicht fest, da die BaFin wie im Vorjahr umfangreiche Prüfungsschwerpunkte nach § 30 KWG festgelegt hat und die Europäische Zentralbank im Rahmen des Balance Sheet Assessment & Asset Quality Review weitere Prüfungshandlungen durchführt. Von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision hat der Prüfungsausschuss sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess sowie die Abschlussprüfung überwacht. Seit der Anpassung der Ge-

schäftsordnung am 29. Oktober 2013 an das CRD 4-Umsetzungsgesetz unterstützt der Prüfungsausschuss den Aufsichtsrat in der Überwachung der Prozesse und der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, ohne dass sich an den inhaltlichen Aufgabenstellungen des Prüfungsausschusses etwas geändert hat. Soweit erforderlich wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen, über die Arbeit der Internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der Internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung sind dem Prüfungsausschuss nicht zugegangen. Außerdem befasste er sich regelmäßig mit der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss 2012, Maßnahmen zur Bereinigung der weiteren Feststellungen sowie den Anforderungen an die Überwachungsaufgaben gemäß § 107 Abs. 3 AktG, den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und den von der BaFin nach § 30 KWG festgelegten Prüfungsschwerpunkten.

Der am 22. Mai 2013 neu gebildete Integritätsausschuss behandelte in fünf Sitzungen insbesondere Themen zur Unternehmenskultur sowie zur präventiven Beobachtung und strategischen Analyse von Rechts- und Reputationsrisiken. Gegenstand der Sitzungen waren zunächst insbesondere die Klärung der Aufgabenaufteilung und Zusammenarbeit zwischen dem Prüfungs-, dem Risiko- und dem Integritätsausschuss, die Erörterung des Stands der aktuellen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen sowie die Überwachung der Umsetzung des Kulturwandels. Eingehend diskutiert wurden des Weiteren Fragen zur Unternehmenskultur im Rahmen eines Vortrags von Herrn Anthony Salz, der über die generellen Erkenntnisse seiner unabhängigen Untersuchung bei Barclays im Zusammenhang mit LIBOR berichtete. Weitere Themen waren die Nutzung von Social Media, das „Three Lines of Defence“ Programm der Bank zur weiteren Stärkung der Kontrollstrukturen sowie das Projekt „House of Governance“ zur Stärkung der Geschäftsorganisation der Bank.

Am 29. Oktober 2013 wurde der neue Vergütungskontrollausschuss gebildet. Die Mitglieder kamen zweimal zusammen, ernannten in Abstimmung mit dem Vorstand den nach der Institutsvergütungsverordnung ab 1. Januar 2014 erforderlichen Vergütungsbeauftragten und befassten sich mit dem Vergütungssystem der Bank sowie den neuen Anforderungen des Aufsichtsrats hinsichtlich Regelungen zur Vergütung nach dem Kreditwesengesetz und der Institutsvergütungsverordnung.

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2013 zweimal und behandelte dabei Nachfolge- und Besetzungsfragen im Aufsichtsrat.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2013 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2013 wie folgt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teil:

	Sitzungen (inkl. Aus- schüsse)	Sitzungs- teilnahme	in %		Sitzungen (inkl. Aus- schüsse)	Sitzungs- teilnahme	in %
Achleitner	39	39	100	Mark	18	18	100
Böhr	4	4	100	Platscher	12	11	92
Bsirske	5	4	80	Rose	8	7	88
Cryan	11	11	100	Ruck	16	16	100
Dublon	1	1	100	Stockem	10	10	100
Eick	11	9	82	Szukalski	3	3	100
Garrett-Cox	7	6	86	Teyssen	7	6	86
Heider	8	8	100	Thieme	10	10	100
Herling	15	15	100	Thoma	8	8	100
Irrgang	8	8	100	Todenhöfer	17	16	94
Kagermann	12	12	100	Trützscher	18	18	100
Klee	12	12	100	Viertel	4	4	100
Labarge	13	12	92	Voigt	4	4	100
Löscher	12	10	83	Wenning	6	6	100

Corporate Governance

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich in mehreren Sitzungen mit den neuen Governance Anforderungen aus §§ 25c und 25d KWG und erörterten deren Umsetzung. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die neuen Aufgaben der Aufsichtsratsausschüsse. Seit 1. Januar 2014 sind die Einrichtung eines Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses vorgeschrieben. Der Nominierungsausschuss hat dadurch weitere Aufgaben erhalten. Neben der bisherigen Aufgabe, die Vorschläge der Anteilseignervertreter für die Wahlen zum Aufsichtsrat vorzubereiten, wird er zukünftig auch Fragen zur Besetzung des Vorstands vorbereiten und den Aufsichtsrat bei der mindestens jährlich durchzuführenden Bewertung von Vorstand und Aufsichtsrat unterstützen. Diese neuen Aufgaben führten auch dazu, dass wir den Nominierungsausschuss um zwei Vertreter der Arbeitnehmerseite erweiterten. Wir befassten uns außerdem mehrmals mit den Regelungen hinsichtlich der Anforderungen an die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, die Qualifikation seiner Mitglieder, verpflichtenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Höchstgrenze für Mandate.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich in ihren Sitzungen am 22. Mai 2013 mit den Ergebnissen der Effizienzprüfung. Hierfür war im Vorfeld ein unternehmensspezifischer Fragebogen im Präsidialausschuss abgestimmt worden, der an alle Aufsichtsratsmitglieder versandt worden war. Wir sind der Auffassung, dass die Arbeitsweise des Aufsichtsrats effizient erfolgt und ein hoher Standard erreicht wurde. Die Prüfung ergab einzelne Ansatzpunkte für Verbesserungen, welche wir bereits teilweise im Jahr 2013 realisieren konnten.

Am 28. Januar 2014 haben wir festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß den US-Vorschriften unabhängig sind. Als Finanzexperten im Prüfungsausschuss wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Abs. 4 und 100 Abs. 5 AktG sowie § 25d Abs. 9 KWG Herr Dr. Achleitner und Herr Prof. Trützscher sowie Herr Cryan benannt, der seit 23. Mai 2013 der Vorsitzende unseres Prüfungsausschusses ist. Außerdem haben wir festgestellt, dass Herr Dr. Achleitner und Herr Prof. Kagermann über Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen und demnach als Vergütungsexperten die Anforderungen nach § 25d Abs. 12 KWG erfüllen.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 30. Oktober 2012 abgegeben und am 19. März 2013 angepasst hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 29. Oktober 2013 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklärten, dass seitens der Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 mit den dort aufgeführten Aus-

nahmen entsprochen wurde und wird. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung 2013 vom 29. Oktober 2013 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Finanzbericht 2013 ab Seite 514 und auf der Homepage der Bank im Internet unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Insbesondere für die neuen Mitglieder des Aufsichtsrats fanden im Juli 2013 und im Oktober 2013 jeweils interne zweitägige Seminare zu den Themen Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse, Risikomanagement sowie Aufgaben, Rechte und Pflichten von Aufsichtsräten statt, an denen auch zahlreiche, schon länger dem Gremium angehörende Mitglieder des Aufsichtsrats teilnahmen. Zusätzlich wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats laufend über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate Governance informiert. Darüber hinaus nahmen Mitglieder des Aufsichtsrats an externen Fortbildungsmaßnahmen teil.

Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses fanden im November 2013 und Dezember 2013 interne Schulungsveranstaltungen statt. Zu den Themen gehörten insbesondere die Aufgaben des Prüfungsausschusses, Rechnungslegung, Risikomanagement, Interne Revision sowie Abschlussprüfung. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erörterten darüber hinaus mit Mitarbeitern der Finance-Abteilung und dem Abschlussprüfer neue Vorschriften zur Rechnungslegung und zur Bilanzierung.

Die Mitglieder des neu gegründeten Vergütungskontrollausschusses erörterten im Rahmen eines Workshops die Vergütungssysteme der Bank, die gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen und die neuen gesetzlichen Regelungen, die ab 1. Januar 2014 zu beachten sind.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Interessenkonflikte einzelner Aufsichtsratsmitglieder hat es im Berichtsjahr nicht gegeben.

Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Untersuchungen

Wir haben uns wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten informiert und über die weitere Vorgehensweise beraten. Hierzu zählten unter anderem die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2006 bis 2013 sowie die Verfahren Dr. Kirch beziehungsweise dessen Rechtsnachfolgerin und KGL Pool GmbH gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer. Intensiv waren vor allem der Präsidial- und der Integritätsausschuss in die Überlegungen des Vorstands hinsichtlich der am 20. Februar 2014 abgeschlossenen Vergleichsvereinbarung mit den verschiedenen Klägern aus den Kirch-Verfahren eingebunden.

Außerdem haben wir uns sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum intensiv mit Verfahren wegen möglicher Manipulationen von Referenzzinssätzen (IBOR, LIBOR, EURIBOR, SIBOR etc.), Untersuchungen bezüglich der Festsetzung von Devisenwechsellkursen sowie OFAC (mögliche Verstöße gegen U.S.-amerikanische Embargovorschriften) und den Untersuchungen im Zusammenhang mit Transaktionen mit Monte dei Paschi di Siena befasst. Weitere rechtliche Themen waren insbesondere die Verfahren zur möglichen Umsatzsteuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Handel von CO2 Verschmutzungszertifikaten sowie über die Beendigung des Rechtsstreits mit der US Federal Housing Finance Agency. Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Integritäts-, Prüfungs- und Risiko-

ausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Untersuchungen der verschiedenen Aufsichtsbehörden berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2013 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2013 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese wurde durch die ordentliche Hauptversammlung am 23. Mai 2013 als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss in der Sitzung am 17. März erörtert und KPMG hat über den Stand der Prüfungshandlungen berichtet. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses, der sich in seiner Sitzung am 17. März 2014 mit dem Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2013 sowie dem Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und dem Konzernlagebericht für das Jahr 2013 befasst hat, haben wir in der Bilanzsitzung am 18. März 2014 dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Im Vorstand gab es in 2013 keine Veränderungen.

Im Aufsichtsrat gab es in 2013 folgende Veränderungen:

Frau Ruck, Frau Thieme, Frau Voigt sowie die Herren Böhr, Dr. Eick, Viertel, Wenning waren bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 Mitglieder des Aufsichtsrats. Für sie wurden Frau Irrgang und die Herren Bsirske, Cryan, Heider, Rose, Szukalski und Thoma in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Todenhöfer ist am 31. Oktober 2013 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für ihn wurde Frau Dublon mit Wirkung vom 1. November 2013 in den Aufsichtsrat gewählt.

Wir danken den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr großes Engagement und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.

Frankfurt am Main, den 18.03.2014

Für den Aufsichtsrat



Dr. Paul Achleitner

Vorsitzender

4

Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht

- 514 Vorstand und Aufsichtsrat
- 525 Rechnungslegung und Transparenz
- 526 Geschäfte mit nahestehenden Dritten
- 527 Wirtschaftsprüfung und Controlling
- 529 Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 20. Februar 2014 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von fünf wesentlichen von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutschebank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich des Jahres ihrer Geburt und ihrer Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank. Die Vorstandsmitglieder haben sich verpflichtet, außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns keinen Aufsichtsratsvorsitz anzunehmen.

Jürgen Fitschen

Geburtsdatum: 1948

Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2017

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er zusammen mit Herrn Jain Co-Vorsitzender des Vorstands. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 29. Oktober 2013 wurde die Bestellung von Herrn Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands, bis zum 31. März 2017 verlängert.

Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Jahr 2005 übernahm er die Leitung für das globale Regional Management und verantwortet seit Juni 2012 das Regional Management der Bank weltweit, jedoch ohne Europa, aber einschließlich Deutschland und Großbritannien.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG und Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG.

Anshuman Jain

Geburtsdatum: 1963
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er zusammen mit Herrn Fitschen Co-Vorsitzender des Vorstands.

Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und erwarb 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Betriebswirtschaft an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss.

Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York, im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds-Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Stefan Krause

Geburtsdatum: 1962
Erste Bestellung: 2008
Bestellt bis: 2018

Stefan Krause ist seit 1. April 2008 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Financial Officer.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW AG ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Dr. Stephan Leithner

Geburtsdatum: 1966
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2015

Dr. Stephan Leithner ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist für Personal, Recht & Compliance, Government & Regulatory Affairs sowie Corporate Governance verantwortlich sowie für den Bereich Regional Management als unser CEO Europa (ohne Deutschland und Großbritannien). Dr. Leithner trat 2000 in die Deutsche Bank ein.

Vor seiner jetzigen Position war Dr. Leithner als Co-Head der Corporate Finance-Sparte für die lokalen Corporate Finance-Länderteams der Deutschen Bank in Europa und Asien sowie für die Global Financial Institutions Group verantwortlich. Zuvor zeichnete Dr. Leithner unter anderem für das deutsche und europäische M&A-Geschäft der Deutschen Bank verantwortlich. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 2000 war Dr. Leithner Partner bei McKinsey & Co.

Er studierte Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Finanz- und Rechnungswesen an der Universität St. Gallen, Schweiz, wo er anschließend in Wirtschaftswissenschaften promovierte.

Dr. Leithner ist Mitglied in den folgenden Aufsichtsräten: BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. und BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V.

Stuart Wilson Lewis

Geburtsdatum: 1965
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2015

Stuart Wilson Lewis ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Risk Officer. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1996. Vor seiner jetzigen Position war Herr Lewis seit 2010 Deputy Chief Risk Officer und Chief Risk Officer der Corporate & Investment Bank. Davor war er seit 2006 als Chief Credit Officer tätig. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 1996 arbeitete Stuart Lewis bei Credit Suisse und der Continental Illinois National Bank in London. Er studierte an der Universität von Dundee, wo er einen LLB (Hons) erwarb. Sein Studium an der London School of Economics schloss er mit einem LLM ab. Er studierte auch am College of Law, Guildford.

Herr Lewis ist Mitglied im Board of Directors der London Stock Exchange.

Rainer Neske

Geburtsdatum: 1964
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Rainer Neske ist seit 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee. Von 2003 bis zum Jahre 2011 war Herr Neske Sprecher des Vorstands der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand verantwortet er den Geschäftsbereich Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erwarb 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Herr Neske hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Henry Ritchotte

Geburtsdatum: 1963

Erste Bestellung: 2012

Bestellt bis: 2015

Henry Ritchotte ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Operating Officer. Herr Ritchotte begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1995. Herr Ritchotte wurde 2010 zum Chief Operating Officer der Corporate & Investment Bank ernannt, zuvor war er COO der Global Markets-Sparte. Er war entscheidend an der strategischen Neuausrichtung und weiteren Integration der Corporate & Investment Bank beteiligt. Andere Stationen bei der Deutschen Bank führten ihn unter anderem als Leiter Global Markets nach Tokio. Herr Ritchotte begann seine berufliche Laufbahn 1993 bei Merrill Lynch in New York, bevor er 1995 in den Bereich Fixed Income Sales der Deutschen Bank wechselte.

Er erwarb einen Bachelor am Haverford College sowie einen Master in ostasiatischen Studien und einen MBA an der University of Chicago.

Herr Ritchotte hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Group Executive Committee

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften der Regionen, der Unternehmensbereiche und der Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Die Herren Fitschen und Jain, Co-Vorsitzende des Vorstands, sind auch Co-Vorsitzende des Group Executive Committee.

Das Group Executive Committee übernimmt beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktionen für den Vorstand, insbesondere zur strategischen Ausrichtung und zu Fragen der Unternehmensstruktur und -kultur.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat entscheidet auf Vorschlag des Präsidialausschusses über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung im Vorstand. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere den Co-Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihnen die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er von den Co-Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht ist.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 gewählt. Abweichend davon wurden Frau Garrett-Cox durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 und die Herren Dr. Achleitner, Löscher und Prof. Dr. Trützschler durch die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 16. April 2013. Die Wahlen der Anteilseignervertreter mit Ausnahme von Frau Garrett-Cox wurden von den Aktionären angefochten. In Bezug auf die aktuellen Bestellungsbeschlüsse haben die Gerichte bislang keine Hinweise auf eine mögliche Unwirksamkeit gegeben, die Rechtsstreitigkeiten dauern an.

Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind ihr Geburtsjahr, das Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, das Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihre Haupttätigkeit, ihre Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstige Mandate.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Dr. Paul Achleitner Geburtsjahr: 1956 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt	Bayer AG; Daimler AG; RWE AG (bis April 2013); Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
Frank Bsirske* Geburtsdatum: 1952 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender der ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	RWE AG (stellv. Vorsitzender); Deutsche Postbank AG (stellv. Vorsitzender); IBM Central Holding GmbH; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
John Cryan Geburtsjahr: 1960 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Präsident Europa, Leiter Afrika, Portfoliostrategie und Kreditportfolio der Temasek International Pte Ltd., Singapur	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Dina Dublon Geburtsjahr: 1953 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018		Accenture Plc; Microsoft Corporation; PepsiCo Inc.
Katherine Garrett-Cox Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2011 Gewählt bis: 2016	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc, Dundee	Alliance Trust Savings Ltd. (Executive Chairman); Alliance Trust Investments (vormals Alliance Trust Asset Management Ltd.) (Chief Executive)
Timo Heider* Geburtsjahr: 1975 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Postbank AG; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Bausparkasse AG; Postbank Finanzberatung AG und BHW Kreditservice GmbH; Vorsitzender des Betriebsrats der BHW Bausparkasse AG; BHW Kreditservice GmbH; Postbank Finanzberatung AG und BHW Holding AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Deutsche Postbank AG; BHW Bausparkasse AG (stellv. Vorsitzender); BHW Holding AG (stellv. Vorsitzender); Pensionskasse der BHW Bausparkasse AG VVa. G. (stellv. Vorsitzender)
Alfred Herling* Geburtsjahr: 1952 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG seit 23. Mai 2013; Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Sabine Irrgang* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Leiterin Personalbetreuung Süd (Südbaden und Württemberg), Deutsche Bank AG	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Prof. Dr. Henning Kagermann Geburtsjahr: 1947 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2018	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG; Wipro Technologies; BMW Bayerische Motoren Werke AG; Franz Haniel & Cie. GmbH
Martina Klee* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Betriebsrats Group COO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVa. G.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Suzanne Labarge Geburtsjahr: 1946 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018		Coca-Cola Enterprises Inc.; XL Group Plc
Peter Löscher Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Präsident des Stiftungsrats der Siemens Stiftung	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; TBG Limited (Thyssen Bornemisza Group)
Henriette Mark* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Gabriele Platscher* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Bernd Rose* Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des gemeinsamen Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH	Deutsche Postbank AG; Postbank Filialvertrieb AG; ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft (stellv. Vorsitzender)
Rudolf Stockem* Geburtsjahr: 1956 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2012 Gewählt bis: 2018	Gewerkschaftssekretär bei ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	Generali Holding Deutschland AG (bis Dezember 2013); Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG
Stephan Szukalski* Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Bundesvorsitzender des Deutschen Bankangestellten-Verbandes; Betriebsratsvorsitzender Betriebs-Center für Banken AG	Betriebs-Center für Banken AG
Dr. Johannes Teysen Geburtsjahr: 1959 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE, Düsseldorf	Salzgitter AG
Georg F. Thoma Geburtsjahr: 1944 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Partner Shearman & Sterling LLP, Frankfurt	NOVA Chemicals Corporation (bis Februar 2014)
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher Geburtsjahr: 1948 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017		Sartorius AG; TAKKT AG (stellv. Vorsitzender seit Februar 2013; Vorsitzender bis Januar 2013); Wuppermann AG (Vorsitzender); Zwiesel Kristallglas AG (Vorsitzender); Wilh. Werhahn KG, Bilfinger SE (bis Juni 2013)

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Frau Ruck, Frau Thieme, Frau Voigt sowie die Herren Böhr, Dr. Eick, Viertel, Wenning waren bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 Mitglieder des Aufsichtsrats. Für sie wurden Frau Irrgang und die Herren Bsirske, Cryan, Heider, Rose, Szukalski und Thoma in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Todenhöfer ist am 31. Oktober 2013 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für ihn wurde Frau Dublon mit Wirkung vom 1. November 2013 in den Aufsichtsrat gewählt.

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein und die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Oktober 2010 die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt und zuletzt im Januar 2014 angepasst, die auch in § 4 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat übernommen wurden (www.deutsche-bank.de/corporate-governance):

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden.

Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine angemessene Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Unter der Prämisse, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitskriterien nach Ziffer 5.4.2 des Kodex begründen kann, sollen dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens sechzehn Mitglieder angehören, die unabhängig im Sinne des Kodex sind. Der Aufsichtsrat soll so zusammengesetzt sein, dass eine Anzahl von mindestens sechs unabhängigen Anteilseignervertretern im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Kodex erreicht wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen. Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen – außerhalb des Kreises der abhängigen Gesellschaften dieser Aktiengesellschaft – ab 1. Juli 2014 nicht mehr als die in § 25d KWG aufgeführte Höchstzahl an Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise Mandaten in Aufsichtsgremien von Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, wahr. Es besteht für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der vierten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit einer langjährigen internationalen Erfahrung angehört. Derzeit haben vier Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO oder einer vergleichbaren leitenden Funktion in international tätigen Unternehmen über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung achtet der Aufsichtsrat auf eine angemessene Beteiligung von Frauen. Bereits bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 und auch bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2013 wurde hierauf im Auswahlprozess besonders Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Im Einklang mit den festgelegten Zielen hat die Hauptversammlung 2011 Frau Garrett-Cox und die Hauptversammlung 2013 Frau Dublon, jeweils auf Vorschlag des Aufsichtsrats, in den Aufsichtsrat gewählt. Seit den

Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 25 % und 40 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören sieben Frauen dem Aufsichtsrat an, davon drei aufseiten der Anteilseignervertreter. Dies entspricht insgesamt 35 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl zu wahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann (zu den verschiedenen Diversity-Initiativen der Deutschen Bank siehe auch den Jahresbericht 2013, verfügbar unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte_2013.htm, sowie im Karriereportal auf den Internet-Seiten der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/careers/content/de/to_diversity.html).

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats sind oder waren im vergangenen Jahr in hochrangiger Position bei anderen Unternehmen, mit denen die Deutsche Bank in Geschäftsbeziehungen steht, tätig. Geschäfte der Deutschen Bank mit diesen Unternehmen erfolgen dabei zu Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Ansicht die Unabhängigkeit der betroffenen Mitglieder des Aufsichtsrats nicht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden sieben ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats im Finanzbericht 2013.

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses vor. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2013 fanden neun Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske (seit 23. Mai 2013), Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann (seit 1. November 2013).

Nominierungsausschuss: Die Vertreter der Anteilseigner im Nominierungsausschuss bereiten die Vorschläge des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientieren sie sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung. Gemäß § 25d Absatz 11 KWG, der seit 1. Januar 2014 gilt, unterstützt der Nominierungsausschuss seitdem den Aufsichtsrat auch bei der Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung einer Stelle im Vorstand der Bank, der Erarbeitung einer Zielsetzung zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats und spricht dem Aufsichtsrat gegenüber diesbezügliche Empfehlungen aus. Er unterstützt den Aufsichtsrat weiterhin bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss überprüft die Grundsätze der Geschäftsleitung für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und unterstützt den Aufsichtsrat bei diesbezüglichen Empfehlungen an den Vorstand. Im Geschäftsjahr 2013 fanden zwei Sitzungen des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske (seit 29. Oktober 2013), Alfred Herling (seit 29. Oktober 2013), Prof. Dr. Henning Kagermann (seit 1. November 2013) und Dr. Johannes Teyssen (seit 23. Mai 2013).

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems, und der internen Revision, der Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers- und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen sowie der zügigen Behebung der vom Abschlussprüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand mittels geeigneter Maßnahmen. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem unterbreitet der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat Vorschläge für die Bestellung des Abschlussprüfers und bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor. Der Prüfungsausschuss berät den Aufsichtsrat hinsichtlich der Erteilung des Prüfungsauftrags an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer, unterbreitet Vorschläge an den Aufsichtsrat für die Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz des Abschlussprüfers sowie der Rotation der Mitglieder des Prüfungsteams. Der Prüfungsausschuss ist berechtigt, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit Auskünfte vom Abschlussprüfer, vom Vorstand, vom Leiter der Internen Revision und vom Leiter Risikocontrolling sowie – mit vorheriger Zustimmung des Vorstands – von leitenden Angestellten der Bank, die dem Vorstand unmittelbar berichten, einzuholen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berechtigt, Auskünfte direkt beim Leiter der Compliance-Abteilung einzuholen. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs.1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht). Der Compliance-Bericht erfolgt mindestens einmal jährlich. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er unterstützt den Aufsichtsrat hinsichtlich dessen Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahen Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch „Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen“ ab Seite 527. der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Im Geschäftsjahr 2013 fanden elf Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind John Cryan (Vorsitzender, seit 23. Mai 2013), Dr. Paul Achleitner, Henriette Mark, Gabriele Platscher (seit 23. Mai 2013), Bernd Rose (seit 23. Mai 2013) und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat insbesondere zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss wacht darüber, dass die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank im Einklang stehen, und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge an den Vorstand, wie die Konditionen im Kundengeschäft gestaltet werden können, um diese in Einklang mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank zu bringen. Der Risikoausschuss prüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Darüber hinaus nimmt der Risikoausschuss alle ihm durch Gesetz oder Aufsichtsbehörden zugewiesenen Aufgaben wahr. Er ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen

Unternehmen in Höhe von 2% bis zu 3% unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Dem Ausschuss wird ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, berichtet (zur Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik der einzelnen Risikokategorien siehe auch Risikobericht ab Seite 64 im Finanzbericht). Der Vorsitzende des Risikoausschusses ist berechtigt, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit unmittelbar Auskünfte vom Vorstand, vom Leiter der Internen Revision und vom Leiter des Risikocontrollings sowie – mit vorheriger Zustimmung des Vorstands – von leitenden Angestellten der Bank, die dem Vorstand unmittelbar berichten, einzuholen. Im Geschäftsjahr 2013 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), John Cryan (seit 23. Mai 2013), Dina Dublon (seit 1. November 2013), Suzanne Labarge und Rudolf Stockem (seit 23. Mai 2013).

Integritätsausschuss: Der am 22. Mai 2013 neu eingesetzte Ausschuss berät und überwacht regelmäßig den Vorstand im Hinblick auf Maßnahmen zu einer wirtschaftlich tragfähigen, nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens unter Schonung der Ressourcen der natürlichen Umwelt, unter Beibehaltung sozialer Verantwortung sowie unter Beachtung der Grundsätze guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung und Unternehmensüberwachung sowie der Integration dieser Aspekte in die konventionelle betriebswirtschaftliche Unternehmensführung (Unternehmenskultur). Der Integritätsausschuss überwacht die Maßnahmen des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften, behördlichen Regelungen und der unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen. Er hat die Aufgabe, die regelmäßige Überprüfung der Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank unter dem Gesichtspunkt, ehrbares und sittliches Verhalten innerhalb und außerhalb des Unternehmens zu fördern. Des Weiteren behandelt er die präventive Beobachtung und strategische Analyse von Rechts- und Reputationsrisiken der Bank mit Potential zur Gefährdung der Gesamtbank oder für wesentliche Ersatzansprüche gegen ehemalige oder aktuelle Vorstandsmitglieder und die regelmäßige Beratung und Überwachung des Vorstands im Hinblick darauf, wie derartige Risiken im Rahmen von Unternehmenskultur, Compliance, Ethik- und Verhaltenskodizes zu adressieren sind, damit sie vermieden werden. Im Geschäftsjahr 2013 fanden fünf Sitzungen des Integritätsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Integritätsausschusses sind Georg Thoma (Vorsitzender), Dr. Paul Achleitner, Sabine Irrgang, Timo Heider, Martina Klee und Peter Löscher (sämtlich seit 23. Mai 2013).

Vergütungskontrollausschuss: Der am 29. Oktober 2013 eingerichtete Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Geschäftsleiter. Er überwacht die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Geschäftsleiter und Mitarbeiter und insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter des Unternehmens; die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement sind durch ihn zu bewerten, wobei sicherzustellen ist, dass die Vergütungssysteme an der auf die nachhaltige Entwicklung der Bank gerichteten Geschäftsstrategie und an den daraus abgeleiteten Risikostrategien sowie an der Vergütungsstrategie auf Instituts- und Gruppenebene ausgerichtet sind. Der Vergütungskontrollausschuss bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement des Unternehmens; den langfristigen Interessen von Anteilseignern, Anlegern, sonstigen Beteiligten und dem öffentlichen Interesse ist Rechnung zu tragen. Er bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV sowie zur Festlegung von angemessenen Vergütungsparametern, von Erfolgsbeiträgen, der Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträume und der Vorausset-

zungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung vor und überprüft regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob die beschlossenen Festlegungen noch angemessen sind. Ferner überprüft der Vergütungskontrollausschuss im Rahmen der Unterstützung des Aufsichtsrats bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter insbesondere regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV ermittelt ist und die festgelegten Grundsätze zur Bemessung von Vergütungsparametern, Erfolgsbeiträgen sowie Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträumen einschließlich der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung angemessen sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Im Geschäftsjahr 2013 fanden ein Workshop und eine Telefonkonferenz des Vergütungskontrollausschusses statt.

Seit 29. Oktober 2013 sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen sechs Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2013 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Alfred Herling, Prof. Dr. Henning Kagermann (seit 1. November 2013) und Stephan Szukalski (seit 23. Mai 2013).

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Integritätsausschuss und Vergütungskontrollausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Dr. Paul Achleitner	0	0
Frank Bsirske	0	0
John Cryan	0	0
Dina Dublon	0	0
Katherine Garrett-Cox	0	0
Timo Heider	0	0
Alfred Herling	1.135	10
Sabine Irrgang	531	10
Prof. Dr. Henning Kagermann	0	0
Martina Klee	1.035	10
Suzanne Labarge	0	0
Peter Löscher	0	0
Henriette Mark	692	10
Gabriele Platscher	929	5
Bernd Rose	0	0
Rudolf Stockem	0	0
Stephan Szukalski	0	0
Dr. Johannes Teysen	0	0
Georg Thoma	0	0
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.250	0
Insgesamt	6.572	45

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 6.572 Aktien, was weniger als 0,01 % der am 20. Februar 2014 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Grantsaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2014 zugeteilt werden.

Wie im Abschnitt „Lagebericht: Vergütungsbericht: Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats“ beschrieben, wird ab dem Jahr 2013 ein Viertel der Vergütung, die ein Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit erhält, im Februar eines jeweiligen Folgejahres grundsätzlich nicht in Geld ausgezahlt, sondern in virtuelle Aktien der Deutschen Bank umgewandelt. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird jedem Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablauf einer Bestellungsperiode folgenden Jahres vergütet. Als Grundlage für die Bewertung dient der Börsenkurs der Deutsche Bank-Aktie in zeitlicher Nähe vor dem Auszahlungstag. Die Tabelle im vorgenannten Abschnitt zeigt die Anzahl der virtuellen Aktien, die den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Februar 2014 als Vergütung für das Geschäftsjahr 2013 gewährt wurde.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Anhangangabe 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Paul Achleitner, John Cryan und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG sowie § 25d Absatz 9 KWG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses

Gemäß § 25d Absatz 12 KWG muss seit 1. Januar 2014 zudem mindestens ein Mitglied des neu gebildeten Vergütungskontrollausschusses über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Bank. Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses zu „Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses“ benannt: Dr. Paul Achleitner und Prof. Dr. Henning Kagermann. Sie erfüllen die Anforderungen gemäß § 25d Absatz 12 KWG und verfügen demnach über Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling.

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank legt die Werte und Mindeststandards für das Verhalten aller Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber Kunden, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, Behörden und Aktionären fest und enthält eine Selbstverpflichtung von Vorstand und Group Executive Committee. Der Kodex orientiert sich dabei an unseren wesentlichen Werten und den Versprechen gegenüber unseren Zielgruppen. Er bildet auch die Basis für unsere Richtlinien, welche die Umsetzung geltender Gesetze und Verordnungen erläutern.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir zudem einen Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officer“ verabschiedet. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank die Co-Vorsitzenden des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Head of Group Reporting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Die Verhaltens- und Ethikkodizes für die Deutsche Bank sind auf der Website der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutschebank.de/ir/de/content/ethikkodizes veröffentlicht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde als unser Abschlussprüfer für die Jahre 2012 und 2013 gewählt.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und

Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2013	2012
Prüfungshonorare	55	50
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	16	19
Honorare für Steuerberatung	8	7
Sonstige Honorare	0	1
Summe der Honorare¹	79	76

¹ Einzelpositionen wegen Rundungen nicht zur Summe addierbar.

Die Prüfungshonorare beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die Postbank und deren konsolidierte Gesellschaften, die derzeit nicht von der KPMG geprüft werden. Der Anstieg der Prüfungshonorare ist vorrangig auf zusätzliche Kosten für eine außerordentliche Hauptversammlung im Jahre 2013 zurückzuführen. Die Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassen projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2012 und 2013 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2013)

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 30. Oktober 2012 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 29. Oktober 2013 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

1. Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 30. Oktober 2012. Eine Anpassung erfolgte am 19. März 2013. Seit dem 30. Oktober 2012 hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 15. Mai 2012, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 15. Juni 2012, entsprochen, wobei vorsorglich eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1, der die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, erklärt wurde, da unsere Vorgehensweise nach zwei nicht rechtskräftigen Urteilen des OLG Frankfurt am Main der Empfehlung in Ziffer 5.5.3 Satz 1 nicht genügen sollte. Wir halten die Verpflichtungen aus Ziffer 5.5.3 Satz 1 durch die aktienrechtliche Verschwiegenheitsverpflichtung nach §§ 93, 116 AktG begrenzt und sehen, anders als das OLG Frankfurt am Main, keine Grundlage für eine Ausweitung der Information. Unsere Einschätzung wurde durch eine jüngere Entscheidung des Bundesgerichtshofs bestätigt. Für die Zukunft sehen wir daher keine Notwendigkeit mehr, vorsorglich zu diesem Punkt eine Ausnahme zu erklären.
2. Seit der Anpassung der Entsprechenserklärung am 19. März 2013 hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 15. Mai 2012 mit den folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - Hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1 mit der unter 1. genannten Begründung;
 - Hinsichtlich Ziffer 7.1.2 Satz 4 aufgrund der Entscheidung vom 18. Dezember 2012 des Landgerichts Frankfurt am Main, das in erster Instanz den in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG am 31. Mai 2012 gefassten Beschluss zur Bestellung der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer und zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 für nichtig erklärt hat. In Abweichung von der Empfehlung wurde der Konzernabschluss der Deutsche Bank AG daher nicht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich gemacht, sondern erst nach der am 11. April 2013 durchgeführten außerordentlichen Hauptversammlung.
3. Die „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ legte am 13. Mai 2013 eine neue Kodexfassung vor, die am 10. Juni 2013 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Auch der neuen Fassung entsprach die Deutsche Bank wie unter 2. aufgeführt mit Ausnahme der neu gefassten Ziffer 4.2.3 Absatz 3. Demzufolge soll der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen. Für die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank gilt ein beitragsorientierter Plan, der nicht auf ein bestimmtes Versorgungsniveau zielt. Der Aufsichtsrat stellt daher hinsichtlich der Versorgungszusagen nicht auf ein angestrebtes Versorgungsniveau ab.
4. Ab heute entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 13. Mai 2013 mit den folgenden beiden Ausnahmen:
 - Hinsichtlich Ziffer 4.2.3 Absatz 3 mit der unter 3. genannten Begründung;
 - Hinsichtlich Ziffer 5.3.3 aufgrund des CRD 4 Umsetzungsgesetzes vom 28. August 2013. Dieses neue Gesetz sieht vor, dass der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG weitere Aufgaben übernehmen muss, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat vorbereitet werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss seit heute auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

5

Ergänzende Informationen

- 532 Vorstand
- 533 Aufsichtsrat
- 535 Advisory Boards
- 536 Der Konzern im Fünfjahresvergleich
- 537 Patronatserklärung
- 538 Impressum/Publicationen

Vorstand

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender

Anshuman Jain
Co-Vorsitzender

Stefan Krause

Dr. Stephan Leithner

Stuart Wilson Lewis

Rainer Neske

Henry Ritchotte

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender
München

Alfred Herling*
– Stellvertretender Vorsitzender
seit 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Karin Ruck*
– Stellvertretende Vorsitzende
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Frank Bsirske*
seit 23. Mai 2013
Vorsitzender der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

John Cryan
seit 23. Mai 2013
Präsident Europa, Leiter Afrika
Portfoliostrategie und Kreditportfolio
der Temasek International Pte Ltd.,
Singapur

Dina Dublon
seit 1. November 2013
New York

Dr. Karl-Gerhard Eick
bis 23. Mai 2013
KGE Asset Management
Consulting Ltd.,
London

Katherine Garrett-Cox
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Brechtin, Angus

Timo Heider*
seit 23. Mai 2013
BHW Bausparkasse Zentrale,
Emmerthal

Sabine Irrgang*
seit 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften
Königs Wusterhausen

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Oakville

Peter Löscher
Vorsitzender des Vorstands
Siemens AG (bis 31. Juli 2013),
München

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Bernd Rose*
seit 23. Mai 2013
Postbank GBR Filialbetrieb AG und
Postbank Filial GmbH,
Menden

Rudolf Stockem*
Gewerkschaftssekretär der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Stephan Szukalski*
seit 23. Mai 2013
Deutsche Postbank AG,
Frankfurt am Main

Dr. Johannes Teysen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Marlehn Thieme*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Georg Thoma
seit 23. Mai 2013
Partner Shearman & Sterling LLP,
Neuss

Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013
Persönlich haftender Gesellschafter
Robert Bosch Industrietreuhand KG,
Madrid

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler,
Essen

Stefan Viertel*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Renate Voigt*
bis 23. Mai 2013
Deutsche Bank AG,
Stuttgart

Werner Wenning
bis 23. Mai 2013
Vorsitzender des Aufsichtsrats
E.ON SE;
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bayer AG,
Leverkusen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland
gewählt; Renate Voigt gerichtlich als
Arbeitnehmervertreterin bestellt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*
seit 23. Mai 2013

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann
seit 1. November 2013

Karin Ruck*
bis 23. Mai 2013

Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013

Vermittlungsausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*
bis 23. Mai 2013

Alfred Herling*
seit 23. Mai 2013

Prof. Dr. Henning Kagermann
seit 1. November 2013

Karin Ruck*
bis 23. Mai 2013

Stephan Szukalski*
seit 23. Mai 2013

Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013

Prüfungsausschuss
John Cryan
seit 23. Mai 2013
– Vorsitzender

Dr. Karl-Gerhard Eick
bis 23. Mai 2013
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Henriette Mark*

Gabriele Platscher*
seit 23. Mai 2013

Bernd Rose*
seit 23. Mai 2013

Karin Ruck*
bis 23. Mai 2013

Marlehn Thieme*
bis 23. Mai 2013

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher

Risikoausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

John Cryan
seit 23. Mai 2013

Dina Dublon
seit 1. November 2013

Prof. Dr. Henning Kagermann
bis 31. Oktober 2013

Suzanne Labarge

Rudolf Stockem
seit 23. Mai 2013

Nominierungsausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*
seit 29. Oktober 2013

Alfred Herling*
seit 29. Oktober 2013

Prof. Dr. Henning Kagermann
seit 1. November 2013

Dr. Johannes Teyssen
seit 23. Mai 2013

Tilman Todenhöfer
bis 31. Oktober 2013

Werner Wenning
bis 23. Mai 2013

Integritätsausschuss
(seit 23. Mai 2013)
Georg Thoma
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Timo Heider*

Sabine Irrgang*

Martina Klee*

Peter Löscher

Vergütungskontrollausschuss
(seit 29. Oktober 2013)
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

Die Advisory Boards finden Sie auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/beraterkreise.

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	1.611.400	2.022.275	2.164.103	1.905.630	1.500.664
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	397.377	412.514	407.729	258.105
Summe der Verbindlichkeiten ¹	1.566.434	1.968.035	2.109.443	1.855.262	1.462.695
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	54.719	54.001	53.390	48.819	36.647
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	247	239	1.270	1.549	1.322
Tier-1-Kapital ²	50.717	50.483	49.047	42.565	34.406
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt ²	55.464	57.015	55.226	48.688	37.929
Gewinn- und Verlustrechnung in Mio €	2013	2012	2011	2010	2009
Zinsüberschuss	14.834	15.975	17.445	15.583	12.459
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.065	1.721	1.839	1.274	2.630
Provisionsüberschuss ³	12.308	11.809	11.878	10.669	8.911
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ³	3.817	5.608	2.724	3.354	7.109
Sonstige zinsunabhängige Erträge	956	344	1.181	- 1.039	- 527
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17.082	17.761	15.783	12.984	15.493
Personalaufwand	12.329	13.490	13.135	12.671	11.310
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15.126	15.017	12.657	10.133	8.402
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	460	414	207	485	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	79	1.886	0	29	- 134
Restrukturierungsaufwand	399	394	0	0	0
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	28.394	31.201	25.999	23.318	20.120
Ergebnis vor Steuern	1.456	814	5.390	3.975	5.202
Ertragsteueraufwand	775	498	1.064	1.645	244
Jahresüberschuss	681	316	4.326	2.330	4.958
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	15	53	194	20	- 15
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	666	263	4.132	2.310	4.973
Kennziffern	2013	2012	2011	2010	2009
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ⁴	€ 0,67	€ 0,28	€ 4,45	€ 3,07	€ 7,21
Ergebnis je Aktie (verwässert) ⁴	€ 0,65	€ 0,27	€ 4,30	€ 2,92	€ 6,94
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	€ 0,75	€ 0,75	€ 0,75	€ 0,75	€ 0,50
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	1,2 %	0,5 %	8,2 %	5,5 %	14,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	2,6 %	1,3 %	10,2 %	9,5 %	15,3 %
Aufwand-Ertrag-Relation	89,0 %	92,5 %	78,2 %	81,6 %	72,0 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	12,8 %	11,4 %	9,5 %	8,7 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote ²	16,9 %	15,1 %	12,9 %	12,3 %	12,6 %
Eigenkapitalquote ²	18,5 %	17,1 %	14,5 %	14,1 %	13,9 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräften umgerechnet) ⁵	98.254	98.219	100.996	102.062	77.053

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Werte für 2013, 2012 und 2011 basieren auf den Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“), die Eingang in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung gefunden hat. Werte für 2010 und 2009 basieren auf dem vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel 2“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

³ Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

⁴ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁵ Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf
Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians
DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul	Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company, London
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Postbank AG, Bonn
Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main	norisbank GmbH, Berlin
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	OOO „Deutsche Bank“, Moskau
Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln
Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand	

Impressum / Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Publikationen zum Jahresabschluss

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2013 und dem Finanzbericht 2013, besteht.

- **Jahresbericht 2013**
(in Deutsch und Englisch)
- **Finanzbericht 2013**
(in Deutsch und Englisch)
- **Unternehmerische Verantwortung Bericht 2013**
(in Deutsch und Englisch)
- **Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2013**
(in Deutsch und Englisch)
- **Verzeichnis der Beiratsmitglieder**
(in Deutsch)

Bestellmöglichkeiten:

E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/13

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Phone
(0 18 05) 80 22 00

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
D-33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/13

Veröffentlichung

Veröffentlicht am 20. März 2014.

Hinweis in Bezug auf

zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2014 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

2014

Wichtige Termine

29. April 2014
Zwischenbericht zum 31. März 2014

22. Mai 2014
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

23. Mai 2014
Dividendenzahlung

29. Juli 2014
Zwischenbericht zum 30. Juni 2014

29. Oktober 2014
Zwischenbericht zum 30. September 2014

2015

Wichtige Termine

5. Februar 2015
Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2014

12. März 2015
Geschäftsbericht 2014 und Form 20-F

29. April 2015
Zwischenbericht zum 31. März 2015

21. Mai 2015
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

22. Mai 2015
Dividendenzahlung

30. Juli 2015
Zwischenbericht zum 30. Juni 2015

29. Oktober 2015
Zwischenbericht zum 30. September 2015

Jahresbericht 2013



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/13

Finanzbericht 2013



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/13

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2013



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download